Christhardt Henschel (Hg.)

Ostpreußens Kriegsbeute



Der Regierungsbezirk Zichenau 1939–1945

fibre

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ostpreußens Kriegsbeute

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

EINZELVERÖFFENTLICHUNGEN DES
DEUTSCHEN HISTORISCHEN INSTITUTS WARSCHAU

42

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ostpreußens Kriegsbeute

Der Regierungsbezirk Zichenau 1939–1945

Herausgegeben von

Christhardt Henschel

fibre

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Coverabbildungen:

Titel eines Beitrags von Erich Koch im NS-Schulungsbrief
über die an Ostpreußen angegliederten Gebiete, 1941 (oben);
Zu Reinigungsarbeit gezwungene Juden auf dem
Marktplatz in Makow, ca. 1939–1940 (Foto links);
Marktszene in Zichenau, ca. 1939–1940 (Foto rechts).

© fibre Verlag, Osnabrück 2021
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-944870-75-5
www.fibre-verlag.de

Redaktion des Bandes: Małgorzata Sparenberg
Reihen- und Umschlaggestaltung: Ingo Schneider, www.isio-design.de
Herstellung: Druckerei Hubert & Co, Göttingen

Printed in Germany 2021

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhalt

Vorwort des Herausgebers 9

Christhardt Henschel
Deutsche Besatzung an Polens Peripherie.
Nordmasowien unter nationalsozialistischer Herrschaft
1939–1945 11

I. Institutionen

Ralf Meindl
Persönliches Lehen oder Neuland im Osten?
Zichenau in der Politik des ostpreußischen
Gauleiters Erich Koch 47

Marcin Przegiętka
Selbstschutz Südostpreußen.
Erschießungskommando der Gestapo Zichenau 73

Maximilian Becker
Deutsche Annexionsjustiz im Regierungsbezirk Zichenau 93

Janusz Piwowar
Das Standgericht der Geheimen Staatspolizei
im Regierungsbezirk Zichenau.
Zur Charakteristik eines zentralen Quellenbestands 105

Christian Rohrer
„Neubildung deutschen Bauerntums“
im Regierungsbezirk Zichenau.
Die Landesbauernschaft Ostpreußen zwischen ländlicher
Siedlung, Landbewirtschaftung und Umsiedlungen 121

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

II. Besatzungsalltag und Gesellschaft

Elżbieta Szubska-Bieroń
Information, Propaganda und neue Heimat.
Die nationalsozialistische deutschsprachige Tagespresse
im Regierungsbezirk Zichenau 173

Leszek Zygner
Die christlichen Kirchen im Regierungsbezirk Zichenau
unter deutscher Besatzung 201

Christhardt Henschel
Eine Besatzung, viele Perspektiven.
„Alltag" im Regierungsbezirk Zichenau 227

III. Ethnisierung, Gewalt und Völkermord

Andreas Kossert
„Fremdvölkisches Einbruchsgebiet".
Radikalisierung der nationalsozialistischen Masurenpolitik
im Zweiten Weltkrieg 261

Paweł Kosiński
Regierungshauptstadt Zichenau.
Besatzungsherrschaft und Stadtumbau
im deutsch besetzten Ciechanów 1939–1945 277

Frédéric Stroh
Homosexualität, sexuelle Gewalt und Justiz.
Drei Verfahren vor dem Sondergericht Zichenau
nach §§ 175 und 175a RstGB 301

Janusz Szczepański
Die Ermordung der Juden im Regierungsbezirk Zichenau
unter deutscher Herrschaft 323

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

IV. ANHANG

Bibliografie zum Regierungsbezirk Zichenau 355

Quellenverzeichnis 395

Abbildungsnachweis 400

Abkürzungsverzeichnis 401

Autorenverzeichnis 403

Personenregister 407

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorwort des Herausgebers

An Literatur zur deutschen Besatzungsherrschaft im östlichen Europa in den Jahren 1939–1945 herrscht kein Mangel. In den letzten Jahrzehnten wurden immer wieder neue Erkenntnisse über Herrschaftsmechanismen, Täterpsychologien und die Dynamiken des Völkermords zusammengetragen. Zugleich versuchten andere Studien auch die Perspektive der Besetzten und Opfer der nationalsozialistischen Politik in den Blick zu rücken. Trotz des beachtlichen Spektrums an Themen und Publikationen bleiben viele Fragen unbeantwortet, die zum einen mit der Quellenlage, zum andern mit den sich stets wandelnden Forschungsinteressen zu erklären sind.

Der vorliegende Band hat mit dem Regierungsbezirk Zichenau einen Teilaspekt deutscher Besatzung zum Gegenstand, auf den zumindest außerhalb Polens nur wenige ihr Augenmerk richteten: Die beispiellose territoriale Expansion Ostpreußens auf Kosten Polens in den ersten beiden Kriegsjahren, deren Verlauf und Konsequenzen sowohl der Ostpreußen- als auch Besatzungsforschung aus verschiedenen Gründen meist nur eine Randnotiz wert sind.

Die hier versammelten Beiträge sind das Ergebnis des internationalen Workshops „Ostpreußen in Polen? Der Regierungsbezirk Zichenau unter deutscher Besatzung 1939–1945“, der im Mai 2017 am Deutschen Historischen Institut in Warschau stattfand und Forscherinnen und Forscher zusammenbrachte, in deren Arbeiten Zichenau auf unterschiedliche Weise eine Rolle spielte und spielt. Im Fokus standen dabei Charakter und Struktur der Besatzungsherrschaft und deren Akteure, wenn möglich, im Vergleich zu anderen besetzten Gebieten und Ostpreußen. Dabei wurden die Imaginationen von Raum und Region als einer der Handlungshintergründe insbesondere der deutschen Protagonisten mitgedacht. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf den Gewalt- und Alltagserfahrungen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Die Beiträge in diesem Band beleuchten folgerichtig zahlreiche Einzelaspekte der Besatzungsgeschichte des Regierungsbezirks und seiner Bewohner. Sie führen die Heterogenität und in vielerlei Hinsicht Lückenhaftigkeit des derzeitigen Wissensstands über den Regierungsbezirk vor Augen. Dies zu ändern und die Geschichte des

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Regierungsbezirks Zichenau als relevanten Teil nationalsozialistischer Herrschaft in Ostmitteleuropa zu exponieren ist das Ziel dieser Publikation.

Dank gilt in diesem Zusammenhang vor allem der Leitung des Deutschen Historischen Instituts Warschau. Professor Ruth Leiserowitz hat als stellvertretende Direktorin die Zichenau-Forschung am DHI angestoßen. Ihr und dem Direktor Professor Miloš Řezník ist es zu verdanken, dass ich in ihrem Haus das Forschungsprojekt mit dem Arbeitstitel „Das nördliche Masowien zwischen polnischer Staatlichkeit und deutscher Besatzungsherrschaft in der Mitte des 20. Jahrhunderts" realisieren kann, in dessen Rahmen auch vorliegender Band entstand und Aufnahme in die Publikationsreihe fand. Neben den Autoren der Beiträge, mit denen ein reger inhaltlicher Austausch bestand, richtet sich mein Dank für die kompetente und geduldige redaktionelle Betreuung an Peter Fischer und vor allem an Małgorzata Sparenberg. Erwähnung finden sollen mit Felix Ackermann, Gintarė Malinauskaitė, Annika Wienert und Professor Ruth Leiserowitz auch diejenigen Kolleginnen und Kollegen der Forschungsbereiche III und IV des DHI, die sich an der Diskussion über Zichenau und einzelne Beiträge beteiligten und diese damit inhaltlich weiterbrachten. Außerdem danke ich dem Verlag Vandenhoeck & Ruprecht für die Möglichkeit des Nachdrucks des Textes von Christian Rohrer.

Bei der Verwendung der Ortsnamen wurde versucht, eine dem Leser verständliche und pragmatische Lösung zu finden. Für die meisten polnischen Ortsnamen im ehemaligen Regierungsbezirk Zichenau existierten vor 1939 keine deutschsprachigen Entsprechungen. Oft kann man in historischen Texten Nennungen ohne polnische diakritische Zeichen oder in einer lautgetreuen Umschreibung (Ostrołęka – Ostroleka – Ostrolenka) finden. Erste Umbenennungen nahmen die Nationalsozialisten 1939/1940 vor, weitere folgten 1941. Einige wenige Ortschaften wie Sierpc (Schirps, Sichelberg) wurden in diesem Zuge mehrmals umbenannt, wobei dies mitunter in der Schriftpraxis der Behörden nicht ankam. Eine konsequente und einheitliche Lösung für alle versammelten Beiträge ist somit nicht möglich gewesen. Vielmehr werden die polnischen und deutschen Ortsbezeichnungen abhängig vom zeitlichen und thematischen Kontext nebeneinander verwendet. In jenen Fällen, in denen Ortsnamen Teil von Institutionennamen waren, wurden diese unverändert übernommen.

Warschau, im Februar 2021

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

CHRISTHARDT HENSCHEL

DEUTSCHE BESATZUNG AN POLENS PERIPHERIE

NORDMASOWIEN UNTER NATIONALSOZIALISTISCHER HERRSCHAFT 1939–1945

Einführung

„Der Gesamteindruck: Ein deutsches Wunder" lautet der Untertitel eines 1941 im „Schulungsbrief der NSDAP" erschienenen, als Reportage camouflierten Hetzartikels über den „neuen Osten".[1] Worin dieses Wunder bestand, verrät der Autor Alfred Karrasch anfänglich nicht. Der aus Königsberg stammende, seit Hitlers Machtübernahme recht erfolgreiche Schriftsteller und Journalist schildert indes eine „Inspektionsreise", die er unmittelbar nach dem Ende der deutsch-polnischen Kämpfe im September 1939 an der Seite des ostpreußischen Oberpräsidenten und Gauleiters Erich Koch unternommen hatte. Auf ihrer Expedition erkundeten die beiden den Nordteil der Wojewodschaft Masowien, also jenes polnischen Gebiets, das sich südlich an Masuren anschloss. Beide Regionen, Masuren und Nordmasowien, trennte eine Grenze, deren Verlauf sich in den letzten Jahrhunderten nur selten und unwesentlich verändert hatte.[2]

---

[1] ALFRED KARRASCH, Im neuen Osten, in: Der Schulungsbrief 8 (1941), 3/4, S. 35–38. Alfred Karrasch (1893–1973) erlangte einige Popularität als Autor von Unterhaltungsliteratur, die neben ostpreußischen Themen zahlreiche nationalsozialistische Motive enthielt: UTE HAIDAR, Alfred Karrasch, der „Vertraute der Arbeiter", in: Dichter für das „Dritte Reich", Bd. 2: Biografische Studien zum Verhältnis von Literatur und Ideologie. Neun Autorenporträts und ein Essay über literarische Gesellschaften zur Förderung des Werkes völkischer Dichter, hg. v. ROLF DÜSTERBERG, Bielefeld 2011, S. 107–142. Nicht haltbar ist die Annahme, Karrasch habe sich nach einer anfänglichen Faszination vom Nationalsozialismus abgewandt. Vgl. DANIEL SIEMENS, Metropole und Verbrechen. Die Gerichtsreportage in Berlin, Paris und Chicago 1919–1933, Stuttgart 2007, S. 78–80.

[2] Einzig um die staatliche Zugehörigkeit der kleinen Stadt Soldau (Działdowo) und einiger umliegender Gemeinden entspann sich im Gefolge des Ersten Weltkriegs ein Konflikt, nachdem diese im Juni 1919 ohne Plebiszit Polen zugesprochen worden waren:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ein Schlüsselmoment in Karraschs Bericht ist der Wechsel vom vertrauten eigenen auf das benachbarte, unverkennbar völlig fremde Territorium. Die bisherige deutsch-polnische Staatsgrenze wird dabei ganz im nationalsozialistischen Geist als drastische Zivilisations- und Kulturgrenze dargestellt:

> „War das ein Eindruck! Spiegelglatte Straßen in Ostpreußen, saubere Gehöfte, klar geordnete Dörfer, untadelig bestellte Äcker. Dann kam man auf eine Grenze, und so weit das Auge reichte, war plötzlich die geordnete Welt zu Ende. Das Neuland begann, das ehemalige Polen, der jetzige Regierungsbezirk Zichenau."[3]

Für Karrasch offenbarte sich in den verwüsteten Siedlungen und Straßen und dem Verhalten der verängstigten Bevölkerung ein „Landgesicht von einer Verkommenheit sondergleichen", keineswegs aber die Folgen der deutschen Invasion. Die angebliche Allgegenwart von Misswirtschaft, Elend, Schmutz und Gestank erklärte er mit dem Wirken der katholischen Kirche und des polnischen Adels, aber auch mit dem vorgeblichen Einfluss der „infernalischen Rasse" der Juden.[4]

Der im Text beschriebene Grenzübertritt lässt sich auch in politischer Hinsicht als Grenzüberschreitung lesen. Erich Kochs Expedition diente keineswegs dem Selbstzweck, sondern seinem letztlich erfolgreichen Vorhaben, sich zumindest eines Teils der polnischen Kriegsbeute zu bemächtigen. Der Nordteil Masowiens zwischen Weichsel, Narew und Rechter Skrwa wurde als „Regierungsbezirk Zichenau" an Ostpreußen und damit an das Deutsche Reich angegliedert. Dies bedeutete für die dortige Bevölkerung eine über fünf Jahre währende Besatzungsherrschaft, die von Entrechtung, Enteignung, Willkür, Gewalt und Tod geprägt war. In den zeitgenössischen deutschen, vor allem in Ostpreußen erschienenen Publikationen wurde die von Königsberg aus gelenkte Besatzung indes als wegweisendes Zivilisationsprojekt dargestellt. Der Regierungsbezirk Zichenau galt Koch und seinen Helfern als zu kolonisierendes und zu

---

PIOTR BYSTRZYCKI, Die Bedeutung und Rolle des Soldaugebiets in den Plebisziten in Masuren im Jahre 1920, in: Die Volksabstimmung 1920. Voraussetzungen, Verlauf und Folgen, hg. v. SABINE BAMBERGER-STEMMANN / BERNHART JÄHNIG, Marburg 2002, S. 113–131; ANDRZEJ SAKSON, Od Kłajpedy do Olsztyna. Współcześni mieszkańcy byłych Prus Wschodnich: Kraj Kłajpedzki, Obwód Kaliningradzki, Warmia i Mazury, Poznań 2011, S. 37, 72–76.

[3] KARRASCH, Im neuen Osten, S. 35.

[4] Ebd.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

germanisierendes „Neuland" und „Vorwerk Ostpreußens".[5] Die Umsetzung der damit einhergehenden imperialen und rassepolitischen Allmachtsphantasien war das von Karrasch bejubelte „deutsche Wunder". Der Leser erfährt von ihm freilich nur von neuen Straßen, Bauprojekten, Ämtern und Organisationen, hingegen nichts über die rücksichtslose Brutalität, mit der die neuen Herren der Zivilbevölkerung begegneten.

Zichenau lag weitab der Entscheidungsorte Berlin und Königsberg. Durch die neue Grenzziehung wurde der Regierungsbezirk vom Generalgouvernement und dem nahe gelegenen Warschau, bis 1939 als Hauptstadt politisches, administratives, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum, abgeschnitten. Nordmasowien hatte als Grenzgebiet seit jeher mit seiner ökonomischen, infrastrukturellen, politischen und kulturellen Situierung als Peripherie zurechtkommen müssen, zumal in der Zwischenkriegszeit. Diese Lage wurde durch die deutschen Maßnahmen nach 1939 noch einmal verstärkt. Seit 1941 rückte zudem die ungleich größere und nun ebenfalls von Koch als Reichskommissar beherrschte Ukraine in den Fokus Berlins und Königsbergs. Hier schienen sich der NS-Politik viel schrankenlosere Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.[6]

Vor diesem Hintergrund blieb die Geschichte des Regierungsbezirks Zichenau auch in der Forschung lange Zeit relativ unbeachtet. Andere polnische Regionen wurden intensiv untersucht, sodass die Historiografie im Wesentlichen die im Herbst 1939 und der zweiten Jahreshälfte 1941 gewaltsam herbeigeführten Grenzziehungen abbildet. Vereinfachend lässt sich von einer historiografischen Reproduktion der Dreiteilung des polnischen Staatsgebiets von 1939 sprechen mit einer eigenständigen Forschung zum Generalgouvernement, zu den „eingegliederten Ostgebieten" (Reichsgau Wartheland, Gau Danzig-Westpreußen, Regierungsbezirk Kattowitz) und den zwischen 1939 und 1941 zunächst sowjetisch besetzten Territorien (Bezirk Bialystok, Teile der späteren Reichskommissariate Ostland und Ukraine, Distrikt Galizien).[7]

---

[5] RALF MEINDL, Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007, S. 249.

[6] Ebd., S. 323–397.

[7] Zum *Generalgouvernement*: MARTIN WINSTONE, The Dark Heart of Hitler's Europe. Nazi Rule in Poland under the General Government, London 2015; ROBERT SEIDEL, Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945, Paderborn u. a. 2006; BOGDAN MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999; CZESŁAW MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Köln 1988; WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, Terror und Politik. Die deutsche Polizei und die politische

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es ist bezeichnend, dass die erste, explizit diesem Gebiet gewidmete deutschsprachige wissenschaftliche Abhandlung aus der Feder des polnischen Historikers Witold Pronobis stammt und erst 1980 in der DDR an wenig exponierter Stelle erschien.[8] Die weitreichenden Pläne der Königsberger Gauleitung und die Gewaltsamkeit der deutschen Besatzung in Zichenau haben auch später über den regionalen Kontext hinaus nur gelegentlich das Interesse von Historikern geweckt.[9] Die Expansion Ostpreußens in dieses Territorium wird in Forschungsarbeiten in der Regel höchstens am Rande behandelt und in die Charakterisierung der NS-Besatzungsherrschaft im östlichen Teil Mitteleuropas nicht mit einbezogen. Dem gegenüber steht eine relativ stark ausgeprägte heimatgeschichtliche, qualitativ jedoch sehr disparate Forschungstradition in Nordmasowien selbst.[10]

Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1944, Mainz 1999. Zum *Wartheland*: CZESŁAW ŁUCZAK, Pod niemieckim jarzmem (Kraj Warty 1939–1945), Poznań 1996; TADEUSZ JANICKI, Wieś w kraju Warty (1939–1945), Poznań 1996. Zu *Pommerellen*: WŁODZIMIERZ JASTRZĘBSKI, Okupacja hitlerowska na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945, Gdańsk 1979. Zu *Oberschlesien*: RYSZARD KACZMAREK, Górny Śląsk podczas II wojny światowej. Między utopią niemieckiej wspólnoty narodowej a rzeczywistością okupacji na terenach wcielonych do Trzeciej Rzeszy, Katowice 2006; IRENA SROKA, Policja hitlerowska w rejencji katowickiej w latach 1939–1945, Opole 1997. Zum *Reichskommissariat Ostland*: Reichskommissariat Ostland. Tatort und Erinnerungsobjekt, hg. v. SEBASTIAN LEHMANN u. a., Paderborn u. a. 2002. Zum *Reichskommissariat Ukraine*: ERIC C. STEINHART, The Holocaust and the Germanization of Ukraine, New York 2015. Zum *Bezirk Bialystok*: KATRIN STOLL, Die Herstellung der Wahrheit. Strafverfahren gegen ehemalige Angehörige der Sicherheitspolizei für den Bezirk Bialystok, Berlin 2012. Den bislang einzigen Versuch einer gemeinsamen Betrachtung aller eingegliederten Gebiete unternahm WŁODZIMIERZ JASTRZĘBSKI, Okupacyjne losy ziem polskich wcielonych do III Rzeszy (1939–1945), Bydgoszcz 2017.

[8] WITOLD PRONOBIS, Zur Okkupationspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus im Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów) 1939–1945, in: Polen im Bannkreis des Imperialismus 1918–1944, hg. v. Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Sektion Geschichte u. a., Rostock 1980, S. 63–83. Diese Arbeit basiert auf: Ders., Polityka narodowościowa okupanta niemieckiego w rejencji ciechanowskiej 1939–1945, Dissertation, Nikolaus-Kopernikus-Universität, Toruń 1976.

[9] MEINDL, Ostpreußens Gauleiter.

[10] In einigen Kreisstädten Nordmasowiens gibt es (bzw. gab es über viele Jahre) eine institutionalisierte historische Regionalforschung mit wissenschaftlichem Anspruch. Hervor treten auf diesem Feld vor allem das Historische Seminar der Humanistischen Akademie „Aleksander Gieysztor“ (*Akademia Humanistyczna im. Aleksandra Gieysztora*) in Pultusk (Pułtusk) und die traditionsreiche Wissenschaftliche Gesellschaft Plock (*Towarzystwo Naukowe Płockie*). Das Wissenschaftliche Zentrum „Stanisław Herbst“ (*Stacja Naukowa im. Stanisława Herbsta*) in Mlawa (Mława) wurde 2017 geschlossen, während die Wissenschaftliche Gesellschaft Ciechanów (*Ciechanowskie Towarzystwo Naukowe*) weiterhin be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die hier entstandenen Publikationen holten den Regierungsbezirk allerdings nicht aus seiner historiografischen Randständigkeit, die unterschiedliche Ursachen haben mag. Neben der geschilderten geografischen Zwischenlage dieses Landstrichs mag auch dessen Eingliederung in die Provinz Ostpreußen dazu geführt haben, dass der Regierungsbezirk in der Ostpreußen- wie in der Besatzungsforschung als Marginalie und nicht als eigenständiger Gegenstand behandelt wird. Neben Sprachbarrieren besonders deutscher Historiker war es zudem nicht förderlich, dass ein zentraler Quellenbestand in Warschau eingangs kaum zugänglich war und später im Archiv des Instituts für Nationales Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej*) der Aufmerksamkeit der meisten Historiker entging.[11] Somit fehlt bis heute eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung zur Besatzungsgeschichte Nordmasowiens, auch wenn Historikerinnen und Historiker im Laufe der Jahre einiges Wissen zusammengetragen haben.[12] Gerade in den letzten Jahren sind vermehrt wichtige Studien erschienen.[13]

Angesichts dessen ist es die Aufgabe des vorliegenden Sammelbands, einen Überblick über den derzeitigen Forschungsstand zum Regierungsbezirk Zichenau zu präsentieren, die identifizierten Desiderate zu ver-

---

steht. Wichtige Publikationen der genannten Institutionen sind in der Bibliografie zum Regierungsbezirk Zichenau im Anhang aufgelistet.

[11] Vgl. dazu den Beitrag von Janusz Piwowar in diesem Band.

[12] Einer Gesamtdarstellung am nächsten kommt BOŻENA GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989. Wissenschaftlichen Kriterien hält nicht stand ZBIGNIEW PTASIEWICZ, Regierungsbezirk Zichenau. Rejencja Ciechanowska 1939–1945, Ciechanów 2012; dazu die ausführlichen Rezensionen von MARCIN PRZEGIĘTKA, Jak pisać o okupacji nie należy. Refleksje na marginesie książki o rejencji ciechanowskiej w latach 1939–1945 autorstwa Zbigniewa Ptasiewicza, in: Pamięć i Sprawiedliwość, 2016, H. 2(28), S. 575–592, sowie von KRZYSZTOF ANDRZEJ KIERSKI, Kilka uwag o książce Zbigniewa Ptasiewicza „Regierungsbezirk Zichenau. Rejencja ciechanowska 1939–1945“, in: Echa Przeszłości 16 (2015), S. 271–280.

[13] Beispielsweise ELŻBIETA SZUBSKA-BIERROŃ, Płock na łamach lokalnej prasy NSDAP 1939–1945, Płock 2015; ARNO MENTZEL-REUTERS, NS-„Archivschutz“ in Zichenau, in: Preußenland, N. F. 6 (2015), S. 100–125; JAN DANILUK, Oddziały Szturmowe NSDAP (SA) na ziemi płockiej w świetle nieznanego dokumentu ze zbiorów Tajnego Archiwum Państwowego Fundacji Pruskiego Dziedzictwa Kulturowego w Berlinie-Dahlem, in: Rocznik Towarzystwa Naukowego Płockiego 7 (2015), S. 88–115; RAFAŁ KOWALSKI, Raz jeszcze. Żydzi – Płock – Polska, Płock 2016; Dzieje Mazowsza, Bd. 5: Lata 1939–1945, hg. v. ADAM KOSESKI, Pułtusk / Warszawa 2017; MARCIN PRZEGIĘTKA, Akcja Gestapo przeciwko polskiej inteligencji w rejencji ciechanowskiej. Aresztowani i deportowani do obozów koncentracyjnych w III Rzeszy w kwietniu 1940 roku, Warszawa 2020. Siehe auch den Bildband MIROSŁAW ŁAKOMSKI, Schröttersburg w Płocku, Płock 2016.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kleinern und Anstöße für die weitere Beschäftigung mit diesem kleinen Gebiet zu geben. Die folgenden Seiten sind einem Überblick über die Geschichte der deutschen Herrschaft über Nordmasowien im Zweiten Weltkrieg vorbehalten, in dem der Forschungsstand möglichst vieler Teilaspekte wiedergegeben wird. Darauf aufbauend steht anschließend die Frage im Mittelpunkt, welche historiografischen Entwicklungsmöglichkeiten und -potentiale das Thema „Regierungsbezirk Zichenau" in sich birgt und welche Fragestellungen und methodischen Zugänge künftige Forschungen tragen könnten.

Nordmasowien unter deutscher Herrschaft – ein historischer Abriss

Bereits in den ersten Stunden des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939 wurde Nordmasowien zum Kriegsschauplatz. Verbände der 3. Armee der Wehrmacht drangen von Ostpreußen aus in das Gebiet ein und wurden vor Mlawa von der gegnerischen Modlin-Armee zunächst aufgehalten. Nach mehrtägigen Kämpfen erfolgte im Morgengrauen des 4. September der Rückzug der polnischen Truppen. Der von General Georg von Küchler befehligte deutsche Vormarsch war begleitet von intensiven Luftangriffen, die sich auch gegen Zivilisten richteten.[14] Die Kämpfe lösten eine Fluchtwelle der einheimischen Bevölkerung in Richtung Warschau aus. Nachdem am 9. September mit Plock (Płock) die größte Stadt der Region eingenommen worden war, zogen sich die Kämpfe um den dortigen Weichselübergang noch einige Tage hin. Die Festung Modlin am Zusammenfluss von Narew und Weichsel kapitulierte erst am Morgen des 29. September 1939.[15]

Auf den raschen Sieg der Wehrmacht und die damit einhergehende Zerschlagung sämtlicher staatlicher Strukturen folgte die Etablierung einer deutschen Besatzungsverwaltung in den eroberten Gebieten. Dieser Prozess ähnelte in Ablauf und Muster jenem in den übrigen „eingegliederten Gebieten". Während der ersten Kriegswochen war zunächst die Wehr-

[14] RYSZARD JUSZKIEWICZ, Miasta północnomazowieckie pod bombami, in: Niepodległość i Pamięć 16 (2009), 2, S. 69–90. Zum Verlauf der Kämpfe: DERS., Wrzesień 1939 roku na Mazowszu Północnym, Mława 2009, passim.

[15] Am 28. September wurde ein Waffenstillstand vereinbart, die Kapitulation am darauffolgenden Morgen unterzeichnet. JOCHEN BÖHLER, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt am Main 2006, S. 56; JUSZKIEWICZ, Wrzesień 1939, S. 277–588.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

macht für die Organisation einer zivilen Administration verantwortlich.[16] Deren Handlungsrahmen war gleichwohl beschränkt, da der Chef der Zivilverwaltung (Feindesland) (CdZ), SS-Brigadeführer Heinz Jost, zugleich im Reichssicherheitshauptamt die hohe Funktion als Chef des Amtes VI (SD-Ausland)[17] innehatte.

Damit war der Zugriff nichtmilitärischer, zum NS-Machtapparat gehöriger Stellen auf die besetzten Gebiete von Beginn an gewährleistet. Josts Stellvertreter als CdZ war Helmuth von Wedelstädt, als ostpreußischer Landeshauptmann wiederum ein enger Vertrauter Erich Kochs. Der Gauleiter selbst wurde dann am 28. September 1939 durch den Oberbefehlshaber des Heeres, General Walther von Brauchitsch, zum CdZ im nördlichen Teil Masowiens ernannt.[18] In Ralf Meindls Beitrag wird deutlich, dass es bis zu einer tatsächlichen Annexion dieses Gebiets nunmehr ein kleiner Schritt war. Koch verstand es, bestimmt im Einvernehmen mit dem preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring, Nordmasowien als Kriegsbeute Ostpreußens für seinen Machtbereich zu sichern.[19]

Die Entscheidung zur Angliederung fiel recht bald nach Ende der Kämpfe. Am 6. Oktober 1939 fanden im Reichsinnenministerium bei Staatssekretär Wilhelm Stuckart entsprechende Beratungen statt, an denen neben Koch der zukünftige Generalgouverneur Hans Frank, der zukünftige Reichsstatthalter in Posen Arthur Greiser sowie mit Albert Forster, Josef Wagner, Emil Stürtz und Franz Schwede-Coburg weitere Gauleiter der östlichen Reichsgaue teilnahmen.[20] Koch erreichte, dass das Gebiet zwischen der ostpreußischen Grenze im Norden und der Weichsel im Süden sowie den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland im

---

[16] Weiterhin maßgeblich: HANS UMBREIT, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977; MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik, S. 18–29. Vgl. dazu auch IRENA SROKA, Górny Śląsk i Zagłębie Dąbrowskie pod okupacyjnym zarządem wojskowym, Katowice 1975.

[17] Sicherheitsdienst des Reichsführers SS [Anm. d. Red.].

[18] MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 250 f.; UMBREIT, Deutsche Militärverwaltungen, S. 70, 97 f. Zuvor hatte Koch bereits das Amt des CdZ im Operationsgebiet der 3. Armee auf ostpreußischem Territorium inne. Die Kreise Sochaczew, Sierpc, Plonsk (Płońsk) und Plock fielen vom 21.–24. September in den Zuständigkeitsbereich der 8. Armee. Pronobis, Polityka narodowościowa, S. 66.

[19] Eine Rolle Görings bei der Grenzfestlegung vermutet etwa MARTIN BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 34.

[20] Ebd., S. 33 f. Vgl. auch die kollektivbiografischen Anmerkungen zu Greiser, Forster, Wagner und Koch bei WŁODZIMIERZ JASTRZĘBSKI, Okupacyjne losy ziem polskich wcielonych do III Rzeszy (1939–1945), Bydgoszcz 2017, S. 15–23.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Westen sowie der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie im Osten seinem Herrschaftsbereich zugeschlagen wurde. Aus Działdowo und den umliegenden Gemeinden wurde zunächst der Landkreis Soldau gebildet, der im April 1940 mit dem ostpreußischen Landkreis Neidenburg vereinigt wurde.[21]

Auch wenn vermutet werden darf, dass strategische Überlegungen zur Begradigung der östlichen Reichsgrenze eine gewisse Rolle bei der Entscheidungsfindung gespielt haben,[22] betrachtete Koch eine Vergrößerung Ostpreußens nach Süden in erster Linie als Kompensation für die Abtretung des Regierungsbezirks Marienwerder an den neu geschaffenen Reichsgau Danzig-Westpreußen. Für ihn fand sich jenseits der alten Grenzen ein Gebiet, das es nach seiner Vorstellung umzuformen, auszubeuten und zu besiedeln galt. Immerhin konnte er seine Expansionspolitik historisch auch damit begründen, dass Nordmasowien im Zuge der Zweiten und Dritten Teilung Polens (1793 und 1795) schon einmal für kaum anderthalb Jahrzehnte an Preußen gefallen war. Plock und Umland gehörte bis zum Tilsiter Frieden (1807) zur neuen Provinz Südpreußen, das übrige Gebiet zu Neuostpreußen.[23]

---

[21] Später fanden kleinere Gebietskorrekturen statt. So wurden im November 1939 die südlich der Weichsel gelegenen Gemeinden Głusk (heute: Leoncin), Iłów, Kampinos, Młodzieszyn und Tułowice aus dem Kreis Sochaczew gelöst und dem Kreis Plock angegliedert. SZUBSKA-BIERON, Płock, S. 35 f. Kochs Unterfangen, die genannten Gebiete gegen den wegen seines Waldreichtums attraktiven Kreis Ostrów Mazowiecka aus dem Generalgouvernement einzutauschen, scheiterten im August 1941 am Widerstand des Gouverneurs des Distrikts Warschau, Ludwig Fischer. Dazu DANUTA SKORWIDER, Organizacja władz niemieckich na terenie dystryktu warszawskiego w latach 1939–1945, in: Raporty Ludwiga Fischera, gubernatora dystryktu warszawskiego 1939–1944, hg. v. KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ u. a., Warszawa 1987, S. 41–65, hier S. 43. Eine genaue Auflistung der zum Regierungsbezirk Zichenau gehörenden Städte und Landgemeinden in: HERBERT ULBRICHT / KURT VON MAYDELL, Die Ostgebiete des Deutschen Reiches und das Generalgouvernement der besetzten polnischen Gebiete in statistischen Angaben, Berlin 1940, S. 18–22.

[22] Bereits im Ersten Weltkrieg wurde von deutschen Politikern und Militärs die Annexion eines „polnischen Grenzstreifens" diskutiert, der die östliche Reichsgrenze arrondieren sollte. WOLFGANG J. MOMMSEN, Der „Polnische Grenzstreifen". Anfänge der „völkischen Flurbereinigung" und der Umsiedlungspolitik, in: DERS., Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, Frankfurt am Main 2004, S. 118–136.

[23] BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik, S. 35 f. Zur preußischen Herrschaft über Masowien: CHARLOTTE BUSSENIUS, Die preußische Verwaltung in Süd- und Neuostpreußen 1793–1806, Heidelberg 1960; JAN WĄSICKI, Ziemie polskie pod zaborem pruskim. Prusy Nowowschodnie (Neuostpreussen) 1795–1806, Poznań 1963.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zwei Tage nach dem Treffen im Reichsinnenministerium verfügte Hitler die Angliederung Nordmasowiens an die Provinz Ostpreußen als Regierungsbezirk Zichenau zum 26. Oktober 1939.[24] Dieses Datum markiert zugleich das Ende der deutschen Militärverwaltung in diesem Gebiet. Zum Verwaltungszentrum wurde die zentral gelegene Kreisstadt Ciechanów bestimmt, die – in Zichenau umbenannt – auch zu dessen Namensgeber wurde.[25]

Im Zuge dieser Südexpansion vergrößerte Ostpreußen sein Territorium von knapp 37.000 Quadratkilometern um etwa ein Drittel. Die Angaben zur genauen Fläche des Regierungsbezirks schwanken zwischen 12.000 und 13.500 Quadratkilometern.[26] Das bedeutendste urbane Zentrum war die historische Bischofsstadt Plock mit über 32.000 Einwohnern; die wenigen übrigen Städte hatten höchstens 10.000 bis 20.000 Einwohner. Auch Ciechanów zählte im Jahr 1931 kaum mehr als 14.000 Seelen.[27] Dennoch war Zichenau der am dichtesten besiedelte Regierungsbezirk Ostpreußens. Unmittelbar vor Kriegsbeginn lebten hier nach Angaben des polnischen Statistischen Hauptamts etwa 748.000 Polen, 80.000 Juden und 15.000 Deutsche.[28]

---

[24] Erlaß des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete. Vom 8. Oktober 1939, in: Deutsches Reichsgesetzblatt I (1939), Nr. 204, S. 2042 f.

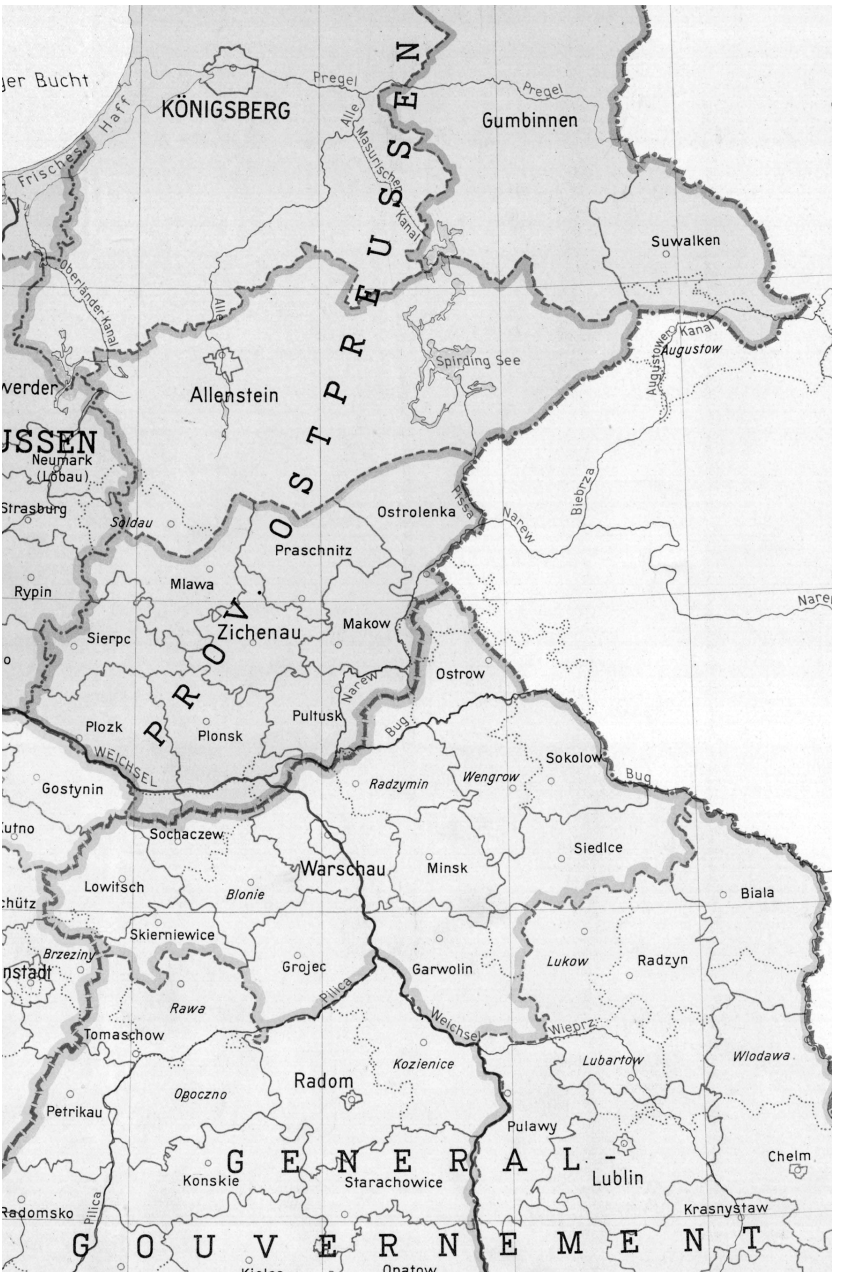
[25] Die amtlichen NS-Ortsbezeichnungen sind enthalten in: Handbuch für den Regierungsbezirk Zichenau mit Ortschaftsverzeichnis, hg. v. REINHOLD SCHRÖDER, Allenstein 1943; KARL-ALBERT WEGENER, Historisches Ortschaftsverzeichnis Ostpreußen, Bd. 2: Randgebiete, Frankfurt am Main 1995.

[26] BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik, S. 35; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock, S. 25; MICHAŁ GRYNBERG, Żydzi w rejencji ciechanowskiej 1939–1942, Warszawa 1984, S. 10; PRONOBIS, Zur Okkupationspolitik, S. 79, Anm. 3. Die Publikationsstelle Berlin-Dahlem veröffentlichte im April 1940 Zahlen zu Flächen und Einwohnerzahlen aller Kreise und Gemeinden der eingegliederten Ostgebiete, die auf dem Material der polnischen Volkszählung von 1931 basieren und für den Regierungsbezirk Zichenau in der Summe 12.847 km^2 ergeben: ULBRICHT / MAYDELL, Die Ostgebiete des Deutschen Reiches, S. 18–22. Die Provinz Ostpreußen trat im gleichen Zug Gebiete um Elbing, Marienburg und Marienwerder an das neugeschaffene Reichsgau Danzig-Westpreußen ab und gewann außerdem das 1920 an Polen abgetretene Gebiet um Soldau mit 491 km^2 sowie den Landkreis Suwalken (Suwałki) mit 2.805 km^2 hinzu. Ebd., S. 16 f.

[27] Ebd., S. 18–22.

[28] Zahlen aus: Mały Rocznik Statystyczny, hg. v. Polska. Główny Urząd Statystyczny, Bd. 10, Warszawa 1939, hier zitiert nach: PRONOBIS, Zur Okkupationspolitik, S. 64. Vgl. die Zahlen bei: BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik, S. 35 f., sowie JAN GRABOWSKI, Die antijüdische Politik im Regierungsbezirk Zichenau, in: Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945, hg. v. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK / JOCHEN BÖHLER, Osnabrück 2010, S. 99–117, hier S. 99 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

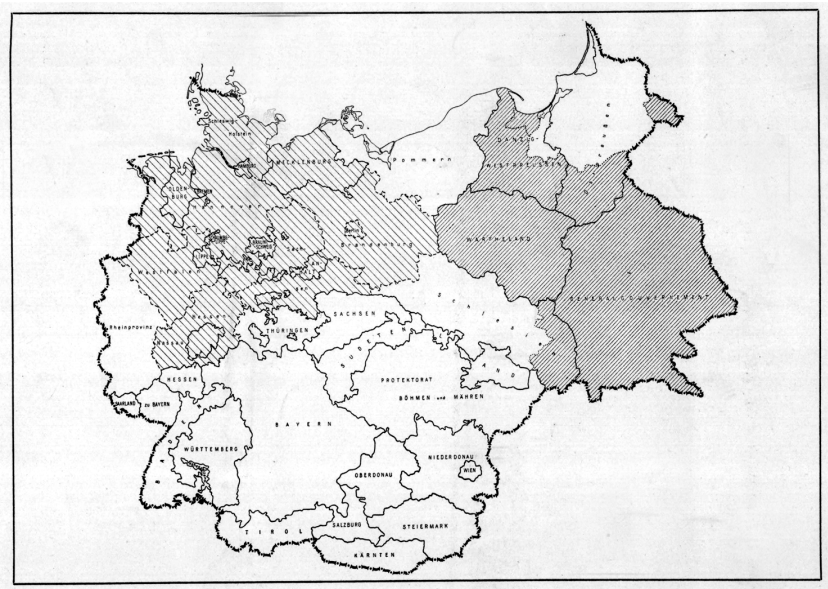


Abb. 1 a und b: Verwaltungsgliederung des Regierungsbezirks Zichenau und des angrenzenden Teils des Generalgouvernements (Kartenausschnitt links, Stand September 1940). Die dichte Schraffur der Karte oben zeigt die Ausdehnung des deutschen Machtbereichs auf die eingegliederten polnischen Gebiete und das Generalgouvernement. Die schraffierten Teile Nordwestdeutschlands sollen deren „flächenmäßige Entsprechung in den Altreichsgebieten veranschaulichen".

Der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung war damit höher als in den vom Reich annektierten Gebieten Wartheland und Oberschlesien.[29] Die Mehrzahl der jüdischen Bewohner war in den Kleinstädten ansässig, wo sie bis zu 80 Prozent der Bevölkerung stellten. Ihr Anteil unter den Landbewohnern bewegte sich hingegen zwischen 0,4 und 1,7 Prozent.[30] Bei der deutschen Bevölkerung handelte es sich um Nachkommen von Kolonisten, die sich nach der Zweiten Teilung Polens oder nach dem Wiener Kongress vor allen in einigen Dörfern in den Kreisen Plock und Ciechanów angesiedelt hatten.[31]

[29] Ebd., S. 105.

[30] Ebd., S. 99 f.

[31] SEVERIN GAWLITTA, Zwischen Einladung und Ausweisung. Deutsche bäuerliche Siedler im Königreich Polen 1815–1915, Marburg 2009, S. 27 f.; OSKAR KOSSMANN, Die Deutschen in Polen seit der Reformation. Historisch-geographische Skizzen, Marburg /

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Regierungsbezirk Zichenau, im behördlichen Schriftverkehr in Anlehnung an die einstige preußische Herrschaft auch als Südostpreußen bezeichnet, wurde formal annektiert und somit Reichsgebiet. Am 21. Dezember 1939 wurde die deutsche Gemeindeordnung eingeführt, wie auch das Reichsrecht und das preußische Landesrecht in Kraft gesetzt.[32] Innerhalb weniger Wochen entstand ein Netz von Postämtern und Poststellen, und die Reichsmark wurde zum gesetzlichen Zahlungsmittel.[33] Zahlreiche Regelungen sorgten unterdessen dafür, dass der Regierungsbezirk einen rechtlichen Sonderstatus behielt. So verlief die Polizeigrenze weiterhin entlang der alten Reichsgrenze, was eine starke Reglementierung des Personenverkehrs in und aus dem Gebiet ermöglichte. Die Zollgrenze wiederum schloss das Zichenauer Gebiet mit ein.[34]

Ralf Meindl schildert in seinem Beitrag, wie stark die Situation in Zichenau von der Person Erich Kochs als regionalem Machthaber beeinflusst wurde. Dessen Geschick bei der Durchsetzung eigener Interessen im NS-System zeigt sich im Regierungsbezirk besonders deutlich, etwa im Falle seiner selbstbewussten Personalpolitik. An der Verwaltungsspitze stand nach preußischem Vorbild ein Regierungspräsident, dessen Amt zunächst kommissarisch von Hermann Bethke bekleidet wurde, der Erich Kochs Stellvertreter im Königsberger Oberpräsidium war. Nach dessen Unfalltod im Januar 1940 folgte ihm mit dem früheren NSDAP-Gauamtsleiter Paul Dargel erneut ein enger Vertrauter Kochs nach. Im September 1941 übernahm Clemens Roßbach kommissarisch die Amtsgeschäfte des Regierungspräsidenten. Koch war in dieser Zeit bereits zum Reichskommissar der Ukraine ernannt worden, wo er Dargel dort als seinen ständigen Vertreter eingesetzt hatte.

Über die Ernennung der Landräte, welche die nächste Verwaltungsebene repräsentierten, kam es ähnlich wie in den anderen eingegliederten Gebieten zum Konflikt zwischen Reichsinnenministerium und ostpreußischem Oberpräsidium. Während ersteres die Einsetzung erfahrener Zivilbeamter forcierte, stellte die Parteitreue und persönliche Loyalität der Kandidaten für Koch ein entscheidendes Kriterium dar. Letztlich setzte er

---

Lahn 1978, Karte 8: Entwicklung der ländlichen deutschen Siedlung im nordwestlichen Kongreßpolen (1800, 1825, 1835, 1935).

[32] Alltag in Ostpreußen 1940–1945. Die geheimen Berichte der Königsberger Justiz, hg. v. CHRISTIAN TILITZKI, Leer 1991, S. 43 f.

[33] GERHARD BRANDTNER / ERNST VOGELSANG, Die Post in Ostpreußen. Ihre Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Lüneburg 2000, S. 375–377.

[34] Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich auch hier durch und installierte 13 politisch besonders zuverlässige preußische Landräte als Spitzen der Kreisverwaltungen. Die unterste Verwaltungsebene repräsentierten die Amtskommissare, die anders als die Dorfschulzen nach Möglichkeit ebenso aus Ostpreußen rekrutiert wurden.[35]

Die Machtfülle Erich Kochs in Zichenau ergab sich aus dem vor 1939 hinlänglich erprobten Zusammenspiel von Zivilverwaltung und den Strukturen der NSDAP. Die aus Ostpreußen und den übrigen Reichsgebieten bekannte „Einheit von Partei und Staat", die durch geschicktes Taktieren und die Vergabe von Doppelposten erreicht worden war, hielt auch im Regierungsbezirk Einzug.[36] Allerdings verfügte Heinrich Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) in allen eingegliederten Gebieten über ein „fast unbegrenztes Mitspracherecht der SS und Polizei in allen politischen Entscheidungen".[37] Mit dieser Kompetenzüberschneidung wurde im Prinzip jener Zustand verstetigt, der bereits unter der Militärverwaltung geherrscht hatte.

In Zichenau wurde Himmler vom Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) und dem Inspekteur der Sipo und des SD (IdS) in Königsberg vertreten. Letzterem unterstand nicht nur die Ordnungs- und Sicherheitspolizei in Ostpreußen und damit im Regierungsbezirk Zichenau; er war zugleich ein wichtiger Zuarbeiter für die Rassenpolitik des RKF und Reichsführers SS.[38] Den Posten des IdS hatte seit 1939 Otto Rasch inne. Als dieser dann im Juni 1941 zum Chef der Einsatzgruppe C ernannt

---

[35] Ebd.; MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 257–259. Die meisten Landräte waren zugleich Kreisleiter der NSDAP. Dazu und zum Verhältnis von staatlicher Verwaltung und Parteiherrschaft in den eingegliederten Ostgebieten: DIEMUT MAJER, „Fremdvölkische" im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1993, S. 342–355.

[36] MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 256 f., 259 f. Für die Zeit vor 1939 auch CHRISTIAN ROHRER, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, München 2006. Eine Auflistung der NSDAP-Kreisleitungen Mackeim (Maków Mazowiecki), Mielau (Mława), Plöhnen (Płońsk), Praschnitz (Przasnysz), Scharfenwiese (Ostrołęka), Schröttersburg (Płock), Sichelberg (Sierpc) und Zichenau mit deren Leitungspersonal bei: MICHAEL RADEMACHER, Handbuch der NSDAP-Gaue 1928–1945, Vechta 2000, S. 197–203. Zu den wenig bekannten Strukturen der SA vgl. DANILUK, Oddziały Szturmowe NSDAP (SA).

[37] JENS BANACH, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945, Paderborn 1998, S. 222; MAREK TADEUSZ FRANKOWSKI / JADWIGA URSZULA FRANKOWSKA, Aparat SS i policji niemieckiej elementem terroru i zagłady w rejencji ciechanowskiej w latach 1939–1945, in: Notatki Płockie 61 (2016), 4, S. 12–26.

[38] BANACH, Heydrichs Elite, S. 222.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wurde, übernahm Constantin Canaris im Dezember 1941 zunächst in Vertretung und im November 1942 formal dessen Nachfolge.[39]

Im Regierungsbezirk selbst wurde unter der Regie von SS-Sturmbannführer Friedrich Rang, dem späteren Leiter der Gruppen IV C und D im Reichssicherheitshauptamt (RSHA), bereits im November 1939 die Geheime Staatspolizeistelle Zichenau/Schröttersburg eingerichtet.[40] Sie hatte ihren Sitz erst in Zichenau, seit Frühjahr 1940 in Schröttersburg, wie Plock nun offiziell hieß. Hinzu kamen eine Außendienststelle in Zichenau, zwei Grenzpolizeikommissariate in Modlin und Scharfenwiese sowie Grenzpolizeiposten in Modlin und Ostenburg (Pułtusk). Nachfolger Rangs waren Hartmut Pulmer (1940–1942) und Friedrich Schulz.[41] Den SD-Abschnitt Zichenau leitete SS-Sturmbannführer Jakob Schindler, der dem SD-Leitungsabschnitt Königsberg unterstellt war. Die Ordnungspolizei, gegliedert in Schutzpolizei und Gendarmerie, verfügte in allen Kreisstädten über Schupo-Posten. Die Chefs von Gendarmerie und Schupo, Major Krause und Major Barthow, waren beim Regierungspräsidenten angesiedelt und unterstanden dem Führer der Ordnungspolizei im I. Militärbezirk (Ostpreußen), Rudolf Müller.[42] Eine der Blauen Polizei im Generalgouvernement vergleichbare polnische Hilfspolizei wurde in Zichenau wie in den übrigen eingegliederten Gebieten nicht aufgestellt. Vielmehr wurden 150 Mitglieder der polnischen Vorkriegspolizei, die nach Ende des Septemberfeldzugs ihren Dienst wieder antraten, in das Generalgouvernement abgeschoben und dort in die Blaue Polizei eingegliedert.[43]

Anders als im Fall der polizeilichen Gewalt hatte Koch zumindest in der Anfangsphase im Bereich des Rechtswesens große Einflussmöglichkeiten. Zwar wurde, wie erwähnt, der Geltungsbereich der deutschen Gemeindeordnung, des preußischen Landesrechts und des Reichsrechts auf Zichenau ausgeweitet, doch galten diese nur für Reichsbürger und

[39] STOLL, Die Herstellung, S. 163; Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 56 f.

[40] ALFRED KONIECZNY, Organizacja gestapo na ziemiach polskich włączonych do Rzeszy w latach 1939–1945, in: Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi 30 (2008), S. 331–349, hier 338; MICHAEL WILDT, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 347, Anm. 188 und S. 353 f.

[41] KLAUS-MICHAEL MALLMANN u. a., Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008, S. 102; KONIECZNY, Organizacja, S. 346; ELŻBIETA SZUBSKA-BIEROŃ, Organy represji na Mazowszu Północnym, in: Dzieje Mazowsza, Bd. 5: Lata 1939–1945, hg. v. ADAM KOSESKI, Pułtusk / Warszawa 2017, S. 79–167, hier S. 92–103.

[42] PRONOBIS, Okkupationspolitik, S. 64 f.

[43] PRZEGIĘTKA, Akcja Gestapo, S. 75 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Volksdeutsche. Koch selbst betrachtete die Einführung deutschen Rechts im neuen Landesteil als „absolut unzweckmäßig", da er sich lieber auf Verwaltungsrichtlinien stützen wollte.[44]

Wie in den übrigen annektierten polnischen Gebieten wurde 1941 die „Polenstrafrechtsverordnung" im Regierungsbezirk Zichenau eingeführt, die Polen und Juden aus der Rechtsgemeinschaft ausschloss und damit *de facto* in jeder Hinsicht rechtlos stellte.[45] Aber auch zuvor hatte Koch die Einbeziehung der beiden größten Bevölkerungsgruppen in die reguläre Rechtspraxis des Reichs zu verhindern gewusst, da er das Gerichtswesen als Werkzeug der eigenen Unterdrückungspolitik betrachtete. Dementsprechend hintertrieb er den Aufbau regulärer gerichtlicher Strukturen.[46] Letztlich nahm das Landgericht Zichenau, dem in den Kreisstädten neun Amtsgerichte unterstellt waren, dennoch seine Arbeit auf. Polen und Juden wurden für Straftaten wie Schmuggel, Schwarzschlachtung oder illegalen Grenzübertritt von Sondergerichten abgeurteilt, die ebenfalls beim Landgericht angesiedelt waren.[47] Nach Einschätzung der Historikerin Diemut Majer verfolgte die Justiz im Regierungsbezirk Zichenau im Vergleich zu den übrigen eingegliederten Gebieten „den schärfsten antipolnischen Kurs".[48]

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen in diesem Band Janusz Piwowar und Maximilian Becker, der zudem die Bedeutung der Justiz als Werkzeug für die Durchsetzung der deutschen Besatzungspolitik anhand der Verfolgung von „Kriegswirtschaftsverbrechen" schildert. Je nachdem, welcher

---

[44] MAJER, „Fremdvölkische", S. 833.

[45] MAXIMILIAN BECKER, Mitstreiter im Volkstumskampf. Deutsche Justiz in den eingegliederten Ostgebieten 1939–1945, München 2014, S. 165–170.

[46] MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 261 f.; MAJER, „Fremdvölkische", S. 764, Anm. 219 und S. 798, Anm. 416; Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 43 f. Dazu auch der Bericht des Leiters der Zichenauer Staatsanwaltschaft in: BROSZAT, Polenpolitik, S. 138–140.

[47] BECKER, Mitstreiter, S. 53; SZUBSKA-BIEROŃ, Organy represji, S. 142–158. Die Amtsgerichte waren häufig unbesetzt oder verfügten nur über einen Amtsrichter. Im Landgericht und in der Staatsanwaltschaft blieb die Hälfte der Planstellen vakant: Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 46. Zu den Sondergerichten auch: LUDWIG NESTLER, Zum Aufbau und zur Tätigkeit der faschistischen Sondergerichte in den zeitweilig okkupierten Gebieten Polens: Jahrbuch für Geschichte 10 (1974), S. 579–631.

[48] MAJER, „Fremdvölkische", S. 789 f. In den Jahren 1942–1944 fällte das Sondergericht Zichenau 432 Todesurteile, wobei die Gesamtzahl der Verfahren nicht bekannt ist. Tilitzki relativiert Majers Interpretation der Zichenauer Spruchpraxis als reine Abschreckungsjustiz im Dienste der „völkischen Gefahrenabwehr" als „unzureichend", indem er auf die „Verbrechensaufklärung" im „Bereich der gewerbsmäßigen Kriminalität" verweist, „deren Opfer überwiegend die polnische Bevölkerung war": Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 46 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rassischen Kategorie die Angeklagten zugeteilt wurden, konnten sie mit einem mehr oder minder harten Urteil rechnen. Dieselbe Praxis, die Schwere von Straftaten aufgrund der Ethnie des Täters zu beurteilen, spiegelt auch die Gerichtspraxis bei Sexualdelikten wider.

Frédéric Stroh führt in seinem Beitrag anhand dreier Urteile des Sondergerichts Zichenau gegen Homosexuelle vor, wie rassische Kategorisierungen nicht nur ein Machtgefälle zwischen Besatzern und Besetzten schufen, das sexuelle Gewalt ermöglichte, sondern auch die Spruchpraxis der Gerichte dominierten. Der Bereich sexueller Kontakte zwischen Besatzern und Besetzten, die sich in der Regel lediglich mit der Hilfe von Polizei- und Gerichtsakten quellenmäßig fassen lassen, sind für die nordmasowischen Gebiete auf jeden Fall historiografisches Neuland.[49]

Der deutsche Justiz- und Polizeiapparat benötigte ein stark ausgebautes Netz von Haftorten. Neben einer Vielzahl kleinerer, oft nur kurzzeitig bestehender Gefängnisse und Lager existierten „reguläre" Gefängnisse in den Kreisstädten wie Plock / Schröttersburg, Scharfenwiese, Plöhnen, Ostenburg und Schirps / Sichelberg, doch wurden viele Häftlinge auch nach Königsberg oder in das Arbeitserziehungslager Soldau des Staatspolizeiamts Zichenau / Schröttersburg überstellt.[50]

---

[49] Vgl. beispielsweise den Prozess gegen Georg Mielke vor dem Sondergericht Zichenau wegen Sittlichkeitsverbrechen vom 28. Januar 1942, Bundesarchiv Berlin, R 70 POLEN /464.

[50] SZUBSKA-BIERON, Organy represji, S. 158–167; JASTRZĘBSKI, Okupacyjne losy, S. 89 f.; PRZEGIĘTKA, Akcja Gestapo, S. 103–106; RYSZARD JUSZKIEWICZ, Obozy w rejencji ciechanowskiej, in: Notatki Płockie 13 (1968), 1, S. 32–38; MICHAŁ GRYNBERG, Obozy w rejencji ciechanowskiej, in: BŻIH. Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historii, 1981, H. 1, S. 45–58. Im Gestapo-Gefängnis Königsberg wurden die vom Sondergericht beim Landgericht Zichenau gefällten Todesurteile vollstreckt. Ab Februar 1940 überwies die Stapostelle Zichenau durch Polizeistandgerichte verurteilte Polen zur Exekution ins Lager Soldau, das zeitweise auch als Durchgangslager für polnische Zwangsaussiedler und Häftlinge diente, die dann in ein Konzentrationslager weitertransportiert oder in Stutthof ermordet wurden. MAREK ORSKI, Obozy w Działdowie w latach II wojny światowej, in: Studia Gdańskie 27 (2010), S. 245–263. Vgl. auch GABRIELE LOTFI, SS-Sonderlager im nationalsozialistischen Terrorsystem. Die Entstehung von Hinzert, Stutthof und Soldau, in: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, hg. v. NORBERT FREI u. a., München 2000, S. 209–229. Als konziser Überblick über das System der AEL: CORD PAGENSTECHER, Arbeitserziehungslager, in: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 9: Arbeitserziehungslager, Ghettos, Jugendschutzlager, Polizeihaftlager, Sonderlager, Zigeunerlager, Zwangsarbeitslager, hg. v. WOLFGANG BENZ / BARBARA DISTEL, München 2009, S. 75–99, sowie GABRIELE LOTFI, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart / München 2000.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Neben dem AEL Soldau, das zwar auf annektiertem Gebiet lag, aber zum Regierungsbezirk Allenstein gehörte, war es das Fort III Pomiechówek, das als Polizei-Gefängnis, Durchgangslager, Hinrichtungsstätte besonders viele polnische und jüdische Opfer forderte.[51] Das Netz der von der Gestapo betriebenen Arbeitserziehungslager (AEL), die vor allem für geflüchtete oder unbotmäßige Zwangsarbeiter vorgesehen waren, war im Regierungsbezirk Zichenau mit 17 nachzuweisenden Standorten im Vergleich zu anderen Gebieten besonders dicht.[52]

Nicht nur an der rassistischen Kriterien folgenden Praxis in Justizwesen und Polizeiapparat wird deutlich, dass staatlich ausgeübte oder sanktionierte physische Gewalt von Anfang an ein grundlegendes Wesensmerkmal deutscher Herrschaft darstellte. Bereits im Zuge der eingangs skizzierten Kampfhandlungen, aber ebenso unter der Militärverwaltung kam es zu zahlreichen willkürlichen Erschießungen und unkoordinierten Übergriffen von Wehrmachtsangehörigen sowie Mitgliedern von Sipo, SD

---

[51] BENON DYMEK / JÓZEF KAZIMIERSKI, Hitlerowskie więzienie policyjne w Pomiechówku, in: Rocznik Mazowiecki 6 (1976), S. 91–122; MAREK TADEUSZ FRANKOWSKI, Fort III w Pomiechówku w latach 1939–1945. Przyczynek do historii zbrodni hitlerowskich w Polsce, in: Rocznik Mazowiecki 9 (1987), S. 321–339; Archiwum Ringelbluma. Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy, Bd. 13: Ostatnim etapem przesiedlenia jest śmierć: Pomiechówek, Chełmno nad Nerem, Treblinka, bearb. v. BARBARA ENGELKING u. a., Warszawa 2012.

[52] JOLANTA ADAMSKA, Arbeitserziehungslager – Vernichtungslager für polnische Zwangsarbeiter. Internationale wissenschaftliche Session zum Thema: Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit in Polen und Europa 1939–1945, Warszawa 14.–17. April 1983, hg. v. Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen, Warszawa 1983, S. 13–15. Adamska identifizierte im Regierungsbezirk Zichenau 17 AEL: Brückendorf (Mostkowo), Grodziec (auch bezeichnet als AEL Grodziec – Arbeitsstelle Grochale), Kuchary, Lauffen (Bieżuń), Mausheim (Wymyślin), Mielau, Nasielsk, Nosarzewo, Ostenburg, Praschnitz, Reichenfeld (Drobin), Scharfenwiese, Schröttersburg-Süd (wahrscheinlich Radziwie), Serock, Sichelberg, Steinhausen (Bielsk), Zichenau (auch bezeichnet als AEL Śmiecin bzw. AEL des Landrats Zichenau). Weitere Zwangsarbeitsstätten waren das Strafgefängnis Schröttersburg mit den Außenkommandos „Große Allee“ und Bauzug sowie die Zwangsarbeitslager für Juden in Grudusk, Nosarzewo, Nowy Modlin und Piekielko, Różan, Steinhausen (Bielsk) und Zichenau-Bielin (Bielin); Haftstättenverzeichnis der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft, http://www.bundesarchiv.de/ zwangsarbeit/haftstaetten/index.php?action=2.0&tab=3&page_index=1#result_list (Zugriff: 12. August 2020). Zur Zwangsarbeit von Juden: GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 74–79. Über die Zahl von Zwangsarbeitern, die aus Nordmasowien ins Innere des Reichs verschleppt wurden, gibt es keine verlässlichen Statistiken. Vgl. MARK SPOERER, NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), 4, S. 665–684, hier S. 669.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und des Selbstschutzes auf Zivilisten, besonders Juden.[53] Hinzu traten gezielt geplante und eingesetzte Gewaltmaßnahmen. Die Einsatzgruppen IV und V unter dem Befehl von SS-Brigadeführer Lothar Beutel bzw. SS-Standartenführer Ernst Damzog vertrieben vielerorts die Juden über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie, übernahmen deren Erfassung auf Namenslisten, raubten ihr Eigentum und verhafteten eine große Anzahl vorher festgelegter nichtjüdischer Polen.[54] Ähnliche Verbrechen beging das Polizeibataillon 11, das bis zum Jahresende 1939 in der Region stationiert war.[55]

Auch später, zunächst Ende November und Anfang Dezember 1939, vor allem aber Anfang 1940 wurden Polen, die zur Intelligenzschicht gezählt und damit als Gefahr für die deutsche Herrschaft eingestuft wurden, inhaftiert und öffentlich oder im Lager Soldau ermordet.[56] In die Morde an Zivilisten war von Beginn an auch der Volksdeutsche Selbstschutz unter SS-Oberführer Hans Krause involviert.[57]

Mit Marcin Przegiętkas Beitrag liegen erstmals fundierte Ergebnisse zu dieser Formation im Regierungsbezirk Zichenau in deutscher Sprache vor. Nur wenig ist über die Ermordung psychisch und physisch Kranker bekannt, die im Regierungsbezirk ab Frühjahr 1940 stattfand und in

---

[53] PRONOBIS, Zur Okkupationspolitik, S. 66; BÖHLER, Auftakt, S. 141, 216, 219 f., 227–229. Zu den Garnisonen und Wehrmachtseinrichtungen im Regierungsbezirk: SZUBSKA-BIEROŃ, Organy represji, S. 134–142.

[54] ALEXANDER B. ROSSINO, Hitler Strikes Poland: Blitzkrieg, Ideology, and Atrocity, Lawrence 2003, S. 101–108; MALLMANN, Einsatzgruppen, S. 33 f., 52, 87, 127 f.; STEPHAN LEHNSTAEDT / JOCHEN BÖHLER, Die Berichte der Einsatzgruppen aus Polen 1939. Vollständige Edition, Berlin 2013, S. 50, 69.

[55] STEFAN KLEMP, „Nicht ermittelt". Polizeibatallione und die Nachkriegsjustiz. Ein Handbuch, Essen 2005, S. 106–113. Im Jahr 1940 war auch das Polizeibataillon 13 in nordmasowischen Städten stationiert. Ebd., S. 113–120.

[56] PRONOBIS, Zur Okkupationspolitik, S. 66 f.; MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik, S. 187. Neueste Erkenntnis zur Lagergeschichte veröffentlichte jüngst: MARCIN PRZEGIĘTKA, Niemiecki Obóz w Działdowie (niem. Soldau) w latach 1940–1945. Nowe ustalenia w świetle dokumentów ze zbiorów niemieckiego Archiwum Federalnego i Archiwum IPN, in: Polska pod okupacją 1939–1945, Bd. 2, Warszawa 2016, S. 78–115. Vgl. auch LOTFI, SS-Sonderlager.

[57] MARCIN PRZEGIĘTKA, Selbstschutz Südostpreußen – niemiecka Samoobrona w rejencji ciechanowskiej w latach 1939–1940, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. DEMS., Bd. 3, Warszawa 2019, S. 84–116; CHRISTIAN JANSEN / ARNO WECKBECKER, Der „Volksdeutsche Selbstschutz" in Polen 1939/40, München 1992, S. 54, 79, 99, 114 f., 229; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock, S. 138 f. Die Inspektion in Plock stand unter der Leitung von SS-Standartenführer Norbert Scharf, die Inspektion in Zichenau unter SS-Standartenführer Alexander von Woedtke.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

engem Zusammenhang mit der Ermordung von Juden stand.[58] Waren Besatzungswillkür und Gewalt Wesensmerkmale und Kernelement der deutschen Herrschaft über Nordmasowien, ordneten sie sich in den übergeordneten Kontext einer mehr oder weniger stringenten Kolonisierungs- und Germanisierungspolitik ein. Diese wurde wissenschaftlich flankiert durch Osteuropa-Experten wie Theodor Schieder und der von ihm geleiteten Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte.[59] Die eingangs am Beispiel Karraschs vorgeführte, auf deutscher Seite seit langem bestehende Überzeugung, Polen sei aufgrund der mentalen und biologischen Prädispositionen seiner Einwohner nicht imstande, einen ähnlichen ökonomischen, infrastrukturellen und kulturellen Entwicklungsstand wie Deutschland zu erreichen, wurde in den Augen der Invasoren durch die vorgefundene Realität bestätigt.

Wirtschaftlich war die Region zwischen Weichsel, Narew und Masuren seit jeher geprägt von überwiegend kleinen und kleinsten, mit vorindustriellen Methoden wirtschaftenden Agrarbetrieben, was sich in den Agrarkrisen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts keineswegs als Vorteil

---

[58] Eine zentrale Rolle spielte auch hier das AEL Soldau. Zu Indizien und Details des Krankenmords im Regierungsbezirk: PRONOBIS, Zur Okkupationspolitik, S. 66; CURILLA, Judenmord, S. 230; SASCHA TOPP u. a., Die Provinz Ostpreußen und die nationalsozialistische „Euthanasie". SS-„Aktion Lange" und „Aktion T4", in: Medizinhistorisches Journal 43 (2008), 1, S. 20–55; EWA KORC / ANTONI SOŁOMA, Z badań nad hitlerowską eutanazją w Prusach Wschodnich, in: Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi 12 (1987), S. 189–199; SŁAWOMIR MIESZKOWSKI, Gostynin. Wojewodschafts-Krankenhaus für psychisch und Nerven-Kranke, in: Die Ermordung der Geisteskranken in Polen 1939–1945, hg. v. ZDZISŁAW JAROSZEWSKI Warszawa 1993, S. 135–139; HENRY FRIEDLANDER, The Origins of Nazi Genocide. From Euthanasia to the Final Solution, Chapel Hill 1995, S. 139 f.; RICHARD BREITMAN, Der Architekt der Endlösung. Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden, Paderborn 1996, S. 138.

[59] CHRISTHARDT HENSCHEL, Regionsmacher an der Peripherie. Polnische und deutsche Forscher über das nördliche Masowien im Zeitalter der Weltkriege, in: Regionsmacher in Ostmitteleuropa, hg. v. SABINE JAGODZINSKI u. a., Osnabrück [erscheint 2021]; CHRISTOPH NONN, Direkte und indirekte Beiträge zur nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik: Die Landesstelle Ostpreußen der Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte unter Theodor Schieder, in: Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933, hg. v. SVEN KRIESE, Berlin 2015, S. 211–219; INGO HAAR, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf" im Osten, Göttingen 2002, S. 343 f. Zur weiteren Rolle Schieders auch: ARNO MENTZEL-REUTERS, NS-„Archivschutz" in Zichenau, in: Preußenland, N. F. 6 (2015), S. 100–125. Einen weiteren Fall eines in den Raub von Archivgut verstrickten Historikers bespricht CORDELIA HESS, „Some Short Business Trips." Kurt Forstreuter and the Looting of Archives in Poland and Lithuania, 1939–1942, in: Yad Vashem Studies 42 (2014), 2, S. 91–122.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erwies. In der Zwischenkriegszeit machten fast 80 Prozent des nordmasowischen Territoriums landwirtschaftliche Flächen aus.[60] Staatliche Maßnahmen zur Förderung der Industrie gingen an der (infra-)strukturschwachen Randregion hingegen weitgehend vorbei.[61]

Der niedrige Technisierungs- und Rationalisierungsgrad der meist für den Eigenbedarf und lokalen Markt wirtschaftenden Agrarbetriebe kam den nach 1939 in das Gebiet entsandten ostpreußischen Verwaltungs- und Wirtschaftsexperten ausgesprochen rückständig vor. Überdies waren sie erstaunt über den geringen Viehbesatz, den niedrigen Nutzungsgrad des Waldes und das ebenfalls mit einfachsten Mitteln arbeitende Handwerk. Eine direkte wirtschaftliche Ausbeutung des Regierungsbezirks erschien ihnen vor diesem Hintergrund als kaum lohnenswert. Viel mehr sahen sie die Notwendigkeit einer deutschen „Kolonisationsarbeit", um das Gebiet grundlegend umzugestalten und dauerhaft an Ostpreußen zu binden. Der Fokus der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Regierungsbezirks sollte auf der Ausschöpfung seines land- und forstwirtschaftlichen Potentials und daran angeschlossener Industrien liegen. Dafür wurden nahezu 80 Prozent des Bodens enteignet. In einem Zusammenspiel regionaler und zentraler Akteure, darunter RKF, Gauleiter und die Landesbauernschaft Ostpreußen, wurden Landbewirtschaftung und Siedlungspolitik als Einheit gedacht und umgesetzt.[62]

Diese zwar nicht reibungslose, im Großen und Ganzen aber gut funktionierende Kooperation beschreibt Christian Rohrer, der in seinem Beitrag auch die zu einem guten Teil auf Erich Kochs Interessen zurückzuführenden besonderen Verlauf der Agrar- und Ansiedlungspolitik herausarbeitet. Wie in den übrigen angegliederten Gebieten koordinierte die Haupttreuhandstelle Ost (HTO) den staatlich organisierten Raub polnischen und jüdischen Vermögens. Bereits seit Ende 1939 bestand mit der

[60] GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne, S. 12.

[61] ZBIGNIEW LANDAU / JERZY TOMASZEWSKI, Zarys historii gospodarczej Polski 1918–1939, Warszawa 1999, S. 176, 261–278.

[62] MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik, S. 446; GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne, S. 77–87; SZUBSKA-BIERON, Płock, S. 26. CHRISTIAN ROHRER, Landesbauernführer, Bd. 1: Landesbauernführer im nationalsozialistischen Ostpreußen. Studien zu Erich Spickschen und zur Landesbauernschaft Ostpreußen, Göttingen 2017, S. 275–326; PETER REINHARD HARTMANN, Die annexionistische Agrarsiedlungspolitik des deutschen Faschismus in den sogenannten „Eingegliederten Ostgebieten" („Reichsgau Danzig-Westpreußen", „Reichsgau Wartheland", „Regierungsbezirk Zichenau") 1939–1945, Dissertation, Rostock 1969.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Treuhandstelle Zichenau eine Regionalbehörde der HTO.[63] Die Ausbeutung von Juden und Polen durch Zwangsarbeit bildete einen weiteren festen Bestandteil der Besatzungswirtschaft.[64] Trotz aller ergriffenen Maßnahmen blieb die von der Gauleitung erhoffte Sogwirkung des Regierungsbezirks auf Fachkräfte aus anderen Teilen des Reichs aus.[65]

Die Imagination der Region als zivilisatorisch rückständig, ökonomisch unterentwickelt und rassisch kontaminiert ließ die an der Besatzung beteiligten Akteure zu dem Schluss kommen, Nordmasowien sei nicht für eine unmittelbare deutsche Besiedlung bereit. In vielen Schriften wurden die zivilisatorischen Errungenschaften der einstigen deutschen Kolonisten und der kulturelle Einfluss des Deutschen Ordens hervorgehoben, die unter polnischer Herrschaft und durch jüdische Einflüsse vorgeblich verloren zu gehen drohten.[66] Die erneute Umgestaltung des gesamten Gebiets einschließlich seiner Dörfer und Städte in eine „deutsche Kulturlandschaft" wurde als Voraussetzung dafür gesehen, dass sich zukünftige deutsche Siedler im Regierungsbezirk überhaupt entfalten und im Sinne des Nationalsozialismus entwickeln konnten. Diese Grundannahme war Ausgangspunkt und Basis für sämtliche Kolonisierungs- und Germanisierungsvorhaben der ostpreußischen Behörden und des RKF sowie deren Raum- und Städteplanung, die bis zum Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 intensiv betrieben wurden. Erich Kochs Einfluss war in diesem Bereich begrenzt, da die Stadtplanung keineswegs dem Königsberger Oberpräsidenten unterstand, sondern als „Sonderaufgabe" der Preußischen Staatshochbauverwaltung im Preußischen Finanzministerium zugewiesen wurde. Dort stellte deren Leiter Arthur Reck ein Team junger Experten zusammen, von denen sich der ambitionierte Architekt Jan Wilhelm Prendel (1905–1992) besonders hervortat. Konkrete Planungen wurden zu Zichenau, Mielau und Ostenburg veröffentlicht.[67] Wie Paweł

---

[63] BERNHARD ROSENKÖTTER, Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost" und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945, Essen 2003, S. 95–98, 296; GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne, S. 54–76.

[64] Ebd., S. 104; GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 74–79; GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne, S. 104–118.

[65] Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 44 f.

[66] Vgl. dazu die Auswahl regionalkundlicher Titel in der Bibliografie im Anhang.

[67] NIELS GUTSCHOW, Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten" 1939–1945, Gütersloh u. a. 2001, S. 72–75; MICHAEL HARTENSTEIN, Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten" 1939 bis 1944, Berlin 1998, S. 435–439; GERT GRÖNING / JOACHIM WOLSCHKE-BULMAHN, Die Liebe zur Landschaft, Teil 3: Der Drang nach Osten. Zur Entwicklung der Landes-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kosiński in seinem Beitrag darlegt, erreichten sie indes lediglich in Zichenau die Realisierungsphase.

Noch stärker beeinflussten rassische und antisemitische Vorstellungen des Nationalsozialismus den Umgang der deutschen Besatzer mit der einheimischen Bevölkerung. Die gegen Polen und Juden gerichtete Gewalt der ersten Kriegswochen wurde bereits weiter oben angesprochen. Nahezu unerforscht ist in diesem Zusammenhang die Komplizenschaft mancher der wenigen Tausend hier lebenden Volksdeutschen, die sich nicht nur in der erwähnten Mitwirkung im Volksdeutschen Selbstschutz, sondern auch in der Unterstützung der Wehrmacht oder Sabotageaktionen gegen polnische Einrichtungen äußerte.[68]

Marcin Przegiętka und Leszek Zygner schildern, wie sich der einstige Pastor Alfred Schendel in Plock / Schröttersburg, der unter anderem in Diensten der deutschen Verwaltung über die Aufnahme in die Volksliste mitentschied, als besonders eifriger Helfer erwies. Darüber hinaus war, wie in den anderen besetzten Gebieten, die Schulpolitik ein wichtiges Instrument der antipolnischen NS-Besatzungspolitik. Voraussetzung für den Besuch einer deutschen Schule war seit dem Schuljahr 1941/1942 der Eintrag in die Deutsche Volksliste. Die Anwerbung deutscher Lehrkräfte stellte die Schulbehörden vor enorme Schwierigkeiten.[69] Für die polnischen Kinder entstanden zahlreiche Schulen in der Illegalität.[70]

---

pflege im Nationalsozialismus und während des 2. Weltkrieges in den „eingegliederten Ostgebieten", München 1987, S. 107–109; CHRISTHARDT HENSCHEL, Neubau und Umbau. Städtebau im Regierungsbezirk Zichenau (1939–1945), in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 70 (2021) [erscheint 2021].

[68] SZUBSKA-BIEROŃ, Płock, S. 22; MARTA MILEWSKA, Sytuacja ludności niemieckiej, in: Dzieje Mazowsza, S. 209–244.

[69] GEORG HANSEN, Schulpolitik als Volkstumspolitik. Quellen zur Schulpolitik der Besatzer in Polen 1939–1945, Münster 1994, S. 201 f., 416–418.

[70] JASTRZĘBSKI, Okupacyjne losy, S. 221, 236 f.; TADEUSZ KURPIEWSKI, Tajna Szkoła Publiczna Aliny Rebinder w okresie okupacji, in: Notatki Płockie 37 (1992), 2, S. 15–18; STANISŁAW PAJKA, Nauczyciele województwa ostrołęckiego w latach wojny i okupacji (1939–1945), Ostrołęka 1989; JÓZEF ŚWIECIK, Tajne nauczanie w rejonie płockim w latach 1939–1945, in: Notatki Płockie 19 (1974), 2, S. 39–45; JANINA CZAPLICKA, Z dziejów Tajnej Organizacji Nauczycielskiej (TON) w latach 1939–1945, in: Notatki Płockie 50 (2005), 3, S. 15–18; ZYGMUNT KILJAN, Tajne nauczania w powiecie pułtuskim w latach okupacji hitlerowskiej, in: Pułtusk. Studia i materiały z dziejów miasta i regionu 2 (1975), S. 259–286; FRANCISZEK KRUSZEWSKI / KAZIMIERZ PIETRZAK, Tajne nauczanie w latach 1939–1945, in: Dzieje miasta Płońska, hg. v. ALEKSANDER KOCISZEWSKI, Ciechanów 1983, S. 149–173.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ein weitgehendes Desiderat der NS-Forschung ist die Ansiedlung deutscher Kolonisten im Regierungsbezirk. Während in den übrigen eingegliederten Gebieten mehr als insgesamt 630.000 Volksdeutsche angesiedelt wurden, lag die Zahl im Zichenauer Gebiet lediglich bei 8.411. Zu dieser Gruppe gehörten 3.306 „Litauendeutsche", während die übrigen Siedler aus dem ostpreußischen ländlichen Raum stammten.[71] Gauleiter Koch hatte sich persönlich stets allen Versuchen widersetzt, Zichenau als Ansiedlungsgebiet für volksdeutsche Umsiedler zu öffnen, da er plante, nach Kriegsende hier in großem Stil Land an „ostpreußische Bauernsöhne" zu verteilen.[72] Zu den deutschen Umsiedlern kamen rund 26.000 „Reichsdeutsche" und um die 40.000 in die Volksliste eingetragene polnische Bürger. Zeitgleich wurden mehrere Zehntausend Polen in das Generalgouvernement abgeschoben oder zur Zwangsarbeit in das Reich verschleppt.[73] Beispielsweise „evakuierten" die ostpreußischen Behörden im Rahmen der sogenannten „Mielau-Aktion" (10.–20. November 1940) 10.700 Polen und Juden aus dem Regierungsbezirk in das Generalgouvernement. Das gleiche Schicksal traf wenig später bei der „Litauer-Aktion" (5.–17. Dezember 1940) 6.607 Polen und 3.259 Juden.[74]

Die Ermordung der insgesamt kleinen, in einigen Städten aber die Bevölkerungsmehrheit ausmachenden jüdischen Bevölkerung des Regierungsbezirks Zichenau war ein integraler Bestandteil der skizzierten Volkstums- und Kolonisierungspolitik der Besatzer, die ohne den Willen mindestens zur Ausweisung aller Juden aus der Region nicht denkbar war. Dies macht Janusz Szczepański in diesem Band klar. Die von Deutschen schon im Herbst 1939 ausgehende Gewaltwelle traf die nordmasowischen Juden, die zudem bereits in dieser Phase teilweise in das Generalgouvernement vertrieben wurden, in besonderem Maße. Ihre vollständige Entrechtung, Enteignung und Isolierung mündete in der Deportation

---

[71] JASTRZĘBSKI, Okupacyjne losy, S. 115; RYSZARD WALCZAK, Wypędzeni czy wydaleni. Przyczynek do akcji osadnictwa niemieckiego w rejencji ciechanowskiej 1939–1945, in: Studia Mazowieckie, N. F. 3 (2007), 1, S. 67–69; JAN GRABOWSKI, Germans in the Eyes of the Gestapo. The Ciechanów District 1939–1945, in: Contemporary European History 13 (2004), 1, S. 21–43.

[72] MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 266–286.

[73] MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik, S. 243, 430; GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne, S. 36–51.

[74] CHRISTOPHER BROWNING, Die Entfesselung der „Endlösung". Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, München 2003, S. 154. Die Bezeichnung „Litauer-Aktion" bezieht sich auf das Vorhaben, an Stelle der deportierten einheimischen Bevölkerung sogenannte Litauen-Deutsche anzusiedeln.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nahezu der gesamten jüdischen Bevölkerung, die über Zwischenstationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager im Generalgouvernement verschleppt und zu einem Großteil dort ermordet wurde.[75] Ein Teil der Juden aus dem Regierungsbezirk gelangte so auch nach Auschwitz-Birkenau. Die Namen der meisten von ihnen sind heute unbekannt. Ausnahmen sind etwa Jaacov Kamiński aus Ciechanów, Lejb Langfus aus Makow (Maków Mazowiecki) und Salmen Lewental aus Ciechanów, die maßgeblich am Aufbau einer konspirativen Gruppe im sogenannten Sonderkommando, die am 7. Oktober 1944 den Aufstand wagte, mitwirkten. Namentlich bekannt als eine der außerhalb des Sonderkommanndos agierenden Unterstützerinnen dieser Gruppe ist Róża Robota aus Ciechanów.[76]

Die Frage nach der Wirkung der NS-Volkstumspolitik im Regierungsbezirk Zichenau nach *innen*, also auf die Volkstumspolitik im Bereich des ostpreußischen Kerngebiets, wurde bislang von der Forschung nicht aufgeworfen. Andreas Kosserts Beitrag beleuchtet dieses Thema, indem er die Annexion Nordmasowiens mit der Verschärfung der ostpreußischen Masurenpolitik in Beziehung setzt. Die Behörden in Königsberg befürchteten, dass die Gebietserweiterung zu einer „masowischen Einheit" der slawischen Bevölkerung und damit zu einem nationalitätenpolitischen Unruheherd führen könnte.[77] Unter anderem aus diesem Grund, vor allem aber um die im Regierungsbezirk lebenden Volks- und Reichsdeutschen mit Informationen und Interpretationen aktueller Geschehnisse zu

[75] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, passim; ANDREAS SCHULZ, Regierungsbezirk Zichenau, in: Das „Großdeutsche Reich" und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten" Gebieten, hg. v. WOLF GRUNER / JÖRG OSTERLOH, Frankfurt am Main u. a. 2010, S. 262–280; JAN GRABOWSKI, The Holocaust in Northern Mazovia (Poland) in the light of the archive of the Ciechanów Gestapo, in: Holocaust and Genocide Studies 18 (2004), 3, S. 460–476; NICOLE LAPIERRE, Le silence de la mémoire. À la recherche des Juifs de Płock, Paris 2001. Vgl. auch JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Regierungsbezirk Zichenau. Peripherie ohne Ghettoarbeit?, in: Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, hg. v. JÜRGEN HENSEL / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2013, S. 195–208.

[76] Auschwitz 1940–1945. Studien zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, hg. v. WACŁAW DŁUGOBORSKI u. a., Oświęcim 1999, Bd. 3, S. 217 und Bd. 4, S. 140–146.

[77] Interessant ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass Himmler in seinem Erlass über die Überprüfung und Aussonderung der Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten vom 12. September 1940 davon spricht, dass im Regierungsbezirk Zichenau und im Kreis Suwalken „etwa 5000 Masuren" lebten, die sich einer klaren „volkstumsmäßigen" Einordnung entzogen. MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik, S. 457 f.; KAROL MARIAN POSPIESZALSKI, Polska pod niemieckim prawem 1939–1945 (Ziemie Zachodnie), Poznań 1946, S. 47 f., Anm. 7.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

versorgen, baute die Kochsche Verwaltung ein modern organisiertes Presseimperium auf. Elżbieta Szubska-Bieroń beschreibt in ihrer in diesem Band enthaltenen Abhandlung nicht nur die wirtschaftlichen Verflechtungen von Gauleitung und Pressewesen. Sie gibt zudem anhand der in Plock/Schröttersburg verlegten „Südostpreußischen Tageszeitung" einen Überblick über die Zeitungsinhalte und das Streben der Redaktion, die Illusion eines normalen Lebens am Rand des Deutschen Reichs herzustellen.

Im Mittelpunkt des individuellen und kollektiven alltäglichen Handelns der Menschen in Nordmasowien stand wie überall im nationalsozialistisch beherrschten Ostmitteleuropa das eigene Überleben. Bislang fehlt eine rein auf den Regierungsbezirk Zichenau zugeschnittene alltagsgeschichtliche Studie.[78] Einen ersten Versuch in diese Richtung unternimmt in diesem Band Christhardt Henschel. Immerhin gibt es Hinweise, dass die Versorgungslage der Bevölkerung im Vergleich zu den anderen eingegliederten Gebieten noch schlechter war, was sich etwa in extrem niedrigen Lebensmittelrationen widerspiegelte.[79]

Auch in anderen Bereichen wirkte sich die deutsche Besatzungspolitik stärker aus als anderswo. So waren im Regierungsbezirk wie sonst nur im Warthegau Eheschließungen für Nichtdeutsche verboten.[80] Die lokalen Behörden erließen sehr scharfe Sonderbestimmungen zur Nutzung öffentlicher Straßen durch Polen und Juden sowie zum Marktbesuch von Juden; überdies bestimmten sie gesonderte Einkaufs-, Post- und Schalterstunden für Juden.[81] Der Besuch „deutscher Veranstaltungen" wurde der nichtdeutschen Bevölkerung bereits im April 1940 verboten.[82] Im Bereich der Religionsausübung waren die Repressionen besonders stark.[83]

---

[78] Vgl. STANISŁAWA LEWANDOWSKA, Okupowanego Mazowsza dni powszednie. 1939–1945, Warszawa 1993; TILITZKI, Alltag in Ostpreußen.

[79] MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik, S. 268.

[80] MAJER, „Fremdvölkische", S. 432.

[81] Ebd., S. 437.

[82] JAN SZILING, Hitlerowska polityka wobec wyznań religijnych na ziemiach polskich (z uwzględnieniem problemu eksterminacji), in: Zbrodnie i sprawcy. Ludobójstwo hitlerowskie przed sądem ludzkości i historii, hg. v. CZESŁAW PILICHOWSKI, Warszawa 1980, S. 201–221, hier S. 208.

[83] LESZEK ZYGNER, Prześladowanie Kościoła katolickiego i innych związków wyznaniowych, in: Dzieje Mazowsza, S. 335–401; MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Martyrologium duchowieństwa diecezji płockiej w latach II wojny światowej 1939–1945, Włocławek / Płock 2002.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Leszek Zygner thematisiert in seinem Beitrag die deutsche Kirchenpolitik im Regierungsbezirk, die durch Verbote, Einschränkungen und Repressalien gegenüber der katholischen Kirche und ihren Strukturen charakterisiert war. Die dissidente katholische Minderheit der Mariaviten geriet ebenso in den Sog der Unterdrückung, während die wenigen vorhandenen evangelischen Gemeinden in regimetreue Institutionen umgewandelt wurden.

Besser untersucht als der Besatzungsalltag ist der aktive politische Widerstand, der sich auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlicher Ausprägung entwickelte.[84] Die Bedingungen für einen organisierten Untergrund waren im Regierungsbezirk Zichenau als Reichsgebiet schlechter als etwa im Generalgouvernement.[85] Dennoch galten Teile des Regierungsbezirks bei den Besatzern bald als Partisanengebiet. Die Exilregierung richtete hier eine eigene Vertretung (*Okręgowa Delegatura Rządu Ciechanów*) ein.[86] Bereits im Oktober 1939 wurde der Kreisverband Ciechanów des Dienstes für den Sieg Polens (SZP, *Służba Zwycięstwu Polski*) gegründet, einer der Vorgängerorganisationen der späteren Heimatarmee AK (*Armia Krajowa*).[87]

Die Formierung des militärischen Untergrunds gestaltete sich im Regierungsbezirk auch deshalb schwierig, weil es in der Region an für die Deutschen schwer kontrollierbaren Waldgebieten mangelte. Die Untergrundkämpfer verabredeten sich deshalb zu konkreten Anlässen und

[84] WALDEMAR BRENDA, Konspiracja na północnym Mazowszu w świetle wspomnień z II wojny światowej Mieczysława Churskiego, T. 1–2, in: Notatki Płockie 46 (2001), 2, S. 23–29; DERS., Okupacja i konspiracja w powiecie sierpeckim w latach 1939–1945, in: Dzieje Sierpca i ziemi sierpeckiej, hg. v. MARIAN CHUDZYŃSKI, Sierpc 2003, S. 437–513; ZENON RÓZICKI, Stan kultury mławskiej w latach okupacji 1939–1945, in: Studia i materiały do historii Ziemi Zawkrzeńskiej 3 (1996), S. 117–168; JANUSZ LESZEK ŻABOWSKI, Płońska konspiracja patriotyczna 1939–1956, Warszawa 2003; JANUSZ GMITRUK / KAZIMIERZ PRZYBYSZ, Konspiracyjny ruch ludowy na Mazowszu, in: Dzieje Mazowsza, S. 449–558.

[85] RYSZARD JUSZKIEWICZ, Mławskie Mazowsze w walce (1939–1945), Warszawa 1968.

[86] JASTRZĘBSKI, Okupacyjne losy, S. 259; WALDEMAR BRENDA, Delegatura Rządu na Kraj na Północnym Mazowszu, in: Terenowe struktury Delegatury Rządu Rzeczypospolitej Polskiej na Kraj 1939–1945. Materiały XI sesji naukowej w Toruniu w dniu 17 listopada 2001 roku, hg. v. GRZEGORZ GÓRSKI, Toruń 2002, S. 167–180; DERS. / WALDEMAR GRABOWSKI, Okręgowa Delegatura Rządu Ciechanów, Warszawa 2011; Ziemie Zachodnie październik 1942 – czerwiec 1944. Raporty Sekcji Zachodniej Delegatury Rządu na Kraj o sytuacji ludności polskiej i polityce okupanta niemieckiego, hg. v. MIECZYSŁAW ADAMCZYK u. a., Warszawa / Kielce 2004.

[87] Ebd., S. 260.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aktionen in den Orten mit deutscher Präsenz. Lediglich Wiktora, eine Einheit des Verbands für den bewaffneten Kampf ZWZ (*Związek Walki Zbrojnej*, seit 1942 AK), deren Mitglieder vorwiegend vor der Gestapo Geflüchtete waren, operierte am Flüsschen Orzyc, war allerdings von einer wachsenden Anzahl von Denunzianten gefährdet.[88] Dennoch wurden von der Gestapo Schröttersburg immer wieder Zellen aufgedeckt, die sich dem militärischen Untergrund angeschlossen hatten, darunter seit 1942 kommunistische Gruppen der Polnischen Arbeiterpartei PPR (*Polska Partia Robotnicza*) und der Volksgarde GL (*Gwardia Ludowa*) bzw. der Volksarmee AL (*Armia Ludowa*). In den Jahren 1942–1944 enttarnten die deutschen Behörden auf dem Gebiet des Regierungsbezirks zwölf Untergrundorganisationen mit mehreren Hundert Angehörigen.[89]

Das Ende der deutschen Herrschaft kam ebenso schnell wie ihr Anfang.[90] Einheiten der Roten Armee erreichten bereits im Juli 1944 die ostpreußische Ostgrenze. Ihr Hauptziel war zunächst Warschau, wo vom 1. August bis zum 3. Oktober 1944 der Aufstand tobte. Die sowjetischen Truppen besetzten das rechte Weichselufer der Hauptstadt im September 1944, griffen das übrige Stadtgebiet aber vorerst nicht an. Erst im Rahmen der großen Weichsel-Oder-Aktion (12. Januar – 30. März 1945) nahmen sie am 17. Januar Warschau ein und brachten am gleichen Tag Mackeim, Zichenau und Ostenburg in ihre Gewalt. Innerhalb weniger Tage befreite

[88] JASTRZĘBSKI, Okupacyjne losy, S. 264 f. Zu einzelnen Kreisen auch: HENRYK MAĆKOWIAK / JERZY KIJOWSKI, Polskie Państwo Podziemne i operacja „Burza" w Ostrołęckim Obwodzie AK oraz powiat ostrołęcki w pierwszych latach powojennych, Ostrołęka 2005; ZDZISŁAW DUMOWSKI, Obwód sierpecki Armii Krajowej. Świadectwa i dokumenty, Sierpc 2003; PRZEGIĘTKA, Akcja Gestapo, S. 91.

[89] JASTRZĘBSKI, Okupacyjne losy, S. 81 f. Zu den kommunistischen Organisationen: Ebd., S. 262; BENON DYMEK, Księga działaczy ruchu rewolucyjnego województwa ciechanowskiego, Ciechanów 1979; BOGDAN KOBUSZEWSKI, Okręg Płocki 1942–1945. Z walk PPR, GL-AL, Warszawa 1974; KAZIMIERZ PRZYBYSZ, Konspiracyjny ruch ludowy na Mazowszu 1939–1945, Warszawa 1977; NORBERT SZELĄGOWSKI, Lewicowy ruch oporu i zbrojna działalność Gwardii i Armii Ludowej w powiecie sierpeckim, in: Notatki Płockie 84 (1976), S. 28–32; JERZY MARCINIAK, Działalność zbrojna A.L. i G.L. na Mazowszu Płockim, in: Notatki Płockie 7 (1962), 23, S. 14–18.

[90] Für eine vorsichtige Bilanzierung der menschlichen und materiellen Verluste der Kriegsjahre: JÓZEF KAZIMIERSKI, Straty biologiczne i materialne na obszarze obecnego województwa ostrołęckiego w latach II wojny światowej, in: Rocznik Mazowiecki 10 (1998), S. 77–90; JANUSZ WALDEMAR JASIŃSKI, Straty materialne w obszarze Twierdzy Modlin w latach 1939–1945 (analiza i próba bilansu), in: Studia Mazowieckie 9 (2013), 2, S. 9–77; DERS., Straty osobowe (biologiczne) w obszarze Twierdzy Modlin w latach 1939–1945. Analiza i próba bilansu, in: Studia Mazowieckie 8 (2013), 4, S. 11–65.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Rote Armee auch das übrige Nordmasowien von der deutschen Herrschaft und überschritt die ostpreußische Grenze.[91]

Forschungsfragen und -perspektiven

Die Erforschung eines vergleichsweise kleinen Besatzungsgebiets wie des Regierungsbezirks Zichenau mag die Frage aufkommen lassen, inwieweit eine strikt regionale Perspektive nicht den Blick auf größere Zusammenhänge der ostmitteleuropäischen Okkupationsgeschichte verstellt.[92] Umgekehrt ließe sich argumentieren, dass gerade der konzentrierte Fokus auf ein wenig ausgedehntes, klar umrissenes Territorium Einsichten liefern kann, die bei einer Draufsicht auf das gesamte östliche Europa verborgen bleiben.

Die Beschäftigung mit lokalen und regionalen Kontexten vereinfacht es, kulturelle Vorprägungen, soziale Strukturen und historische Erfahrungen der besetzten Gesellschaften in die Untersuchung einfließen zu lassen und somit nationalsozialistische Besatzungsherrschaft stärker in ihrem jeweiligen geografischen und kulturellen Kontext verorten zu können. Zudem wird deutlich, wie sich lokale Dynamiken, Prozesse und Besonderheiten mit den Entwicklungen und Vorgaben des Gesamtsystems der Besatzung vermischen und sich die jeweiligen Akteure in einem solchen Spannungsfeld bewegten und selbst verorteten. Damit entsteht eine Basis für komparatistische Arbeiten, die allgemeine Merkmale und lokale Besonderheiten der deutschen Okkupationsregime herausarbeiten und interregional in Beziehung zueinander setzen können. Nordmasowien als geografisch und inhaltlich genau definierter Gegenstand ist für einen solchen Ansatz mithin ein ideales Forschungsfeld.

Eine erste lohnende Forschungsperspektive ist mit den Beziehungen des Regierungsbezirks Zichenau zu Provinz und Gau Ostpreußen umrissen. Die Verbindung kolonialer und rassenidologischer Vorstellungswelten bei der ostpreußischen Süd- und Ostexpansion wurde zwar immer wieder herausgestellt, etwa in den wegweisenden Forschungen von Ralf

[91] ADAM KOSESKI, Wyzwolenie Mazowsza spod hitlerowskiej okupacji, in: Dzieje Mazowsza, S. 559–568; KAZIMIERZ SOBCZAK, Operacja mazowiecko-mazurska 1944–1945, Warszawa 1967.

[92] So unternahm Timothy Snyder den umstritteneren Versuch einer ostmitteleuropäischen Gesamtdarstellung sowjetischer und deutscher Besatzungsherrschaft: TIMOTHY SNYDER, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Meindl, doch noch nicht abschließend beschrieben und bewertet. Hier eröffnen sich Vergleichsmöglichkeiten zu anderen besetzten Gebieten oder den westlichen und südlichen Reichsgauen, in denen regionale Machthaber die Möglichkeit zur Errichtung eines NS-Musterlandes erblickten. Unvermindert relevant ist die Frage nach dem Stellenwert Zichenaus im Kontext der weiteren ostpreußischen Expansion und der Ausweitung des Machtbereichs Kochs bis in die Ukraine.[93]

Dieser stark durch die ostpreußische Perspektive bestimmte Blick sollte Historiker nicht davon abhalten, den breiteren Kontext der deutschen Besatzungsherrschaft in Ostmitteleuropa mitzudenken. In den unterschiedlichsten Regionen schufen die Nationalsozialisten sich gleichende staatliche oder staatsähnliche Strukturen und bedienten sich ähnlicher Macht- und Repressionsinstrumente. Freilich muss im Einzelnen geklärt werden, in welchen Bereichen Willkürentscheidungen und Entscheidungsspielräume einzelner Parteifunktionäre das Ausgreifen einer klassischen Administration wie der ostpreußischen verhinderten.[94]

Zichenaus Zwischenstatus als Reichsgebiet mit dem faktischen Status einer Kolonie bietet dazu ein reiches Anschauungsmaterial und kann unserem Verständnis deutscher Besatzungsherrschaft einige Facetten hinzufügen. Hierbei spielt eine vertiefende Untersuchung der räumlichen Vorstellungswelten der örtlichen deutschen Verwaltung eine wichtige Rolle, etwa hinsichtlich regionaler Nuancierungen und „pragmatischer" Anpassungen. Eine überregionale Kontextualisierung Zichenaus im Besatzungssystem ist außerdem notwendig, will man die Funktionsweise des Systems struktureller Gewalt der NS-Besatzung im Regierungsbezirk ausreichend beschreiben.

Wie in anderen Gebieten errichteten dort die deutschen Machthaber ein bislang nur ansatzweise erforschtes regionales System von Haftstätten und Lagern,[95] führten Repressionsmaßnahmen etwa gegen die polnische

[93] MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, passim.

[94] Vgl. die Beiträge in: Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, hg. v. SVEN REICHARDT / WOLFGANG SEIBEL, Frankfurt am Main / New York 2011.

[95] So führt beispielsweise das Institut für Nationales Gedenken IPN seit Jahr 2018 Exhumierungsarbeiten auf dem Gelände des Forts Pomiechówek durch, das Teil der Festung Modlin war und den deutschen Besatzungsbehörden 1941–1945 als Gefängnis und Hinrichtungsstätte diente. PIOTR KĘDZIORA-BABIŃSKI, Fort III w Pomiechówku. Pierwszy etap prac ekshumacyjnych, in: Biuletyn IPN, 2019, H. 12 , S. 140–144; MAREK TADEUSZ FRANKOWSKI, Mazowiecka katownia. Dzieje Fortu III w Pomiechówku, Warszawa 2006.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Intelligenz durch und banden die Region in das System des organisierten Krankenmords ein.[96]

Nicht minder eingebettet in überregionale Zusammenhänge ist der Holocaust, der in seiner nordmasowischen Ausprägung eine zentrale Forschungsaufgabe bleibt. Eine Verbindung regionaler Abläufe mit den Entwicklungen in der Gesamtgeschichte des Holocaust verspricht auch hier ein besseres Verständnis der auf verschiedenen Ebenen wirksamen Kausalitäten und Querverbindungen. Dabei muss man sich keineswegs auf die Erstellung einer Chronologie der Entrechtung, Isolierung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung im Vergleich zu den benachbarten Gebieten beschränken.[97] Zentrale Aspekte, wie die Zustände und Dynamiken in den hiesigen Ghettos, deren räumliche Situierung, die komplexen Beziehungen von Juden und Nichtjuden (insbesondere im Hinblick auf die Zeugen- und Mittäterschaft von Polen) sowie Handlungsstrategien einzelner Juden und Institutionen wie den Judenräten deutschen Besatzern gegenüber sind bislang nur punktuell beschrieben.

Eine Herausforderung ist es zudem, die von Koch und den ostpreußischen NSDAP-Funktionären vertretene ideologische Variante des Nationalsozialismus, in denen Rassenideologie und Antisemitismus weniger zentral als in anderen Reichsgebieten waren, hinsichtlich ihrer Gültigkeit für die Besatzung im Regierungsbezirk Zichenau zu untersuchen. Letztlich ist es auch die Aufgabe von Historikern und Historikerinnen, die von den Nationalsozialisten während der Besatzung benutzten – und in der Forschungsliteratur nicht selten unreflektiert übernommenen – ethnischen Kategorisierungen und Hierarchien aufzubrechen.

Eine akteurszentrierte Geschichtsschreibung, welche die Objekte deutscher Besatzungspolitik ganz anders als der eingangs zitierte Schriftsteller Karrasch gleich ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit als gleichwertige, handelnde Subjekte begreift, kann hier durchaus noch neue

[96] TILITZKI, Alltag in Ostpreußen, S. 57; MARIA WARDZYŃSKA, „Intelligenzaktion" na Warmii, Mazurach oraz Północnym Mazowszu, in: Biuletyn IPN, 2003–2004, H. 12/1, S. 38–42.

[97] Eine erneute Vertiefung verdient etwa die Frage, welche Rolle ostpreußische Einheiten der Sipo in der Gegend um Jedwabne spielten, als es dort im Sommer 1941 zu antijüdischen Pogromen seitens der polnischen Bevölkerung kam. EDMUND DMITRÓW, Die Einsatzgruppen der deutschen Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes zu Beginn der Judenvernichtung im Gebiet von Łomża und Białystok im Sommer 1941, in: Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941, hg. v. DEMS. u. a., Osnabrück 2004, S. 95–208.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Akzente setzen.[98] Ein weiterer Themenkomplex ist mit der Besatzungsgesellschaft benannt. Zunächst stellt sich die Frage nach dem Verständnis von Staatlichkeit, die auch für eine besetzte Gesellschaft zentral ist. Außerdem ist weitgehend unerforscht, wie die Menschen im Regierungsbezirk mit der deutschen Fremdherrschaft im Alltag konkret umgingen. Unklar ist, wie die Alltäglichkeit struktureller und situativer Gewalt das Handeln von Individuen und Gruppen im regionalen Kontext bestimmte. Gleiches gilt für kurz- und langfristige Überlebensstrategien der Bevölkerung im Alltag, die zwischen Kooperation, Anpassung und Widerstand oszillierten. Dazu zählen Formen der offenen Kollaboration, die die deutsche Herrschaft effektiver werden ließen.[99]

Bei der Bearbeitung dieser Themen können auch methodische Zugänge wie die Verflechtungs- oder Geschlechtergeschichte neue Erkenntnisse zu Tage fördern. Der von Janusz Piwowar vorgestellte Aktenbestand der Gestapo Schröttersburg/Zichenau bietet ein umfangreiches Anschauungsmaterial, das Historiker in und außerhalb Polens bisher nur punktuell herangezogen haben. Eine vollständige Dokumentation dieses von der Gestapo errichteten Willkürregiments bleibt noch aus und so steht die Frage im Raum, wo die Tätigkeit der Gestapobeamten „die Grenze zur Teilnahme am Völkermord" überschritt.[100]

Da bei einem Großteil der genannten Themenbereiche auch länger wirksame Diskurse und Prozesse zum Tragen kommen, empfiehlt sich eine Weitung des Blickes auf größere zeitliche Zusammenhänge. Ian Kershaw sprach in diesem Zusammenhang von „lautlosen Übergängen in dunklen Jahrzehnten".[101] Die deutsche Besatzung Polens war in ihrer

---

[98] TATJANA TÖNSMEYER, Besatzungsgesellschaften. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Erfahrungsgeschichte des Alltags unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18.12.2015, http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.663.v1 (Zugriff: 12. August 2020).

[99] Hierzu liegen keine Studien für Regierungsbezirk Zichenau vor. Zum Generalgouvernement u. a.: BARBARA ENGELKING, „Szanowny panie gistapo". Donosy do władz niemieckich w Warszawie i okolicach w latach 1940–1941, Warszawa 2003; JAN GRABOWSKI, „Ja tego Żyda znam!" Szantażowanie Żydów w Warszawie, 1939–1943, Warszawa 2003; DERS., The Polish Police. Collaboration in the Holocaust, Washington, DC 2017.

[100] TILITZKI, Alltag in Ostpreußen, S. 57.

[101] So lautet eine Kapitelüberschrift in: IAN KERSHAW, Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2016, S. 553–633. Zuletzt sorgte in Polen ein Essay des Kulturphilosophen Andrzej Leder für Aufsehen, in dem er eine integrierte Interpretation der durch den Zweiten Weltkriegs und den Stalinismus vorgenommenen gesellschaftlichen Umwälzungen vorlegte: ANDRZEJ LEDER, Prześniona rewolucja. Ćwiczenie z logiki historycznej, Warszawa 2015 (deutsche Fassung: Polen im Wachtraum. Die Revolution 1939–1956 und ihre

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

umfassenden Destruktivität zwar präzedenzlos, doch behielten zahlreiche historische Grundkonstanten der Vorkriegszeit auch nach 1939 bzw. 1945 ihre Geltung und bedürfen gerade deshalb einer Kontextualisierung. Selbstverständlich fällt es schwer, in diesem Zusammenhang von Kontinuitäten zu sprechen, da Ereignisse wie der Holocaust nicht in eine in der polnischen Geschichte angelegte Kausalitätskette einzupassen sind und sich herkömmlichen Kategorisierungen völlig entziehen.

Trotzdem hob die deutsche Okkupation nicht die Prozesshaftigkeit von Geschichte auf, ebenso wenig wie längerfristig wirkende Entwicklungen oder vorhandene historische Kontexte. Vielmehr ist die Berücksichtigung dieser Faktoren unabdingbar für ein besseres Verständnis der Kriegsjahre. Die immer stärkere Spezialisierung der NS-, Weltkriegs- und Holocaustforschung hat indes den Nachteil, dass neben einer bemerkenswerten Wissenserweiterung mitunter die Sensibilität für die lange Dauer und Latenz bestimmter gesellschaftlicher, kultureller und auch politischer Prozesse verloren geht. Versuche, den Zweiten Weltkrieg in eine größere Epoche einzuordnen und zu deuten, sind nicht neu und in den letzten Jahren auch in der Wissenschaft beliebt.[102] Dennoch überwiegen weiterhin geschichtswissenschaftliche Studien, die ohne eine derartige Kontextualisierung der Jahre 1939–1945 auskommen. Dies hat zweifelsohne forschungspragmatische Gründe, bieten die Kriegsjahre doch eine oft übergroße, für einen Historiker nur schwer zu bewältigende Fülle an Material und Fragestellungen.

Es wäre wünschenswert, die Sensibilität für die nordmasowische Regionalgeschichte vor 1939 und nach 1945, wie auch für die Verflechtungsgeschichte Ostpreußens und Nordmasowiens als benachbarte Grenzperipherien in die Betrachtung des Zweiten Weltkriegs einfließen zu lassen, etwa hinsichtlich längerfristig erworbener Prägungen, Mentalitäten und Handlungsmuster. Ein Beispiel dafür ist die Erfahrung einer deutschen Besatzung, die Teile der Bevölkerung bereits im Ersten Weltkrieg gemacht

Folgen, aus dem Polnischen übers. v. SANDRA EWERS, eingeleitet v. FELIX ACKERMANN, Osnabrück 2019).

[102] LUTZ RAPHAEL, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945, München 2011; KERSHAW, Höllensturz, passim. Vgl. die klassische Darstellung von ERIC HOBSBAWM, Das kurze 20. Jahrhundert, Darmstadt 2019, und mit einem besonderen Schwerpunkt auf das östliche Europa den Versuch von DAN DINER, Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung, München 1999. Für Polen exemplarisch: ANDRZEJ FRISZKE, Losy państwa i narodu 1939–1989, Warszawa 2003; LEDER, Polen im Wachtraum; WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2016.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hatten. Ähnliches gilt für die Konfrontation mit vielfältigen Formen von Gewalt und Zerstörung, die ebenfalls im Ersten Weltkrieg und in den Jahren danach zum alltäglichen Erleben vieler Menschen gehörten. Es muss sich zeigen, inwieweit historische Erfahrungen und Handlungsmuster für die Beschreibung der besetzten Gesellschaft im Regierungsbezirk Zichenau tatsächlich relevant und quellenmäßig fassbar sind. Unbestritten ist wohl, dass ein Vergleich zwischen den beiden in einem Abstand von 25 Jahren errichteten Besatzungsregimes vor allem Unterschiede hervortreten lässt.[103]

Eine nicht minder wichtige Perspektive stellt der Ausblick auf die Zeit nach 1945 dar. Themen wie die Kriegsfolgen, die Beziehungen zwischen Masuren und Nordmasowien, die Errichtung der Nachkriegsordnung sowie die Verankerung der Besatzungszeit im regionalen kollektiven Gedächtnis bieten eine Vielzahl möglicher Fragestellungen und methodischer Zugänge. Auch die Nachgeschichte des Regierungsbezirks Zichenau in den Erinnerungsdiskursen ehemaliger Ostpreußen verspricht interessante Erkenntnisse, etwa inwieweit sie überhaupt einen Zusammenhang zwischen der territorialen Expansion ihrer Provinz und deren Tilgung von der Landkarte auf der Potsdamer Konferenz zu erkennen vermochten.

[103] Einen solchen Versuch unternahm beispielsweise STEPHAN LEHNSTAEDT, Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen. Eine vergleichende Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland, Osnabrück 2017.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

I. Institutionen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ralf Meindl

Persönliches Lehen oder Neuland im Osten?

Zichenau in der Politik des ostpreußischen Gauleiters Erich Koch

Einführung

Der Regierungsbezirk Zichenau stellt ein hervorragendes Beispiel für die Machtmechanismen des Nationalsozialismus dar, an dem sich das Zusammenwirken systemischer Komponenten und persönlicher Eigenschaften besonders eindrucksvoll aufzeigen lassen. Zentrales Objekt dieser Betrachtung ist der ostpreußische Gauleiter und Oberpräsident Erich Koch, der in der Rückschau als einer der mächtigsten, skrupellosesten und grausamsten Paladine Adolf Hitlers gilt. Sein Territorium als Gauleiter und Oberpräsident von Ostpreußen, als Chef der Zivilverwaltung in Bialystok (Białystok) und als Reichskommissar für die Ukraine reichte von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Niemand anderem in der NS-Hierarchie wurde ein geografisch so großer und sowohl ideologisch wie kriegswirtschaftlich wichtiger Herrschaftsbereich übertragen. Kochs Politik in Zichenau steht bis heute im Schatten seiner anderen Machtbereiche und wurde bisher wenig beachtet. Sie bildete aber eine wichtige Zwischenstufe auf dem Weg Kochs zum Zenit seiner Macht und veranschaulicht in besonderer Weise zum einen, wie Koch die Mechanismen des Nationalsozialismus zu seinem Vorteil ausnutzte, zum anderen aber auch, wie Koch seine eigenen Positionen immer stärker veränderte, um eben diese Mechanismen überhaupt erst nutzen zu können.

Koch hatte sich seine Machtposition mit viel politischem Instinkt und Flexibilität, mit großem Durchsetzungsvermögen und ebenso großer Rücksichtslosigkeit, aber auch durch geschickte Ausnutzung der jeweiligen Situation sowie seiner Netzwerke in der NSDAP und in ihrem Umfeld über lange Zeit gegen viele Widerstände erarbeitet. Vor allem aber hatte er es nicht erst in Zichenau, sondern während seiner gesamten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politischen Karriere verstanden, die Machtmechanismen des Nationalsozialismus für sich auszunutzen. Er kann in dieser Hinsicht als prototypischer Funktionär der „zweiten Reihe" des Nationalsozialismus gesehen werden, als, um mit Ian Kershaws bestechender Analyse zu sprechen, herausragendes Beispiel für einen „Entgegenarbeiter des Führers".[1]

Zwischen 1933 und 1945 stand Koch auf einer Stufe mit den mächtigsten seiner Gauleiter-Kollegen, den Reichsministern und den Spitzenmilitärs. Größere Bedeutung kam nur einer kleinen Gruppe enger Vertrauter Hitlers zu, der Göring, Goebbels, Heß, Bormann und schließlich auch Himmler angehörten.[2] Da Kochs Herrschaft in Zichenau aus dieser sukzessive aufgebauten Position in der Spitze des Hitler-Staates resultierte und von seinen Erfahrungen und Planungen geprägt wurde, ist es notwendig, sich intensiver mit dem politischen Lebensweg dieser Person vor 1939 zu befassen.



Abb. 1: Erich Koch (1896–1986)

[1] Vgl. IAN KERSHAW, Hitler 1889–1936, aus dem Englischen übers. v. JÜRGEN P. KRAUSE / JÖRG RADEMACHER, Stuttgart 1998, S. 634, 666 f.

[2] Vgl. RALF MEINDL, Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Weg zur Macht

Am Beginn seiner Karriere deutete wenig darauf hin, dass Koch 20 Jahre später im engeren Umfeld Hitlers geradezu als Prototyp des rassistischen, einzig auf Unterdrückung setzenden Besatzungspolitikers gelten würde. Er war zwar ein „Alter Kämpfer" der NSDAP, der schon 1921 in die Partei eingetreten war, und viele Grundelemente seiner Weltanschauung waren typisch für diese Generation der Nationalsozialisten. Mit Hitler und den anderen führenden NS-Funktionären verbanden ihn die Prägung durch den Ersten Weltkrieg, der Antisemitismus und der Traum von einer deutsch-völkisch geprägten Volksgemeinschaft, für die, wohl auch aus propagandistischen Überlegungen heraus, der Begriff „nationaler Sozialismus" benutzt wurde. Koch ging aber auch in vielen ideologischen Vorstellungen nicht mit Hitler konform, insbesondere zeigte sich das bei seinen Ansichten zur Rassenlehre. Er gehörte vielmehr zum „Straßer-Flügel" der NSDAP, der eher sozialrevolutionäre Thesen verbreitete und sogar einer Kooperation mit der Sowjetunion zuneigte, also mit Personen, die aus Hitlers Sicht als „judäobolschewistische Untermenschen" galten. Hitler musste solche ideologischen Abweichungen in der Frühzeit der „Bewegung" allerdings dulden, da ihm zunächst sowohl die innerparteiliche Macht als auch das alternative Personal fehlte, um die Partei von Funktionären wie Gregor Straßer, Erich Koch und zeitweise auch Joseph Goebbels zu säubern.[3]

Gerade im Falle Kochs zeigt sich jedoch, dass diese – unfreiwillige – ideologische Offenheit der NSDAP einen großen Vorteil für den Erfolg der Partei barg. Regionale Parteiführer wie Koch konnten ihre Agitation auf regionale Gegebenheiten und Befindlichkeiten abstimmen und so besser auf die Erwartungen ihres Wählerklientels eingehen.[4] Für Kochs Erfolg war dies sehr wichtig. Er stammte aus dem nationalprotestantischen Milieu Elberfelds, heute ein Stadtteil Wuppertals. Die Stadt war eine frühe Hochburg der NSDAP, in der sich zeitweise die Zentrale des „Großgaus Ruhr" befand. Hier begannen einige herausragende NS-Führer ihre Laufbahn, darunter auch Joseph Goebbels, der spätere Hamburger Gauleiter Karl Kaufmannn, der Gauleiter von Essen und Reichskommis-

[3] UDO KISSENKOETTER, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978; REINHARD KÜHNL, die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim am Glan 1966.

[4] Vgl. HEINZ-JÜRGEN PRIAMUS, Regionale Aspekte in der Politik des nordwestfälischen Gauleiters Alfred Meyer, in: Nationalsozialismus in der Region, hg. v. HORST MÖLLER u. a., Oldenburg 1996, S. 175–195.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sar für Norwegen Josef Terboven oder der Nachfolger Röhms als SA-Führer, Viktor Lutze. Koch war ein wichtiges Mitglied dieser Gruppe und spielte beim Aufbau der NSDAP im „roten" Industriegebiet eine bedeutende Rolle. Mitte der 1920er Jahre war er als Bezirksführer Bergisch-Land sehr erfolgreich – auch weil es ihm gelang, die dortigen Arbeiter anzusprechen. Er scheiterte 1928 aber damit, in den ständigen Machtkämpfen selbst die Gauleitung zu übernehmen und musste seine Heimatregion deshalb verlassen.[5] Seine politische Karriere hätte damit beendet sein können. Die Personalnot der NSDAP und der desolate Zustand ihrer ostpreußischen Regionalorganisation eröffneten Koch gleichwohl eine zweite Chance, in die NS-Spitze aufzusteigen.

Ostpreußen war eine konservative Provinz, der nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur ihre strukturellen Defizite Probleme bereiteten. Der mit Abstand bedeutendste Wirtschaftszweig, die Landwirtschaft, kriselte seit langem, die Infrastruktur war unzureichend, ein innovatives Milieu fehlte sowohl in der Wirtschaft als auch in der ausgesprochen konservativen Gesellschaft. Hinzu kam, dass Russland als verlässlicher Handelspartner ausfiel und durch den andauernden polnisch-litauischen Konflikt die Memelschifffahrt und der Holzhandel zum Erliegen kamen. Durch die Wiedergründung Polens am Ende des Ersten Weltkrieges gehörten viele Absatzmärkte der ostpreußischen Wirtschaft im ehemaligen Westpreußen und in der Region um Posen jetzt zu Polen und waren dementsprechend Teil eines neuen Wirtschaftskreislaufs. Die Transporte ostpreußischer Waren zu neuen Absatzmärkten in Berlin, Schlesien und sogar im Ruhrgebiet waren lang und teuer, hinzu kamen die aus dem Transit durch Polen resultierenden Schwierigkeiten wie zusätzliche Gebühren oder verzögerte Transporte.[6]

Ostpreußen wurde aufgrund dieser Konstellation zu einer Krisenprovinz, in der die meisten Menschen zum rechten politischen Spektrum

---

[5] ULRICH KLEIN, „Mekka des deutschen Sozialismus" oder „Kloake der Bewegung"? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934, in: Über allem die Partei, hg. v. KLAUS GOEBEL, Oberhausen 1987, S. 105–149; WILFRIED BÖHNKE, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Bonn-Bad Godesberg 1974.

[6] ANDREAS KOSSERT, Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München 2005, S. 232–273; DIETER HERTZ-EICHENRODE, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchungen eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln 1969; ANGELIKA FOX, Verwaltung und Politik. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1, hg. v. WALTER ZIEGLER / SABINE REHM, München 1999, S. 146–180.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tendierten. Die zu Beginn der Weimarer Republik stärkste Partei, die rechtsgerichtete Deutschnationale Volkspartei, verstand es aber nicht, den Unmut der Wähler für sich zu kanalisieren, und verlor schon in der Mitte der 1920er Jahre ihre beherrschende Position. Der seit 1921 bestehenden ostpreußischen Gauorganisation der NSDAP gelang es jedoch vorläufig nicht, in dieses Vakuum zu stoßen, da die regionale Parteiorganisation zu zerstritten war und es nicht vermochte, effektiv um Anhänger zu werben. Noch Mitte 1928 war das Wahlergebnis der NSDAP nirgends so schlecht wie in Ostpreußen.[7]

In dieser Situation baten einige der wenigen aktiven ostpreußischen Parteifunktionäre den Parteiorganisationsleiter Gregor Straßer um einen erfahrenen und durchsetzungsstarken Gauleiter. Straßer schickte einen Gefolgsmann aus Elberfeld, der gerade einen neuen Tätigkeitsbereich suchte, Erich Koch.[8] Ihm gelang es tatsächlich in sehr kurzer Zeit, eine große, effektive und erfolgreiche Parteiorganisation aufzubauen, wobei ihm seine Erfahrungen aus dem Ruhrgebiet zugutekamen. Er wusste, wie Parteimitglieder gewonnen werden konnten und wie eine Partei organisiert und geführt werden musste. Seine persönliche Durchsetzungsfähigkeit und Rücksichtslosigkeit halfen ihm bei der Umsetzung. Kochs Partei erzielte bald an den Wahlurnen regelmäßig Rekordergebnisse – 1930 war Ostpreußen der erste Wahlkreis, in dem die NSDAP die relative Mehrheit der Stimmen erreichte, 1932 und 1933 erhielten die Nationalsozialisten nirgendwo einen so großen Stimmenanteil wie in Ostpreußen. Mit einem Wahlergebnis, das zehn Prozentpunkte über dem Reichsdurchschnitt lag, erreichte die NSDAP hier sogar die absolute Mehrheit – ein Ergebnis, das sie reichsweit weit verfehlte.[9]

An den Wahlurnen verzeichnete die ostpreußische NSDAP aus mehreren Gründen Erfolge: Sie war eine Mitgliederpartei, die, selbst in den kleinsten Dörfern der Provinz präsent, mit modernsten Methoden Wahlkampf machte – von der eigenen Tageszeitung bis hin zu Propagandatrupps der SA, die mit Lastwagen von Ort zu Ort gefahren wurden und dort mit ihren Aufmärschen das Bild einer modernen, dynamischen und

[7] BOHDAN KOZIEŁŁO-POKLEWSKI, Narodowosocjalistyczna Niemiecka Partia Robotnicza w Prusach Wschodnich 1921–1931, Olsztyn 1995; THOMAS MERGEL, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, Düsseldorf 2002, S. 383 f.

[8] BOHDAN KOZIEŁŁO-POKLEWSKI, Aus den Forschungen über die territoriale Struktur der NSDAP in Ostpreußen in den Jahren 1921–1933, in: Polnische Weststudien 4 (1985), 2, S. 275–280.

[9] JÜRGEN W. FALTER, Hitlers Wähler, München 1991, S. 67–80, 158–161.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

omnipräsenten Partei vermittelten. Das unterschied die NSDAP von ihren Konkurrentinnen, die entweder als bürgerliche Honoratiorenparteien auf eine geringe Zahl ebenso angesehener wie wenig dynamischer Repräsentanten in den Städten bauten oder wie die Mitgliederparteien SPD und KPD aufgrund der Wirtschaftsstruktur nur in Königsberg und Elbing über größere Mitgliedsverbände verfügten. Außerdem wurden die Gegner der NSDAP mit äußerst brutalen Mitteln angegriffen, wobei es zu mehreren Toten kam.[10] Die ostpreußischen Wähler mussten also wissen, wem sie ihre Stimme gaben, offenbar wirkte die NSDAP aber auf einen hohen Anteil von ihnen sehr attraktiv.

Die Akzeptanz der NSDAP bis weit in die bürgerlichen und sogar aristokratischen Kreise hinein resultierte daraus, dass Gauleiter Koch einen Beraterkreis um sich geschart hatte, in dem sich einige konservative und sehr angesehene Intellektuelle wie der spätere Widerstandskämpfer Fritz-Dietloff von der Schulenburg, der spätere Rektor der Königsberger Universität Hans Bernhard von Grünberg und der spätere stellvertretende Oberpräsident Hermann Bethke zusammengefunden hatten. Wie viele Konservative glaubten sie, die NSDAP und ihren Gauleiter als Vehikel für ihre Pläne nutzen zu können.[11] Als „Umrahmungsstrategie", mit der Hitler als Regierungschef eingehegt werden sollte, scheiterte diese Konzeption in Berlin; in Ostpreußen war sie jedoch in einem gewissen Maße sehr erfolgreich. Koch machte sich tatsächlich viele Vorstellungen seiner Berater zu eigen, da ihm das intellektuelle Format fehlte, um selbst politische Visionen auszuarbeiten, und er hier die Pläne zur Überwindung der aktuellen Probleme Ostpreußens fand, die er benötigte, um seine Partei als die politische Kraft der Zukunft präsentieren zu können. In dieser Phase übte er hier eher Pragmatismus als Opportunismus, denn viele Facetten der Neuordnungspläne seiner konservativen Berater, insbesondere die staatliche Lenkung der Wirtschaft, passten zum „nationalen Sozialismus" des Straßer-Flügels der NSDAP. Das 1932 sogar als Buch erschienene Wirtschaftsprogramm der ostpreußischen NSDAP sah unter anderem vor, die Landwirtschaft vor marktwirtschaftlichen „Zumutungen" wie Kreditvollstreckungen zu schützen,[12] womit er den Nerv eines Groß-

[10] RICHARD BESSEL, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925–1934, New Haven / London 1984, S. 87–89.

[11] ULRICH HEINEMANN, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990, S. 24, 183.

[12] HERMANN BETHKE / HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Entschuldung und Neubau der deutschen Wirtschaft, Berlin 1932.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

teils der ostpreußischen Wähler traf. Mit ähnlichen Forderungen gelang es Koch, einige der wichtigsten politischen Institutionen Ostpreußens schon vor 1933 zu übernehmen, wobei er relativ unabhängig von der Parteizentrale agieren konnte, da er sich auf eigens gegründete Landwirtschaftsorganisationen stützte.[13] Hitlers Ernennung zum Reichskanzler erfolgte also zu einem Zeitpunkt, als Koch bereits begann, die Macht in der Provinz zu übernehmen.

In den Folgemonaten brachte Koch die Verwaltung Ostpreußens unter seine Kontrolle. Wer sich ihm fügte, konnte seine Karriereplanung weiterverfolgen. Gegner wurden hingegen mit brachialen Methoden aus ihren Ämtern gedrängt. Dabei wurden nicht nur die verschiedenen nationalsozialistischen Beamten- und Rassengesetze angewandt, sondern auch Intrigen und Schmutzkampagnen geführt. So verlor beispielsweise der während der Weimarer Republik im gesamten Deutschen Reich hoch angesehene Oberbürgermeister von Königsberg Lohmeyer schon im Frühjahr 1933 sein Amt aufgrund von Anschuldigungen, die sich später als haltlos erwiesen.[14] Oberpräsident Kutscher, ein Protegé Hindenburgs, musste im Juni 1933 gehen, weil der Gauleiter die Position des obersten Beamten der Provinz für sich beanspruchte. Koch setzte sich hier mit einer Mischung aus Intrigen hinter den Kulissen, wobei er bei seinen politischen Freunden Göring und Heß intervenierte, und einer sehr modernen Medienkampagne gegen den Reichspräsidenten durch.[15]

Die Spitzen der ostpreußischen Verwaltung waren bereits seit Mitte 1933 unter Kochs Kontrolle, an der Loyalität der anderen Stufen wurde während der gesamten nationalsozialistischen Herrschaft gearbeitet. Koch gelang es dabei wie keinem anderen Gauleiter, die Personalpolitik des Innenministeriums durch Personalunionen zwischen Kreisleitern und Landräten auszuhebeln.[16] Als Gauleiter und Oberpräsident war Koch damit eine Art Alleinherrscher in Ostpreußen. Ihm half dabei, dass sich die vom Reich abgeschnittene Provinz leichter als andere Teile des Reiches kontrollieren ließ und dass der äußerste Nordosten Deutschlands

[13] HORST GIES, R. Walter Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Frankfurt 1966, S. 73–75; WOLFRAM PYTA, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933, Düsseldorf 1996, S. 368.

[14] KURT G. A. JESERICH, Hans Lohmeyer (1881–1968), in: Persönlichkeiten der Verwaltung, hg. v. DEMS. / HELMUT NEUHAUS, Stuttgart u. a. 1991, S. 380–384.

[15] Vgl. MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 150 f.

[16] WOLFGANG STELBRINK, Der preußische Landrat im Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Personal- und Verwaltungspolitik auf Landkreisebene, Münster u. a. 1998, S. 34, 65.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Partei wenig Aufmerksamkeit erfuhr. Wie groß die Machtfülle Kochs war, zeigt sich ebenfalls in einer Äußerung Görings, der als immerhin zweitmächtigster Mann im Staat 1934 bekannte, er habe als preußischer Ministerpräsident keinerlei Einfluss auf das Geschehen in Ostpreußen.[17]

Die „Neugestaltung" Ostpreußens

Die Machtfülle und Gestaltungsmöglichkeiten des ostpreußischen Gauleiters erlaubten es ihm sogar, eine eigene ideologische Linie zu vertreten, die von Mitgliedern seines Beraterkreises formuliert wurde. Nicht die Rasse, die Landschaft präge den Menschen, so hieß es da, und niemand solle glauben, ein besserer Mensch zu sein, nur weil er blond und blauäugig sei. Den „nordischen Protestantismus" wollte Koch neben dem Nationalsozialismus als zweite Säule des neuen Reiches sehen. Er war zweifellos ein Antisemit, in seinen Reden sprach er jedoch nicht von der Vernichtung der Juden. Seine nach außen vertretene Haltung zu den Slawen war ebenfalls im Vergleich zu anderen NS-Führern wenig radikal. Bis 1939 sprach er weder vom Lebensraum im Osten noch von slawischen Untermenschen, sondern vom Aufbau eines Ständestaates und von Ostpreußen als Brücke in den Osten, als Zentrum einer Kooperation mit den skandinavischen, baltischen und slawischen Völkern.[18]

Diese Ideologie passte gut zur Situation in Ostpreußen, wo die evangelische Konfession fast überall die Identität der Menschen stärker bestimmte als in anderen Regionen des deutschen Reiches und wo es in fast jeder Familie polnische oder litauische Verwandte gab. Hier war man stolz darauf, dass aus autochthonen Pruzzen, zugewanderten Westfalen, Salzburgern, Schotten, Slawen, Balten und anderen über die Jahrhunderte der Kulturraum Ostpreußen mit einer sehr eigenen Kultur zusammengewachsen war. Gleichfalls gehörte zum „Nationalnarrativ" der Provinz, dass die ostpreußische Landschaft eine besondere Prägekraft aufweisen

[17] Bundesarchiv (hiernach: BA) Berlin, R 43 I/1860, Bl. 26, Darré an Lammers, 24. Lenzing (März) 1934; DIETER REBENTISCH, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945, Stuttgart 1989, S. 263.

[18] ERICH KOCH, Aufbau im Osten, Breslau 1934; DERS., Die NSDAP. Idee, Führer und Partei, Leipzig 1933; DERS., Ostpreußens politische Brückenlage, in: Volk und Reich, 1934, H. 10, S. 754–756; DERS., Ostpreußens Stellung im osteuropäischen Raum, in: Nationalsozialistische Monatshefte, 1934, H. 5, S. 882–886.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

würde.[19] Das Postulat der Rassereinheit war hier hingegen eher dazu geeignet, die Menschen zu irritieren.

Die Vielfalt ideologischer Facetten innerhalb der NSDAP wurde mit der Konsolidierung und Zentralisierung des NS-Regimes indes immer weiter reduziert. Sie war im neuen Führerstaat nicht mehr opportun. Auch Koch musste seinen ideologischen Sonderweg seit 1934/35 im Zuge der Verschärfung der Kirchenpolitik und dem Aufstieg von SS-Führer Himmler, der letztlich auch mit einer stärkeren Kontrolle ideologischer Aussagen einherging, zunehmend einschränken. Im politischen Alltag führte er in Ostpreußen aber dennoch eine erstaunlich eigenständige Politik. Kochs vergleichsweise große politische Handlungsfreiheit beruhte auf seinen Erfolgen in der Arbeitsbeschaffungs- und Wirtschaftspolitik, angefangen mit der ostpreußischen „Arbeitsschlacht" 1933. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war das Thema, an dem sich seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise jede Regierung messen lassen musste, auch die von Adolf Hitler. Diesen Umstand versuchte Erich Koch für sich zu nutzen. Bereits am Tag nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, am 31. Januar 1933, erschien der ostpreußische Gauleiter mit einem seiner Berater in der Reichskanzlei, um die in seinem Beraterkreis entwickelten Pläne „zur Entschuldung und Neubau der deutschen Wirtschaft" als Patentrezept für das gesamte Deutsche Reich zu präsentieren.[20]

Mehr als ein Schuldenmoratorium für die Landwirtschaft erreichte er an diesem Tag nicht. Alle weiteren Maßnahmen mussten warten, bis zum einen sich im Juni das Wetter für arbeitsintensive Projekte in Landwirtschaft und Straßenbau günstiger gestaltete und zum anderen sowohl die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums als auch die politische Führung der Provinz Ostpreußen fest in nationalsozialistischer Hand waren und alle Erfolge ausschließlich der Staatspartei zugeschrieben werden konnten. Dann aber wurden Ostpreußen und sein Gauleiter ins Zentrum der als Triumphzug inszenierten Propaganda zur Arbeitsbeschaffung gestellt – so sehr, dass andere Gauleiter sich beim Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Joseph Goebbels beschwerten, es solle nicht immer nur über Ostpreußen, sondern auch über ihre Erfolge berichtet werden.[21]

---

[19] Vgl. ROBERT TRABA, Ostpreußen – die Konstruktion einer deutschen Provinz. Eine Studie zur regionalen und nationalen Identität 1914–1933, Osnabrück 2010.

[20] DAN P. SILVERMAN, Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933–1936, Cambridge (Mass.) / London 1998, S. VII, 69 f., 96.

[21] NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, Bd. 1: 1933 (Mai bis Dezember), hg. v. HANS BOHRMANN, München 1984, S. 98, 11. August 1933.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die „Erfolge“ in der Arbeitsbeschaffung entstanden zum Teil aus simplen, manchmal schon lange geplanten Maßnahmen in der lange vernachlässigten Infrastruktur Ostpreußens wie dem Straßenbau sowie Meliorationen in der Landwirtschaft. Häufig beruhten sie auf Zwang, in dem Arbeitslose in Arbeitslager gepfercht oder zwangsweise auf Bauernhöfen einquartiert wurden, selbst wenn es dort keine Arbeit für sie gab.[22] Somit waren sie aus der Statistik verschwunden. Mit solchen Methoden gelang es nicht, die Arbeitslosigkeit vollständig zu beseitigen; in der Propaganda wurde aber genau dieser Anschein erweckt. Andererseits erwiesen sich einige der so durchgeführten Projekte durchaus als sinnvoll oder sogar dringend notwendig, hatten in der Weimarer Republik jedoch wegen fehlender Mittel und rechtlicher Probleme nicht verwirklicht werden können. Die neuen Machthaber kümmerten aber weder Staatsverschuldung noch Eigentumsrechte oder dergleichen; sie setzten ungeachtet der Kosten auf propagandistisch wirksamen Aktivismus, der seinen Zweck auch tatsächlich erfüllte.

Die Arbeitsbeschaffung des Jahres 1933 war nur der erste Schritt einer groß angelegten Infrastrukturreform Ostpreußens. Die Pläne dazu, bezeichnenderweise unter dem Begriff Erich-Koch-Plan zusammengefasst, stammten aus dem Beraterkreis Kochs, der ähnliche Konzepte in älteren Institutionen wie dem Königsberger Institut für Ostdeutsche Wirtschaft kennengelernt und umgeformt hatte. Vorgesehen war nichts weniger als die vollständige Transformation der Provinz von einem Agrarland zu einem gemischtwirtschaftlichen Raum nach dem Vorbild Württembergs, in dem kleine Industriebetriebe für den lokalen Bedarf produzieren, aber auch lokale landwirtschaftliche Erzeugnisse für den „Export“ weiterverarbeiten sollten. Ein vergleichsweise modernes Konzept, das nichts mit der bauerntümelnden Ideologie des Reichsnährstandes gemein hatte. Durchgeführt wurde es von Kochs ostpreußischen Mitarbeitern, lediglich die Finanzierung kam aus Berlin. Dort wurden die benötigten Mittel gern bereitgestellt, da Ostpreußen als „Bollwerk des Deutschtums“ in jeder Weise verteidigt werden sollte, sowohl militärisch wie auch „volkstumspolitisch“. Der „deutsche Charakter“ der Provinz sollte durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und den daraus resultierenden Abwanderungsstopp der Deutschen gefördert werden.[23]

---

[22] SILVERMAN, Hitler’s Economy, S. 70–79.

[23] FRIEDRICH RICHTER, Industriepolitik im agrarischen Osten. Ein Beitrag zur Geschichte Ostpreußens zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1984; DERS., Beiträge zur Industrie- und Handwerksgeschichte Ostpreußens 1919–1939, Stuttgart 1988.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Heute kann nicht mehr entschieden werden, ob der Erich-Koch-Plan langfristig eine tragfähige Wirtschaft für Ostpreußen geschaffen hätte. Die Anfänge waren jedoch vielversprechend, allerdings wurden sie auch zu einem großen Teil von der Rüstungskonjunktur und damit der überbordenden Staatsverschuldung Hitler-Deutschlands getragen. Bei der Gründung, der Übernahme und dem Ausbau zahlreicher Betriebe wurden neben betriebs- und volkswirtschaftlichen Grundsätzen auch juristische verletzt. Koch und seine Planer setzten ihre gesamte Machtfülle ein, um für ihre Zwecke benötigte Grundstücke, Firmen und Rechte zu erlangen. Einige verkaufsunwillige Eigentümer sollen sich sogar im Irrenhaus wiedergefunden haben.[24]

Herausragender Akteur des „Wirtschaftsaufbaus" in Ostpreußen war die Erich-Koch-Stiftung. Koch hatte sie gegründet, indem er die ostpreußischen NSDAP-Mitglieder um ihre Anteile an der regionalen Parteizeitung betrogen hatte. Es gelang ihm, sie durch Zukauf und Gründung immer neuer Betriebe zum größten Konzern Ostpreußens auszubauen. Zu ihr gehörten unter anderem mehrere Zeitungen, Papierfabriken, Landgüter, Siedlungsgesellschaften und eine Fischhandelskette.[25] Koch war der einzige Verfügungsberechtigte über die Mittel der Stiftung, und er setzte sie auch zur politischen Beziehungspflege ein, indem er zum Beispiel dem unersättlichen Kunstsammler Göring von der Stiftung finanzierte Gemälde schenkte. Ganz selbstverständlich nutzte er auch seine politische Macht zu Gunsten der Stiftung, etwa im Zuge der Angliederung des Memellands an das Deutsche Reich im März 1939. Für eine Zeitlang gestattete der Stifter in seiner Funktion als Überleitungskommissar der Erich-Koch-Stiftung als einzigem Akteur, in diesem Gebiet wirtschaftlich aktiv zu werden und sich die wertvollsten Firmen einzuverleiben.[26]

Selbst noch Jahrzehnte nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur strichen viele Beobachter den Wirtschaftsaufschwung der Jahre 1933 bis 1939 heraus, ohne auf dessen mehr als dubiose Grundlagen einzugehen. Diese Sicht herrschte auch bei den Zeitgenossen vor, die vor allem wahrnahmen, dass die einstige Krisenprovinz jetzt plötzlich als Wirtschaftschampion gefeiert wurde. Ganz im Sinne des Führerprinzips wurden die Meriten für diese Erfolge einzig Gauleiter Koch zugeschrie-

[24] Ebd.

[25] CHRISTIAN ROHRER, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, München 2006, S. 277–280, 401–450.

[26] GERHARD WILLOWEIT, Die Wirtschaftsgeschichte des Memelgebiets, Marburg 1968, S. 636, 651 f., 798–800.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ben, der sich so einen veritablen Ruf als Wirtschafts- und Osteuropaexperte erwarb. Der Wirtschaftsaufschwung in Ostpreußen förderte seine Beliebtheit in der Bevölkerung. Auch in der NS-Elite genoss er hohes Ansehen, insbesondere bei Hitler und Göring. Hitler hegte persönlich wohl keine besonderen Sympathien für den proletarischen Straßer-Anhänger Koch, aber er hielt ihn für einen jener von ihm so hoch geschätzten „Tatmenschen", die jede Herausforderung ohne Zaudern angingen und mit bestem Erfolg meisterten. Diesem Funktionärs-Typus übertrug er bevorzugt schwierige und bedeutende Aufgaben. Göring und Koch verband hingegen eine Freundschaft, die sich auch aus dem gemeinsamen Interesse an wirtschaftlichen Aktivitäten speiste.[27]

Germanisierung als Machtkampf

Bis zum Jahr 1939 hatte sich Koch zu einem der erfolgreichsten, mächtigsten und populärsten Gauleiter emporgearbeitet, der im Ruf stand, ein tatkräftiger Wirtschafts- und Ostexperte zu sein. Vor diesem Hintergrund erscheint es naheliegend, dass ihm nach dem Sieg über Polen ein Teil der Beute anvertraut wurde. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Eroberung und Aufteilung Polens 1939 keinesfalls Ergebnis eines langfristigen Planungsprozesses war. Die Forderung nach „Lebensraum im Osten" gehörte zwar zum Kern der nationalsozialistischen Idee, es existierte aber bis zum Kriegsbeginn keine zentrale Instanz, die Szenarien ausarbeitete, wo dieser Lebensraum genau zu finden sei, wie er gewonnen werden könne und welche Gestalt er besitzen solle. Die Expansionspolitik Hitler-Deutschlands hatte sich Schritt für Schritt entwickelt und eher an aktuell sich bietenden Gelegenheiten orientiert. Polen hatte lange Zeit sogar als möglicher „Juniorpartner" bei einem Angriff auf die Sowjetunion gegolten. Allerdings war die junge Republik nicht bereit gewesen, sich den deutschen Vorstellungen anzupassen, so dass sie im September 1939 selbst zum Opfer der deutschen Aggression wurde.[28]

Das Schicksal des polnischen Staates verdeutlichte, dass die im Vorfeld des Krieges an Polen gestellten Forderungen wie die Rückgabe Danzigs oder ein exterritorialer Zugang zu Ostpreußen lediglich zur Verschleie-

[27] Vgl. Mieczysław Siemieński, Interview mit Erich Koch, 1986 (Transkription von Christian Rohrer), Manuskript im Besitz des Verfassers.

[28] IAN KERSHAW, Hitler, Bd. 2: 1936–1945, Stuttgart 2000, S. 224, 240–244, 273–320, 330 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rung der deutschen Aggression gedient hatten. Die Nationalsozialisten argumentierten, Polen habe durch die totale Niederlage aufgehört, zu existieren, weswegen die Sieger nach Gutdünken mit dem eroberten Territorium verfahren könnten. Sie stellten keineswegs die Ostgrenze des Deutschen Reichs von 1914 wieder her, sondern verschoben diese Grenze um bis zu 200 Kilometer nach Osten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker konnte nicht zur Begründung dieser Annexion herangezogen werden, denn in den fraglichen Gebieten lebten fast keine Deutschen.[29]

Die Umwandlung der deutschen Besatzungsverwaltung in Polen von einer Militär- in eine zivile Institution und die Eingliederung umfangreicher Gebiete ins „Großdeutsche Reich" ging auf eine Initiative des Danziger Gauleiters Albert Forster zurück, die Koch sofort unterstützte. Forster beklagte bei Hitler den falschen Umgang der Militärs mit den eroberten Regionen und meinte damit das Fehlen einer ausreichenden „Germanisierung". Um dies zu ändern schlug er die Einrichtung der „Reichsgaue" Danzig-Westpreußen um Danzig und Wartheland bei Posen vor. Deren Gestalt veranschaulichte, dass die Bildung nationalsozialistischer Musterterritorien beabsichtigt war. Hier sollten Staat und Partei auf allen Ebenen Personalunionen bilden und so zum Vorbild für das Reich werden. Diesen Vorbildcharakter sollte auch die Bevölkerung erfüllen: Rein deutsche Menschen sollten die der nationalsozialistischen Bauernromantik nahekommenden Regionen auch wirtschaftlich und kulturell zu Mustergauen gestalten. Polen sollten hier allenfalls als Arbeitssklaven zu finden sein.[30] Die beiden Reichsgaue bildeten die Kernregionen der Siedlungsplanungen für den „Lebensraum im Osten", die jetzt bei verschiedenen Institutionen entstanden. Der wichtigste für Um- und Ansiedlungen zuständige NS-Funktionär war der „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" Heinrich Himmler. Erst in diesen Projekten entstanden konkrete Konzepte für den seit Jahrzehnten geforderten „Lebensraum".[31] Wie stark aber die Umsetzung von Planungen dieses zentralen Postulats des Nationalsozialismus von den jeweiligen örtlichen Machthabern abhing, zeigt erneut das Beispiel Erich Kochs.

---

[29] CZESŁAW MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Köln 1988, S. 209.

[30] DIETER SCHENK, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000, S. 109–139, 161–167.

[31] ROBERT LEWIS KOEHL, RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939–1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germandom, Cambridge 1957.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der vom Deutschen Reich besetzt gehaltene Teil Polens umfasste nicht nur die beiden Reichsgaue. Daneben entstand mit dem „Generalgouvernement“ noch eine Art Abschiebeplatz für „rassisch unerwünschte Elemente“, also für Polen und Juden. Oberschlesien wurde um beträchtlich mehr als die 1921 an Polen abgetretenen Gebiete erweitert. Ostpreußen musste den erst infolge des Versailler Vertrags erhaltenen Regierungsbezirk Westpreußen mit der Industrie- und Hafenstadt Elbing und der symbolträchtigen Marienburg an Danzig-Westpreußen abtreten. Mit Soldau (Działdowo) erhielt es einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt zurück, der 1920 an Polen gefallen war. Suwałki hingegen wurde dank der Grenzziehung des Hitler-Stalin-Paktes ostpreußisch, obwohl es kaum deutsche Einwohner vorzuweisen hatte. Als Kompensation für Westpreußen taugten diese Flicken kaum, und schon gar nicht als Ausgleich für die Vorzugsbehandlung, die Ostpreußen aufgrund seiner Insellage vom Deutschen Reich bis 1939 erfahren hatte. Diese Funktion erhielt vielmehr der neue vierte Regierungsbezirk Ostpreußens, Zichenau. Gemeint war damit der Teil Masowiens zwischen der Südgrenze Ostpreußens und Warschau, dessen Fläche fast einem Drittel der Fläche Altostpreußens entsprach. Seinen Namen erhielt er von der zentral gelegenen Kleinstadt Ciechanów, eingedeutscht Zichenau.[32]



Abb. 2: Erich Koch auf dem Bahnhof Zichenau. Kochs Gesicht ist zwischen der 2. und 3. stehenden Person von links zu erkennen (undatiert, wahrscheinlich 1939 oder 1940).

[32] MARTIN BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 26–35.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Historische Gründe für die Eingliederung dieser Region in die Provinz Ostpreußen existierten nicht. Sie hatte lediglich nach der Dritten Teilung Polen-Litauens (1795) zwölf Jahre lang zu Preußen gehört, und hier lebten kaum 15.000 Deutsche. Wirtschaftlich bedeutsam war Kochs neues Lehen auch nicht, anders als die Region um Elbing. Es gab keine nennenswerte Industrie, die Landwirtschaft wurde von kleinen Bauernhöfen dominiert. Eine Neugestaltung ähnlich derjenigen in Altostpreußen hätte erhebliche Investitionen erfordert. In Kochs Stab wurden deshalb Klagen laut, man habe den „elendsten Bezirks" Polens zugesprochen bekommen.[33]

Koch hatte sich allerdings als erster Gauleiter der Initiative Forsters angeschlossen, Polen aufzuteilen, und dabei vehement auf seinen Anteil an der „Beute" gedrängt. Kompensation für den Gebietsverlust war dabei nur einer seiner Beweggründe. Er wusste, dass er, wollte er auch in Zukunft zur NS-Spitze gehören, auch jetzt mit von der Partie sein musste, wenn eines der zentralen Ziele des Regimes, die Expansion in den Osten, verwirklicht wurde. Die Ausweitung Ostpreußens eröffnete ihm zudem zusätzliche Möglichkeiten für seine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die er sogar ideologisch verbrämen konnte. Im landwirtschaftlich geprägten Ostpreußen fehlten immer noch Arbeitsplätze und längst nicht alle Bauernsöhne erbten den elterlichen Hof oder zumindest einen Teil davon.[34] Mit den Eroberungen konnte ein großer Teil von ihnen versorgt und damit Druck aus dem Kessel der sozialen Probleme genommen werden.

Die ideologische Komponente unter den Schlagworten „Neubildung deutschen Bauerntums" und „Germanisierung des Ostens" war Koch sicherlich weniger wichtig als die Aussicht, dass er mit diesen Zuweisungen als Wohltäter des einfachen Volkes auftreten konnte, der seinen Untertanen zu einer eigenen wirtschaftlichen Existenz verhalf. Außerdem sollte Zichenau die bisherigen Pläne für die Neugestaltung Ostpreußens erweitern, ergänzen und in gewisser Weise zu einem Höhepunkt führen, da Kochs Planer die Region als Tabula rasa betrachteten. Anders als in Altostpreußen mussten sie hier kaum Rücksicht auf gewachsene Strukturen nehmen, sondern hätten – einen anderen Kriegsverlauf vorausgesetzt – ihre Planungen idealtypisch umsetzen und damit beweisen können, was sie zu leisten imstande waren.[35]

---

[33] Zitiert nach: Alltag in Ostpreußen 1940–1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940–1945, hg. v. CHRISTIAN TILITZKI, Leer 1991, S. 44.

[34] HARRY STOSSUN, Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges, Marburg 1993, S. 153.

[35] Vgl. WALTHER KIESER, Der Aufbau im Gebiet um Zichenau, Berlin 1942.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Neugestaltungspläne waren ausgesprochen radikal. In der Stadt Zichenau sollte beispielsweise außer einer historischen Kirche und der Burg die gesamte Bebauung abgerissen und durch neue „deutsche" Bauten ersetzt werden.[36] In einigen Straßenzügen wurde dies umgesetzt, die Häuser stehen noch heute. Insgesamt scheiterte eine Neugestaltung Zichenaus aber daran, dass die deutschen Ressourcen aufgrund des Kriegsverlaufes anders eingesetzt werden mussten. Bezeichnend für diese Planungen ist, dass sie nicht von Reichsstellen wie beispielsweise dem für Ansiedlungen eigentlich zuständigen Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) durchgeführt wurden, sondern von Kochs Planungsbehörden.[37] Ihre bisher so erfolgreiche eigenständige Arbeit war ein Argument dafür, auch weiterhin unter eigener Regie zu arbeiten. Vor allem aber konnte Koch ein so großes persönliches politisches Gewicht in die Waagschale werfen, dass andere Akteure nicht in seinen Bereich einzudringen vermochten. Die großräumigen Planungen des RKF behinderte dies nur bedingt. Die Lage war noch nicht sehr gefestigt und Koch wollte schließlich ebenfalls germanisieren, da sollten, so musste es für den RKF aussehen, pragmatische Übereinkommen zwischen den Kontrahenten möglich sein.

Die Ansiedlung der ostpreußischen Bauernsöhne gehörte in diesen Komplex, die jedoch nicht erfolgen konnte, solange sich die jungen Männer noch an der Front befanden. RKF Himmler reklamierte unterdessen die Zuständigkeit für diesen offensichtlich freien Siedlungsraum für sich. Koch gelang es aber, dessen Versuche, „Volksdeutsche" aus dem Baltikum, vom Narew und aus der Ukraine anzusiedeln, abzuwehren und die Siedlerstellen für „seine" Ostpreußen frei zu halten. Unterstützend dabei wirkte, dass Himmler eher zu wenige Siedler zur Verfügung standen, die er auch für die Besiedlung des Warthegaus benötigte. In Zichenau wurden lediglich in den Städten, für die Koch keine geeigneten Siedler aufbieten konnte, einige Deutsche aus dem Baltikum angesiedelt. Die Polen des Regierungsbezirkes Zichenau wurden dennoch vollständig enteignet – da Koch ihre Höfe jedoch noch nicht neu vergeben konnte, mussten sie ihr ehemaliges Eigentum als Zwangsarbeiter weiter bewirtschaften.[38]

---

[36] BA Bayreuth, Ost-Dok. 10/47, Bl. 29, Bericht Schaeffer; ARTHUR RECK, Städtebau im Deutschen Osten, in: Die Baukunst 4 (1941), 11, S. 220–230.

[37] Vgl. KIESER, Der Aufbau, S. 31; MICHAEL A. HARTENSTEIN, Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten" 1939 bis 1944, Berlin 1998, S. 42–77, 241, 253–257, 274–285, 300–305.

[38] Ebd., S. 42 f., 212–222; BA Bayreuth, Ost-Dok. 8/616, 8/621, 8/633.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einem schwächeren NS-Funktionär wäre es sicherlich nicht gelungen, Himmlers Wünsche abzuschlagen. Dies wird insbesondere bei einem Vergleich der Politik in Zichenau mit der in den beiden Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland deutlich. Albert Forster hatte mit Verve darauf gedrängt, aus Danzig die Hauptstadt eines großen Mustergaues zu bilden, der weit über die Grenzen der alten preußischen Provinz Westpreußen hinausreichte. Zudem wollte er als erster Gauleiter melden, dass sein Gebiet juden- und polenfrei sei.[39] Dazu hätte er mit RKF Himmler zusammenarbeiten können, doch wollte er ähnlich wie Koch die Macht in seinem Gau nicht mit dem Reichsführer SS teilen. Deshalb ließ auch er die Germanisierungsmaßnahmen weitgehend selbst durchführen. Rassenkundliche Untersuchungen waren ihm nicht wichtig, es genügte, wenn die Bewohner seines Gaues sich in die Deutsche Volksliste eintrugen und damit zu Deutschen wurden. Dadurch wurden auch zehntausende Polen, die sich nie als Deutsche exponiert hatten, gegen ihren Willen zu Deutschen deklariert, was ihnen allerdings half, die deutsche Besatzung zu überleben.

Ganz anders agierte Arthur Greiser, der Reichsstatthalter für den Warthegau. Auch er wollte einen juden- und polenfreien Mustergau schaffen, verfügte im Wartheland aber nicht über einen größeren, über längere Zeit gewachsenen Stab. Da ihm das Personal für größere Aktionen fehlte, kooperierte er eng mit der SS und akzeptierte deren Vorstellungen von der Germanisierung des Raumes um Posen. Die Bewertungskategorien der Deutschen Volksliste wurden streng beachtet, über eine halbe Million Polen wurde ins Generalgouvernement abgeschoben und durch „Volksdeutsche" aus dem Baltikum und anderen Regionen ersetzt.[40]

Koch steuerte einen Kurs zwischen Forster und Greiser. Wie im Warthegau sollten die Polen auch in seinem Machtbereich letztlich ausgewiesen werden, doch wollte Koch wie in Danzig-Westpreußen ohne die SS regieren können und nur sehr wenige „Volksdeutsche" aufnehmen.[41] Sein neues Reich bevorzugte er mit Siedlern aus dem „Altgau" zu „germanisieren" und somit eine Möglichkeit zu nutzen, über die seine Kollegen nicht verfügten.

---

[39] SCHENK, Hitlers Mann, S. 12, 206–219.

[40] CZESŁAW ŁUCZAK, Arthur Greiser, Poznań 1997; SCHENK, Hitlers Mann, S. 141, 166 f., 205–229, 233; KERSHAW, Hitler 1936–1945, S. 347 f., 426; KOEHL, RKFDV, S. 62, 73, 121, 140, 195.

[41] STOSSUN, Die Umsiedlung, S. 106, 118, 149 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Unterschiede in der Siedlungspolitik der drei Gaue zeigen, wie stark auch zentrale Politikfelder im nationalsozialistisch beherrschten Deutschland von regionalen Instanzen bestimmt werden konnten. Die Gauleiter nahmen hier sehr starken Einfluss darauf, wie sich zwei der zentralen Kernelemente des Nationalsozialismus, die Ostexpansion und die Rassenpolitik, gestalten ließen. Sie entschieden mit, was mit der bisherigen Bevölkerung der eroberten Gebiete geschah, und gestalteten sogar die Kriterien mit, wer in ihrem Terrain als Deutscher galt und wer nicht. Es wäre allerdings übertrieben zu behaupten, dass die Politik des „Dritten Reiches" in erster Linie von regionalen Instanzen bestimmt worden wäre. Die Vielfalt der Politiken verweist vielmehr auf das vielleicht wichtigste Strukturelement des Nationalsozialismus, das angesprochene „dem Führer entgegenarbeiten".[42] Mehrere Unterführer erhielten einen ähnlichen, eventuell sogar den gleichen Auftrag, in diesem Fall die Germanisierung der eroberten und ins Reich eingegliederten polnischen Gebiete vorzunehmen. Ihnen war bekannt, in welchem Rahmen sich die Ausführung dieses Auftrages bewegen sollte, insbesondere aus Hitlers Äußerungen zum Lebensraum im Osten. Die diese aber unkonkret und zum Teil widersprüchlich waren, und „der Führer" auch nach der Machtergreifung keine detaillierten Anweisungen zur Organisation der „Germanisierung" gegeben hatte, konnten die beauftragten Unterführer einen relativ großen Handlungsspielraum nutzen. Indem sie dabei ihren eigenen Vorstellungen folgten, konnte Hitler im Konfliktfall unter mehreren Varianten auswählen.[43]

Da die Kompetenzbereiche der Gauleiter sich untereinander nicht überschnitten, konnten sie nur mit Himmler in Konflikt geraten, da der RKF für die Siedlungspolitik in allen besetzten Territorien zuständig war. Zu einer Führerentscheidung über die „Germanisierung der eingegliederten Ostgebiete" kam es letztlich nicht. Der Angriff auf die Sowjetunion und die damit einhergehende Ausweitung der nationalsozialistischen Lebensraumplanungen nahm den Auseinandersetzungen zwischen dem RKF und den Gauleitern die Schärfe, bis schließlich die Kriegswende alle weiteren Überlegungen obsolet werden ließ. Deshalb bestanden bis Kriegsende unterschiedliche Konzepte nebeneinander fort, ohne dass es zu einer verbindlichen Entscheidung kam.

---

[42] Vgl. Anm. 1 in diesem Beitrag.

[43] Vgl. KERSHAW, Hitler 1889–1936, S. 634, 666 f.; Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, hg. v. PETER WITTE u. a., Hamburg 1999, S. 49 f.; ROBERT LEWIS KOEHL, The Black Corps, Madison 1983, S. 164 f., 178–181.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der „Ostpreußenführer" zwischen Eigensinn und Anpassung

Die ostpreußische Propaganda hatte seit 1933 alle Auftritte und Aktivitäten Kochs genutzt, um den Gauleiter als Ostpreußen-Führer aufzubauen. So wie Hitler deutschlandweit, wurde Koch in Ostpreußen als die zentrale Figur gefeiert, von der im „Maßnahmenstaat" (Fraenkel) alles ausging.[44] In der Propaganda zur „Kolonisierung" Zichenaus erhielt Koch eine weitere Rolle. Die „Erweiterung der Provinz" wurde als Fortsetzung des Erich-Koch-Plans für Ostpreußen dargestellt, und der Gauleiter als zentraler Protagonist der Neulandgewinnung. Dennoch zeigen die zeitgenössischen Fachaufsätze, Zeitungsartikel und Reden zu Zichenau deutlich, dass sich die Strukturen des Nationalsozialismus und damit auch die Freiräume für die einzelnen NS-Funktionäre im Vergleich zur ersten Hälfte der 1930er Jahre verschoben hatten.[45] Koch erschien jetzt nicht mehr als alleiniger Schöpfer und „Macher" aller Projekte, vielmehr wurde betont, dass er der regionale Arm sei, der die Pläne des „Führers" Adolf Hitler umsetze. Der „Führerstaat" hatte sich mittlerweile soweit gefestigt, dass es selbst sehr mächtigen Angehörigen der NS-Führung nicht mehr möglich war, ihre Politik ohne Verweis auf „den Führer" zu beschreiben. Koch hatte dies während mehrerer Auseinandersetzungen in den 1930er Jahren zu spüren bekommen und seine Konsequenzen daraus gezogen. Den ideologischen Sonderweg der ostpreußischen NSDAP hatte er aufgrund starken Drucks aus Parteiführung und SS schon 1935 verlassen und sich stärker Hitlers Rassenideologie angenähert. In Zichenau verband er nicht nur die Außendarstellung seiner eigenen Politik eng mit dem Namen Hitler, sondern auch deren Inhalte mit Hitlers ideologischen Vorstellungen.

Koch näherte sich in seiner Rhetorik immer stärker an Hitler an. Antislawische Klischees, die bis 1939 nicht von ihm zu hören gewesen waren, gerieten nun zu Kochs Standardvokabular. Dazu gehörte insbesondere die These, die Deutschen besäßen das Recht zur Landnahme, da

---

[44] Zu Fraenkels Charakterisierung des NS-Staates einführend: MICHAEL WILDT, Die Transformation des Ausnahmezustands. Ernst Fraenkels Analyse der NS-Herrschaft und ihre politische Aktualität, in: 50 Klassiker der Zeitgeschichte, hg. v. JÜRGEN DANYEL u. a., Göttingen 2007, S. 19–23, auch online zugängig bei Docupedia-Zeitgeschichte, 1.06.2011, http://docupedia.de/zg/Fraenkel.2C_Der_Doppelstaat (Zugriff: 10. Oktober 2020).

[45] Vgl. ERNST KEIT, Bibliographie zur Landeskunde der zum Regierungsbezirk Zichenau, Kreis Sudauen, Kreis Leipe und Rippin gehörenden ost- und westpreußischen Gebiete für die Jahre 1939–41 nebst Nachträgen, in: Altpreußische Forschungen 18 (1941), S. 325–363; Preußische Zeitung, 14. August 1941 (Nr. 224); 18. November 1941 (Nr. 320); 30. November 1941 (Nr. 332); 14. März 1942 (Nr. 72).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



GAULEITER ERICH KOCH:

Aufbau im neuen Ostpreußen

Memel
Königsbg.
Insterburg
Rastenburg
Allenstein
Neidenbg.
Danzig-Westpreußen
Zichenau
Plock
Marthe-land

Die Aufgabe Ostpreußens

Kaum ein Land des Reiches hat eine derart bewegte Geschichte wie Ostpreußen.

Als Kernland des Ordensstaates erreicht es im späten Mittelalter eine abendländische Stellung von hohem Rang. Von dieser stolzen Höhe wurde es in wenigen Jahren herabgestürzt. Die Schlacht von Tannenberg am 15. Juli 1410 schwächte die Kräfte dieses Staates, der dann ein Menschenalter später im zweiten Thorner Frieden von 1466 zusammenbrach. In die Marienburg zogen die Polen ein, Westpreußen und das Ermland wurden vom Staate losgerissen, und es entstand ein von Polen abhängiger Rumpfstaat mit dem Regierungssitz in Königsberg.

Der Wiederaufstieg war ungeheuer langwierig und opferreich. Seuchen und Einfälle vom Osten verheeren das Land, rotten die Bevölkerung großer Gebiete aus. Nur den gewaltigen Anstrengungen der großen Preußenkönige ist es zu danken, daß neue Menschen angesetzt werden, die die Wildnisbildung verhindern. Über 300 Jahre währte die Zerrissenheit, bis Friedrich der Große im Jahre 1772 die räumliche Einheit wieder herstellte und damit die Voraussetzungen für eine neue Blütezeit schuf. In dem knappen Zeitraum bis zum Ausbruch des Krieges mit Napoleon im Jahre 1806 wird Ostpreußen zum Mittelpunkt der neuen Ordnungskräfte des Raumes, der durch die polnischen Teilungen an Preußen fällt. Damals wirkt Kant (* 1724 † 1804) in Königsberg, und der große Oberpräsident von Schrötter (* 1743 † 1815) trägt die Maximen preußischer Verwaltung in dasselbe Gebiet, das auch heute wieder an Ostpreußen gefallen ist: von Masuren bis an die Weichsel bei Plock.

Die Wiederaufrichtung des preußischen Staates im Jahre 1813 geht von der arge Not leidenden Provinz aus. Sie, die am härtesten mitgenommen war, bringt die schwersten Opfer für die Befreiung des Vaterlandes.

Nach den Freiheitskriegen beginnt ein allmählicher Aufstieg. Aber der große Aufschwung nach den 70er Jahren, der im übrigen Reiche durch die Industrialisierung eintritt, geht an der Provinz vorüber. Der Osten bleibt zurück. Jährlich verlassen 10000—20000 junge und leistungsfähige Menschen die Provinz. Die herrschende Gesinnung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterwertet den Osten. Nur mit Hilfe von Strafversetzungen und einer „Ostmarkenzulage" kann die Beamtenschaft laufend ergänzt werden.

Dann kommt der Weltkrieg. In den Jahren 1916 und 1917 scheint es, als ob Ostpreußen erneut das Kerngebiet eines großen von Deutschland beherrschten Ostraumes werden sollte. Litauen, Polen und die baltischen Staaten orientieren sich zu den Mittelmächten, in schnellem Tempo entstehen, von „Oberost" gebaut, die ersten Eisenbahnverbindungen Ostpreußens mit dem Nordosten und mit den angrenzenden Gebieten Polens. Luden-

7 39

Abb. 3: Beitrag Erich Kochs im Schulungsbrief über die an Ostpreußen angegliederten Gebiete.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Polen das einst von Deutschen zur Blüte gebrachte Land „verlottern" ließen.[46] Diese Argumentation war eines der zentralen Rechtfertigungsmuster für das deutsche Vorgehen im Osten. Kochs Reden und Publikationen waren in diesem Punkt also keineswegs originell. Er und seine Planer gingen wie die radikalsten nationalsozialistischen Siedlungsplaner davon aus, dass sie mit Zichenau ein Territorium zur Verfügung hatten, in dem sie ohne Rücksicht auf die dortigen Einwohner radikale Neugestaltung betreiben könnten. Diese Vorgehensweise widersprach Kochs bisherigen Aussagen, zu Menschen Brücken bauen und mit ihnen kooperieren zu wollen, entsprach aber der jetzt offen praktizierten Politik des „Großdeutschen Reiches".[47] Dies ist insofern bemerkenswert, als mit Kriegsbeginn keineswegs alle bisherigen Überlegungen innerhalb der NS-Spitze zur Zusammenarbeit mit einzelnen „Völkern des Ostens" verworfen wurden. Vor allem der Reichsleiter und spätere Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, ging weiter davon aus, dass Balten, Ukrainer, Krimtataren, Kaukasier und andere natürliche Verbündete im Kampf gegen den Bolschewismus und die „Großrussen" seien und dementsprechend behandelt werden sollten.[48]

Die Polen fanden in diesem Konzept keinen Platz. Spätestens mit dem Überfall auf Polen und dem Wüten der Einsatzgruppen stand fest, dass den Polen bei einer Neukonzeption Europas nur eine Rolle als Sklaven der Deutschen zukommen sollte. Diese Entwicklung ging auf die radikalsten Lebensraumplaner unter den NS-Führern wie Himmler zurück, die ihre Ansichten bei den Feldzugsplanungen gegen moderatere Funktionäre durchsetzen konnten. Koch schloss sich der radikalen Gruppe an, die in seinen Augen offenbar das Meiste zu bieten hatte.[49] Heute ist nicht mehr auszumachen, ob er dies aus einer lange gehegten und ebenso lange versteckten Überzeugung heraus tat, ob er aus Opportunismus bisherige proslawische Ansichten zurückstellte oder ob er keine gefestigten eigenen Überzeugungen besaß und sich der jeweils vielversprechendsten Option

---

[46] ERICH KOCH, Ostpreussen ohne Korridor. Ausbau der Flankenstellung, in: Das Reich, 23. März 1941; DERS., Aufbau im neuen Ostpreußen, in: Der Schulungsbrief, 1941, H. 8, S. 39–41.

[47] Vgl. BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik, S. 118.

[48] Vgl. ERNST PIPER, Alfred Rosenberg, Hitlers Chefideologe, München 2005, S. 509–611.

[49] Vgl. HANS-BERND GISEVIUS, Bis zum bitteren Ende, Bd. 1: Vom Reichstagsbrand zur Fritsch-Krise, Hamburg 1947, S. 308 f.; OTTO BRÄUTIGAM, So hat es sich zugetragen..., Würzburg 1968, S. 369; Portrait eines Menschheitsverbrechers nach den hinterlassenen Memoiren des ehemaligen Reichsministers Alfred Rosenberg, hg. v. SERGE LANG / ERNST VON SCHENCK, St. Gallen 1947, S. 310.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

anschloss. Koch hatte bis 1935/36 einen verhältnismäßig eigenständigen Kurs verfolgt. Der dann folgende Wandel und die Energie, mit der er seine inhumane Politik ab 1939 vorantrieb, lassen indes vermuten, dass er nicht nur die Machtmechanismen des Nationalsozialismus verstanden und verinnerlicht hatte und sich deshalb möglichst radikal gebärdete. Er hatte sich darüber hinaus die radikalen Positionen, mit denen er bei Hitler erfolgreich sein konnte, zu eigen gemacht und war deshalb bereit, sie gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Koch gehörte zu denjenigen, die die Radikalisierung der deutschen Expansions- und Besatzungspolitik prägten, in ihrem Machtbereich praktizierten und damit Hitler zu verstehen gaben, dass der deutschen Macht keine Grenzen gesetzt seien und selbst seine kühnsten Träume von der völligen Neugestaltung eines „germanischen Ostens" verwirklicht werden könnten. Auf diese Weise bereiteten sie den Grund für die noch monströsere Besatzungspolitik in der Sowjetunion – bei der Koch als „Reichskommissar für die Ukraine" und entschlossenster Gegenspieler Rosenbergs an führender Stelle mitwirkte.[50] Koch war damit einer der Protagonisten, welche die Radikalisierung der deutschen Besatzungsherrschaft zu einer nahezu ausschließlich von Ausbeutung und Genozid gekennzeichneten Politik ausformten. Zichenau war eine Stufe auf diesem Weg.

Bemerkenswert ist auch, dass Koch mit aller Brutalität und unter Missachtung jeglicher Rechtsnormen und Menschlichkeit regierte, obwohl Zichenau offiziell als Reichsgebiet galt und in den Planungen als Erweiterung der alten Provinz Ostpreußen gesehen wurde. Auf den Anschein der Legalität, den die Nationalsozialisten so oft wahrten, wurde hier kaum geachtet. Kochs Vorgehen wirkt aus der Rückschau so, als sei Zichenau ein Experimentierfeld für seine späteren „Satrapien" im Bezirk Bialystok oder der Ukraine gewesen. Dies gilt selbst für die Auseinandersetzungen mit Ministerien, die Koch nominell vorgesetzt waren. Obwohl Zichenau offiziell zum Deutschen Reich gehörte, galten hier doch andere rechtliche Regelungen. Koch konnte in dieser Region also noch uneingeschränkter regieren als in Ostpreußen. Die Kommunikation zwischen den regionalen Verwaltungen und Berlin lief ausschließlich über seine Dienststelle als Oberpräsident und Gauleiter. Außerdem setzte Koch gegen den

[50] Vgl. Ebd.; WERNER KOPPEN, Herbst 1941 im „Führerhauptquartier". Berichte Werner Koeppens an seinen Minister Alfred Rosenberg, hg. v. MARTIN VOGT, Koblenz 2002; ALEXANDER DALLIN, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958; GERALD REITLINGER, Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944, Hamburg 1962.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Widerstand des Reichsinnenministeriums flächendeckend die Personalunion zwischen Kreisleiter und Landrat durch. Damit schuf er eine Art Muster für einen nationalsozialistischen Staatsaufbau.[51]

In Zichenau hätte deutsches Recht gelten müssen, das deutsche Justizsystem hätte auf den Regierungsbezirk ausgedehnt werden sollen. Koch verhinderte gegen den Widerstand des Reichsjustizministeriums, dass die Zichenauer Institutionen in den Instanzenzug des Ministeriums eingefügt wurden. Die Sondergesetze, denen die Bevölkerung unterworfen waren, wurden rigoros umgesetzt. Polen und Juden wurden quasi rechtlos, statt regulärer Gerichte urteilten Stand- und Sondergerichte.[52] Damit waren die bisherigen Bewohner der Region nur noch eine Manövriermasse, mit der nach Gutdünken verfahren werden konnte. Die Polen wurden völlig enteignet, ins Generalgouvernement wurden jedoch „nur" 25.000 bis 40.000 Personen deportiert, da Koch ihre Arbeitskraft noch benötigte.[53] Koch stellte die „Germanisierung" seines Bezirkes also hinter praktische Erwägungen zurück. Ähnliches galt für die Juden. Sie wurden in Ghettos eingesperrt und mussten ebenfalls Zwangsarbeit leisten. Anders als andere Gauleiter trieb Koch ihre Ermordung nicht aktiv voran, da er auch ihre Arbeitskraft nutzen wollte. Die Juden aus dem Regierungsbezirk Zichenau gehörten deshalb zu den letzten, die im Rahmen der „Aktion Reinhardt" Ende 1942 ermordet wurden.[54] Koch genehmigte ihre Deportation erst, nachdem sie durch slawische Arbeitskräfte ersetzt worden waren. Ähnlich ging Koch auch im Bezirk Bialystok und der Ukraine vor.[55]

Sein Vorgehen gegenüber den Reichsstellen in Berlin wie sein Umgang mit Bewohnern und Gütern des Regierungsbezirks erwecken den Anschein, als behandelte Koch Zichenau wie sein persönliches Lehen. Besonders trat dies bei dem Umgang mit Grundstücken und Immobilen zu tage. Obwohl Grund und Boden erst nach Kriegsende rechtlich verbind-

---

[51] STELBRINK, Der preußische Landrat, S. 106–120.

[52] Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 43 f.; MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 261–266.

[53] Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken, Warschau], GK 318/753, Bl. 1632–1657, Urteil, 9. März 1959.

[54] FRANK GOLCZEWSKI, Polen, in: Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hg. v. WOLFGANG BENZ, München 1991, S. 411–498, hier S. 469, 481.

[55] [Nr.] 358: 21. Januar 1943, Bialystok (Białystok). – Auszug aus einem Schreiben des Stadtkommissars von Bialystok, Schwendowius, an den Oberpräsidenten Ostpreußen – Erich Koch, in: Faschismus – Getto – Massenmord, Berlin 1960, S. 448 f.; CHRISTIAN GERLACH, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 158, 729 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich neue Eigentümer bekommen sollten, eignete er sich mit seiner Stiftung mehrere große und ertragreiche Landgüter an, die er auch zur Repräsentation benutzte. Auf seinem Schloss Krasne war unter anderem Reichsjägermeister Göring zu Besuch. Einige Gutshöfe schenkte Koch der SS beziehungsweise einzelnen SS-Führern, um diese für sich einzunehmen und die Auseinandersetzungen um die Siedlungspolitik und die Kommandogewalt über die Polizei zu entschärfen. Die wenigen Industriebetriebe der Region gingen ebenfalls fast vollzählig an die Erich-Koch-Stiftung, die damit endgültig zu einem Großkonzern aufstieg, der Koch neben der persönlichen Bereicherung auch als politisches Machtinstrument diente.[56]

Zichenau – persönliches Projekt und Schritt im Machtkampf

Bis zum Frühjahr 1941 war naturgemäß nur ein Bruchteil der Planungen für Zichenau umgesetzt worden, für die Beobachter aus der Spitze des „Dritten Reiches" musste aber der Eindruck entstanden sein, dass mit Koch ein extrem tatkräftiger, skrupelloser und im Dienste der „Germanisierung" bedenken- und rücksichtsloser Gefolgsmann des „Führers" agierte. Koch bestätigte damit nicht nur seinen Ruf aus den Friedensjahren, er zerstreute sogar die aufgrund seiner lange eigenständigen Politik entstandenen Zweifel daran, ob er denn tatsächlich so treu im Sinne des „Führers" oder nur nach eigenen Vorstellungen arbeite. Damit empfahl er sich für weitere Aufgaben, die er schließlich auch erhielt: Koch wurde nach dem Überfall auf die Sowjetunion zum Reichskommissar für die Ukraine und zum Chef der Zivilverwaltung im Bezirk Bialystok ernannt. Zichenau stand nun nicht mehr im Fokus seiner Politik, sein Stellvertreter, Landrat Friedrich Brix, blieb aber eng an Kochs Weisungen gebunden.

Zichenau blieb das große Projekt Kochs zur Erweiterung „seiner" Provinz Ostpreußen, es blieb sein „Lehen", in dem er seine Planungen umsetzen konnte. Seine Herrschaft über die Ukraine besaß da anderen Charakter. Ausbeutung im Namen der Kriegführung, nicht Germanisierung und Aufbau lautete Kochs Maxime für dieses Territorium. Die Kriegslage und die Größe der Aufgabe in der Ukraine erforderten auch, dass er sie in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten stellte. In seinen neuen Funktionen führte Koch die menschenverachtende Politik aus Zichenau

[56] BA Berlin, R 49/130 und NS 19/1321; Berlin Document Center, SSHO 5217, Schriftverkehr, 1940–44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fort, er steigerte sogar noch deren Brutalität.[57] Besonders in der Ukraine stieß er wie in Zichenau auf Widerstände verschiedener anderer deutscher Stellen. Vor allem sein nomineller Vorgesetzter, der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg, mahnte eine bessere Behandlung der Ukrainer an, die er ja als Verbündete gewinnen wollte. Aber auch viele Wehrmachtsoffiziere, zahlreiche Beamte aus Kochs eigenem Stab und sogar die SS-Führung drängten auf eine Änderung der Kochschen Politik.[58] Dieser konnte sich jedoch bei Hitler durchsetzen. Seine in Zichenau erprobte Taktik, den Reichskanzler von der Durchsetzbarkeit seiner radikalsten Vorstellungen zu überzeugen, funktionierte auch hier und zeitigte fürchterliche Folgen für die Menschen in seinem Machtbereich. Aufgrund dieser Verbrechen steht Kochs Herrschaft in Zichenau heute im Schatten seiner anderen Tätigkeitsbereiche.

Zichenau war für Koch allerdings nicht nur ein „Versuchsfeld". Bevor ihm die Verwaltung und Umgestaltung des neuen Regierungsbezirks übertragen wurde, war Koch ein Politiker, der in einem eng umgrenzten Wirkungsbereich, der Provinz Ostpreußen agierte. Ohne Zichenau hätte Koch keinen Anlass und keine Gelegenheit besessen, sich auf eine viel weitreichendere politische Ebene zu begeben und eine eigene Vorstellung von Besatzungspolitik sowie die dazugehörige politische Methodik zu entwickeln. Die Übertragung Zichenaus an den Gauleiter stellte nicht nur eine territoriale Erweiterung seines Herrschaftsgebiets, sondern auch eine enorme Entgrenzung seiner Machtbefugnisse dar, die Koch rücksichtslos nutzte. Seine Interpretation der Neulandgewinnung im Osten führte bereits in den ersten zwanzig Monaten seiner Herrschaft in Zichenau zu einer umfassenden Radikalisierung und Brutalisierung seiner Politik, die Koch erst zu dem Politiker machte, als der er im Nachhinein gesehen wurde; in erheblichem Maße trug sie schließlich zur Radikalisierung der gesamten deutschen Besatzungspolitik bei.

---

[57] MICHAL GNATOWSKI, Nationalsozialistische Okkupationspolitik im „Bezirk Bialystok" 1941–1944, in: Bialystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967, hg. v. FREIA ANDERS u. a., Bielefeld 2003, S. 161–185; KAREL C. BERKHOFF, Harvest of Despair. Life and Death in the Ukraine under Nazi Rule, Cambridge / London 2004.

[58] CHRISTIAN GERLACH, Die deutsche Agrarreform und die Bevölkerungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa, Berlin / Göttingen 1995, S. 9–60, hier S. 13–15, 47.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

MARCIN PRZEGIĘTKA

SELBSTSCHUTZ SÜDOSTPREUßEN

ERSCHIEßUNGSKOMMANDO DER GESTAPO ZICHENAU

Einführung

Die Beteiligung des Volksdeutschen Selbstschutzes an den deutschen Verbrechen des Herbstes 1939 ist lediglich für den Reichsgau Danzig-Westpreußen relativ gut erforscht.[1] Weitgehend im Dunkeln bleiben die Aktivitäten dieser Organisation in anderen besetzten Gebieten Polens, darunter auch dem Regierungsbezirk Zichenau. Hier war der Selbstschutz Südostpreußen bis Juli 1940 aktiv. Damit war Nordmasowien neben dem Generalgouvernement das Gebiet, in dem ein solcher Verband am längsten bestand. In Pommerellen, Großpolen und dem Raum Lodz (Łódź) existierte die Organisation lediglich bis zum Jahresende 1939 bzw. Jahresbeginn 1940.

Die Bezeichnung „Selbstschutz" sollte auf den vermeintlich defensiven Charakter der Organisation verweisen und deren eigentlichen Ziele verschleiern. Ihre Mitglieder waren keineswegs mit der Abwehr von An-

[1] TOMASZ SYLWIUSZ CERAN, Im Namen des Führers... . Selbstschutz Westpreussen i zbrodnia w Łopatkach w 1939 roku, Bydgoszcz / Gdańsk 2014; DERS., Zapomniani kaci Hitlera. Volksdeutscher Selbstschutz w Polsce w 1939 r. Stan badań i postulaty badawcze, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. MAREK GAŁĘZOWSKI, Bd. 1, Warszawa 2015, S. 301–320; CHRISTIAN JANSEN / ARNO WECKBECKER, Der „Volksdeutsche Selbstschutz" in Polen 1939/40, München 1992; WŁODZIMIERZ JASTRZĘBSKI, Czy Selbstschutz to V kolumna?, in: Wojskowy Przegląd Historyczny 10 (1965), 3/4, S. 435–437; ALEKSANDER LASIK, Selbstschutz na Pomorzu Gdańskim i w Wielkopolsce w latach 1939–1940. Przyczynek do badań nad początkami okupacji niemieckiej Polski w okresie II wojny światowej, in: Studia z Dziejów Pogranicza Kujawsko-Wielkopolskiego 1 (2011), S. 101–121; JÓZEF SKORZYŃSKI, Selbstschutz – V kolumna, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 10 (1958), S. 5–56; Zapomniani kaci Hitlera. Volksdeutscher Selbstschutz w okupowanej Polsce 1939–1940. Wybrane zagadnienia, hg. v. IZABELA MAZANOWSKA / TOMASZ SYLWIUSZ CERAN, Bydgoszcz / Gdańsk 2016.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

griffen anderer Bevölkerungsgruppen beschäftigt, sondern verstanden den Begriff „Selbstschutz" im Sinne von „Verteidigung durch Angriff". Da sie die örtlichen Gegebenheiten, Organisationen wie auch politisch und gesellschaftlich engagierte Personen kannten, initiierten die Selbstschutzmitglieder sehr oft Repressionen gegen Juden, die polnische Intelligenz, den Klerus und Personen, denen antideutsche Ansichten oder die Unterdrückung der deutschen Minderheit vor dem Krieg und den ersten Tagen des September 1939 angelastet wurden.

Der Selbstschutz kooperierte in der Regel mit den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, der Geheimen Staatspolizei und der Ordnungspolizei, führte aber auch einige Aktionen eigenständig durch. Die Verhafteten wurden in Lagern untergebracht, die vom Selbstschutz eingerichtet und betrieben wurden. Dort waren sie der Willkür der Formationsangehörigen ausgeliefert, die ohne Rechtsgrundlage Todesurteile fällten und Exekutionen durchführten. Der Selbstschutz beteiligte sich außerdem an der Suche nach versteckten Waffen, an der Aussiedlung von Polen und Juden sowie dem Raub von deren Eigentum. Nicht selten nutzten Mitglieder der Organisation ihre neue privilegierte Stellung dazu aus, Konflikte aus der Vorkriegszeit zu „lösen", sich unliebsamer Konkurrenten zu entledigen, sich zu bereichern und fremdes Eigentum einschließlich Immobilien zu übernehmen.

Die Geschichte des Selbstschutzes im Regierungsbezirk Zichenau wurde bislang nicht aufgearbeitet und die in der einschlägigen Literatur zu findenden Hinweise sind teilweise ungenau. So wird häufig von einer Auflösung der Organisation noch im November oder Dezember 1939 ausgegangen, weshalb die im Frühjahr 1940 begangenen Verbrechen der Aufmerksamkeit der Historiker entgehen oder allgemein den „deutschen Machthabern" oder „dem Okkupanten" zugeschrieben werden.[2] Gegenstand und Aufgabe des vorliegenden Beitrags ist es, die Tätigkeit des Selbstschutzes Südostpreußen im nördlichen Masowien in den Jahren 1939–1940 zu umreißen und zu charakterisieren. Dabei soll eine vergleichende Perspektive zu den übrigen besetzten Gebieten eingenommen werden. Zentral ist hier die Frage, inwieweit der Selbstschutz am Terror

[2] FRANCISZEK DOROBEK, Płock w latach okupacji hitlerowskiej, in: Dzieje Płocka, hg. v. JAKUB CHOJNACKI, Płock [2]1978, S. 436–471, hier S. 441; RYSZARD JUSZKIEWICZ, Mławskie Mazowsze w walce (1939–1945), Warszawa 1968, S. 123; ANDRZEJ SOKOLNICKI, Region pułtuski w latach okupacji hitlerowskiej 1939–1945, in: Pułtusk. Studia i materiały z dziejów miasta i regionu, hg. v. JERZY ANTONIEWICZ u. a., Bd. 1, Warszawa 1969, S. 207–276, hier S. 211; ELŻBIETA SZUBSKA-BIERROŃ, Płock na łamach lokalnej prasy NSDAP 1939–1945, Płock 2015, S. 138 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gegen die polnische und jüdische Zivilbevölkerung beteiligt war, die in der bisherigen Forschung zum Teil sehr unterschiedlich beantwortet wurde.

Organisationsgeschichte

Der Volksdeutsche Selbstschutz war eine Organisation, die im besetzten Polen im September 1939 von einheimischen Deutschen gebildet wurde. Meist handelte es sich um bereits vor dem Krieg politisch aktive Vertreter der deutschen Minderheit, etwa Mitglieder der Jungdeutschen Partei oder des Deutschen Volksverbands in Polen. Dennoch war die Gründung des Selbstschutzes nicht ausschließlich eine Initiative lokaler Volksdeutschen. Am 9. September 1939 wurden in Berlin die ersten vier Stäbe der Formation eingerichtet und in die besetzten polnischen Gebiete entsandt. Am 20. September untersagte Himmler die Gründung von Ordnungseinheiten außerhalb der deutschen Polizeistrukturen und gab am 7. Oktober Richtlinien zur Organisation des Selbstschutzes heraus. Im gleichen Zuge wurden die bestehenden Bürgerwehren und paramilitärischen Organisationen in die Strukturen des Selbstschutzes überführt und dieser den deutschen Polizeibehörden unterstellt.[3] Umgesetzt wurden diese organisatorischen Vorgaben von SS-Offizieren aus dem Reich. Sie schufen die jeweiligen Organisationsstäbe und standen meist den einzelnen Kreisorganisationen vor.

Im Vergleich zu Pommerellen und Großpolen setzte der Entstehungsprozess des Selbstschutzes Südostpreußen später ein und erstreckte sich über einen längeren Zeitraum. Wie es scheint, kann man selbst nach dem am 13. September 1939 – vier Tage nach der erwähnten Einrichtung der vier übrigen Stäbe – erlassenen Befehl zur Gründung des Stabs des Selbstschutzes Südostpreußen schwerlich von organisierten Aktivitäten in Nordmasowien sprechen.[4] Erst im Spätherbst 1939 kann man gesicherte Informationen darüber nachweisen.[5] Obwohl schon Berichte vom Sep-

[3] STANISŁAW BIERNACKI u. a., Policja Porządkowa w Generalnej Guberni. Wybór dokumentów 1939–1942, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 31 (1982), S. 128–288, hier S. 144, 148–150; JANSEN / WECKBECKER, Der „Volksdeutsche Selbstschutz", S. 49.

[4] Ebd.

[5] Witold Pronobis, Polityka narodowościowa okupanta hitlerowskiego w rejencji ciechanowskiej 1939–1945, Dissertation, Nikolaus-Kopernikus-Universität, Toruń 1976, S. 75, verweist auf die im Vergleich zu den übrigen eingegliederten Gebieten späte Gründung des Selbstschutzes.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tember 1939 auf die Gründung entsprechender Formationen hindeuten, sind diese Angaben noch relativ lückenhaft und beziehen sich nur auf einzelne Ortschaften wie Sierpc, Mlawa (Mława) und Pultusk (Pułtusk). In Sierpc, das am 8. September 1939 von deutschen Truppen eingenommen worden war, entstand nach den Aussagen eines anonymen jüdischen Augenzeugen am 11. September eine „aus Volksdeutschen zusammengesetzte Sicherheitspolizei [sic!]".

Der Berichterstatter erwähnt brutale Übergriffe, welche die Juden von Sierpc sofort nach dem Eintreffen der Deutschen erlitten. Sie wurden geschlagen, der Schlüssel zu ihren Geschäften beraubt (was sicher mit dem als Konfiskation getarnten Diebstahl des Eigentums der Ladeninhaber einherging) und zu Zwangsarbeiten genötigt.[6] Wie Erwin Rieß, der Bürgermeister von Mlawa unter deutscher Besatzung, im Jahr 1961 berichtete, erfuhr er „nach seinem Eintreffen [in Mlawa] Mitte November 1939, daß nach dem Einrücken der deutschen Wehrmacht sofort ein volksdeutscher Selbstschutz auf Kreisebene tätig geworden ist, der alle bekannten poln. Kommunisten verhaftet hat".[7] Der Selbstschutz in Mlawa nahm an der Seite der Einsatzgruppen der Sipo und des SD an der Vertreibung der Juden in Richtung Osten teil.[8] Ende September 1939 erfuhr Józefa Krośnicka aus Pultusk von der Existenz der Organisation, als sie einem volksdeutschen ehemaligen Sportlehrer „mit der Armbinde des Selbstschutzes" begegnete.[9]

An die Spitze des Selbstschutzes Südostpreußen wurde in dem erwähnten Befehl vom 13. September SS-Oberführer Heinz Roch berufen und Zichenau als Sitz des Stabes bestimmt.[10] Darüber hinaus sind die Namen der Formationsmitglieder nur schwer festzustellen, da entsprechende

[6] Archiwum Ringelbluma, Bd. 8: Tereny wcielone do Rzeszy. Okręg Rzeszy Gdańsk-Prusy Zachodnie, rejencja ciechanowska, Górny Śląsk, hg. v. SARA ARM / MAGDALENA SIEK, Warszawa 2012, S. 195: Sierpc po 1939 r.

[7] BA Bayreuth, Ost-Dok. 13/61, Bericht des ehemaligen Bürgermeisters von Mlawa Erwin Rieß, 9. September 1961, S. 6.

[8] Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego w Warszawie [Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Warschau], 301/6938, Konrad Frąckiewicz, Reżim okupacyjny w stosunku do ludności żydowskiej na terenie Mławy, undatiert, S. 2.

[9] Archiwum Państwowe w Warszawie. Oddział w Pułtusku [Staatsarchiv Warschau. Außenstelle Pultusk], Komisja Historyczna Rady Naukowej Związku Nauczycielstwa Polskiego w Pułtusku 1881–1980, Sign. 22, Józefa Krośnicka, Niemiecka „piąta kolumna" w Pułtusku – agenci i szpicle pułtuskiego gestapo, 1938–1944, S. 3.

[10] SS-Oberführer Heinz Roch war bis Kriegsende Befehlshaber des SS-Abschnitts XXII Allenstein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Daten nur lückenhaft überliefert wurden. In einer Namenskartei von deutschen Bewohnern im Kreis Plock (Płock) sind die Namen von 86 Selbstschutz-Angehörigen verzeichnet. Die Mehrzahl von ihnen (67 Personen) waren Landwirte oder fanden im Handel und Handwerk ihr Auskommen. Ihr Alter lag zwischen 18 und 47 Jahren. Ein großer Teil war vor dem Krieg politisch aktiv gewesen: 51 der Verzeichneten gaben eine Mitgliedschaft im Deutschen Volksverband in Polen an. Der Jungdeutschen Partei oder der Deutschen Vereinigung war allerdings keiner von ihnen beigetreten. Mehr als ein Drittel (37 Personen) berichtete davon, von polnischer Seite, meist im September 1939, verfolgt worden zu sein.[11]

Die derzeit bekannten Quellen lassen aber keinerlei Schlüsse über das Engagement der Einheimischen bei Sabotageakten während der Kriegshandlungen zu.[12] Lediglich einige wenige Zeugen berichten von der Bildung volksdeutscher „Einheiten zur Wehrertüchtigung", die allerdings der Verifizierung bedürfen.[13] Als grundlegendes Problem erwies sich allerdings, dass die Volksdeutschen in Nordmasowien mit 1,85 Prozent den niedrigsten Bevölkerungsanteil dieser Gruppe in allen eingegliederten Gebieten stellten.[14] Die Rekrutierung dauerte so nicht nur länger, sie verlief in Kreisen ohne volksdeutsche Bevölkerung, wie Ostroleka (Ostrołęka) oder Praschnitz (Przasnysz), für die NS-Behörden äußerst unbefriedigend.[15]

---

[11] Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken] (hiernach: AIPN), BU 3294/1. Für den Hinweis auf diese Quelle danke ich Janusz Piwowar vom AIPN.

[12] In Nordmasowien sollte eine der Abwehrstelle Königsberg untergeordnete, des Polnischen nicht mächtige Gruppe aus dem Reich Sabotageaktionen durchgeführt haben, darunter die Sprengung der Eisenbahnverbindungen Mlawa-Warschau und Śniadowo-Ostroleka. TOMASZ CHINCIŃSKI, Forpoczta Hitlera. Niemiecka dywersja w Polsce w 1939 roku, Gdańsk / Warszawa 2010, S. 286.

[13] MIROSŁAW CYGAŃSKI, Mniejszość niemiecka w Polsce w latach 1918–1939, Warszawa 1962, S. 96.

[14] Nach Zahlen von 1939 stellten die Polen damals 88,47 Prozent und die Juden 7,9 Prozent der Bevölkerung der Region. BOŻENA GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989, S. 50, 57.

[15] Ebd., S. 49.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aktivitäten Herbst 1939 – Frühjahr 1940

Der Gründungsprozess des Selbstschutzes im Regierungsbezirk Zichenau intensivierte sich im November 1939, als weitere SS-Führer aus dem Reich entsandt wurden, um den Inspektionsstab Plock aufzubauen. Aus dieser Zeit sind auch vermehrt Informationen über Aktivitäten der Organisation überliefert. Beispielsweise wurden in Plock brutale Razzien in den von Juden bewohnten Häusern durchgeführt, bei denen vor Schikanen und Einschüchterungen nicht zurückgeschreckt wurde, wie es in einem anonymen Zeugenbericht geschildert wird:

> „Alle wurden schrecklich geschlagen und gequält. Es wurden viele Sachen, Wäsche, Bettwäsche, Pelze, Kleider, viel Geld und Schmuck weggenommen. Es dauerte von neun Uhr abends bis morgens um fünf Uhr. Es war eine kalte Herbstnacht. Sie nahmen 200 Personen mit, teilweise barfuß, nur in Unterwäsche. Auf dem Hof des Hotel Polski wurden sie mit den Gesichtern zur Wand aufgestellt. Die polnischen Nachbarn verhielten sich ihnen [den Juden] gegenüber sehr herzlich [...]. Um elf Uhr vormittags wurden sie in die Kasernen geschickt. Nachts erschien ein Offizier, der verkündete, dass sie wegen Brandstiftung und Diebstahl verhaftet wurden. Jetzt sei es nur eine Warnung, doch beim nächsten Mal würden sie alle getötet."[16]

Die Existenz des Selbstschutzes im Regierungsbezirk Zichenau entging auch Ludwik Landau (1902–1944) nicht. Der einstige Ökonom und nunmehrige Chronist des besetzten Warschaus sammelte ebenfalls Nachrichten, die aus den ans Reich angegliederten Gebieten in die Hauptstadt drangen. Unter dem Datum des 14. Dezember 1939 vermerkte er eine Information aus Plock: „Außerdem ist der ‚Selbstschutz' tätig, zu dem alle Deutschen zwischen 17 und 45 Jahren eingezogen werden und der Militärübungen abhält."[17] Der Selbstschutz widmete sich zudem der Suche nach verborgenen Waffen und Munition in polnischem Besitz, was in der ersten Phase der Besatzung für die deutschen Behörden eine vorrangige Aufgabe darstellte. Am 10. November 1939 wurden neun Männer, bei denen Waffen gefunden worden waren, durch ein Standgericht in Plock zum Tode durch Erschießen verurteilt. Dem Gericht gehörten mit Major Goebel, Hauptmann Dall und Oberleutnant Papenkort Polizeioffiziere des zu dieser Zeit in der Stadt stationierten 11. Polizeibataillons an. Das

[16] Archiwum Ringelbluma, Bd. 8, S. 115 f., Płock (XII 1940 r.).

[17] LUDWIK LANDAU, Kronika lat wojny i okupacji, Bd. 1: wrzesień 1939 – listopad 1940, hg. v. ZBIGNIEW LANDAU / JERZY TOMASZEWSKI, Warszawa 1962, S. 134.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Todesurteil wurde am Tag seiner Verkündung durch den Selbstschutz vollstreckt.[18] Damit sollte die Bevölkerung offenbar von patriotischen Demonstrationen am Unabhängigkeitstag, der als polnischer Nationalfeiertag auf den 11. November fällt, abgehalten werden. Darüber hinaus lassen sich weitere Spuren von Mitgliedern des Selbstschutzes finden. So geht aus einem Verhörprotokoll der Gestapo Zichenau von Dezember 1939 hervor, dass ein Selbstschutz-Mitglied für sie als Dolmetscher tätig war.[19]

Im Frühjahr 1940 verstärkten sich die Aktivitäten des Selbstschutzes, als die Plocker Abteilung Bezieher von Sozialleistungen überprüfte. Es ging vorrangig um die Weiterzahlung von Renten, welche die polnischen Behörden vor 1939 bewilligt hatten. Zwar ist über den Ablauf des Prüfungsvorgangs an sich nichts bekannt, doch wurden die Namenslisten der Rentenberechtigten auf Mitgliederversammlungen des Selbstschutzes in Plock verlesen. Dabei sollte geklärt werden, ob es sich bei den betreffenden Personen um Volksdeutsche oder Polen handelte. Für die Polen waren diese Zusammenkünfte eine Art Gerichtsverhandlung in Abwesenheit, da hier festgestellt wurde, ob gegen sie „etwas Belastendes" vorliege. Darunter fiel etwa die Mitgliedschaft in einer polnischen Organisation oder die Klassifizierung als „Deutschenfeinde".[20]

Auf der Grundlage der Korrespondenz zwischen Pastor Adolf Schendel, mittlerweile Chef des Kulturamts der Kreisverwaltung Plock und Mitbegründer des örtlichen Selbstschutzes, lassen sich mindestens sieben derartige Versammlungen nachweisen, deren Zweck die Überprüfung der Polen war.[21] In jedem Fall wurde eine Liste mit bis zu einigen Dutzend

---

[18] Rozstrzelanie dziewięciu Polaków w Płocku [Bekanntmachung vom 17. November 1939], in: GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne, S. 179 f.

[19] AIPN, GK 629/6093, Verhörprotokoll der Staatspolizeistelle Zichenau, 8. Dezember 1939, S. 9–11.

[20] AIPN, GK 836/13, Schendel an die NSDAP-Kreisleitung Plock, 30. März 1940, S. 107; Schendel an die NSDAP-Kreisleitung Plock, 3. Mai 1940, S. 149.

[21] AIPN, GK 836/13. Der evangelische Pastor Adolf Schendel (geb. am 12. September 1904 in Lipiany, Kreis Koło; gest. 1967) entstammte einer Bauernfamilie. Sein Theologiestudium absolvierte er in Warschau und Leipzig, woran sich ein Vikariat in Lodz von 1932 bis 1935 anschloss. Danach wurde er in Plock Pastor auf Widerruf bis Juni 1939. In dieser Zeit sympathisierte er mit der Jungdeutschen Partei. Auf seine Initiative hin entstand noch vor Kriegsausbruch der deutsche Schützenverein in Maszewo, der sich der militärischen Erziehung der dortigen Volksdeutschen widmete. Im Sommer 1939 verließ er Plock. Nach seiner Rückkehr war er politisch aktiv und am Aufbau der Besatzungsverwaltung beteiligt. Mit seiner Tätigkeit stehen die von der Gestapo begangenen Verbrechen an Mitgliedern der polnischen Intelligenz und vor allem des Klerus, darunter der Plocker

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Namen verlesen. Auf der ersten Versammlung, die zwischen dem 16. und 19. März 1940 stattfand, waren 110 Selbstschutzmitglieder anwesend.[22] Die Teilnehmerzahl der übrigen Treffen – das letzte fand nicht später als am 27. Mai 1940 statt – ist nicht überliefert.[23]

Den erhaltenen Protokollen lässt sich entnehmen, dass keiner der auf den Listen vermerkten Polen als „politisch belastet" eingestuft und damit die Fortzahlung der jeweiligen Sozialleistungen empfohlen wurde. Die Überprüfung fand parallel zu einer breit angelegten Aktion der Gestapo statt, in deren Zuge in der ersten Aprilhälfte 1940 jene Polen, die als Angehörige der Intelligenz und damit den Deutschen gegenüber als feindlich gesinnt galten, über das Lager in Soldau (Działdowo) in die Konzentrationslager des Reiches verschleppt wurden. Auch bei den hier von Gestapo-Funktionären und Ordnungspolizisten vorgenommenen Verhaftungen waren örtliche Volksdeutsche, vermutlich Selbstschutzmitglieder, zugegen.[24]

Es ist allerdings unklar, ob auf den Versammlungen des Selbstschutzes Listen mit Polen im Zusammenhang mit dieser Aktion „verifiziert" wurden. In der Regel gehen Historiker davon aus, dass in Plock Schendel die Listen anfertigte, auf deren Grundlage die Gestapo die Verhaftungen

---

Bischöfe Antoni Julian Nowowiejski und Leon Wetmański, in Verbindung. Noch während des Zweiten Weltkriegs absolvierte Schendel ein Jurastudium in Königsberg. Danach diente er in der Wehrmacht und geriet im Juli 1944 an der Ostfront in sowjetische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung im April 1950 ließ er sich in der Bundesrepublik nieder. Bundesarchiv Ludwigsburg, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen (ZStL), B 162/18823, Protokoll der Vernehmung Adolf Schendels, Groß Gusborn, 22. März 1982, S. 142–147; TOMASZ CYBULSKI, Parafia ewangelicko-augsburgska w Płocku od 1804 do 1956 roku, Toruń 2011, S. 79–102; WITOLD PRONOBIS, Polityka okupanta hitlerowskiego wobec wyznań religijnych na ziemiach polskich, in: Rozprawy z dziejów XIX i XX wieku przygotowane dla uczczenia pamięci profesora Witolda Łukasiewicza, hg. v. SŁAWOMIR KALEMBKA, Toruń 1978, S. 177–188, hier S. 179, 184. Bei einer vom Hessischen Landeskriminalamt durchgeführten Befragung bestritt Schendel, dass er in Zusammenarbeit mit der Gestapo an Repressionen gegen Polen beteiligt gewesen wäre. Zum Selbstschutz wurde er nicht befragt. Bundesarchiv Ludwigsburg, ZStL, B 162/18823, Protokoll der Vernehmung Schendels.

[22] AIPN, GK 836/13, Schendel an die NSDAP-Kreisleitung Plock, 19. März 1940, S. 56.

[23] AIPN, GK 836/13, Schendel an die NSDAP-Kreisleitung Plock, 3. Mai 1940, S. 145.

[24] Archiwum Państwowe w Warszawie. Oddział w Pułtusku, Komisja Historyczna Rady Naukowej Związku Nauczycielstwa Polskiego w Pułtusku 1881–1980, Sign. 6, Irena Lachowska-Kurowska, W szponach nadludzi. Wspomnienia z przejściowego obozu Działdowo, koncentracyjnego, kobiecego obozu Ravensbrück i z czasów wyzwolenia, 6. April 1940 – 30. November 1945, 1977–1980, S. 7 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durchführte.[25] Die Festsetzung und Ermordung von mindestens einem Dutzend Mitgliedern des Verbands der Polnischen Legionäre (*Związek Legionistów Polskich*, ZLP) und des Polnischen Westverbands (*Polski Związek Zachodni*, PZZ) Ende 1939 und Anfang 1940 werden auf Schendels Wirken zurückgeführt.[26]

Der drastischste Teil der Aktivitäten des Selbstschutzes war zweifelsohne die Durchführung von Tötungsaktionen und Hinrichtungen. Die Zahl der bei solchen Verbrechen ermordeten Personen lässt sich nicht mehr bestimmen, da nicht für jeden Fall Quellen der Besatzungsverwaltung bzw. Nachkriegsberichte von Augenzeugen zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden einige Hinrichtungen beschrieben werden, um exemplarisch Motivation und Mechanismus des deutschen Terrorapparats vorzuführen. Die wohl größte Aktion, an denen der Selbstschutz Südostpreußen an der Seite anderer SS- und Polizeikräfte teilnahm, war die Ermordung einer großen Gruppe von „Geisteskranken, geistig minderwertigen Krüppeln und Verbrechern" am 19. Februar 1940.[27] Die Angaben zur Zahl der Todesopfer schwanken je nach Quelle zwischen 100 und 2.000 Personen.[28]

Im Februar und März 1940 führte der Selbstschutz im Regierungsbezirk Zichenau eine ganze Reihe von Hinrichtungen durch. Am 8. Februar 1940 verurteilte das Standgericht der Gestapo in Plock unter Leitung von SS-Oberführer Otto Rasch drei Polen zum Tode. Es handelte sich um Michał Niemir,[29] einen Redakteur der katholischen Tageszeitung

---

[25] DOROBEK, Płock, S. 440; MIROSŁAW KRAJEWSKI, Płock w okresie okupacji 1939–1945, Płock / Włocławek 2001, S. 66.

[26] MAREK TADEUSZ FRANKOWSKI, Zbrodnie niemieckie wobec ludności polskiej na Północnym Mazowszu 1939–1945 (w wybranych więzieniach i obozach), Warszawa 2009, S. 86 f.; KRAJEWSKI, Płock, S. 76, 216.

[27] WOLFGANG CURILLA, Der Judenmord in Polen und die deutsche Ordnungspolizei 1939–1945, Paderborn 2011, S. 173 f.

[28] GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne, S. 23; MICHAŁ GRYNBERG, Żydzi w rejencji ciechanowskiej 1939–1942, Warszawa 1984, S. 41; Rejestr miejsc i faktów zbrodni popełnionych przez okupanta hitlerowskiego na ziemiach polskich. Województwo ciechanowskie, hg. v. Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warszawa 1984, S. 63; BOGUMIŁA UMIŃSKA, Karty z dziejów Ciechanowa 1939–1945, Ciechanów 2009, S. 34.

[29] Michał Niemir (in den Unterlagen der Gestapo: Niemier), geboren am 19. September 1896, Journalist. Aus Großpolen stammend, studierte er Philosophie an der Jagiellonen-Universität in Krakau. Im Ersten Weltkrieg diente er im deutschen Heer und wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Nach 1918 ließ er sich in Lublin nieder, wo er als Redakteur des nationaldemokratischen „Głos Lubelski" tätig war. 1932 ging er nach Plock

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Głos Mazowiecki", Władysław Nowicki,[30] seit den 1930er Jahren Mitglied des Verbands der Polnischen Legionäre und des Verbands der POW-Mitglieder (*Związek Peowiaków*, ZP), sowie den Lehrer Tadeusz Czapliński,[31] der 1931–1936 die Funktion des Sekretärs in dem zuletzt genannten Verband inne gehabt hatte.

Nach den Unterlagen der Gestapo war Niemirs Hauptvergehen, dass er „als Angehöriger der poln. Intelligenz" galt und die von ihm herausgegebene Tageszeitung katholisch war. Er wurde als „Deutschenhasser" eingestuft, da er angeblich „deutschfeindliche und insbesondere gegen den Nationalsozialismus gerichtete Artikel, die sich vor allem in hetzerischer Weise gegen die Volksdeutschen in Polen wandten" veröffentlicht hatte und zudem „bei seiner Vernehmung aus seiner Einstellung [...] kein Hehl" machte.[32] Niemir kannte Schendel aus der Vorkriegszeit: Damals hatte er sich zu dessen Person kritisch geäußert und ihn im „Głos Mazowiecki"

---

und arbeitete bis Kriegsbeginn als Redakteur des „Głos Mazowiecki". 1938 erhielt er vom Vatikan den Orden *Pro Ecclesia et Pontifice*. Erstmals inhaftiert im November 1939 als Geisel, danach freigelassen. Er war wahrscheinlich in der SZP aktiv. ANDRZEJ J. PAPIEROWSKI / JERZY STEFAŃSKI, Płocczanie znani i nieznani. Słownik biograficzny, Płock 2002, S. 425; MARIUSZ ŻUŁAWNIK, Polska prasa polityczno-informacyjna na Mazowszu Północnym w latach 1918–1939, Warszawa 2011, S. 190 f.

[30] Władysław Nowicki (in den Unterlagen der Gestapo: Nowiecki), geboren am 2. Februar 1892, Militär und Besitzer eines Gartenbaubetriebs. Er stammte aus Podlasie und lebte in Podolszyce bei Plock. Im Ersten Weltkrieg trat er der III. Brigade der Polnischen Legionen bei und wurde im Zuge der „Eideskrise" von 1917 in Szczypiorno interniert. Anschließend trat er der Polnischen Militärorganisation (*Polska Organizacja Wojskowa*, POW) und 1918 der polnischen Armee bei. Er nahm am Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1920 teil und verlor bei der Verteidigung von Plock die linke Hand. Nach seiner Demobilisierung eröffnete er bei Plock einen Gartenbaubetrieb. 1921 mit mehreren Orden (*Krzyż Walecznych*, *Złoty Krzyż Zasługi* und *Krzyż Niepodległości*) ausgezeichnet. Ab 1932 Mitglied im Verband der Polnischen Legionäre, Verband der POW-Mitglieder und Polnischen Westverband. Nach zwischenzeitlicher Flucht bis nach Zaleszczyki in Podolien kehrte er im Herbst 1939 zurück und war wahrscheinlich für die SZP tätig. GRZEGORZ GOŁĘBIEWSKI, Obrona Płocka przed wojskami bolszewickimi 18–19 sierpnia 1920 r., Płock 2015, S. 97, 185; PAPIEROWSKI / STEFAŃSKI, Płocczanie, S. 433 f.

[31] Tadeusz Czapliński, geboren am 13. Januar 1898, stammte aus dem Landkreis Ciechanów. 1917–1926 war er als Lehrer, danach als Unternehmer im Handel tätig. 1918 trat er der POW bei und 1920–1921 diente er im polnischen Militär. 1921–1926 Mitglied im Lehrerverband, seit 1931 im Verband der POW-Mitglieder (bis 1936 als dessen Sekretär), so im Kreisvorstand des Landjugendverbands „Saat" (*Związek Młodzieży Wiejskiej „Siew"*). Ebd., S. 110.

[32] AIPN, GK 629/4022, Personalbogen von Michał Niemier, 1. März 1940, S. 5; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock, S. 139.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Spionagetätigkeit für Deutschland bezichtigt.[33] Sollte Schendel Anteil an der Verhaftung Niemirs gehabt haben, liegt die Vermutung eines persönlichen Racheakts nahe. Władysław Nowicki wurde wiederum aufgrund einer Denunziation durch einen Volksdeutschen beschuldigt, „Volksdeutsche verfolgt, Versammlungen abgehalten und auch noch nach dem Kriege ein Waffenlager unterhalten zu haben". Hinzu kam die Mitgliedschaft in polnischen Veteranenverbänden.[34] Bei den Verhören forderten die Gestapoleute Czapliński auf, die Namen von Mitgliedern des ZP zu nennen.[35] Als Begründung für das Todesurteil genügte seine Rolle als „aktives Mitglied der POW" und der Umstand, dass nach Aussagen von Volksdeutschen „[a]uch in letzter Zeit [...] bei ihm noch Zusammenkünfte ehem. Mitglieder der POW statt[fanden]".[36]

Die Todesurteile des Standgerichts vollzog der Selbstschutz. Die Hinrichtung fand am 10. Februar in den Wäldern bei Łąck südlich von Plock statt.[37] Mirosław Krajewski vermutet, dass alle drei Ermordeten als Mitglieder der Untergrundorganisation Dienst für den Sieg Polens (*Służba Zwycięstwu Polski*, SZP) gedient hatten. Die Gestapo kam der SZP, die ihre Tätigkeit in Plock im Herbst 1939 aufgenommen hatte, im Januar 1940 auf die Spur. Krajewskis Vermutung lässt sich nicht mit Quellen der Gestapo belegen, in denen Hinweise auf die Aufdeckung der SZP fehlen.[38] Lediglich in Czaplińskis Akte wurden regelmäßige Treffen ehemaliger POW-Mitglieder in seiner Wohnung erwähnt.[39] Das Hauptmotiv der Gestapo für die Verhaftung und Verurteilung der drei Männer war allerdings deren Engagement in Vereinen und Veteranenorganisationen während der Zwischenkriegszeit.

---

[33] CYBULSKI, Parafia, S. 93; PRONOBIS, Polityka okupanta, S. 179.

[34] AIPN, GK 629/4166, Aktennotiz eines Gestapo-Beamten des Grenzpolizeikommissariats Plock, 25. Oktober 1940, S. 5.

[35] AIPN, GK 629/656, Protokoll der Vernehmung von Tadeusz Czapliński, 29. Januar 1940, S. 4 f.

[36] AIPN, GK 629/656, Personalbogen von Tadeusz Czapliński, 2. März 1940, S. 1 f.; Aktennotiz eines Gestapo-Beamten des Grenzpolizeikommissariats Plock, 9. Februar 1940, S. 9.

[37] JANSEN / WECKBECKER, Der „Volksdeutsche Selbstschutz", S. 229, erwähnen dieses Verbrechen, ohne jedoch den Namen des Ermordeten oder das genaue Datum zu nennen.

[38] KRAJEWSKI, Płock, S. 446, 452; AIPN, GK 629/4022, Aktennotiz eines Gestapo-Beamten des Grenzpolizeikommissariats Plock, 9. Februar 1940, S. 6.

[39] AIPN, Gestapo Zichenau/Schröttersburg, GK 629/656, Personalbogen von Tadeusz Czapliński, S. 1 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Am 10. Februar 1940 führte der Selbstschutz in Plock die Exekution eines namentlich nicht bekannten Arbeiters durch, trotz dessen Freispruchs durch das Standgericht.[40] Am gleichen Tag sowie am 3. März fanden weitere Erschießungen statt, doch ist die Beteiligung des Selbstschutzes ungeklärt.[41]

In Zichenau durchsuchten Gestapo-Beamte im Rahmen ihrer Ermittlungen wegen illegaler Schlachtungen am 8. Februar 1940 die Wohnung des Bäckergesellen Lajzer Schreiber (geb. am 16. Juli 1919). Zwar bestätigte sich dieser Verdacht nicht, doch man fand eine Postkarte mit einer Hitler-Karikatur, die als Vorwand für eine Verhaftung genügte. Da Schreiber die Karikatur auch seinem Cousin, dem Schneider Chaim Schreiber (geboren am 15. April 1893 in Grochy, Kreis Pultusk) gezeigt hatte, wurde dieser ebenfalls verhaftet. Beide Juden wurden nach einigen Tagen Haft in Zichenau „zur weiteren Veranlassung" dem Führer des Selbstschutzes, SS-Oberführer Roch, übergeben.[42] Das weitere Schicksal der beiden Männer ist in den Akten nicht überliefert, doch ist bekannt, dass in den eingegliederten Gebieten Juden aus noch geringeren Anlässen ermordet wurden.

Welchen Inhalt die euphemistische Floskel „zur weiteren Veranlassung überstellen / überweisen" annehmen konnte, zeigt die Überlieferung des ähnlich gelagerten Falls von Stanisław Chybiński. Nachdem er durch die Gestapo in Zichenau dem Führer des Selbstschutzes „zur weiteren Veranlassung überwiesen" wurde, meldete dieser: „Das Urteil wurde am 6.3.1940 durch den Selbstschutz vollstreckt."[43] Chybiński, ein pensionierter Finanzbeamter, war am 17. Februar 1940 von der Gestapo verhaftet worden. In den Verhören am 24. Februar gab er zu, Mitglied zahlreicher

[40] JANSEN / WECKBECKER, Der „Volksdeutsche Selbstschutz", S. 229.

[41] KRAJEWSKI, Płock, S. 446–456.

[42] AIPN, Gestapo Zichenau / Schröttersburg, GK 629/10928, Staatspolizeistelle Zichenau an den Selbstschutzkommandeur des Bezirks Zichenau, SS-Oberführer Heinz Roch, 21. Februar 1940, S. 8.

[43] AIPN, Gestapo Zichenau / Schröttersburg, GK 629/507, Aktennotiz des Leiters der Staatspolizeistelle Zichenau, 3. März 1940 und Anmerkung auf der Rückseite, 6. März 1940, S. 13–13v. Stanisław Chybiński wurde am 30. November 1891 in Plock geboren. Er trat 1914 der I. Brigade der Polnischen Legionen bei und wurde im Zuge der Eideskrise 1917 interniert. Danach war er in der Miliz und im Wohnungsamt Warschau tätig. 1920–1921 nahm er als Freiwilliger am Polnisch-Sowjetischen Krieg teil. Anfang 1921 wurde er erneut im Warschauer Wohnungsamt angestellt. 1924 wechselte er in die Finanzverwaltung, wo er ab 1930 bis zu seiner Pensionierung 1938 leitende Funktionen innehatte. Er engagierte sich in politischen, gesellschaftlichen und Veteranenorganisationen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gesellschaftlicher und politischer Organisationen gewesen zu sein: des Verbands der Polnischen Legionäre, des Polnischen Roten Kreuzes (*Polski Czerwony Krzyż*), der Liga zur Luft- und Gasabwehr (*Liga Obrony Powietrznej i Przeciwgazowej*), der Meeres- und Kolonialliga (*Liga Morska i Kolonialna*) sowie der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS). Nach seiner Flucht aus Plock im September 1939 geriet er in sowjetische Gefangenschaft und wurde kurz darauf den deutschen Behörden übergeben, die ihn aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes freiließen. Dies ermöglichte ihm Anfang Februar 1940 die Rückkehr nach Plock. Einige Historiker vermuten auch in Chybińskis Fall ein Engagement für die SZP.[44]

Die einzige Schuld, die man ihm sicherlich aufgrund einer Denunziation nachzuweisen versuchte, war die Verbreitung von Falschinformationen über die Bombardierung Deutschlands, des dort herrschenden Hungers und Hasses auf Hitler. Chybiński sollte zudem angekündigt haben, sich persönlich darum zu kümmern, dass nach dem Krieg kein einziger Deutscher in Plock bleibe.[45] Diese angeblichen Aussagen sowie die Vereinsmitgliedschaften genügten, ihn als „fanatischen Polen" zu charakterisieren. Einige Volksdeutsche beschuldigten ihn außerdem, dass er sie vor dem Krieg denunziert habe. All diese Fakten bewogen einen Gestapo-Beamten des Grenzpolizeikommissariats Plock, beim Chef der Staatspolizeistelle Zichenau Hartmut Pulmer die Überstellung Chybińskis an den Selbstschutz vorzuschlagen. Pulmer genehmigte diese am 3. März und nach sechs Tagen wurde Chybiński überführt. Noch am gleichen Tag erfolgte seine Hinrichtung.[46]

Ebenfalls am 6. März wurden auf Pulmers Veranlassung vier polnische Gefängniswärter an Heinz Roch ausgeliefert. Sie waren bereits früher von der Gestapo in Plock inhaftiert worden, da man sie der Ermordung von Volksdeutschen im September 1939 beschuldigt hatte. Bei der Evakuierung der Plocker Gefängnisinsassen in den ersten Kriegstagen in Richtung Osten hatten sie Gefangene eskortiert, unter denen sich auch Volksdeutsche befanden. In der Gegend von Siedlce erhielten sie Information über

---

[44] KRAJEWSKI, Płock, S. 446 f.; PAPIEROWSKI / STEFAŃSKI, Płocczanie, S. 101.

[45] AIPN, GK 629/507, Protokoll der Vernehmung von Stanisław Chybiński durch das Grenzpolizeikommissariat Plock, 24. Februar 1940, S. 6–6v.

[46] AIPN, GK 629/507, Grenzpolizeikommissariat Plock an Staatspolizeistelle Zichenau, 26. Februar 1940, S. 9–9v.; Leiter der Staatspolizeistelle Plock Hartmut Pulmer an den Bereichsführer des Volksdeutschen Selbstschutzes Südostpreußen Heinz Roch (Abschrift), 3. März 1940, S. 10.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„deutsche Spione", die sich in einem nahen Wald versteckt hielten. Diese sollen sie dann aufgespürt und kaltblütig ermordet haben. Ein Gestapomann schrieb in einer nach der Exekution der Gefängniswärter angefertigten Notiz, die de facto einer Urteilsbegründung gleichkam: „Es sind alles ausgesprochene Verbrechertypen, welche nur durch strengste und schärfste Maßnahmen unschädlich gemacht werden können."[47]

Mit der Begründung, als Wärter würden sie das Gefängnis gut kennen, weshalb man einen Fluchtversuch nicht ausschließen könne, stellte der Beamte schließlich am 5. März bei Pulmer den Antrag auf Überstellung der vier Beschuldigten „zur morgigen Aktion des Selbstschutzes".[48] Wie erwähnt, wurde am 6. März mindestens eine weitere von der Gestapo übergebene Person durch den Selbstschutz ermordet. Die Rede von einer „Aktion" legt aber nahe, dass es noch mehr Opfer gegeben haben könnte. Die vom Selbstschutz durchgeführten Hinrichtungen erfolgten nicht öffentlich, und man war bestrebt, sie geheim zu halten. Als mehr als ein Jahr später das Deutsche Rote Kreuz Informationen über den Verbleib des polnischen Unteroffiziers Adolf Charkiewicz, eines der ermordeten Gefängniswärter, einholte, erteilte die Gestapo die zynische Auskunft: „[Charkiewicz] wurde am 6.3.1940 in das Generalgouvernement abgeschoben. Sein derzeitiger Aufenthalt konnte nicht ermittelt werden."[49]

Auch Stanisław Wasiak,[50] den ehemaligen kommissarischen Stadtpräsidenten von Plock, wollte das Grenzpolizeikommissariat Plock bereits

[47] AIPN, GK 629/353, Aktennotiz eines Beamten des Grenzpolizeikommissariats Plock, 18. März 1940, S. 18v.

[48] AIPN, GK 629/353, Grenzpolizeikommissariat Plock an Staatspolizeistelle Zichenau, 5. März 1940, S. 15.

[49] AIPN, GK 629/353, Aktennotiz eines Beamten der Staatspolizeistelle Plock, 8. September 1941, S. 22. Über den Tod von Charkiewicz gibt es mehrere Versionen. Einige vermuten, dass er drei Tage früher, als in der Korrespondenz von Gestapo und Selbstschutz vermerkt, starb. Grund für seine Ermordung soll seine angebliche Mitgliedschaft in der SZP gewesen sein, was die Gestapo-Akten gleichwohl nicht bestätigen. KRAJEWSKI, Płock, S. 446. Eine weitere Version geht vom 7. März als Tag der Hinrichtung aus. PAPIEROWSKI / STEFAŃSKI, Płocczanie, S. 87.

[50] Stanisław Wasiak, geboren 1886 in Warschau, studierte am St. Petersburger Institut für Verkehrsingenieure, von dem er wegen politischer Betätigung verwiesen wurde. Im Ersten Weltkrieg war er zunächst in Warschau tätig, später 1916/1917 als Inspekteur der Allgemeinen Versicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit in Ciechanów. Zwischen 1918 und 1925 hatte er das Amt des Starosten in Ciechanów, Miechów und Aleksandrów Kujawski inne. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre war er in Plock aktiv als Präses zur Unterstützung des Tourismus sowie der Kleingartenvereinigung. Von Februar bis September 1939 war er kommissarischer Stadtpräsident von Plock. PAPIEROWSKI / STEFAŃSKI, Płocczanie, S. 620.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

am 12. Februar 1940 dem Selbstschutz überstellen.[51] Die Staatspolizeistelle in Zichenau lehnte dies ab und empfahl die Freilassung Wasiaks nach vierwöchiger Haft: „Vor der Entlassung ist er entsprechend zu verwarnen und zu belehren und ihm gegenüber kein Zweifel zu lassen, daß er bei irgendeiner gegen das Deutsche Reich gerichteten Tätigkeit mit den schärfsten staatspolizeilichen Maßnahmen zu rechnen hat."[52] Am 8. März beantragte die Gestapo in Plock die Überweisung Wasiaks an den Selbstschutz mit dem Argument, dass es sich um einen gut vernetzten, politisch erfahrenen und „eine[n] der gefährlichsten Deutschenhasser" vor Ort handele, der nach seiner Haftentlassung sofort eine Tätigkeit im Untergrund aufnehmen würde.[53] Letztlich wurde Wasiak am 7. April auf Antrag der Staatspolizeistelle in Zichenau in das Lager des Inspekteurs der Sicherheitspolizei in Soldau überstellt, wo er am 27. Mai ermordet wurde. In den Gestapo-Akten wurde dafür die übliche Formulierung „evakuiert" verwendet.[54]

Der Selbstschutz sollte auch die Hinrichtung von Stanisław Schachta (oder Szachta) durchführen, eines am 5. Mai 1906 geborenen Milchmannes aus Drążdżewo im Kreis Makow (Maków Mazowiecki), dem die Gendarmerie Lebensmittelschmuggel in das benachbarte Generalgouvernement vorwarf. Der Beschuldigte wurde im Gefängnis in Makow verhört, aber nicht verurteilt. Auf Anordnung Pulmers vom 9. März 1940 sollte er dem Selbstschutz ausgeliefert werden, was – wie geschildert – einem Todesurteil gleichkam.[55] Acht Tage später, am 17. März 1940, wurde diese Entscheidung zurückgezogen, nachdem Pulmer über die neue Lage von Heinz Roch in Kenntnis gesetzt worden war: „Laut telef. Mitteilung des Führers des Selbstschutzes für den Bezirk Zich.[enau] – SS-Oberf. Roch – v. 14.3.40 dürften auf Grund eines Erl. des Reichsf. -SS

[51] AIPN, GK 629/6525, Grenzpolizeikommissariat Plock an Staatspolizeistelle Zichenau, 21. Februar 1940, S. 9–9v.

[52] AIPN, GK 629/6525, Staatspolizeistelle Zichenau an Grenzpolizeikommissariat Plock, 3. März 1940, S. 12.

[53] AIPN, GK 629/6525, Grenzpolizeikommissariat Plock an Staatspolizeistelle Zichenau, 8. März 1940, S. 11.

[54] AIPN, GK 629/6525, Grenzpolizeikommissariat Plock, 20. Juli 1940, S. 14v. Zur wirklichkeitsverzerrenden Rolle derartiger Teminologie: KARL-HEINZ BRACKMANN / RENATE BIRKENHAUER, NS-Deutsch. „Selbstverständliche" Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus, Straelen 1988, S. 68, 186 f.

[55] AIPN, GK 629/5553, Leiter der Staatspolizeistelle Plock Hartmut Pulmer an den Bereichsführer des Volksdeutschen Selbstschutzes Südostpreußen Heinz Roch (Abschrift), 9. März 1940, S. 7.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Überstellungen an den Selbstschutz nicht mehr vorgenommen werden."[56] Schachta wurde daraufhin in das Lager Soldau überstellt und dort schließlich am 30. August 1940, auf Anordnung des Sipo und SD-Inspekteurs in Königsberg im Zuge einer nicht näher bekannten „Vergeltungsaktion", gemeinsam mit fünf anderen Inhaftierten ermordet.[57] Kurz nach dem Erlass von Himmler realisierte der Selbstschutz noch eine weitere Hinrichtung, als ein Todesurteil des Polizeistandgerichts in Zichenau am 1. April 1940 vollstreckt wurde.[58]

Himmlers Entscheidung, Gestapo-Häftlinge im Regierungsbezirk Zichenau nicht mehr dem Selbstschutz zur Hinrichtung zur überlassen, steht wohl eng in Verbindung mit der Gründung des Lagers in Soldau, das auch als geheimer Hinrichtungsort geplant wurde.[59] Die bisherigen meist in Wäldern erfolgten Massenerschießungen waren weder den anderen Besatzungsbehörden noch der Zivilbevölkerung entgangen, weshalb die Verlagerung dieser Morde in das Soldauer Lager geboten zu sein schien.[60]

Bei allen geschilderten Fällen vollstreckte der Selbstschutz die Todesurteile im Auftrag der Gestapo, deren Beamte die Entscheidung über Leben und Tod fällten. Darüber hinaus wurde der Selbstschutz allerdings selbständig aktiv und führte Verhaftungen durch, fällte und vollstreckte Todesurteile, ohne auch nur die Meinung einer Behörde einzuholen oder diese zu informieren. Das Ausmaß dieser Verbrechen ist schwer einzuschätzen, da anders als im Fall der von der Gestapo angeordneten Morde nur in Ausnahmefällen Akten erhalten sind.

---

[56] AIPN, GK 629/353, Aktennotiz eines Beamten der Staatspolizeistelle Zichenau, 17. März 1940, S. 21v.

[57] AIPN, GK 629/5553, Aktennotiz eines Beamten der Staatspolizeistelle Zichenau, 17. März 1940, S. 7v.; Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD Königsberg an die Staatspolizeistelle Zichenau (Abschrift), 4. September 1940, S. 9.

[58] JANSEN / WECKBECKER, Der „Volksdeutsche Selbstschutz", S. 229.

[59] MARCIN PRZEGIĘTKA, Niemiecki obóz w Działdowie (niem. Soldau) w latach 1940–1945. Nowe ustalenia w świetle dokumentów ze zbiorów niemieckiego Archiwum Federalnego i Archiwum IPN, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. MARCIN PRZEGIĘTKA u. a., Bd. 2, Warszawa 2016, S. 78–115, hier S. 84.

[60] In einem Lagebericht der Gendarmerie des Kreises Zichenau wird die Hinrichtung von etwa 30 Personen im Wald bei Ościsłowo geschildert, die am 14. Januar 1940 stattfand. Der Kommandeur der Gendarmerie bat darum, zukünftig über geplante Erschießungen informiert zu werden, damit er im Voraus den entsprechenden Gendarmerieposten in Kenntnis setzen konnte. Archiwum Państwowe w Warszawie, Żandarmeria Powiatu Ciechanowskiego 1939–1942, 499/1 (mf 322869), Bericht des Gendarmerie-Kreisführers Zichenau an den Kommandeur der Gendarmerie Zichenau mit vorübergehendem Sitz in Soldau, 28. Januar 1940, S. 16.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dokumentiert ist eine „Aktion" des Selbstschutzes in Wilkow Polski Anfang Januar 1940 unter dem Leiter des Selbstschutzes Modlin, SS-Untersturmführer Schwerfeld. Bei den Verhaftungen wurde mindestens ein Mann erschossen.[61] In Plock wurde am 13. Januar 1940 Johann (Jan?) Żubrowski, ein mit einer Deutschen verheirateter Pole, durch den Selbstschutz verhaftet. Ein Grund für die Festsetzung des Mitarbeiters des örtlichen Elektrizitätswerks wurde nicht angegeben. Die Ehefrau Angelika versuchte die Freilassung ihres Gatten zu erreichen. In einem Brief an die Behörden versicherte sie, dass ihr Mann zwar Katholik sei, sich aber der evangelischen und deutschen Erziehung ihrer Kinder nicht widersetze. Zudem sei er im Ersten Weltkrieg von der deutschen Armee mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden.[62]

Im April 1941 intervenierte schließlich der Landrat von Plock im Namen des Regierungspräsidenten bei SS-Standartenführer Norbert Scharf, dem Leiter der Inspektion des Selbstschutzes in Plock, und verlangte Aufklärung über den Fall und vor allem über den Verhaftungsgrund und Aufenthaltsort Żubrowskis.[63] Ein SS-Offizier aus dem Stab des Selbstschutzes Zichenau informierte den Regierungspräsidenten daraufhin, dass „[g]emäß Anweisung des Höheren SS- und Polizeiführers [in Königsberg] Nordost [Wilhelm Redieß] [...] in derartigen Fällen eine Auskunft nicht gegeben werden [dürfe]".[64] Daraufhin wandten sich die Regierungsbehörden an die Gestapo,[65] die über den Fall nicht informiert war und feststellte: „Der Selbstschutz kann heute von sich aus keine Festnahmen mehr durchführen."[66] Anfang August 1940 brachte allerdings ein Gestapo-Beamter von SS-Obersturmbannführer Exner vom Stab des Selbstschutzes in Zichenau in Erfahrung, Żubrowski sei „nach seiner Festnahme vom Selbstschutz ‚evakuiert' worden". Diese in Anführungszeichen gesetzte Formulierung lässt keinen Zweifel darüber übrig, welches

[61] AIPN, GK 629/6462, Grenzpolizeikommissariat Modlin-Neuhof an Staatspolizeistelle Zichenau, 10. Juli 1940, S. 2.

[62] AIPN, GK 629/7752, Angelika Żubrowska, geb. Kramer, an den Regierungspräsidenten in Zichenau, 3. April 1940, S. 2–2v.

[63] AIPN, GK 629/7752, Landrat von Plock an SS-Standartenführer Norbert Scharf, 17. April 1940, S. 5.

[64] AIPN, GK 629/7752, Stab des Selbstschutzes in Zichenau an den Regierungspräsidenten in Zichenau, 19. April 1940, S. 6.

[65] AIPN, GK 629/7752, Regierungspräsident in Zichenau an die Staatspolizeistelle Zichenau, 27. April 1940, S. 12.

[66] AIPN, GK 629/7752, Staatspolizeistelle Zichenau an den Regierungspräsidenten in Zichenau, 12. Juli 1940, S. 13.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schicksal dem Häftling widerfahren war. Es wurde empfohlen, der Ehefrau mitzuteilen „[...] ihr Ehemann [sei] im Frühjahr in das [General] Gouvernement abgewandert und sein derzeitiger Aufenthalt unbekannt".[67] Diese Information wurde lediglich mündlich weitergegeben und die Ehefrau, der inzwischen die 3. Gruppe der Deutschen Volksliste zuerkannt worden war, bemühte sich weiterhin darum, den Verbleib ihres Mannes aufzuklären. Im Jahr 1943 versuchte Kurt Fehr, der Landrat von Plock, die Information zu bestätigen, Żubrowski sei durch den Selbstschutz erschossen worden. Eine direkte Bestätigung erlangte er nicht, doch es wurde vereinbart, dass das Amtsgericht in Plock den Ermordeten als vermisst erklären und auf dieser Grundlage einen Totenschein ausstellen würde.[68]

Fazit

Der Selbstschutz Südostpreußen wurde zum 31. Juli 1940 aufgelöst und seine Mitglieder von der SS bzw. der 115. Standarte der Allgemeinen SS in Zichenau übernommen.[69] Über die späteren Karrieren einzelner Mitglieder, die sich aus der einheimischen Bevölkerung rekrutierten, ist wegen der unvollständigen Quellenlage wenig bekannt. In den Kriegsverbrecherprozessen der Nachkriegszeit wurde der Selbstschutz in der Regel übergangen, und nur in wenigen Ausnahmefällen weckte die Mitgliedschaft in dieser Organisation das Interesse von Staatsanwaltschaft und Gerichten. Nahezu alle Täter, darunter die Befehlshaber, entgingen ihrer Strafe.

Hinsichtlich seines Charakters lässt sich der im Regierungsbezirk Zichenau aktive Selbstschutz am ehesten mit den entsprechenden Organisationen in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland vergleichen. Hier wie dort führte der Selbstschutz Erschießungen und eigen-

[67] AIPN, GK 629/7752, Aktennotiz eines Beamten der Staatpolizeistelle Zichenau, 3. August 1940, S. 14.

[68] AIPN, GK 629/7752, Aktennotiz eines Beamten der Staatpolizeistelle Zichenau, 23. Juli 1943, S. 23.

[69] Archiwum Państwowe w Warszawie, 499/1 (mf 322869), Bericht der Abteilung II der Gendarmerie im Kreis Zichenau für die Landkreis-Kommandatur der Gendarmerie in Zichenau, 5. Januar 1941, S. 116; JAN DANILUK, Oddziały Szturmowe NSDAP (SA) na ziemi płockiej w świetle nieznanego dokumentu ze zbiorów Tajnego Archiwum Państwowego Fundacji Pruskiego Dziedzictwa Kulturowego w Berlinie-Dahlem, in: Rocznik Towarzystwa Naukowego Płockiego 7 (2015), S. 88–115, hier S. 97, 105.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ständige Aktionen durch, deren Hauptmerkmale die Anwendung von Gewalt und das Bewusstsein der Straffreiheit waren. In beiden Reichsgauen fanden die meisten Verhaftungen und Exekutionen im Herbst 1939 statt, während dies im Regierungsbezirk Zichenau erst Anfang 1940 der Fall war. Offenbar agierte der Selbstschutz Südostpreußen viel weniger unabhängig als in den genannten Gebieten. Dafür spricht, dass die im Regierungsbezirk vom Selbstschutz durchgeführten Hinrichtungen auf Anordnung der Gestapo erfolgten. Diese enge Verflechtung beider Formationen stellt zugleich das Hauptmerkmal des Selbstschutzes Südostpreußen dar.

Aus dem Polnischen übertragen von Christhardt Henschel

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

MAXIMILIAN BECKER

DEUTSCHE ANNEXIONSJUSTIZ IM REGIERUNGSBEZIRK ZICHENAU

Einführung

Mit dem Angriff auf Polen wuchs seit Anfang September 1939 nicht nur der deutsche Machtbereich in Europa, auch die territoriale Zuständigkeit der seit 1933 nationalsozialistisch umgestalteten deutschen Justiz wurde erweitert.[1] Bereits am 5. September 1939 erließ der Oberbefehlshaber des Heeres zwei von langer Hand vorbereitete Verordnungen. Darin wurden in Abstimmung mit dem Reichsjustizministerium in Berlin in den besetzten polnischen Gebieten Sondergerichte eingeführt, die nicht dem Militär unterstanden.

Sie urteilten ausschließlich nach dem deutschen Strafrecht und folgten einem vereinfachten Verfahrensrecht, das sie für die Rechtsprechung unter Besatzungsbedingungen prädestinierte.[2] Das erste Sondergericht wurde noch am gleichen Tag in Bromberg (Bydgoszcz) installiert, das letzte war das spätere Sondergericht Zichenau. Es wurde am 29. September in Praschnitz (Przasnysz) eingerichtet und nahm am 8. Oktober seine

[1] Zur Ausrichtung der Justiz auf den Nationalsozialismus u. a. LOTHAR GRUCHMANN, Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 2001; DIEMUT MAJER, Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems. Führerprinzip, Sonderrecht, Einheitspartei, Stuttgart u. a. 1987; RALPH ANGERMUND, Deutsche Richterschaft 1939–1945. Krisenerfahrung, Illusion, politische Rechtsprechung, Frankfurt am Main 1990; FRANCISZEK RYSZKA, Państwo stanu wyjątkowego. Rzecz o systemie państwa i prawa Trzeciej Rzeszy, Wrocław u. a. 1985; ERNST FRAENKEL, Der Doppelstaat, Hamburg 2001.

[2] Verordnung des Oberbefehlshabers des Heeres über Sondergerichte im besetzten polnischen Gebiet, in: Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce. Wybór dokumentów, Teil 1: Ziemie „wcielone“, hg. v. KAROL MARIAN POSPIESZALSKI, Poznań 1952, S. 40–43; Verordnung des Oberbefehlshabers des Heeres über Einführung des deutschen Strafrechts, in: Ebd., S. 44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Arbeit auf.[3] Erst Anfang 1940 wurde es in die Hauptstadt des neuerrichteten Regierungsbezirks Zichenau verlegt. Spezialstudien zur Justiz im Bezirk Zichenau liegen bislang nicht vor; in den Untersuchungen über die deutsche Besatzungspolitik in Südostpreußen werden die Gerichte meist nicht berücksichtigt. Manche Arbeiten zur Justiz in den eingegliederten Ostgebieten behandeln jedoch auch Zichenau.[4] Wichtige Einblicke in die Arbeit der Justiz bieten eine Untersuchung zur Presse in Plock / Schröttersburg (Płock), die neben den Gerichten auch den Strafvollzug einbezieht[5] sowie die Sammlung von Lageberichten des Königsberger Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwalts, die Christian Tilitzki herausgegeben hat.[6] Informationen gibt darüber hinaus Martin Broszats Studie „Nationalsozialistische Polenpolitik" von 1961.[7]

Die Justiz hat umfangreiche Aktenbestände hinterlassen, darunter 587 Akten des Sondergerichts Zichenau sowie mehr als 520 Akten der Staatsanwaltschaft.[8] Hinzu kommen Urteilsabschriften, die an das Reichsjustizministerium gesandt wurden und heute im Bundesarchiv liegen.[9] Aus den neun Amtsgerichten des Bezirks existiert ein Bestand von etwa 1.200 Akten, wobei es sich meist um Einzelfälle ausschließlich der Strafjustiz handelt, von denen jedoch nur ein Bruchteil überliefert ist.[10] Zu den

[3] Bundesarchiv (hiernach: BA) Berlin, R 3001, Film 22917, Bericht des Vorsitzenden des Sondergerichts und des Staatsanwalts beim Sondergericht im Bereich des A.O.K. 3, 8. Oktober 1939.

[4] MAXIMILIAN BECKER, Mitstreiter im Volkstumskampf. Deutsche Justiz in den eingegliederten Ostgebieten 1939–1945, München 2014; DIEMUT MAJER, „Fremdvölkische" im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1981.

[5] ELŻBIETA SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach lokalnej prasy NSDAP 1939–1945, Płock [2]2016, S. 181–202.

[6] Alltag in Ostpreußen 1940–1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940–1945, hg. v. CHRISTIAN TILITZKI, Würzburg [2003].

[7] MARTIN BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 137–157.

[8] Archiwum Państwowe w Warszawie [Staatsarchiv Warschau] (hiernach: APW), Sąd specjalny przy Sądzie Krajowym w Ciechanowie sowie APW, Akta prokuratur niemieckich Rejencji Ciechanowskiej 1940–1944.

[9] Der Bestand des Reichsjustizministeriums enthält über 220 Abschriften: BA Berlin, R 3001.

[10] So enthält der Bestand des Sondergerichts nur 149 der über 400 Todesurteile des Gerichts: APW, Inventar zum Bestand Sąd specjalny przy Sądzie Krajowym w Ciechanowie 1939–1944.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

häufigsten Delikten zählten Diebstähle, das als Schwarzschlachtung bezeichnete illegale Schlachten von Vieh sowie Schleichhandel. Es lassen sich aber auch Ermittlungsakten zu den Aktivitäten von Partisanen finden, die seit 1943 im Bezirk aktiv waren.[11] Zur Überlieferung der Gerichte kommen die Akten des Strafgefängnisses in Schröttersburg hinzu, bei denen es sich meist um Häftlingspersonalakten handelt.[12] Teilweise lässt sich die Überlieferung der Justiz aus dem umfangreichen Bestand der Gestapo Zichenau im Institut für Nationales Gedenken (IPN) sowie den Unterlagen der Kriminalpolizei Zichenau ergänzen.[13]

Auf dieser Quellenbasis lassen sich erste Ergebnisse zur deutschen Annexionsjustiz formulieren. Dabei sollen im Folgenden der Aufbau der Justizorgane und die Entwicklung des Sondergerichts im Fokus stehen. Ein besonderes Augenmerk gilt dessen Urteilspraxis sowie der Frage, welche Fälle vor allem verhandelt und welche Sanktionen verhängt wurden. In einem weiteren Schritt sollen Unterschiede zu Gerichten in anderen Teilen der eingegliederten Ostgebiete herausgearbeitet werden.

Aufbau des Justizwesens und das Verhältnis zur Polizei

Das Sondergericht Zichenau scheinen bis Ende 1939 nur minderschwere Kriminaldelikte beschäftigt zu haben. Die höchste bis Mitte November 1939 verhängte Strafe belief sich auf zehn Jahre Zuchthaus wegen Raubes, die geringste auf drei Tage Gefängnis wegen Diebstahls. Ein erstes Todesurteil erging erst im Dezember 1939.[14] Anders als etwa in Bromberg, wo das Sondergericht bis Ende des Jahres 1939 genau 100 Todesurteile ausschließlich im Zusammenhang mit den Ereignissen des 3. und 4. September, des sogenannten Blutsonntags gefällt hatte,[15] befasste sich das Sonder-

[11] APW, Inventar zum Bestand Sąd specjalny przy Sądzie Krajowym w Ciechanowie sowie Inventar zum Bestand Akta prokuratur niemieckich Rejencji Ciechanowskiej.

[12] Archiwum Państwowe w Płocku [Staatsarchiv Plock], Więzienie Karne w Płocku 1939–1945.

[13] Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken, Warschau] (hiernach: AIPN), GK 833 und GK 629.

[14] BA Berlin, R 3001/9803/7/2, Bl. 182, Übersicht über die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht in Praschnitz, 15. Dezember 1939.

[15] Zum Sondergericht Bromberg: GERD WECKBECKER, Zwischen Freispruch und Todesstrafe. Die Rechtsprechung der nationalsozialistischen Sondergerichte Frankfurt / Main und Bromberg, Baden-Baden 1998; EDMUND ZARZYCKI, Działalność hitlerowskiego sądu specjalnego w Bydgoszczy w latach 1939–1945, Bydgoszcz 2000; DERS., Działalność

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gericht Zichenau in keinem einzigen Fall mit Übergriffen auf die volksdeutsche Minderheit. Dementsprechend moderat fielen die Urteile des Gerichts zunächst aus.

Bis Mitte November 1939 ermittelte die Staatsanwaltschaft in 123 Fällen.[16] In einem Bericht an das Reichsjustizministerium äußerte Staatsanwalt Horst Petri, der die Behörde alleine führte, er rechne mit einem weiteren Anstieg der Fallzahlen, da nun starke Polizeikräfte in den Bezirk verlegt würden. Damit würden die Schwierigkeiten bei den Ermittlungen, die auf den Personalmangel bei der Polizei zurückzuführen waren, bald behoben sein. Petri bat zudem um Entsendung eines weiteren Staatsanwalts. Doch erst Ende 1939 oder Anfang 1940 wurde mit Franz Schlesiger ein weiterer Staatsanwalt abgeordnet und am 29. Januar 1940 mit der Leitung der Anklagebehörde betraut. Petri übernahm die Zweigstelle in Plock.[17]

Die erwartete Steigerung der Fallzahlen blieb zunächst jedoch aus, da die Polizeistandgerichte immer mehr Delikte zur Aburteilung an sich zogen. Mit Unterstützung des ostpreußischen Gauleiters Erich Koch, der

---

hitlerowskiego sądu specjalnego w Bydgoszczy w sprawach o wypadki z września 1939 roku, Warszawa / Poznań 1976; DERS., Polscy żołnierze przed hitlerowskim sądem specjalnym w Bydgoszczy, in: Z okupacjnych dziejów Bydgoszczy, Warszawa / Poznań 1977, S. 3–32; DERS., Eksterminacyjna i dyskryminacyjna działalność hitlerowskich sądów okręgu Gdańsk-Prusy Zachodnie w latach 1939–1945, Bydgoszcz 1981; DERS., Deutsche Diversion am 3. September 1939 in Bydgoszcz aus der Sicht der Akten des Nazisondergerichts in Bydgoszcz, in: Polnische Weststudien 2 (1983), 2, S. 299–312; DERS., Besatzungsjustiz in Polen. Sondergerichte im Dienste deutscher Unterwerfungsstrategie, Berlin 1990; ALEKSANDRA CHROŚNIAKOWSKA / KAZIMIERZ CHROŚNIAKOWSKI, Z działalności hitlerowskiego sądu specjalnego (Sondergericht) w Bydgoszczy (1939–1945), in: Prace Komisji Historii / Bydgoskie Towarzystwo Naukowe 1 (1963), S. 87–107; TOMASZ RABANT, Dokumenty sądu specjalnego w Bydgoszczy (Sondergericht Bromberg) z lat 1939–1941, in: Bydgoszcz 3–4 września 1939. Studia i dokumenty, hg. v. TOMASZ CHINCIŃSKI / PAWEŁ MACHCEWICZ, Warszawa 2008, S. 422–460; WIESŁAW TRZECIAKOWSKI / WŁODZIMIERZ SOBECKI, „Krwawa Niedziela" w Bydgoszczy czyli jedyny pasujący klucz do wydarzeń z 3 i 4 września 1939, Bydgoszcz 2004, S. 91–100; WIESŁAW TRZECIAKOWSKI, Śmierć w Bydgoszczy 1939–1945, Bydgoszcz 2013, S. 430–490. Die propagandistische Verwendung der Sondergerichtsprozesse wegen des „Blutsonntags" untersucht MAXIMILIAN BECKER, Justiz und Propaganda. „Polengreuel"-Prozesse in den eingegliederten Ostgebieten in Presse und Publizistik 1939–1945, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 64 (2015), 1, S. 1–39.

[16] BA Berlin, R 3001/9803/7/2, Bl. 53, Übersicht über die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht in Praschnitz, 15. November 1939.

[17] BA Berlin, R 3001/9803/7/2, Bl. 55, Bericht des Vorsitzenden des Sondergerichts in Praschnitz an den Reichsminister der Justiz, 15. November 1939; BROSZAT, Nationalsozialistische, S. 138.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Justiz für vollkommen überflüssig und sogar hinderlich für seine Entpolonisierungspolitik hielt,[18] versuchte die ostpreußische Polizeiführung die Justiz nahezu vollständig auszuschalten.[19] Während etwa in Kattowitz (Katowice) die Richter des Sondergerichts und der örtliche Staatsanwalt die Abgabe von Fällen an die Polizeigerichte betrieben,[20] versuchten Schlesiger und Petri, die Eingriffe der Polizeistandgerichte zurückzudrängen und schreckten auch vor Konflikten mit dem Polizeiapparat und Gauleiter Koch nicht zurück. Dabei ging es den Zichenauer Staatsanwälten nicht um eine Aufhebung der Standgerichte (die nicht zum Justiz-, sondern zum Polizeiapparat gehörten), sondern lediglich um eine klare Kompetenzabgrenzung zur Justiz.

Das zentrale Motiv bei Petri und Schlesiger war die Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit durch die Herstellung einer einheitlichen Urteilspraxis zwischen Stand- und Sondergericht. Dementsprechend forderte Petri vom Reichsjustizministerium, das Sondergericht wie auch die Polizeistandgerichte müssen in jedem Fall die Todesstrafe verhängen können, und verlangte die Schaffung entsprechender Rechtsgrundlagen.[21] Beendet wurde der Konflikt mit der Verabschiedung der Verordnung über die Einführung des deutschen Strafrechts. Diese trat am 15. Juni 1940 in Kraft und übertrug die Kompetenzen der Standgerichte auf die Justiz.[22] Gleichzeitig sollte die Tätigkeit der Standgerichte eingestellt werden.[23] Im Sommer 1942 wurden die Polizeistandgerichte mit Zustimmung des neu ernannten Reichsjustizministers Otto Georg Thierack erneut aktiv.[24]

---

[18] BA Berlin, R 3001/20848, Bl. 247–249, Niederschrift, 27. Mai 1940.

[19] Zum Konflikt um die Polizeistandgerichte vgl. MAXIMILIAN BECKER, Konfrontation oder Kooperation? Polizei und Justiz in den „eingegliederten" Ostgebieten, in: Die Polizei im NS-Staat. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, hg. v. WOLFGANG SCHULTE, Bd. 7, Frankfurt am Main 2009, S. 371–387.

[20] BA Berlin, R 3001/9803/7/2, Bl. 39–40, Bericht der Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht in Kattowitz, 31. Oktober 1939.

[21] BA Berlin, R 3001, Film 22917, Bericht Staatssekretär Joels von einer Dienstreise, 6. Dezember 1939.

[22] Verordnung über die Einführung des deutschen Strafrechts in den eingegliederten Ostgebieten. Vom 6. Juni 1940, in: Deutsches Reichsgesetzblatt I (1940), Nr. 100, S. 844–846.

[23] BA Berlin, R 3001/20848, Bl. 253, Funkspruch des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei an die HSSPF in Danzig, Posen, Breslau und Königsberg, 14. Juni 1940.

[24] Laut Thieracks Biografin Sarah Schädler war „Otto" Thieracks zweiter Vorname, der auch nicht in seinem Personalbogen auftaucht. Die Reihenfolge der Vornamen wurde schon zu Thieracks Lebzeiten uneinheitlich gehandhabt; in der Forschung üblich ist „Otto Georg". SARAH SCHÄDLER, „Justizkrise" und „Justizreform" im Nationalsozialismus. Das Reichsjustizministerium unter Reichsjustizminister Thierack (1942–1945), Tübingen 2009,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Parallel zum Konflikt um die Polizeistandgerichte wurde die Gerichtsbarkeit im Bezirk Zichenau wie auch in den übrigen Teilen der eingegliederten Ostgebiete 1939/40 weiter ausgebaut. Das eigentliche Rückgrat der Strafjustiz bildeten die Amtsgerichte, die bisher kaum erforscht sind. Sie entschieden über „minderschwere Fälle" und konnten Strafen bis zu drei Jahre Zuchthaus bzw. fünf Jahre Gefängnis verhängen. Im Landgerichtsbezirk Zichenau nahmen sie bis März 1940 ihre Arbeit auf.[25]

Trotz des Konflikts um die Standgerichte war das Verhältnis zwischen Justiz und Polizei von einer weitgehenden Zusammenarbeit im Alltag geprägt. Wie in den anderen Teilen der eingegliederten Ostgebiete und im Reich führten die Polizeibehörden im Auftrag der Staatsanwaltschaft Ermittlungen durch, verhafteten Verdächtige und überstellten sie an Staatsanwaltschaft, Gericht und Strafvollzugseinrichtungen. So wies die Gendarmerie Polen zwar wegen verschiedener Kriminal- und Wirtschaftsdelikte in die Arbeitserziehungslager (AEL) der Gestapo ein. Nach Abschluss der Ermittlungen sollten die Verdächtigen an die Justiz übergeben werden. Das gelang jedoch nicht immer: Weil die Untersuchungen der Gendarmerie oft lange dauerten, wurden die Häftlinge nach acht Wochen – der Höchstdauer der Inhaftierung in den AEL – entlassen. Ein hartes Urteil durch die Amtsgerichte oder das Sondergericht vor Augen, tauchten die Verdächtigen häufig unter. Mitte Mai 1942 erreichte die Staatsanwaltschaft in Zichenau, dass die Gestapo wegen krimineller Vergehen festgenommene Polen aus den Arbeitserziehungslagern in die Gerichtsgefängnisse überstellte.[26] Dieses Zugeständnis beruhte auf dem übereinstimmenden Interesse von Polizei und Justiz, polnische „Rechtsbrecher" hart zu bestrafen.

Verhandelte Fälle und Urteilspraxis

Besondere Bedeutung hatten im ländlich geprägten Bezirk Zichenau Kriegswirtschaftsdelikte wie der Schwarzhandel und die sogenannten

S. 69. Vgl. auch KONSTANZE BRAUN, Dr. Otto Georg Thierack (1889–1946), Frankfurt am Main 2005; HOLGER SCHLÜTER, Dr. Otto Georg Thierack. Ein Nationalsozialist als Justizminister, in: Zwischen Recht und Unrecht. Lebensläufe deutscher Juristen, Düsseldorf 2004, S. 69–73.

[25] BA Berlin, R 3001, Film 22917, Bericht des Generalstaatsanwalts in Königsberg an den Reichsminister der Justiz, 3. März 1940; Handbuch der Justizverwaltung. Bearbeitet im Büro des Reichsjustizministeriums, Berlin 1942.

[26] APW, 1205/1, Bericht der Gestapo Zichenau an den Oberstaatsanwalt in Zichenau, 15. Mai 1942.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Schwarzschlachtungen". Häufig kamen auch Schwarzbrennerei und Schmuggel vor, der vor allem entlang der Grenze zum Generalgouvernement blühte. Nicht nur das Sondergericht, sondern auch die Amtsgerichte verhängten in zahlreichen Fällen unverhältnismäßig hohe Strafen. Schon im Juni 1941 erkannten sie auf Zuchthausstrafen von bis zu zweieinhalb Jahren, bewegten sich also am oberen Ende ihrer möglichen Sanktionsskala von maximal drei Jahren Zuchthaus.[27] Später überschritten sie diese auch gelegentlich. So verurteilte das Amtsgericht in Sudauen am 13. Januar 1944 einen polnischen Angeklagten zu fünf Jahren verschärftem Straflager, weil er ein Schwein ohne Genehmigung geschlachtet hatte.[28]

Die Unterschiede im Strafmaß zwischen polnischen und volksdeutschen Angeklagten scheinen in Kriegswirtschaftsfällen im Bezirk Zichenau beträchtlich gewesen zu sein. Statistiken gibt es nicht, Einzelfälle lassen sich aufgrund unterschiedlicher Delikte, differierender Umstände und verschiedenem Zeitpunkt der Tat und des Strafverfahrens nur schwer vergleichen.

Am 27. März 1942 verhandelte das Sondergericht Zichenau gegen einige polnische Angestellte der Molkereizentrale Zichenau, die zwischen Dezember 1940 und August 1941 mehrere Tausend Kilogramm Butter gestohlen und damit Tauschhandel getrieben hatten. Die beiden Haupttäter wurden zum Tode verurteilt, die übrigen Angeklagten erhielten Haftstrafen zwischen einem und sechs Jahren. Entgegen jedwedem Rechtsverständnis wandte das Gericht die Polenstrafrechtsverordnung, die zum Zeitpunkt der Taten noch gar nicht erlassen worden war, rückwirkend an.[29] Dagegen kam im Juli 1941 ein volksdeutscher Metzger, der von August bis Weihnachten 1940 wöchentlich 400 kg (also insgesamt etwa acht Tonnen) schwarzgeschlachtetes Fleisch vorwiegend an Wehr-

[27] BA Berlin, R 3001/23375, Bl. 72–81, Lagebericht des Generalstaatsanwalts in Königsberg, 6. Juni 1941.

[28] Archiwum Państwowe w Bydgoszczy [Staatsarchiv Bromberg], 87/78, Personalakten des Strafgefangenen Alexander S. Im Januar 1942 hatte die Polenstrafrechtsverordnung bei polnischen und jüdischen Verurteilten Gefängnis und Zuchthaus durch einfaches und verschärftes Straflager ersetzt. Theoretisch waren damit längere (Zwangs)Arbeitszeiten und härtere Hausstrafen bei Verstößen gegen die Disziplin möglich, doch in der Praxis unterschieden sich die Haftbedingungen kaum vom Strafvollzug gegen Deutsche. Hierzu ausführlich BECKER, Mitstreiter, S. 215–250. Zum Strafvollzug unter nationalsozialistischer Herrschaft allgemein: NIKOLAUS WACHSMANN, Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006.

[29] APW, Sąd Specjalny przy Sądzie Krajowym w Ciechanowie, Sign. 178, Bl. 155–160, Urteil des Sondergerichts Zichenau, 27. März 1942.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

machtsoldaten verkauft hatte, mit einer Gefängnisstrafe von eineinhalb Jahren und einer Geldstrafe von 1.500 Reichsmark davon. Dabei hatte er das Fleisch weit über dem staatlich festgesetzten Preis verkauft und nach der Überzeugung des Gerichts aus Gewinnsucht gehandelt. Das Gericht hielt dem Angeklagten zugute, dass die entsprechenden Vorschriften „noch nicht lange in Geltung war[en] und überhaupt sauberes deutsches Rechtsbewußtsein und deutsche Ordnung sich bei den Volksdeutschen erst noch durchsetzen mussten".[30] Ein mitangeklagter volksdeutscher Schlosser, der dem Metzger schwarzgeschlachtetes Fleisch geliefert hatte, erhielt zweieinhalb Jahre Gefängnis. Er hatte wegen ähnlicher Vergehen bereits mehrfach von Verwaltungsbehörden Strafbefehle erhalten.

Drakonisch war die Urteilspraxis im Bezirk Zichenau besonders bei Schwarzschlachtungen durch Polen. Als 1942 ihre Zahl nach einem Rückgang im Vorjahr erneut anstieg, weil die Fleischrationen im Bezirk Zichenau herabgesetzt worden waren, reagierte das Sondergericht mit brutaler Härte. Am 5. Mai 1942 wurde das erste Todesurteil wegen Schwarzschlachtung gegen einen polnischen Angeklagten vollstreckt. Eine Haftstrafe hatte in der Folge nur noch zu erwarten, wer für den eigenen Bedarf ein Schwein schlachtete, wobei die geringste Straffrist bei polnischen Angeklagten zwei Jahre Straflager – also Gefängnis – betrug. Diente die Schlachtung dagegen ausschließlich dem Verkauf, verhängte das Zichenauer Sondergericht seit Mai 1942 regelmäßig die Todesstrafe. Die Anzahl und das Gewicht der geschlachteten Tiere waren dabei gleichgültig. In mehreren Fällen wurden Polen wegen der Schlachtung von nur zwei Schweinen bis Juni 1942 zum Tode verurteilt. Allein zwischen dem 10. und 16. Mai 1942 verhängte das Sondergericht Zichenau sechs Todesurteile.[31]

Die Spruchpraxis des Sondergerichts Zichenau in den Kriegswirtschaftssachen war jedoch singulär. Die Urteile in solchen Fällen, vor allem gegen Polen, blieben in Zichenau über die gesamte Besatzungszeit hinweg ausgesprochen hart. Die meisten der 443 nachweisbaren Todesurteile des Sondergerichts Zichenau ergingen wegen Kriegswirtschaftsverbrechen.[32]

---

[30] APW, Sąd Specjalny przy Sądzie Krajowym w Ciechanowie, Sign. 86, Bl. 179a, Urteil des Sondergerichts Zichenau, 25. Juli 1941.

[31] BA Berlin, R 3001/23375, Bl. 199–200, Lagebericht des Generalstaatsanwalts in Königsberg, 31. Januar 1943.

[32] MAJER, „Fremdvölkische", S. 789–790; BA Berlin, R 3001/9803/7/2, Bl. 182, Übersicht über die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht in Praschnitz, 15. Dezember 1939; BA Berlin, R 3001, Film 22917, Übersicht über die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Zichenau, 21. August 1940.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Damit überstieg die Zahl der vom Sondergericht Zichenau verhängten Todesurteile sogar noch diejenige des Sondergerichts Bromberg, für das sich 338 Verurteilungen zum Tode – meist wegen des sogenannten Bromberger Blutsonntags – nachweisen lassen.[33] Im Warthegau wurden 1942 indes in nur wenigen Fällen Todesurteile wegen Schwarzschlachtungen ausgesprochen. Die Unterschiede zwischen deutschen und polnischen Angeklagten hinsichtlich des Strafmaßes waren dort dabei vergleichsweise gering. Im August und September 1942 erhielten Polen für die Schwarzschlachtung eines Schweines durchschnittlich drei bis fünf Jahre Straflager, Deutsche drei Jahre Gefängnis.[34]

Warum war die Spruchpraxis in Zichenau so extrem? Neben einer möglichen Abwehrhaltung gegenüber Eingriffen der Polizei, die hier im ersten Halbjahr 1940 drastisch verliefen, waren die im Sommer 1940 in Kraft gesetzten sonderrechtlichen Bestimmungen verantwortlich. So sah etwa der Paragraf über verbotenen Waffenbesitz als einzige Sanktion die Todesstrafe vor. Eine weitere, deutliche Verschärfung brachte dann das Inkrafttreten der Polenstrafrechtsverordnung zu Jahresende 1941 mit sich, deren Artikel I, Absatz 3 erhebliche Bedeutung als strafverschärfende Bestimmung besaß. Er lautete: Polen und Juden „werden mit dem Tode, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe bestraft [...] wenn sie durch ihr sonstiges Verhalten das Ansehen oder das Wohl des Deutschen Reiches oder des deutschen Volkes herabsetzen oder schädigen".[35]

Dieser Paragraf ermöglichte es, jederzeit über das gesetzlich vorgesehene Strafmaß hinauszugehen und zwar bis zur Todesstrafe. Gleichzeitig kriminalisierte er jedes irgendwie unerwünschte Verhalten einer Polin bzw. eines Polen. Seit 1942 fand er in fast allen Strafsachen mit polnischen Angeklagten Anwendung. Darüber hinaus sind weitere Gründe für die Urteilspraxis plausibel, etwa ein ausgeprägter Antipolonismus der Justizjuristen und der gerade im Regierungsbezirk Zichenau große soziale Unterschied zwischen Richtern und Angeklagten: Während die Justizjuristen meist den oberen städtischen Mittelschichten entstammten, kamen die

[33] WECKBECKER, Zwischen Freispruch und Todesstrafe.

[34] AIPN Łódź, 189/230, Bl. 120–121, Bericht des Oberstaatsanwalts in Litzmannstadt an den Generalstaatsanwalt in Posen, 14. Mai 1942; BA Berlin, R 3001/23383, Bl. 118–119, Lagebericht des Generalstaatsanwalts in Posen, 31. Mai 1943; AIPN Łódź, 189/230, Bl. 198, Bericht des Generalstaatsanwalts in Posen an den Reichsminister der Justiz, 24. September 1942.

[35] Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten. Vom 4. Dezember 1941, in: Deutsches Reichsgesetzblatt I (1941), Nr. 140, S. 759–761, hier S. 759.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Angeklagten häufig aus einem armen, klein- und kleinstbäuerlichen Milieu.[36] Dieser Unterschied dürfte das bei zumindest einigen Richtern vorhandene Gefühl, einer „Herrenrasse" anzugehören, verstärkt haben. Hinzu kam gerade bei den Kriegswirtschaftsdelikten die sich verschlechternde Versorgungslage während des Krieges. Die Schwarzschlachtungen gefährdeten aus Sicht der Justiz die Pläne, im Bezirk Zichenau landwirtschaftliche Überschüsse zu produzieren und ans Reich zu liefern. Das Verfehlen dieses zentralen wirtschaftspolitischen Ziels diente zur Begründung der drakonischen Strafpraxis.[37]

Die Räumung der Justizbehörden und Strafanstalten

Das Ende der Annexionsjustiz in Zichenau vollzog sich zwischen Herbst 1944 und Januar 1945. Während für die anderen Oberlandesgerichtsbezirke der eingegliederten Ostgebiete – also Danzig, Posen und Kattowitz – seit Sommer 1944 detaillierte Pläne zur Räumung ausgearbeitet wurden, hatte Erich Koch in Übereinstimmung mit der Wehrmachtführung für Ostpreußen alle Vorbereitungen für eine Evakuierung verboten. Erst im September nahm man sich vor, Evakuierungspläne für die Randgebiete Ostpreußens auszuarbeiten. Zu diesem Zeitpunkt war die Front bereits an der Grenze angekommen.[38]

Trotz des Verbots fing die Justiz bereits im Juli 1944 damit an, Akten aus den grenznahen Bezirken auszulagern, doch wurden Häftlinge der ostpreußischen Anstalten bis zuletzt für Schanzarbeiten eingesetzt.[39] Am 7. Oktober 1944 bereiste der Königsberger Oberlandesgerichtspräsident Max Draeger den Bezirk und vereinbarte mit den Richtern, welche Einrichtungsgegenstände und Akten in den nächsten Tagen nach Königsberg

[36] BOŻENA GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989.

[37] BA Berlin, R 3001/23375, Bl. 72–81, Lagebericht des Generalstaatsanwalts in Königsberg, 6. Juni 1941.

[38] RALF MEINDL, Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007, S. 427–431. Zu den Kämpfen um Ostpreußen: RICHARD LAKOWSKI, Ostpreußen 1944/45. Krieg im Nordosten des Deutschen Reiches, Paderborn 2016.

[39] STANISŁAW NAWROCKI, O więzieniach hitlerowskich w tzw. Kraju Warty i ich ewakuacji w styczniu 1945 r., in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 27 (1977), S. 73–88, hier S. 80.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„in Sicherheit" gebracht werden sollten.[40] Zu diesem Zeitpunkt herrschte offenbar noch Optimismus, dass sich die militärische Lage stabilisieren werde. Am 11. Oktober begann die Räumung der ersten Amtsgerichte und Haftanstalten, Zichenau selbst wurde erst im Januar 1945 geräumt.

Wesentlich dramatischer als das Schicksal der Justizbediensteten war das Schicksal der Häftlinge der Justizvollzugsanstalten. Während die Gefangenen des Strafgefängnisses in Schröttersburg offenbar zusammen mit den Richtern, Staatsanwälten und dem übrigen Justizpersonal am 19. Januar in Richtung Margonin im Warthegau aufbrachen, ereigneten sich in den allesamt kleineren Anstalten des Bezirks, in denen meist nur Gefangene mit Strafen von bis zu sechs Monaten einsaßen, mehrere Massaker, obwohl die entsprechenden Richtlinien des Reichsjustizministeriums ausdrücklich die Freilassung von Gefangenen mit kurzen Haftstrafen vorsahen. So wurden im Gerichtsgefängnis in Plöhnen (Płońsk) am 16. Januar 78 Gefangene erschossen, im Gerichtsgefängnis Sichelburg (Sierpc) fielen drei Tage später 85 Häftlinge einem Massaker zum Opfer.[41] Damit endete die deutsche Justiz im Bezirk Zichenau.

Fazit

In der Zusammenschau zeigt sich, dass nicht etwa die Justiz im von Reichsstatthalter Arthur Greiser zum „Mustergau" erklärten Reichsgau Wartheland die von der politischen wie auch von der Führung der Justiz durch Verordnungen und etliche Rundverfügungen geforderte Diskriminierung polnischer „Rechtsbrecher" mit Hilfe besonders krasser Urteile umsetzte, sondern dass vielmehr das Sondergericht Zichenau diese Justizpolitik in seinen Entscheidungen auf die Spitze trieb. Es war auch nicht das Sondergericht Bromberg (Reichsgau Danzig-Westpreußen), das die schärfste antipolnische Jurisdiktion verfolgte. Es war vielmehr das Sondergericht Zichenau, das die meisten Todesurteile verhängte. Dabei dominierten die „Kriegswirtschaftsverbrechen". Die Sicherung der wirtschaftlichen Ausbeutung des Bezirks war das Ziel und Abschreckung der Strafzweck, der hinter den massenhaften Todesurteilen stand.

[40] Bericht des OLG-Präsidenten, in: Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 282–285, hier S. 283.

[41] Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945. Informator encyklopedyczny, Warszawa 1979, S. 395, 452.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ob die Abschreckung tatsächlich erfolgreich war, ist jedoch insgesamt eher zweifelhaft, wie die Konjunkturen der „Kriegswirtschaftskriminalität" zeigen: Auf einen Rückgang entsprechender Delikte, der von den Justizjuristen stets auf eine Verschärfung der verhängten Strafen zurückgeführt wurde, folgte nach wenigen Monaten ein erneuter Anstieg. Insgesamt zwei solcher Zyklen lassen sich nachweisen,[42] bis im Winter 1942/43 schließlich die Partisanen ein ernstes Problem auch in wirtschaftlicher Hinsicht wurden: So konnten sie einige wegen „Kriegswirtschaftsverbrechen" verurteilte Polen befreien und der Königsberger Generalstaatsanwalt dokumentierte sogar den Fall einer bewaffneten „Schwarzschlächterbande".[43] Inwieweit Verstöße gegen die Verordnungen der Besatzer darüber hinaus von der Bevölkerung als „normal" akzeptiert wurden, bedarf weiterer Untersuchungen, denn immerhin war es kaum möglich anders das Überleben der eigenen Familie sicherzustellen.[44]

[42] BA Berlin, R 3001/23375, Bl. 77–78, Lagebericht des Generalstaatsanwalts in Königsberg, 6. Juni 1941; BA Berlin, R 3001/23375, Bl. 161, Lagebericht des Generalstaatsanwalts in Königsberg, 11. Juni 1942.

[43] BA Berlin, R 3001/23375, Bl. 199–200, Lagebericht des Generalstaatsanwalts in Königsberg, 31. Januar 1943.

[44] Laut Tomasz Szarota hatte die exzessive Verhängung der Todesstrafe in Warschau auch für kleinere Delikte den von der Besatzungsmacht unintendierten Effekt, dass sich die Bewohner der Stadt einen „Sport" daraus machten, deutsche Vorschriften zu umgehen, denn wenn man wegen jedem „Fehlverhalten" zum Tode verurteilt werden könne, verliere die Strafe ihre abschreckende Wirkung. TOMASZ SZAROTA, Warschau unter dem Hakenkreuz. Leben und Alltag im besetzten Warschau 1.10.1939 bis 31.7.1944, Paderborn 1985, S. 23.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Janusz Piwowar

Das Standgericht der Geheimen Staatspolizei im Regierungsbezirk Zichenau

Zur Charakteristik eines zentralen Quellenbestands

Einführung

Die Tätigkeit des Standgerichtswesens der Polizei im Generalgouvernement und den an das Reich angegliederten Gebieten stellt bis heute ein Desiderat in der polnischen historischen Forschung dar. Ein Grund dafür ist zweifellos in der unzureichenden Quellenbasis zu suchen, da der überwiegende Teil der Akten der Geheimen Staatspolizei in den von Deutschland besetzten Gebieten verloren ist. Eine Ausnahme bildet die umfangreiche Überlieferung der Gestapo für den Regierungsbezirk Zichenau, die heute im Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens (*Instytut Pamięci Narodowej*, IPN) in Warschau aufbewahrt wird. Dieser in der historischen Forschung selten herangezogene Quellenkorpus steht im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen. Neben einer Charakterisierung dieses Bestands und der Periodisierung der institutionellen Entwicklung werden dabei anhand verschiedener Urteile an Einzelpersonen und Gruppen zentrale Aspekte der Spruchpraxis des in der ersten Jahreshälfte 1940 tätigen „Standgerichts der Geheimen Staatspolizei – Staatspolizeistelle Zichenau" sowie des 1942–1944 wirkenden „Standgerichts für den Regierungsbezirk Zichenau und Sudauen" aufgezeigt und eingeordnet. Ziel soll es sein, das Forschungspotenzial der Zichenauer Gestapo-Akten zu verdeutlichen und damit den Anstoß zu einer weiteren wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem umfangreichen Aktenmaterial zu geben.

Der Bestand „Geheime Staatspolizei – Staatspolizeistelle Zichenau / Schröttersburg" (*Tajna Policja Państwowa. Oddział w Ciechanowie / Płocku*) GK 629 enthält 13.167 Akteneinheiten, eine Personenkartei (fast 7 lfm) sowie sogenannte „Tagebücher", also die Posteingangs- und Post-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ausgangsbücher der Jahre 1941–1944. Es ist unklar, auf welche Weise diese Aktensammlung in die Hände der volkspolnischen Behörden geriet. Belegt ist lediglich, dass sie in den 1980er Jahren vom Zentralarchiv des Innenministeriums (*Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych*) in das Archiv der Hauptkommission zur Untersuchung der NS-Verbrechen in Polen (*Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce*) gelangte. Zuvor war das Material, zumindest die Personenkartei, im Staatsarchiv Bromberg (*Archiwum Państwowe w Bydgoszczy*) aufbewahrt worden.

Die Bedeutung des Bestands der Gestapo Zichenau für die Erforschung des deutschen Polizeistandgerichtswesens auf polnischem Territorium wird umso deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, wie wenig andere archivalische Überlieferungen Informationen zu diesem Thema enthalten. Zu ihnen gehören die ebenfalls im IPN aufbewahrten beiden Bestände des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Radom bzw. von dessen Außenstelle Petrikau (Piotrków Trybunalski).[1] Letzterer enthält Originale der Standgerichtsurteile, die auf der Grundlage der von Hans Frank am 2. Oktober 1943 erlassenen Verordnung zur Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement gefällt wurden.[2] Protokolle von Gerichtsverhandlungen sind hingegen nur wenige erhalten, dafür aber zahlreiche Plakate und Anschläge aus den einzelnen Distrikten des Generalgouvernements.[3]

Ein weiterer ergänzender IPN-Bestand ist die einzigartige Dokumentation des Konzentrationslagers Groß-Rosen, die Protokolle der 1944 in diesem Lager durchgeführten Exekutionen aufgrund von Urteilen der Polizeistandgerichte in den Distrikten Warschau und Radom enthält.[4] Schließlich sind auch die Akten der Nachkriegsprozesse gegen NS-Täter von Interesse für das Thema. Der Prozess gegen den Warschauer Gestapo-Chef Ludwig Hahn zeigte etwa klar auf, dass die „Rechtsprechung" der

[1] Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken, Warschau] (hiernach: AIPN), GK 105 und GK 643. Der Bestand GK 105 enthält u. a. Fragmente einer Personenkartei mit Angaben zu den Standgerichtsurteilen; GK 105/213, Einträge von Tomasz Kwaśniewski, Bronisław Miesiorowski und Jan Poddębniak.

[2] AIPN, GK 643/16 (Stanisław Kędzierski, hingerichtet im KL Groß-Rosen am 21. Oktober 1944) und GK 643/36 (Antoni Niezgoda, Piotr Łukaszewski); Verordnung zur Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement, in: Verordnungsblatt für das Generalgouvernement, 1943, Nr. 82, 9. Oktober 1943, S. 589.

[3] AIPN, GK 141.

[4] AIPN, GK 165/87.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gestapo lediglich eine Fiktion war und die Standgerichte nichts mit dem Zivilrecht, geschweige denn mit einer rechtsstaatlichen Behandlung der Angeklagten zu tun hatten.[5] Im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess kam die Arbeit der Standgerichte während der Befragung des vormaligen Gestapo-Chefs von Kattowitz (Katowice), Johannes Thümmler, zur Sprache.[6]

Das Standgericht der Geheimen Staatspolizei – Staatspolizeistelle Zichenau (1939–1940)

Die Entstehung von Standgerichten der Polizei in den besetzten polnischen Gebieten geht zurück auf die vom Oberbefehlshaber des Heeres, General Walther von Brauchitsch, erlassene Verordnung über Waffenbesitz vom 12. September 1939.[7] Darin verfügte er die Ablieferung aller Waffen in den eroberten polnischen Gebieten innerhalb von 24 Stunden. Diese Vorschrift galt auch für Angehörige der polnischen Streitkräfte. Die Ahndung von Zuwiderhandlungen, auf die die Todesstrafe stand, wurde militärischen Standgerichten übertragen.

---

[5] Ludwig Hahn (1927–1986), Jurist, Mitglied der NSDAP und SS, Kommandant der Sipo in Warschau vom 31. Juli 1941 bis Ende 1944. Hahn wurde 1973 vom Schwurgericht Hamburg wegen Beihilfe zum Mord an mindestens 100 Polen 1973 zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. 1975 folgte eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen seiner Beteiligung an den Deportationen von Juden aus dem Warschauer Ghetto. Über die Tätigkeit des Warschauer Standgerichts der Gestapo sagte in Hamburg die ehemalige Kanzleiangestellte der Gestapo in Warschau, Irena Chmielewicz, als Zeugin aus. TADEUSZ KUR, Sprawiedliwość pobłażliwa, Warszawa 1975, S. 251–255.

[6] Johannes Thümmler (1906–2002), Jurist, Mitglied der NSDAP, SA und SS, Leiter der Gestapo in Kattowitz. ALFRED KONIECZNY, Uwagi o sądzie doraźnym katowickiego gestapo pod kierownictwem SS-Obersturmbannführera Johannesa Thümmlera (październik 1943 – styczeń 1945), in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 24 (1972), S. 105–168; HERMANN LANGBEIN, Auschwitz przed sądem. Proces we Frankfurcie nad Menem 1963–1965, Wrocław u. a., S. 267–270. Im Archiv des IPN befindet sich eine einzigartige Personenkartei der Gestapo Kattowitz, Außenstelle Sosnowitz (Sosnowiec), in der die Gerichtsurteile des Standgerichts Kattowitz vermerkt wurden: AIPN, GK 708/9.

[7] Verordnung über Waffenbesitz, 12. September 1939, in: Hitlerowskie „prawo" okupacyjne w Polsce. Wybór dokumentów, hg. v. KAROL MARIAN POSPIESZALSKI, Poznań 1952, S. 46; HANS UMBREIT, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977, S. 138. Aufgrund dieser Verordnung erließ etwa das Standgericht Sanok das Todesurteil gegen Leokadia Górska (am 5. Juli 1940 vollstreckt): AIPN, GK 708/9.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Am 21. September 1939 folgte eine ebenfalls von Brauchitsch unterzeichnete Ergänzung zu besagter Verordnung, mit der die Möglichkeit zur Einrichtung von polizeilichen Standgerichten geschaffen wurde.[8] Nunmehr durften einem solchen Gremium nicht wie bisher ausschließlich Mitglieder der Wehrmacht angehören, sondern es konnte auch aus einem Kommandeur eines Polizeiregiments oder -bataillons bzw. dem Führer eines Einsatzkommandos der Sipo nebst zwei Angehörigen ihres Befehlsbereichs bestehen. Die Befugnisse des Gerichts waren auf den Tatbestand des illegalen Waffenbesitzes nach den Paragrafen 1 und 2 der Verordnung vom 12. September beschränkt. Die Entstehung der Standgerichte ist somit Teil des Vorgehens der deutschen Polizei- und Militärbehörden gegen hinter der Front kämpfende versprengte Soldaten. Indem man sie zu Freischärlern und damit zu Nichtkombattanten erklärte, wurde das Kriegsrecht de facto aufgehoben. Die Standgerichte waren das wichtigste Werkzeug dieser Politik und wurden neben der „Schutzhaft" zu einem weiteren Terrorinstrument in der Hand der Gestapo in den besetzten Gebieten.[9]

Die Tätigkeit von Standgerichten im Regierungsbezirk Zichenau lässt sich erst für die erste Jahreshälfte 1940 zweifelsfrei nachweisen. Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass ein solches Gremium in Nordmasowien bereits im Spätherbst 1939 bestand, da für den 10. November 1939 die Hinrichtung mehrerer wegen dem Besitz von Waffen und Munition zum Tode verurteilter Polen in Zichenau und Plock (Płock) überliefert ist.[10] In der ersten Phase nachweislicher Aktivitäten des Standgerichts wurden ausschließlich Todesurteile gefällt, etwa gegen ehemalige Mitglieder der

[8] Verordnung des Oberbefehlshabers des Heeres zur Ergänzung der Verordnung über Waffenbesitz, 21. September 1939, in: Hitlerowskie „prawo" okupacyjne w Polsce, S. 47.

[9] Einführend zur Standgerichtsbarkeit: BECKER, Mitstreiter im Volkstumskampf, S. 141 f.; UMBREIT, Deutsche Militärverwaltungen, S. 169. Zur Umsetzung des Kriegsrechts durch die Wehrmacht und zur Frage des Kombattantenstatus in Polen: ANDREAS TOPPE, Militär und Kriegsvölkerrecht. Rechtsnorm, Fachdiskurs und Kriegspraxis in Deutschland 1899–1940, München 2008, S. 286–396.

[10] Rejestr miejsc i faktów zbrodni popełnionych przez okupanta hitlerowskiego na ziemiach polskich w latach 1939–1945. Województwo płockie, hg. v. Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warszawa 1985, S. 65; Rejestr miejsc i faktów zbrodni popełnionych przez okupanta hitlerowskiego na ziemiach polskich w latach 1939–1945. Województwo ciechanowskie, hg. v. Ders., Warszawa 1984, S. 18 f.; MARIA WARDZYŃSKA, Był rok 1939. Operacja niemieckiej policji bezpieczeństwa w Polsce Intelligenzaktion, Warszawa 2009, S. 223. Bislang blieb die Suche nach Standgerichtsurteilen im Bestand „Geheime Staatspolizei – Staatspolizeistelle Zichenau / Schröttersburg" aus dem Jahr 1939 ohne Erfolg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Polnischen Militärorganisation (*Polska Organizacja Wojskowa*, POW),[11] die angeblich Volksdeutsche verfolgt oder Kenntnis von versteckten Waffen hatten.

Eine weitere Gruppe Verurteilter waren Juden, die illegal aus dem Generalgouvernement in den Regierungsbezirk zurückkehrten. Die erste dokumentierte Sitzung des Standgerichts fand am 8. Februar 1940 im Sitz der Gestapo in Plock statt. Vorsitzender des Gerichts war der Inspektor des SD und der Sipo in Königsberg, Otto Rasch.[12] Als Beisitzer traten SS-Untersturmführer Max Hugo Bandow[13] und SS-Oberscharführer Lerch[14] in Erscheinung. Das an diesem Tag verkündete Urteil sah die Todesstrafe wegen deutschfeindlichen Verhaltens für die ehemaligen POW-Mitglieder Tadeusz Czapliński, Wincenty Glegociński (siehe Quellenanhang), Władysław Nowicki und den Journalisten der regionalen Tageszeitung „Głos Mazowiecki" Michał Niemir vor.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Biografie Nowickis. Geboren am 2. Februar 1892, hatte er im Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1920 einen Arm verloren. Grundlage für seine Verurteilung war die Aussage des Volksdeutschen Ludwig Friedrich vom 24. Januar 1940 bei der Gestapo Plock. Friedrich, der Nowicki nach eigenen Angaben seit 1923 kannte, bestätigte, dass dieser im Frühjahr 1938 an antideutschen Unruhen teilgenommen habe und im Allgemeinen seit jeher deutschfeindlich eingestellt gewesen sei. Bereits diese Aussage genügte für ein Todesurteil.

Eine antideutsche Einstellung angenommen wurde auch im Falle Niemirs, eines Teilnehmers des Ersten Weltkriegs in deutscher Uniform

---

[11] Die POW wurde im Ersten Weltkrieg von Józef Piłsudski als paramilitärische Geheimorganisation gegründet, die durch Geheimdienstarbeit und Sabotageaktionen auf die polnische Staatsgründung hinarbeiten sollte. Im November 1918 war die POW maßgeblich an der Entwaffnung der deutschen und österreichischen Truppen beteiligt. Viele POW-Mitglieder traten den neu formierten polnischen Streitkräften bei, kämpften in den Aufständen in Schlesien und Großpolen oder übernahmen politische Funktionen.

[12] Otto Rasch (1891–1948), Jurist, SS-Brigadeführer, von November 1939 bis November 1941 Inspekteur des SD und der Sipo in Königsberg, danach Leiter der Einsatzgruppe C; MARCIN PRZEGIĘTKA, Niemiecki obóz w Działdowie (niem. Soldau) w latach 1940–1945. Nowe ustalenia w świetle dokumentów ze zbiorów niemieckiego Archiwum Federalnego i Archiwum IPN, in: Polska pod okupacją 1939–1945, Bd. 2, Warszawa 2016, S. 78–115, hier S. 84; WARDZYŃSKA, Był rok 1939, S. 227.

[13] Max Hugo Bandow war Kriminalsekretär und wurde am 23. November 1939 nach Plock versetzt; ELŻBIETA SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach lokalnej prasy NSDAP 1939–1945, Płock 2016, S. 148.

[14] Zur Person Lerchs konnten keine näheren Informationen gefunden werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Trägers des Eisernen Kreuzes. Die Gestapo beauftragte am 10. Februar 1940 den Selbstschutz Südostpreußen mit der Vollstreckung der Urteile, die in den Wäldern von Łąck bei Plock erfolgte.[15]

Seit Anfang April 1940 wurden die Todesurteile des Standgerichts im Durchgangslager Soldau,[16] wo auch Sitzungen des Gerichts stattfanden, vollstreckt. Am 7. April wurden hier Franciszek Brzeziński, Eugeniusz Czarnecki (Czernecki), Józef Firinowicz und Stanisław Fronczak wegen Vergehen gegen Volksdeutsche oder der Verbreitung von „Greuelnachrichten" zum Tode verurteilt.[17] Am 16. bzw. 17. April fanden vor dem Standgericht der Geheimen Staatspolizei – Staatspolizeistelle Zichenau 20 Verfahren gegen Juden statt, die von Beamten des Grenzpolizeikommissariats Modlin-Nowy Dwór aufgegriffen worden waren.[18] Sie hatten die sogenannte „grüne Grenze" zum Generalgouvernement überschritten und waren dann nach Nowy Dwór zurückgekehrt.

---

[15] AIPN, GK 629/4166 (Władysław Nowicki), GK 629/656 (Tadeusz Czapliński), GK 629/4022 (Michał Niemir), GK 629/1057 (Wincenty Glegociński); Rejestr miejsc i faktów zbrodni. Województwo płockie, S. 53 f. Zu Nowicki: GRZEGORZ GOŁĘBIEWSKI / JANUSZ PIWOWAR, Władysław Nowicki (1892–1940) – peowiak, bohater obrony Płocka w 1920 r., ofiara represji niemieckich, in: Notatki Płockie 63 (2018), 4, S. 17–27. Zur Rolle des Selbstschutzes siehe den Beitrag von Marcin Przegiętka in diesem Band.

[16] Das Lager Soldau (Działdowo) war 1939 zunächst ein Kriegsgefangenenlager. Der Zeitpunkt der Umwandlung in ein Durchgangslager ist nicht genau bekannt und erfolgte wahrscheinlich in der ersten Jahreshälfte 1940; PRZEGIĘTKA, Niemiecki obóz w Działdowie, S. 82; JANUSZ GUMKOWSKI, Obóz hitlerowski w Działdowie, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 10 (1958), S. 57–88. Im Oktober 1941 wurde das Durchgangslager zum Arbeitserziehungslager. AIPN, GK 629/10796, S. 15 f.

[17] AIPN, GK 629/948 (Stanisław Fronczak), Anklage wegen Teilnahme an der Verschleppung und Misshandlung von 1.500 Volksdeutschen, GK 629/8152 (Franciszek Brzeziński), Anklage wegen Teilnahme an der Verfolgung und Ermordung des Volksdeutschen Edwin Jesse, GK 629/8294 (Eugeniusz Czernecki / Czarnecki), Teilnahme an der Verschleppung und Misshandlung von 1.500 Volksdeutschen (Józef Firinowicz), Anklage wegen Schmuggel und Verbreitung von Gräuelnachrichten. Siehe auch die Personenkartei zum Bestand GK 629/I/12996 (Eugeniusz Polec, Antoni und Marian Słomka).

[18] AIPN, GK 629/938 (Haske Fridmann), GK 629/3035 (Mendel Litwinowicz), GK 629/2983 (Hertschek Lipstein), GK 629/3032 (Ruchla Littmann), GK 629/3051 (Janke Lofer), GK 629/10585 (Hertsch Starkopf), GK 629/10985 (Janke Kleister), GK 629/1083 (Icek Goldbruch), GK 629/1329 (Leib Hirschfang), GK 629/10536 (Abe Slozeski) GK 629/9085 (Kirschbaum Saja), GK 629/8558 (Barek Elfenbein), GK 629/918 (Schulim Finkelstein), GK 629/3245 (Isak Mak – in dieser Akte ist auch die vollständige Liste mit den Namen der 20 Hingerichteten sowie die Korrespondenz von Kommandant Hans Krause in Soldau bezüglich der Durchführung der Hinrichtung enthalten), GK 629/889 (Moschek Eitelsberg), GK 629/303 (Chaim Bur), GK 629/227 (Abraham Bornstein), GK 629/5330 (Baruch Rosenbaum), GK 629/7844 (Moschek Altstein). Siehe auch die Personenkartei zum Bestand GK 629/I/12996.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Geleitet wurde das Richtergremium von dem Chef der Staatspolizeistelle Zichenau, SS-Hauptsturmführer und Regierungsassessor Hartmut Pulmer.[19] Als Beisitzer fungierten SS-Untersturmführer Kriminalkommissar Rudolf Renner und der SS-Untersturmführer Kriminalsekretär Albert Schenk.[20] Die in Zichenau gefällten Todesurteile wurden am 16. Mai 1940 erneut in Soldau durchgeführt. Dabei anwesend war Otto Rasch, dem das Lager unterstand.

Die angeführten Beispiele lassen den Schluss zu, dass das Standgericht zunächst ein wichtiges Instrument bei der Errichtung und Durchsetzung der deutschen Besatzungsherrschaft, bald aber auch bei der Umsetzung der auf Unterdrückung, Entrechtung und Dezimierung von Polen und Juden angelegten NS-Volkstumspolitik war. Letzteres wurde zum tragenden Element der zweiten Phase der Aktivitäten des Standgerichts, doch ließen sich deren Gestalt und Konsequenzen bereits im Jahr 1940 klar erkennen. Dies verdeutlicht auch das letzte Standgerichtsurteil dieser ersten Phase, das auf den 30. August 1940 datiert, als in Makow (Maków Mazowiecki) Konstanty Leszczyński als „Berufsverbrecher" hingerichtet wurde.[21] In der Zwischenzeit war der Regierungsbezirk Zichenau in den Gültigkeitsbereich des deutschen Rechts integriert worden. Die entsprechende Verordnung vom 6. Juni 1940 sah – gegen den Willen Heinrich Himmlers – einen Fortbestand der Polizeistandgerichte nicht vor.[22]

Das Standgericht für den Regierungsbezirk Zichenau (1942–1944)

Die nächsten Urteile fällte das Standgericht erst in der zweiten Jahreshälfte 1942, womit die zweite Phase von dessen Tätigkeit einsetzte. Die Reaktivierung des Gerichts stand im Zusammenhang mit der Verordnung

[19] Hartmut Pulmer (1908–1978), Jurist, Mitglied der SS, ab Januar 1940 Leiter der Stapostelle Zichenau, seit dem 1. Januar 1943 Kommandeur der Sicherheitspolizei im französischen Rennes. SZUBSKA-BIERON, Płock, S. 141 f.

[20] Ebd., S. 171.

[21] AIPN, GK 629/9367. Ebenfalls am 30. August 1940 wurden in Schirps (Sierpc) 42 Personen hingerichtet. Unter ihnen befanden sich sechs Männer (Zygmunt Augustyniak, Eugeniusz Chrostowski, Bronisław Lao, Stanisław Przybylski, Stanisław Szachta, Stanisław Zabokrzycki), die wahrscheinlich am gleichen Tag vom Standgericht zum Tode verurteilt worden waren: GK 629/4992 (Stanisław Przybylski), GK 629/485 (Eugeniusz Chrostowski); Rejestr miejsc i faktów zbrodni. Województwo płockie, S. 79.

[22] CZESŁAW MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. 2, Warszawa 1970, S. 248–251.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. Dezember 1941.[23] Sie wurde vom Ministerrat für die Reichsverteidigung herausgegeben und von Hermann Göring, Wilhelm Frick und Hans Heinrich Lammers unterzeichnet. Die auch als „Polenstrafrechtsverordnung" bekannte Regelung trat zum 30. Dezember 1941 in Kraft, betraf aber rückwirkend auch Gesetzesübertretungen aus der Zeit zuvor.[24] Im Paragrafen XIII wurde der Oberpräsident bzw. Reichsstatthalter zur Einsetzung von Standgerichten nach Zustimmung der Minister für Inneres und Justiz berechtigt.

In den Aufgabenbereich der Standgerichte fielen Verfahren „wegen schwerer Ausschreitungen gegen Deutsche sowie wegen anderer Straftaten, die das deutsche Aufbauwerk ernstlich gefährden".[25] Die einzige vorgesehene Strafe war die Todesstrafe. Das Gericht konnte auch „von Strafe absehen und statt dessen die Überweisung an die Geheime Staatspolizei aussprechen."[26] Die Zusammensetzung des Gerichts und der einzelnen Verfahren bestimmte jeweils der Reichsstatthalter oder Oberpräsident.[27] Erich Koch nutzte in seiner Eigenschaft als ostpreußischer Oberpräsident die neuen Möglichkeiten der Polenstrafrechtsverordnung und gab am 15. August 1942 selbst die Verordnung über die Errichtung von Standgerichten in den eingegliederten Ostgebieten der Provinz Ostpreußen heraus, die für den Regierungsbezirk Zichenau und den Landkreis Sudauen galt.[28]

In den überlieferten Akten trug das in Nordmasowien tätige Standgericht die offizielle Bezeichnung „Standgericht für den Regierungsbezirk Zichenau". Es richtete seine Aktivitäten vor allem gegen Mitglieder des polnischen politischen und militärischen Untergrunds. Die entsprechen-

[23] Verordnung über die Strafrechtpflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten. Vom 4. Dezember 1941, in: Deutsches Reichsgesetzblatt I (1941), Nr. 140, S. 759–761, hier S. 759.

[24] JAN WASZCZYŃSKI, Z działalności hitlerowskiego sądu specjalnego w Łodzi (1939–1945), in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 24 (1972), S. 14–104, insbes. S. 25, 30 f., 40.

[25] Verordnung über die Strafrechtspflege, S. 759.

[26] Ebd.

[27] WASZCZYŃSKI, Z działalności, S. 103 f.

[28] Verordnung über die Errichtung von Standgerichten in den eingegliederten Ostgebieten der Provinz Ostpreußen, in: Amtsblatt der Regierung in Zichenau nebst Öffentlichem Anzeiger, 1942, Nr. 31, S. 78; AIPN, GK 318/753, Strafverfahren gegen Erich Koch vor dem für die Wojewodschaft Warschau zuständigen Landgericht, sowie GK 912/455, Fotokopien.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Akten tragen das Kürzel WB (Widerstandsbewegung). Am 15. September 1942 verurteilte das Gericht 40 polnische Männer und Frauen zum Tod am Galgen wegen Mitgliedschaft in der Polnischen Bewaffneten Organisation (*Polska Organizacja Zbrojna*, POZ), einer der Vorgängerstrukturen der Heimatarmee (*Armia Krajowa*, AK). Sie wurden drei Tage nach der Urteilsverkündung in Kittlitz (Rościszewo), Sporwitten (Bodzanów) und Schröttersburg öffentlich hingerichtet. Das Reichssicherheitshauptamt wurde über die Tötung eines jeden Häftlings informiert, wie es eine Verordnung vom 12. August 1942 verlangte.[29] Die Übrigen wurden der Gestapo übergeben, um sie in die Konzentrationslager Auschwitz und Mauthausen zu überstellen.[30]

In einem weiteren Verfahren am 4. Dezember 1942 wurden Soldaten des Verbands für den bewaffneten Kampf (*Związek Walki Zbrojnej*, ZWZ), einer anderen AK-Vorgängerorganisation, verurteilt und am 17. Dezember in Zichenau, Mlawa (Mława), Praschnitz (Przasnysz) und Pultusk (Pułtusk) am Galgen hingerichtet.[31] Vor der Urteilsvollstreckung

[29] AIPN, GK 629/856 (Ignacy Dzierżanowski, hingerichtet in Rościszewo), GK 629/3512 (Leopold Mazurowski, hingerichtet in Rościszewo), GK 629/10161 (Leon Pomierny, hingerichtet in Plock), GK 629/106 (Władysław Bogiel), GK 629/2344 (Antoni Krzywoszyński, hingerichtet in Plock), GK 629/7116 (Zygmunt Wolski, hingerichtet in Plock – in einigen Akten wird auch fälschlicherweise Rościszewo als Ort der Hinrichtung angegeben), GK 629/10301 (Stanisław Rakowski, hingerichtet in Bodzanów), GK 629/8867 (Władysław Jackowski, hingerichtet in Rościszewo), GK 629/1398 (Władysław Piotrowski, hingerichtet in Plock), GK 629/3586 (Wiktor Michalak, hingerichtet in Bodzanów), GK 629/885 (Feliks Dziurlikowski, hingerichtet in Rościszewo), GK 629/I/1094 (Gustaw Mossakowski, hingerichtet in Plock), GK 629/2161 (Leon Kalisz, hingerichtet in Bodzanów), GK 629/7957 (Zygmunt Benierowski, hingerichtet in Bodzanów). In der Personenkartei verzeichnet sind Stefan Adamczyk, hingerichtet in Plock, und Władysława Kwiatkowska „Wanda", hingerichtet in Rościszewo; Rejestr miejsc i faktów zbrodni. Województwo płockie, S. 14, 69 f., 76.

[30] AIPN, GK 629/I/103 (Kazimierz Bogiel, gest. im KL Mauthausen), GK 629/2583 (Zygmunt Kwiatkowski), GK 629/1184 (Tadeusz Goszczyński, gest. am 31. Januar 1943 im AEL Soldau). Siehe auch die Einträge zu Tadeusz Goszczyński und Marian Chmielewski (gest. am 1. Februar 1943 im KL Auschwitz) in der Personenkartei GK 629/12996. Weitere Angeklagte wurden nach dem Prozess an die Gestapo übergeben.

[31] AIPN, GK 629/4070 (Bolesław Nodzykowski, hingerichtet in Ciechanów), GK 629/707 (Michalina Czechowska „Nastka", hingerichtet in Mlawa), GK 629/2334 (Stefan Krzykowski, hingerichtet in Pultusk). Weitere Fälle in: Rejestr miejsc i faktów zbrodni popełnionych przez okupanta hitlerowskiego na ziemiach polskich w latach 1939–1945. Województwo ostrołęckie, hg. v. Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warszawa 1985, S. 117; Rejestr miejsc i faktów zbrodni. Województwo ciechanowskie, S. 21, 52, 77.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

waren die Häftlinge im Arbeitserziehungslager Soldau inhaftiert.[32] Wie im zuvor besprochenen Verfahren wurde ein Teil von ihnen der Gestapo überlassen, die sie unter anderem in das KL Auschwitz schickte.[33]

Im Jahr 1943 wurde der Wirkungskreis des Gerichts auf das Gebiet von Suwalken ausgeweitet, was sich auch in der neuen Bezeichnung „Standgericht für den Regierungsbezirk Zichenau und den Kreis Sudauen" niederschlug. An der Gerichtspraxis änderte sich freilich wenig. Am 6. Mai verurteilten die Richter 14 Polen zum Tode durch den Strang. Das Urteil wurde am gleichen Tag im Wald bei Soldau vollstreckt.[34] Das nächste Urteil fiel am 31. Mai und traf in Soldau internierte Mitglieder der Heimatarmee, die damals unter dem Kryptonym Polnischer Aufstandsbund (*Polski Związek Powstańczy*, PZP) aktiv war. Sie wurden unverzüglich im Polizeigefängnis in Pomiechówek erhängt.[35]

Wahrscheinlich wurden alle Todesurteile dem Inspekteur der Sipo und des SD in Königsberg vorgelegt, wobei ihre Bestätigung nur eine Formalie darstellte.[36] Seit April 1943 traten neue Regelungen zu ihrer Vollstreckung in Kraft. Diese sollten nun im KL Stutthof stattfinden, wohin die Häftlinge zuvor auf der Grundlage eines „Schutzhaftbefehls" gebracht wurden. Das Instrument der „Schutzhaft" konnte ab 1943 noch leichter eingesetzt werden, da diese nun direkt von der Gestapo Zichenau / Schröttersburg, also ohne Konsultation des Reichssicherheitshauptamts, angeordnet werden konnte. In Stutthof fanden am 20. April sowie am 21. Juni 1944

---

[32] AIPN, GK 629/I/790 (Zenon Kiembrowski, hingerichtet in Praschnitz), GK 629/7497 (Edmund Zdanowski, hingerichtet in Praschnitz).

[33] AIPN, GK 629/5733 (Stanisław Sieklicki); Eintrag Personenkartei: Marian Chmielewski, gest. in Auschwitz.

[34] AIPN, GK 629/2730 (Hipolit Lechmański); GK 629/10852, Bl. 28, S. 42 f.; Personenkartei: GK 629/12996 (Władysław Adamowski, Zygmunt Adamowski, Tadeusz Banasiewicz, Hipolit Lechmański).

[35] AIPN, GK 629/10716 (Jan Szuper), GK 629/487 (Leon Fabrycki), GK 629/9326 (Tadeusz Kwiatkowski), GK 629/9168 (Lucjan Kociecki), GK 629/I/312 (Bronisław Dobrowolski), GK 629/2227 (Adam Krawieczyński), GK 629/3603 (Michał Michalski), GK 629/7892 (Teodor Banasiak „Gnat"), GK 629/I/210 (Wojciech Chojnacki „Jaks"). Eine Liste mit den Namen der Verurteilten Feliks Antoszkiewicz „Orzeł", Aleksander Galas, Szczepan Biliński, Hieronim Karolak, Jerzy Suwiński „Szkwał", Stanisław Syski „Brzoza" und Jerzy Zieliński „Bór" befindet sich in GK 629/279. Zur Feststellung der Gesamtzahl der Hingerichteten sind weitere Nachforschungen nötig. Wahrscheinlich lag sie aber bei 48 Personen.

[36] So wurde das Urteil gegen Stanisław Aniszewski vom 20. Mai 1944 von Constantin Canaris, dem Inspekteur des SD und der Sipo, am 22. Mai bestätigt und Aniszewski daraufhin in das KL Stutthof verlegt: AIPN, GK 629/26, S. 7.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hinrichtungen statt, wobei Gerichtsurteile vom 13. April und 20. Mai vollstreckt wurden.

Im ersten der beiden Prozesse, dessen Sitzungsprotokoll erhalten ist, waren 16 Soldaten des Untergrunds angeklagt. Das Urteil fällten als Vorsitzender der SS-Sturmbannführer Hinze und dessen Beisitzer SS-Obersturmführer Baumann, SS-Oberscharführer Hauck sowie der Übersetzer und SS-Mann Ast. Die zweite Sitzung leitete der SS-Sturmbannführer Friedrich Schulz, dem SS-Obersturmführer Hermann Schaper, SS-Obersturmführer Kriminalkommissar Bauer assistierten. Die Hinrichtung in Stutthof am 20. April dauerte von 14.30 Uhr bis 16.27 Uhr.[37]

Über die Verhängung der Todesstrafe entschied nicht nur der Wille der „Richter" und die Art des verhandelten „Verbrechens", sondern auch der Gesundheitszustand der Häftlinge. Stellte man bei den Angeklagten ansteckende Krankheiten fest, scheint dies die Fällung des Todesurteils vorbestimmt zu haben. Auf diese Weise kam Stanisław Dominiak ums Leben, bei dem Lungentuberkulose diagnostiziert wurde. Da das Standgericht eine Verbreitung der Krankheit fürchtete, entschied es nicht auf Haft in einem Konzentrationslager, sondern auf Tod durch Erschießen. Dieses Urteil wurde am 19. März 1944 um 14.00 Uhr im Polizeigefängnis Pomiechówek vollstreckt.[38]

Auch bei einer der größten Verhandlungen des Standgerichts am 25. Juni 1943 in Modlin bei Nowy Dwór beeinflusste der Gesundheitszustand zumindest die Art der Todesstrafe. Vorsitzender war erneut Friedrich Schulz, Beisitzer SS Hauptsturmführer Wilhelm Apitz und Hermann Schaper. Es übersetzte SS-Unterscharführer Hermann Plewka. Während der Sitzung wurden 172 Mitglieder des Untergrunds zum Tode verurteilt. 169 von ihnen gehörten wahrscheinlich der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei (*Polska Parta Robotnicza*, PPR) bzw. Volksgarde (*Gwardia*

[37] AIPN, GK 629/9563 (Franciszek Merda, hingerichtet am 21. Juni 1944), GK 629/I/193 (Jan Chilicki, 21. Juni 1944), GK 629/596 (Stanisław Gajewski, 20. April 1943), GK 629/7515 (Antoni Zdunowski, geb. am 17. Januar 1925), GK 629/7517 (Stanisław Zdunowski, hingerichtet am 21. Juni 1944), GK 629/7516 (Jan Zdunowski, hingerichtet am 21. Juni 1944), GK 629/7514 (Antoni Zdunowski, geb. am 8. September 1901), GK 629/I/356 (Roman Dąbrowski „Krakus" u.a. – Sitzungsprotokoll v. 20. April 1943, Bl. 115 u. 123), GK 629/4715 (Jan Plichta), GK 629/8827 (Tadeusz Gusanowski, hingerichtet am 21. Juni 1944), GK 629/9350 (Józef Lasek, hingerichtet am 21. Juni 1944), GK 629/I/1722, GK 629/26 (Stanisław Aniszewski, Edward Socha, Stanisław Socha, hingerichtet am 21. Juni 1944). In der Personenkartei sind außerdem verzeichnet: Franciszek Szczepaniak „Sebastian", Stanisław Adamczyk „Kogut" und Stanisław Gajewski, hingerichtet am 20. April 1943, sowie Marian Adamski, hingerichtet am 21. Juni 1944.

[38] AIPN, GK 629/I/367.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ludowa, GL) an, die übrigen dem ZWZ. Die Hinrichtung erfolgte am gleichen Tag um 12.30 Uhr im Polizeigefängnis Pomiechówek, nachdem die Bestätigung des Urteils durch den Inspektor der Sipo und des SD Constantin Canaris aus Königsberg eingetroffen worden war.[39] Da die Häftlinge an der Ruhr litten, wurden sie aus Angst vor einer Ansteckung erschossen und nicht am Galgen hingerichtet.[40]

Freisprüche verkündete das Standgericht äußerst selten. Eines der wenigen belegten Beispiele ist der Prozess gegen Marian Chmielewski, Bolesław Purzycki sowie Halina, Henryka und Zofia Petrykowska, die am 15. September 1942 freigesprochen und am 2. Oktober 1942 aus dem Lager Soldau entlassen wurden.[41] Es war freilich auch nicht die Aufgabe der Gerichte, Recht zu sprechen, sondern sie blieben wie im Jahr 1940 Instrument der deutschen Besatzungsherrschaft bei der Bekämpfung des Untergrunds, der Umsetzung der rassistischen Volkstumspolitik und der wirtschaftlichen Ausbeutung der polnischen Gebiete. Diese Interessensbereiche wurden freilich nie klar getrennt und überlagerten sich.

So wurden am 1. November 1943 in Modlin neun Männer wegen Viehschmuggels in das Generalgouvernement angeklagt. Man unterstellte ihnen die Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Organisation namens „Kuba-Bande". Friedrich Schulz als Vorsitzender, Hermann Schaper und Bauer verurteilten alle Angeklagten zum Tode.[42] Es ist zweifelhaft, ob es sich tatsächlich um eine kommunistische Organisation handelte und ihre Aktivität über den Viehschmuggel hinausging.

Für fünf andere Männer, Antoni Bandachowski, Edward Gajkowski, Stefan Krupa, Henryk Malanowski, Stefan Nowak, endete eine am 13.

---

[39] Zum Polizeigefängnis in Pomiechówek: Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945. Informator encyklopedyczny, hg. v. CZESŁAW PILICHOWSKI u. a., Warszawa 1979, S. 396 f. Das Gebäude in einem ehemaligen Fort des Festungskomplex Modlin wird heute von der Agentur für Militäreigentum (*Agencja Mienia Wojskowego*) verwaltet. Bei einer Begehung durch Mitarbeiter des IPN im Jahr 2017 wurden zahlreiche Inschriften von Häftlingen gefunden.

[40] AIPN, GK 629/3275 (Stefan Małecki u. a.), Bl. 58; GK 629/345 (Wacław Dmoch, Stefan Chodzyński / Chądzyński). In der Personenkartei sind zudem verzeichnet: Stanisław Chądzyński und Stanisław Kucharski.

[41] AIPN, GK 629/5077 (Bolesław Purzycki), GK 629/4606 (Halina Petrykowska), GK 629/4608 (Zofia Petrykowska), GK 629/4607 (Henryka Petrykowska). In der Personenkartei verzeichnet: Marian Chmielewski und andere. Es wurden an diesem Tag über 20 Personen aus dem AEL Soldau entlassen, nachdem sie vom Standgericht für unschuldig erklärt worden waren.

[42] AIPN, GK 629/10964 (Stanisław Zakrzewski u. a.), GK 629/4888 (Piotr Potocki), GK 629/4883 (Feliks Potocki).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dezember 1943 verhandelte Anklage wegen kommunistischer Betätigung ebenfalls mit Todesurteil.[43]

Dennoch wurden in der Folgezeit auch zahlreiche zweifelsfrei identifizierbare Untergrundkämpfer Opfer des Standgerichts. Am 4. Februar 1944 erhielten im Polizeigefängnis Pomiechówek vor allem AK-Mitglieder das Todesurteil. Die Massenhinrichtung am Galgen fand vor Ort am gleichen Tag statt.[44] Folgt man den Angaben einer erhaltenen Liste, wurden 24 Menschen ermordet.[45] Andere Quellen lassen indes vermuten, dass am 4. Februar noch weitere Urteile fielen.[46]

---

[43] AIPN, GK 629/12996. Das Urteil wurde am gleichen Tag vollstreckt.

[44] AIPN, GK 629/3262 (Henryk Malanowski, Mitglied der NSZ), GK 629/4058 (Stanisław Niski), GK 629/3595, GK 629/10968 Geheim-Tagebuch, Bl. 331 (Jerzy Michalik – unterbrochenes Verhör), GK 629/231 (Jan Czajkowski, Mitglied der GL), GK 629/237 (Antoni Czarzasty), GK 629/I/485, GK 629/10968, Tagebuch, Bl. 327 (Józef Fabisiak „Wyrwa"), GK 629/I/595 (Stanisław Gajewski „Babinicz"), GK 629/I/1010, GK 629/10968, Bl. 289, 291 (Edmund Mazurkiewicz), GK 629/7182 (Wincenty Woźnicki „Bończuk"), GK 629/9036, GK 629/10968, Bl. 357 (Tadeusz Kęsicki), GK 629/5010, GK 629/10968, Bl. 281 (Józef Przybyliński „Bohun"), GK 629/5187, GK 629/10968, Bl. 331 (Kazimierz Redziński), GK 629/8655 (Jan Frydrychowski), GK 629/5384, GK 629/10968, Bl. 337 (Tadeusz Rublikowski „Bolesław"), GK 629/4047, GK 629/10968, Bl. 307 (Władysław Nyka „Podkowa"), GK 629/237, Bl. 12, GK 629/10968, Bl. 313 (Tomasz Dańczuk), GK 629/10968 Tagebuch, Bl. 241 (Jan Antczak „Witek"), GK 629/10968, Bl. 281, 337 (Stanisław Bańka „Zbyszek", Stefan Białacki „Jowisz"), GK 629/10968, Bl. 281 (Mateusz Falkowski „Sęp"), GK 629/10968, Bl. 295 (Mieczysław Grabowski), GK 629/10968, Bl. 297–298, 305, 337 (Stefan Garwacki „Łokietek", Stanisław Grochowalski „Jaroń", Stefan Gumowski „Iskra"), GK 629/10968, Bl. 355 (Bronisław Jankowski „Sikorka"), GK 629/10968, Bl. 295, 305, 313, 341 (Wacław Klik, Lucjan Karpiński „Lew", Jan Krakowski, Kazimierz Kulczycki „Wierch", Jan Aleksander Mossakowski „Skiba", Bolesław Kosowski „Konrad"), GK 629/10968, Bl. 281, 351 (Jan Laszkiewicz, Ludwik Lewalski „Orzeł"), GK 629/10968, Bl. 295, 331 (Henryk Myśliński), GK 629/10968, Bl. 313 (Władysław Nowicki), GK 629/I/1219 (Bronisław Opalski „Czwartak"), GK 629/10227 (Andrzej Przybyszewski / Przebyszewski „Rymsza" – Plocker Beamter), GK 629/10968, Bl. 281, 305, 319 (Henryk Przedpełski „Supeł", Ludwik Parzuchowski „Lis", Władysław Pieśniewski „Włodzimierz"), GK 629/10968, Bl. 331 (Kazimierz Redziński), GK 629/10968, Bl. 281, 331, 359 (Bolesław Sieradzki „Piorun", Antoni Sobczyk, Zygmunt Szczuka), GK 629/10968, Bl. 281, 305, 313 (Michał Wiśniewski „Smutny", Ludwik Winnicki „Wicher", Sergiusz Woyno „Mirski" – Kommandant des Polnischen Aufstandsbunds in Plock, Marian Wild „Dzik"), GK 10968, Bl. 351 (Jan Zalewski). Die vorgenannten Namen sind zu einem großen Teil in der Personenkartei verzeichnet. Siehe darüber hinaus noch die Einträge von Jerzy Kownacki, Czesław Sawicki und Feliks Wojtan „Wrzos".

[45] AIPN, GK 629/I/1907, Bl. 12.

[46] Vgl. beispielsweise den Fall von Władysław Nyka, dessen Name nicht in der Aufstellung der vom Standgericht für den Regierungsbezirk Zichenau zum Tode verurteilten Polen vom 4. Februar 1944 erscheint. AIPN, GK 629/4047. Im Rahmen der Arbeiten an

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die nächste und zugleich letzte dokumentierte Sitzung des Standgerichts in Pomiechówek wurde am 30. Juli 1944 abgehalten, bei der Józef Antczak wegen Zugehörigkeit zu einer nicht weiter präzisierten bewaffneten polnischen Untergrundorganisation zum Tod verurteilt wurde.[47]

Fazit

Die Archivdokumentation des Standgerichts der Gestapo im Regierungsbezirk Zichenau gibt einen recht genauen Überblick über dessen Tätigkeit im ersten Halbjahr 1940 sowie in der Zeit von September 1942 bis Juli 1944. Von besonderem Interesse sind die in großer Zahl erhaltenen Sitzungsprotokolle, da für das Generalgouvernement und die übrigen eingegliederten Gebiete keine ähnlich dichte Überlieferung aufgrund der von der Gestapo selbst vorgenommenen Aktenvernichtung existiert. Insgesamt sprach das Gericht mindestens 450 Todesurteile aus, die in mehreren Orten im Regierungsbezirk, sowie im Lager Soldau bzw. im Polizeigefängnis Pomiechówek vollstreckt wurden. Die Akten enthalten viele Informationen zur Sichtweise der Besatzer auf die besetzte Gesellschaft, die Unterdrückungsmechanismen und Mittel der Herrschaftsausübung, sondern auch über das alltägliche Leben der Bevölkerung. Sie beschreiben damit auch die Berührungspunkte von Besatzungsverwaltung, Repressionsapparat und der Besatzungsgesellschaft.

Aus dem Polnischen übertragen von Christhardt Henschel

Quellenanhang[48]

Plock, den 8. Februar 1940.

Standgericht:

Am 8. Februar trat auf der Dienststelle der Geheimen Staatspolizei in Plock das Standgericht zusammen:

---

einem Kalendarium des Polizeigefängnisses in Pomiechówek wurden bislang die Namen von 80 Personen ermittelt, die das Standgericht am 4. Februar 1944 zum Tode verurteilte.

[47] AIPN, GK 629/12996. An diesem Tag fand im Rahmen der Auflösung des Gefängnisses Pomiechówek eine Massenhinrichtung von Häftlingen des Forts III statt. Bislang wurden die Daten von 138 Ermordeten festgestellt. Bei sechs von ihnen sind Vermerke über eine vorherige Verurteilung durch das Standgericht überliefert.

[48] AIPN, GK 629/1057.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Den Vorsitz des Standgerichts führte:
SS-Oberführer Dr. Rasch.

Als Beisitzer amtierten:
Krim.Sekr. u. SS-Unterstuf. Bandow u.
Krim.Ass. u. SS-Oberscharführer Lerch.

Zur Sache:

Der Pole Glegocinski Vincenty, Schuhmacher, 13.2.1897 in Dobrin geb., r.k. verh., Plock Dobrinerstrasse Nr. 12 wohnhaft, ist seit dem Jahre 1921 Mitglied der P.O.W. Funktion hatte er soweit hier ermittelt werden konnte nicht inne gehabt. Nach Mitteilung des V. Mannes verkehrte er nur in polnischen Arbeiterkreisen, doch ist nicht bekannt, daß er sich aktiv in polnischen Vereinen betätigt hätte.
Nach vertraulichen Abgaben soll Glegocinski von einemgeheimen Waffenlager in Plock-Brückendorf Kenntnis haben, doch stellt dieser entschieden in Abrede, von einem Waffenlager in Brückendorf Kenntnis zu haben. Nach den hiesigen Feststellungen in dieser Richtung stellte sich heraus, daß seine Angaben der Wahrheit entsprechen.
Es ist kaum anzunehmen, daß er zurzeit noch Verbindungen zur polnischen Intelligenz oder zu polnischen Vereinen hat.//

Der Sachverhalt wird vorgetragen. Der Besch. wird dazu gehört. Es wird das

Urteil

verkündet.

Der Besch. wird zum Tode verurteilt.

Rasch (Unterschrift)
SS-Oberführer.

Bandow (Unterschrift) Lerch (Unterschrift)
SS-Untersturmführer. SS-Obersturmführer.

Als Dolmetscher:

A. Biegelman (Unterschrift)

Vfg.

Vollstreckung durch den Selbstschutz.

Bandow (Unterschrift)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Geheime Staatspolizei Plock, den 9. Februar 1940.
Grenzpolizeikomissariat Plock
Tgb. Nr. 81/40

[Stempel: Geheim]

1. Vermerk:
Der Pole Glegocinski Winventy [sic!] geb. am 13.2.1897 zu Dobryn Kreis Plock, Schuhmacher, r.k. verh. in Plock Dobrynstr. 12 wohnhaft ist seit 1921 Mitglied der P.O.W. Eine aktive politische Tätigkeit konnte ihm jedoch nicht nachgewiesen werden. Er verkehrte sonst nur in poln. Arbeiterkreisen, doch soll er einem regen Mitglied der P.O.W. dem poln. Intelligenzler Czaplinski Zuträgerdienste geleistet haben. Ausserdem wird er beschuldigt von einem geheimen Waffenlager in Brückendorf Kenntnis zu haben, was er entschieden in Abrede stellt und ihm auch nicht nachgewiesen werden konnte. Glegocinski wurde am 8.2.1940 vom Standgericht der Geheimen Staatspolizei in Plock zum Tode verurteilt.
Die Vollstreckung des Urteils erfolgte am 10.2.1940 durch den Selbstschutz in Plock.

2. Urschriftlich

der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeistelle Zichenau

in Zichenau

zur Kenntnisnahme und dortigem Verbleib.

Bandow (Unterschrift)

[Stempel: Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle Zichenau]

[Eingangsstempel: Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle Zichenau Eing.: 17 FEB 1940, Tgb. Nr. 48/40g. | II]

[Paraphe: Le.]

[handschriftliche Notiz:

25.2.40

1.) unles. Seidel – z. Ktn.

2.) " " " Ausw. 1.3.40

3.) z.d.A. geschehen. Sei.

Paraphe: Sch.]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

CHRISTIAN ROHRER

„NEUBILDUNG DEUTSCHEN BAUERNTUMS“ IM REGIERUNGSBEZIRK ZICHENAU

DIE LANDESBAUERNSCHAFT OSTPREUßEN ZWISCHEN LÄNDLICHER SIEDLUNG, LANDBEWIRTSCHAFTUNG UND UMSIEDLUNGEN*

Planungen zur Siedlung, „Neubildung deutschen Bauerntums“ und Dorfgestaltung im Regierungsbezirk Zichenau

Die expansive Außenpolitik des Deutschen Reiches nach 1937 und insbesondere die Eroberung von „Lebensraum im Osten“ ab September 1939 verliehen ländlicher Siedlung und „Neubildung deutschen Bauerntums“ eine neue Dimension. Für die Siedlungspolitik in Ostpreußen war es dabei noch praktisch unbedeutend, als am 23. März 1939 das Memelgebiet nach massivem Druck der Regierung Hitler auf Litauen wieder an das Reich und die Provinz Ostpreußen angeschlossen wurde.[1] Dort seien „nur wenige große Güter vorhanden“, hieß es in einem Jahresbericht der Ost-

* Vorliegender Text ist ein Nachdruck des gekürzten Kapitels 5 aus CHRISTIAN ROHRER, Landesbauernführer, Bd. 1: Landesbauernführer im nationalsozialistischen Ostpreußen. Studien zu Erich Spickschen und zur Landesbauernschaft Ostpreußen, Göttingen 2017, S. 282–326. Angepasst wurden lediglich die Zitierweise sowie die Schreibweise der Ortsnamen. Außerdem musste der einleitende Teil aus Platzgründen weichen. Darin wird die Genese der Idee der „Neubildung deutschen Bauerntums“ wie deren Übertragung auf Ostpreußen nachgezeichnet. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf die Rolle der OLG Ostpreußen eingegangen. Ebd., S. 275–282. Von weiteren Kürzungen wurde aus inhaltlichen Gründen abgesehen, auch wenn damit eine unübliche Länge des Textes in Kauf genommen werden musste. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags Vandenhoeck & Ruprecht [Anm. d. Hg.].

1 JOACHIM TAUBER, Deutschland, Litauen und das Memelgebiet 1938/1939, in: Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive, hg. v. JÜRGEN ZARUSKY / MARTIN RÜCKERT, München 2013, S. 429–439.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

preußischen Landgesellschaft (OLG). Es dominiere der Klein- und Mittelbesitz, „größerer Landanfall" für Siedlungsaktivitäten sei nicht zu erwarten. „Die uns anfänglich im Memelland gestellten Aufgaben, die sich hauptsächlich auf die wirtschaftliche Betreuung von Gütern erstreckten, haben wir erfüllt."[2] Diese Aufgaben sollten für die OLG ein Vorgeschmack auf ihre Aufgaben im Regierungsbezirk Zichenau sein.

Auf Reichsebene indes hatte sich in der Siedlungspolitik längst das Kräfteverhältnis verschoben, mit weitreichenden Auswirkungen bis hin zur späteren Vernichtungspolitik im Osten. Zum einen war der Februar 1937 für den Reichsnährstand (RNSt) insofern eine Zäsur, als im Stabsamt unter maßgeblicher Führung von Hermann Reischle erstmals Siedlungsplanungen die damaligen Reichsgrenzen überschritten: Unter strengster Geheimhaltung waren zunächst das Gebiet der Tschechoslowakei, später dann polnische Gebiete, die früher zum Deutschen Reich gehört hatten, Gegenstand dieser Planungen. Sie stellten angewandte „Blut-und-Boden"-Ideologie dar und sahen Umsiedlungen von Hunderttausenden von Menschen vor, ohne Rücksicht auf die ansässigen Bevölkerungen. Zentrale Leitlinie war dabei nicht etwa, dass „fremdvölkische" Menschen zu „germanisieren" seien, sondern dass der Boden durch die Bearbeitung deutscher bzw. „volksdeutscher" Menschen „germanisiert" werden müsse. Zum anderen war Richard Walter Darré 1938 in Gegensatz zu Himmler geraten. Die Hintergründe dessen sind nicht ganz klar, möglicherweise ging es um Fragen der bäuerlichen Siedlungspolitik: Darré habe eine längerfristig angelegte Strategie der „Germanisierung" verfolgt, bei der der Gedanke der „Aufzüchtung" des „Volkskörpers" im Vordergrund gestanden habe. Dagegen habe Himmler, wie auch Hitler, eine raschere „Germanisierung" ins Auge gefasst, einschließlich räumlicher Expansion, Umsiedlungen und Vertreibungen. Doch mögen auch andere Faktoren wie persönliche und machtpolitische Konkurrenz oder auch die internen Querelen im Reichsnährstand (Meinberg-Revolte) zu diesem Gegensatz geführt haben. Jedenfalls gab Darré im September 1938 die Leitung des Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA) ab.

Spätestens am 7. Oktober 1939, im Gefolge des Überfalls auf Polen, übernahm Himmler die führende Rolle in der Siedlungspolitik, als Hitler ihn mit der „Festigung deutschen Volkstums" betraute. Damit war im

[2] BA Berlin, R 2/19018, unpaginiert, Ostpreußische Landgesellschaft mit beschränkter Haftung zu Königsberg / Pr. Gemeinnützige provinzielle Siedlungsgesellschaft, Jahresbericht (hiernach: OLG Jahresbericht) 1938, 1. Januar – 31. Dezember, Königsberg / Pr. 1939, S. 4.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kern die Kompetenz für die Aussiedlung von Nicht-Deutschen, die Ansiedlung Deutscher sowie die Gestaltung der Siedlungsgebiete in den eroberten Ostgebieten verbunden. Hitlers Anweisung enttäuschte Darré, dessen Organisationen sich bei der „Neubildung deutschen Bauerntums" nun Himmlers allgemeinen Direktiven unterzuordnen hatten. Dies galt allerdings nur in den eroberten Ostgebieten, wo dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (RMEL) immerhin Ausführungsfunktionen im Rahmen der „Neubildung deutschen Bauerntums" zugeordnet wurden, nicht dagegen im Altreich, wo Darrés Kompetenzen unbeschnitten blieben, die dieser auch weidlich für seine Zwecke einzusetzen suchte.

Himmler baute seine Position indes bald aus. Organisatorischer Ausdruck dessen war ab Oktober 1939 die Dienststelle bzw. (ab 1941) als SS-Hauptamt das Stabshauptamt des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums", wie Himmler sich in dieser Funktion nannte. Diese Behörde, von Ulrich Greifelt geleitet, konnte ihrerseits auf viele Organisationen und Behörden zugreifen, nicht zuletzt auf andere innerhalb der SS wie die Volksdeutsche Mittelstelle. Die vom Stab des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) angestoßenen Planungen mündeten in den „Generalplan Ost" in seinen vier Versionen sowie den nicht abgeschlossenen „Generalsiedlungsplan" – Planungen, in denen das Siedlungsgebiet im Osten das bisherige Reichsgebiet unter Inkaufnahme der Vertreibung und Vernichtung von Millionen von Menschen mehr als verdoppelt hätte.[3]

Als „Allgemeine Anordnung 7/II" erließ Himmler am 26. November 1940 „Grundsätze und Richtlinien für den ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten". Diese Anordnung, die in den nächsten Jahren durch

[3] Hierzu zusammenfassend: ANDREAS DORNHEIM, Rasse, Raum und Autarkie. Sachverständigengutachten zur Rolle des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in der NS-Zeit, 31. März 2011, S. 109–121, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/ _Ministerium/Geschichte/sachverstaendigenrat-zur-rolle-ns-zeit.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Zugriff: 8. Februar 2021); detailliert: UWE MAI, „Rasse und Raum". Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn u. a. 2002, S. 113–154; zudem: GUSTAVO CORNI / HORST GIES, Blut und Boden, Idstein 1994, S. 126–128. Zur RKF-Behörde fehlt eine aktuelle Monografie, vgl. daher noch immer ROBERT LEWIS KOEHL, RKFDV: German Settlement and Population Policy 1939–1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germandom, Cambridge 1957. Informationen sind entsprechend der vernetzten Arbeitsweise der Behörde an vielen Orten zu finden. Vgl. zum Beispiel: ISABEL HEINEMANN, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut". Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 190–195.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weitere Richtlinien ergänzt wurde, kann als zentraler Bezugspunkt für die folgenden Planungen zur ländlichen Siedlung in den eroberten Ostgebieten gelten. In der Anordnung wurde in einem ersten Teil eine Bodenordnung entwickelt, die zu dem übergeordneten Ziel führen sollte, „deutsches Volkstum" neu zu bilden und zu festigen. Kernelement hierfür war die bäuerliche Familienwirtschaft, die ohne Zersplitterung und Verschuldung in jeder Hinsicht den Anforderungen der „Volksgemeinschaft" gerecht werden sollte – biologisch, sozial und wirtschaftlich. Gegenüber dem mittleren Erbhof wurde hierfür eine höhere Betriebsgröße angestrebt, nämlich eine als „Hufe" bezeichnete Normalbauernstelle mit etwa 25 bis 40 Hektar. Innerhalb eines Dorfes sollten diese Hufen 50 bis 60 Prozent der Betriebe auf ebensolcher Fläche ausmachen; mit anderen Betriebsgrößen sollten sie ein harmonisches, der „Volksgemeinschaft" dienendes Ganzes bilden. Dazu gehörten kleinere Stellen, etwa für Landarbeiter, aber auch für Handwerker, die immerhin 30 bis 40 Prozent der Betriebe auf 5 bis 15 Prozent der Fläche umfassen sollten. Zudem waren größere Betriebe vorgesehen, auch solche über der Erbhof-Höchstgröße von 125 Hektar – auf diesen Gütern sollte ein „bodenständiges Führertum" gebildet werden. Dies zeigt, dass mit dieser Bodenordnung auch Überlegungen zum Gesellschaftsaufbau verbunden waren; an anderer Stelle äußerte sich dies zum Beispiel in Aufstiegschancen für Landarbeiter.

Der zweite Teil der Anordnung widmete sich der Dorfplanung. Hier ist deutlich zu sehen, wie an die Stelle bäuerlicher Siedlung die Raumplanung trat. Bäuerliche Betriebe wurden in Bezug zur landschaftlichen Umgebung gesetzt. Um ein Hauptdorf waren Dörfer zu gruppieren, wobei das Hauptdorf in jeder Hinsicht der Mittelpunkt des öffentlichen Lebens war – hier war der Ort, an dem sich die „Volksgemeinschaft" symbolisch manifestieren konnte, etwa auf Festplätzen oder in den Gemeinschaftshäusern der Partei. Sehr detailliert wurde in diesem Teil der Anordnung beschrieben, wie Straßen zu bauen und Gemeinschaftsanlagen zu errichten waren. Nicht zuletzt gab es eine detaillierte Ausplanung für Bauernhöfe, die in wirtschaftlicher Hinsicht funktional und effizient sein, gute Lebensbedingungen für alle Bewohner bieten und zugleich Ausdruck neuer deutscher Bauernkultur sein sollten.[4]

Hitlers Auftrag zur „Festigung deutschen Volkstums" gab Himmler keine allumfassende Kompetenz an die Hand, insbesondere nicht für die

[4] Himmlers Allgemeine Anordnung Nr. 7/II vom 26. November 1940 ist publiziert bei MICHAEL A. HARTENSTEIN, Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten" 1939 bis 1944, Berlin 1998, S. 93–96.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Detailplanung. Und so nahmen in den folgenden Jahren viele Akteure Einfluss auf die Siedlungspolitik. Auf Reichsebene waren dies der Reichsnährstand und das RMEL, die Reichsstelle für Raumordnung, das Reichsministerium für Arbeit, das Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront (DAF), die Wehrmacht, die Reichsbahn und weitere Stellen (Hochbauabteilung des Preußischen Finanzministeriums, Reichsforstmeister, Amt des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen, Amt des Generalinspektors für Wasser und Energie, Reichswasserstraßenverwaltung). Auf regionaler Ebene kamen verschiedene Planungsbehörden für Raumordnung hinzu, die bei den Oberpräsidenten angesiedelten Siedlungs- und Umlegungsabteilungen, regionale Siedlungsgesellschaften, lokale Behörden sowie verschiedene Forschungseinrichtungen.[5]

Welche Konsequenzen brachten diese Weichenstellungen nun konkret für die Siedlungsplanung für den Regierungsbezirk Zichenau mit sich? Grundsätzlich waren die vom Planungsamt des RKF erstellten Pläne zur Raumordnung maßgeblich. Schon Anfang 1940 wurde in den „Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete", dem ersten Generalplan Ost, eine „Siedlungszone 1. Ordnung" ausgewiesen. Gebiete dieser Zone sollten rasch und prioritär „germanisiert" werden, entlang des Grenzverlaufs des Generalgouvernements sollte „ein Wall deutschen Volkstums in Gestalt eines tief gestaffelten Gürtels germanischer Bauernhöfe" entstehen, wodurch das „Polentum" im Reich vom Generalgouvernement abgetrennt werden sollte. In der Umgebung größerer Städte sollten Bauern in dichter Folge siedeln. Im Sinne einer Ost-West-Achse sollte eine „deutsche Volkstumsbrücke" errichtet werden, als Verbindung vom Grenzwall zum Reich einerseits und zur Vereinzelung der polnischen Siedlungsgebiete andererseits.

Der Siedlungszone I zugeordnet wurden, neben dem Suwałki-Gebiet, alle Kreise des Regierungsbezirkes Zichenau mit Ausnahme von Schirps und Mlawa (ab Mai 1941 Sichelberg und Mielau). In weiteren Anordnungen des RKF wurde die Siedlungszone I bis Anfang 1941 verändert. Sie wurde insgesamt ausgeweitet, vom Regierungsbezirk Zichenau gehörte jedoch insgesamt ein kleinerer und anderer Teil zu dieser Zone: die Gebiete der Kreise Plock (ab Mai 1941 Schröttersburg), Plonsk (Plöhnen), Schirps, Mlawa, Zichenau und Praschnitz, nicht dagegen das Gebiet des Kreises Suwalki (Sudauen) sowie die Gebiete der Kreise Makow (Mackeim), Pultusk (Ostenburg) und Ostrolenka (Scharfenwiese). Insgesamt

[5] Ausführlich hierzu: Ebd., S. 42–77.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wurden die Planungen um die Siedlungszone I bald von der Realität überholt, der Raum für Umsiedler erschien zu knapp.[6]

Zeitgleich arbeitete man andernorts bereits an Detailplanungen. Schon im September 1940 abgeschlossen wurden die „Vorschläge für die ländliche Besiedlung des neuen deutschen Ostraumes", ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Gutachten eines fünfköpfigen Expertenkreises um den Königsberger Geografen Erwin Scheu. Es war von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung in Auftrag gegeben worden, unter den Experten war auch Heinrich Klaaßen, der frühere Direktor der OLG. Die Vorschläge nehmen die in Himmlers Anordnung Nr. 7/II skizzierten Grundlagen in wichtigen Fragen vorweg.

Die „Eindeutschung" der neuen Ostgebiete sollte idealerweise durch bäuerliche Familienbetriebe erfolgen, die allerdings nur auf 15 bis 25 Hektar Größe veranschlagt wurden. Bäuerliche Großbetriebe waren in geringer Zahl vorgesehen, auf ihnen sollte eine bäuerliche Führungsschicht herangezogen werden; zudem waren dörfliche Handwerker und Landarbeiter funktional in die Dorfgemeinschaft zu integrieren.[7] Konkrete Berechnungen befassten sich mit Boden und Besiedlung der „Siedlungszone I": Für den Regierungsbezirk Zichenau wurde ein Siedlerbedarf von 4.259 Aufstiegsstellen, 24.026 Bauernhöfen, 3.616 Handwerkerstellen, 3.616 Landarbeiterstellen sowie 32.468 Siedlerstellen berechnet.[8]

Der Einfluss, den die Planungen des RKF-Stabshauptamts auf die Überlegungen zur bäuerlichen Siedlung im Regierungsbezirk Zichenau nahmen, ist an vielen Stellen sichtbar. Walther Kiesers Studie „Der Aufbau im Gebiet um Zichenau" etwa gehörte zu einer Publikationsreihe, die von der Haupttreuhandstelle Ost und vom RKF-Stabshauptamt veranlasst worden war. Die Studie behandelte den Regierungsbezirk Zichenau und

---

[6] Die am 24. Januar 1940 vorgestellten „Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete" sind publiziert u. a.: Ebd., S. 85–91; sämtliche Zitate: S. 87; vgl. auch die weiteren Ausführungen: Ebd., S. 242–245. Intern wurde beim RKF noch zwischen den Siedlungszonen I und Ia unterschieden, zu letzterer gehörten vom Reg.-Bez. Zichenau die Gebiete der Kreise Mlawa, Schirps und Plock. Der Unterschied zur Siedlungszone I war, dass hier keine Schwierigkeiten beim Umbau im Sinne von Neuaufbau und „Germanisierung" erwartet wurden, während man den Neuaufbau in Siedlungszone I zumindest in Teilen nur schrittweise für möglich hielt.

[7] Vorschläge für die ländliche Besiedlung des neuen deutschen Ostraumes, hg. v. ERWIN SCHEU, Königsberg / Pr. 1940, S. III, 107 f.

[8] EMIL LANG / HEINRICH KLAAßEN, Die landwirtschaftlichen Grundlagen der Besiedlung des neuen Ostgebietes und die daraus sich ergebende Betriebsstruktur, in: Vorschläge für die ländliche Besiedlung des neuen deutschen Ostraumes, S. 49–83, hier S. 79.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist ein typisches Beispiel für die einschlägigen Publikationen jener Tage, in denen die Planungen für den – nach den angeblich trostlosen polnischen Verhältnissen – nun anhebenden glorreichen deutschen „Neuaufbau" in allen Facetten beschrieben wurden. Neben anderen Aspekten wie Industrie, Handel und Verkehr nahm Kieser auch die ländliche Siedlung in den Blick. Er plädierte dafür, dass der Regierungsbezirk Zichenau bäuerlich besiedelt werden müsse, durch „rassisch" und landwirtschaftlich fähige Bauern, die Reichsdeutsche aus Realteilungsgebieten oder umgesiedelte „Volksdeutsche" sein konnten. Dabei betonte er die Notwendigkeit, das Leben auf dem Land auch sozial und kulturell attraktiv zu machen. Kieser zielte damit auf den Ausgleich zwischen Stadt und Land und mithin auf den Raum insgesamt.[9]

Eine sehr bedeutende Rolle spielte die Landesplanungsgemeinschaft in Ostpreußen, die als Dienststelle des RKF fungierte. Wie in anderen Ländern und Provinzen eine Selbstverwaltungskörperschaft mit eigenem Haushalt und Dienststellen, hatte sie die Aufgabe, Vorarbeiten für die Reichs- und Landesplanung zu liefern. Zur Landesplanungsgemeinschaft gehörten verschiedene, jeweils mit großräumiger Planung beschäftigte Akteure, unter anderen die Wehrmacht, die land- und forstwirtschaftliche Verwaltung sowie Reichs- und Landesbehörden. Sie wurde von der Reichsstelle für Raumordnung fachlich beaufsichtigt.

Den Vorsitz der Landesplanungsgemeinschaft führte Oberpräsident Koch, der Stellvertreter des RKF in Ostpreußen war. Fachlicher Leiter war zur Kriegszeit der Landesplaner Guido Görres, zugleich Generalreferent für Raumordnung beim Oberpräsidenten und Planungsbeauftragter des RKF. In den Bezirken gab es Bezirksstellen, so ab Anfang 1940 auch im Regierungsbezirk Zichenau, Wolfgang von Auer war dort Bezirksplaner.[10] Zur Landesplanungsgemeinschaft gehörte ein Beirat, in dem Vertreter der Behörden, der Partei, der Wehrmacht, der kommunalen Selbstverwaltung, der Wirtschaft und der Wissenschaft Ostpreußens vertreten waren. Auch Erich Spickschen gehörte kraft seines Amtes als Landesbauernführer diesem Beirat an,[11] durch den er regelmäßig über die

[9] WALTHER KIESER, Der Aufbau im Gebiet um Zichenau, Berlin 1941, insbes. S. 26–30.

[10] HARTENSTEIN, Neue Dorflandschaften, S. 59–62. Die Hauptgeschäftsstelle der Landesplanungsgemeinschaft und der größte Teil ihres Planungsmaterials wurden Ende August 1944 zerstört. BA Berlin, R 113/354, Bl. 81, Görres an den Leiter der Reichsstelle für Raumordnung, 4. September 1944.

[11] BA Berlin, R 113/652, Bl. 1–3, Verzeichnis über den Beirat der Landesplanungsgemeinschaft Ostpreußen, 9. August 1937.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aktivitäten der Landesplanungsgemeinschaft informiert wurde.[12] Den Tenor für die eroberten Gebiete gab Görres' Vorgänger als Landesplaner, Ewald Liedecke, bereits am 1. September 1939 vor. Er verwarf die bisherige polnische Siedlung und Aufteilung des Landes grundsätzlich und forderte: „Statt diesem partiellen Vorgehen ist ein totaler kolonisatorischer Akt nötig, der das ganze Gebiet erfaßt, neu umlegt und aus deutscher Vorstellung heraus neu besiedelt."[13] Hierfür nutzten die Landesplaner um den Jahreswechsel 1939/1940 herum, als deren Zichenauer Bezirksstelle beim dortigen Regierungspräsidenten gerade entstand, Karten und statistisches Material von früheren polnischen Dienststellen, das durch eigene Erhebungen ergänzt wurde.[14] Die Grundlinien für die Besiedlung des Regierungsbezirkes skizzierte Görres als Planungsbeauftragter des RKF im Mai 1942: „Die neuen Städte und Dörfer der Aufbaugebiete müssen der Ausdruck des nationalsozialistischen Gemeinschaftswillens und der unerschöpflichen Gestaltungskraft unseres Volkes für die kommenden Generationen sein."

Orientiert an den Richtlinien des RKF, erstellte die Landesplanungsgemeinschaft Raumordnungspläne für den Regierungsbezirk Zichenau: Neunzig Hauptdorfbereiche mit jeweils fünf bis sechs Nebendörfern mit je 300–500 Einwohnern waren vorgesehen. In den Hauptdörfern waren alle „der Gemeinschaft dienenden politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen" konzentriert. Dabei stellte die Landesplanungsgemeinschaft bei der RKF-typischen Idee des „Hauptdorfes" explizit den Bezug zu Arbeiten von Hans-Bernhard von Grünberg her, der mit dem „Hoheitsort" eine ähnliche Konzeption ausgearbeitet hatte.

Beide Elemente gehören in den Kontext der Zentrale-Orte-Theorie von Walter Christaller, die die effiziente, funktionale Gestaltung von Raum um einen zentralen Ort zum Inhalt hat und zum bestimmenden raumplanerischen Paradigma für die besetzen Gebiete im Osten wurde, nicht zuletzt für die RKF-Planungen.[15] Grünberg seinerseits trat als Leiter des

---

[12] BA Berlin, R 113/654, Bl. 2, Liedecke an die Reichsstelle für Raumforschung, 22. April 1938.

[13] Zitiert nach: HARTENSTEIN, Neue Dorflandschaften, S. 79. Im Original ist der Satz durch Unterstreichung hervorgehoben. Zu Liedecke vgl. NIELS GUTSCHOW, Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten" 1939–1945, Basel u. a. 2001, S. 203–205.

[14] BA Berlin, R 113/356, Bl. 28–30, Bericht Görres', 25. Januar 1940.

[15] Vgl. GUIDO GÖRRES, Landgestaltung in Ostpreußen, in: Preußische Zeitung, 31. Mai 1942; sämtliche Zitate: Ebd.; DERS., Gestaltungsaufgaben im neuen Ostpreußen, in: Neues Bauerntum, 1940, H. 32, S. 245–247, sowie KARL R. KEGLER, Deutsche Raum-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Instituts für ostdeutsche Wirtschaft und Leiter der Abteilung Heimstätten der DAF Ostpreußen mit siedlungspolitischen Planungen und Publikationen hervor.[16] Er hatte bereits vor 1939 großangelegte Planungen im Bereich der Raumordnung und Siedlung erstellt. Dabei übernahm Grünberg von Christallers Zentrale-Orte-Theorie die Idee einer möglichst effizienten Anordnung aller relevanten Elemente eines Raumes, von der Infrastruktur über die Siedlungsanordnung bis hin zu kulturellen und politischen Einrichtungen; zentrale Orte entsprachen dabei durchaus nicht historisch „zentralen Orten". Bei Grünberg wurde der Sitz der NSDAP-Ortsgruppe zum Hoheitsort, von dem aus die weitere Raumplanung abzuleiten war.[17]

Die Siedlungsplanungen für den Regierungsbezirk Zichenau sollen zu Differenzen der ostpreußischen Planer mit der SS geführt haben, da bei ihnen die „rassische Auslese" der Siedler gefehlt habe. Vielmehr habe Koch durch die Absicht, Bauernsöhne aus Ostpreußen dort ansiedeln zu wollen, die Siedlungspolitik zu einer innerostpreußischen Sache machen wollen. Verbindendes Element der Planungen des RKF und der ostpreußischen Planungen war freilich, dass in beiden Konzeptionen neben der Landwirtschaft auch Industrie zur Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe vorgesehen war.[18]

Ins Zentrum der Konzeptionen für die Besiedlung des Regierungsbezirks Zichenau rückte ein Gebiet nahe Schröttersburg (Płock), der „Hauptdorfbereich Minden". Bei diesen Planungen führte das Kulturamt Zichenau einen Erlass des RKF vom März 1941 aus, fachlich maßgeblich war der Vertrauensarchitekt Fritz Besecke. Die Ausplanungen, die später in einer Publikation des RKF veröffentlicht wurden, umfassten auf 12.000

planung. Das Modell der „zentralen Orte" zwischen NS-Staat und Bundesrepublik, Paderborn 2015, S. 155–166.

[16] Zu Grünbergs Position: Adressenwerk der Dienststellen der NSDAP mit den angeschlossenen Verbänden des Staates, der Reichsregierungs-Behörden und der Berufsorganisationen in Kultur, Reichsnähstand, Gewerbliche Wirtschaft, Berlin 1941/42, Teil II, Abschnitt: Ostpreußen, S. 14. Zu seiner Stellung bezüglich der Siedlungspolitik im Reg.-Bez. Zichenau: HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Geleitwort zur Rubrik „Aufbau im deutschen Osten", in: Preußische Zeitung, 1. April 1941; DERS., Hauptgesichtspunkte für die Aufstellung eines Wohnungsbauprogrammes im Regierungsbezirk Zichenau, in: Der soziale Wohnungsbau in Deutschland 1 (1941), 14, S. 490–494.

[17] RALF MEINDL, Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007, S. 278 f. Zur Konzeption „Hoheitsort": HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Hauptgrundsätze der Siedlungspolitik. Notwendigkeit eines totalen Landesaufbaues in Dorf und Stadt, Berlin 1940, S. 77–80; DERS., Hauptgesichtspunkte, S. 490–494.

[18] MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 279 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hektar ein Hauptdorf mit sieben umliegenden Dörfern. Während auf bestehende polnische Streusiedlungen keine Rücksicht genommen werden sollte, wurden die bestehenden Gutshöfe komplett in die Neuplanung integriert. Dabei wurde insbesondere auf geringe mittlere Entfernungen zwischen den Höfen Wert gelegt. Sehr viele Höfe wurden mit Betriebsgrößen zwischen 25 und etwa 50 Hektar ausgewiesen. Besecke konnte für seine Arbeit auf Resultate eines Dorfgestaltungs-Wettbewerbes für dieses Gebiet zurückgreifen, den Gauleiter Koch im November 1941 ausgeschrieben hatte. Zahlreiche Stellen verschiedener Ebenen waren in die Planungen involviert, unter anderen das RMEL, der RKF, die Reichsstelle für Raumplanung, das Oberpräsidum samt Landeskulturabteilung, in Schröttersburg der Landrat sowie das Landesbauamt, das Bodenamt Zichenau, und nicht zuletzt auch die Landesbauernschaft (Lbsch) Ostpreußen, die Kreisbauernschaften Zichenau und Schröttersburg sowie die OLG.[19] Landesbauernführer Spickschen war, wie sein Ressortleiter Dr. Heinrich Petersen, an diesen Planungen persönlich beteiligt und trug zu ihrer Konkretisierung bei.[20]

Die Landesbauernschaft Ostpreußen war bei solchen Planungen nicht initiativ, aber beitragend involviert. Sie beschäftigte sich eingehend mit dem Gebiet um Schröttersburg, und eines der Ergebnisse dieser Planungen, die zusammen mit der Staatsbauschule Königsberg erarbeitet worden waren, wurde bei der Ostmesse im Oktober 1941 in einer Sonderausstellung präsentiert.

Die Leitgedanken dieser Ausstellung spiegelten die Richtlinien des RKF, zugleich aber auch Kerngedanken des RMEL bzw. des Reichsnährstandes: Künftige Besiedlung ziele auf die „Schaffung lebensfähiger Höfe unter zweckmäßiger und gesunder Abstufung aller Größenklassen zueinander“,[21] das Grundgesetz der Siedlung laute: „Den Boden bearbeiten

---

[19] HARTENSTEIN, Neue Dorflandschaften, S. 305–320; FRITZ BESECKE, Planungsbeispiel Hauptdorfbereich Minden, in: Neue Dorflandschaften. Gedanken und Pläne zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und im Altreich, hg. v. Stabsamt des RKF, Berlin 1943, S. 64–73. Zu Besecke: HARTENSTEIN, Neue Dorflandschaften, S. 67. Zum erwähnten Wettbewerb: Gestaltung des neuen Dorfes im Osten, in: Preußische Zeitung, 18. November 1941.

[20] BA Berlin, R 113/8, Bl. 118, Verhandlungsniederschrift der auf Ladung des Landeskulturamts (Oberpräsidium Ostpreußen) abgehaltenen Planprüfungssitzung, 20. November 1941.

[21] HANS DULLO, Die landwirtschaftliche Schau auf der 29. Deutschen Ostmesse in Königsberg vom 12. bis 15. Oktober, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 27. September 1941, S. 679.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

heißt den Raum beherrschen".[22] Als Legitimation skizzierte die Ausstellung angeblich jahrhundertealte Spuren deutscher Kultur im Regierungsbezirk Zichenau und die angeblich unzureichende Struktur der polnischen Höfe, die nur angesichts der extensiven Wirtschaftsart und der primitiven Lebenshaltung der polnischen Bauern möglich gewesen sei. Für die künftige Siedlung wurden Planungsbeispiele von Bauernhöfen gezeigt. Drei Modelle stellten Bauernhöfe in der Umgebung von Schröttersburg mit Betriebsgrößen von 20, 50 und 100 Hektar dar.[23]

Mit diesen Modellen hängt wahrscheinlich direkt ein Planungsbeispiel (Abbildungen 1 und 2, S. 132 f.) aus der Landesbauernschaft Ostpreußen zusammen, das an entlegenem Ort publiziert wurde.[24] Gegenstand der Planungen war eine bäuerliche Siedlung im Kreis Schröttersburg. Programmatisch begann der Artikel mit:

> „Der Aufbau des Ostgebietes muß ausschließlich zum Ziel haben, durch Schaffung einer starken, krisenfesten Landwirtschaft mit beherrschend bäuerlicher Betriebsform und einem starken Aufbau gewerblicher und industrieller Betriebe die Grundlage für deutsches Leben und deutsche Art zu bilden und damit den Raum dem deutschen Menschen für alle Zeiten zu sichern.
> Zwei Gesichtspunkte sind es also, die bei der Besiedlung dieses Gebietes ausschlaggebend sein müssen:
> 1. Durch Schaffung einer entsprechenden Siedlungsdichte die Eindeutschung des Gebietes zu erreichen.
> 2. Die Krisenfestigkeit der Höfe."[25]

Planungskriterien waren die Bedingungen der Landschaft, die Bodengüte und die klimatischen Verhältnisse, der vom Reichsbauernführer geforderte „arrondierte Hof", die Vorgaben des RKF sowie verkehrstechnische Belange – explizit in dieser Reihenfolge. Grundlage der Ausarbeitung waren Informationen zu Anbau, Kulturarten, Betriebsgrößen und deren Verhältnissen sowie über Industrien und die Ausgangslage aus polnischer Zeit gewesen. Bodenuntersuchungen hätten darüber hinaus erbracht, dass im Regierungsbezirk Zichenau massiv aufgeforstet werden müsse, rund 200.000 Hektar an größeren Flächen sowie rund 30.000 Hektar Bauern-

[22] Bauernfleiß des Ostens wirtschaftliche Grundlage, in: Preußische Zeitung, 13. Oktober 1941, Beilage: 29. Deutsche Ostmesse.

[23] Ebd.; DULLO, Die landwirtschaftliche Schau, S. 679.

[24] Zu diesem Planungsbeispiel aus der LBsch Ostpreußen: A. M. JAHN, Das landwirtschaftliche Bauprogramm der Ostgebiete, in: Die deutsche Landfrau 35 (1942), 5, S. 86 f.

[25] Ebd., S. 86.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

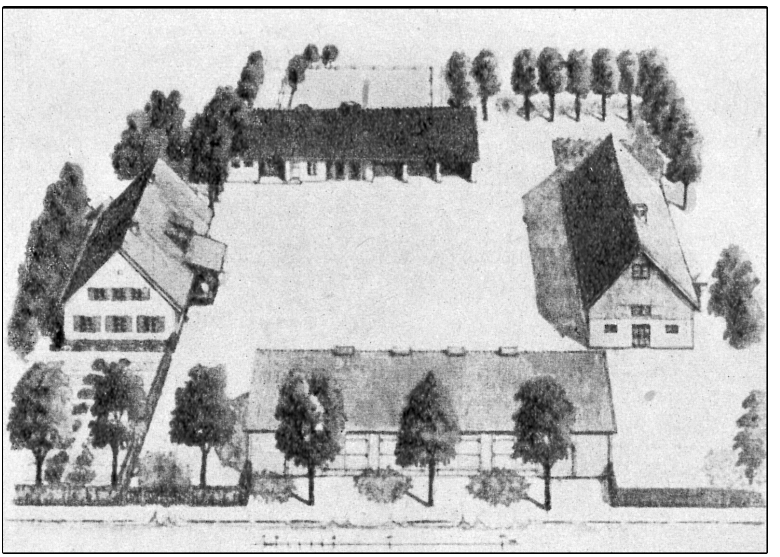


Abb. 1: Planungsmodell von 1942 aus der Landesbauernschaft Ostpreußen für bäuerliche Siedlung in der Umgebung von Schröttersburg: „Entwurf zu einer Neubauernstelle von 40 bis 50 ha im Kreise Plock".

wald. Untersuchungsgegenstand war eine Fläche von rund 1.500 Hektar, etwa die Größe eines Hauptdorfes. Die Gemarkung durchzogen zwei Reichsstraßen, an denen keine Höfe stehen sollten. Um den Raum der neuen Gebiete neu zu ordnen, seien um eine Kreisstadt acht bis zehn Hauptdorfbezirke mit jeweils einem Hauptdorf und acht bis zehn Nebendörfern zu gruppieren; für einen solchen Hauptdorfbezirk wurden etwa 10.000 Hektar veranschlagt.

Die in polnischer Zeit vorhandene Struktur der Dörfer und Höfe sollte komplett ausgelöscht werden. Zentrale Einrichtungen eines Dorfes wie die Schule, der Sportplatz, Geschäfte oder auch der Arzt bildeten den Dorfkern und den wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt; nicht selten waren dies zugleich nationalsozialistische Einrichtungen, so etwa eine Feierhalle. Soweit der Boden dies erlaubte, wurde für den Familienbetrieb eine Größe ab 20 Hektar angepeilt:

> „Auch in volkspolitischer Hinsicht kommt er dem Ziel am nächsten, da auf Grund exakter Untersuchungen in Ostpreußen die größte Anzahl von Familienangehörigen in Betrieben von 20 bis 50 ha leben. Es muß dann aber die Möglichkeit vorhanden sein, daß die weichenden Erben des Bauern einen eigenen Hof erwerben, den sie sich durch eigenen Fleiß ausbauen. Dieses ist

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dadurch geschaffen, daß zwei Aufstiegsstellen und etwa 8 vH Vorbehaltsland vorgesehen sind. Grundsätzlich soll der beste Boden mit den günstigsten Betriebsbedingungen in die Hand des bäuerlichen Familienbetriebes.
Der größere Bauer muß die geringeren Böden bewirtschaften, weil hier eine größere Ausgleichsmöglichkeit vorhanden ist. Hierdurch ist nicht ausgeschlossen, daß wertvolle Großbetriebe mit gutem Boden auch weiterhin bestehen bleiben dürfen.“[26]

Wesentlicher Gedanke für die Anlage des Dorfes war die betriebswirtschaftlich motivierte Forderung, für kurze Wege zu sorgen. Diese wurde dann beim „arrondierten Hof“ in vielerlei Hinsicht durchdekliniert, so für Landarbeiterstellen, Nebenerwerbsstellen und Gebäudeformen. Immer wieder wurde dabei die planerische Logik mit ideologischen Fragmenten durchsetzt, so im Falle der Landfrauen, denen in Zeiten des Krieges beson-

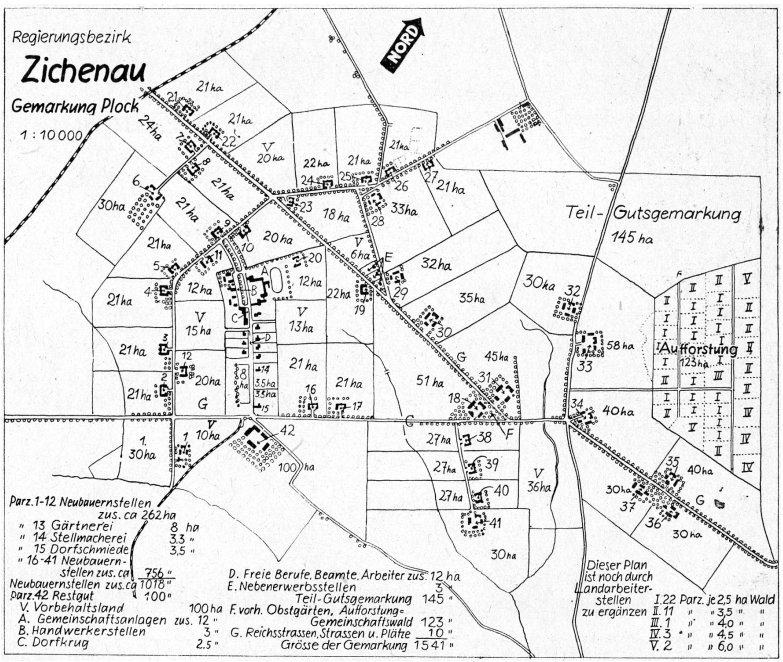


Abb. 2: Planungsmodell von 1942 aus der Landesbauernschaft Ostpreußen für bäuerliche Siedlung in der Umgebung von Schröttersburg, Ausplanung der „Gemarkung Plock“.

[26] Ebd.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dere Lasten aufgebürdet wurden. Besondere Beachtung, jedenfalls mit Worten, war quasi die Kompensation hierfür:

> „Die Aufgabe der Landfrau in dem neu zu besiedelnden Gebiet ist nicht zu unterschätzen. Sie ist die Trägerin der Kultur, sie ist es, die dem Hause das Gepräge gibt und die Atmosphäre schafft, in der die gesamte Familie sich wohl fühlt. Sie ist es, die dem Hofe die Kinder schenkt und sie im bäuerlichen Denken erzieht zu einem gesunden, tüchtigen Bauerngeschlecht, das sich seiner Vorpostenstellung gegen den Osten jederzeit bewußt ist."[27]

Auch bei dieser Ausarbeitung aus der Landesbauernschaft Ostpreußen gaben die Richtlinien des RKF wesentliche Orientierungsmarken vor, die sodann mit anderen Kriterien, regionalen und solchen des Reichsnährstandes bzw. des RMEL, kombiniert wurden. Bei alledem sind Planungen dieser Art und in der Folge die tatsächliche Umsetzung der Siedlungsplanungen als ein sich über Wochen, Monate und Jahre hinweg wechselseitig beeinflussender Prozess zu verstehen.

Dies zeigen etwa Einlassungen des Regierungspräsidenten Paul Dargel vom November 1940, als er in den konkreten Umsiedlungsprozess involviert war. Dargel äußerte öffentlich seine Vorstellungen von der Siedlungsstruktur im Regierungsbezirk Zichenau: Von den 1,25 Millionen Hektar Fläche sollten 750.000 Hektar landwirtschaftlich genutzt werden, wobei Bauern nur gute Böden erhalten sollten. 15.000 Bauernhöfe mit einer Durchschnittgröße von 62,5 Hektar sollten entstehen. Insgesamt sollten 270.000 Menschen angesiedelt werden, wobei der Durchschnitt von 60 Menschen pro Quadratkilometer im Laufe der Zeit auf 100 bis 110 angehoben werden sollte. Die anzusiedelnden Menschen sollten „Leistungsmenschen" sein, „keine Goldgräbertypen und keine verkrachten Existenzen". In erster Linie aber sollten sie „unbedingte Nationalsozialisten sein, die im Volkstumskampf unbeirrt subjektiv sind und die Rassengesetze streng befolgen, die hart und klar sind in allen weltanschaulichen Dingen".[28] Wenig später wurde die angedachte Durchschnittsgröße für Höfe auf 37,5 Hektar reduziert, wodurch Dargels Verlautbarungen nun auch den Vorgaben des RKF in der Allgemeinen Anordnung Nr. 7/II entsprachen. Ein Viertel der 15.000 Bauernhöfe sollte von „Volksdeutschen" bewirtschaftet werden, der Rest von Siedlern und Landwirten aus

[27] Ebd., S. 87. Die besondere Heraushebung der Landfrau dürfte dem Publikationsort des Artikels geschuldet sein.

[28] Wir schaffen Siedlungsland für deutsche Bauern, in: Preußische Zeitung, 12. November 1940; alle Zitate Dargels: Ebd. Vgl. auch Aufbaupläne für Zichenau. 15000 Bauernhöfe für deutsche Siedler, in: Nationalsozialistische Landpost, 22. November 1940.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dem Altreich. Der Status des Neubauern war allein Deutschen vorbehalten, dagegen sollten alle Polen das Land verlassen, sie waren lediglich als Saisonarbeiter vorgesehen.[29] Dargels Überlegungen ebenso wie etwa die Planungen zum „Hauptdorfbereich Minden" zeigen die Vielfalt der beteiligten Akteure. Vor Ort wurde dies auch argwöhnisch kommentiert. So kritisierte Friedrich Soppa, der Kreisbauernführer im Kreis Pultusk:

> „Die Siedlungsplanung läßt an Einheitlichkeit zu wünschen übrig. Alle möglichen Stellen befassen sich mit ihr, SS, Partei, und sogar die NSV. Diese Stellen beschäftigen sich teilweise mit eigenmächtigen Umsiedlungen volksdeutscher Familien."[30]

Nun standen die Planungen freilich zunächst nur auf dem Papier – wie aber sah die Realität der Siedlung im Regierungsbezirk Zichenau aus?

Siedlungswirklichkeit im Regierungsbezirk Zichenau – Landbewirtschaftung, Umsiedlungen und „Neubildung deutschen Bauerntums"

Im Herbst 1939 bestimmten in den von der Wehrmacht eroberten und dann eingegliederten Gebieten vier Faktoren Situation und Entwicklung der Landwirtschaft grundsätzlich: die maßgebliche Stellung der SS und des RKF-Apparats, beide geführt von Himmler; die Einbringung der Ernte und für die Folgezeit die Forderung nach einem möglichst hohen Ertrag an landwirtschaftlicher Produktion, der auch Überschüsse für das Reich mit sich bringen sollte; die Notwendigkeit, Entnahmen seitens der Wehrmacht, etwa beim Saatgetreide, zu ersetzen; die Ansiedlung von „Volksdeutschen".[31] Dabei stand im eroberten Gebiet der rücksichtslosen Verwirklichung von Siedlungsplanungen im Prinzip nichts im Wege, doch verbarg sich ein vielschichtiger und zeitlich verschachtelter Prozess dahinter. Der eroberte Boden war zu erfassen, zu bewirtschaften und „einzudeutschen", was zwingend die Vertreibung von Polen und Juden zur

[29] Vgl. den Bericht über einen Vortrag Dargels: Siedlung erst nach Rückkehr der Frontsoldaten, in: Preußische Zeitung, 5. Februar 1941.

[30] BA Berlin, R 3001/22182, Bl. 204–205, Bericht Dellians über die Dienstreise zur LBsch Danzig-Westpreußen und in den Reg.-Bez. Zichenau (LBsch Ostpreußen), 25.–28. September 1940 [Bericht vermutlich vom Oktober 1940], Zitat Friedrich Soppas.

[31] INGO LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, München 2007, S. 221.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Voraussetzung hatte und die Frage beinhaltete, wie und welche Menschen „deutschen Blutes" dort angesiedelt werden sollten.

Diesen Prozess verwirklichte arbeitsteilig ein regelrechter Umsiedlungsapparat, bei dem die Stelle des RKF, die Volksdeutsche Mittelstelle, das RSHA mit Einwandererzentralstelle und Umwandererzentralstelle, das RuSHA sowie die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) die wesentlichen Akteure waren. Doch kamen weitere hinzu, unter anderem der Reichsnährstand bzw. die Landesbauernschaften. Dieser komplexe Prozess soll im Folgenden am konkreten Beispiel entfaltet werden. Dabei ist stets mitzudenken, dass der Terminus „Umsiedlung" frühere Vorstellungen von „Siedlung" in einen Euphemismus für den Austausch von Bevölkerungsgruppen auf „rassenbiologischer" Grundlage pervertierte. Er bedeutete für zahllose Menschen, die aus den deutsch besetzten Gebieten „umgesiedelt" wurden, nichts anderes als Enteignung und Vertreibung bis hin zur Ermordung und steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Holocaust.[32]

Schon am 7. September 1939, wenige Tage nach Beginn des Überfalls auf Polen, wurden die Landesbauernführer von der Reichsnährstandszentrale aufgefordert, geeignetes Personal zu benennen, mit dem in den eroberten Gebieten die Ernte eingebracht und die landwirtschaftlichen Betriebe übernommen werden konnten.[33] In Ostpreußen war gerade die Getreideernte geborgen worden. Durch Krieg und Einberufung waren der Landwirtschaft viele Maschinen und Männer entzogen worden, zumal in Ostpreußen, wo die Altersgrenze für den Kriegsdienst bei 55 statt 45 Jahren lag. Herbstbestellung und Hackfruchternte drohten beeinträchtigt zu werden, was nicht zuletzt durch den Einsatz vieler polnischer Kriegsgefangener sowie polnischer Arbeiter vermieden wurde, die im Regierungsbezirk Zichenau angeworben worden waren. Dort sorgten Landesbauernschaft, Wehrmacht und die OLG dafür, dass die Ernte einigermaßen ordnungsgemäß eingebracht werden konnte.[34]

---

[32] MARIA FIEBRANDT, Auslese für die Siedlergesellschaft. Die Einbeziehung Volksdeutscher in die NS-Erbgesundheitspolitik im Kontext der Umsiedlungen 1939–1945, Göttingen 2014, S. 15, 135–149.

[33] BA Berlin, R 16/55, unpaginiert, Schreiben vom Verwaltungsamt (Abt. I V A II) des RNSt an die Landesbauernführer, geheim, 7. September 1939.

[34] BA Militärarchiv, RW 20–1/1, Bl. 42 u. Bl. 87, Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion I für 26.8.–31.12.1939; RW 20–1/2, Bl. 55, Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion I für 1.1.–31.3.1940; RW 20–1/22, Bl. 64, Bericht der Rüstungsinspektion I, 5. Dezember 1939; ERICH SPICKSCHEN, Gesicherte Herbstsaat das Gebot der Stunde, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 2. September 1939, S. 1174; Die Läuferaktion im Regie-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rasch nach der militärischen Eroberung wurde damit begonnen, den Boden des Gebietes zu erfassen und damit für Umsiedlungen und Ansiedlungen vorzubereiten. Grundsätzlich spielten hier SS-Organe eine zentrale Rolle, vor allem Experten des RuSHA sowie das Zentralbodenamt in Berlin samt dessen Filialen. Diese Filialen wiederum gehörten zum Apparat des jeweiligen HSSPF, der als lokaler Beauftragter des RKF fungierte. Zusammen mit den regionalen Siedlungsgesellschaften machten sich die Bodenämter sofort an die Arbeit und begannen, den landwirtschaftlich genutzten Boden zu erfassen und umzuverteilen.[35]

In Ostpreußen indes begann dieser Prozess in besonderer Weise. Ehe die genannten Akteure ins Spiel kamen, hatten Gauleiter Koch und Landesbauernführer Spickschen bereits wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Das Bodenamt Zichenau, wohl unter Führung von SS-Obersturmführer Bruno Risch, nahm seine Tätigkeit vermutlich erst Anfang 1940 auf.[36] Offenbar spielte bei der Bodenerfassung anfangs auch der HSSPF keine wesentliche Rolle. Es mag hierbei geholfen haben, dass Gauleiter Koch und HSSPF Wilhelm Redieß ohnehin gut kooperierten. Dies entspannte die eigentlich problematische Situation, dass der HSSPF sowohl dem Verwaltungsführer, nämlich dem Oberpräsidenten Koch, als auch Himmler als Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, aber auch als RKF unterstand.[37] Schließlich scheinen auch Agrarspezialisten des RMEL wenig Einfluss auf den Prozess genommen zu haben.

---

rungsbezirk Zichenau, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 6. Januar 1940, S. 5; Verwahrlostes Land gibt wieder Brot, in: Preußische Zeitung, 10. November 1940. Vgl. zudem BA Berlin, R 2/19018, unpaginiert, OLG Jahresbericht 1939, 1. Januar – 31. Dezember, Königsberg/Pr. 1940, S. 7.

[35] HEINEMANN, „Rasse", S. 212–214.

[36] BA Berlin, R 49/194, Bl. 1, Wilhelm von Holzschuher an den RFSS (RKF), 22. Februar 1940. Die Aussage Walter Gerlachs (RKF Königsberg), das Bodenamt Zichenau habe erst ab Sommer 1940 existiert, ist nicht korrekt. Vgl. seine Zeugenaussage vom 3. November 1947, in: Trials of War Criminals Before the Nuernberg Military Tribunals Under Control Council Law no. 10, Vol. IV: „The Einsatzgruppen Case". Nuernberg October 1946 – April 1949, Washington, D.C. 1950, S. 987; HEINEMANN, „Rasse", S. 213, gibt keine exakte Angabe hierzu. Vgl. auch HEINRICH MUNDT, Eine Grundstückskartei für die eingegliederten Ostgebiete, in: Neues Bauerntum, 1942, H. 34, S. 104–109.

[37] MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 266 f. HSSPF im SS-Oberabschnitt Nordost war von Juni 1938 bis Juni 1940 SS-Gruppenführer Wilhelm Redieß, danach SS-Gruppenführer Jakob Sporrenberg. Vgl. Der Höhere SS- und Polizeiführer Nordost, in: Preußische Zeitung, 11. Februar 1941. Zu Redieß zudem: CHRISTIAN ROHRER, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, München 2006, S. 597; RUTH BETTINA BIRN, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986, S. 343.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zwar hatte das RMEL bald nach Beginn des Polenfeldzugs, noch in der ersten Septemberhälfte, in Sachen Landbewirtschaftung Sonderbeauftragte samt Stäben zu den jeweiligen Chefs der Zivilverwaltung entsandt, darunter auch den Stab I, der im ostpreußischen Neidenburg angesiedelt wurde. Bis November wurden diese Sonderbeauftragten zurückgerufen; Fachleute der Stäbe blieben teils länger, so im Regierungsbezirk Zichenau mindestens für einige Monate ein Wirtschaftsoberleiter, der dann formal dem Oberpräsidenten unterstand.[38]

Für die Landbewirtschaftung im Regierungsbezirk Zichenau aber spielte auch dieser Sonderbeauftragte des RMEL offensichtlich keine tragende Rolle. „In Ostpreußen widmeten der Oberpräsident Koch und Landesbauernführer Spickschen ihr Interesse sofort der Landbewirtschaftung in den südlich der Provinz besetzten Gebieten und nahmen weitgehend Einfluss darauf",[39] stellte das RMEL Anfang 1940 fest.[40] Schon bald war Spickschen auch in offizieller Funktion im eroberten Gebiet unterwegs, denn im Oktober 1939 wurde ihm vom RMEL das Amt eines Sonderbeauftragten des Reichsernährungsministeriums für die Landbewirtschaftung im Regierungsbezirk Zichenau und im Suwałki-Gebiet übertragen. Solche Sonderbeauftragte, die auch in Danzig, Posen und Kattowitz eingesetzt wurden, hatten den Auftrag, die Landwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Er umfasste alle Betriebsgrößen.[41]

---

[38] BA Berlin, R 2/18211, unpaginiert, Bericht „Bemerkung zur Zusammenstellung des Vorschußbedarfs für die Landbewirtschaftung in den besetzten Gebieten bis 31. März 1940", Anhang des Schreibens von Janzen (RMEL) an Nitschke (Reichsfinanzministerium), 11. Januar 1940. Grundlage für die Tätigkeit dieser Sonderbeauftragten war die Verordnung über die Einsetzung von kommissarischen Verwaltern für Unternehmungen, Betriebe und Grundstücke in den besetzten ehemals polnischen Gebieten vom 29. September 1939. Entsprechend dieser Verordnung wurden treuhänderische Verwalter in landwirtschaftlichen Betrieben mit Ausnahme jener eingesetzt, die im Besitz von „Volksdeutschen" waren. MICHAEL SCHWARTZ u. a., Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich", München 2016, S. 486.

[39] BA Berlin, R 2/18211, „Bemerkung zur Zusammenstellung des Vorschußbedarfs", 11. Januar 1940.

[40] Spickschens bereits am 6. September 1939 privat mitgeteilter Hinweis, dass er mit Gauleiter Koch auf Inspektionsfahrt im besetzten Gebiet gewesen sei, dürfte genau diesen Hintergrund gehabt haben. Vgl. den Brief Spickschens an seine Familie, 6. September 1939, in: HANS JOACHIM SCHRÖDER, Alles Liebe & Heil Hitler. Wie falsche Hoffnungen entstehen. Eine Familiengeschichte, Berlin 2012, S. 05.02.05.

[41] BA Berlin, R 82/18, Bl. 147, Bericht Lauensteins an die „OLG Plock", 24. Oktober 1941.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vermutlich beriet Spickschen also Koch in landwirtschaftlichen Sachfragen im eroberten Gebiet. Darauf aufbauend traf der Gauleiter und Oberpräsident in Sachen Landbewirtschaftung rasch eigenmächtige Entscheidungen. Offiziell geschah dies per Verfügung am 10. November 1939,[42] tatsächlich jedoch offenbar schon viel früher, wie die OLG in ihrem Jahresbericht für 1939 vermerkte:

> „Noch vor dem Abschluß des Polen-Feldzuges erhielten wir von dem Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen den Auftrag, die treuhänderische Verwaltung der im Regierungsbezirk Zichenau, Suwalki- und Soldaugebiet gelegenen über 125 ha großen Güter zu übernehmen. Es handelt sich um 606 Güter mit einer Gesamtgröße von rd. 174000 ha."[43]

Was hier als „Übernahme" verbrämt wurde, bedeutete implizit zugleich mindestens die Vertreibung der polnischen Großgrundbesitzer. Diese wurden ausnahmslos enteignet und mehrheitlich ins Generalgouvernement verbracht, teilweise auch ermordet.[44]

Kochs Auftrag an die OLG bezog sich auf Betriebe in „nicht-deutschem" Besitz, umfasste also nicht Betriebe sogenannter „Volksdeutscher". Für diesen Auftrag wurde zunächst in Neidenburg eine Geschäftsstelle der OLG errichtet, die noch 1939 nach Plock (Płock), dem späteren Schröttersburg, verlegt wurde. Im neu geschaffenen Regierungsbezirk Zichenau machte sich sodann OLG-Chef Fritz Schlegel mit ungefähr zwanzig seiner Angestellten sowie rund 150 Gutsverwaltern daran, diese Güter zu erfassen und zu betreuen. Dies war bis Ende 1939 bei etwa 600 Gütern erfolgt, die Erfassung zu dieser Zeit also fast abgeschlossen.[45]

---

[42] BA Berlin, R 82/18, Bl. 147, Bericht Lauensteins über die Entwicklung des Auftrages der Ostland an die „OLG Plock" (Zweigstelle Plock / Schröttersburg), 24. Oktober 1941.

[43] BA Berlin, R 2/19018, OLG Jahresbericht 1939, S. 7; R 2301/3878, Bl. 138, Schreiben der OLG an den Präsidenten des Reichsrechnungshofs, 7. November 1939.

[44] Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Köln 1988, S. 306 f.; BA Bayreuth, Ost-Dok. 13/525, Bl. 77, Ausführungen Arthur Schumachers, 19./20. Mai 1958.

[45] BA Berlin, R 2301/3879, Bl. 142, Reichsrechnungshof, Bericht über die Prüfung der Verwendung der zur Neubildung deutschen Bauerntums bereitgestellten Siedlungskredite bei der Ostpr. Landgesellschaft mbH Königsberg, 18. Dezember 1939; R 82/11, Bl. 12–14, Vertrag zwischen der Ostland und der OLG, 20./22. April 1940.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle: Landwirtschaftliche Kennzahlen des Regierungsbezirks Zichenau (1940)

Kreis	Fläche	LN	Großbetriebe über 125 Hektar		Klein- u. Mittelbetriebe unter 125 Hektar	
	ha	%	Zahl	%	Zahl	%
Mlawa	123.980	87	71	12,6	12.161	11,6
Schirps	130.000	77	68	12,1	8.132	7,7
Plock	160.000	85	143	25,4	14.538	13,8
Plonsk	166.346	80	99	17,6	14.841	14,1
Zichenau	120.850	72	80	14,2	8.232	7,8
Pultusk	106.766	84	50	8,9	11.347	10,8
Makow	113.000	81	17	3,0	9.742	9,3
Praschnitz	141.030	66	35	6,2	9.437	9,0
Ostrolenka	174.000	64	1	0,2	16.540	15,8
Summe	1.235.972	77	564	100,0	104.970	100,0

Quelle: BA Berlin, R 3001/22182, Bl. 158, [N. N.] Die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Regierungsbezirks Zichenau [1940].

Angesichts dieser Entwicklungen sah sich die OLG in ihrem Jahresbericht 1939 als wichtiger Akteur für die „Germanisierung" der eroberten Gebiete im Osten. Die Landbewirtschaftung erschien nur als Zwischenschritt zur „Neubildung deutschen Bauerntums", das nunmehr auch außerhalb des Altreichs entstehen sollte:

> „Dem deutschen Volk ist nach jahrhundertelanger Enge wieder die Möglichkeit gegeben, für sein wachsendes Volkstum neuen Boden und eine neue Heimat zu schaffen. In den eingegliederten Ostgebieten sollen deutsche Menschen seßhaft werden, in erster Linie durch die Agrarstruktur des Landes bedingt, Bauern und Landwirte. Erst dann können diese Gebiete als untrennbare Bestandteile des Deutschen Reiches betrachtet werden, wenn in ihnen mit dem Boden verwachsene starke deutsche Geschlechter leben. Hier hat die bäuerliche Siedlungstätigkeit eine der größten und verantwortungsvollsten Aufgaben zu erfüllen. Unsere Gesellschaft fühlt sich für die Aufgaben der Siedlungstätigkeit in diesen Gebieten in jeder Hinsicht gerüstet. Unser finanzieller Aufbau erlaubt uns, würdige und vorbildliche Gehöfte zu errichten,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und unser geschulter Stab an geeigneten Fachkräften gibt die Gewähr für eine umsichtige und reibungslose Durchführung der zu leistenden Arbeiten."[46]

Diesen Enthusiasmus verbreitete die OLG auch im folgenden Jahr noch,[47] doch war klar, dass ihre Tätigkeit in den eroberten Gebieten bis auf Weiteres auf die Landbewirtschaftung begrenzt bleiben sollte. Mit einer planmäßigen Siedlungstätigkeit in diesem Gebiet wurde erst für die Zeit nach dem Krieg gerechnet.[48] Kochs „wilder" Auftrag an die OLG war kein Einzelfall, sondern wurde in anderen Regionen ebenfalls an die jeweiligen Landgesellschaften erteilt, so etwa an die Schlesische Landgesellschaft.[49]

Was aber geschah mit den beschlagnahmten Klein- und Mittelbetrieben unter 125 Hektar? Als Sonderbeauftragter des RMEL für alle Betriebsgrößen zuständig, war zunächst Landesbauernführer Spickschen aktiv geworden. Er richtete einen Sonderstab für den Regierungsbezirk Zichenau ein, der wohl in Opinogora (Opinogóra) bei Zichenau (Ciechanów) seinen Sitz hatte und von Landesobmann Gruber geleitet wurde. Die Geschäfte führte Dr. Bernhard Schwarz, ebenfalls aus der Führung der Landesbauernschaft Ostpreußen.[50] Zu den frühen Aktionen im Regierungsbezirk Zichenau, offenbar 1940 in Kooperation von Landesbauernschaft und OLG durchgeführt, gehörte der Versuchsanbau von Flachs, zu dem die polnischen Bauern sowie die Gutsverwalter gezwungen wurden.[51]

Ehe die 1940 einsetzenden Irrungen und Wirrungen der Landbewirtschaftung im Regierungsbezirk Zichenau näher betrachtet werden, ist auf Grundlage der bisherigen Betrachtungen festzuhalten, wie sehr in jener Zeit die Entwicklungen noch im Fluss waren. Im Hintergrund wurde seit Abschluss der Kampfhandlungen auf Reichsebene in großem Maßstab um Regelungen für das eroberte polnische Gebiet gerungen, auch im Hinblick auf Boden und Vermögen der landwirtschaftlichen Betriebe. Eine Vielzahl

[46] BA Berlin, R 2/19018, OLG Jahresbericht 1939, S. 7.

[47] BA Berlin, R 2/19019, unpaginiert, OLG Jahresbericht 1940, 1. Januar – 31. Dezember, Königsberg / Pr. 1941, S. 6.

[48] BA Berlin, R 2301/3879, Bl. 236, Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft (Zweigniederlassung Danzig) über die bei der OLG vorgenommene Prüfung des Jahresabschlusses für das Jahr 1940.

[49] BA Berlin, R 82/18, Bl. 189, Anlage 2 zum Bericht von Witt (RMEL) über den Besuch bei der Zweigstelle Schröttersburg [März 1942].

[50] BA Berlin, R 82/18, Bericht Lauensteins an die „OLG Plock", 24. Oktober 1941 (Bl. 144–145); 3. Vermerk Lauensteins, 16. April 1940 (Bl. 30–31).

[51] BA Berlin, RW 20-1/22, Bl. 246–247, Lagebericht der Rüstungsinspektion I, 12. August 1940.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von Akteuren suchte hier nach ihrem Vorteil, ein Beispiel nationalsozialistischer Polykratie. Bei seinem Vorpreschen vom 10. November 1939 profitierte Koch davon, dass auf Reichsseite noch darum gekämpft wurde, wer auf polnischen Besitz zugreifen durfte. Zwar ließ am 19. Oktober 1939 Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan die „Haupttreuhandstelle Ost" mit dem Auftrag gründen, sämtlichen beschlagnahmten Besitz in Polen zu verwalten. Hiergegen wehrte sich jedoch Himmler, der mit Erlass vom 10. November 1939 die Zuständigkeit der Stelle des RKF verfügte, wenn landwirtschaftliches Vermögen zu erfassen und beschlagnahmen war.[52]

Im Februar 1940 war dann – jedenfalls formalrechtlich – die Landbewirtschaftung geregelt. In der „Ostlandverordnung" vom 12. Februar 1940 ordnete Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan die „öffentliche Bewirtschaftung der in den eingegliederten Ostgebieten gelegenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Grundstücke zur Sicherung der Volksernährung" an, soweit „am 1. September 1939 nicht im Eigentum von Personen deutscher Volkszugehörigkeit". Die Verordnung bezog sich auch auf Grundstücke und Betriebe, die vom RKF beschlagnahmt worden waren.[53] Die Beschlagnahme selber war dabei nach wie vor Sache des RKF.[54]

Konsequenz der Göring'schen Verordnung war Ende Februar 1940 die Gründung der „Ostland" (Ostdeutsche Landbewirtschaftungsgesellschaft mbH). Sie unterstand dem RMEL und diente der Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Grundes in den neuen Ostgebieten. Ausgenommen von der Bewirtschaftung waren jene Betriebe in Land- und Forstwirtschaft, die dem polnischen Staat gehört hatten; sie unterstanden direkt der Domänenverwaltung des RMEL. In der Regel richtete die Ostland eine Zweigstelle pro Regierungsbezirk ein, die den Weisungen der Zentrale unterlag. In den Zweigstellen wiederum waren Wirtschaftsoberleiter tätig, jeder von ihnen in drei bis vier Kreisen. Unterhalb der Zweigstellen gab es Nebenstellen, an deren Spitze der Kreislandwirt stand. Ihm arbeiteten

[52] BERNHARD ROSENKÖTTER, Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost" und der Raub polnischer Vermögen. 1939–1945, Essen 2003, S. 81–88. Am 24. November 1939 legte Himmler darüber hinaus fest, dass es dem Reichsernährungsminister obliege, Bewirtschafter für landwirtschaftlichen Besitz einzusetzen. SCHWARTZ, Funktionäre, S. 487.

[53] Reichsgesetzblatt I (1940), Nr. 30, S. 355–357, Zitate: S. 355; HEINRICH PETERSEN, Öffentliche Bewirtschaftung aller landwirtschaftlichen Betriebe und Grundstücke in den eingegliederten Ostgebieten, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 9. März 1940, S. 128.

[54] LOOSE, Kredite, S. 222.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bezirkslandwirte bei den Großbetrieben zu sowie Betriebsleiter, die für deren Bewirtschaftung zuständig waren.

Andere Bezirkslandwirte übersahen jeweils zwischen 100 und 1.000 Klein- und Mittelbetriebe, die von polnischen Landwirten bewirtschaftet wurden; diese Bezirkslandwirte wurden von Ortslandwirten unterstützt. Ein typisches, auch im Regierungsbezirk Zichenau angewendetes Verfahren bei dieser Landbewirtschaftung war, kleinere Betriebe zusammenzulegen. Soweit nicht direkt der „Neubildung deutschen Bauerntums", das heißt der Ansiedlung zugeführt, musste einer der enteigneten früheren polnischen Eigentümer den zusammengelegten Betrieb zwangsweise bis auf Weiteres bewirtschaften. Er musste einen enormen Teil seiner landwirtschaftlichen Produktion abliefern, während die übrigen früheren polnischen Eigentümer, die im Zuge dieses Vorgehens enteignet worden waren, zum Arbeitseinsatz im Altreich gezwungen wurden.

Das Tätigkeitsgebiet der Ostland umfasste, abgesehen vom Regierungsbezirk Zichenau, auch den Reichsgau Wartheland, die Provinz Schlesien bzw. Oberschlesien sowie den Reichsgau Danzig-Westpreußen. Nachdem besetztes Gebiet westlich des Reichs, in Nord- und Ostfrankreich, zu ihrem Aufgabenbereich hinzugekommen und außerdem das Reichskommissariat Ostland ins Leben gerufen worden war, wurde die „Ostland" im Mai 1942 in „Reichsland" (Reichsgesellschaft für Landbewirtschaftung mbH) umbenannt. Allein bis 1941 war die Ostland für die Verwaltung von rund 7 Millionen Hektar an landwirtschaftlicher Nutzfläche zuständig. Mitte 1942 war diese Zahl auf über 9 Millionen Hektar angestiegen, darunter auch Boden von polnischen Universitäten, Kirchen und Synagogengemeinden.[55]

Die Ostland / Reichsland war mithin ein wichtiger Akteur der nationalsozialistischen Besatzungspolitik.[56] Welche Rolle spielte sie für den

[55] MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik, S. 446–448; MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 281 f.; LOOSE, Kredite, S. 222; SCHWARTZ, Funktionäre, S. 486–492; BA Berlin, R 3601/2365, Bl. 149, Reinthaller (RMEL) an die Regierungspräsidenten der Regierungsbezirke Zichenau und Allenstein, 5. März 1940.

[56] Gleichwohl ist die Ostland / Reichsland in zentralen Fragen noch unerforscht. Das Urteil von LOOSE, Kredite, S. 222, die archivalische Überlieferung zur Ostland / Reichsland sei „[...] minimal, weshalb zentrale Fragen hinsichtlich ihrer Tätigkeit offen bleiben", ist schon angesichts der Aktenlage zur Tätigkeit der Ostland / Reichsland im Reg.-Bez. Zichenau zu bezweifeln. Die Bedeutung der Ostland / Reichsland in diesem Zusammenhang ist praktisch unbekannt; karge Hinweise sind zu finden bei BOŻENA GÓRCZYNSKA, Die Agrarpolitik in polnischen Gebieten, die während der hitlerfaschistischen Okkupation Ostpreussen eingegliedert wurden (1939–1945), in: Studia Historiae Oeconomicae 17 (1982), S. 255–264, hier S. 256; DIES., Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Regierungsbezirk Zichenau? Man könnte erwarten, dass mit ihr Kochs Auftrag an die OLG und Spickschens Amt als Sonderbeauftragter obsolet geworden wären. Doch zunächst weigerte sich OLG-Chef Schlegel offenbar auf Weisung Kochs, die Ostland als zuständige Behörde anzuerkennen. Bei einer Besprechung im RMEL von Koch, Schlegel und Staatssekretär Backe am 9. April 1940 sodann gab Backe Kochs Drängen nach und vereinbarte, dass die OLG weiterhin für die Landbewirtschaftung im Regierungsbezirk Zichenau durch die Zweigstelle in Plock zuständig sein konnte – nun als Beauftragte der Ostland, der gegenüber sie mit Wirkung vom 1. April 1940 verantwortlich, weisungsgebunden und rechenschaftspflichtig war.[57] Wie sich indes herausstellen sollte, war die Frage der Zuständigkeit bei der Landbewirtschaftung auch damit noch nicht gänzlich vom Tisch.[58]

Tatsächlich unstrittig war ab April 1940 die Bewirtschaftung der Güter ab 125 Hektar, die von der OLG-Zweigstelle in Plock – erst „Zweigstelle Plock", ab 1941/1942 dann „Zweigstelle Schröttersburg" genannt – besorgt wurde. Diese Zweigstelle, bereits Ende 1939 gegründet, stand unter Leitung von Hans-Wilhelm Gusovius, der auch Kreislandwirt im Regierungsbezirk Zichenau gewesen war. Die Zweigstelle verfügte über Abteilungen für Landwirtschaft, Finanzen und Verwaltung und finanzierte sich aus einer Verwaltungskostenumlage, die von den von ihr bewirtschafteten Betrieben eingezogen wurde. Die Zweigstelle selber hatte im März 1942 insgesamt 67 Mitarbeiter; ein Teil der Belegschaft war für die Landbewirtschaftung in die Ukraine abkommandiert und durch Personal aus dem Altreich ersetzt worden. Mit 252 Betriebsleitern bewirtschaftete die Zweigstelle 562 Großbetriebe (März 1942), die zusammen eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 147.000 Hektar aufwiesen.[59]

---

włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989, S. 60–62; LOOSE, Kredite, S. 225.

[57] BA Berlin, R 82/18, Bl. 147–150, Bericht Lauensteins an die „OLG Plock", 24. Oktober 1941; R 2/19018, OLG Jahresbericht 1939, S. 7; R 2301/4034, Bl. 13–16, Vertrag zwischen der Ostland und der OLG, 20. April 1940.

[58] BA Berlin, R 82/18, Bl. 188, Anlage 3 zum Bericht von Witt über seinen Besuch der Zweigstelle Schröttersburg vom 11.–21. März 1942.

[59] BA Berlin, R 82/18, Bl. 189–191, Anlage 2 zum Bericht von Witt, 11.–21. März 1942. Zur ursprünglichen Benennung: R 2301/4034, Bl. 13–16, Vertrag zwischen der Ostland und der OLG, 20. April 1940. Zudem: GÓRCZYNSKA, Die Agrarpolitik, S. 256 f. Zu Hans-Wilhelm Gusovius: PAUL GUSOVIUS, Die Geschichte der ostpreußischen Familie Gusovius einschließlich ihres geadelten Zweiges. Bis in die Gegenwart fortgesetzt und herausgegeben von Albrecht von Gusovius, Osnabrück 1982, S. 69.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In den Nebenstellen der Zweigstelle arbeiteten insgesamt elf Kreislandwirte (Januar 1942). Auch bei diesen gab es eine hohe Fluktuation, mehr als die Hälfte von ihnen wurde nach dem Überfall auf die Sowjetunion dorthin entsendet; auch OLG-Chef Schlegel kam dort zum Einsatz.[60] Die von der Zweigstelle Schröttersburg selber bewirtschafteten Betriebe machten 1943/1944 auf einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von circa 113.000 Hektar einen Gesamtumsatz von knapp 34 Millionen Reichsmark.[61]

Mit Bewirtschaftungsverträgen, die dem RMEL zur Genehmigung vorzulegen waren, gab die Zweigstelle Betriebe aus der Eigenbewirtschaftung ab und überließ sie der Bewirtschaftung durch Dritte. Meist lag dem zugrunde, dass diese Güter schon vor der Beauftragung der Ostland im April 1940 gleichsam „freihändig" Dritten übergeben worden waren, oder dass man bestimmte Verwalter als für die wirtschaftspolitische Entwicklung des Gebiets aussichtsreich und vorteilhaft betrachtete. Unter den so ausgegliederten Betrieben waren gelegentlich auch solche unter 125 Hektar, da auf Weisung der Ostland- / Reichsland-Zentrale schon Betriebe ab 100 Hektar als Großbetriebe behandelt werden konnten. In etwa zwei Prozent der Fälle schien bei der Vergabe von Gütern eine Begünstigung vorzuliegen, woraufhin der Rechnungshof des Deutschen Reiches Ende 1942 reklamierte.

So erhielten unter anderen die Landräte Herbert Seiler (Kreis Makow bzw. Mackeim) und Erich Matthes (Kreis Zichenau), beide zugleich bewährte NSDAP-Kreisleiter, sowie der Kreisbauernführer Friedrich Soppa große Güter zur Bewirtschaftung überlassen. Die Bewirtschaftungsverträge waren aber offenbar zum Ende Juni 1942 auf Weisung der Reichsland „mit dem Hinweis auf die mögliche Rückführung der Volksdeutschen Gruppen 3, 2 und 1" sämtlich aufgelöst worden.[62]

Hier wurde die Deutsche Volksliste als Argument eingesetzt, die im März 1941 unter anderem auch im Regierungsbezirk Zichenau Geltung erhalten hatte und als „deutschstämmig" erachtete Menschen in vier Kategorien mit abgestuften Rechten einsortierte. Die in der Liste Eingetra-

[60] BA Berlin, R 82/18, Bl. 157, Lauenstein an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 6. Januar 1942.

[61] Vgl. die Übersicht über die Umsätze der selbst bewirtschafteten Betriebe der Zweigstelle Schröttersburg für das Wirtschaftsjahr 1943/1944: BA Berlin, R 82/12, Schreiben der Zweigstelle Schröttersburg an die Reichsland, 24. November 1944, unpaginiert.

[62] BA Berlin, R 2301/4032, Bl. 77–79, interner Bericht des Reichsrechnungshofs zur Prüfung der Zweigstelle Schröttersburg, 4. November 1942, Zitat: Bl. 77. Zu Matthes und Seiler zudem ROHRER, Nationalsozialistische Macht, S. 589, 605.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

genen sollten als Siedler künftig dazu beitragen, die ins Deutsche Reich eingegliederten Gebiete Polens zu „germanisieren". Dieses Ziel verfolgten alle regionalen Machthaber, aber der Einsatz der Deutschen Volksliste hierfür war unterschiedlich. Arthur Greiser im Reichsgau Wartheland etwa spielte sie machtpolitisch in die Hände. Ihm diente die Deutsche Volksliste als Instrument zur „Germanisierung" nach „rassenbiologischer" Ordnung und nicht zufällig kam es dort zu enormen Umsiedlungsmaßnahmen. Gauleiter Koch, der wie erwähnt auf Besiedlung aus Ostpreußen heraus setzte, nutzte die Deutsche Volksliste nur mäßig für seine Zwecke. Insgesamt trugen sich 46.500 Personen im Regierungsbezirk Zichenau darin ein.[63]

Die Entnahme von Gütern aus der öffentlichen Bewirtschaftung zugunsten Dritter war ein generelles Problem, denn die öffentliche Landbewirtschaftung war, wie schon angedeutet, gedacht als Platzhalter für die Zeit nach dem Krieg. Dies galt nicht für Umgesiedelte, ansonsten sollte dann der zu besiedelnde Boden im Osten an Frontsoldaten gegeben werden, mit der Idee, Boden durch die Ansiedlung von „Wehrbauern" „einzudeutschen". Im September 1942 verkündete das „Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen" diesen Vorbehalt der Siedlungspolitik folgendermaßen:

> „Nach dem Willen des Führers soll die Landzuteilung in den befreiten Gebieten des Ostens erst endgültig erfolgen, wenn die Soldaten dieses Krieges in die Heimat zurückkehren. Lediglich die Umsiedler und Rückwanderer machen hiervon eine Ausnahme, weil sie infolge der Aufgabe ihrer Höfe und Besitzungen an ihrem früheren Wohnsitz einen Landanspruch in ihrer wieder geschenkten deutschen Heimat haben. Um den Kriegsteilnehmern Siedlungsland zur Verfügung stellen zu können, wird inzwischen der frühere polnische oder sowjetische Grundbesitz im Osten von Betriebsleitern kommissarisch verwaltet. Als Treuhänder für die späteren, jetzt noch unbekannten Besitzer, die irgendwo als Soldaten an der Front Leib und Leben einsetzen, führen sie in den Ostgauen die Wirtschaften und Bauernhöfe."[64]

Gerade bei Wehrmachtsangehörigen kann in der Rückschau von einem Drang zur Siedlung im Osten nicht gesprochen werden; sie waren eine kaum sichtbare Größe unter den Siedlern. Zeitgenössisch indes spielten

---

[63] GERHARD WOLF, Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen, Hamburg 2012, S. 165–189; MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 270–272.

[64] Für Kriegsteilnehmer vorbehalten, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 5. September 1942, S. 547.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sie, auch für die Propaganda, eine bedeutende Rolle: Hitler, Himmler als RKF und die in der Siedlungspolitik relevanten Kräfte hatten in einer ganzen Reihe von Erlassen den Vorrang der Frontsoldaten bei der Ansiedlung in den eroberten Gebieten festgeschrieben.[65]

Auch in der ostpreußischen Presse wurde das Idealbild des siedelnden Frontsoldaten regelmäßig beschworen. Dabei wurde den Frontsoldaten durch eine detaillierte Beschreibung das Siedlungsprozedere im Regierungsbezirk Zichenau transparent und schmackhaft gemacht: im Hinblick auf den Kreis der Anspruchsberechtigten, der auch Kriegerwitwen umfasste; auf das Ziel, der „Festigung deutschen Volkstums" zu dienen; auf die Voraussetzungen, einschließlich der „Erbgesundheit"; auf den Prozess von der Idee bis zum eigenen Hof schließlich, der über den Siedlungsreferenten der Wehrmacht und den Beauftragten des RKF führte, die ihrerseits fachlich von der Landesbauernschaft Ostpreußen und der OLG unterstützt wurden.[66]

Angesichts dieser Prioritätensetzung wurden schon die erwähnten Bewirtschaftungsverträge im Regierungsbezirk Zichenau für die Landräte Seiler und Matthes sowie den Kreisbauernführer Soppa kritisch verfolgt. Dies galt umso mehr für die Einverleibung zweier riesiger Güter durch Gauleiter Koch, deren Grund zuvor vom Bodenamt Zichenau beschlagnahmt worden war. Koch überging das Bodenamt und berief sich auf eine mündliche Zusage Himmlers. Das knapp 20.000 Hektar große Gut Krasne (Kreis Zichenau), für das Grund von insgesamt 43 Bauerndörfern zusammengelegt und 1.000 polnische Familien von ihren Höfen vertrieben worden waren, wurde offenbar bereits bis April 1940 in die Erich-Koch-Stiftung überführt.

Es wurde von Gauleiter Koch als Landsitz genutzt, unter anderem zum Empfang hochrangiger Gäste;[67] auch Landesbauernführer Spickschen war

[65] ROLF-DIETER MÜLLER, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt am Main 1991, S. 25–39; Erlaß des Führers über die Einschränkung des Verkehrs mit landwirtschaftlichen Grundstücken im Kriege. Vom 28. Juli 1942, in: Reichsgesetzblatt I (1942), Nr. 82, S. 481.

[66] Kriegsversehrte Landwirte siedeln in Südostpreußen, in: Königsberger Allgemeine Zeitung, 28. November 1943, 1. Beiblatt; Frontkämpfer werden in Zichenau siedeln, in: Preußische Zeitung, 24. Juli 1942.

[67] BA Berlin, R 2301/9685, Bl. 19, Bericht des Reichsrechnungshofs, 30. Oktober 1944; R 49/130, Bl. 49–51, Bericht des Reichsrechnungshofs, 15. April 1942; NS 19/1321, Bl. 11, Aktenvermerk Greifelts über seinen Vortrag bei Himmler (Auszug), 10. August 1942; R 49/130, Bl. 113, Backe an Himmler, 10. August 1944; MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 283 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dort mit seiner Frau zu Gast.[68] Das knapp 12.000 Hektar umfassende Gut Nacpolsk im Kreis Plonsk wurde 1941 der Provinzialverwaltung übertragen.[69] Insgesamt entzog Koch damit 15.000 bis 16.000 Hektar besiedlungsfähigen Grundes der öffentlichen Bewirtschaftung. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches, die RKF-Behörde, die Landeskulturabteilung im Oberpräsidium in Königsberg nebst dessen Ableger in Zichenau, Backe und das RMEL ebenso wie Himmler selber – sie alle konnten oder wollten gegen Kochs Vorgehen nichts unternehmen.[70] Koch nutzte Güter auch zur politischen Landschaftspflege: So machte er sich dafür stark, dass der Schwiegervater des HSSPF Hans-Adolf Prützmann im Zichenauer Gebiet ein Gut erhielt. Himmler brachte er in den Besitz des im Kreis Plonsk gelegenen Gutes Smoszewo.[71]

Ein Spezialfall waren Landentnahmen durch die Wehrmacht. Siedlungspolitik gab es im militärischen Bereich schon zur Zeit Friedrichs II., als Veteranen Landgeschenke in den angegliederten polnischen Gebieten erhielten – ein frühes „Wehrbauern"-Konzept, das schon damals durchaus chauvinistische bzw. rassistische Züge trug. Unmittelbar nach Ende des Polenfeldzuges im Herbst 1939 schien die Wehrmacht in Konkurrenz zu Himmlers Ansprüchen in den neuen Gebieten im Osten zu treten. Ihr Pochen auf militärische Einrichtungen, etwa Truppenübungsplätze, konnte die Planungen des RKF empfindlich stören. Mit Entgegenkommen aber vermochte Himmler den Plänen aus dem Oberkommando des Heeres die

[68] Brief Gerda Ursula Spickschens an ihre Schwiegermutter „Beim Gauleiter haben wir das neue Haus in Krasne bewundert", 4. August 1941, in: SCHRÖDER, Alles Liebe, S. 05.02.25.

[69] BA Berlin, R 49/130, Bl. 49–50, Bericht des Reichsrechnungshofs, 15. April 1942; RAINER WEINERT, „Die Sauberkeit der Verwaltung im Kriege". Der Rechnungshof des Deutschen Reiches 1938–1946, Opladen 1993, S. 124–127. Anders als bei MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 283 f., behauptet, wurde Nacpolsk – dort falsch mit dem Gut Hohendorf identifiziert – nicht Teil der Erich-Koch-Stiftung. Eine Übertragung von der Provinz auf die Stiftung war eventuell angedacht, wurde aber nicht durchgeführt: BA Berlin, R 49/130, Vermerk aus dem RKF-Stabshauptamt, 15. September 1943 (Bl. 86); Backe an Himmler, 10. August 1944 (Bl. 113). Zum Gut Hohendorf, im Kreis Preußisch Holland gelegen: CARL VON LORCK, Ostpreußische Gutshäuser. Bauform und Kulturgehalt, Kitzingen am Main 1953, S. 44 f., 68.

[70] BA Berlin, R 49/130, Witt an das Stabshauptamt des RKF, 23. April 1942 (Bl. 55); Mellinghof (Kulturamt Zichenau) an Treichel (Landeskulturabteilung, Oberpräsidium Königsberg), 5. August 1942 (Bl. 63–66); Aktenvermerk Hieges, 21. Oktober 1943 (Bl. 88); Backe an Himmler, 10. August 1944 (Bl. 113); R 2301/9685, Bl. 19, Bericht des Reichsrechnungshofs, 30. Oktober 1944.

[71] Vgl. MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 282.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Spitze zu nehmen und eine Zusammenarbeit in diesem Bereich einzuleiten.[72] Dies läßt sich auch im Regierungsbezirk Zichenau beobachten: Dort übernahm die Wehrmacht größere landwirtschaftliche Gebiete im Kreis Praschnitz, die zuvor in den Händen polnischer Klein- und Mittelbauern gewesen waren, aus der Bewirtschaftung durch die Ostland und nutzte diese als Truppenübungsplätze.[73] Als die Wehrmacht dagegen an anderer Stelle im Regierungsbezirk Zichenau einen Bombenabwurfplatz errichten wollte, erhoben die zivilen Planungsbehörden Einspruch, „weil es sich bei dem fraglichen Gelände um ein Gebiet mit landwirtschaftlich hochwertigem Boden handelt, der für die Umsiedlung Volksdeutscher notwendig gebraucht wurde". Die Wehrmacht verzichtete schließlich auf dieses Gebiet, für den Abwurfplatz wurde ein anderes Areal gefunden.[74]

Wie schon angedeutet, war auch die Landesbauernschaft Ostpreußen in den Entzug landwirtschaftlicher Güter aus öffentlicher Bewirtschaftung verwickelt – obschon der Reichsnährstand gerade hier von seinen Mitgliedern und insbesondere von den hohen Funktionären äußerste Zurückhaltung verlangt hatte.[75] Es mag in Teilen mit den Aufgaben der Landesbauernschaft zusammengehangen haben, dass sie Gutsbetriebe auf über 6.300 Hektar Fläche im Gebiet um Opinogora nahe Zichenau in eigene Bewirtschaftung übernahm.

Beim Gut Opinogora, am Sitz der Landesbauernschaft im Regierungsbezirk Zichenau, wurden in großem Stil Versuche zur Züchtung verschiedener Getreidesorten sowie bei der Düngung durchgeführt. Das Gut wurde auf Drängen von Landesbauernführer Spickschen nicht öffentlich bewirtschaftet, sondern wurde landwirtschaftlicher Betrieb der Ostpreußischen Saatzucht GmbH Nordost, was den Weisungen von RKF und RMEL direkt zuwiderlief.[76]

---

[72] MÜLLER, Hitlers Ostkrieg, S. 11–20.

[73] BA Berlin, R 49/130, Bl. 52, Bericht des Reichsrechnungshofs, 15. April 1942.

[74] BA Berlin, RW 20–1/5, Bl. 40, Lagebericht der Rüstungsinspektion I für 1.10.1940–31.12.1940; Zitat: Ebd.

[75] Vgl. die Anordnung des RBF betreffend Erwerb von Bauernhöfen durch ehrenamtliche Bauernführer und Beamte und Angestellte des RNSt vom 26. November 1940, in: Dienstnachrichten des Reichsnährstands, 30. November 1940, Sp. 857–858; BA Berlin, Berlin Document Center (hiernach: BDC), DS Rudolf Adam (8. März 1905), Schreiben des RBF an die Landesbauernführer, 21. Oktober 1942, unpaginiert.

[76] BA Berlin, R 82/18, Lauenstein an Steinacker (RBF, Verwaltungsamt), 12. Februar 1942 (Bl. 169); Schreiben der OLG an die Ostland, 7. Februar 1942 (Bl. 166–167); R 49/130, Bl. 49–50, Bericht des Reichsrechnungshofs, 15. April 1942; WOLFGANG CLAUß, Künftiges deutsches Bauernland, in: Nationalsozialistische Landpost, 17. Januar 1941, S. 6.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aus der Spitze der Landesbauernschaft wurde Landesobmann Gruber vom Rechnungshof des Deutschen Reiches kritisch beobachtet, der einen Großbetrieb im Kreis Praschnitz gepachtet hatte.[77] Landesbauernführer Spickschen selber scheint sich solchen Vorgehens enthalten zu haben, auch wenn im Kreis Zichenau die Meinung geherrscht haben soll, dass Opinogora sein Gut sei.[78] Privat hatte Spickschens Frau freilich ihre Gedanken bereits ins Suwałki-Gebiet schweifen lassen: „Wenn nur erst der Krieg zu Ende wäre! Im Kreis Mariampol soll es sehr schöne Güter geben. Vielleicht ist dort etwas für uns darunter."[79]

Ein weiterer – freilich nicht zwingend auf die eingegliederten Ostgebiete bezogener – Hinweis darauf, dass auch der Landesbauernführer langfristig auf den weiteren Kauf eines landwirtschaftlichen Gutes spekulierte, war im Frühjahr 1944 sein Engagement für Rudolf Adam, seinen damaligen Vertrauten und für die Landbewirtschaftung im Regierungsbezirk Zichenau und im Bezirk Bialystok Zuständigen. Adam wollte ein etwa 223 Hektar großes Gut im Landkreis Ebenrode (vor 1938 Stallupönen) übernehmen. Spickschen rechtfertigte dies mit Adams Wunsch, in die landwirtschaftliche Praxis zurückzukehren. Unterstützt von Landesbauernschaft und Oberpräsidium, verwendete sich Spickschen persönlich für Adam an höchster Stelle, bei Backe, Reichsobmann Behrens und bei Greifelt vom RKF-Stabshauptamt.[80]

Dabei hatte sich der im Oberpräsidium zuständige Leiter der Landeskulturabteilung, Willy Treichel, intern gegen Spickschen gestellt. Er verlieh seiner Ablehnung hinter den Kulissen, unter Umgehung des Dienstwegs, auch gegenüber dem RMEL Ausdruck: Treichel unterstellte andere Motive, nämlich dass Spickschens Vorgehen eine „Generalprobe für weitere Gutsverkäufe sein soll, denn Adam deutete mir unter vier Augen an, daß auch der Landesbauernführer noch die Absicht habe, ein Objekt der Ostpr. Landgesellschaft zu erwerben". Ebenso, vermutete Treichel, wolle sich der in der Landesbauernschaft für „Neubildung deutschen Bauerntums" zuständige Dr. Petersen das Restgut Gallgarben (Kreis

[77] BA Berlin, R 49/130, Bl. 50, Bericht des Reichsrechnungshofs, 15. April 1942.

[78] BA Berlin, R 82/18, Bl. 169, Lauenstein an Steinacker, 12. Februar 1942.

[79] So Gerda Ursula Spickschen an ihre Schwiegermutter, 4. August 1941, in: SCHRÖDER, Alles Liebe, S. 05.02.25.

[80] BA Berlin, BDC, DS Rudolf Adam, alle unpaginiert, Erich Spickschen an Backe, 6. April 1944; Spickschen an Reichsobmann Behrens, 27. April 1944; Spickschen an Greifelt, 3. Mai 1944; Oberpräsidium Ostpreußen an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 24. März 1944.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Samland) sichern.[81] Das Ansinnen Adams wurde schließlich im Mai 1944 von Greifelt und Backe abgelehnt.[82]

Im Gegensatz zu den Großbetrieben blieb die Frage der Bewirtschaftung bei den Klein- und Mittelbetrieben trotz der Vereinbarung vom 20. April 1940 noch bis in den Herbst 1942 umstritten. Landesbauernführer Spickschen, weiterhin Sonderbeauftragter des RMEL für alle Betriebsgrößen, versuchte seinen Einfluss auf die Klein- und Mittelbetriebe zu behalten. Mitte Juli 1940 schien das Kompetenzengerangel, an dem die OLG und die Ostland ebenso wie Spickschen und Koch beteiligt waren, durch Kompromiss beigelegt: Landesobmann Gruber wurde mit Wirkung vom 1. Mai 1940 als Geschäftsführer der OLG für den Regierungsbezirk Zichenau und das Suwałki-Gebiet angestellt. Er war nun für die Klein- und Mittelbetriebe unter 125 Hektar zuständig. In Grubers Kompetenz lag die Auswahl von Personal, das dann von der OLG eingestellt wurde; über Einstellung und Entlassung der Kreislandwirte entschieden Gruber und die OLG-Führung gemeinsam.[83] Erst nach dieser Vereinbarung entband das RMEL Spickschen, mit Dank „für die unter schwierigsten Verhältnissen geleistete Aufbauarbeit", offiziell von seinem Amt als Sonderbeauftragter, das ihm im Oktober 1939 übertragen worden war.[84]

Mit Gruber hatte ein Mann die Landbewirtschaftung bei Klein- und Mittelbetrieben übernommen, der der SS besonders nahe stand. Seine Vorstellungen von der Siedlungspolitik lassen nichts an Klarheit vermissen:

> „Zunächst müssten die polnischen Familienbetriebe in deutsche Hände übergeführt werden; denn hier habe die völkische Durchdringung des Raumes das

[81] BA Berlin, BDC, DS Rudolf Adam, Treichel an Dr. Krüger (RMEL), vertraulich, 21. März 1944, unpaginiert; Zitate: Ebd.

[82] BA Berlin, BDC, DS Rudolf Adam, Greifelt an Spickschen, 24. Mai 1944, unpaginiert.

[83] BA Berlin, R 82/18, Bl. 143–145, Bericht Lauensteins an die „OLG Plock", 24. Oktober 1941; R 82/18, Bl. 87, Vertrag zwischen Gruber und der OLG, 15. Juli 1940.

[84] BA Berlin, R 82/18, Bl. 82, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (i. V. Backe) an Spickschen, 8. Juli 1940; Zitat: Ebd. Gemäß diesem Schreiben habe Spickschen nun „in den der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Betrieben in den zu Ostpreußen gekommenen eingegliederten Ostgebieten diejenige Befugnisse, die Ihnen als Landesbauernführer gegenüber jedem Betrieb als Mitglied des Reichsnährstandes zustehen". Vgl. Gemeinsame Tagung der Landräte, Kreisbauernführer und Kreislandwirte des Regierungsbezirks Zichenau, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 1. Juni 1940, S. 312. Dort wird noch von Spickschens „Gesamtaufsicht über die Landbewirtschaftung im Zichenauer Bezirk" gesprochen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

> stärkste Bollwerk zu überwinden. Solange, bis diese Arbeit abgeschlossen sei, sollte man die Großbetriebe, die gut wirtschaften, unberührt lassen. An sie könne man herangehen, wenn der bäuerliche Sektor von Polen gereinigt sei und dann noch Siedlungsbedarf bestehe. [...]
> Die Frage der Besitzgröße in der künftigen Agrarstruktur spitzt sich, so erklärte Landesobmann Gruber weiter notwendig darauf zu, ob und inwieweit man polnische Arbeitskräfte im Lande halten wolle. Als Grundsatz müsse wohl gelten, dass eine wirkliche Eindeutschung des Gebietes auf Dauer nur gesichert sei, wenn im Mittelpunkt der künftigen Siedlungsstruktur der deutsche Familienbetrieb stehe, der weitgehend mit familieneigenen Arbeitskräften auskomme."[85]

Der mit der Ostland erreichte Friede hielt freilich nicht lange: Geschäftsführer Gruber, im November 1940 vom Reichsbauernführer als Landesobmann abberufen, überwarf sich schon bald mit OLG-Leiter Schlegel und schied zum 1. April 1941 aus der OLG aus.

Fortan arbeiteten OLG, Landesbauernschaft und staatliche Organe in Sachen Klein- und Mittelbetriebe vor allem neben- und gegeneinander. Selbst eine Aussprache auf höchster Ebene, an der Darré, Backe, Koch, Regierungspräsident Dargel und Ostland-Leiter Johann-Dietrich Lauenstein teilnahmen, vermochte im August 1941 keine dauerhafte Lösung herbeizuführen. Die Ostland-Zentrale war mit der OLG und der Zweigstelle in Schröttersburg höchst unzufrieden. Dies galt für den organisatorischen Aufbau, der nicht den Ostland-Vorgaben entsprach. Und offenbar nutzte die OLG die Ostland, um Kredite in Millionenhöhe zu erlangen, ohne jedoch Weisungen der Ostland-Zentrale zu folgen. Die Verbindlichkeiten der OLG sollen rund 15 Millionen Reichsmark betragen haben, neben 5 bis 6 Millionen Reichsmark an weiteren Verbindlichkeiten gegenüber Dritten. Die OLG entwickelte damit einen Geldbedarf, der weit über jenem in den Gebieten lag, in denen die Ostland / Reichsland selber für die Landbewirtschaftung zuständig war, so etwa im Reichsgau Wartheland. Darüber hinaus war Regierungspräsident Dargel ein Unruheherd, da er sich ständig in Bewirtschaftungsfragen einmischte.[86]

Die Auflösung der verworrenen Situation kam schließlich aus dem Bezirk Bialystok: Dort war nicht nur die OLG von Koch in seiner Funktion als Chef der Zivilverwaltung beauftragt worden, rasch die Ernte

[85] BA Berlin, R 3001/22182, Bl. 199, Bericht Dellians [vermutlich Oktober 1940].

[86] BA Berlin, R 82/18, Bericht Lauensteins an die „OLG Plock", 24. Oktober 1941 (Bl. 123–143); Lauenstein an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 6. Januar 1942 (Bl. 157); Anlage 3 zum Bericht Witts vom 11.–21. März 1942 (Bl. 184–188).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einzubringen.[87] Bei der Landbewirtschaftung wurde schon bald der OLG die Zuständigkeit für die Großbetriebe, der Landesbauernschaft Ostpreußen dagegen für die Klein- und Mittelbetriebe übertragen. Rechtlich war die Situation grundsätzlich anders als im Regierungsbezirk Zichenau, denn im Bezirk Bialystok hatte Koch als Chef der Zivilverwaltung der OLG am 4. September 1941 den Auftrag zur Landbewirtschaftung der Großbetriebe erteilt – die Ostland/Reichsland hatte mit der Landbewirtschaftung hier nichts zu tun. Um die Landbewirtschaftung im Bezirk Bialystok sogleich im August 1941 übernehmen zu können, kommandierte die OLG zeitweise Betriebsleiter, Bezirks- und Kreislandwirte aus dem Regierungsbezirk Zichenau in den neuen Bezirk ab.

Die Organisation der Zweigstelle Bialystok der OLG ähnelte jener der Zweigstelle Schröttersburg. Die Leitung der Zweigstelle lag zunächst beim Güterdirektor Stöckler, dann bei Güterdirektor Kurt Hilmers. Sie verfügte über Abteilungen für Verwaltung, Kaufmännisches, Landwirtschaft sowie eine Bauabteilung und beschäftigte 14 deutsche und 59 polnische Mitarbeiter. Für jedes der sieben Kreiskommissariate gab es eine Güterdirektion, unter deren Aufsicht jeweils Bezirkslandwirte und Betriebsleiter arbeiteten. Insgesamt wurden 304 landwirtschaftliche Großbetriebe mit 113.626 Hektar Gesamtfläche (Juli 1942) bewirtschaftet. Auch hier wurden etliche Güter aus der Bewirtschaftung der OLG entnommen und an Dritte gegeben, unter anderem an Landräte, an die Landesbauernschaft, an Kreisbauernschaften und an die Erich-Koch-Stiftung.

Die Landbewirtschaftung bei den Betrieben unter 125 Hektar – sie machten etwa 95 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche aus – stand unter Leitung einer Landbewirtschaftungsstelle mit Sitz in Bialystok (Białystok). Bei dieser hatte Landesbauernführer Spickschen, der auch allgemein für die Landwirtschaft im Bezirk Bialystok zuständig war, den Oberlandwirtschaftsrat und Vertrauten Adam als Leiter eingesetzt. Wie im Regierungsbezirk Zichenau wurden auch von dieser Stelle Flächen des bäuerlichen Besitzes Gütern zugeschlagen, zudem bewirtschafteten SS, für die Gemeinden ihres Amtsbezirks zuständige Amtskommissare sowie Kreisbauernführer größere der bäuerlichen Betriebe. Die Landbewirtschaftungsstelle Bialystok finanzierte sich aus einer Umlage, die von den einzelnen Betrieben eingezogen wurde und jährlich Einkünfte in Millio-

[87] BA Berlin, R 2301/3879, Bl. 376, Kurzbericht der Deutschen Revisions- und Treuhand-AG über die bei der OLG vorgenommene Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1940, 16. Februar 1942.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nenhöhe einbrachte.[88] Dieses Modell wurde schließlich auch im Regierungsbezirk Zichenau angewendet. Zunächst aber verkomplizierte Regierungspräsident Dargel dort die Situation weiter: Er warf der OLG vor, die Klein- und Mittelbetriebe zu vernachlässigen und aus diesen Betrieben nicht das Maximum an Erzeugung und Ablieferung herauszuholen. Die polnischen Bauern seien durch andere Tätigkeiten von ihrer wichtigsten Aufgabe abgelenkt; tatsächlich wurden sie gezwungen, Hand- und Spanndienste zu übernehmen und mit ihren Wagen Steine für den Straßenbau zu transportieren.

Zugleich wollte Dargel mittels seiner Amtskommissare gegen die Bauern schärfer vorgehen können, etwa bei Schwarzhandel. Dargels Druck führte schließlich sogar dazu, dass er am 1. Juni 1942 eine Vertragsvereinbarung mit der Ostland / Reichsland erreichte. Diesem Übereinkommen zufolge wurden die Klein- und Mittelbetriebe maßgeblich von Dargel und seinen untergeordneten Stellen, besonders den Amtskommissaren, geführt, freilich in Zusammenarbeit mit Landesbauernschaft und OLG. Gegen diese Vereinbarung protestierte Landesbauernführer Spickschen.[89]

Tatsächlich war diese Regelung schon bald obsolet. Offenbar ohne Abstimmung mit der OLG bzw. der Ostland / Reichsland übertrug Gauleiter Koch im August 1942, analog zum Bezirk Bialystok, Spickschen die Bewirtschaftung der unter 125 Hektar liegenden Klein- und Mittelbetriebe.[90] Offiziell wurde dies durch Vertrag zwischen Reichsland und OLG

[88] BA Berlin, R 2301/4035, Bericht des Reichsrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfung bei der OLG, Zweigstelle Bialystok, 29. Dezember 1943 (Bl. 1–26); Vermerk aus dem Reichswirtschaftsministerium über die Besprechung im Reichsfinanzministerium vom 15. Dezember 1941, datiert auf den 18. Dezember 1941 (Bl. 57); Vermerk aus dem Reichswirtschaftsministerium über die Besprechung vom 12. Januar 1942, datiert auf den 13. Januar 1942 (Bl. 59); R 82/18, Bl. 184, Anlage 3 zum Bericht Witts vom 11.–21. März 1942; R 2/19019, unpaginiert, Ostpreußische Landgesellschaft mbH. Zweigstelle Bialystok, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. August 1941 bis 30. Juni 1942, o. O., undatiert. Die zahlenmäßigen Angaben der einzelnen Berichte sind teils uneinheitlich, vermutlich eine Folge der tatsächlich raschen Veränderungen.

[89] BA Berlin, R 82/18, Bl. 184–188, Anlage 3 zum Bericht Witts vom 11.–21. März 1942; R 2301/4032, Bl. 28–30, Vereinbarung über die Bewirtschaftung der Klein- und Mittelbetriebe im Reg.-Bez. Zichenau zwischen Dargel und Lauenstein, 1./20. Juni 1942.

[90] BA Berlin, R 2301/4034, Telegramm Kochs an Schlegel, 25. August 1942 (Bl. 4); Notiz, gezeichnet von Adam, Schlegel und Spickschen, 1. September 1942 (Bl. 3). Koch verwies auf seine Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrats der OLG. Landesbauernführer Spickschen, so Koch, handele in seinem Auftrag und solle Zugriff zu allen nötigen Unterlagen und Informationen erhalten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vom 20. Oktober 1942: Die unter 125 Hektar großen Klein- und Mittelbetriebe im Regierungsbezirk Zichenau, im Soldau-Gebiet und im Suwałki-Gebiet wurden, soweit bislang vom früheren polnischen Eigentümer weitergeführt, mit Wirkung vom 1. Oktober 1942 von der „Landbewirtschaftungsstelle Zichenau" bewirtschaftet. Diese war eine Dienststelle der OLG und fungierte – wie die OLG-Zweigstelle in Schröttersburg und anders als im Bezirk Bialystok – als Beauftragte der Reichsland. Allerdings war diese Unterstellung unter die OLG im Kern nur eine formale, maßgeblich war hier nun die Landesbauernschaft Ostpreußen. Landesbauernführer Spickschen oblag es, den Leiter dieser in Chruschewo (Chruszczewo) bei Zichenau beheimateten Stelle zu benennen. Ebenso verfügte er, im Rahmen der Reichsland-Richtlinien, über das Weisungsrecht für die wirtschaftliche Lenkung dieser Betriebe. Auf der Ebene der Kreise wurden grundsätzlich die Kreisbauernführer zu Nebenstellen-Leitern ernannt. Diesen Nebenstellen wurde pro Amtsbezirk ein Bezirkslandwirt zugeordnet, diesem wiederum pro Gemeinde ein Ortshelfer; der Ortshelfer konnte auch Pole sein.[91] Mit den Klein- und Mittelbetrieben der Landbewirtschaftungsstelle Zichenau dürfte Spickschen für eine Fläche von geschätzt über 800.000 Hektar mit über 100.000 Bauernstellen zuständig gewesen sein.[92]

Die Landbewirtschaftungsstelle Zichenau finanzierte sich aus einer Gesamtabgabe, die mittels staatlicher Verwaltung von den polnischen Klein- und Mittelbetrieben zwangsweise eingezogen wurde. Sie bestand aus Anteilen für Verwaltungskosten und Steuern, für Überschüsse und Reichsnährstandsbeiträge. Die Erträge aus der Umlage für Verwaltungskosten wurden auf die Landbewirtschaftungsstelle Zichenau, die OLG-Zweigstelle in Schröttersburg und die Reichsland-Zentrale aufgeteilt. Die Gesamtabgabe soll zwischen 30 und 40 Reichsmark pro Hektar und Jahr betragen haben.

---

[91] BA Berlin, R 2301/4034, Vereinbarung zwischen der Reichsland und der OLG, 20. Oktober 1942 (Bl. 6–9); Lauenstein an die OLG, 20. Oktober 1942 (Bl. 10–12); R 82/19, Bl. 13, Regierungspräsident des Reg.-Bez. Zichenau an die dortigen Landräte, 28. September 1942.

[92] Genaue Zahlen für Ende 1942 liegen nicht vor. Die OLG bewirtschaftete Ende 1940 angeblich 974.252 ha mit 121.856 Bauernstellen unter 125 ha. BA Berlin, R 2/19019, OLG Jahresbericht 1940, S. 5. Vgl. dagegen die Tabelle in diesem Beitrag, S. 140. Ende 1941 sei die Fläche auf 879.746 ha zurückgegangen, eine Information zur Zahl der Bauernstellen liegt hier nicht vor. BA Berlin, R 2/19019, OLG Jahresbericht 1941, 1. Januar – 31. Dezember, Königsberg / Pr. [vermutlich 1944], S. 1, unpaginiert; GÓRCZYNSKA, Die Agrarpolitik, S. 257.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sie muss erhebliche Einkünfte erbracht haben, die auf einem von der Landbewirtschaftungsstelle Zichenau geführten Konto landeten. Allein die Steuern, Abgaben und Verwaltungskosten, die die Reichsland gemäß Pauschalabkommen mit dem Reichsfinanzminister für ihre Einnahmen aus den Klein- und Mittelbetrieben in Ostpreußen im Jahr 1944 zu entrichten hatte, beliefen sich auf 4 Millionen Reichsmark.[93]

Spickschen nutzte die neu gewonnenen Befugnisse sogleich. Entsprechend dem Bezirk Bialystok, setzte er Adam als Leiter der Landbewirtschaftungsstelle Zichenau ein.[94] Adam, der auf seinem Leitungsposten über einen ständigen Vertreter verfügte, baute die Landbewirtschaftungsstelle organisatorisch auf; bis Dezember 1942 sollte sie arbeitsfähig sein.[95] Spickschen ergriff sofort erste Maßnahmen, so die Beschaffung von Dreschkästen und Gerätschaften zur Bearbeitung des Ackers, ebenso Saatgutaktionen. Hierfür wollte er die Gemeinden „für den Gegenwert in Solidarhaft" nehmen.[96] Wie die Zweigstelle Schröttersburg bewirtschaftete auch die Landbewirtschaftungsstelle Zichenau einen – allerdings geringen – Teil der Klein- und Mittelbetriebe selber.[97]

Sehr wahrscheinlich konnte Spickschens Landbewirtschaftungsstelle auf Vorarbeiten der Zweigstelle Schröttersburg aufbauen, denn von dort aus waren die polnischen Landwirte kontrolliert und beraten worden. Die Bezirkslandwirte hatten die Klein- und Mittelbetriebe Dorf für Dorf gemäß Inventar und Größe in Listen aufgeführt und die Bestellung der Felder sowie die Ablieferung überwacht, unterstützt von polnischen Ortsvertrauensmännern. Über sie lief auch die Zuteilung von Saatgut und

[93] BA Berlin, R 82/19, Landbewirtschaftungsstelle Zichenau an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 17. April 1944 (Bl. 50); Lauenstein an die Landbewirtschaftungsstelle Zichenau, 20. Oktober 1942 (Bl. 3); R 2301/4034, Bl. 11–12, Lauenstein an die OLG, 20. Oktober 1942.

[94] BA Berlin, R 2301/4035, Bl. 6, Bericht des Reichsrechnungshofs über die Prüfung bei der OLG (Bialystok), 29. Dezember 1943.

[95] BA Berlin, R 82/19, Bl. 16, Vermerk aus dem Haus der Reichsland, 11. November 1942.

[96] BA Berlin, R 2301/4034, Bl. 11, Lauenstein an die OLG, 20. Oktober 1942.

[97] Vgl. die Übersicht über die steuerpflichtigen Umsätze der selbst bewirtschafteten Betriebe im Wirtschaftsjahr 1943/1944: BA Berlin, R 82/12, unpaginiert. Landbewirtschaftungsstelle Zichenau (OLG) an die Reichsland, 30. November 1944. Die landwirtschaftliche Nutzfläche dieser Betriebe betrug 1943/1944 insgesamt nur etwa 7.380 ha; sie waren vor allem in den Kreisen Schröttersburg, Plöhnen und Sichelberg. Diese Betriebe erwirtschafteten einen steuerpflichtigen Umsatz von 1,74 Millionen Reichsmark. Im Kreis Soldau betrug die selbst bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche lediglich 16 ha (Umsatz: 2.368 Reichsmark), im Kreis Sudauen 803 ha (Umsatz: 118.918 Reichsmark).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

künstlichem Dünger an die polnischen Bauern. Hatte es Schwierigkeiten gegeben oder ein Bezirkslandwirt mangelnden Einsatz vermutet, schaltete er den zuständigen Amtskommissar ein. In Einzelfällen hatte er in Abstimmung mit Landrat oder Amtskommissar sogar verfügt, dass Betriebe zusammengelegt oder ein seiner Ansicht nach unzureichend wirtschaftender polnischer Bauer durch einen anderen ersetzt wurde.[98]

Die Landbewirtschaftungsstelle Zichenau war ein Zugeständnis der Ostland / Reichsland vor allem an Landesbauernführer Spickschen, der von Beginn an die Landbewirtschaftung bei den Klein- und Mittelbetrieben in seinem Einflussbereich halten wollte. Dies blieb nicht unbeachtet – 1942 erkundigte sich der Landesbauernführer der Landesbauernschaft Danzig-Westpreußen, Lothar Rethel (Rettelsky), bei der Reichsland diesbezüglich, offenkundig um auch für sich Vorzugsbehandlungen zu erreichen.[99]

Zeitgleich zur Landbewirtschaftung im Regierungsbezirk Zichenau gleichsam als Siedlungsvorbereitung und zu den erwähnten diversen Siedlungsplanungen kann dort auch von „Neubildung deutschen Bauerntums" gesprochen werden – freilich nur in sehr geringem Umfang. Im Deutschen Reich selber war das Interesse in den neuen Ostgebieten zu siedeln – der sogenannte „Ostwille" – grundsätzlich gering, vor allem bei der Bevölkerung in der Westhälfte.[100] Es mag insoweit propagandistisch motiviert oder doch Ausdruck einer anderen Haltung im östlichen Teil des Altreiches gewesen sein, dass die Landesbauernschaft Ostpreußen schon Anfang 1940 reges Interesse von Bauern aus Altostpreußen an Siedlungsland in den an die Provinz angegliederten Gebieten vermeldete. Über das Publikationsorgan der Landesbauernschaft versuchte Dr. Petersen, der Leiter der Unterabteilung F in der Landeshauptabteilung I, die ihm obliegende „Neubildung deutschen Bauerntums" vorzubereiten. Er betonte dabei die ideologischen Leitplanken: Ein „fester Wall kleinerer und mittlerer Bauern aus allen Teilen Deutschlands, die ihren Acker selbst bestellen und in diesem Existenzkampf täglich von neuem ihre Scholle erwerben", damit sei die für die Zeit nach dem Krieg geplante „Eindeutschung" des Bodens erreicht.

Für die Siedlung im Osten sollten Deutsche aus allen Regionen des Reiches, dabei aber generell nur besonders dafür qualifizierte Personen in Frage kommen. Hierzu sollten diese bei der jeweils zuständigen Kreisbau-

[98] BA Berlin, R 82/18, Bl. 188, Anlage 3 zum Bericht Witts vom 11.–21. März 1942.

[99] BA Berlin, R 82/19, Bl. 19, Vermerk Lauensteins vom 14. November 1942.

[100] MAI, „Rasse", S. 319–331.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ernschaft den Neubauernschein beantragen und noch während des Krieges das Prüfungsverfahren durchlaufen, um dann für die Siedlung nach dem Krieg bereit zu sein. Grundvoraussetzungen für den Erhalt des Neubauernscheines war ein „Mindestalter von 25 Jahren, Verheiratung oder Verlobung, Erbgesundheit, sowie fachliche, charakterliche und politische Eignung".[101]

Das Prüfungsverfahren steuerte Dr. Petersens Unterabteilung: Zunächst waren vom Bewerber die erforderlichen Unterlagen – insbesondere über die landwirtschaftlichen Befähigung und über die ärztliche Untersuchung der gesamten Familie – beizubringen. Lagen diese vor, wurden sie mitsamt einer Begutachtung der Landesbauernschaft, in die hinsichtlich der fachlich-landwirtschaftlichen Eignung auch Beurteilungen der zuständigen Kreisbauernschaft und Landwirtschaftsschule einflossen, an die Zentrale des Reichsnährstands geleitet. Dort wurden die Bewerber – nicht zuletzt auf „rassenbiologischer" Grundlage – ausgewählt, anschließend gingen die genehmigten Unterlagen an die Landesbauernschaft zurück. Mit der Unterschrift des Landesbauernführers erhielt der Bewerber den Neubauernschein, erst jetzt kam er für Siedlungsvorhaben in Betracht.[102]

Nicht wenigen Personen im Gebiet der Landesbauernschaft Ostpreußen waren die verlangten Eigenschaften jedenfalls auf dem Papier bescheinigt worden. Zwischen 1934 und 1942 waren 5.952 Anträge auf Neubauernscheine gestellt worden, von denen 4.098 genehmigt wurden; im Reich waren dies 38.767 Genehmigungen bei 55.227 Anträgen. Der Anteil Ostpreußens davon, nämlich jeweils rund 11 Prozent, überstieg damit deutlich den Anteil, den man aufgrund des Größenverhältnisses der entsprechenden ländlichen Bevölkerungen hätte erwarten können. Im Jahr 1942 gab es in der Landesbauernschaft Ostpreußen 466 neue Inhaber von Neubauernscheinen bei 652 Anträgen. Knapp die Hälfte der Inhaber war zwischen 35 und 45 Jahre alt, ein knappes Viertel war jünger, der Rest über 45 Jahre. Sie waren in der Regel Eigentümer bzw. Pächter (33 Prozent) oder Landarbeiter und Heuerlinge (42 Prozent). Mit wenigen Aus-

[101] HEINRICH PETERSEN, Neubildung deutschen Bauerntums im Kriege, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 20. Januar 1940, S. 30; sämtliche Zitate: Ebd.; DERS., Der Neubauernschein, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 17. Februar 1940, S. 85; DERS., Umsiedlungsmaßnahmen in Ostpreußen, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 17. August 1940, S. 504 f.

[102] BA Bayreuth, Ost-Dok. 10/282, unpaginiert, Ausführungen Fritz Bergs von 1960, „4 Niederschriften von Tonbandgesprächen über die Hauptabteilungen der Landesbauernschaft Ostpreußen und einleitende Bemerkungen hierzu".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nahmen waren alle verheiratet, von den Verheirateten hatte fast die Hälfte vier oder mehr Kinder, während nur fünf Prozent kinderlos waren.[103]

Bei der „Neubildung deutschen Bauerntums" durch Umsiedlungen und Ansiedlungen von „Volksdeutschen" im Regierungsbezirk Zichenau spielte die Landesbauernschaft Ostpreußen zunächst eine beitragende Rolle. Die ersten Ansiedlungen im Regierungsbezirk Zichenau betrafen im Jahr 1940 die „Narewdeutschen", auf Basis der Vereinbarungen mit der Sowjetunion im Hitler-Stalin-Pakt. Von 8.000 „Volksdeutschen" aus dem Gebiet um Bialystok wurden die meisten umgesiedelt. Ein Gutteil davon, knapp 4.000 Menschen, wurde in den eingegliederten Ostgebieten Ostpreußens angesiedelt, weitestgehend im ländlichen Bereich. Dies erfolgte im Soldau-Gebiet und im Regierungsbezirk Zichenau, dort offenbar vor allem in den Kreisen Plonsk, Mlawa, Plock und Schirps, aber auch Pultusk und Makow. Diese frühe Um- und Ansiedlung steht im Zusammenhang mit den zahlenmäßig sehr viel umfangreicheren Um- und Ansiedlungen „Volksdeutscher" aus Wolhynien und Galizien. Sie führten im Wesentlichen in den Reichsgau Wartheland; hierbei etablierte sich die RKF-Behörde als Schlüsselinstitution bei der Organisation von Umsiedlungen. Die Ansiedlung von Familien aus diesen Gebieten war zunächst auch für den Regierungsbezirk Zichenau im Gespräch, dann aber wurden „Narewdeutsche" auserkoren, bei der Einrichtung eines Truppenübungsplatzes der Wehrmacht im Kreis Mlawa einen „Siedlungsgürtel" von „Volksdeutschen" zu bilden.[104] Im Vorfeld der Ansiedlung von „Volksdeutschen" im Regierungsbezirk Zichenau zeigt sich der typische, zeitlich und organisatorisch verzahnte Ablauf von Aussiedlungen, Umsiedlungen

[103] Landesbauernschaften in Zahlen (1942–1943), hg. v. Reichsnährstand, Berlin 1944, S. 2, 109–111. Heuerlinge erhielten im Tausch gegen Abgaben und Arbeitskraft von einem Bauern Wohnhaus und landwirtschaftlichen Grund.

[104] BA Berlin, NS 2/61, Bl. 67–69, RKF-Anweisung vom 1. März 1940; LANG / KLAAßEN, Die landwirtschaftlichen Grundlagen, S. 64, 68; CLAUß, Künftiges deutsches, S. 6; STEPHAN DÖRING, Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen in den Jahren 1939 bis 1940, Berlin u. a. 2001, passim, insbes. S. 264–266; PETER REINHARD HARTMANN, Die missbräuchliche Ausnutzung auslandsdeutscher Volksgruppen durch den Hitlerfaschismus im Rahmen der expansiven Agrarsiedlungspolitik zur Stärkung des deutschen Imperialismus, dargestellt am Beispiel der „Rückführung" der Deutschen aus Wolhynien, Galizien und dem Narewgebiet, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 18 (1969), 1, S. 89–92; DERS., Die annexionistische Agrarsiedlungspolitik des deutschen Faschismus in den sogenannten „Eingegliederten Ostgebieten" („Reichsgau Danzig-Westpreußen", „Reichsgau Wartheland", „Regierungsbezirk Zichenau") 1939–1945, Rostock 1969, Anhang: Tabelle 1b; MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 298 f.; FIEBRANDT, Auslese, S. 137; MÜLLER, Hitlers Ostkrieg, S. 21.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Ansiedlungen. Federführend war, neben der RKF-Zentrale selber, SS-Oberführer Walter Gerlach,[105] der Stabskommissar des RKF beim Oberpräsidenten Ostpreußens. Er stimmte sich mit dem HSSPF Warthe und dessen SS-Ansiedlungsstab, der Einwandererzentralstelle in Lodz (Łódź) und der Volksdeutschen Mittelstelle ab. Letztere richtete Sammellager mit den für die Ansiedlung vorgesehenen Personen ein, zugleich bereitete das RSHA die als „Evakuierung" codierte Vertreibung von Polen aus dem betreffenden Gebiet vor. Aus den auch im Altreich diesseits des früheren Korridors befindlichen Lagern der Volksdeutschen Mittelstelle sollten sodann Transport für Transport Personen zunächst in ein „Bereitstellungslager" in Neidenburg „abgerufen" werden, dann von dort ins Ansiedlungsgebiet. Im Zuge dieses Transfers durchlief ein Teil der „Narewdeutschen" Lager bei der Einwandererzentralstelle, wo sie der sogenannten „Schleusung" unterzogen wurden und an deren Ende in der Regel die Einbürgerung stand; hierbei kam unter anderem auch das RuSHA ins Spiel, das die „Volksdeutschen" einer „rassischen Auslese" unterzog.

Offenbar war jedoch ein Teil der „Narewdeutschen" nicht systematisch unter Leitung der Volksdeutschen Mittelstelle umgesiedelt worden, sondern hatte sich schon bald nach Kriegsbeginn 1939 aus eigener Initiative ins Gebiet des Regierungsbezirks Zichenau durchgeschlagen. Dort waren sie, wie ebenfalls als „Flüchtlinge" bezeichnete „Volksdeutsche" aus dem Generalgouvernement, vorläufig im ländlichen Bereich angesiedelt worden. Daher wurde ein Teil der „Schleusung" und „Auslese" im Sommer 1940 vor Ort von den dafür vorgesehenen mobilen Kommandos (Fliegende Kommission VI) vorgenommen.[106]

---

[105] Zu Walter Adolf Leopold Gerlach, dessen Biografie, gerade seine Rolle in Ostpreußen, näher untersucht werden sollte: Alltag in Ostpreußen 1940–1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940–1945, hg. v. CHRISTIAN TILITZKI, Leer 1991, S. 120, Anm. 3; BA Berlin, BDC, SS-Führerakten, Walter Gerlach (25. August 1896); BA Koblenz, Z 42 III/2591; LAV NRW R, NW 1110, Nr. 2780; Trial of the Major War Criminals Before the International Military Tribunal. Nuremberg 14 November 1945 – 1 October 1946, Vol. XLII: Documents and Other Material in Evidence, Nuremberg 1949, S. 517–521; Trials of War Criminals Before the Nuernberg Military Tribunals Under Control Council Law no. 10, Vol. IV, S. 987 f.

[106] BA Berlin, R 49/117, „Ansiedlung von 1000 wolhyniendeutschen Familien im Regierungsbezirk Zichenau / Ostpreußen", Aktenvermerk aus der Dienststelle des RKF, 6. April 1940 (Bl. 1–2); Greifelt an den HSSPF Nordost (Beauftragter des RKF), 10. April 1940 (Bl. 3–4); R 69/1047, Bl. 2–8, Wagner, Abschlussbericht der Fliegenden Kommission VI über die Durchschleusung im Regierungsbezirk Zichenau vom 16. Juni – 4. Juli 1940; Ihre letzte Wanderung ging heim ins Reich, in: Preußische Zeitung, 4. November 1940; DÖRING, Die Umsiedlung, S. 135 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

An der Schnittstelle zwischen Aussiedlungen und Ansiedlungen kam die Landesbauernschaft Ostpreußen ins Spiel. Um Umsiedlern landwirtschaftliche Betriebe für die sogenannte „Ansetzung" zuweisen zu können, mussten bestehende Betriebe geräumt worden sein. Nun verblieb ein Teil der polnischen Vorbesitzer zwangsweise als Landarbeiter auf ihrem früheren landwirtschaftlichen Betrieb,[107] in der Regel aber ging den Ansiedlungen die Vertreibung der polnischen Besitzer voraus. Diese Aufgabe oblag dem HSSPF im Zusammenspiel mit dem RSHA, innerhalb dessen die Umwandererzentralstelle für die Organisation und Koordination der Vertreibungs- und Deportationsmaßnahmen bei Polen und Juden nach „rassenbiologischen" Kriterien sorgte.[108] Im Regierungsbezirk Zichenau und im Suwałki-Gebiet wurden bis November 1940 24.636 Personen ausgesiedelt (bis Dezember 1943 zudem 28.465 Personen aus dem Bezirk Bialystok); die ermordeten Juden aus Ostpreußen sowie aus dem Bezirk Bialystok sind hier nicht dazugerechnet.[109]

Bevor polnische Bauern von ihren Höfen vertrieben wurden, mussten die entsprechenden Höfe ausgewählt werden – dies war Aufgabe der Landesbauernschaft Ostpreußen, maßgeblich von Landeshauptabteilungsleiter Fritz Berg und Dr. Heinrich Petersen. Berg schilderte nach 1945 das Vorgehen: Vom Landesbauernführer beauftragt, habe er mit Petersen diese Höfeauswahl geleitet. Auf seine Weisungen hin habe dann weiteres Personal der Landesbauernschaft, aufgeteilt auf die Kreise und Bezirke, die landwirtschaftlichen Betriebe entsprechend unter die Lupe genommen. Ziel sei gewesen, den „Volksdeutschen" lebensfähige Höfe mit Betriebsgrößen zwischen ungefähr 38 und 50 Hektar zur Verfügung zu stellen; je nach Bodenqualität auch etwas mehr oder weniger. Diese Anforderungen, so Berg, erfüllten manche Gehöfte direkt, andere seien durch Zusammenlegung mit weiteren Höfen bis zur gewünschten Größe erweitert worden.[110]

---

[107] GÓRCZYNSKA, Die Agrarpolitik, S. 258; FIEBRANDT, Auslese, S. 148.

[108] LANG / KLAAßEN, Die landwirtschaftlichen Grundlagen, S. 68. Eine plastische Schilderung eines Falles im Reichsgau Wartheland, der zeigt, wie kaltschnäuzig und rücksichtslos solche Vertreibungen abliefen, bei SCHWARTZ, Funktionäre, S. 486 f.

[109] MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik, Tabelle 15; HEINEMANN, „Rasse", S. 228 mit Anm. 131.

[110] BA Bayreuth, Ost-Dok. 13/525, Bl. 36–37, 59–60, Bericht Fritz Bergs von 1958; Ost-Dok. 10/282, Ausführungen Fritz Bergs von 1960. Den Ausführungen Bergs zufolge sei diese Arbeit nur im Rahmen der Ansiedlung auf dem Truppenübungsplatz Mlawa erfolgt, danach sei es zum Streit mit der SS gekommen. Dazu habe auch beigetragen, dass er viele polnische Bauern auf ihren Höfen belassen habe.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Für die Höfeauswahl im Rahmen der geplanten Umsiedlungen hatten Reichsnährstand und RSHA schon im Januar 1940 grundsätzlich vereinbart, dass die Vertreter der Landesbauernschaften einerseits eine Hofkartei mit landwirtschaftlichen Kennzahlen der in Augenschein genommenen Höfe sowie eine Personalkartei der zu Vertreibenden zu erstellen hatten.[111] Das Personal der Landesbauernschaften agierte hier als Teil der sogenannten „Kreisarbeitsstäbe", die je Landkreis eingerichtet worden waren. Sie unterstanden dem jeweiligen SS-Ansiedlungsstab; jener für Ostpreußen war in Soldau (Działdowo). Diese SS-Ansiedlungsstäbe waren ihrerseits dem zuständigen HSSPF und dem RKF untergeben. Den Kreisarbeitsstäben gehörten neben Personal des Reichsnährstands auch solches des SD, der Polizei, des RuSHA, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und des Reichsgesundheitsführers sowie Studierende bei ihrem „Osteinsatz" an. Sie waren für die in jeder Hinsicht möglichst bis ins Detail ausgearbeitete Organisation der Ansiedlung zuständig, wobei operativ der jeweilige Landrat Träger der Ansiedlung war.[112]

Vor diesem Hintergrund ist gerade der Werdegang Petersens bemerkenswert. Er steht dabei, ähnlich wie etwa Hans Dullo und Walter Heinrich, für jene in der Landesbauernschaft Ostpreußen, die schon zur Weimarer Zeit als landwirtschaftliche Fachleute tätig waren. Ausgezeichnet qualifiziert, weder SS-Mitglied noch früher, eingefleischter Nationalsozialist, hatte er unter anderem als landwirtschaftlicher Beamter, Landwirtschaftslehrer und schließlich als landwirtschaftlicher Sachbearbeiter bei der Bank für deutsche Industrie-Obligationen in Königsberg gearbeitet. Er wechselte 1934 zur Landesbauernschaft, übernahm bald die Siedlungsabteilung und betätigte sich weniger als sechs Jahre später als Handlanger der nationalsozialistischen Gewalt- und Besatzungspolitik auf erobertem und geraubtem Boden.[113]

Den betroffenen polnischen Bauern war offenbar klar, mit welchem Ziel Vertreter der Landesbauernschaft ihre Betriebe in Augenschein nahmen:

---

[111] BA Berlin, R 69/85, Hermann Benz (RNSt) an die Einwandererzentralstelle, HSSPF Koppe und die Landesbauernschaft Ostpreußen, Entwurf von „Bemerkungen zur Rückführung der Volksdeutschen aus Wolhynien, Galizien und dem Narewgebiet", 6. Januar 1940 (Bl. 1–5); Dr. Hans Ehlich (RSHA), Aktenvermerk über eine Vereinbarung des Reichsnährstandes mit dem Reichssicherheitshauptamt, 16. Februar 1940 (Bl. 12–13).

[112] HEINEMANN, „Rasse", S. 217 f.; DÖRING, Die Umsiedlung, S. 270–274.

[113] BA Berlin, R 16/14114, unpaginiert, RNSt-Personalnachweisung zu Dr. Heinrich Petersen, undatiert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

> „Insbesondere ist eine außerordentliche Beunruhigung in den Ortschaften eingetreten, in denen der Reichsnährstand am Anfang dieses Monats die Auslese der sogenannten Saatgutwirtschaften vorgenommen hatte. Trotzdem den Bauern hierüber der Grund dieser Maßnahme strengstens verschwiegen wurde, ahnten diese sogleich, daß es sich um eine bevorstehende Umsiedlung handeln müsse, zumal ihnen zum Schluß bei Aufnahme des Inventars untersagt wurde, aus der Wirtschaft nichts mehr zu verkaufen."[114]

Dies stand offenbar im Zusammenhang mit den erwähnten Aktivitäten der Ostpreußischen Saatzucht GmbH Nordost, die Landesbauernführer Spickschen veranlasst hatte. Schon aus den wenigen überlieferten Berichten der Gendarmerie des Kreises Zichenau geht hervor, dass die polnischen Bauern im Grunde ständig mit ihrer Vertreibung von Haus und Hof rechneten. Dies war von deutscher Seite durchaus nicht gewünscht, wurde doch ein Schaden für die Kriegsernährungswirtschaft befürchtet, wenn diese Bauern sich nicht mehr um Bewirtschaftung und Produktion kümmerten.[115]

Die Rückführung von 3.505 „Litauendeutschen" führte 1941 nur in städtisches Gebiet im Regierungsbezirk Zichenau; wenige wurden überdies in den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen angesiedelt. Maßgeblich waren hierbei die Volksdeutsche Mittelstelle, das RKF und das Auswärtige Amt, während die organisatorische Durchführung in Händen eines Umsiedlungskommandos der SS lag. Auf ostpreußischer Seite war insbesondere Regierungspräsident Dargel mit der Umsiedlung befasst. Insgesamt notierte das RKF 1942 rund 50.000 Umsiedler aus Litauen. Dieser Aktion waren langwierige Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion vorausgegangen. Ein nicht exakt bezifferbarer Teil der im Regierungsbezirk Zichenau angesiedelten „Litauendeutschen" wurde nach dem Überfall auf die Sowjetunion rückgesiedelt; dies war ein einmaliger Vorgang, da Umgesiedelte nicht an ihre vorherigen Lebensorte zurückkehren sollten.[116]

---

[114] Archiwum Państwowe w Warszawie [Staatsarchiv Warschau], 499/1, Bl. 33, Bericht der Gendarmerie des Kreises Zichenau an die Gendarmerie des Reg.-Bez. Zichenau, 24. April 1940.

[115] Vgl. zum Beispiel: Archiwum Państwowe w Warszawie, 499/1, Bl. 109, Bericht der Gendarmerie des Kreises Zichenau an die Gendarmerie des Reg.-Bez. Zichenau, 10. Dezember 1940.

[116] MARKUS LENIGER, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit" und Umsiedlungspolitik 1933–1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006, S. 81–90; HARRY STOSSUN, Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer deutschen Volksgruppe im

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ursprünglich sollten „Litauendeutsche“ auch im ländlichen Bereich des Regierungsbezirkes Zichenau angesiedelt werden. Gauleiter Koch, obgleich Beauftragter Himmlers als RKF, zog jedoch eine entsprechende Zusage zurück mit dem Hinweis, dass auf den polnischen Bauernhöfen Kriegsveteranen und ostpreußische Bauernsöhne angesiedelt werden sollten. Himmler ließ es dabei bewenden, ebenso wie Überlegungen des Stabshauptamtsleiters Greifelt vom September 1941 nicht verwirklicht wurden, „Volksdeutsche“ aus der Bukowina, Dobrudscha und Bessarabien im Regierungsbezirk Zichenau und im Bezirk Bialystok anzusiedeln. Versuche des RKF-Stabshauptamts, im Jahr 1943 „Volksdeutsche“ aus Umsiedlerlagern in Lublin und 1944 Kriegsversehrte der Waffen-SS im Regierungsbezirk Zichenau anzusiedeln, wurden ebenfalls nicht realisiert.[117]

Insgesamt war die Zahl der Ansiedlungen im Regierungsbezirk Zichenau gering – im Vergleich etwa mit den erwähnten Zielvorstellungen des Regierungspräsidenten Dargel, aber mehr noch im Vergleich mit anderen Ansiedlungsgebieten. Allein im Reichsgau Wartheland wurden bis Juli 1944 rund 246.000 Menschen angesiedelt, im Reichsgau Danzig-Westpreußen knapp 52.000; insgesamt wurden bis dahin 770.000 Menschen umgesiedelt.[118]

Nach der anfänglichen „Ansetzung“ gewannen beim weiteren Prozess der Ansiedlung die landwirtschaftlichen Kräfte in Ostpreußen an Bedeutung. Sie übernahmen die längerfristige Begleitung und Betreuung der Umgesiedelten. Die OLG wurde beauftragt, die Rückwandererfamilien aus dem Narew-Gebiet zu betreuen. Bis Ende 1940 soll sie 566 dieser „volksdeutschen“ Familien erfasst haben. Die Gehöfte, die die Rückwanderer bezogen, stattete die OLG im Auftrag der Siedlungsbehörde ab

---

Osten, Marburg / Lahn 1993, S. 152 f.; DERS., Die Rücksiedlung der Litauendeutschen (1942–1944), in: Annaberger Annalen 5 (1997), S. 67–80, hier S. 70. Vgl. auch CHRISTOPH DIECKMANN, Plan und Praxis. Deutsche Siedlungspolitik im besetzten Litauen 1941–1944, in: Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, hg. v. ISABEL HEINEMANN / PATRICK WAGNER, Stuttgart 2006, S. 93–118, hier S. 98–105. Für einen zeitgenössischen Bericht des Regierungspräsidenten des Reg.-Bez. Zichenau vgl. BA Berlin, R 69/116, Bl. 1–6, Dargels „Erster Lagebericht über die Umsiedlung von Litauendeutschen“, 19. April 1941; Liebevolle Betreuung der Umsiedler, in: Preußische Zeitung, 5. Februar 1941; Ansiedlung im Bezirk Zichenau, in: Preußische Zeitung, 1. April 1941, Rubrik „Aufbau im Osten“. Diese Artikel sind Beispiele für die propagandistische Ausschlachtung dieser Umsiedlungsaktion in der ostpreußischen Presse.

[117] MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 269 f.

[118] MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik, S. 444.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anfang 1941 aus.[119] Diese Gehöfte waren vermutlich jene Stützpunktbetriebe, die die OLG-Zweigstelle in Plock zur Betreuung von Umsiedlern nach Genehmigung durch RKF und Königsberger Landeskulturamt erhalten hatte.[120]

Nicht nur die Siedlungsgesellschaften, auch die Landesbauernschaften waren von Beginn an am weiteren Prozess der Ansiedlung beteiligt. Generell sollten die Kreisbauernschaften detailliert über die ankommenden Umsiedler Meldung machen, so dass, beginnend im Oktober 1940, die Landesbauernschaften ihrerseits in regelmäßigen Abständen der Reichsnährstandszentrale berichten konnten. Grundsätzlich galt:

> „Bei allen mit der Eindeutschung zusammenhängenden Maßnahmen ist mit den beteiligten Dienststellen, den höheren SS- und Polizeiführern als Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, den Dienststellen der Partei und denen der Arbeitseinsatzverwaltung engste Zusammenarbeit geboten. Eine intensive Betreuung durch die KBsch. [Kreisbauernschaft – Anm. d. Red.] ist notwendig, um die Aufnahme der für die Eindeutschung ausgelesenen, rassisch wertvollen Familien in die Dorfgemeinschaft zu erleichtern und deren Seßhaftmachung zu fördern. [...]
> Das Ziel ist einerseits, rassisch wertvolle Familien dem deutschen Arbeitseinsatz zuzuführen, andererseits, dem polnischen Volkstum diejenigen nordisch bestimmten Familien zu entziehen, aus denen sich erfahrungsgemäß die polnische Führerschicht in der Hauptsache zu ergänzen pflegte."[121]

Konkret war die Landesbauernschaft Ostpreußen durch sogenannte „Siedlungshelfer" in den Prozess der Ansiedlung nach der „Ansetzung" involviert. Im Januar 1941 kündigte sie angesichts der erwarteten Umsiedlung der „Litauendeutschen" an, einen Betreuungsapparat für die „heimgekehrten volksdeutschen Bauern" aufzubauen. Dabei sollte ein Siedlungshelfer unter fünfzig bis siebzig dieser Familien wohnen, sie betreuen und beraten. Hierfür schrieb die Landesbauernschaft Stellen für „Bauern- und Landwirtssöhne und ehemalige Landwirtschaftsschüler" mit hinreichen-

[119] Auf Basis von RMEL-Erlassen vom 26. u. 28. März 1940, vgl. BA Berlin, R 2/19019, OLG Jahresbericht 1939, S. 7, und OLG Jahresbericht 1940, S. 5.

[120] BA Berlin, R 2301/4032, Bl. 31, Witt an den Reichsrechnungshof, 29. Juni 1942. Zu den Stützpunktgütern: R 2301/3879, Bl. 237, Bericht Nr. 366 der Deutschen Revisions- und Treuhand-AG (Danzig) über die bei der OLG in Königsberg / Pr. vorgenommene Prüfung des Jahresabschlusses für das Jahr 1940.

[121] Anordnung „Eindeutschung rassisch wertvoller Familien aus fremden Staaten" vom 18. Juli 1940, in: Dienstnachrichten des Reichsnährstands, 20. Juli 1940, Sp. 511–516, hier Sp. 512 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Fachkenntnissen und Allgemeinbildung aus.[122] Die Siedlungshelfer wurden in Schulungen „über die künftige Gestaltung des Regierungsbezirks Zichenau aufgeklärt", so zum Beispiel im November 1941 in der Bauernschule Ripkeim. Dort sprachen unter anderen Landesbauernführer Spickschen zur zukünftigen Siedlungspolitik aus Sicht des Bauerntums sowie RKF-Stabskommissar Gerlach zu den Aufgaben des RKF, andere Vorträge befassten sich unter anderem mit Siedlungsplanung, der Auswahl von Neubauern und der zukünftigen Ansetzung Wehrmachtsangehöriger in den neuen Ostgebieten.[123] Auch für die „Volksdeutschen" selber führte die Landesbauernschaft Ostpreußen Schulungskurse durch. Dabei ging es um die Vermittlung landwirtschaftlicher Kenntnisse und um Grundlagen wie Lesen, Schreiben und Rechnen.[124]

Vermutlich wurde angesichts der ausgebliebenen Ansiedlung der „Litauendeutschen" im ländlichen Bereich der Betreuungsapparat in geringerem Umfang als geplant aufgebaut.[125] Allerdings waren Siedlungshelfer bzw. „Siedlungsberater" auch in den folgenden Jahren im Einsatz.[126] Ihr Auftrag wurde dabei symbolisch-ideologisch aufgeladen: Es ginge darum, dass die „Volksdeutschen" „wieder an deutsche Kultur und deutsche Lebensart gewöhnt werden", vor allem aber sei dafür zu sorgen, dass „die ihnen anvertrauten landwirtschaftlichen Betriebe soviel wie möglich zu der Besserung unserer Ernährungslage beitragen". Voraussetzung für Bewerber, die ihre Unterlagen über die Kreisbauernschaften einreichten,

---

[122] Die Betreuung der rückgeführten Volksdeutschen aus dem Osten, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 18. Januar 1941, S. 45 f., zudem im Werbeteil die Annonce „Zur Betreuung von rückgeführten volksdeutschen Landwirten im Regierungsbezirk Zichenau werden noch Siedlungshelfer gesucht", unpaginiert. Für Siedlungshelfer waren 1943 122.000 Reichsmark im Haushalt der LBsch Ostpreußen eingestellt: BA Berlin, R 2301/3595, Bl. 1, Anlage 1 zur Oberrechnung der LBsch Ostpreußen für das Rechnungsjahr 1943.

[123] Die Siedlungshelfer des Regierungsbezirks Zichenau werden geschult, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 22. November 1941, S. 818; Zitat: Ebd.

[124] Der erste Schulungskurs für Volksdeutsche in Golondkowo, Kr. Pultusk, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 12. April 1941, S. 289.

[125] Im November 1941 teilte die LBsch Ostpreußen mit, dass sie Siedlungshelfer des Reg.-Bez. Zichenau zur „Betreuung der neu angesetzten Siedler und der im Bezirk wohnenden Volksdeutschen" einsetzt. Vgl. Die Siedlungshelfer des Regierungsbezirks Zichenau werden geschult, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 22. November 1941, S. 818; Zitat: Ebd.

[126] Siedlungshelfer gesucht!, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 7. August 1943, S. 383; Tagung der Siedlungsberater des Regierungsbezirks Zichenau, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 23. Oktober 1943, S. 491.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

war neben landwirtschaftlichen Kenntnissen und breiter Allgemeinbildung, dass sie weder unabkömmlich gestellt noch zur Wehrmacht einberufen waren.[127]

Neben den beschriebenen Umsiedlern wurden im Regierungsbezirk Zichenau Kriegsversehrte angesiedelt. Sie bildeten einen besonderen Personenkreis, der im Gegensatz zu anderen Gruppen auf Grundlage einer Anordnung des RKF (Nr. 14/IV) bereits zu Kriegszeiten in den eroberten Ostgebieten angesiedelt werden konnte. Dabei waren Sachbearbeiter von Reichsbauernführer und Reichsführer SS für die Beurteilung von Gesundheit, „Erbgesundheit" und politischer Zuverlässigkeit zuständig. Auch die „rassische Eignung" war zu prüfen, wobei auf Weisung Himmlers die Ablehnung eines Bewerbers durch das RuSHA offiziell nicht wegen „rassischer Ungeeignetheit", sondern mit vorgeschobenen Argumenten erfolgen sollte, etwa mit dem Hinweis auf „gesundheitliche oder erbgesundheitliche Mängel".[128]

Tatsächlich wurden offenbar ab etwa März 1943 kontinuierlich Kriegsversehrte im Regierungsbezirk Zichenau angesiedelt. Dies führte ein Jahr später Landesbauernführer Spickschen die Widersprüche von Ideologie und Kriegsanforderungen deutlich vor Augen. Denn zu jener Zeit lag noch immer die Bewirtschaftung von etwa 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Regierungsbezirk Zichenau in polnischer Hand. Die besten dieser Höfe wurden an Kriegsversehrte abgegeben – jene Höfe also, auf denen die polnischen Bewirtschafter in der Hoffnung, dadurch die Vertreibung zu vermeiden, besonders ertragreich für die deutsche Kriegswirtschaft produziert hatten. Sie wurden zwar nicht ganz vertrieben, sondern „nur" auf schlechtere Betriebe abgeschoben.

Dennoch sah Spickschen die landwirtschaftliche Erzeugung und Ablieferung in Gefahr, würden nicht ebenso fähige Kriegsversehrte angesiedelt: „Wenn der Pole gut gewirtschaftet und abgeliefert hat, so müsste man ihn vorläufig auf seinem Hof lassen." Die in Frage kommenden ansiedlungsberechtigten Kriegsversehrten seien gegenüber der erwähnten Anordnung Nr. 14/IV nach engeren Kriterien auszuwählen. Spickschen erkannte die Ansprüche der Kriegsversehrten an, er habe sich aber „einzig und allein von dem zwingenden Gesichtspunkt leiten lassen, daß im Augenblick nur

[127] Die Betreuung und Beratung der volksdeutschen Umsiedler in den neuen Ostgebieten, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 11. Juli 1942, S. 437; beide Zitate: Ebd.

[128] Institut für Zeitgeschichte, MA 3, Himmler, Rolle 12, Folder 144, Himmler an Greifelt, 31. Oktober 1942, unpaginiert; Zitate: Ebd.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das getan werden darf, was unmittelbar dem Siege dient". Spickschen hatte diesen Standpunkt nicht nur gegenüber Greifelt, sondern im Februar 1944 auch im persönlichen Gespräch gegenüber Himmler vertreten und angeblich dessen Zustimmung gefunden.[129] Diese Intervention blieb indes folgenlos. Greifelt verwies darauf, dass Spickschens Überlegungen längst in den geltenden, teils mit dem Oberkommando der Wehrmacht erlassenen Regelungen berücksichtigt seien, auch dadurch, dass die Landesbauernschaft eingeschaltet sei, wenn ein Betrieb für einen Bewerber ausgesucht werde.[130]

Wie sah nun die Bilanz der „Neubildung deutschen Bauerntums" in der Provinz Ostpreußen und im Regierungsbezirk Zichenau aus? Der Gedanke der „Neubildung deutschen Bauerntums" war vor wie nach 1939 ein ideologischer Pfeiler der nationalsozialistischen Siedlungspolitik. Nach der Rückgliederung des Memelgebiets etwa hatte die OLG dort zum Zwecke der „Neubildung deutschen Bauerntums" noch die „Arisierung" eines landwirtschaftlichen Betriebes vorangetrieben, der in jüdischer Hand gewesen war.[131] Nun ging die Siedlungstätigkeit schon in den Friedensjahren des „Dritten Reiches" gegenüber jener der Weimarer Zeit zurück, und insgesamt war die „Neubildung deutschen Bauerntums" wenig erfolgreich.

Abgesehen von den erwähnten Ansiedlungen der „Narewdeutschen" und von Kriegsversehrten fand die „Neubildung deutschen Bauerntums" im Regierungsbezirk Zichenau in den Papieren der verschiedenen Planungsinstanzen statt, nicht aber in der Realität. Auch in Altostpreußen ging es damit kaum mehr voran, dort kam die eigentliche Siedlungstätigkeit in der Zeit des Zweiten Weltkrieges fast völlig zum Erliegen. Hatte die OLG 1939 noch Siedlungsgrund in Höhe von 3.241 Hektar angekauft, so waren es 1940 nur noch 698 Hektar. Die OLG war weniger mit eigentlicher Siedlung beschäftigt als vielmehr damit, ältere Verfahren abzuwickeln und noch nicht aufgeteilte Güter in der Zwischenbewirtschaftung zu halten. Dabei verlangsamten Siedlungsbewerber das Prozedere, die bei

[129] BA Berlin, NS 19/967, Bl. 157, Spickschen an Greifelt, 31. März 1944; Zitate: Ebd.

[130] BA Berlin, NS 19/967, Bl. 158, Greifelt an Spickschen, 25. April 1944. In dieser Akte befindet sich weiteres reichhaltiges Material hierzu.

[131] BA Berlin, R 2/19018, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Abt. VIII B 2 (Wex, Dr. Krüger) an den Oberpräsidenten Ostpreußen (Landeskulturabteilung), 12. Januar 1940, unpaginiert. Dieses Gut war als besiedlungsfähig erachtet worden und sollte durch die OLG für die „Neubildung deutschen Bauerntums" weiterverkauft werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Wehrmacht dienten.[132] Insgesamt wurden 1940 im Reich 687 Bauernhöfe errichtet, davon 38 Neubauernhöfe in Ostpreußen mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1.181 Hektar, mehrheitlich im Regierungsbezirk Gumbinnen. Insgesamt 207 landwirtschaftliche Kleinbetriebe (Reich: 5.698) erhielten Landzulagen von insgesamt 581 Hektar (Reich: 12.845 Hektar). Mit dieser sogenannten „Anliegersiedlung zu Eigentum" sollten Kleinbetriebe vergrößert werden und so eine hinreichende Existenzgrundlage erhalten.[133]

Die Landesbauernschaft Ostpreußen unter Führung Spickschens spielte bei der „Neubildung deutschen Bauerntums" im Regierungsbezirk Zichenau selten eine entscheidende, aber stets eine wichtige Rolle. Dies galt für die Landbewirtschaftung als Vorstufe der Siedlung, für die Planung von Siedlungspolitik und für deren Umsetzung. Die Landesbauernschaft Ostpreußen war in Gremien anderer wichtiger Akteure vertreten, etwa bei der OLG und der Landesplanungsgemeinschaft. Bei der Landbewirtschaftung war die Landesbauernschaft in Teilen maßgeblich tätig, bei der Um- und Ansiedlung arbeitete sie anderen Organisationen wie vor allem der SS zu. Unter anderem mit ihren „fachlichen" Beiträgen lieferte die Landesbauernschaft an vielen Stellen Entscheidungs- bzw. Argumentationshilfen. Sie trug auf diese Weise dazu bei, dass in den eroberten Ostgebieten eine Besatzungs-, Gewalt- und Vernichtungspolitik ohnegleichen Wirklichkeit werden konnte. Hierfür trugen Funktionäre und namentlich die Spitzenfunktionäre der Landesbauernschaft Ostpreußen Verantwortung.

[132] Zum Beispiel: BA Berlin, R 2301/3879, Bl. 378–380, Kurzbericht der Deutschen Revisions- und Treuhand-AG über die bei der OLG vorgenommene Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1940; R 2301/3880, Bl. 27, Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand-AG (Danzig) über die bei der OLG vorgenommene Prüfung des Jahresabschlusses für 1941, 13. März 1944; R 2/19019, OLG Jahresbericht 1941, S. 1. Der „Landvorrat" der OLG betrug Anfang 1941 damit 10.387 ha, ein Jahr zuvor waren es 11.247 ha gewesen; davon freilich war ein guter Teil nicht besiedlungsfähig, Anfang 1941 etwa ein Drittel.

[133] 3654 ha für Ostpreußens Bauernsiedlung, in: Königsberger Allgemeine Zeitung, 27. Mai 1942, 1. Beiblatt. Vgl. auch Landesbauernschaften in Zahlen (1933–1938), hg. v. Reichsnährstand, Berlin 1939, S. 238; Landesbauernschaften in Zahlen (1939–1940), hg. v. DEMS., Berlin 1941, S. 181.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

II. Besatzungsalltag und Gesellschaft

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ELŻBIETA SZUBSKA-BIEROŃ

INFORMATION, PROPAGANDA UND NEUE HEIMAT

DIE NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHSPRACHIGE TAGESPRESSE IM REGIERUNGSBEZIRK ZICHENAU

Einführung

Im System des Nationalsozialismus wurden Zeitungen und Zeitschriften als Säulen seiner Herrschaft und als Instrument zur Beeinflussung der Bevölkerung verstanden.[1] Dies galt auch für die von Deutschland besetzten und angegliederten Gebiete, wo die Presse einen wichtigen Teil des Besatzungsapparats darstellte. Aus diesem Grund bilden Zeitungen eine wichtige Quelle für die Erforschung der Okkupationszeit, da die lokale Presse bis zu einem gewissen Grad gesellschaftliche und kulturelle Prozesse wiedergab, aber auch Absichten und Einstellungen der Machthaber offenbarte.[2]

Anders als im Falle des Generalgouvernements und einiger eingegliederter Gebiete liegt für die Presse im Regierungsbezirk Zichenau und der übrigen Ostpreußen zugeschlagenen Bezirke bislang noch keine Gesamtdarstellung vor.[3] Vor diesem Hintergrund liefern die folgenden Aus-

[1] EUGENIUSZ CEZARY KRÓL, Propaganda i indoktrynacja narodowego socjalizmu w Niemczech 1919–1945. Studium organizacji, treści, metod i technik masowego oddziaływania, Warszawa 1999; ANDRZEJ CZARNIK, Prasa w Trzeciej Rzeszy, Gdańsk 1976; OLIVER THOMSON, Historia propagandy, Warszawa 1984; JÜRGEN HAGEMANN, Die Presselenkung im Dritten Reich, Bonn 1970; KARLHEINZ SCHMEER, Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich, München 1956.

[2] Vgl. beispielsweise den alltagsgeschichtlichen Ansatz von SEBASTIAN PIĄTKOWSKI, Codzienność początków okupacji niemieckiej w Generalnym Gubernatorstwie w świetle ogłoszeń drobnych „Gońca Krakowskiego" (październik 1939 – czerwiec 1940), in: Pamięć i Sprawiedliwość, 2013, H. 1, S. 23–49.

[3] Zum Regierungsbezirk Zichenau liegen bisher vor: EWA BARTOŁD-PIENIĄŻEK, Czytając „Zichenauer Zeitung". Dzień powszedni północnego Mazowsza w prasie nazistowskiej, in: Borussia. Kultura – Historia – Literatura 31 (2003), S. 109–130; Ewa Bartołd,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

führungen einen Überblick über Entstehung, Aufbau und Funktionsweisen des Zeitungswesens der NSDAP im Regierungsbezirk Zichenau. Dies geschieht anhand des „Plocker Tageblatts“ und der „Südostpreußischen Zeitung“, zwei Tageszeitungen, die für die Kreise Plock (Płock), Plonsk (Płońsk) und Schirps (Sierpc) herausgegeben wurden.

Ihre Entstehung war eng mit der ostpreußischen Pressegeschichte im Nationalsozialismus verbunden, denn ab 1939 umfasste die von Gauleiter Erich Kochs mächtigen Pressekonzern gesteuerte Zeitungslandschaft auch den Regierungsbezirk Zichenau. Grundannahme der folgenden Untersuchung ist, dass die deutschsprachige Presse in erster Linie als Medium der an die Besatzer gerichteten Propaganda und Indoktrinierung durch die Zentralgewalt zu verstehen ist. Aus diesem Grund wird im Folgenden auch nach der Art und Weise gefragt, nach der die ideologische Beeinflussung im Sinne des Nationalsozialismus erfolgen sollte und wie das Verhältnis von lokalen Nachrichten und zentral verordneten überregionalen Inhalten war.

Die ostpreußische Presselandschaft nach 1933

Die Eingliederung des Regierungsbezirks Zichenau in das Deutsche Reich brachte das Ende aller bisher in Nordmasowien erscheinenden polnischen und jüdischen Zeitungen und Periodika. Der Zichenauer Zeitungsmarkt wurde zwar Teil des ostpreußischen Mediensystems, ging aufgrund der besonderen Besatzungssituation aber nie darin auf. Die ostpreußische Presselandschaft mit ihrer Spezifik und langen Tradition war von den Nationalsozialisten nur wenige Jahre zuvor gleichgeschaltet und umgebaut worden.

„Zichenauer Zeitung“ als Instrument der NS-Propaganda 1940–1944. Versuch einer Vormonographie, Magisterarbeit, Universität Warschau, Warszawa 1997; RYSZARD PĘCZALSKI, Hitlerowska prasa gadzinowa w Ciechanowskiem, in: Wojskowy Przegląd Historyczny 13 (1968), 4, S. 387–388; ELŻBIETA SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach lokalnej prasy NSDAP 1939–1945, Płock 2016. Zum Generalgouvernement: LUCJAN DOBROSZYCKI, Die legale polnische Presse im Generalgouvernement 1939–1945, München 1977; WŁADYSŁAWA WÓJCIK, Prasa gadzinowa Generalnego Gubernatorstwa (1939–1945), Kraków 1988; PIOTR KOŁTUNOWSKI, Strategia propagandy hitlerowskiej w Generalnym Gubernatorstwie na podstawie „Krakauer Zeitung“ (1939–1945), Lublin 1990; KRZYSZTOF WOŹNIAKOWSKI, Niemiecka polskojęzyczna prasa „gadzinowa“ czasów II wojny światowej 1939–1945 (próba syntetycznego spojrzenia), in: Studia Bibliologiczne Akademii Świętokrzyskiej 8 (2004), S. 79–124.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bis 1933 hatte die Besonderheit des ostpreußischen Marktes vor allem darin gelegen, dass reichsweit rezipierte, meist in Berlin erscheinende Zeitungstitel hier nicht vertrieben wurden.[4] Stattdessen existierte eine große Anzahl auflagenstarker Regionalzeitungen, wie die „Königsberger Allgemeine Zeitung", das „Königsberger Tageblatt" oder die „Ostpreußische Zeitung", deren Verleger zudem mit dem 1907 gegründeten Verein Ostpreußischer Zeitungsverleger über eine starke Interessenvertretung verfügten.[5] Ein weiteres Charakteristikum war die überdurchschnittlich gut entwickelte Lokalpresse. In nahezu jeder Kreisstadt erschien ein Lokalblatt, das zudem oft Beilagen enthielt. Ende der 1920er Jahre erschienen in Ostpreußen 94 Tageszeitungen und Zeitschriften.[6] Es gab eine gewisse Fluktuation an Titeln, je nach wirtschaftlichem Erfolg der Blätter.[7]

Wie im ganzen Reich waren auch die ostpreußischen Zeitungen bestimmten politischen Optionen verpflichtet, die über das gesamte Spektrum reichten. Erste Versuche nationalsozialistische Periodika in Königsberg zu etablieren, schlugen in den 1920er Jahren noch fehl.[8] Der „Völkische Beobachter" war erst ab Herbst 1930 in Ostpreußen erhältlich und fand von Beginn an eine wachsende Leserzahl. Seit dem 1. Januar 1931 erschien die „Preußische Zeitung", die von Gauleiter Erich Koch gegründet und anfangs von ihm selbst herausgegeben wurde, als zweite nationalsozialistische Zeitung. Im Vergleich zur „Preußischen Zeitung" mit 129.879 Exemplaren war die Auflage des „Plocker Tageblatts" mit lediglich 8.000 Exemplaren nur gering.[9]

Die Presse spielte in der politischen Karriere des Gauleiters eine zentrale Rolle. Koch verstand, dass die NSDAP über ein Presseorgan verfügten musste, um Wahlsiege zu erringen und meinungsbildend auf die breite

[4] Als Überblick: MAŁGORZATA SZOSTAKOWSKA, Prasa codzienna Prus Wschodnich od XVII do połowy XX wieku, Toruń 2007, S. 11.

[5] Die „Königsberger Allgemeine Zeitung" erschien 1939 in einer Auflage von 45.000 Exemplaren: CZARNIK, Prasa, S. 91. Zur „Ostpreußischen Zeitung": Polska opinia publiczna wobec Prus Wschodnich w XIX i XX wieku, hg. v. NORBERT KASPAREK / ANDRZEJ STANISZEWSKI, Olsztyn 1997, S. 31. Zum Verein Ostpreußischer Zeitungsverleger: SZOSTAKOWSKA, Prasa codzienna, S. 113.

[6] Zeitungskatalog 1928 Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin 1928, S. 48–50.

[7] Archiwum Państwowe w Olsztynie [Staatsarchiv Allenstein] (hiernach: APO), C-03.

[8] Vgl. Zeitungskatalog 1928.

[9] SZOSTAKOWSKA, Prasa codzienna, S. 48; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach, S. 382; Amtliche Bekanntmachung für den Kreis und die Stadt Plock, Plock 1940, Nr. 17.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bevölkerung einzuwirken.[10] Mithilfe der zu diesem Zweck 1933 gegründeten Erich-Koch-Stiftung konnte sich der Gauleiter ein regelrechtes Medienimperium aufbauen. In späteren Jahren nutzte er die Stiftung zur unrechtmäßigen Beschlagnahmung privater Besitztümer. Auf diese Weise häufte die Stiftung ein enormes Vermögen an, das im Jahr 1945 etwa 400 Millionen Reichsmark betrug.[11]

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten brachten die Behörden und Parteistellen auch in Ostpreußen politisch missliebige Zeitschriften auf Linie, wickelten sie ab oder installierten neue linientreue Blätter.[12] Dabei wurde auch von behördlicher Seite Druck auf die Leserschaft aufgebaut. Am 11. Dezember 1935 erließ der Reichsinnenminister eine Verordnung, die jeden Beamten zu Abonnement und Lektüre von NS-Zeitungen verpflichtete.[13] Die entsprechenden Titel wurden auf Grundlage der Beschäftigtenliste zentral an die Ämter geschickt.[14] Weiterhin waren alle Regierungspräsidien wie bisher zur Herausgabe eines eigenen Amtsblatts verpflichtet. Im Falle Allensteins erfüllte diese Funktion seit Jahrzehnten die „Allensteiner Zeitung" als „Verkündigungsblatt für amtliche Bekanntmachungen der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden".[15] Zur völligen Durchsetzung des Pressemonopols übernahm die ostpreußische NSDAP in allen Regierungsbezirken die lokalen Druckereien.[16] Deren beschlagnahmtes Eigentum gelangte in den Besitz der Sturmverlag GmbH. Diese in Königsberg ansässige zentrale Verlagsanstalt der ostpreußischen NSDAP bestand seit 1930. Als Teil der Erich-Koch-Stiftung

[10] MARCIN MAJEWSKI, Dokumenty dotyczące Ericha Kocha w zasobie archiwalnym Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie, in: Przegląd Archiwalny Instytutu Pamięci Narodowej 1 (2008), S. 41–68, hier 42 f.

[11] RALF MEINDL, Ostpreussens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007, S. 191; SŁAWOMIR ORŁOWSKI / RADOSŁAW OSTROWICZ, Erich Koch przed polskim sądem, Warszawa 1959, S. 11.

[12] BOHDAN KOZIEŁŁO-POKLEWSKI, Uwagi o początkach prasy hitlerowskiej w Prusach Wschodnich, in: Z dziejów prasy Prus. Materiały z sesji naukowej, Bęsia 19–20 listopada 1987, hg. v. DEMS., Olsztyn 1988, S. 119–128. Die Auflagen der Zeitungen stiegen im Dritten Reich stark an. Die Auflage des „Arbeitertum", eines Organs der NSDAP, schnellte von 8.000 (1931) auf 1,8 Millionen (1933) und überstieg Ende 1940 fünf Millionen. Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 79; Südostpreußische Tageszeitung 1943, Nr. 1.

[13] APO, 389/4, Bl. 28, 29, 35.

[14] Hinzu kamen Fachpublikationen aus dem Verlag Beamtenpresse wie HERMANN NEEF, Die neue geistige Grundhaltung des Beamten, Berlin 1936 oder ARTHUR BRAND, Das Deutsche Beamtengesetz (DBG) vom 26.1.1937, Berlin 1940; APO, 389/4, Bl. 29, 33.

[15] Vgl. den Titelzusatz.

[16] SZOSTAKOWSKA, Prasa codzienna, S. 44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hatte der Gauleiter direkten Zugriff auf den Verlag. Erich Koch hielt sich an die Vorgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, doch konnte er die bedeutenden Gewinne der Tageszeitungen für sich verbuchen.[17]

Die Sturmverlag GmbH entwickelte sich schnell und gehörte dank der Zusammenarbeit mit der Partei bald zu den mächtigen Pressekonzernen und Säulen des NS-Pressesystems. Zu Jahresbeginn 1937 zählten das „Ostpreußische Tageblatt" (Insterburg), die „Weichsel-Zeitung" und die „NS-Weichselwacht" (Marienwerder), die „Tilsiter Zeitung" und die „NS-Grenzwacht" (Tilsit), die „Westpreußische Zeitung" (Elbing) sowie die „Osteroder" und die „Alleinsteiner Zeitung" zum Verlag. Hinzu kamen noch verschiedene Verlagshäuser wie die Allensteiner W. E. Harich Nachfolger GmbH.[18] Der Verlag war über die Pädagogische Verlagsgemeinschaft Ostpreußen, einer Kooperation mit dem Verlag Ferdinand Hirt, auch auf dem (Schul-)Buchmarkt aktiv[19] und produzierte zudem seit 1939 Adressbücher und Postkarten.[20]

Die Presselandschaft im Regierungsbezirk Zichenau

Nach der Besetzung Nordmasowiens brach der einheimische Zeitungsmarkt zusammen, da die NS-Behörden alle bisher erhältlichen polnisch- und jiddischsprachigen Titel einstellen ließen. Nun wurden im Regierungsbezirk Zichenau auch Zeitschriften und Periodika vertrieben, die für den reichsweiten Markt erschienen. Dazu zählten etwa Titel wie der „Völkische Beobachter", die Wochenzeitung „Das Reich", die Propagandajugendzeitschrift der Luftwaffe „Der Adler", oder die Hugenberg-Illustrierte „Die Woche".[21] Ebenfalls erhältlich waren der „Stürmer" sowie der „Ostdeutsche Beobachter", das Presseorgan des Gauleiters im Reichs-

[17] Diese besondere Organisation des NS-Pressewesens in Ostpreußen bildet eine Ausnahme im „Dritten Reich", die so nur noch in der Rheinpfalz zur Anwendung kam. In den übrigen Gauen wurden die Zeitungsverlage bereits 1934 der von Max Amann, Leiter der Reichspressekammer und Reichsleiter für die Presse, kontrollierten Standarte Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH in Berlin angegliedert. Ebd., S. 43.

[18] SZOSTAKOWSKA, Prasa codzienna, S. 48, 83; CHRISTIAN ROHRER, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, München 2006, S. 402 f.

[19] Beispielsweise: Deutsches Lesebuch für Volksschulen. 3/4. Schuljahr, Königsberg 1939.

[20] Beispielsweise: Einwohnerbuch für Stadt und Kreis Rastenburg 1939, Insterburg 1939.

[21] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 46; Archiwum Państwowe w Warszawie [Staatsarchiv Warschau] (hiernach: APW), Zarząd Miasta Płocka, Sign. 821, Bl. 38; 1025, Bl. 65.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gau Wartheland, Arthur Greiser.[22] Die zugezogenen Deutschen abonnierten ihre gewohnten Zeitungen und Zeitschriften aus ihren Heimatorten oft weiter, doch ist der Umfang dieses Phänomens nicht quantifizierbar. Auf diese Weise gelangten zumindest, wie es die „Südostpreußische Tageszeitung" formulierte, „viele alte Pressetitel [...] und dazu viele Fachzeitschriften" in den Regierungsbezirk.[23]

Allerdings galten im Regierungsbezirk Zichenau die gleichen pressepolitischen Grundsätze wie in der gesamten Provinz Ostpreußen. Das Regierungspräsidium war somit auch hier verpflichtet ein eigenes deutschsprachiges Presseorgan herauszugeben, nachdem alle polnischen Blätter unmittelbar nach dem Polenfeldzug aufgelöst worden waren. Aufgabe der Presse war es nun, nicht nur die Ideen des Nationalsozialismus zu verbreiten, sondern auch den Aufbau der Besatzungsherrschaft publizistisch zu begleiten sowie den Deutschen eine muttersprachliche Informationsquelle zu bieten. Die Schwierigkeit bei der Umsetzung dieser Ziele bestand darin, dass die Behörden in Zichenau weder über die technische Ausstattung noch über Personal verfügten, die die regelmäßige Herausgabe einer Zeitung ermöglicht hätten. Man konnte auch nicht wie in anderen Regionen Polens, wo vor dem Krieg 90 Prozent der deutschen politischen Zeitungen in der Hand nationalistischer Verleger waren, auf ein bereits bestehendes deutschsprachiges Blatt zurückgreifen.[24]

Eine erste Lösung fand sich in der Kooperation mit der „Allensteiner Zeitung", einer der ältesten deutschsprachigen Zeitungen Ostpreußens, die seit Ende 1939 einen Lokalteil für den Regierungsbezirk Zichenau produzierte.[25] Das Blatt, das zum Sturmverlag und damit zu Kochs Medienimperium gehörte, konnte damit seine Auflage verdreifachen.[26] Eine erste selbständige Zeitung erschien im Regierungsbezirk mit der „Zichenauer Zeitung" erstmals am 1. November 1940 im Verlag Harich. Ihr erster Chefredakteur war Marian Budzinski.[27] Später übernahmen Marian Bodemar, Franz Rudolf Winkler, Erich Klemmer, Alfred G. Thalemann

[22] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 5.

[23] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 147; 1943, Nr. 237.

[24] ANDRZEJ PACZKOWSKI, Prasa Drugiej Rzeczypospolitej 1918–1939, Warszawa 1972, S. 359.

[25] Weitere Lokalausgaben gab es für die Kreise Allenstein, Heilsberg, Bischofsburg, Neidenburg, Soldau (Działdowo); Zeitungskatalog 1928, S. 48–50.

[26] Zichenauer Zeitung, 1940, Nr. 1.

[27] Zichenauer Zeitung, 1940, Nr. 40; 1941, Nr. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Suse von Lojewski diese Funktion.[28] Die Zeitung erschien unregelmäßig und wurde in den Kreisen Zichenau, Mielau (Mława), Praschnitz (Przasnysz), Plonsk / Plöhnen, Plock / Schröttersburg und Schirps / Sichelberg vertrieben.[29] Ab der Ausgabe vom 2. Januar 1941 erfolgte der Druck in der Plocker Filiale der Sturmverlag GmbH in der Günther-Prien-Straße 1 (Dominikańska-Straße 1).[30] Am 1. April 1942 fusionierte die „Zichenauer Zeitung" mit der „Deutschen Ostwacht" und war nun unter dem Titel „Deutsche Ostwacht. Zichenauer Zeitung und amtliches Verkündigungsblatt" erhältlich. Ab Sommer 1943 erschien die Zeitung wieder im Verlag der „Allensteiner Zeitung", nunmehr als Beilage zur „Deutschen Ostwacht".

Für das polnischsprachige Publikum gab die Besatzungsverwaltung eigene Zeitungstitel heraus, die eine freie, unabhängige und objektive Presselandschaft vorgaukelten. Damit erreichten im Sinne der Nationalsozialisten gefilterte Informationen über die geopolitische Lage sowie deren Propagandainhalte auch die polnische Leserschaft, die allerdings die offiziellen Zeitungen in der Regel als *gadzinówka*, also als Propagandablatt, bezeichnete.[31] Der Inhalt dieser Zeitungen war gegen das Polentum gerichtet und hatte zum Ziel, die Einheit der polnischen Gesellschaft zu zerstören, zumindest aber zu schwächen.[32] Das wichtigste polnischsprachige Propagandablatt für die Regierungsbezirke Zichenau, Bialystok und Grodno war die seit dem 2. August 1940 erscheinende Wochenzeitung „Ilustrowany Nowy Czas", die ab der 17. Ausgabe nur noch „Nowy Czas" hieß.[33] Der Erscheinungsrhythmus wurde 1944 auf zwei Ausgaben

[28] BARTOŁD-PIENIĄŻEK, Czytając, S. 113.

[29] Bartołd, „Zichenauer Zeitung", S. 16.

[30] Ebd., S. 23 f.

[31] Der Begriff *gadzinówka* bzw. *prasa gadzinowa* (Reptilienpresse) erinnert an Bismarcks „Reptilienfonds", aus dem regierungsfreundliche Zeitungsberichte finanziert wurden. JERZY JAROWIECKI, Prasa „gadzinowa" czy prasa „jawna", in: Zeszyty Prasoznawcze 37 (1994), 1/2, S. 193–197; LUCJAN DOBROSZYCKI, Reptile Journalism. The Official Polish-Language Press under the Nazis 1939–1945, New Haven 1994; KRZYSZTOF WOŹNIAKOWSKI Polskojęzyczna prasa gadzinowa czasów okupacji hitlerowskiej 1939–1945. Studia i szkice zebrane, Opole 2014; LARS JOCKHECK, Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939–1945, Osnabrück 2006.

[32] Die Presse des Regierungsbezirks Zichenau, in: Ostland. Halbmonatsschrift für Ostpolitik 21 (1940), 18, S. 1–117.

[33] Für eine genauere Analyse: MARIUSZ OKUŁOWICZ, Charakterystyka niemieckiego pisma „Nowy Czas" (VIII 1940 – I 1945) kolportowanego na terenie „Bezirk Bialystok" w czasie II wojny światowej, in: Bibliotekarz Podlaski, 2009, Nr. 18/19, S. 127–133.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



Neue Zeit

Redakcja i administr.: Zielonau, Warschauerstr. 38. Wszelką korespondencję należy kierować tamże. — Za terminowe zamieszczenie zakupionych wydawnictw nie odpowiada. Prenum. przyjmują urzędy pocz. — RFK. 1/98.

NOWY CZAS

Wychodzi dwa razy w tygodniu: we wtorki i piątki

Pojedyńcze egz. nabywać można w miejscach sprzedaży. Cena prenum. kwart. z przes. pocztową 4,50; mies. 1,52 RM. — Cena ogł. za wiersz 22 mm szer. 0,10; rekl. w tekście 67 mm szer. 0,80 RM. Cena numeru 20 Pfg.

Nr. 2. Piątek, dnia 5. stycznia 1945 r. Rok V.

Stalin odkrywa karty

Polskim emigrantom londyńskim odebrano polską przynależność państwową
Polski komitet sowiecki w Lublinie uznany przez Stalina za polski rząd

Sztokholm. — Kwestia polska po akcie lubelskim znowu pogrążyła się w stanie ogólnego chaosu. Podczas gdy Moskwa ostatecznie wprowadziła reżim sowiecki w Lublinie, Polacy londyńscy czują się tak przed tym jak i potym, legalną reprezentacją narodu polskiego. Pewne koła usiłują wprawdzie jeszcze mimo dokonanych faktów, które miały miejsce w Lublinie wciągnąć Mikołajczyka w sprawę uregulowania kwestii polskiej. Lecz w Lublinie potępiono także i Mikołajczyka. „Aftontidningen" przytacza powiadomienie „United Press" z Lublina, według którego na debatach, które poprzedziły postanowienie przekształcenia Komitetu w rząd prowizoryczny, zostały podjęte oskarżenia przeciw Polakom londyńskim, których nazwano reakcjonerami i faszystami. Atak ten był skierowany nie tylko przeciw Arciszewskiemu i jego gabinetowi, lecz także przeciw Mikołajczykowi, gdyż on dotychczas zwlekał wyrazić swą zgodę na wezwanie wstąpienia do Komitetu Lubelskiego. Na Kongresie — donosi dalej „United Press" — jako pierwsza akcja nowego rządu zostało wysunięte żądanie odebrać Raczkiewiczowi, a także Polski. Ustała wolność prasy i zebrań, tak że ludność polska nie może wogóle pisze, że Arciszewskiemu i Mikołajczykowi polską przynależność państwową i wzbroni im powrotu do Polski.

Polski rząd emigracyjny w Londynie w dniu Nowego Roku wystąpił z protestem, w którym oświadcza, że nigdy nie uzna bezprawnego aktu lubelskiego. Oświadczenie zawiera pewne charakterystyczne stwierdzenie co do warunków, panujących w Polsce Sowieckiej, gdzie wszystkie instytucje oficjalne są tylko instrumentem w ręku komitetu sowieckiego, który ze swym politycznym systemem opiera się na jedną tylko partię, która niegdy nie grała dużej roli w politycznym życiu dojść do głosu. Członkowie armii polskiej i inni uczciwi Polacy zostali uwięzieni i deportowani. Cały kraj znajduje się w stanie gospodarczego i administracyjnego chaosu.

Oświadczenie to zostało jeszcze podkreślone w deklaracji noworocznej emigracyjnego premiera Arciszewskiego, który jeszcze raz zaakcentował, że jego rząd jest jedyną prawną reprezentacją ludności polskiej, który będzie godnie przed całym światem reprezentował Polskę. Celem tego rządu jest uzyskanie dla Polski wolności i niepodległości.

Ponieważ Churchill wraz ze Stalinem sam uznał ten spisek przeciw sprawie polskiej, emigranci polscy ze swymi protestami napewne nie znajdą u niego posłuchania. „New York Times" z Waszyngtonu pisze, że oświadczenie lubelskie nie było zaskoczeniem, ponieważ na nie liczono. Nowy zwrot rzeczy stwarza poważny problem, czy rząd USA cofnie swe uznanie polskiego rządu londyńskiego i przeleje je na rząd lubelski, aby potym uchwalić ewentualny układ w sprawie granic.

Minister lubelski potwierdza Katyń

Sztokholm. — Minister spraw wojskowych polskiego rządu sowieckiego w Lublinie, Rola - Żymierski, przemawiał przed polskim „sowietem" o akcji armii lubelskiej. Przy tym przyznał on, że t. zw. armia polska będzie się znajdowała pod dowództwem oficerów sowieckich. Na wyróżnienie tego faktu przytoczył on to, że 12.000 byłych oficerów polskich zostało zabitych w niewoli, a dalsze 11.000 pod Katyniem. W ten sposób bolszewicki mord masowy, popełniony na oficerach polskich w Katyniu, został też potwierdzony przez usta Polaków sowieckich.

Gwałtowne uderzenie niem. myśliwców na lotniska wroga

Czarny dzień floty alianckiej

Przeciwnicy stracili 600 samolotów - Walki koło Bastogne

Kwatera Główna Führera komunikuje o sytuacji na froncie w czasie od dnia 2-go do 3-go stycznia, co następuje:

Na wielkim obszarze Bastogne trwają ciężkie walki. Zagorzałe próby Amerykanów w celu włamania się z przeszło czterema dywizjami pancernymi i również tyloma dywizjami piechoty do frontu niemieckiego na zachód od Bastogne i okrążenie z trzech stron niemieckiego łuku powyżejnego ze wschodu i z południowo - wschodu miasta, przyniosły Amerykanom przy bardzo małym zysku terenowym nowe straty, w czym przeszło 100 czołgów. W tej bitwie zimowej stracili przeciwnik według dotychczasowych wiadomości przeszło 400 dział, 1230 czołgów i pojazdów pancernych, oraz 24.000 jeńców wzięto do niewoli. Jego krwawe straty już przewyższają 50.000 żołnierzy.

Walki nad Saarą i we wschodniej Lotaryngii przybierają dalej przebieg korzystny. Przyczółek mostowy Saary na północny zachód od Rorbach rozszerzono i umocniono na obszarze na północ od Rorbach i w dolnych Wogezach nieprzyjaciel został odrzucony na kilku odcinkach frontowych z jego pozycji. Dywizje niemieckie zdobyły w natarciu liczne miejscowości na południu linii Maginota. W rejonie na północny wschód od Saargemünde oczyszczono z nieprzyjaciela obszar graniczny.

Silne niemieckie eskadry samolotów bojowych, bitewnych i myśliwskich przeprowadziły w dniu 1. 1. 1945 nad ranem niespodziewany atak przeciw lotniskom nieprzyjacielskim na obszarze holendersko - belgijskim. Według dotychczasowych wiadomości zniszczono przez ten wielki nalot na ziemi najmniej 400 samolotów nieprzyjacielskich, oraz ciężko uszkodzono ponad 100. Poza tym ciężko trafiono lotniska i ich urządzenia. W toku tych nalotów doszło do zaciętych walk powietrznych, w których zestrzelono dalsze 79 samolotów. Tym samym stracił nieprzyjaciel w dniu 1. 1. 45 na Zachodzie około 600 samolotów.

Luettich i Antwerpia znajdowały się nadal pod ostrzałem niemieckiej broni dalekonośnej.

We Włoszech środkowych przystąpiły znowu formacje 8-ej armii brytyjskiej do pojedyńczych ataków i wypadów w Romanii i nad wybrzeżem Adriatyckim. Wszelkie próby przełamania spełzły na niczym. Na zachód od Ravenny zostały odrzucone przeciwnikowi wdarte do niemieckich pozycji jednostki nieprzyjacielskie.

Na węgierskim obszarze bojowym i na odcinku na południowy zachód od Felsogalla wojska niemieckie odparły znaczne ataki sowieckie. Zaciekłość walk o Budapeszt wzmacnia się. Częściowo w kontratakach i zagorzałych walkach wręcz oddarła niemiecko - węgierska załoga, przez samoloty bitewne skutecznie wyśpiewane, kontynuowane ataki bolszewików. Poza tym zwalczały niemieckie samoloty bitewne dniem i nocą nieprzyjacielską komunikację dowozową w rejonie Budapesztu. W grudniu 1944 sowieci stracili przez myśliwców i artylerię przeciwlotniczą 588 samolotów.

Nad południową granicą Słowacji znajdują się wojska niemieckie w ciężkich acz skutecznych walkach defensywnych przeciw wzmocnionym atakom sowieckim między Gran a źródłami rz. ki Sajo.

Na pozostałym froncie od wschodniej Słowacji aż do Kurlandii toczy się nieznaczna akcja potyczkowa.

Londyn znajdował się nadal pod ogniem niemieckiej broni odwetowej.

W miesiącu grudniu Anglo - Amerykanie stracili nad obszarem bojowym na Zachodzie i Rzeszy przeszło 1279 samolotów, w tym przynajmniej 410 czterosilnikowych bombowców.

Ostateczny rozłam

pod wpływem polityki Kremla
Niema mowy o kompromisie między rządem lubelskim a emigrantami londyńskimi

Sztokholm. — Nowy polski rząd w Lublinie we wtorek przedstawił się polskiemu „sowietowi" w Lublinie, przy czym premier Morawski w mowie swej oświadczył londyńskiemu gabinetowi emigracyjnemu, że ten ostatni przegrał swój faszystowski pochód przeciw państwu polskiemu. Przy tym Mikołajczyk został przez Lublin ostatecznie usunięty na stronę. W ten sposób Lublin zerwał wszystkie mosty z przywódcze do londyńskich emigrantów polskich i wzbroniły także Mikołajczykowi powrotu do Polski. Jak donosi uzupełniająco „Exchange Telegraph" pierwszym czynem prowizorycznego rządu lubelskiego było odebranie polskiej przynależności państwowej emigracyjnemu prezydentowi państwa, Raczkiewiczowi, a także Mikołajczykowi i Arciszewskiemu.

W interview z United Press Morawski oświadczył, że kompromis z londyńskim rządem emigracyjnym jest wcale nie do pomyślenia. Rozłam ten został jeszcze wzmocniony — przez — bez wątpienia pod wpływem Kremla wydany dekret, który został skierowany do wszystkich zainteresowanych rządów i korporacyj i według którego Lublin kategorycznie uchyla się od odpowiedzialności za wszystkie tranzakcje i zobowiązania finansowe, powyższe i przeprowadzone przez emigracyjny rząd. Przede wszystkim ma być już to unieważnione rządowi brytyjskiemu i amerykańskiemu zezwolenie na dalsze kredyty dla emigrantów londyńskich.

Między innymi w swej mowie programowej przyznał się Morawski do „serdecznej przyjaźni" ze Związkiem Sowieckim i do walki ramię przy ramieniu z armią sowiecką a z drugiej strony do „przyjacielskich stosunków" z Anglią i z Stanami Zjednoczonymi. Także podkreślił on przybycie pewnego dyplomatycznego przedstawiciela z Francji, po którym obiecuje on sobie dalszy rozwój przyjacielskich stosunków z Francją de Gaulle'a.

Dzięki otwartej zapowiedzi walki Polaków lubelskich sytuacja dalej się zaostrzyła, a kwestia polska osiągnęła kulminacyjny punkt zamętu. Posiedzenie gabinetu emigracyjnego, wyznaczone na wtorek, zostało bez podania powodów przełożone na środę. Co do Akcji lubelskiej Moskwa dotychczas oficjalnie wcale się nie wypowiedziała. Londyn i Waszyngton też jeszcze oficjalnie się nie wypowiedziały. Agencja Reutera ostatecznie donosi z Waszyngtonu, że obydwa rządy naradzają się nad sytuacją i dosyły do porozumienia.

Prasa japońska o niemieckiej ofenzywie na Zachodzie

Tokio. — Na czołowych stronnicach i pod napisami jak: „Alianci najrupełniej zaskoczeni", publikuje prasa tokijska wiadomość o posuwaniu się naprzód wojsk niemieckich. W charakterystycznym komentarzu podkreśla dziennik „Asahi Szimbun", zdolność niemiecką która po szeregu miesięcy niepowodzenia mogła była znowu przejść wielkiej ofenzywy. Jest to dowodem, że żyje w dalszym ciągu tradycyjny duch armii niemieckiej. Nowoczesna wojna wykazuje także, że każda twierdza jest tylko na tyle silna, ile siły wykazują jej obrońcy. Dlatego też, mówi w dalszym ciągu wspomniany dziennik, ważna linia Zygfryda znowu może wyłącznie tylko środek do osiągnięcia zwycięstwa, o ile nie jest ona tylko bronioną, a że o tle używa się jej jako punktu wyjściowego do zdecydowanych ataków. Ofenzywa marszałka Rundstedtta rozpoczęła się widocznie nie tylko na strategicznie ważnym odcinku frontowym, ale i w momencie, kiedy w Belgii, Francji i we Włoszech zamieszki polityczne doszły do punktu kulminacyjnego tak, że istnieją dalsze powne dane na sukces ostateczny.

Gdzie się podziały dzieci...?

W czasie hiszpańskiej wojny domowej większa ilość dzieci hiszpańskich została wysłana do Sowietów celem odebrania tam „wyższego wykształcenia". Rezultat tego wychowania dzieci hiszpańskich był okropny. W zimie 1942 roku w ręce oddziałó wniemieckich dostało się w pobliżu Leningradu 13-ro z pośród tych na wychowanie oddanych Sowietom dzieci hiszpańskich. Znajdowały się one w stanie niesłychanej nędzy i były pozostawione same sobie. Z tysięcy przywiezionych z Hiszpanii dzieci, większość zginęła z nędzy.

Kiedy w roku 1939 Związek Sowiecki zajął wschodnie tereny polskie, wiele tysięcy dzieci polskich zostało wywiezionych dla odebrania wyższego wykształcenia w głąb Związku Sowieckiego. Co się stało z tymi dziećmi? W tej chwili jeszcze nie wiadomo.

Walki w Atenach wciąż trwają

Sztokholm. — Korespondent nadzwyczajny agencji Reutera donosi z Aten, że walki tam trwają nadal. W środę brytyjskie siły zbrojne przedsięwzięły atak w celu oczyszczenia gęsto zaludnionej dzielnicy miasta od wroga oraz rozszerzenia obszaru, zajętego przez Brytyjczyków w kierunku północnym. W toku walk przeciw dość wielkim siłom oddziałów Elas, zdobyto 70 jeńców.

*

Sztokholm. — Z Aten donoszą, że Churchill w czasie pobytu w Atenach odmówił przyjęcia dziennikarzy.

Abb. 1: Ausgabe des „Nowy Czas" (5. Januar 1945)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

pro Woche (dienstags und freitags) erhöht.[34] Die letzte Ausgabe für den 19. Januar 1945 wurde am Vortag kurz vor Mitternacht gedruckt.[35] Der „Nowy Czas" erschien im Regierungsbezirk Zichenau nur unregelmäßig, da die Nationalsozialisten auf große organisatorische Schwierigkeiten beim Vertrieb stießen.[36] Die Zeitung war gewissermaßen ein Ableger der „Allensteiner Zeitung". Redaktion und Verwaltung waren im Allensteiner Stammhaus in der Zeppelinstraße 16 untergebracht. Den Druck übernahm die W. E. Harich Nachfolger GmbH. Die Redaktion nutzte wie die deutschsprachigen Kollegen das offizielle Pressematerial des Deutschen Nachrichtenbüros. Chefredakteur war zunächst Rudolf Winkler, später Marian Bodemar. Beide leiteten zugleich die Redaktion der „Zichenauer Zeitung". Seit dem 12. November 1943 waren Redaktion und Verwaltung des „Nowy Czas" im Gebäude der Deutschen Ostwacht GmbH in der Warschauer Straße 25 in Zichenau untergebracht. Der Druck erfolgte allerdings weiterhin in Allenstein.[37]

Die „Südostpreußische Tageszeitung" als Presseorgan der Besatzer

Am 1. Januar 1941 erschien in Plock die erste Nummer des „Plocker Tageblatts".[38] Es handelte sich um eine deutschsprachige Lokalzeitung für die Kreise Plock, Plonsk und Schirps, die ab Sommer 1941 unter dem Namen „Südostpreußische Tageszeitung" vertrieben wurde und bis zum 19. Januar 1945 herauskam. Sie wurde vom Sturmverlag herausgegeben, der bereits im Januar 1940 seine Zweigniederlassung Plock unter der kommissarischen Leitung von Siegfried Hendel eröffnet hatte.[39] Die Redaktion war dazu verpflichtet, eine regelmäßig erscheinende Tageszeitung für ein weniger anspruchsvolles, politisch eher passives Publikum zu produzieren. In der Tat erschien das Tageblatt in recht hoher Auflage und

[34] Nowy Czas, 1944, Nr. 3.

[35] WIESŁAW KOŃSKI, Dwa wieki prasy płockiej 1810–1945, Bd. 1, Płock 2012, S. 129.

[36] APW, Narodowo-Socjalistyczna Niemiecka Partia Pracy Kierownictwo Powiatowe w Płocku, Sign. 45, Bl. 1; Nowy Czas, 1945, Nr. 1 u. 2.

[37] WŁADYSŁAW CHOJNACKI, Jawna prasa polskojęzyczna na terenach włączonych do Rzeszy i w Niemczech w latach 1939–1945, in: Dzieje Najnowsze 17 (1985), 1, S. 101–147; RYSZARD PĘCZALSKI, Hitlerowska prasa gadzinowa w ciechanowskim, in: Wojskowy Przegląd Historyczny 13 (1968), 4, S. 387 f.

[38] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 1.

[39] Uznanie dla płockiej drukarni, in: Petro Echo, 1967, Nr. 22, S. 4.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



Plocker Tageblatt

Amtliches Verkündungsblatt der NSDAP. und aller Behörden der Kreise Plock, Plonsk u. Schirps

1. Jahrgang — Plock, Mittwoch, den 1. Januar 1941 — Nummer 1

Dr. Goebbels dankt Führer und Wehrmacht

Die Silvesteransprache des Reichsministers im deutschen Rundfunk

Reichsminister Dr. Goebbels sprach am Silvesterabend über den Rundfunk zum deutschen Volk. In seiner Ansprache führte Minister Dr. Goebbels aus:

Einmal hat ein Jahrhundert sechs Jahre der deutschen Geschichte geht heute zu Ende. In seinem Verlauf haben nicht nur das Reich, sondern ganz Europa sein Gesicht verändert. In erbbedingten Erschütterungen sind Staaten, Länder und Völker umgeformt worden, machtpolitische Umschichtungen vorgenommen sind, die man in einem Abschnitt von Jahrzehnten, geschweige eines kurzen Jahres, nicht für möglich gehalten hätte. Man hätte mich wahrscheinlich für einen Phantasten, der über für einen ernst zu nehmenden Politiker gehalten, hätte ich am Silvesterabend 1939, als ich von dieser Stelle aus zur Jahreswende zum deutschen Volke sprach, prophezeien wollen, daß am Ende dieses damals eben anbrechenden Jahres 1940 die deutsche Front von Narvik bis zur Biscaya reichen würde, daß dann überall diese

mit großer Regelmäßigkeit und Kontinuität sechs Mal wöchentlich.[40] Trotzdem verringerten sich Umfang und Auflagenhöhe der Zeitung im Laufe der Jahre.[41] Präzise Zahlen lassen sich aufgrund fehlender Angaben im Impressum nicht feststellen, doch lag die Auflage in den Jahren 1942/1943 schätzungsweise bei etwa 5.000 bis 8.000 Exemplaren und im Januar 1945 nur noch bei 2.000.[42] Heute sind nur noch sehr wenige davon erhalten.[43]

Den nationalsozialistischen Charakter der Zeitung unterstrich der im Titelkopf zentral eingebundene Parteiadler mit Hakenkreuz. Darunter war der Untertitel „Amtliches Verkündungsblatt der NSDAP und aller Behörden der Kreise Plock, Plonsk und Schirps" eingefügt.[44] Bei der Umbenennung des „Plocker Tageblatts" in „Südostpreußische Tageszeitung" mit der Ausgabe vom 17. Juni 1941 erfolgte auch eine Neugestaltung des Titelkopfs.[45] Der Namenszug nahm zwei Zeilen ein, während der Parteiadler mit dem Hakenkreuz auf der linken Seite in den Vordergrund rückte. Im Januar 1943 wurde die Höhe des Titelkopfs auf 7 cm halbiert.[46] In dieser Form fand er bis zur letzten Nummer Verwendung.[47] Zu wichtigen Anlässen wurden dort auch auf der rechten Seite, wo sonst das Impressum stand, besondere Informationen oder Tagesparolen untergebracht.[48] Der Titelkopf spielte eine wichtige Rolle und sollte die großformatige Zeitung für die Leser attraktiver machen.[49] Die Texte wurden durch zentrierte und grafisch hervorgehobene Titel, Unter- und Zwi-

---

[40] JAN TRZYNADLOWSKI, Edytorstwo. Tekst, język, opracowanie, Warszawa 1983, S. 115. Im Zeitschriftenkatalog der Zieliński-Bibliothek der Wissenschaftlichen Gesellschaft von Plock sind für die Jahrgänge 1941–1944 jeweils 305 bis 308 Ausgaben und 15 für das Jahr 1945 verzeichnet.

[41] Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 125.

[42] STANISŁAW CHRZANOWSKI, Ostatnie numery niemieckiej gazety, in: Notatki Płockie 9 (1964), 1/2 (27/28), S. 27 f.

[43] Vom „Plocker Tageblatt" bzw. der „Südostpreußischen Tageszeitung" sind lediglich in der Zieliński-Bibliothek in Plock und der Nationalbibliothek Warschau Exemplare vorhanden. Die Bibliothek des DHI Warschau verfügt über Digitalisate.

[44] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 5.

[45] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 142.

[46] Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 8; 1943, Nr. 12.

[47] Südostpreußische Tageszeitung, 1945, Nr. 15.

[48] Südostpreußische Tageszeitung, 1944, Nr. 107.

[49] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 5; Südostpreußische Tageszeitung, 1944, Nr. 14. Das Format betrug 463 x 305 cm, der bedruckte Bereich 425 x 280 mm, gemessen am Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 6.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schentitel übersichtlich gestaltet. Dahinter standen nicht nur ästhetische Überlegungen; vielmehr enthielten die Titel bereits die Interpretation des gedruckten Artikels.[50] Demselben Zweck dienten Hervorhebungen wichtiger Passagen im Text.[51]

Mit der Umbenennung war die „Südostpreußische Tageszeitung" eine der wenigen ostpreußischen Lokalzeitungen, die den Namen ihrer Stadt nicht im Titel trugen. Die Namensgebung unterstrich den Anspruch der Besatzer, alle polnischen Spuren aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. So hatte man in Plock bereits zu Beginn der Besatzung alle Straßen umbenannt und am 21. Mai 1941 den Namen Schröttersburg verliehen.[52] Außerdem betonte der neue Zeitungstitel die Zugehörigkeit der gesamten Region zur Provinz Ostpreußen. Zugleich wurde eine Verbindung zu den historischen Provinzen Südpreußen bzw. Neuostpreußen gezogen, also jenen Gebieten, die nach der Zweiten und Dritten Teilung Polen-Litauens (1793 und 1795) für kaum zwei Jahrzehnte an Preußen gefallen waren. Mit der Namensänderung ging auch der Wandel der „Südostpreußischen Tageszeitung" von einer lokalen zu einer regionalen Zeitung einher.[53] Im Januar 1943 wurde die Plocker Niederlassung des Sturmverlags in die eigenständige Südostpreußische Tageszeitung GmbH umgewandelt.[54]

Für das reibungslose Erscheinen einer großformatigen Zeitung wie der „Südostpreußischen Tageszeitung" waren gut funktionierende Druckereien unverzichtbar. Der polygrafische Druck im Hochdruckverfahren mit Rotationsmaschinen und Stereotypen verlangte bestimmte Anpassungen der Produktionsprozesse gerade bei der Herstellung von Zeitungen.[55] Den Schwierigkeiten begegnete der Sturmverlag, indem er sich in der Ausstattung der polnischen Druckereien vor Ort bediente. Zunächst ging die Druckerei der Gebrüder Detrych in die kommissarische Verwaltung des Verlags über.[56] In deren Gebäude in der Günther-Prien-Straße 1 (heute:

[50] Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 124; Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 5.

[51] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 55, 91.

[52] MICHAEL A. HARTENSTEIN, Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten" 1939 bis 1944, Berlin 1998, S. 233.

[53] ANDRZEJ NOTKOWSKI, Polska prasa prowincjonalna Drugiej Rzeczypospolitej (1918–1939), Warszawa / Łódź 1982.

[54] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 7.

[55] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 87.

[56] Der überregional bedeutende Betrieb der Familie Detrych war vor dem Krieg die größte und am besten ausgelastete Druckerei in Plock mit 50 Mitarbeitern. Zur Firma gehörten zwei Buchhandlungen, eine große Buchbinderei sowie eine Werkstatt zur Linierung von Schulheften. Darüber hinaus bestand eine moderne Leihbücherei für Jugendliche

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ulica 1. Maja 1) wurde der Verlagssitz eingerichtet.[57] Zudem ordneten die Besatzungsbehörden am 15. März 1940 an, der Sturmverlag solle gleichzeitig alle übrigen Druckereien in Plock übernehmen.[58] Lediglich der Betrieb der deutschstämmigen Familie Paulich in der Burgstraße 6 (ulica Grodzka) durfte selbständig weiter bestehen.[59]

Mit der Zusammenlegung aller Plocker Druckereien entstand die technische Basis für die Einrichtung eines zentralen polygrafischen Betriebs, der die Produktion einer deutschsprachigen Tageszeitung mit einer Auflage von mehreren Tausend Exemplaren ermöglichte. Für den Druck großformatiger Titel und die Steigerung der Auflage wurden allerdings die Druckerwerkstätten an die Bedürfnisse der neuen Inhaber angepasst. Am 1. Januar 1940 begannen Umbau und Modernisierung des Gebäudes in der Günther-Prien-Straße 1. Damit wurde es möglich, Teile der Ausstattung der anderen Druckereien im Gebäude unterzubringen.[60] Siegfried Hendel besorgte zudem Setzmaschinen aus der Druckerei des im Generalgouvernement gelegenen Franziskanerklosters Niepokalanów, einem bedeutenden Zentrum für den Druck religiöser Schriften.[61] Weitere fehlende Geräte wurden aus Deutschland ergänzt.[62] Damit verfügte der Sturmverlag über die modernste und leistungsfähigste Druckerei des Regierungs-

---

und Erwachsene. ALEKSANDER MACIESZA, 25-lecie Drukarni i Księgarni Nakładowej Braci Detrychów w Płocku (1910–1935), in: Życie Mazowsza 1 (1935), 11, S. 290–293, sowie Kalendarz – Informator Mazowsza Płockiego, Płock 1938, S. 10–14. Nach der Einnahme von Plock durch die Deutschen verließ Bolesław Detrych die Stadt und ließ sich in Skierniewice nieder, wo er nach dem Krieg eine kleine Buchhandlung führte. Uznanie dla płockiej drukarni, in: Petro Echo, 1967, Nr. 22, S. 4.

[57] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 48.

[58] In Plock bestanden die Druckereien Antoni Gzowski, Gebrüder Jan und Stefan Lipek, M. Szpiegel, Izaak Altmann sowie die Druckerei im Mariavitenkloster. APW, Zarząd Miasta Płocka, Sign. 1037, Bl. 55, 108. Die ältesten Druckereien waren der typografische Betrieb von Karol Kulig und Wiktoria Kulig-Restorffowa, die Druckerei der Familie Kempner, die Verlagsdruckerei Paulich sowie die Druckereien Kazimierz Miecznikowski, Franciszek Barcikowski und der Gebrüder Detrych. URSZULA MARIA MORAWSKA, Drukarstwo płockie do roku 1918, Płock 1984, S. 65–85, 108–110, 115–117.

[59] Die Druckerei Paulich bestand als Familienunternehmen seit 1835 in dritter Generation und überdauerte die Besatzungszeit unbehelligt. Ebd., S. 183; Dawni drukarze płoccy, in: Petro Echo, 1967, Nr. 21, S. 4. Die evangelische Familie Paulich hatte ihre Wurzeln im preußischen Adel und war im städtischen und kirchlichen Leben engagiert. ANDRZEJ JERZY PAPIEROWSKI / JERZY STEFAŃSKI, Płocczanie znani i nieznani, Płock 2002, S. 457.

[60] Archiwum Państwowe w Płocku [Staatsarchiv Plock], Okręgowy Urząd Likwidacyjny w Płocku, Sign. 283, Bl. 3, 10.

[61] JERZY ŁOJEK, Dzieje prasy polskiej, Warszawa 1988, S. 217.

[62] Archiwum Państwowe w Płocku, Sign. 283, Bl. 25.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bezirks Zichenau.[63] Bereits im Februar 1940 wurde mit dem Druck der „Amtlichen Bekanntmachungen für den Kreis und die Stadt Plock" begonnen, später kamen auch Einzelpublikation wie „Die deutschen Dorfnamen des Kreises Plock" hinzu.[64] Ihre technischen Möglichkeiten machte die Druckerei über Plock hinaus attraktiv. Insbesondere die Schnelligkeit des Maschinensatzes, die Möglichkeit zum Druck von Illustrationen sowie die Kapazität der Rotationsdruckmaschine von stündlich 6.000 bis 12.000 Exemplaren zogen Kunden an. Seit dem 2. Januar 1941 wurde mit der „Zichenauer Zeitung" eine weitere Tageszeitung gedruckt. Die Herstellung erfolgte vormittags, während das „Plocker Tageblatt" in den Nachmittagsstunden produziert wurde. Jede Auflage wurde nach Eintreffen im Werk innerhalb von einer Stunde gedruckt.[65]

Bei der Auswahl der Leitung der Zeitungsredaktionen achteten die NS-Machthaber in der Regel vor allem auf Parteitreue und erst in zweiter Linie auf fachliche Eignung.[66] Über das Plocker Personal des Sturmverlags ist kaum etwas bekannt. Siegfried Hendel, den reichsdeutschen kommissarischen Verwalter der Sturmverlag GmbH Plock, könnte man als graue Eminenz vor Ort bezeichnen.[67] Er bewohnte mit seiner Gattin Luisa das Plocker Verlagsgebäude, war Mitglied im Stadtrat, gehörte zu den aktivsten NSDAP-Funktionären und engagierte sich in verschiedenen Organisationen. Am 5. September 1941 übernahm Gustav Böttcher, ein Funktionär des Deutschen Roten Kreuzes die Leitung des Verlags und hielt sich in dieser Position bis zum Kriegsende.[68]

Von den Chefredakteuren des „Plocker Tageblatts" und der „Südostpreußischen Tageszeitung" sind lediglich die Namen bekannt. Auf Wolfgang Krüger[69] folgten Bruno G. Tschierschke,[70] R. Kossmann[71] und vom

[63] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 2.

[64] Die deutschen Dorfnamen des Kreises Plock, Plock [ca. 1940].

[65] Bartołd, „Zichenauer Zeitung", S. 16.

[66] Außerdem mussten die Journalisten neben ihrer politischen Zuverlässigkeit einen „Ariernachweis" erbringen; WOLFGANG MÜSSE, Die Reichspresseschule – Journalisten für die Diktatur? Ein Beitrag zur Geschichte des Journalismus im Dritten Reich, München 1995, S. 103–110.

[67] APW, Zarząd Miasta Płocka, Sign. 617, Bl. 6.

[68] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 210.

[69] Elżbieta Szubska-Bieroń, Płock w latach 1939–1945 na łamach niemieckiej prasy lokalnej, Magisterarbeit, Kazimierz-Wielki-Universität, Bydgoszcz 2009, S. 278–280; Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 1.

[70] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 49.

[71] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 173.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

25. August bis in den November 1941 Friedrich Karl Schüler.[72] Gegen Ende der Besatzungszeit übernahm die aus dem westpreußischen Stuhm (Sztum) stammende Lotte Fischer das Amt, das sie bis Kriegsende bekleidete, wobei sie ihre Artikel wie bisher mit dem Kürzel Fri signierte.[73]

Die Redakteure und Redaktionsmitglieder konzentrierten sich auf lokale Themen mit Schwerpunkten im Bereich Wirtschaft, Kultur, Bildung und Geschichte. Für überregionale Belange wurde auf Texte der offiziellen Presseagentur, des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) zurückgegriffen.[74] Damit wurde sichergestellt, dass die publizierten Nachrichten nicht von den Vorgaben des Reichspressechefs abwichen und eine einheitliche Informationspolitik für das gesamte besetzte Europa gewährleistet.

Im DNB war Redakteur Erich Glodschken verantwortlich für den Kontakt mit dem „Plocker Tageblatt" beziehungsweise der „Südostpreußischen Tageszeitung". Er nahm wahrscheinlich an den täglichen Informationstreffen im DNB teil, bei denen die verbindliche offizielle Interpretation der tagesaktuellen Ereignisse verkündet und Vorgaben für deren journalistische Aufbereitung gegeben wurden. Diese Informationen leitete Glodschken per Fernschreiben nach Plock weiter, wo sie vom Chefredakteur in Empfang genommen und für den Druck ausgewählt wurden.[75]

Zu den Aufgaben der Redaktion zählte zudem die „Fadenknüpfung mit der Heimat", wobei die Zeitung „vieles und jedem etwas" bieten sollte.[76] Zu bestimmten Anlässen, wie Hitlers Geburtstag, dem Muttertag oder Pfingsten erschienen – meist mit der Samstagsausgabe – Sondernummern.[77] Der Umfang der einzelnen Ausgaben schwankte zwischen vier und acht Seiten, konnte aber an Feiertagen und Jubiläen auch zehn Seiten erreichen.

---

[72] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 203; 1944, Nr. 290.

[73] Südostpreußische Tageszeitung, 1944, Nr. 290; 1945, Nr. 12.

[74] JÜRGEN REITZ, Das deutsche Nachrichtenbüro, in: JÜRGEN WILKE, Telegraphenbüros und Nachrichtenagenturen in Deutschland. Untersuchungen zu ihrer Geschichte bis 1949, Berlin / New York 1991, S. 215–267; Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 26.

[75] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 1 u. Nr. 87; Südostpreußische Tageszeitung, 1945, Nr. 15. Zum DNB und der täglich im Reichspropagandaministerium stattfindenden Pressekonferenz: JÜRGEN WILKE, Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR, Köln u. a. 2007, S. 115–255.

[76] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 51.

[77] Eine der aufwändigsten Sonderausgaben erschien Weihnachten 1941. Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 93, 116; Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 304.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



Verlag: Südostpreußische Tageszeitung GmbH., Schröttersburg. RFK. 1268. Ruf: Verlag 1221. Schriftleitung 1234. Verantwortlicher: Gustav Boettcher (Siegfried Headst. z. Zt. im Wehrdienst). Hauptschriftleiter: L. V.: Lotte Pritsch (Dr. Wolfgang Krüger, z. Zt. im Wehrdienst). Stellvertr. Schriftleitung: Erich Glodschey. Berlin SW 68. — Erscheint sechsmal wöchentlich morgens. Bezugspreis: 2,20 RM einsch. 20 Rpf Botenlohn. Für Selbstabholer 1,80 RM, durch die Post 2,00 RM einschl. 18 Rpf Postzeitungsgebühren zuzüglich 36 Rpf Postzustellgeld.

Südostpreußische TAGESZEITUNG

Amtliches Verkündungsblatt der NSDAP. und sämtlicher Behörden der Kreise Schröttersburg, Plönnen, Sichelberg

Anzeigen: Die 15-gespaltene Zeile Familien- und Gelegenheitsanzeigen 15 Rpf, Stellenangebote 17 Rpf, Geschäftsanzeigen 18 Rpf. Gültige Preisliste I v. 1. 1. 1941. Fernmündliche Anzeigen ohne Gewähr. Anzeigenleiter: L. V. Ed. Bubel. Erfüllungsort: Schröttersburg. Geschäftsstellen: Plönnen, Schröttersburgerstraße 31. Ruf 67, Sichelberg, Weichselstr. 7. Ruf 126. Medilis: I. Kretschmann, Bagmühlen I. Reiter. Ihre Bankverbindung: Bank: Kreis- und Stadtsparkasse, Landesbank, Bank der Ostpr. Landschaft. Postscheck: Königsberg 19569

Nummer 15 — Schröttersburg, Donnerstag, 18. Januar 1945 — 5. Jahrgang

Törichte Haßtiraden Churchills

Judentum und Plutokratie eng verfilzt / Unsere nationale Pflicht

Im englischen Unterhaus hat sich am Dienstag ein Vorfall abgespielt, der in Deutschland und darüber hinaus in der ganzen Welt die größte Beachtung verdient. Zum zweiten Mal hat nämlich Winston Churchill in seiner amtlichen Eigenschaft als Premierminister Englands und zugleich als maßgeblicher Sprecher der sogenannten Alliierten eine Erklärung abgegeben, die als Ziel des Kampfes gegen das Reich die Vernichtung des deutschen Volkes bestätigt. Churchill sprach nämlich davon, daß die Alliierten ihren Krieg bis zur „bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands führen wolle und fügte dann auf die Frage eines Abgeordneten, ob man die bisherige Vernichtungsarbeit und die bekannten Ausrottungspläne dang einer Revision unterziehen werde, kalt hinzu: „No, Sir!"

Diese Worte „Nein, mein Herr!" sind besonders schwerwiegend aus dem Munde des englischen Premierministers. Sie tragen durchaus amtlichen Charakter, und es wird niemanden in der Welt geben, der behaupten könnte, es handle sich bei der Forderung, die Lebensbasis des deutschen Volkes auszulöschen, um eine agitatorische Formulierung nicht autorisierter Politiker. Erst unlängst hat Churchill in einer großangelegten Rede Einzelheiten über die beabsichtigte Zerstückelung des Reiches und brutale Vernichtung des völkischen Lebens in Deutschland im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die Zukunft des deutschen Ostens, die nur ein Beispiel für die Zukunft des ganzen Reiches sein soll, bekannt gegeben. Die Leitgedanken dieser satanischen Pläne ist der Haß, ein Haß, der seine Wurzeln in der jüdischen Gefühlswelt hat. Sie hat durch die engste Verfilzung der Plutokratenschichten in den alliierten Ländern ebenso wie der führenden Schicht des Bolschewismus mit dem Judentum die nächtlichsten Kreaturen zu ihren willfährigen und zuverlässigen Werkzeugen gemacht.

Durch die neue Erklärung des englischen Premierministers gewinnen die Tatsachenberichte über die Greuel britisch-nordamerikanischer Soldateska gegen deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen ebenso wie die Feststellungen über die schamlose Behandlung deutscher Menschen in den besetzten Westgebieten eine besondere Bedeutung. Dieses Wettefern der Briten und Nordamerikaner mit ihren bolschewistischen Verbündeten ist als Vorgeschmack dessen zu werten, was man dem deutschen Volke zerstören, würde, gelänge es unseren Feinden, uns niederzuzwingen.

Der Haß richtet sich gegen das ganze deutsche Volk, und die Vernichtung soll allen einzelnen von uns, jeden Mann, ganz gleich welchen Alters und welches Berufes, treffen. Sie richtet sich vor allem auch gegen unsere Kinder, mit denen man die kommenden Generationen Deutschlands beseitigen will und nicht minder gegen alle Frauen, die man deshalb ausrotten will, damit sie nicht neue deutsche Menschen gebären können.

Aus dieser Tatsache ergibt sich für jeden von uns die nationale Pflicht, von sich aus das Äußerste zur Erringung des deutschen Sieges beizutragen, denn er allein verbirgt dem deutschen Volke seine Existenz und seine Zukunft.

Das sind die USA.-Luftgangster!

Wieder Tiefflieger-Angriffe auf das Rote Kreuz

(PK.) Auf den Vormarschstraßen des Westheeres trifft man immer wieder auf ausgebrannte und zerschossene Krankenkraftwagen, die von amerikanischen Tieffliegern angegriffen wurden. Wenn innerhalb von zwei Tagen drei leuchtend weiß gestrichene, auf allen Seiten mit großen Roten Kreuzen gekennzeichnete Fahrzeuge einer einzigen Sanitätskompanie angegriffen werden, kann es sich nur um systematische Bekämpfung der Einrichtungen des Roten Kreuzes handeln.

Wie bestialisch die amerikanischen Luftgangster alle Menschlichkeit mit Füssen treten, zeigt die Vernehmung des Fahrers eines dieser vernichteten Krankenkraftwagen, des Gefreiten Heinrich M. durch den Chef der Sanitätskompanie. Stabsarzt R. hatte am 26. 12. 1944 15 Leichtverwundete ins Lazarett zu bringen. Es war glasklares Frostwetter und strahlender Sonnenschein, als sein weißer, mit großen roten Kreuzen benaßter Krankenkraftwagen gegen 11 Uhr 30 aus etwa 40 Meter Höhe von zwei amerikanischen Jagdmaschinen angegriffen wurde. Von vielen Geschossen aus den Bordkanonen getroffen, fing das Fahrzeug sofort Feuer. M. brachte den bisher ruhig und der völlig leere Straße fahrenden Wagen sofort zum Stehen, sprang heraus und öffnete die Türen, um die Verwundeten zu bergen.

14 Verwundete waren bei diesem Angriff erneut, zum Teil mehrfach getroffen worden, vier davon waren sofort tot, einem war das Bein von einem Sprenggeschoß der amerikanischen Flieger abgerissen worden. Während der Bergung der Verwundeten, die zum Teil aus der Luft gut sichtbare, hochlinie weiße Kopfverbände trugen, kreisten die beiden Feindmaschinen über dem brennenden Fahrzeug, setzten dann zum zweiten Angriff an und schossen noch einmal in den Haufen der Verwundeten, die sich aus dem brennenden Krankenwagen retteten. Nachdem sich die beiden amerikanischen Jäger noch einmal kreisend ihre Blutarbeit betrachtet hatten, flogen die Maschinen, an denen die Hoheitszeichen, Stern und weiße Streifen, deutlich zu erkennen waren, ab.

Das sind sie, die Gangsterpiloten aus USA., die ihre Terrormaschinen hochtierisch „Befreier" nennen! Mit solchen Methoden, die nicht einmal einem Neger zuzutrauen sind, versuchen sie, unseren Vormarsch im Westen aufzuhalten. Wir können sehr genau, was man aus 40 Meter Höhe sehen kann. Diese beiden USA.-Jäger hatten genau beobachtet, wie der Gefreite aus dem brennenden Krankenkraftwagen die Sanitätsflagge und ein paar Decken rettete und wie er seinen Kameraden inmitten blutender Verwundeter das von ihren Geschossen zerrissene Bein abband. Und da setzen diese vertierten Wilden zu neuem Sturz an und schießen in dieses Bild des Jammers hinein!

Das sind die USA.-Luftgangster! Als blutbefleckte Mörder hilfloser Verwundeter stehen sie vor der Welt. Wir werden ihnen diesen Jägerangriff nicht vergessen.

Kriegsberichter Eberhard Trützedt

Warum gerade zur Waffen-ᛋᛋ?

Über diese Frage gibt der Brief eines ostpreußischen Jungen, der freiwillig zur Waffen-ᛋᛋ meldete, überzeugende Aufklärung. Er schreibt seinen Eltern folgendes:

Liebe Eltern!

Ich habe gestern den Verpflichtungsschein für die Waffen-ᛋᛋ unterschrieben. Jetzt bin ich ᛋᛋ-Mann und hoffe, recht bald ausgebildet und an die Front geschickt zu werden, wohin jeder deutsche Junge heute gehört.

Ich weiß, Ihr werdet die Frage an mich stellen: Warum gerade zur Waffen-ᛋᛋ?

Ich weiß auch, daß ihr den Zeitpunkt meiner Meldung für zu früh haltet. Darauf will ich Euch zuerst antworten.

Als Vater hörzlich in den Ferien erzählte, daß er sich im August 1914 als noch nicht ganz Siebzehnjähriger kriegsfreiwillig meldete. Als sein Vater tobte, schließlich aber seinen Sohn in der neuen Uniform voll Stolz bei allen Verwandten herumzeigte, da hättet Ihr eigentlich das Lachen in meinem Gesicht bemerken müssen, denn da wurde mein schwankender Entschluß ganz fest. Bei so einem Vater müßte der Sohn sich ja schämen, mit 17 Jahren noch in Zivil herumzulaufen. Ich habe mir von der ᛋᛋ-Führer, der mich aufnahm, versichern lassen, daß ich vor meinem 18. Geburtstag im Feld nochmals nach Hause darf, damit Vater mich auch „herumzeigen" kann.

Und nun zur Frage: „Warum gerade zur Waffen-ᛋᛋ?"

Da muß ich Euch ein Geständnis machen!

Ich bin heute, wie ihr wißt, stürmer Zeitungsleser und Wochenschaubesucher. Da haben mich die Taten der Waffen-ᛋᛋ ganz besonders begeistert. Ich konnte mich nicht davon losreißen. Und als ich hörte, daß es ein Büchlein „Dich ruft die ᛋᛋ" gibt, ließ ich es mir von der nächsten Ersatzkompanie der Waffen-ᛋᛋ kommen. Ich habe es genau durchgelesen und bin dann auch selbst einmal zu dieser Ersatzkompanie hingefahren. Der ᛋᛋ-Führer, der sich mit mir unterhielt, ein mit dem EK. 1 ausgezeichneter Obersturmführer, erzählte mir von seinen Kriegserlebnissen, von der Treue und Kameradschaft im härtesten Kampf und von der großen Gemeinschaft der ᛋᛋ, die das ganze Leben mit all seinen Erscheinungen erfaßt. Er gab mir auch eine Druckschrift mit, in der ich die Grundgesetze der ᛋᛋ nachlesen konnte. Ich bekam auf diese Weise Einsicht in das Wesen der ᛋᛋ. Was ich da las, das paßte alles wunderbar zu dem Bild, das ich mir schon auf Grund der Berichterstattungen von der ᛋᛋ gemacht hatte. Ich sprach auch mit manchen ᛋᛋ-Urlauber.

Sie alle hatten jenes Leuchten in den Augen, das den Menschen Überzeugungskraft gibt. So kann nur sprechen, wer eine vollkommene innere Sicherheit besitzt, die nur das feste Gefühl geschlossener starken nationalen Willens weiß und den dieses Gefühl lebe, wichtig allein ist, daß mein Volk lebt!" So hatten sie alle, gleichgültig wie sie äußerlich aussehen, ähnlichkeit mit dem Führer. Das ist Kennzeichen des ganzen Menschen. Diese Männer kann kein Feind töten und wenn der ihre Körper wie ein Sieb durchlöchern. So wie ein Theodor Körner, ein Schill und ein Kurt Eggers weiterleben, so haben auch sie das ewige Leben. Und ich möchte auch dazu gehören! Deshalb bin ich unendlich stolz, durch die getrage Annahmeuntersuchung in die ᛋᛋ aufgenommen und vereidigt worden zu sein.

Nun wißt Ihr, warum ich gerade zur Waffen-ᛋᛋ ging.

Ich grüße Euch mit Heil Hitler!

Euer dankbarer Sohn Kurt.

Aus Mördern werden Märtyrer

„Barmherzigkeit gehört ihnen Gerechtigkeit"

Bern, 16. Januar

Der Kairoer Schauprozeß brachte am Sonntag das Plädoyer des jüdischen Verteidigers des Angeklagten Hakim, das ein einziger Versuch war, den Mördern den Mantel nationalen Märtyrertums (!) umzuhängen. Der Verteidiger ersuchte die Geschworenen, alle politischen Vorurteile auszuschalten und erklärte, die Angeklagten hätten versucht, die Interessen ihres Volkes durch den Mord in das Weltbewußtsein zurückzurufen. Verantwortlich sei nicht die jungen Angeklagten, sondern ihre Hintermänner.

Baudrediner Demokratie

Von Hans Wendt — Stockholm

Zuweilen haben noch Engländer geschickte Einfälle. Die passe Gedichtmaxrikel der Londoner Presse, die am 10. Januar daran erinnerten, daß 25 Jahre zuvor die Liga der Nationen — Geburtsort Versailles, Aufenthalts- und Sterbeort Genf — das Licht der Welt erblickte, gehören freilich kaum dazu. Das beste, was man von der Genfer Liga sagen kann, besteht in Schweigen. Nicht einmal als Machtwerkzeug der siegreichen „Sieger" erfüllte sie die Erwartungen, und als Herold „demokratischen" Geistes, für den doch angeblich die Welt reif gemacht werden sollte, wirkte sie nur mit entgegengesetztem Effekt.

Was aber wirklich als Symptom eines lichten Augenblicks gerühmt werden muß, das ist der vom Londoner „Economist" geprägte Ausdruck von der „Baudrediner-Demokratie". Diese englische Blatt kreierte ihn in seinem Aufsatz, der seine Entstehung der Unruhe über gewisse Erscheinungen der neuen europäischen Dämmerwelt zwischen asiatischen Dunkel und Londoner Nebel verdankte, die man in manchen eingeweihten Londoner Kreisen allmählich doch als derart unheimlich empfindet, daß selbst noch so gewichtige Gründe höherer Diplomatie ein weiteres völliges Schweigen unmöglich machten. Das Lublin-Regime sei ja eigentlich „totalitär", meinte der entrüstete Londoner Artikelschreiber heraus. „Es wird von freien Wahl und vom Volkswillen gesprochen, aber unter den obwaltenden Umständen sind diese Wörte so gut wie sinnlos". Es

Neue Eichenlaubträger

Der Führer verlieh das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes an General der Artillerie Kurt Herzog, Kommandierenden General eines Armeekorps, am 984. Soldaten der deutschen Wehrmacht.

Der Führer verlieh das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes an Major Alois Kissle, Bataillonskommandeur in einem Rhönschener Grenadier-Regiment, als 985. Soldaten der deutschen Wehrmacht.

herrsche nämlich, so wird als verdächtiges Moment angeführt, eine „spuhhafte" Einhelligkeit, die dem Liberalen Engländer vollkommen unglaubhaft vorkommt. Den gleichen erstaunenden Tatbestand entdeckt er an Titos „Befreiungsausschuß", hinter dem, mit Recht, die gleiche uns dem Gewölbe wines anderen Leibes kommende Stimme vermutet wird. Daß gerade diese beiden Beispiele — Lublin und Tito — angegriffen werden, mag sein Interesse für sich haben. Wenn die Engländer plötzlich entdecken, daß solche soweitisch aufgezogenen „Demokratien" wie Krappes, nur Puppen sind, die in Wirklichkeit vom Geist und der Sprache ihres Lehen, voraus nicht. Die Beobachtung ist richtig und kann nützlich werden, wenn sie zu Ende gedacht werden sollte (was freilich kaum anzunehmen ist).

Uns Deutsche interessiert an dem schönen Ausdruck von der „Baudrediner-Demokratie" etwas anderes. Als totalitär wird jedes System gebrandmarkt, das verdächtigerweise Einhelligkeit zeigt. Das scheint etwas weitgehend. England und die USA. behaupten ja doch wohl ebenfalls, in ihren Kriegsanstrengungen restlos einig zu sein? In der Tat, diese sogenannten „Demokratien" sind, wie wir seit langem wissen, im Grunde recht diktatorisch veranlagt. Ihre Überheblichkeit, auf solche Art und Weise, wie sie die Kennworte Lublin und Tito umreißen, als „Baudrediner-Gebilde" herunterzublicken, hat wenig Berechtigung. Wenn sie sich darüber erstaunen wollten, daß es ausgerechnet Stalin ist, der ihnen heute mit solchen Methoden ihre eigene Heuchelei heimzahlt, kann man das verstehen. Aber grundsätzlich einen Unterschied zwischen „Baudrediner-Demokratien" und solchen zu machen, die angeblich ihre eigene Sprache reden, ist äußerst unehrlich und sachlich ganz unhaltbar.

Denn jede „Demokratie" stellt, werte Herren vom „Economist", ein Bauchredneriinstrument dar. Mit mehr oder minder Geschick wird dem armen Volk, das mit dieser Einrichtung beglückt ist, vorgestellt, die Stimme, die ringsum die Luft erfüllt, sei seine eigene. Mitnichten; es ist die Stimme seines Herrn. Denn beim Diktator ist schlimmer als die gebeime, die sich der Masse und den Tonfalls einer angeblich „freien" Meinung bedient. Und nirgendwo ist es mehr angebracht, nach der wirklichen Herkunft der Bauchredenkünste zu forschen, die sich als eigene Stimme des Objekts ausgeben, als in einer solchen „Demokratie".

Wir Deutschen haben das je alles selber erlebt, weil wir jenen „Demokratien" „Demokratien" den uns unsere Feinde gern zudenken möchten, längst hinter uns haben. Lange Jahre hindurch haben wir eine „Demokratie" durchlebt, die nach den feindlichen Vorbildern geplant und, wenn nicht nach Maß, so doch nach der neuesten Mode ausgefertigt worden war. Entgegen dem, was man von uns immer behauptet, wissen wir also ganz genau, was eine Demokratie und eine „Demokratie" ist. Das eine ist ein Staat, in dem der Wille des Volkes geschieht, das andere ein Staat, in dem der Wille von Feinden des Volkes herrscht, speziell der Wille von Juden und anderen inter-

Abb. 3: Letzte Ausgabe der „Südostpreußischen Zeitung" (18. Januar 1945)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Anordnung der Informationen in der Zeitung blieb unveränderlich. Auf den ersten beiden Seiten wurden die wichtigsten Nachrichten, vor allem vom Kriegsgeschehen,[78] sowie innen- und außenpolitische Ereignisse präsentiert. Besonders hervorgehoben wurde die Tagesparole des Reichspressechefs, deren Inhalt davon abhing, welche Thematik eine unterstützende Propaganda erforderte.[79] Die Seite drei war den Lokalnachrichten vorbehalten. Sie wurden von den örtlichen Redaktionsmitarbeitern oder vom Chefredakteur selbst aus der Stadt und den umliegenden Kreisen zusammengetragen und aufbereitet.[80]

Insbesondere bei den zugezogenen deutschen Lesern sollte das Interesse an Plock und an einem verstärkten Engagement für die Stadt geweckt werden.[81] Die Zugehörigkeit des Regierungsbezirks Zichenau zum Deutschen Reich wurde ebenfalls ikonografisch unterstrichen, vor allem im Bereich der Werbeanzeigen. Es ging hier nicht so sehr um die Eigenschaften eines bestimmten Produkts wie um die Bekanntgabe der Adresse des Händlers.[82] Des Weiteren sollte den Lesern vorgeführt werden, dass in Plock deutsche Firmen, Banken und Genossenschaften tätig waren.[83]

In der Lokalbeilage „Informationen aus den Kreisen Plock, Plonsk und Schirps", später „Informationen aus den Ostprovinzen"[84] wurden ebenso historische Themen besprochen, um den deutschen Neuankömmlingen das angebliche deutsche Erbe der Stadt seit den Teilungen nahezubringen und diese davon zu überzeugen, dass sie in urdeutschen Gebieten angesiedelt worden waren.[85] Auf den weiteren Seiten fanden sich Fortsetzungsromane, kurze literarische Texte, Kino- und Theaterprogramme, Anzeigen des Einzelhandels und von Dienstleistern, Bekanntmachungen der Stadtverwaltung, Stellenangebote sowie Mietgesuche und Wohnungsanzeigen.

---

[78] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 79, 82, 145.

[79] WILKE, Presseanweisungen, S. 228–231.

[80] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 31; Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 277; 1943, Nr. 17.

[81] Die meisten Informationen über Plock enthielten die Zeitungen der Anfangszeit, etwa 15 Prozent je Ausgabe (eigene Berechnungen auf Grundlage der Überlieferung in der Zieliński-Bibliothek der Wissenschaftlichen Gesellschaft von Plock, Jahrgänge 1941–1945).

[82] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 64.

[83] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 1.

[84] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 6.

[85] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 49, 63; Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 269.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zu den Aufgaben der Lokalspalten in der NS-Presse gehörte es, die Bevölkerung für die Aktivitäten der NSDAP und ihrer Organisationen zu interessieren.[86] Auch die „Südostpreußische Tageszeitung" gab die Versammlungstermine der NSDAP-Ortsgruppen, der NS-Frauenschaft, der Hitlerjugend, des Bundes Deutscher Mädel[87] und von Vereinen bekannt. In den ausführlichen Berichten über deren Verlauf wurde das Bild eines intensiven gesellschaftlichen und reichen kulturellen Lebens gezeichnet, das als wichtigstes Element bei der Integration der deutschen Bevölkerung in Zeiten von Krieg und Umsiedlungen betrachtet wurde.[88] Rezensionen von Film- und Theatervorstellungen und Konzerten erweckten den Eindruck einer städtischen harmonischen Alltagsidylle.[89] Artikel über das Bildungswesen und Sportveranstaltungen waren ebenfalls im Ton von Stabilität, Ruhe und Beständigkeit gehalten.[90] Ähnliches lässt sich zu den Berichten über die freundliche Begrüßung der zuziehenden Deutschen durch die Bevölkerung und Stadtverwaltung sowie über Meldungen bezüglich der Bevölkerungsentwicklung der Stadt sagen.[91]

Die Redaktion der „Südostpreußischen Tageszeitung" blieb der Parteilinie bis zur letzten Ausgabe am 19. Januar 1945 treu.[92] In dieser Nummer kündigte der Bürgermeister neue Sammelaktionen an, es wurde über die kommenden Treffen der NSDAP-Ortsgruppen informiert und das Kinoprogramm für den 21. Januar abgedruckt.[93] Diese vorgetäuschte Realität hatte freilich nichts mit der Wirklichkeit zu tun, wessen sich die Redaktion wohl bewusst war. Deren Mitglieder hielten sich noch am 20. Januar, dem Vortag des Einzugs der Roten Armee in die Stadt, in den Redaktionsräumen auf und wagten es nicht, ohne Befehl ihre Posten zu verlassen.[94]

Die Gestapo versuchte bis kurz vor dem Einmarsch der sowjetischen Soldaten die Ordnung aufrecht zu erhalten. Dennoch verließen deutsche Zivilisten bereits seit dem 15. Januar die Stadt, nachdem viele von ihnen

[86] CZARNIK, Prasa, S. 30.

[87] Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 67; 1944, Nr. 31.

[88] Szubska-Bieroń, Płock w latach, S. 298, 304, 306.

[89] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 8.

[90] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 3.

[91] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 140.

[92] CHRZANOWSKI, Ostatnie numery, S. 37.

[93] Südostpreußische Tageszeitung, 1945, Nr. 14.

[94] CHRZANOWSKI, Ostatnie numery, S. 39 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihre Ehefrauen und Kinder bereits zum Jahreswechsel 1944/45 ins Reich geschickt hatten.[95]

NS-Propaganda und Feindbilder in der Plocker Lokalpresse

Sowohl den von der Lokalredaktion aufbereiteten als auch den zentral vorgegebenen Nachrichten kam neben ihrem Informationsgehalt eine Propagandafunktion zu. In das Pressematerial wurden stets propagandistische Inhalte eingeflochten, während Fakten sparsam dosiert und gezielt eingesetzt wurden. In dieser Hinsicht war auch die „Südostpreußische Tageszeitung" ein Werkzeug, um Einfluss vor allem auf die deutschen Bewohner des Regierungsbezirks zu nehmen und unterschied sich in Inhalt, Form und Funktion kaum von der Presse im Reichsgebiet.[96] Anders als im „Altreich", wo das Radio eine große Rolle spielte, blieb im Regierungsbezirk die Presse die Hauptinformationsquelle. Eine dementsprechend große Bedeutung hatte die Zeitungslektüre, auch wenn dafür in Zichenau keine empirischen Daten erhoben wurden. Die Anzahl der Deutschen und damit der potenziellen Leserschaft in Plock stieg von 3.500 (1941) auf 9.500 (1942) und könnte im letzten Kriegsjahr etwa 11.000 betragen haben.[97] Über die Rezeption der Tageszeitungen in der polnischen Bevölkerung lassen sich nur Vermutungen anstellen.

In den aggressiv bis sentimental gehaltenen Propagandatexten des Deutschen Nachrichtenbüros wurden Tugenden und Rollenbilder verbreitet, die einen wirklichen Nationalsozialisten auszeichnen und zum Nacheifern anspornen sollten. Als Vorbilder wurden etwa die Soldaten und Offiziere der Wehrmacht oder Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft inszeniert.[98] Im Sinne einer klassenübergreifenden Einheit der „Volksgemeinschaft" wurden auch Arbeiter und Bauern

---

[95] DERS., Kronika otatnich dni okupacji w Płocku, in: Notatki Płockie 7 (1962), 23, S. 22–27, hier S. 22 f.; MIROSŁAW KRAJEWSKI, Płock w okresie okupacji 1939–1945, Płock / Włocławek 2001, S. 291.

[96] CZARNIK, Prasa, S. 135.

[97] JAN GRABOWSKI, Die antijüdische Politik im Regierungsbezirk Zichenau, in: Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945, hg. v. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK / JOCHEN BÖHLER, Osnabrück 2010, S. 99–115; ADAM GOSZCZYCKI, Ludność miasta Płocka w cyfrach, in: Notatki Płockie 7 (1962), 23, S. 35–38, hier S. 35.

[98] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 65, 79; Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 244, 283; 1942, Nr. 97–99, 131–133; 1943, Nr. 3–5, 9, 11, 15–17, 19, 38, 42, 87–90, 256; 1944, Nr. 153.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

porträtiert, denen mit ihrer täglichen Arbeit ein ähnlich wichtiger Beitrag zum Wirtschaftsleben und dem militärischen Kampf bescheinigt wurde, wie Personen in Entscheidungspositionen.[99] Deutschsein wurde mit Begriffen wie Ehre, Würde und Stolz verbunden.[100] Die Entbehrungen im Kriegsalltag sollten durch den zukünftigen Sieg Deutschlands kompensiert werden.[101] Einen Vorgeschmack darauf gab die ununterbrochene Erfolgspropaganda von der Front,[102] aus der Wirtschaft[103] und Kultur.[104] Entsprechend war die Schilderung der Verluste der Kriegsgegner besonders drastisch und die eigener Misserfolge verharmlosend.[105] Gleichzeitig wurden Probleme verschwiegen und die Redakteure versuchten die Aufmerksamkeit der Menschen abzulenken und auf andere Dinge zu richten.[106] Natürlich nahm auch der Führerkult breiten Raum in den Zeitungsspalten ein.[107]

Eine weitere Aufgabe der Presse war es, das Gefühl von Angst und Bedrohung unter den Lesern zu vergrößern. Zu den ärgsten Feinden Deutschlands wurden die Juden erklärt, aber auch vor den Sowjets[108] und Westalliierten[109] wurde Angst geschürt. Berichte über den unter Stalin herrschenden Terror und die Massenmorde an Zivilisten und Soldaten in der Sowjetunion wechselten sich ab mit Informationen über angebliche Moskauer Reparationsforderungen in Höhe von 135 Milliarden Reichsmark im Falle einer deutschen Kriegsniederlage. Als Hintermänner all dieser Bedrohungen wurden die Juden ausgemacht,[110] deren Feindschaft sich aus ihrem vorgeblichen Streben nach der Machtübernahme in allen

[99] Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 117.

[100] Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 119; 1943, Nr. 106.

[101] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 4.

[102] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 187.

[103] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 91, 101, 274; 1944, Nr. 147, 151, 153, 157, 171, 175, 195–196, 203.

[104] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 185; 1942, Nr. 248; 1943, Nr. 296.

[105] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 137.

[106] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 25, 31, 45.

[107] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 59, 93; Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 92; 1943, Nr. 9, 93; 1944, Nr. 25, 178.

[108] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 11; Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 146–147, 155, 158–159, 162, 167, 170–171, 181, 184, 246; 1942, Nr. 268; 1943, Nr. 6; 19, 46, 49.

[109] Plocker Tageblatt 1941, Nr. 67, 93, 122, 174; Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 244, 285; 1942, Nr. 244; 1943, Nr. 18.

[110] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 48, 61, 90, 106.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Staaten der Welt und der Beherrschung des Wirtschafts- und Finanzwesens erklärte.[111] In der äußerlichen und charakterlichen Beschreibung der Juden griff die „Südostpreußische Tageszeitung" alle bekannten antisemitischen Stereotype auf und stellte die Juden mit Hilfe des von der Zentrale gelieferten Materials als Spekulanten, Parasiten und Kriminelle dar, die Schmutz, Krankheit und das Böse verbreiteten.[112] Darüber hinaus wurde die aktuelle Politik der Besatzer im Regierungsbezirk gegenüber der jüdischen Bevölkerung thematisiert, etwa das Leben in den Ghettos, die Zwangsarbeit oder die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben.[113] Ausgenommen davon war der Massenmord an den Juden, über den kein Wort verloren wurde.

Einen besonderen Platz erhielt in der „Südostpreußischen Tageszeitung" Polen, über das ebenfalls in Berlin vorbereitete Texte erschienen. In dieser Berichterstattung spiegelte sich die Bedeutung der Zeitung als NSDAP-Organ in einer Region, die nur von einem geringen Prozentsatz Deutscher bewohnt wurde, die wiederum sehr unterschiedliche Erfahrungen mit der einheimischen polnischen Bevölkerung gemacht hatten.[114] Dementsprechend sorgfältig war die Themenauswahl in diesem Bereich, da die gedruckten Informationen den Anforderungen der NS-Polenpolitik entsprechen mussten und zugleich das vorhandene Interesse der deutschstämmigen Leser an polnischen Angelegenheiten stillen sollten. Die antipolnische Propaganda in der „Südostpreußischen Tageszeitung" erfolgte in zwei Phasen von 1940 bis Anfang 1943 und anschließend bis Januar 1945. In der ersten Phase wurde alles Polnische in ein negatives Licht gerückt, die Polen lächerlich gemacht oder als kulturell und wirtschaftlich rückständig diffamiert.[115] Die staatlichen Behörden Polens wurden als bis in höchste Kreise inkompetent,[116] die lokalen Selbstverwaltungsgremien als verschuldet[117] und der Staat als durch und durch schlecht verwaltet be-

[111] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 110; 1944, Nr. 157.

[112] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 102.

[113] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 163; 1943, Nr. 4, 32, 52.

[114] Die ersten deutschen Siedler ließen sich Ende des 18. Jahrhunderts in Plock und Umgebung nieder, wo sie bis 1945 nicht isoliert, sondern im Austausch mit ihrer polnischen Umgebung lebten. KRZYSZTOF KŁODAWSKI, Ewangelicy płoccy w latach 1793–1918, in: Dzieje Płocka, Bd. 2: Dzieje miasta w latach 1793–1945, hg. v. MIROSŁAW KRAJEWSKI u. a., Płock 2006, S. 368–424.

[115] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 148.

[116] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 131.

[117] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 41.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schrieben.[118] Die primitiven Lebensbedingungen der polnischen Bevölkerung, so der Tenor, wären über die Jahrhunderte unverändert schlecht geblieben.[119] Die Polen wurden mit einer Reihe negativer Eigenschaften[120] wie Faulheit,[121] einem Mangel an Hygiene und Ordnung sowie Leichtsinn charakterisiert.[122] Außerdem wurden sie als raffinierte Diebe,[123] Betrüger,[124] Vergewaltiger[125] und gefährliche Verbrecher gezeichnet.[126]

Als Beleg dafür wurden Urteile des Sondergerichts veröffentlicht, in einigen Fällen sogar die Anklageschriften, um die Abscheu der Leser zu wecken.[127] Um den in den Augen der Zeitungsmacher rassisch bedingten zivilisatorischen Graben zwischen Polen und Deutschen zu verdeutlichen, wurde die deutsche Bevölkerung im Gegenzug stets als ehrlich, fleißig und ordentlich porträtiert.[128] Auch die diskriminierenden Anordnungen der Besatzungsbehörden zur Verdrängung der Polen aus dem gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben fanden ihren Platz in der Zeitung.[129] Die „Südostpreußische Tageszeitung" wurde auf diese Weise zu einem wichtigen Werkzeug bei der Umsetzung der antipolnischen Besatzungspolitik im Alltag.[130]

---

[118] APW, Zarząd Miasta Płocka, Sign. 615, Bl. 30–40, 42–53.

[119] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 32.

[120] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 181.

[121] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 11.

[122] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 189.

[123] Ebd.

[124] Beispielsweise berichtete das „Plocker Tageblatt" darüber, wie polnische Arbeiter bei Umbauarbeiten in Plock russische und amerikanische Münzen im Gesamtwert von 50.000 Reichsmark fanden. Sie übergaben ihren Fund nicht den Besatzungsbehörden, sondern verkauften die Münzen an Juden, gaben das Geld teilweise selbst aus und vergruben einen Teil in einem Grab auf dem katholischen Friedhof. Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 64.

[125] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 195, 198.

[126] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 191.

[127] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 102.

[128] Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 256.

[129] Vgl. beispielsweise die Einschränkung der Bewegungsfreiheit und die Einführung der Polizeistunde: Amtliche Bekanntmachung, 1940, Nr. 3. Zur Einschränkung der wirtschaftlichen Aktivitäten etwa im gastronomischen Bereich: Ebd., Nr. 2; Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 29. Zum kulturellen Bereich: Amtliche Bekanntmachung, 1940, Nr. 80; Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 7.

[130] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 147; Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 261; 1943, Nr. 102.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Oft bezog sich die „Südostpreußische Tageszeitung“ auf historische Ereignisse, um die vorgebliche Korrumpiertheit der polnischen Gesellschaft und aggressive polnische Angriffspläne (etwa auf Danzig im Jahr 1920) zu illustrieren.[131] In dieses Narrativ schrieb sich auch die Darstellung der Behandlung der deutschen Bevölkerung durch die polnischen Behörden nach Ende des Ersten Weltkriegs ein.[132] In diesem Zusammenhang wurden auch die Monate vor dem deutschen Überfall thematisiert und der polnischen Seite Verbrechen an deutschen Zivilisten vorgeworfen. Um das dabei erlittene Leid wiedergutzumachen, rief die Redaktion der „Südostpreußischen Tageszeitung“ ihre reichs- und volksdeutschen Leser dazu auf, ihnen in der Zeit vom 1. Mai bis zum 19. Dezember 1939 zugefügte Schäden zu melden. Zwischen den Zeilen animierte die Redaktion die Deutschen zu Vergeltung und Rache an den polnischen Bewohnern des Regierungsbezirks.[133] Es wurden auch Forderungen an Polen aus der Zeit vor Mai 1939 gestellt und polnische Gerichtsurteile revidiert. Ein Beispiel dafür war ein vom polnischen Appellationsgericht 1933 zurückgewiesenes Verfahren wegen Totschlags, das 1940 wieder aufgenommen wurde. Die beiden Täter, die zwei deutsche Parteimitglieder erschlagen hatten, wurden vom Sondergericht zum Tode verurteilt.[134]

Anfang 1943 änderte sich der Ton des aus Berlin stammenden Pressematerials über Polen in der „Südostpreußischen Tageszeitung“. Angesichts der immer offensichtlicheren militärischen Probleme an der Ostfront schien es angebracht, auch in der polnischen Bevölkerung des Regierungsbezirks um Unterstützung zu werben. Nun erschienen Artikel, die Polen als Opfer der Machtpolitik der europäischen Großmächte und des Verrats der bisherigen Verbündeten beschrieben, die dem Land 1939 die Unterstützung trotz geltender internationaler Abkommen verwehrt hatten.[135] Die britische Politik wurde sogar als Verrat an Europa im Dienste der Bolschewisten bezeichnet[136] und Polen als Opfer der sowjetischen Expansionspolitik gegenüber Europa.[137]

---

[131] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 275.

[132] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 29; Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 179.

[133] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 6, 11; Amtliche Bekanntmachung, 1940, Nr. 22; APW, Zarząd Miasta Płocka, Sign. 660, Bl. 1; Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 189.

[134] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 195.

[135] Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 20.

[136] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 55.

[137] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 40.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auch die brutale sowjetische Politik gegenüber Polen, die Zerstörung von Kulturdenkmälern und die Säkularisierung des Alltagslebens wurden immer wieder thematisiert.[138] Neben den Deportationen Tausender Polen ins russische Landesinnere und zur Zwangsarbeit[139] berichtete die „Südostpreußische Tageszeitung" auch von rund 350.000 ermordeten Polen im sowjetischen Machtbereich.[140] Die zur Roten Armee zwangsrekrutierten Polen wurden als „Kanonenfutter" bezeichnet,[141] während die in der Sowjetunion aufgestellte polnische 1. Infanteriedivision „Tadeusz Kościuszko" (*1 Polska Dywizja Piechoty im. Tadeusza Kościuszki*) als fester Bestandteil der Roten Armee präsentiert wurde.[142] Die Befreiung Polens von den Deutschen durch die Sowjets, so die Tageszeitung, würde nicht nur mit dem Preis einer totalen Abhängigkeit von der UdSSR,[143] sondern auch der Westverschiebung der polnischen Grenzen einhergehen.[144] In diesem Zusammenhang schilderte man die Verhandlungen der polnischen Exilregierung mit Moskau als fruchtlos und aufgrund der Haltung Churchills und Roosevelts gegenüber Stalin als von vornherein aussichtslos.[145] Die Exilregierung wiederum ließ man als opportunistische,[146] chauvinistische und imperialistische Clique[147] und deren weitere Bemühungen als wenig sinnhaft erscheinen.[148] Auch der ungeklärte Tod General Sikorskis war der „Südostpreußischen Tageszeitung" eine Meldung wert.[149]

Die Leser erfuhren zudem von der Gründung des Verbands der Polnischen Patrioten (*Związek Patriotów Polskich*) im Juni 1943 in der Sowjetunion unter der Führung der Kommunistin Wanda Wasilewska[150] und

[138] Südostpreußische Tageszeitung, 1944, Nr. 195.

[139] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 273.

[140] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 98, 110. Neuere Forschungen gehen von etwa 500.000 Polen aus, die infolge der sowjetischen Politik in den polnischen Ostgebieten ums Leben kamen: CZESŁAW ŁUCZAK, Szanse i trudności bilansu demograficznego Polski w latach 1939–1945, in: Dzieje Najnowsze 26 (1994), 2, S. 9–14.

[141] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 273.

[142] Ebd.

[143] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 55.

[144] Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 105.

[145] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 55, 107.

[146] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 20.

[147] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 92.

[148] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 20, 149, 272, 306.

[149] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 33, 100; 1944, Nr. 205.

[150] Südostpreußische Tageszeitung, 1944, Nr. 24.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

später des Polnischen Komitees für die Nationale Befreiung (*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego*), der „sowjetischen Regierungsattrappe" für Nachkriegspolen. Über all das wurde in der „Südostpreußischen Tageszeitung" – freilich entsprechend propagandistisch aufbereitet – berichtet.[151]

Eine wichtige Thematik war ab April 1943 die Aufklärung der sowjetischen Morde an polnischen Offizieren im Wald von Katyn und an anderen Orten im Frühjahr 1940. Die Berichte über die Ermordung der seit Jahren in der Sowjetunion vermissten internierten polnischen Kriegsgefangenen durch den NKWD gaben erstmals eine Antwort über deren Verbleib[152] und sollten den deutschen Lesern zugleich die brutalen Methoden der Sowjets illustrieren.[153] Die „Südostpreußische Tageszeitung" berichtete systematisch über die Entdeckung immer neuer Offiziersgräber,[154] oft illustriert mit Fotografien der Hinrichtungsorte,[155] und verwies auf das Schweigen der Alliierten.[156]

Als Versuch, die Polen für die deutsche Seite zu gewinnen, kann auch der Umgang der „Südostpreußischen Zeitung" mit dem Warschauer Aufstand (1944) und im weiteren Sinne mit dem polnischen Untergrund interpretiert werden. Die Aufständischen fielen demnach einem neuerlichen Betrug der Alliierten zum Opfer, indem ihnen die zugesagte Hilfe nie zuteilwurde und auch die Sowjets sie im Stich ließen.[157] Das „Dritte Reich" hingegen wurde als Befreier Polens präsentiert, der, zunächst in Gestalt des Generalgouvernements, die Unabhängigkeit des Landes von der Sowjetunion erst ermöglichte.

Neben Texten waren bildliche Darstellungen wichtige Übermittlungskanäle der NS-Propaganda in den Zeitungen. Sie sollten die von den Machthabern gewünschten politischen Inhalte den Lesern – meist Arbeitern, Handwerkern, Händlern oder Beamten – in vereinfachter und zugespitzter Weise nahe bringen.[158] Die häufigste Form der Abbildung in der

---

[151] Südostpreußische Tageszeitung, 1944, Nr. 176.

[152] Südostpreußische Tageszeitung 1943, Nr. 89.

[153] Als ein mögliches Mordmotiv präsentierte die „Südostpreußische Tageszeitung" die Habgier der Täter, da bei den Leichen weder Schmuck noch Uhren gefunden worden waren: Südostpreußische Tageszeitung, 1944, Nr. 92, 96, 98, 103.

[154] Südostpreußische Tageszeitung, 1944, Nr. 103.

[155] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 90–93.

[156] Südostpreußische Tageszeitung, 1943, Nr. 92, 95, 103; 1944, Nr. 109, 195.

[157] Südostpreußische Tageszeitung, 1944, Nr. 180, 189, 194, 197 f.

[158] WALERY PISAREK, Analiza zawartości prasy, Kraków 1983, S. 8 f.; TRZYNADLOWSKI, Edytorstwo, S. 105; Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 7.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Südostpreußischen Tageszeitung“ war die Fotografie, um die Glaubwürdigkeit und Authentizität des geschriebenen Wortes zu erhöhen[159] und einen dokumentarischen Charakter zu verleihen.[160] Die Aufnahmen stammten von Agenturen wie Weltbild-Wagenborg, Scherl-Bilderdienst oder Presse-Hoffmann Multiplet.[161] Ebenfalls als Ergänzung zum Text fungierten Landkarten, die vor allem die deutschen Gebietsgewinne und militärischen Erfolge veranschaulichten.[162]

Die im „Plocker Tageblatt“ bzw. in der „Südostpreußischen Tageszeitung“ abgebildeten, aus Berlin stammenden Karikaturen folgten hingegen einer anderer Logik. Die ebenso krasse wie bösartige Überzeichnung von Aussehen und Verhalten der Figuren sollte den Betrachter zum Lachen bringen, in erster Linie aber Abscheu hervorrufen. Meist wurde die beabsichtigte Interpretation in einem satirisch gehaltenen Begleittext noch einmal wiederholt. Gemeinsam ist den Karikaturen und Witzbildern, dass sie vorrangig die Feinde des „Dritten Reichs“ in ein unvorteilhaftes Licht rücken. Meist waren hochrangige ausländische Politiker wie Roosevelt, Churchill oder Stalin Ziel des Spotts und damit Teil der Kriegspropaganda wurde. Deutsche wurden nie karikiert, was die Makellosigkeit ihres Vorgehens unterstreichen sollte.

Fazit

Die deutschsprachigen Tageszeitungen „Plocker Tageblatt“ und „Südostpreußische Tageszeitung“, die von den ostpreußischen Behörden für die

[159] Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 247, 287; 1942, Nr. 248; 1944, Nr. 256.

[160] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 25.

[161] In den erhaltenen Exemplaren der Tageszeitungen wurde die Berichterstattung von lediglich zwei lokalen Ereignissen mit Fotomaterial ergänzt. Es handelt sich um die Ankunft der litauendeutschen Umsiedler auf dem Plocker Marktplatz im April 1941 sowie den Besuch von Gauleiter Koch und Robert Ley im Juli 1942. Außerdem wurden Landschaftsbilder und die Arbeit der Druckerei fotografisch festgehalten. Der Autor der Fotografien von 1941 ist Stadtinspektor Kurt H. F. Priebe, die Aufnahmen von 1942 stammen von Herbert R. Langkopf, dem Inhaber der Fotografiegeschäfts in der Burgstraße 1; Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 29, 39; Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 171 f.; 1942, Nr. 125, 138, 170. Die geringe Anzahl von Abbildungen aus dem lokalen Umfeld ist möglicherweise um Teil mit dem Fotografierverbot zu erklären, das am 10. April 1942 für alle wichtigen Anlagen und Grundstücke eingeführt wurde. Entscheidender erscheint jedoch das Fehlen einer entsprechenden technischen Ausstattung: Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 136.

[162] Plocker Tageblatt, 1941, Nr. 25 f.; Südostpreußische Tageszeitung, 1942, Nr. 143, 150, 283.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

südwestlichen Kreise des Regierungsbezirks Zichenau herausgegeben wurden, waren ein Teil des gleichgeschalteten Pressemarkts im nationalsozialistischen Deutschland. Der Pressesektor war eine wichtige Säule des vom ostpreußischen Gauleiter gelenkten Besatzungssystems im Regierungsbezirk und Teil des in der Erich-Koch-Stiftung zusammengefassten Wirtschaftsimperiums. Gestützt auf die Vorgaben und das Pressematerial des Deutschen Nachrichtenbüros in Berlin, fungierten die Plocker Tageszeitungen als Propagandakanal für die nationalsozialistischen Ideen zur Beeinflussung ihrer Leserschaft. Die Redakteure passten die Zeitungsinhalte den jeweiligen aktuellen Bedürfnissen des Herausgebers, der NSDAP, an. Unterstützt durch Bildmaterial, wurde die Propaganda nach strategischen Gesichtspunkten vorbereitet. Auf diese Weise wurden Interpretationen für Ereignisse geliefert und die wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Lage erläutert. Ziel war nicht die Aufklärung von Zusammenhängen und Hintergründen, sondern die unkritische Übernahme der Inhalte durch die Leser und deren Indoktrinierung im Sinne des Nationalsozialismus.[163] Die deutsche Presse in Plock funktionierte bis zum letzten Tag der Besatzung nahezu reibungslos.

Aus dem Polnischen übertragen von Christhardt Henschel

[163] EWA CYTOWSKA, Szkice z dziejów prasy pod okupacją niemiecką 1939–1945, Warszawa 1986, S. 8.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

LESZEK ZYGNER

DIE CHRISTLICHEN KIRCHEN IM REGIERUNGSBEZIRK ZICHENAU UNTER DEUTSCHER BESATZUNG*

Einführung

Die Eingliederung Nordmasowiens in das „Dritte Reich" und die Einrichtung des Regierungsbezirks Zichenau wirkte sich auch auf die Situation der dortigen christlichen Kirchen aus. Als zahlenmäßig größte Glaubensgemeinschaft, die bei Kriegsausbruch etwa 85 Prozent der Gesamtbevölkerung der vormaligen Wojewodschaft Warschau auf sich vereinigte, war die römisch-katholische Kirche die wichtigste kirchenpolitische Zielgruppe der deutschen Besatzungsbehörden.[1] Allerdings spielten die seit langem bestehenden protestantischen Gemeinden ebenso eine wichtige Rolle in der nationalsozialistischen Politik. Hier standen vor allem die örtlichen Pastoren der evangelisch-augsburgischen Kirche, deren Einstellung zu den Besatzern sehr unterschiedlich war, im Fokus.

Eine dritte Gemeinschaft, die in den Blick der Nationalsozialisten geriet, bildeten die Mariaviten. Die Wiege dieser besonderen religiösen Bewegung liegt in Nordmasowien, wo sie Anfang des 20. Jahrhunderts von der Ordensschwester Maria Franciszka Kozłowska begründet wurde. In der Zwischenkriegszeit hatte sich diese Gemeinschaft in die Katholische Kirche der Mariaviten mit Sitz in Felicjanów bei Bodzanów und die Altkatholische Kirche der Mariaviten mit Sitz in Plock (Płock) gespalten.

---

* Der vorliegende Text ist eine überarbeitete Fassung des Aufsatzes: LESZEK ZYGNER, Kościół katolicki i inne wyznania chrześcijańskie, in: Dzieje Mazowsza, Bd. 5: Lata 1939–1945, hg. v. ADAM KOSESKI, Pułtusk 2017, S. 377–445.

[1] JANUSZ MARIAŃSKI, Katolicy w strukturze wyznaniowej Polski, in: Kościół katolicki w Polsce 1918–1990. Rocznik statystyczny, hg. v. LUCJAN ADAMCZUK / WITOLD ZDANIEWICZ, Warszawa 1991, S. 37–56, hier S. 43; JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Życie polityczne, in: Dzieje Mazowsza, Bd. 4: Lata 1918–1939, hg. v. DEMS., Pułtusk 2010, S. 19–270, hier S. 22.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Für alle christlichen Konfessionen des Regierungsbezirks und der übrigen ins Reich eingegliederten Gebiete galt gleichermaßen, dass die Kirchenpolitik untrennbar mit der NS-Volkstumspolitik verbunden war.[2]

Im Folgenden sollen anhand der römisch-katholischen, evangelisch-augsburgischen und der mariavitischen Gemeinden die Grundzüge des Umgangs der deutschen Machthaber mit den christlichen Religionsgemeinschaften im Kontext der NS-Besatzung nachgezeichnet werden. Damit in Beziehung gesetzt werden Gestaltungsspielräume, Alltagspraktiken sowie die Anpassungs- und Widerstandsstrategien von regionalen Kirchenführern, Geistlichen und Gläubigen skizziert.

Die römisch-katholische Kirche

Beim Zuschnitt des Regierungsbezirks Zichenau wurde keine besondere Rücksicht auf bestehende Grenzen der katholischen Kirchenverwaltung genommen. Damit gelangten weite Teile der Diözese Plock (178 Pfarreien in den zwölf Dekanaten Ciechanów, Makow [Maków], Mlawa [Mława], Nasielsk, Plock, Plonsk [Płońsk], Praschnitz [Przasnysz], Pultusk [Pułtusk], Raciąż, Sierpc, Wyszogród und Żuromin), das zur Diözese Lomscha (Łomża) gehörende Dekanat Ostroleka (Ostrołęka) (zehn Pfarreien, ohne Czerwin, Kleczkowo, Piski und Troszyn) sowie zehn Pfarreien der Erzdiözese Warschau aus den Dekanaten Warschau-Land und Sochaczew (Brochów, Brzozów, Giżyce, Iłów, Kamion, Kazuń Polski, Leoncin, Łomna, Młodzieszyn und Nowy Dwór) zum Territorium des Regierungsbezirks Zichenau.[3] In einigen Orten, wie Pniewo, Popowo, Łomna oder Zegrze, durchschnitt die Grenze zwischen dem Regierungsbezirk und dem Generalgouvernement die Pfarrgemeinden. In diesen

[2] JAN SZILING, Polityka okupanta hitlerowskiego wobec Kościoła katolickiego 1939–1945. Tzw. Okręgi Rzeszy: Gdańsk – Prusy Zachodnie, Kraj Warty i Regencja Katowicka, Poznań 1970, S. 28.

[3] BOLESŁAW KUMOR, Granice diecezji płockiej, in: Studia Płockie 3 (1975), S. 45–58, hier S. 56 f.; WŁADYSŁAW LIS, Martyrologia duchowieństwa diecezji płockiej podczas II wojny światowej, in: Ebd., S. 377–399, hier S. 378 f.; MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, in: Życie religijne pod okupacją hitlerowską 1939–1945, hg. v. ZYGMUNT ZIELIŃSKI, Warszawa 1982 (hiernach: Życie religijne), S. 406–427, hier S. 406; JAN WYSOCKI, Archidiecezja warszawska, in: Życie religijne, S. 271–346, hier S. 277 f.; WITOLD JEMIELITY, Diecezja łomżyńska, in: Życie religijne w Polsce pod okupacją 1939–1945. Metropolie wileńska i lwowska, zakony, hg. v. ZYGMUNT ZIELIŃSKI, Katowice 1992 (hiernach: Życie religijne. Metropolie), S. 66–78, hier S. 67; Karte Ostdeutschland 1:800.000, hg. v. Reichsamt für Landesaufnahme, Berlin 1940.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fällen übernahmen Pfarrer aus den Nachbardekanaten die seelsorgerischen Aufgaben. Die Lage der katholischen Kirche wurde nicht nur durch die Zerschlagung ihrer gewachsenen Verwaltungsstrukturen erschwert, sondern auch durch den Umstand, dass die Nationalsozialisten das 1925 zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Polen geschlossene Konkordat mit dem Untergang des polnischen Staats als unwirksam betrachteten. Zugleich besaß das Konkordat mit dem Reich von 1933 für die eingegliederten Gebiete keine Gültigkeit. Somit standen die dortigen katholischen Gemeinden außerhalb jedweden rechtlichen Schutzschirmes und waren dem Handeln der Besatzungs- und Polizeibehörden sowie der Parteiorganisationen völlig ausgeliefert.[4]



Abb. 1: Blick weichselaufwärts auf die Mariä-Himmelfahrt-Kathedrale und Burg von Plock (undatiert, ca. 1940)

Die Leitung des auf dem Gebiet des Regierungsbezirks befindlichen Teils der Diözese Plock übte anfangs der Erzbischof und Ordinarius von Plock, Antoni Julian Nowowiejski, aus und wurde dabei von dem Hilfsbischof Leon Wetmański unterstützt. Beide residierten in der Stadt, wurden aber am 28. Februar 1940 im nahen Słupno interniert, von wo aus sie trotz

[4] ZYGMUNT ZIELIŃSKI, Religia w narodowosocjalistycznej koncepcji społeczeństwa, in: Życie religijne, S. 11–36, hier S. 28.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verschiedener Erschwernisse ihre Amtsgeschäfte weiterführten.[5] Seit dem 13. Oktober 1939 unterstanden ihnen auf Anweisung des Apostolischen Stuhls auch die dem Reich angegliederten Gebiete der Diözese Lomscha.[6] Nowowiejski wurde dort allerdings von Pfarrer Klemens Sawicki aus Myszyniec vertreten, da er über keine Möglichkeiten verfügte, die Jurisdiktion vor Ort direkt auszuüben. Die Apostolische Nuntiatur in Berlin ernannte Sawicki auf Anweisung des Vatikans folgerichtig am 7. Januar 1941 zum apostolischen Administrator.[7] Besonders schwierig war die Lage in den vormals zur Diözese Warschau gehörenden Gemeinden, deren Geistliche jeglichen Kontakt mit ihrem Bischof verloren hatten und formal nicht dem Bischof in Plock unterstanden.[8]

Am 10. März 1940 bestimmte Erzbischof Nowowiejski mit Bischof Wetmański, dem Prälaten Stanisław Figielski sowie dem Kanoniker Wacław Jezusek drei Stellvertreter für den Fall, dass ihm „die Ausführung der Verwaltung der Diözese unmöglich" werde.[9] Außerdem verfügte er, dass alle sich im Regierungsbezirk aufhaltenden Priesterschüler nach Abschluss des sechsten Studienjahres die Priesterweihe erhalten sollten. Drei Alumni aus Plock, die sich im Generalgouvernement aufhielten und sich nicht nach Słupno begeben konnten, erhielten ein erzbischöfliches Dimissoriale, das ihre Weihe im April 1940 in Kielce erlaubte.[10]

Als Nowowiejski und Wetmański im März 1941 in das Lager Soldau verschleppt wurden, übernahm wie festgelegt der Plocker Dekan Stanisław Figielski das Amt des Administrators der Diözese. Nach dem Tod der beiden Bischöfe im Verlauf des Jahres 1941 ernannte der Heilige Stuhl am 6. März 1942 Figielski zum Apostolischen Administrator *sede vacante ad nutum Sanctae Sedis* mit allen entsprechenden Befugnissen.[11] Auch Figielski blieb nicht von Haft verschont; er wurde vom 9. März bis zum 16. Mai 1944 im Gefängnis Plock wegen angeblicher politischer

[5] WACŁAW JEZUSEK, Męczeński koniec arcybiskupa Antoniego Juliana Nowowiejskiego, biskupa płockiego (1858–1941), Płock 2016, S. 9–11; FRANCISZEK STOPNIAK, Kościół w diecezji płockiej w latach II wojny światowej, in: Kościół katolicki na ziemiach Polski w czasie II wojny światowej 3 (1978), 2: Materiały i studia, S. 150–185, hier S. 172 f.

[6] KUMOR, Granice, S. 58.

[7] JEMIELITY, Diecezja, S. 67 f.

[8] WYSOCKI, Archidiecezja, S. 277.

[9] GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 409; KUMOR, Granice diecezji, S. 57 f.; LIS, Martyrologia, S. 380.

[10] JEZUSEK, Męczeński koniec, S. 11; LIS, Martyrologia, S. 395; GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 418.

[11] Ebd., S. 409; STOPNIAK, Kościół, S. 183.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Betätigung festgehalten. Nach seiner Freilassung konnte er in Plock bleiben, wo er das Ende der deutschen Besatzung erlebte.[12] Ende 1942 schlug der ermländische Bischof Maximilian Kaller dem Heiligen Stuhl vor, ihm die Verwaltung der Plocker Diözese zu übertragen.[13] Zwar wurde dies in Rom abgelehnt, doch betraute die Bischofskonferenz Kaller mit der Seelsorge der deutschen Katholiken im Regierungsbezirk.[14]

In Kallers Auftrag war Kaplan Paul Kewitsch im Regierungsbezirk unterwegs, der als Militärseelsorger unter anderem Ciechanów, Mlawa, Pultusk, Praschnitz, Modlin und Zegrze besuchte. Bei diesen Gelegenheiten kümmerte er sich quasi illegal um die geistlichen Belange der zivilen deutschen Katholiken, half aber auch im Rahmen seiner Möglichkeit seinen polnischen Priesterkollegen und berichtete seinem Bischof über die Lage des polnischen Klerus im Regierungsbezirk.[15] Offiziell durften keine katholischen Priester aus dem Reich in den Regierungsbezirk entsandt werden, da Gauleiter Erich Koch sich dem widersetzte.[16] Dahinter stand die Absicht, die Kirchenverwaltung wie auch die flächendeckende Seelsorge in allen eingegliederten Gebieten mittelfristig ganz abzuschaffen. Es ist schwer nachzuvollziehen, ob diese Maßnahmen Teil der NS-Kirchenpolitik oder Ausdruck von Erich Kochs Einstellung zur Kirche waren. Wie Paul Kewitsch überlieferte, war zudem

> „Reichs- und Volksdeutschen die Teilnahme an polnischen Gottesdiensten streng untersagt. Während die Militärseelsorge in diesem Gebiet noch einigermaßen funktionierte, bestand für die zivile deutsche Bevölkerung keinerlei seelsorgliche Betreuung [und] [ö]ffentliche *Gottesdienste* [...] durften [für sie] nicht stattfinden."[17]

---

[12] MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Martyrologium duchowieństwa diecezji płockiej w latach II wojny światowej 1939–1945, Włocławek / Płock 2002, S. 354.

[13] KUMOR, Granice, S. 58.

[14] HILARIUS BREITINGER, Als Deutschenseelsorger in Posen und im Warthegau 1934–1945. Erinnerungen, Mainz 1984, S. 134; STOPNIAK, Kościół, S. 185–187.

[15] STEFAN SAMERSKI, Priester im annektierten Polen. Die Seelsorge deutscher Geistlicher in den an das Deutsche Reich angeschlossenen polnischen Gebieten 1939–1945, Bonn 1997, S. 150–152; Materiały do dziejów diecezji płockiej z lat okupacji 1939–1945, hg. v. MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Płock 2005 (hiernach: Materiały do dziejów), S. 17.

[16] HANS-JÜRGEN KARP, Germanisierung oder Seelsorge? Zur Tätigkeit reichsdeutscher Priester in dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten Polens 1939–1945, in: Zeitschrift für Ostforschung 30 (1981), 1, S. 40–74, hier S. 65; SAMERSKI, Priester, S. 151.

[17] Ebd., S. 150.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Verhältnis der deutschen Besatzungsbehörden zur katholischen Kirche und deren Geistlichen gestaltete sich im Besatzungsalltag unterschiedlich und war von lokalen Faktoren abhängig. Relativ störungsfrei und sicher konnten die Pfarrer im Kreis Mlawa ihren Aufgaben nachgehen. Der dortige Landrat Paul Funk, ein Verwandter des Reichswirtschaftsministers Walther Funk, fand einen recht wohlwollenden Umgang mit den polnischen Geistlichen und Ordensschwestern. So war er etwa gemeinsam mit seiner Ehegattin, einer Katholikin, recht häufig Gast der Missionsschwestern von der Kongregation der Heiligen Familie aus Ratowo.[18] Noch nach dem Krieg berichteten Zeitzeugen, Funk habe sich dahingehend geäußert, dass keinem Priester Leid zugefügt werden solle, solange er in Mlawa sei.[19] Tatsächlich fanden während seiner Amtszeit keine Verhaftungen von Priestern statt, mit Ausnahme jener von Tadeusz Trzciński, der wegen eines Verstoßes gegen das Besatzungsrecht ein halbes Jahr lang inhaftiert war. Nach Funks Wechsel nach Zichenau verschlechterte sich die Situation der Kirche im Kreis Mlawa.

Ein ebenfalls gutes Verhältnis zu den polnischen Priestern fand der erste kommissarische Landrat von Plonsk, Dr. Hermann Conring, und dessen Nachfolger Ernst Speidel ließ ebenso keine übermäßige Feindschaft erkennen. Er trat nicht gegen den lokalen Klerus in Erscheinung, empfing Delegationen von Pfarrern, die sich um die Unterstützung der Militärverwaltung bemühten und gestattete polnische Gottesdienste und Predigten.[20] Unter Walther Moser hingegen, einem NSDAP-Mitglied, der das Amt 1940 übernahm, trat hier eine Veränderung ein. Im Rahmen der NS-Repressionen gegen polnische Geistliche und Angehörige der Intelligenzschicht ließ er mehr als zehn Priester und Ordensleute verhaften, von denen acht in den Lagern oder an anderen Orten ermordet wurden.[21]

In der Stadt Zichenau konnte man den Eindruck gewinnen, dass die Deutschen – abgesehen von der am 9. September 1939 erfolgten Verhaf-

[18] Materiały do dziejów, S. 138; GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 416.

[19] Ebd., S. 138.

[20] Ebd.

[21] Es handelte sich um die Pfarrer Stanisław Urbański aus Plonsk, Ludwik Łukaszewicz und Jan Kozłowski aus Daniszewo, Józef Jaśkiewicz aus Baboszewo sowie Antoni Więckowski, die Pater Czesław Franciszek Kozera und Cyryl Aleksander Dardziński aus Zakroczym und Pfarrer Józef Strojnowski aus Góra: Materiały do dziejów, S. 214–216; GRZYBOWSKI, Martyrologium, S. 112 f., 128 f., 164 f., 215–217, 240–242, 244–246; JÓZEF ŁASKI, Męczennicy zakroczymscy, in: Kapucyni w Zakroczymiu – 250 lat obecności. hg. v. TOMASZ PŁONKA, Sandomierz / Zakroczym 2008, S. 163–174.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tung des später in Soldau ermordeten Vikars Antoni Kurach[22] – die Geistlichen nicht gezielt schikanierten. Ihre Situation war damit bedeutend besser als in den umliegenden Dörfern, wo die Gemeindepfarrer allein auf das Wohlwollen der Amtskommissare angewiesen waren.[23] Auf besondere Nachsicht konnten die polnischen Geistlichen dennoch nicht hoffen. Dies erfuhr selbst der siebzigjährige Dekan von Ciechanów, Wincenty Chabowski. Er wurde am 3. Juni 1941 von der Gestapo festgesetzt, da während der Beisetzung von Zuzanna Kalinowska, einem Mitglied der katholischen Gemeinde und des Rosenkranzkreises, eine Kirchenfahne mit polnischen nationalen Symbolen getragen wurde. Nach seiner zeitweisen Freilassung wurde Chabowski am 10. Juni erneut verhaftet und nach Plonsk gebracht, von wo aus er zunächst in das Lager Soldau (Działdowo) und anschließend in das Konzentrationslager Dachau verschleppt wurde.[24]

Wie viele andere in diesem Lager festgehaltene polnische und tschechische Geistliche starb er am 4. Mai 1942 in der „Euthanasie"-Tötungsanstalt Schloss Hartheim bei Linz durch Gas.[25] Ähnliche Dinge wie Chabowski wurden dem Pfarrer Józef Kącki vorgeworfen, dem Administratoren der Gemeinde in Kroczewo im Dekanat Plonsk, der im Februar 1943 verhaftet und ebenfalls nach Dachau deportiert wurde.[26] Nicht minder konsequent versuchten die Besatzungsbehörden die nationalsozialistische Volkstums- und Kirchenpolitik im Dekanat Plock umzusetzen, wo die katholischen Geistlichen unter besonders schwierigen Bedingungen arbeiteten. Nachdem die Deutschen in der Stadt die Kathedrale, die Johannes dem Täufer geweihte Kirche des Priesterseminars und die Salesianerkirche des Hl. Stanisław Kostka besetzt hielten, stand lediglich die Pfarrkirche für Messdienste zur Verfügung. Die dortige Gemeinde leiteten Dekan Figielski und dessen Vikar Seweryn Wyczałkowski.[27]

---

[22] GRZYBOWSKI, Martyrologium, S. 140; MARIA WARDZYŃSKA, Był rok 1939. Operacja niemieckiej policji bezpieczeństwa w Polsce. Intelligenzaktion, Warszawa 2009, S. 228.

[23] Materiały do dziejów, S. 18.

[24] Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken, Warschau] (hiernach: AIPN), GK 629/343, Ermittlungsakte im Fall des Priesters Wincenty Chabowski [1941–1942]; Kronika rzymsko-katolickiej parafii Klukowo 1939–1947, hg. v. MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Płock 2007, S. 151.

[25] AIPN, Einstellung des Verfahrens durch den Staatsanwalt der Kommission zur Verfolgung der Verbrechen gegen das Polnische Volk, 30. Dezember 2015, Sign. S21/14/Zn, S. 16, https://ipn.gov.pl/download/1/22229/file.file (Zugriff: 28. Januar 2021).

[26] Materiały do dziejów, S. 215; GRZYBOWSKI, Martyrologium, S. 303.

[27] Ausführlicher dazu: MIROSŁAW R. KRAJEWSKI, Płock w okresie okupacji 1939–1945, Płock / Włocławek 2001, S. 72 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die übrigen Geistlichen wurden aus Plock und den umliegenden Ortschaften deportiert und deren Kirchen geschlossen. Davon betroffen waren unter anderem Biała, Bonisław, Brwilno, Ciachcin, Proboszczewice, Sikórz, Słupno, Staroźreby und Zagroba.[28] Das Dekanat Plock verzeichnete zudem die höchsten personellen Verluste im Regierungsbezirk, die geringsten das Dekanat Żuromin.[29] Auch für die Dekanate Praschnitz,[30] Lomscha,[31] Ostroleka[32] und die auf Zichenauer Gebiet liegen

[28] GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 415 f.; Materiały do dziejów, S. 200–212.

[29] LIS, Martyrologia, S. 390. Aus der Stadt Plock wurden ermordet: Erzbischof Antoni Julian Nowowiejski, Bischof Leon Wetmański, der Rektor des Priesterseminars Franciszek Klimkiewicz, dessen stellvetretender Rektor Tadeusz Dublewski, die Professoren des Seminars Józef Michalak, Jan Szydłowski und Adam Zalewski, der Rektor der Seminarkirche Antoni Kuśnierczyk, die Emeriti Piotr Dmochowski, Adolf Modzelewski und Józef Rościszewski, der Präfekt des Staatlichen Mädchengymnasiums Plock Bronisław Artke, der Gemeindevikar der Bartholomäus-Gemeinde Wawrzyniec Foks, der Kaplan des Spitals zur Hl. Dreifaltigkeit Leon Kulasiński, der im Mariavitenkloster Plock residierende Leon Mossakowski sowie die Salesianer Tadeusz Kaliszka, Jan Kurdziel, Emil Łuczeczko, Wojciech Pływaczyk und Stanisław Stępkowski aus der Gemeinde des Hl. Stanisław Kostka. MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Kościół katolicki w Płocku w latach 1793–2003, Płock 2004, S. 90–93; KRAJEWSKI, Płock, S. 100; WARDZYŃSKA, Był rok 1939, S. 230, 233. Zum Tod der Plocker Bischöfe im Lager Soldau zuletzt RADOSŁAW WIŚNIEWSKI, Wielofunkcyjny niemiecki obóz Soldau 1939–1945. Próba całościowego ujęcia, Działdowo 2021, S. 242–256. Außerhalb von Plock wurden im Dekanat ermordet: Pfarrer Jan Krogulecki aus Biała, der Kaplan der Magdalenerinnen in Biała Piotr Trojańczyk, die Pfarrer Antoni Rakowski aus Bielsk, Julian Przygódzki aus Bonisław, Stanisław Kobyliński aus Brwilno, Eugeniusz Wiśniewski aus Ciachcin, Władysław Skierkowski aus Imielnica, Aleksander Broszkiewicz aus Miszewko Strzałkowskie, Franciszek Giergielewicz aus Radziwie, Józef Ogrodowicz aus Radzanów, Józef Sobociński aus Sikórz, Stanisław Nasiłowski aus Słupno, Stefan Caban aus Słupno, Jan Zawidzki aus Staroźreby, Longin Wiśniewski aus Woźniki sowie Bolesław Skarżyński aus Zagroba. Materiały do dziejów, S. 202–212; GRZYBOWSKI, Martyrologium, S. 46, 55 f., 228 f., 253 f.; WARDZYŃSKA, Był rok 1939, S. 234.

[30] Pfarrer Jan Trzaskoma aus Baranowo, Andrzej Krysiak aus Dzierzgowo, Władysław Biały aus Janowo und sieben Passionisten aus Praschnitz (Mieczysław Bugaj, Stefan Pajewski, Jan Rosiński, Eugeniusz Załoga, Franciszek Glinka, Stefan Kuskowski und Makary Siwowski). Materiały do dziejów, S. 229 f., 233 f.; WARDZYŃSKA, Był rok 1939, S. 228; MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Obóz hitlerowski w Działdowie w latach 1939–1945, in: Studia Płockie 32 (2004), S. 193–204, hier S. 203 f.; MARIAN OFIARA, Obóz koncentracyjny Soldau. Przyczynek do monografii, in: Ateneum Kapłańskie 164 (2015), 2, S. 356–365, hier S. 365; JANUSZ PIWOWAR, Niemiecki obóz w Działdowie (Soldau) w świetle zachowanych akt niemieckiej Tajnej Policji Państwowej w Ciechanowie / Płocku, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. MARCIN PRZEGIĘTKA, Bd. 3, Warszawa 2019, S. 185–204, hier S. 192.

[31] Zwischen dem 6. und 9. April 1940 wurden folgende Geistliche verhaftet: Adam Bargielski, Vikar in Myszyniec, Stanisław Chełchowski, Vikar in Ostroleka, Pfarrer Antoni Gerwel aus Kadzidło, Franciszek Klimek aus Czarna, Henryk Podbielski, Vikar in Myszyniec, sowie Edmund Walter, der Pfarrer und Dekan von Ostroleka. Sie alle wurden anfangs

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Gemeinden der Diözese Warschau sind die Namen zahlreicher verhafteter und getöteter Priester dokumentiert.[33] Neben personellen hatte die römisch-katholische Kirche im Regierungsbezirk Zichenau auch materielle Verluste zu beklagen. In Plock raubten die Deutschen 1939–1941 zahlreiche Kirchengüter, kulturell nicht selten von nationaler Bedeutung, aus. Das Diözesanmuseum war gleichfalls davon betroffen, wie auch kostbare Gegenstände aus dem Domschatz. So wurden beispielsweise während der Evakuation der Stadt im Jahr 1945 der berühmte Kelch mit Patene des masowischen Herzogs Konrad I. aus dem 13. Jahrhundert sowie das Reliquiar des Hl. Sigismund in Form einer Herme aus dem 14. Jahrhundert nach Deutschland transportiert, wo sie bis zum Kriegsende überdauerten.[34]

Bereits in der ersten Phase der Besatzung erregte am 9. Dezember 1939 die Übernahme des Gebäudes des Höheren und Niederen Priesterseminars durch SS-Einheiten großes Aufsehen. An diesem Tag mussten alle

---

im Gefängnis in Ostroleka festgehalten und dann in das KL Dachau deportiert, deren Befreiung lediglich Chełchowski und Podbielski miterlebten. JEMIELITY, Diecezja, S. 68; ZOFIA NIEDZIAŁKOWSKA, Ostrołęka. Dzieje miasta, Warszawa 1979, S. 263; STANISŁAW PAJKA, O księżach z parafii kurpiowskich zamordowanych w obozach hitlerowskich, in: Zeszyty Naukowe Ostrołęckiego Towarzystwa Naukowego 8 (1994), S. 281–289, hier S. 281–284, 287 f.; WIKTOR JACEWICZ / JAN WOŚ, Kościół katolicki na ziemiach polskich, Bd. 4: Martyrologium polskiego duchowieństwa rzymskokatolickiego pod okupacją hitlerowską w latach 1939–1945, H. 2: Wykaz duchownych zmarłych, zamordowanych lub represjonowanych przez okupanta w diecezjach: chełmińskiej, częstochowskiej, łomżyńskiej, łódzkiej i płockiej oraz archidiecezji warszawskiej, Warszawa 1977, S. 174 f., 177 f., 185, 197.

[32] Am 8. Dezember 1940 wurde Jan Krzemiński, Schulpräfekt in Ostroleka, verhaftet und starb später im Lager Soldau. NIEDZIAŁKOWSKA, Ostrołęka, S. 277; PAJKA, O księżach, S. 285; JACEWICZ / WOŚ, Kościół katolicki, S. 179; GRZYBOWSKI, Obóz hitlerowski, S. 200; OFIARA, Obóz koncentracyjny, S. 364.

[33] Am 11. März 1941 wurden verhaftet: die Pfarrer Włodzimierz Błoński aus Brzozów, Józef Molak aus Iłów, Franciszek Ruszkowski aus Kamion, Jan Szczepański aus Giżyce und der Vikar Kazimierz Żołędziowski aus Młodzieszyn. Zunächst wurden die Pfarrer im Gefängnis Plock festgehalten und anschließend gemeinsam mit Geistlichen aus der Diözese Plock nach Soldau gebracht, wo alle ums Leben kamen. Ihre Heimatkirchen wurden größtenteils geschlossen. WYSOCKI, Archidiecezja, S. 278.

[34] WALDEMAR GRACZYK, Najważniejsze skarby kultury narodowej w Płocku, in: Studia Płockie 31 (2003), S. 165–176, hier S. 167 f.; ZDZISŁAW PIECHNA, Historia powrotu relikwiarza św. Zygmunta i kielicha Konrada do Płocka, in: Studia Płockie 10 (1982), S. 233–242. Den Abtransport der erwähnten Kulturgüter aus Plock und ihre Rückkehr beleuchtete zuletzt RYSZARD KNAPIŃSKI, Kulisy odnalezienia sakraliów katedry płockiej, in: Dyscyplina rozumu i uczciwość serca. Ks. Ireneusza Mroczkowskiego (1949–2020) sposób uprawiania teologii moralnej, Lublin 2020, S. 355–365.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Professoren und Kleriker das Seminargebäude verlassen, während Möbel, Bettwäsche, Kleidung und andere in deren Zimmern zurückgebliebenen Gegenstände requiriert wurden. Ein Großteil der Bücherbestände der Professoren und ein Teil der Seminarbibliothek wurden zerstört und auf dem Hof des Seminars verbrannt.[35] Die wertvollsten Bestände der Bibliothek und des Diözesanarchivs, insgesamt rund 50.000 Bände, 100 mittelalterliche Handschriften und rund 300 Inkunabeln, wurden 1941 nach Königsberg abtransportiert.[36]

Die Mehrzahl der damals geraubten Handschriften ist bis heute nicht nach Plock zurückgekehrt. Lediglich die Plocker Bibel aus dem 12. Jahrhundert wurde 1979 aus dem Bestand der Universitätsbibliothek Göttingen zurückgegeben.[37] Gleiches gilt auch für das romanische Plocker Ponti-

[35] MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, W pięćdziesiątą rocznicę zajęcia gmachów Seminarium Duchownego w Płocku przez oddziały niemieckie 9 XII 1939 – 9 XII 1989, in: Miesięcznik Pasterski Płocki, 1990, Nr. 5, S. 179–184.

[36] STANISŁAWA SAWICKA, Straty wojenne zbiorów polskich w dziedzinie rękopisów iluminowanych, Warszawa 1952, S. 43; LIS, Martyrologia, S. 396–397; MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Mądrość zbudowała sobie dom. 75-lecie Biblioteki Wyższego Seminarium Duchownego w Płocku 1928–2003, Płock 2004, S. 37 f.; GRACZYK, Najważniejsze skarby, S. 171 f.; KRAJEWSKI, Płock, S. 156 f.; WŁODZIMIERZ KALICKI / MONIKA KUHNKE, Sztuka zagrabiona. Uprowadzenie Madonny, Warszawa 2014, S. 197–219; ELŻBIETA SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach lokalnej prasy NSDAP 1939–1945, Płock 2015, S. 261–263; HENRYK SEWERYNIAK, Mundi conditor, luminis auctor, syderum fabricator. Hermeneutyka teologiczna Pontificale Plocense I, XII/XIII, in: Studia nad Pontificale Plocense I, XII–XIII w., Bd. 3, hg. v. DEMS. / WERONIKA LISZEWSKA, Pelplin 2020, S. 15–20. Einige Autoren geben fälschlicherweise das Jahr 1940 als Datum des Transports der Plocker Handschriften nach Königsberg an. Wie der Lokalpresse zu entnehmen ist, erfolgte dieser erst Ende August 1941; Schröttersburg – Fundstätte alter deutscher Kulturdokumente, in: Südostpreußische Tageszeitung, 1941, Nr. 201.

[37] Die Rückgabe der Plocker Bibel ist in hohem Maße Mitarbeitern der Georg-August-Universität in Göttingen zu verdanken, vor allem aber ihrem Rektor Prof. Dr. Hans-Jürgen Beug. Dieser schrieb am 31. August 1978 an die Politische Abteilung im Auswärtigen Amt: „Der Universität Göttingen ist sehr daran gelegen, daß die Plozker Bibel nunmehr so bald wie möglich wieder in den Besitz der Diözese Plozk kommt. Falls die Erkundigungen des Auswärtigen Amtes bzw. der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau ergeben, daß eine Rückgabe der Bibel an den Bischof von Plozk gewährleistet ist, sollte m. E. ein Vertreter der Universität Göttingen (möglichst der Rektor oder sein Vertreter) die Bibel in Warschau oder Plozk übergeben."; Kopie des Schreibens in: RYSZARD KNAPIŃSKI, Iluminacje romańskie Biblii Płockiej, Lublin 1992, S. 244. Beug, mittlerweile Konrektor der Universität, übergab die wertvolle Handschrift dem damaligen Plocker Bischof Bogdan Sikorski schließlich am 13. September 1978; Vertraulicher Aktenvermerk über den Besuch des Herrn Konrektors in Warschau und Plock vom 12.–15. September 1978 (Kopie), in: KNAPIŃSKI, Iluminacje romańskie, S. 245–249; DERS., Kulisy, S. 368; KALICKI / KUHNKE, Sztuka zagrabiona, S. 215–219.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fikale, das in den 1970er Jahren in die Bayerische Staatsbibliothek gelangte und von dort aus im Jahr 2015 restitutiert wurde.[38]

Eine besonders schwierige Situation entwickelte sich im Dekanat Praschnitz. Wegen des Baus des Truppenübungsplatz Mielau wurden dort 1940–1941 die Bewohner vieler Dörfer, die zu den Gemeinden Chorzele, Duczymin, Dzierzgowo, Grudusk, Janowo, Krzynowłoga Mała, Krzynowłoga Wielka, Pawłowo und Węgra gehörten, von ihren Wohnorten vertrieben. Gemeinsam mit den Dorfbewohnern wurden auch die Pfarrer ausgesiedelt. Die Kirchen wurden geschlossen oder anderweitig genutzt, wie in Duczymin, Dzierzgowo, Janowo, Krzynowłoga Mała, Pawłowo, Praschnitz, Węgra und Zaręby.[39] Die Kirche in Bogate diente für mehr als einen Monat als Unterkunft für Vertriebene aus dem Kreis Makow.[40]

Beginnend im Jahr 1940 wurden diverse Verwaltungsvorschriften erlassen, die das normale Funktionieren der Gemeinden im Regierungsbezirk einschränkten. Die Pfarrer durften Gottesdienste nur noch in den Kirchen abhalten, Kranke besuchen und Bestattungen – in einigen Gemeinden ohne Kreuz und Fahnen – durchführen. In mehreren Kreisen durften die Priester nicht predigen, und die Gottesdienste wurden nur zu bestimmten Tageszeiten erlaubt.[41]

Direkte Konsequenzen hatte zudem das am 27. Januar 1940 verfügte Heiratsverbot zwischen Polen und Deutschen, dem am 1. Oktober 1941 ein Verbot der Erteilung des Ehesakraments durch Polen folgte. Danach konnte eine gültige Eheschließung nur noch nach Genehmigung der deutschen Besatzungsbehörden durch einen deutschen Standesbeamten vollzogen werden. Seit 1943 galt zudem eine Altersuntergrenze (für Frauen 25 und für Männer 28 Jahre), die dazu führte, dass viele junge Paare ohne kirchliche Trauung zusammenlebten.[42] Erst im Frühjahr 1944 waren kirchliche Trauungen für Polen wieder erlaubt; allerdings musste ihnen

[38] Pontyfikał. Odzyskana perła płockiego średniowiecza, hg. v. DARIUSZ MAJEWSKI, Płock 2016; SEWERYNIAK, Mundi conditor, S. 15 f. Die feierliche Übergabe an den Plocker Bischof Piotr Libera erfolgte im Sitz des Außenministeriums in Warschau durch den Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Ludwig Spaenle.

[39] GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 415.

[40] Materiały do dziejów, S. 230.

[41] GRZYBOWSKI, Diecezja płocka; WYSOCKI, Archidiecezja, S. 278; JEMIELITY, Diecezja, S. 72.

[42] BOŻENA GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989, S. 54 f.; JEMIELITY, Diecezja, S. 70.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eine standesamtliche Eheschließung vorausgehen.[43] Nicht alle Geistlichen hielten sich an die Vorschriften der Besatzer. In der Diözese Plock wurden in rund 40 Pfarrgemeinden über die gesamte Kriegszeit hinweg Predigten gehalten. In 44 Gemeinden lehrten Pfarrer, Ordensschwestern, Organisten oder Laien den Kindern in organisierten Gruppen den kleinen und großen Katechismus.[44] Des Weiteren wurde das Verbot, polnische Brautpaare einzusegnen, trotz drohender Strafen vielfach umgangen. In Sieluń im Dekanat Makow fanden 102 Trauungen statt, und in Ciemniewko (Dekanat Ciechanów) segnete Pfarrer Józef Kulesza 50 Paare ein. In Lipowiec Kościelny erteilte der dortige Pfarrer Marian Borkowski etwa 50 Paaren das Ehesakrament.[45] Für die Jahre 1941 bis 1943 kam es auf diese Weise sogar zu einem Anstieg der Eheschließungen von Polen.[46]

Das Verbot kirchlicher Prozessionen und Versammlungen außerhalb der Kirchen an Festtagen wurde ebenfalls nicht von allen Geistlichen eingehalten. Fronleichnamsprozessionen fanden beispielsweise in Sieluń, Zaręby, Żurominek und Staroźreby statt, die dann die Verhaftungen der verantwortlichen Pfarrer nach sich zogen.[47] Einer von ihnen war Bronisław Lutyński, der im Jahr 1941 die Fronleichnamsprozession mit zahlreichen Gläubigern aus den Nachbargemeinden in Staroźreby leitete, und anschließend festgenommen wurde.[48] Die Besatzungsbehörden und Volksdeutschen versuchten die Gläubigen vom Gottesdienst- und Kirchenbesuch durch Drohungen abzuhalten.

Am 2. November 1941 stürmten in Mlawa bewaffnete deutsche Gendarmen die Messe zu Allerseelen und trieben die Gemeinde unter Schreien aus der Kirche. Sie forderten Vikar Władysław Celmerowski auf, die Messe abzubrechen, was dieser verweigerte.[49] 1942 trieben die Deutschen in Góra im Dekanat Plonsk die Gemeinde während der Fronleichnamsmesse auseinander, weil die Gläubigen nicht zu Straßenbauarbeiten angetreten waren.[50]

---

[43] GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 417 f.

[44] Ebd., S. 416 f., 420.

[45] Materiały do dziejów, S. 143.

[46] GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne, S. 55.

[47] GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 418.

[48] Materiały do dziejów, S. 210.

[49] Ebd., S. 145.

[50] Ebd., S. 221.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mancherorts wurden nach den Messen Razzien veranstaltet und besonders junge Leute zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt.[51] Dies war ein Grund dafür, dass die heranwachsende Jugend Messen und Gottesdienste nur ungern besuchte. In einem Bericht aus dem Dekanat Pultusk ist zu lesen, wie sich die Unsicherheit auf den sonntäglichen Kirchenbesuch auswirkte: „Die Zwangsarbeit am Sonntag sowie die Ausweiskontrollen nach den Gottesdiensten erschwerten den Gläubigen die Teilnahme an den Gottesdiensten. Viele kamen deshalb nicht in die Kirche, saßen zu Hause, spielten Karten und tranken Selbstgebrannten."[52] Im Winter 1942/43 nahmen die Deutschen in einigen Dutzend Orten den Kirchgängern die Pelze ab, als sie den Gottesdienst verließen. Diese Aktion wurde in Ciechanów, Praschnitz, Krzynowłoga Wielka, Strzegocin,[53] Plock und vielen anderen Orten durchgeführt.[54]

Die Schwierigkeit, unter den Bedingungen der Besatzung religiöse Praktiken auszuleben, hatte auch eine positive Dimension. Sie ließ die Gläubigen näher zusammenrücken und gemeinsame Gebete und Gottesdienste organisieren, etwa die beliebten Maigottesdienste, die mancherorts in ausreichender Entfernung von Gendarmerieposten und den Wohnhäusern der deutscher Kolonisten in Privaträumen, an Wegkreuzen oder Bildstöcken gefeiert wurden.[55] Da die Katechese nun zu Hause stattfinden musste, erfuhr das religiöse Leben in den Familien eine Belebung. Die Rosenkranzgebete im Oktober fanden jeweils in einem zuvor ausgewählten Haus statt. Neben dem gemeinschaftlichen Gebet fanden die Menschen dabei die Möglichkeit zum Austausch verschiedenster Informationen und zu politischen Diskussionen. In vielen Erinnerungen von Zeitzeugen wird von Personen berichtet, die aus den geschlossenen Kirchen unter Lebensgefahr das Altarssakrament herausholten, um dieses vor der Entweihung zu bewahren.[56]

In Gemeinden, die zwar bereits ohne Pfarrer waren, deren Kirche aber noch nicht geschlossen war, veranstalteten die Gemeindeglieder selbständig Gottesdienste.[57] In Sikórz bei Plock übernahm 1941, nach der

[51] Ebd., S. 281, 320.

[52] Ebd., S. 253.

[53] Ebd., S. 17, 192, 236, 243.

[54] KRAJEWSKI, Płock, S. 161; ZBIGNIEW PTASIEWICZ, Regierungsbezirk Zichenau. Rejencja ciechanowska 1939–1945, Ciechanów 2012, S. 165.

[55] GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 418.

[56] Ebd., S. 419; Materiały do dziejów, S. 204, 219, 357.

[57] GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 418.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verhaftung des Gemeindepfarrers Józef Sobociński, der Organist Rafał Banasiak die gottesdienstlichen Lesungen und arrangierte wenn möglich die Anreise von Pfarrer Bronisław Lutyński aus Plock, damit die Messen liturgisch einwandfrei abgehalten werden konnten.[58]

Ein interessantes Phänomen war auch die wachsende Bereitschaft von Geistlichen und Laien, anderen unter Lebensgefahr Hilfe zu leisten.[59] In Plock wurde seit dem Herbst 1939 Hilfe für die polnischen Kriegsgefangenen geleistet, vor allem von den Schwesterorden der Passionistinnen und Magdalenerinnen. An der Bartholomäuskirche sorgten Pfarrer Stanisław Figielski und Wanda Grabowska, eine Mitarbeiterin des Plocker Gerichts, für 30 Familien aus der Stadt und Umgebung, darunter auch für Häftlinge der Arbeitslager Drobin und Radziwie.[60] Als die Gestapo darauf aufmerksam wurde, bezahlten beide ihr Engagement mit ihrer Festnahme wegen politischer Betätigung.

Um die inhaftierten Priester aus Plock kümmerten sich die Pfarrer Wincenty Helenowski aus Czermno und Bronisław Lutyński aus Plock. Genowefa Ufniarz, die Haushälterin des Präfekten von Rypin mit deutschen Wurzeln, nutzte ihre Bekanntschaft mit einflussreichen Deutschen und organisierte Hilfe für die inhaftierten Geistlichen in Rypin und im Kloster Obory.[61] In der Gemeinde Woźniki entwickelte Pfarrer Longin Wiśniewski karitative Aktivitäten, was letztlich zu seiner Verhaftung und Ermordung führte.[62] Ähnliche Anstrengungen unternahm Pfarrer Ignacy Krajewski aus der Gemeinde Mlawa-Wólka.[63] Neben Hilfsleistungen für Gemeindeglieder unterstützte er auch Juden aus dem örtlichen Ghetto, die 1941 auf Befehl der Besatzer am Abriss der Gemeindekirche mitwirken mussten.[64] Auch andere Geistliche ließen Juden Hilfe zukommen, darunter Władysław Maron (Mlawa), Władysław Celmerowski (Mlawa), Tadeusz Trzciński (Mlawa), Leonard Perkowski (Mlawa-Wólka), Mieczysław Wawrzyniec Bugaj (Praschnitz), Tadeusz Jagodziński (Radzanów),

[58] Materiały do dziejów, S. 208.

[59] GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 420 f.; JEMIELITY, Diecezja, S. 75; WYSOCKI, Archidiecezja, S. 335–345.

[60] GRZYBOWSKI, Diecezja płocka, S. 420 f.

[61] Ebd., S. 422; ANTONI WITKOWSKI, Gehenna rypińska, in: Katalog zbrodni – ziemia dobrzyńska, hg. v. ANDRZEJ SZALKOWSKI, Rypin 2010, S. 269–331, hier S. 285 f., 289.

[62] GRZYBOWSKI, Martyrologium, S. 254.

[63] Materiały do dziejów, S. 148.

[64] RYSZARD JUSZKIEWICZ, Losy Żydów mławskich w okresie II-ej wojny światowej, Mława 1994, S. 120.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tadeusz Kamiński (Czernice Borowe) und Henryk Jóźwik (Nowy Dwór).[65]

Die evangelisch-augsburgische Kirche

Die zweitgrößte Konfession in Nordmasowien bildeten die Protestanten. Unter ihnen dominierte die evangelisch-augsburgische Kirche, auf die sich die folgende Darstellung beschränkt. Nach Kriegsausbruch stieg die Anzahl der Protestanten, auch durch den Zuzug baltendeutscher Umsiedler. Gleichzeitig nahm die Zahl polnischer Protestanten stets ab, nicht zuletzt durch deren teilweise Aufnahme in die Deutsche Volksliste. Sie waren zudem ständig wachsenden Repressionen vonseiten der deutschen Besatzungsbehörden und der innerkirchlichen Unterstützer der Germanisierungspolitik ausgesetzt. In deren Zuge war seit 1940 die Verwendung des Deutschen in allen evangelischen Gottesdiensten, im Schulunterricht und den Gemeindekanzleien obligatorisch. Kirchliche Trauungen deutsch-polnischer Paare ohne die Zustimmung deutscher Ämter wurden untersagt.[66] Die Pastoren wurden verpflichtet, sämtliche polnischsprachige Auf- und Inschriften auf den Kirchentüren und in den Kirchengebäuden zu entfernen.[67] Die Besatzungspresse bezeichnete die evangelischen Kirchen gelegentlich sogar als „evangelisch-nationalsozialistisch".[68] Die evangelisch-augsburgischen Gemeinden im Regierungsbezirk Zichenau unterstanden dem Konsistorium Königsberg.

Es wurde zugleich eine lutherische Diözese in Plock eingerichtet, der die Gemeinden in Mlawa, Praschnitz, Pultusk mit Filialgemeinden in Makow und Ostroleka, Nasielsk mit Sitz in Konary, Nowy Dwór Mazowiecki, Sierpc, Lipiny-Wola Młocka, Siemiątkowo, Plock, Wyszogród mit Filialgemeinde in Plonsk, Iłów und Secymin umfasste. Mit den Gemeinden Wiżajny und Suwałki (mit deren Filialgemeinde Sejny) schloss er auch zwei Orte im Regierungsbezirk Gumbinnen ein.[69]

---

[65] JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Społeczność żydowska Mazowsza w XIX–XX wieku, Pułtusk 2005, S. 491 f.

[66] TOMASZ CYBULSKI, Parafia ewangelicko-augsburska w Płocku od 1804 do 1956 roku, Toruń 2011, S. 165.

[67] RYSZARD JUSZKIEWICZ, Mławskie Mazowsze w walce (1939–1945), Warszawa 1968, S. 150 f.

[68] SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach, S. 236.

[69] CYBULSKI, Parafia, S. 153 f.; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach, S. 234.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



Abb. 2: Evangelische Kirche und ehemaliges Dominikanerkloster in Plock (undatiert, ca. 1940)



Abb. 3: Zwangsarbeiterinnen bei der Gestaltung des Steilufers der Weichsel in Plock (undatiert, ca. 1940)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Als verantwortlichen Beamten für die neue Diözese setzte das Konsistorium Pastor Kurt Sulimma ein, während Hans Rüter zum Superintendenten von Plock ernannt wurde. Nach dessen Tod 1941 übernahm Oskar Ernst Ludwig Foellmer dieses Amt.[70] Die lutherische Diözese Plock verzeichnete bis 1943 einen spürbaren Zuwachs an Gläubigen, der vor allem auf die Ansiedler aus dem östlichen Europa zurückzuführen war. Für sie wurden in Praschnitz zwei lutherische Gemeinden gegründet, eine Kirche in Pultusk sowie ein Gemeindehaus in Lipiny-Wola Młocka neu errichtet.[71] Angesichts der wachsenden Zahl von Aufgaben wurde für die Militärseelsorge Pastor Edmund Maruschat aus Kaunas in den Regierungsbezirk versetzt, wo er die Wehrmachtseinheiten in Plock, Sierpc, Nowy Dwór und Ostroleka betreute.[72]

Unter dem Druck der NS-Kirchenpolitik in den eingegliederten Gebieten, aber auch aufgrund eigener Überzeugungen schloss sich etwa ein Viertel der über 100 evangelischen Pfarrer Vorkriegspolens den Deutschen Christen an.[73] An ihrer Spitze stand Woldemar Ernst Krusche, ein Pastor aus Rypin, ein überzeugter Anhänger der NS-Ideologie.[74] Er war ein führendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Pastoren und übernahm nach der Verhaftung des Bischofs Julian Bursche die evangelisch-augsburgische Gemeinde in Warschau sowie die Leitung der evangelischen Kirche im Generalgouvernement.

In ganz Polen wurden insgesamt 67 Pastoren abgesetzt, 40 inhaftiert – 30 davon in Konzentrationslagern, wo die Hälfte von ihnen starb.[75] Neben Bischof Bursche gehörte auch Robert Nitschman, der Pfarrer von Nowy Dwór Mazowiecki, zu den Opfern der NS-Politik. Er wurde am 15. November 1939 verhaftet und in das Konzentrationslager Oranienburg-Sachsenhausen verschleppt, wo er am 23. Juni 1940 umkam. Ein ähnliches Schicksal teilte Pfarrer Zygmunt Gutsch aus Iłów, der in So-

[70] CYBULSKI, Parafia, S. 151, 155–157; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach, S. 235.

[71] CYBULSKI, Parafia, S. 153; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach, S. 236.

[72] Ebd., S. 237.

[73] CZESŁAW MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. 2, Warszawa 1970, S. 195.

[74] MARTIN GRESCHAT, Zachwyt – bezwład – niepokój. Uwagi na temat niemieckiego protestantyzmu w Polsce w okresie narodowego socjalizmu, in: Kościoły zakładnikami czasów. Kościoły protestanckie Niemiec i Polski w XX wieku. Z prac Komisji Historii Kościoła PRE i EKD 1989–1999, hg. v. BERND KREBS / ANDRZEJ WOJTOWICZ, Warszawa 2003, S. 65–96, hier S. 89.

[75] MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy, S. 195.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

chaczew und Plock inhaftiert war und dessen Todesumstände ungeklärt blieben.[76]

Einige evangelische Pastoren hatten bereits in den 1930er Jahren immer deutlicher ihre Sympathien für das nationalsozialistische Deutschland gezeigt und waren gegen die Verwendung des Polnischen in den Gottesdiensten und Kirchenversammlungen eingetreten.[77] Weite Kreise zog der Fall des Plocker Pfarrers Adolf Schendel, der am 20. Juni 1939 unter dem Vorwurf suspendiert wurde, er habe „sein Amt, die Kanzel und sogar den schulischen Religionsunterricht zu politischen Zwecken in einem ultradeutschem Sinne missbraucht", die Verwendung des Polnischen in den Gottesdiensten erschwert und Kindern, die nicht ausreichend Deutsch sprachen, die Konfirmation verweigert.[78]

Kurz nach der Einnahme von Plock im September 1939 zeigte sich Schendel in der Stadt in der Uniform eines deutschen Hauptmanns und war für eine gewisse Zeit faktisches Oberhaupt der evangelischen Kirche in Nordmasowien.[79] Bald entschied er sich aber für eine Beamtenlaufbahn, zunächst als Leiter der Abteilung für Kirchenfragen beim Landratsamt Schröttersburg (Płock) und nach einem Jurastudium in Königsberg in dessen Kulturabteilung. In das Gedächtnis vieler Einwohner von Plock brannte er sich als fanatischer Nationalsozialist, Aktivist des örtlichen Volksdeutschen Selbstschutzes und eifriger Germanisierer ein, der mit „einer unerklärlichen Unerbittlichkeit und ungewöhnlichen Grausamkeit" die Polen der Stadt verfolgte und dabei selbst die eigenen Nachbarn und alte Bekannten nicht verschonte.[80] Schendel gilt als Autor einer Liste mit Namen von polnischen Intelligenzlern und Aktivisten.[81] Ebenso wird

[76] EDUARD KNEIFEL, Die Pastoren der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen, Eging 1967, S. 99, 142; WOLDEMAR GASTPARY, Straty Kościoła Ewangelickiego w czasie okupacji, in: W cieniu śmierci. Ewangelicy – ofiary prześladowań w czasie II wojny światowej, hg. v. TADEUSZ WOJAK, Warszawa 1970, S. 7–24, hier S. 23; JACEK WILCZUR, Kapitulacji nie było. Historia dotąd przemilczana. Z dziejów mniejszościowych kościołów chrześcijańskich pod okupacją niemiecką, Warszawa 1991, S. 21, 26.

[77] SZCZEPAŃSKI, Życie polityczne, S. 259 f.

[78] CYBULSKI, Parafia, S. 96 f; KNEIFEL, Die Pastoren, S. 160.

[79] CYBULSKI, Parafia, S. 99.

[80] Ebd., S. 99 f.; ZYGMUNT KAZANECKI, Wiek walki o dwie wolności, Płock 2001, S. 282–285.

[81] CYBULSKI, Parafia, S. 100; SZUBSKA-BIERONŃ, Płock na łamach, S. 153. MARCIN PRZEGIĘTKA, Selbstschutz Südostpreußen – niemiecka Samoobrona w rejencji ciechanowskiej w latach 1939–1940, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. DEMS., Bd. 3, Warszawa 2019, S. 84–116, hier S. 97.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihm die Mitwirkung an der Verhaftung der katholischen Bischöfe Nowowiejski und Wetmański zugeschrieben.[82] Verwickelt darin war offenbar auch Michał Niemir, der bis 1939 als Redakteur der katholischen Tageszeitung „Głos Mazowiecki" tätig war. Nichtsdestotrotz stellt Schendels Verhalten eine Ausnahme unter den Pastoren und anderen evangelischen Vertretern dar, die in den Kriegsjahren die deutsche Staatsbürgerschaft annahmen.[83]

Manche evangelische Geistliche widersetzten sich der Unterdrückung der polnischen Bevölkerung durch die Deutschen und versuchten auf verschiedene Art und Weise Hilfe zu leisten. Hier kann beispielsweise auf Rudolf Kersten verwiesen werden, der als evangelisch-augsburgischer Pfarrer in Pultusk wirkte.[84] In Mlawa blieb Pastor Fryderyk Arlt als überzeugter polnischer Patriot in Erinnerung – sowohl in seiner seelsorgerischen Arbeit vor Ort als auch in seinem Dienst bei den polnischen Truppen, die an der Seite der Alliierten in Westeuropa kämpften. Er unterstützte zudem die Soldaten des militärischen Untergrunds.[85] In Schirps wurden die Pfarrerskinder Halina und Jan Paschke, deren Vater Aleksander vor dem Krieg die evangelische Gemeinde geleitet hatte, dafür schikaniert, dass sie sich weigerten, die Deutsche Volksliste zu unterschreiben, weswegen sie nach Warschau flohen.[86]

Viele Protestanten nahmen unter der deutschen Besatzung die deutsche Staatsbürgerschaft an, was aber nicht heißen musste, dass sie sich leicht mit der politischen Situation abfanden und ihre Familiengeschichten frei von Tragödien waren. Ein Beispiel dafür ist Karol Blanke, der Vorkriegspräsident des Amtsgerichts in Plock, der unter enormen Druck der Gestapo schließlich die Volksliste unterzeichnete. Sein jüngerer Sohn wurde zum Arbeitsdienst nach Norwegen eingezogen und kam bei einer Ex-

---

[82] JEZUSEK, Męczeński koniec, S. 7 f.

[83] KAZANECKI, Wiek walki, S. 278.

[84] JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Podczas II wojny światowej i hitlerowskiej okupacji, in: Dzieje Pułtuska, Bd. 2: 1795–1989, hg. v. ADAM KOSESKI / JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Pułtusk 2017, S. 333–365, hier S. 347; KNEIFEL, Die Pastoren, S. 109 f.; JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Kersten Rudolf, in: TADEUSZ KOWALSKI u. a., Wpisani w historię Pułtuska. Słownik biograficzny, Pułtusk 2001, S. 126 f.

[85] JUSZKIEWICZ, Mławskie Mazowsze, S. 151; ZBIGNIEW GRABOWSKI, Ewangelickie Duszpasterstwo Wojskowe: tradycje i współczesność. Sympozjum naukowe w Warszawie, in: Przegląd Historyczno-Wojskowy 13 (2012), 2, S. 229–233, hier S. 230.

[86] WALDEMAR BRENDA, Okupacja i konspiracja w powiecie sierpeckim w latach 1939–1945, in: Dzieje Sierpca i ziemi sierpeckiej, hg. v. MARIAN CHUDZYŃSKI, Sierpc 2003, S. 437–513, hier S. 452.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

plosion ums Leben. Blanke selbst nahm sich das Leben.[87] Nach Kriegsende wurden viele Protestanten vor Gericht gebracht wegen ihrer angeblichen Kollaboration mit dem deutschen Staat zum Schaden der polnischen Mitbürger, doch in vielen Fällen vollständig rehabilitiert. Ein solcher Fall war Helmuth Hinz aus Mlawa, der während seiner Tätigkeit als Gefängniswärter vielen Polen half, wofür er selbst in das Lager Soldau kam.[88] In Plock war der Lehrer Juliusz Sachs für ein ähnliches Verhalten bekannt, obwohl er die deutsche Staatsbürgerschaft annahm und in der deutschen Stadtverwaltung arbeitete.[89]

Die Mariaviten

Die Mariaviten waren vor allem aufgrund ihrer Entstehung in Masowien bedeutend, weniger im Hinblick auf ihre Zahl. Plock und Felicjanów waren seit ihrer Gründung die Zentren dieser Bewegung. Unter der deutschen Besatzung unterlagen auch die die mariavitischen Gemeinschaften besonderen Einschränkungen. Als rein polnische Konfession wurden sie in den eingegliederten Gebieten von den Deutschen besonders beobachtet und erhielten dort auch keinen rechtlichen Status. Im Generalgouvernement hingegen tolerierten die Behörden die Mariaviten in Warschau, Mińsk Mazowiecki und Umgebung sowie im Umland von Siedlce. Damit lässt sich die Lage der Mariaviten mit der Situation der römisch-katholischen Gemeinden vergleichen, die im Generalgouvernement weniger unter Repressionen zu leiden hatten als in den eingegliederten Gebieten.[90]

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Plock im September 1939 funktionierte der Hauptsitz der mariavitischen Kirche in der Dobrzyńska-Straße, der „Tempel der Gnade und Liebe“ mit angeschlossenem Kloster und Priesterseminar, wo insgesamt l.400 bis 500 Personen lebten, zunächst ohne größere Probleme weiter.[91] Erst am 10. November, einen Tag

[87] Bolesław Jędrzejewski, Kartki z dziejów sądownictwa w Płocku, in: Notatki Płockie 14 (1969), 4, S. 34–38, hier S. 38.

[88] Juszkiewicz, Mławskie Mazowsze, S. 260 f.

[89] Cybulski, Parafia, S. 145; Jezusek, Męczeński koniec, S. 8.

[90] Stanisław Rybak, Mariawityzm. Dzieje i współczesność, Warszawa 2011, S. 130 f.

[91] Ilse Rhode, Die Mariaviten. Ein Bericht über Entwicklung und Gegenwartslage einer romfreien katholischen Kirche in Polen, in: Gestalten und Wege der Kirche im Osten. Festgabe für Arthur Rhode zum 90. Geburtstage am. 13. Dezember 1958, hg. v. Harald Kruska, Ulm 1958, S. 163–175, hier S. 170; Władysław Stanisław Ginter,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vor dem polnischen Unabhängigkeitstag, nahm die Gestapo Pfarrer Stefan Maria Paschalis Góra fest und inhaftierte ihn als Geisel gemeinsam mit den katholischen Bischöfen.[92]



Abb. 4: Tempel der Barmherzigkeit und Nächstenliebe, Kathedrale der Mariaviten in Plock (undatiert, vor 1939)

Das mariavitische Kloster erschien vielen aber noch als sicheres Asyl, so auch der örtlichen Untergrundbewegung, die unter anderen mit dem

Mariawici płoccy w czasie okupacji niemieckiej w latach 1939–1942, in: Notatki Płockie 51 (2006), 1, S. 36–39, hier S. 36; RYBAK, Mariawityzm, S. 131.

[92] GINTER, Mariawici płoccy, S. 36.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mariavitischen Geistlichen und Arzt Ignacy Maria Józef Kopystyński und der Ordens- und Krankenschwester Helena Maria Eugenia Poznańska kooperierte.[93]

Die relativ ruhige Fortexistenz der Glaubensgemeinschaft währte allerdings nur kurz. Nach der Festnahme von Erzbischof Jan Maria Michał Kowalski aus Felicjanów und der Ausweisung der römisch-katholischen Bischöfe aus Plock verfasste das Oberhaupt der altkatholischen Mariaviten, Bischof Klemens Maria Filip Feldman, im Februar 1940 eine Denkschrift. Diese ging an die NSDAP in Plock sowie an die ausländischen altkatholischen Bischöfe. In dem Schriftstück skizzierte Feldman die Geschichte der Mariaviten und stellte heraus, dass zur römisch-katholischen Kirche keinerlei Verbindungen bestünden.[94] Schnell zeigte sich, dass sich durch diese Denkschrift die Mariaviten nicht retten ließen. Da Feldman trotz der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft mit seiner Verhaftung rechnen musste, verließ er am 16. August 1942 Plock und begab sich nach Blumberg an die deutsch-schweizerische Grenze, wo sich eine altkatholische Gemeinde befand.[95]

Bevor Feldman Plock verließ, erfuhr die dortige mariavitische Gemeinschaft empfindliche Unterdrückungsmaßnahmen. Bei einer gegen die polnische Bevölkerung gerichteten Aussiedlungsaktion vom 19. Februar 1941 wurden etwa 150 Mariaviten in das Lager Soldau deportiert, darunter Bischof Roman Maria Jakub Próchniewski und die Oberin der Mariavitischen Schwesternkongregation Janina Maria Kamila Siankowska sowie rund 100 Mitarbeiter der Klosterwerkstätten, die später in das Generalgouvernement abgeschoben wurden.[96] Am selben Tag besetzten die Deutschen den Gebäudekomplex von Kloster und Werkstätten in der Dobrzyńska-Straße. Dabei wurden die Räumlichkeiten ausplündert und auch Kultgegenstände nicht verschont.[97] In Plock verblieben lediglich 50 Gemeindeglieder, darunter einige Nonnen, wie Franciszka Maria Michalina Lipińska. Sie arbeiteten in der Bäckerei und lebten in der Kathedrale in der Sakristei und auf dem Chor, um die eucharistische Anbetung (Aussetzung des Allerheiligsten) als ewiges Gebet fortzusetzen.[98]

---

[93] Ebd., S. 38; KRAJEWSKI, Płock, S. 231.

[94] JEZUSEK, Męczeński koniec, s. 10.

[95] RYBAK, Mariawityzm, S. 132; SZUBSKA-BIERON, Płock na łamach, S. 238.

[96] GINTER, Mariawici płoccy, S. 37; WILCZUR, Kapitulacji nie było, S. 91; RYBAK, Mariawityzm, S. 131.

[97] SZUBSKA-BIERON, Płock na łamach, S. 239.

[98] RYBAK, Mariawityzm, S. 131.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im Juli 1941 wurden weitere Mariaviten, wie Bischof Wacław Maria Bartłomiej Przysiecki und Pfarrer Kopystyński, angewiesen, das Kloster zu verlassen. Am 18 Juli 1942 siedelten die deutschen Behörden die letzten Bewohner von Kloster und Kathedrale aus.[99]

Die Mariaviten in Felicjanów waren ebenfalls von Repressionen betroffen. Bereits am 25. Januar 1940 verhaftete die Gestapo deren Kirchenoberhaupt, Erzbischof Jan Maria Michał Kowalski, wobei die genauen Beweggründe dafür bis heute unklar sind.[100] Nach über einem Jahr im Gefängnis Plock wurde Kowalski am 25. April 1941 in das Konzentrationslager Dachau überstellt.[101] Am 18. Mai 1942 wurde er gemeinsam mit einem Krankentransport nach Hartheim gebracht und dort ermordet.[102] Weitere sieben Mariaviten ließ die Gestapo in Felicjanów am 9. April 1940 festsetzen. Pfarrer Aleksander Stefan Szulgowicz gelangte in das Lager Soldau, wo er am 10. Dezember starb. Seine Frau Genowefa Maria Damiana überlebte das Konzentrationslager Ravensbrück, während die Pfarrer Piotr Maria Dominik Dąbrowski und Wacław Maria Augustyn Gapiński in Dachau ums Leben kamen.[103] Drei der Verhafteten konnten nach einer Woche nach Felicjanów zurückkehren.[104]

In der Nacht vom 10. auf den 11. März 1941 erfolgte die Aussiedlung aller Mariaviten aus Felicjanów. Betroffen waren 158 Personen einschließlich der Bischöfin Antonina Maria Izabela Wiłucka-Kowalska, die in Abwesenheit ihres Gatten die Geschicke der Glaubensgemeinschaft geleitet hatte. Vor Ort verblieb lediglich das Ehepaar Lipiński, das sich um das Gebäude kümmern sollte, in dem ein deutsches Müttererholungsheim eingerichtet wurde.[105] Die Deportierten wurden nach Dachau transportiert, von wo aus Pfarrer Adam Maria Bernard Komorowski, die Probanden Józef Wojciechowski und Janusz Majchrzak sowie der Aspirant

---

[99] GINTER, Mariawici płoccy, S. 38; RYBAK, Mariawityzm, S. 131.

[100] Politische Argumente wurden erst während des Prozesses angeführt. CZESŁAW LECHICKI, Kowalski Jan, in: Polski Słownik Biograficzny, Bd. 14, Wrocław 1968–1969, S. 552–554.

[101] RYBAK, Mariawityzm, S. 125.

[102] AIPN Stettin, S 21/14/Zn, Entscheidung, die Ermittlungen einzustellen, S. 26; GINTER, Mariawici płoccy, S. 36; RYBAK, Mariawityzm, S. 125.

[103] Ebd., S. 126; JAN DOMAGAŁA, Ci, którzy przeszli przez Dachau (Duchowni w Dachau), Warszawa 1957, S. 259, 261.

[104] MAREK TADEUSZ FRANKOWSKI, Zbrodnie niemieckie wobec ludności polskiej na północnym Mazowszu 1939–1945 (w wybranych więzieniach i obozach), Warszawa 2009, S. 197; WILCZUR, Kapitulacji nie było, S. 76–78.

[105] GINTER, Mariawici płoccy, S. 38; RYBAK, Mariawityzm, S. 126.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stefan Wlazło in das Straflager Metgethen bei Königsberg kamen. Die übrigen wurden im Fort III in Pomiechówek inhaftiert. Von dort aus wurden 35 Ordensschwestern zur Arbeit im Spital Plonsk abgestellt, eine andere Personengruppe mit der Bischöfin Wiłucka-Kowalska in das Generalgouvernement deportiert. Die verbleibenden 15 Personen wurden am 15. Mai 1941 ohne Rückkehrrecht nach Felicjanów aus der Haft entlassen.[106]

Einige der mariavitischen Geistlichen und Schwestern standen mit der Widerstandsbewegung in engem Kontakt und unterstützten die Partisanen, aber auch die jüdische Bevölkerung. Hilfe für Juden leisteten etwa die Klosterbewohner in Plock, wie auch die Ordensschwestern Maria Dilekta Rasztawicka und Maria Leonia Wiśniewska.[107] Nach einer Übereinkunft von Bischof Feldman mit Vertretern des Untergrunds im Kreis Plock wurde 60 Personen in den betriebenen Werkstätten der Mariaviten Unterschlupf gewährt. Es handelte sich mehrheitlich um römische Katholiken, denen die Verhaftung zur Zwangsarbeit drohte und die in der Bäckerei, Mineralwasserfabrik, Schlosserei, Tischlerei, Buchbinderei und Druckerei eingesetzt wurden. Mit dem Arbeitskräftebedarf der Werkstätten wurde mehrmals argumentiert, um Häftlinge aus Konzentrationslagern zu befreien, was aber nur in wenigen Fällen gelang.[108]

Die Mariaviten waren über ihre Bischöfe Roman Maria Jakub Próchniewski und Wacław Maria Bartłomiej Przysiecki in der konspirativen ökumenischen Bewegung der christlichen Kirchen wie auch bei der Gründung des Provisorischen Ökumenischen Rats in Warschau (1942) vertreten.[109]

Fazit

Die deutsche Kirchenpolitik im Regierungsbezirk Zichenau war Teil der antipolnischen nationalsozialistischen Volkstumspolitik. Sie zielte darauf ab, die Aktivitäten der römisch-katholischen Kirche und der mariavitischen Gemeinschaften einzuschränken und letztlich ganz einzustellen. Beide Konfessionen galten den Nationalsozialisten als rein polnisch. Die Besatzungsbehörden erreichten ihre Ziele hinsichtlich beider Gruppen

[106] Ebd., S. 127; FRANKOWSKI, Zbrodnie, S. 198 f.

[107] GINTER, Mariawici płoccy, S. 39; RYBAK, Mariawityzm, S. 132.

[108] GINTER, Mariawici płoccy, S. 36 f.

[109] RYBAK, Mariawityzm, S. 138.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ebenso wenig, wie ihnen die völlige Germanisierung der lokalen evangelischen Gemeinden gelang.

Das wichtigste Instrument der NS-Kirchenpolitik bestand in der schrittweisen Ausschaltung von Bischöfen, Priestern und Pastoren und oft auch von deren Familien. Nach der Verhaftung von Pfarrern gleich welcher Denomination wurden deren Gemeinden in der Regel geschlossen und im Falle der evangelischen Kirchen mit neuen Pastoren besetzt. Auch auf administrativem Wege wurden die religiösen Praktiken der Glaubensgemeinschaften eingeschränkt.

Trotz der wie in den anderen eingegliederten Gebieten sehr scharfen Kirchenpolitik und Repressionen gelang es den Deutschen nicht, das Leben der römisch-katholischen und mariavitischen Gemeinden zum Erliegen zu bringen. Einige Gemeinden erfuhren in der Besatzungszeit sogar eine Belebung. Die nicht selten stark germanisierten evangelischen Gemeinden hörten indes nach dem Einmarsch der Roten Armee im Jahr 1945 meist auf zu existieren, da die Mehrzahl der Pastoren und ihre Familien sich mit den deutschen Truppen in Richtung Reich abgesetzt hatten oder in sowjetische Gefangenschaft geraten waren.

Aus dem Polnischen übertragen von Christhardt Henschel

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

CHRISTHARDT HENSCHEL

EINE BESATZUNG, VIELE PERSPEKTIVEN

„ALLTAG“ IM REGIERUNGSBEZIRK ZICHENAU

Einführung

Der Besatzungsalltag im Regierungsbezirk Zichenau war bislang noch nicht Gegenstand einer systematischen Studie. Einschlägige Untersuchungen beschäftigten sich vor allem mit urbanen Zentren wie Wilna, Warschau oder Krakau, während mittlere Städte oder ländliche Gegenden viel weniger Beachtung fanden.[1] Da Polen aber mehrheitlich eine ländlich-

[1] Die polnische Besatzungsforschung kann auf eine lange Tradition der Beschäftigung mit dem Besatzungsalltag verweisen. Deren Wurzeln liegen nicht nur in der in Polen stark rezipierten Annales-Schule (seit 1960 erschien in polnischer Übersetzung die französische Schriftenreihe „La vie quotidienne“), sondern vor allem in Werken, die im Zweiten Weltkrieg von einheimischen Autoren erarbeitet wurden: KAZIMIERZ WYKA, Życie na niby, Kraków 2010 [1959]; Archiwum Ringelbluma, hg. v. Żydowski Instytut Historyczny, 35 Bde., Warszawa 1997–2018. Eine alltagsgeschichtliche Fundgrube ist: Kronika lat wojny i okupacji, hg. v. LUDWIK LANDAU / JERZY TOMASZEWSKI, 3 Bde., Warszawa 1962–1963. Besondere Wirkung entfaltete die mehrmals aufgelegte, ergänzte und übersetzte Alltagsgeschichte des besetzten Warschaus von TOMASZ SZAROTA, Okupowanej Warszawy dzień powszedni, 4. erw. Aufl., Warszawa 2010 [1973]. Darauf aufbauend legte Szarota eine komparative Studie zum Besatzungsalltag in verschiedenen europäischen Hauptstädten vor: DERS., Życie codzienne w stolicach okupowanej Europy, Warszawa 1995. Insgesamt ist die Anzahl der alltagsgeschichtlichen Studien dennoch relativ klein geblieben, wobei in den letzten Jahren ein vermehrtes Interesse an diesem Thema zu konstatieren ist. Als weitere Beispiele: STANISŁAWA LEWANDOWSKA, Życie codzienne Wilna w latach II wojny światowej, Warszawa 1997; SEBASTIAN PIĄTKOWSKI, Codzienność początków okupacji niemieckiej w Generalnym Gubernatorstwie w świetle ogłoszeń drobnych „Gońca Krakowskiego“ (październik 1939 – czerwiec 1940), in: Pamięć i Sprawiedliwość, 2013, H. 1, S. 23–49; JERZY GAPYS, Życie codzienne na wsi polskiej w latach II wojny światowej, in: Między Wisłą a Pilicą 5 (2004), S. 347–352; DERS., Życie codzienne ziemiaństwa w dystrykcie radomskim w latach 1939–1945. Wybrane problemy, in: Między Wisłą a Pilicą 2 (2001), S. 129–157. Die Perspektive der sowjetischen Besatzung beleuchten u. a.: MAREK WIERZBICKI, Życie codzienne Polaków pod okupacjami. Wymiar materialny

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kleinstädtische Gesellschaft war, erscheint die Erforschung des Besatzungsalltags in einer so peripheren Region wie des Regierungsbezirks Zichenau umso wichtiger.

Einzelne Bereiche, wie die Alltäglichkeit von Gewalt und Repression, Aktivitäten des Untergrunds oder die Lebenswirklichkeit der Besatzer, werden zwar in zahlreichen Publikationen abgehandelt und dominieren auch die meisten publizierten Erinnerungen.[2] Man findet indes keine

---

i psychologiczny, in: Jak Polacy przeżywali wojny światowe?, hg. v. TOMASZ SCHRAMM / PAWEŁ SKUBISZ, Szczecin 2016, S. 191–220; SŁAWOMIR KALBARCZYK, W cieniu terroru. Życie codzienne społeczeństwa polskiego pod okupacją sowiecką w latach 1939–1941. Szkic do monografii tematu, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. MAREK GAŁĘZOWSKI, Warszawa 2015, S. 27–63. Eine stärkere theoretische Beschäftigung mit dem Konzept „Alltagsgeschichte", verbunden mit einer breiteren Rezeption französischer und deutscher Theorien, erfolgte auf einer Konferenz der Polnischen Akademie der Wissenschaften 1995, deren Referate als Themenband veröffentlicht wurden, darunter u. a.: TOMASZ SZAROTA, Życie codzienne – temat badawczy czy tylko popularyzacja? Na marginesie serii wydawnicznych Hachette i PIW-u, in: Kwartalnik historii kultury materialnej 44 (1996), 3, S. 239–245; MARIA BOGUCKA, Życie codzienne – spory wokół profilu badań i definicji, in: Ebd., S. 247–253. Neuere konzeptionelle Ansätze sind versammelt im Band: „Fikcyjna rzeczywistość". Codzienność, światy przeżywane i pamięć niemieckiej okupacji w Polsce, hg. v. ANNA WOLFF-POWĘSKA u. a., Berlin / Warszawa 2015. Hervorzuheben sind die Überlegungen von JERZY KOCHANOWSKI, Cywilne strategie przetrwania 1939–1945, in: Ebd., S. 89–105; zudem seine Skizze: DERS., „Życie adaptuje się do tego, co jest." Inteligenckie strategie przetrwania 1939–1945. Rekonesans badawczy, in: Przegląd Historyczny 106 (2015), 4, S. 787–814. Vgl. auch PAWEŁ RODAK, Niecodzienna codzienność czasu okupacji, in: Znak 652 (2009), S. 38–52; DERS., The Unusual Everyday under the Occupation, in: World War II and Two Occupations. Dilemmas of Polish Memory, hg. v. ANNA WOLFF-POWĘSKA / PIOTR FORECKI, Frankfurt am Main 2016, S. 81–94. Zuletzt erschien eine polnische Übersetzung des Bandes von ALF LÜDTKE, Eigen-Sinn. Życie codzienne, podmiotowość i sprawowanie władzy w XX wieku, ausgewählt, bearb. u. eingeleitet v. DEMS. / THOMAS LINDENBERGER, hg. v. KORNELIA KOŃCZAL, Poznań 2018. Die jüngste, methodisch fundierte alltagsgeschichtliche Studie zur deutschen Besatzung in Polen der letzten Jahre stammt von ANNA CZOCHER, W okupowanym Krakowie. Codzienność polskich mieszkańców miasta 1939–1945, Gdańsk 2011; DIES., Mechanizmy represji i struktura terroru dnia codziennego. Przykład Krakowa 1939–1945, in: „Fikcyjna rzeczywistość", S. 55–87; DIES., Okupacyjna nuda w egodokumentach. Przykład Krakowa z lat 1939–1945, in: Maska. Magazyn antropologiczno-społeczno-kulturowy 37 (2018), 1, S. 129–140. Auf eine Auflistung der außerhalb Polens erschienenen Positionen wird aus Platzgründen verzichtet. Stellvertretend sei genannt: Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939–1945, hg. v. JOCHEN BÖHLER / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2012.

[2] Zur Dominanz des Themas „Widerstand" in vielen Erinnerungstexten: ANNA CZOCHER, Zagubiona codzienność. Problemy z wykorzystaniem materiałów pamiętnikarskich w badaniach codzienności okupacyjnej na przykładzie Krakowa (spostrzeżenia na marginesie badań), in: Przegląd Archiwalny Instytutu Pamięci Narodowej 10 (2017), S. 115–129.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Untersuchungen, die darüber hinaus Grauzonen des Alltags, Adaptionsprozesse und veränderte Handlungsoptionen der Bevölkerung einbinden, also jene Lebensbereiche, in denen die Menschen mit den Besatzern interagierten und Kompromisse suchten, vor allem um ihr eigenes Überleben sichern zu können.[3] Denn selbst wenn unter dem permanenten Ausnahmezustand der deutschen Herrschaft „Alltag" und „Alltäglichkeit" durchaus problematische Begriffe darstellen, gilt es doch Routinen, Überlebensstrategien und Formen von Anpassung, Kooperation und Widerstand als Teil einer „alltäglichen" Besatzungswirklichkeit abzubilden. Im Zusammenspiel mit den sozialen und mentalen Prägungen von Individuen und Kollektiven erhalten Historikerinnen und Historiker so letztendlich grundlegende Mosaiksteine zum Verständnis des Funktionierens von Besatzung im regionalen und lokalen Kontext, die Tatjana Tönsmeyer als „Besatzungsgesellschaft" definiert hat.[4]

Für einen solchen Zugang bilden Tagebücher, Erlebnisberichte und Chroniken eine ergiebige, wenn auch nicht unproblematische historische Quelle. Sie sind für die Erforschung des Besatzungsalltags unerlässlich, da sie zu den wenigen im Krieg selbst entstandenen Textgattungen gehören, die nicht aus der Perspektive von Besatzern und Tätern verfasst wurden. Sie enthalten individuelle Erlebnisse, Eindrücke und Einschätzungen und sind doch in einem größeren sozialen, kulturellen und politischen Zusammenhang zu verorten. Die Herkunft der Verfasser, ihre mögliche Motivation und die Art und Weise, wie sie die Besatzungszeit er- und überlebten, bilden wichtige Indikatoren für die Bewertung dieser schwierigen Quellengattung.[5]

Im Folgenden soll anhand dreier publizierter Texte das Forschungsfeld für das annektierte Nordmasowien abgesteckt werden. Es handelt sich um das Tagebuch von Jadwiga Stypułkowska und den Erlebnisbericht von Simcha Guterman, zweier Bewohner der Stadt Plock (Płock), sowie die vom katholischen Priester Marceli Przedpełski verfasste Chronik seiner

[3] Siehe dazu die diesem Band beigefügte Bibliografie.

[4] TATJANA TÖNSMEYER, Besatzungsgesellschaften. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Erfahrungsgeschichte des Alltags unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 18.12.2015, http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.663.v1 (Zugriff: 12. August 2020).

[5] CZOCHER, Zagubiona codzienność; JANOSCH STEUWER / RÜDIGER GRAF, Selbstkonstitution und Welterzeugung in Tagebüchern des 20. Jahrhunderts, in: Selbstreflexionen und Weltdeutungen. Tagebücher in der Geschichte und der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts, hg. v. DENS., Göttingen 2015, S. 7–36.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Pfarrgemeinde in Klukowo.[6] Alle drei Autoren verstanden sich jeweils als Teil einer bestimmten Schriftkultur, sei es des bildungsbürgerlichen Tagebuchkanons, der säkularen jiddischen Literatur oder der Tradition der katholischen Gemeindechroniken. Sie griffen damit nicht nur auf bewährte und verständliche Formen zurück; sie schufen sich auch selbst ein formales Gerüst, mit dessen Hilfe sie ihre unerhörten und teils traumatischen Erfahrungen erst in Worte gießen konnten. Je nach Generation sowie sozialer und ethnischer Zugehörigkeit wählten sie eine für sie passend scheinende Textform. Stypułkowska, deren Schreiben sich primär an den Ehegatten und erst in zweiter Linie an die eigene soziale Gruppe richtete, bediente sich der intimen und von Frauen ihres Standes gern gepflegten Form des Tagebuchs. Guterman indes gab seinem Text eine reportageähnliche Erzählform und die Wahl des Jiddischen verweist nicht nur auf seine Bindung an die Muttersprache und jüdische Herkunft, sondern ist auch eine Manifestation seines unbedingten Überlebenswillens. Przedpełski, der eine Generation älter als die beiden anderen Autoren war, hatte schon im Ersten Weltkrieg die Verantwortung für eine Kirchengemeinde getragen und bereits in dieser Zeit Erfahrung mit dem Festhalten des Kriegsgeschehens in der Gemeindechronik gesammelt.

Gemeinsam ist den ausgewählten Texten, dass sie dem Besatzungsalltag viel Aufmerksamkeit widmen, ja letztlich diesen zum Hauptthema haben. Sie schreiben sich ein in das Modell von Besatzungsalltag, das Anna Czocher am Beispiel der polnischen Bevölkerung im besetzten Krakau entwickelt hat. Demnach war Besatzung zunächst ein Ausnahmezustand, der mit tiefen Brüchen im Alltag und dem Verlust des Gefühls von Stabilität einherging. Beides rief das Bedürfnis hervor, im Rahmen des Möglichen einen Anschein von Normalität zu schaffen. Die Suche nach Kontinuität zum Zustand vor 1939 war es auch, die die Besatzung als „Zustand der Aussetzung des Vorkriegsalltags" erscheinen ließ, der „nach Kriegsende gleichsam „abgelegt" werden würde.[7]

Czocher beschreibt den Gewöhnungsprozess an die neue Realität als Bewusstseinsadaption, bei der die schrittweise Anpassung an die neuen Bedingungen mit einer starken Anknüpfung an die bekannte alte Welt einherging. Inwieweit dabei ein gewisses Maß an Normalität erreicht

[6] JADWIGA STYPUŁKOWSKA, Pamiętnik z lat 1940–1948, Płock 2000; SIMCHA GUTERMAN, Das gerettete Buch des Simcha Guterman, aus dem Französischen übers. v. ROLF und HEDDA SOELLNER, hg. v. NICOLE LAPIERRE, Reinbek bei Hamburg 1996; MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Kronika rzymsko-katolickiej parafii Klukowo. 1939–1947, Płock 2007.

[7] CZOCHER, W okupowanym Krakowie, S. 238.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wurde, hing davon ab, wie stark der Vorkriegsalltag von den Umbrüchen der Besatzung berührt wurde, etwa im Bereich von Beruf und Wohnungssituation.[8] Als besondere Strategie der Besetzten macht Czocher die Reduzierung des Alltagsbegriffs auf die Privatsphäre aus. Im privaten „normalen" Leben behielten traditionelle Regeln und Konventionen ihre Gültigkeit, während im offiziellen Bereich viele bislang unanfechtbare Normen gewissermaßen suspendiert wurden. Stehlen und Betrügen etwa wandelten sich außerhalb des Hauses zu einer Überlebensstrategie und damit einer normalen Praxis, was im Privaten weiterhin undenkbar blieb.[9] Mit der Zeit funktionierten so bewahrte und neue Routinen nebeneinander, die den Menschen ein Gefühl von Normalität und einer gewissen Kontinuität erhalten konnten.[10]

Die Hauptthemen der Textbeispiele aus dem Regierungsbezirk Zichenau sind: der Bruch in den ersten Wochen der Besatzung, der Umgang mit der neuen Realität und die versuchte Anpassung daran. Die Texte, verfasst von drei höchst unterschiedlichen Personen, stellen zweifelsohne eine zu kleine Quellenbasis für ein ausreichend tiefenscharfes Bild von der Besatzungsgesellschaft in dieser Region dar. Abgesehen davon mag man von verschiedener Warte aus methodische Zweifel an einem Vergleich solch unterschiedlicher Textgattungen vorbringen. Konzentriert man sich indes ganz auf die beschriebenen Ereignisse und Prozesse, zeigt es sich, dass die Gesamtschau aller drei Zeugnisse einen Beitrag dazu leisten kann, die historiografisch bislang so schwach repräsentierte Perspektive des Besatzungsalltags im Regierungsbezirk Zichenau besser zu beleuchten.

Standesbewusstsein und Pragmatismus: Jadwiga Stypułkowska (1899–1963)

Als Vertreterin des gehobenen patriotisch gesinnten Bürgertums genoss Jadwiga Stypułkowska eine gute schulische Ausbildung in ihrer Heimatstadt Plock. Ihr Vater Dominik Staszewki (1861–1926) war Notar und trat mit zahlreichen regionalkundlichen Arbeiten als aktives Mitglied der örtlichen Wissenschaftlichen Gesellschaft (*Towarzystwo Naukowe Płockie*)

[8] Ebd., S. 237.

[9] Ebd., S. 238.

[10] Ebd., S. 239 f. Besonders im ersten Jahr der Besatzung war die Gewöhnung daran noch nicht stark, weshalb viele Menschen gerade diese Zeit als besonders schlimm erinnern, auch wenn die Besatzungspolitik in den Folgejahren viel brutaler verlief.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hervor.[11] Als Jadwiga den Juristen Bolesław Stypułkowski, ein ehemaliges Mitglied der Polnischen Legionen, heiratete, brach sie ihre weiterführende Ausbildung ab.

Den Kriegsbeginn erlebte die Familie in Siedlce, wo Bolesław seit 1938 beruflich engagiert war. Er wurde im August 1939 zum Militär eingezogen und gelangte nach dem verlorenen Septemberkrieg offenbar ins englische Exil. Die Trennung vom Ehemann, mit dem sie nur sporadisch und von den Deutschen zensiert per Post in Verbindung stehen konnte, war die Hauptmotivation für Stypułkowska, das Erlebte schriftlich festzuhalten. Auf diese Weise entstand ihr Tagebuch für die Jahre 1940–1948, das sie als Familienchronik für ihren Gatten verfasste.[12]



Abb. 1: Jadwiga Stypułkowska mit ihren Töchtern Anna, Barbara und Krystyna (undatiert)

Stypułkowska stellte sich damit in eine Tradition mit der Lehrerin und Publizistin Maria Macieszyna, die als Tagebuchschreiberin den Ersten Weltkrieg in Plock dokumentiert hatte. Sie und ihr Mann Aleksander Maciesza waren wie Dominik Staszewski zentrale Persönlichkeiten in der

[11] Die biografischen Informationen über Stypułkowska sind dem Vorwort von Anna Maria Stogowska entnommen, in: STYPUŁKOWSKA, Pamiętnik, S. 5–13. Zu Staszewski: ANDRZEJ JERZY PAPIEROWSKI / JERZY STEFAŃSKI, Płocczanie znani i nieznani. Słownik biograficzny, Płock 2002, S. 564.

[12] STYPUŁKOWSKA, Pamiętnik, S. 34.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bürgerlichen Stadtgesellschaft der Vorkriegszeit und hatten einen wichtigen Beitrag zur Entstehung eines lokal verankerten Patriotismus geleistet.[13] Die Nachkommen der Autorin ließen das Manuskript im Jahr 2000 durch Anna Maria Stogowska, Leiterin des Staatlichen Archivs in Plock, zur Veröffentlichung bringen.

Jadwiga Stypułkowskas Tagebuch setzt im Januar 1940 ein, als sie mit ihren drei Töchtern bereits wieder in Plock lebte, weil ihr Haus in Siedlce ausgebombt war. Zurück in der Heimatstadt war sie auf sich selbst gestellt, da sie nicht mehr in die von den Deutschen konfiszierte Familienwohnung zurückkehren konnte. Sie kam mit ihren Töchtern in einer Einzimmerwohnung im Erdgeschoss eines Hauses unter, das an einer belebten Kreuzung gelegen war. Das Zimmer war feucht und schimmelig, kein Vergleich zu den vor 1939 bewohnten fünf Zimmern.[14]

Der gesamte Text zeigt, wie viel der Autorin ihre eigene soziale Position und deren äußere Aufrechterhaltung im Krieg bedeuteten. Ihr Anliegen war es, anhand ihres eigenen Schicksals das Leben einer „durchschnittlichen Intelligenzlerin" unter deutscher Besatzung zu schildern.[15] Zugleich grenzte sie sich immer wieder von anderen sozialen Gruppen ab. So ist ihre Beschreibung von Siedlce der Vorkriegsjahre die einer schmutzigen und kulturlosen Stadt, die sie und ihr Gatte nur als eine Durchgangsstation betrachteten und es unterließen, engere soziale Kontakte zu suchen.[16]

Mit ihrer sozialen Zugehörigkeit verbanden sich eine Vielzahl familiärer und gesellschaftlicher Verpflichtungen. Für die älteste Tochter suchte die Familie trotz der spürbaren Kriegsgefahr noch kurz vor Kriegsbeginn ein adäquates Lyzeum.[17] Die Beteiligung an karitativen Aktivitäten wie dem Verschicken von Päckchen für KZ-Insassen empfand Stypułkowska – auch hier stand sie ganz in der Tradition eines patriotisch verstandenen sozialen Engagements – als Selbstverständlichkeit.[18] Wenn sie selbst Hilfslieferungen erhielt, teilte sie diese bereitwillig mit Bekannten und Nach-

[13] ANNA MARIA STOGOWSKA, W służbie ludzi i ojczyzny. Aleksander Maciesza (1875–1945), Płock 2013; DIES., Maria Macieszyna jako regionalistka, in: Notatki Płockie 39 (1994), 2, S. 29–32. Das Tagebuch gilt heute als wichtige Quelle zum Ersten Weltkrieg: MARIA MACIESZYNA, Pamiętnik Płocczanki, Płock 1996.

[14] STYPUŁKOWSKA, Pamiętnik, S. 20.

[15] Ebd., S. 21 f.

[16] Ebd., S. 17.

[17] Ebd., S. 19.

[18] Ebd., S. 68 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

barn.[19] Zudem gehörte es zu den Selbstverständlichkeiten, dass fremde Bedürftige in ihrer kleinen Parterrewohnung übernachten durften.[20]

Die Nahrungsversorgung war ein Dauerthema in der breiten Bevölkerung und ist ein wiederkehrendes Motiv in Stypułkowskas Tagebuch. Die von den Deutschen bestimmten Lebensmittelrationen waren viel zu klein, und so versuchte sie vor allem mit der Pacht eines Kleingartens selbst Gemüse anzubauen.[21] In langen Passagen schildert sie Rezepte und Art des Essens sowie die Suche nach Ersatzprodukten.[22] Damit verdeutlicht sie nicht nur die Schwierigkeit der aktuellen Situation, sondern beschwört indirekt die Normalität und den Wohlstand der Vorkriegsjahre als Referenzpunkt. Im Jahr 1941 bestand ihre Nahrung aus Grütze, Kartoffeln, Nudeln, Gemüse. Fett gab es kaum, Fleisch alle 14 Tage. Zu ihrem Hochzeitstag im Juni 1941 stellte sie ein „üppiges Mittagsmahl" zusammen, bestehend aus einigen Stangen Spargel, Kartoffeln, Borschtsch aus Maggiwürfeln, Brot mit altem Schmalz, Kompott mit Saccharin und Lebkuchen.[23] In der Tat gehörten Stypułkowska und ihre Familie damit nicht zu jenen Bevölkerungsschichten, die am schlimmsten unter der Lebensmittelknappheit litten. Überdies war es ihr möglich, ihre Töchter von Zeit zu Zeit für ein paar Tage in das nahe gelegene Dorf Grabina zu schicken, wo die Familie bereits vor dem Krieg die Sommerferien auf einem Hof befreundeter Bauern verbracht hatte. Neben Obst und Gemüse gehörte dort Milch zur Kost der Mädchen, die auf dem Land etwas „Normalität" erlebten.[24]

Die Verantwortung für ihre Kinder empfand Stypułkowska, da sie vor dem Krieg nicht erwerbstätig sein musste und über zwei Dienstmädchen verfügt hatte, häufig als enorme Belastung.[25] Die Suche nach Arbeit war sie nicht gewöhnt. Mit der Zeit, und offenbar auch mit immer besserer Kenntnis der deutschen Sprache, stellte sich aber eine gewisse Gleichgültigkeit ein, wenn sie um des Überlebens Willen für sie ungewohnte Verhaltensweisen erlernen musste.[26] Schließlich fand sie eine Anstellung in der deutschen Buchstelle, wo die Buchhaltung der von den Deutschen

[19] Ebd., S. 27.
[20] Ebd., S. 58 f.
[21] Ebd., S. 25.
[22] Ebd., S. 29–31.
[23] Ebd., S. 24 f.
[24] Ebd., S. 17, 42 f., 47 f., 52. Das Dorf gehört heute zur Landgemeinde Łąck.
[25] Ebd., S. 22.
[26] Ebd., S. 23.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

enteigneten Landgüter der Region vorgenommen wurde. Der Lebensunterhalt der Familie wurde dadurch zu einem guten Teil gesichert. Die älteste, bereits volljährige Tochter Anna nahm ebenfalls eine Arbeit in der Buchstelle an. Ihre Anstellung behielt Jadwiga bis zum Abzug der Deutschen aus Plock im Januar 1945. Mit ihrem Pragmatismus, der Anwendung früher erlernter Fertigkeiten und neu erworbener Handlungsstrategien gelang es Stypułkowska also, die elementare Versorgung der Familie mit Wohnraum, Kleidung und Nahrung den gesamten Krieg über sicherzustellen. Auch wenn sie dies nicht thematisiert, stellten ihre bürgerliche Herkunft und solide schulische Ausbildung, wie auch möglicherweise ihre persönlichen Kontakte innerhalb Stadtgesellschaft ein großes soziales Kapital dar, das ihr das Überleben in der Besatzungsgesellschaft bedeutend erleichterte.

Die größten Sorgen durchlebte sie, wenn ihr die Besatzer das Heft des Handelns aus der Hand nahmen und die Familie deren völliger Willkür ausgeliefert war, etwa bei der kurzzeitigen Inhaftierung ihrer ältesten Tochter Anna im Oktober 1944.[27] Ihre pubertierenden Zwillingstöchter Barbara und Krystyna waren damals 14 Jahre alt. Sie mussten, während Anna arbeitete, den Haushalt führen und kochen, was ihnen in den Augen Jadwigas mehr schlecht als recht gelang.[28] Als Mutter bedauerte sie die zahlreichen Streitereien mit ihnen, aber auch, dass die Zeit, die sie für sie aufbringen konnte, nur sehr knapp war. Außerdem sorgte sie sich wegen des in ihren Augen schlechten Umgangs mit den Nachbarn, die aus völlig anderen sozialen Milieus stammten als sie selbst. Stypułkowska zufolge waren ihre minderjährigen Töchter konfrontiert mit Alkoholismus, Diebstahl, Sittenlosigkeit, Betrug und einer lockeren Sexualmoral. Anfangs versuchte sie dies noch zu kompensieren, indem sie den Mädchen Privatunterricht finanzierte. Doch selbst der Lehrer stellte vor dem Krieg verbindliche gesellschaftliche Normen in Frage.[29]

Während der Umgang zwischen den Menschen, zumindest in der Wahrnehmung Stypułkowskas, immer rauher wurde, lockerten sich gleichzeitig ihre Bindungen zur weiteren Familie, die in verschiedene Richtungen verstreut wurde. Ein Bruder der Autorin befand sich in sowjetischer Gefangenschaft, ein zweiter war in das Generalgouvernement übersiedelt, wodurch der Kontakt zu ihm abbrach.[30]

---

[27] Ebd., S. 63.
[28] Ebd., S. 25.
[29] Ebd., S. 24.
[30] Ebd., S. 21, 54.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stypułkowska beobachtete, wie sich ihr eigener Körper durch Hunger und Kälte, die erschöpfende Arbeit, die Sehnsucht nach dem Ehemann sowie immer neue behördliche Schikanen und Erschwernisse veränderte und ihre Kräfte zunehmend schwanden.[31] Um sich vor enttäuschten Hoffnungen und der eigenen Verzweiflung zu schützen, versuchte sie sich auf den Augenblick zu konzentrieren und keine eigenen Gefühle zuzulassen. Dies nahm sie als innere Verhärtung war:

> „Ich muss gegen alles und alle kämpfen: Gegen die eigene Müdigkeit, das Hungergefühl, die Kälte, den Kräfteverlust, der mich manchmal entsetzt – ob ich bis zum Ende mit meinen Nerven durchhalte – und hier erlebe ich am häufigsten Niederlagen. Ich kämpfe zuerst mit den sprachlichen Schwierigkeiten, dann mit der Welle des Hasses und der Feindseligkeit, mit der mir die Eindringlinge begegnen. Ich kämpfe um ein Stück Brot, um das Recht es zu ergattern. Manchmal strauchele ich. Von Anfang an waren mir diese Bemühungen und das Anklopfen an Tür um Tür auf der Suche nach Arbeit unangenehm, später stumpfte ich ab, gewöhnte mich daran und wenn es nötig ist, klopfe ich an Tür um Tür. Und wenn ich dann wieder auf festerem Grund stehe, kommt eine neue Welle und überspült mich: eine Aussiedlung, ein unerwarteter Besuch von Säufern, irgendwelche Untersuchungen und irrtümliche Nachforschungen, irgendwelche Deportationswellen von Kindern. Mit allem muss ich kämpfen und schwimme unentwegt gegen den Strom, doch bis jetzt schwimme ich. Und stets dieser Kampf um die Kinder, um sie an der Oberfläche zu halten, da sie stets am meisten gefährdet sind. Ich habe Angst in die Zukunft zu sehen. Genauso fürchte ich den Blick zurück, um mich nicht aufzulösen, nicht ins Wanken zu geraten, nicht zu zerbrechen. Die einzige Möglichkeit moralisch zu überleben ist innerlich zu verknöchern. Ich darf nicht träumen, nichts begehren, nicht sehnen, keine Pläne schmieden, die weiter als bis zum morgigen Tag reichen. Ich bin wie lethargisch, reduziere die Erscheinungen und Bedürfnisse des Lebens auf ein Minimum und kämpfe mit zusammengebissenen Zähnen weiter, um noch einen Tag zu überleben und noch einen und den nächsten ...“[32]

Auch wenn sie innerlich immer wieder zusammenbrach, achtete sie peinlich darauf, den Besatzern gegenüber keine Schwäche zu zeigen.[33] Etwas Halt boten ihr die Buchlektüre und der Besuch des Gottesdienstes in der Kathedrale sowie die Beachtung der katholischen Feiertage.[34] Sie nahm an

[31] Ebd., S. 21 f., 29.
[32] Ebd., S. 23.
[33] Ebd.
[34] Ebd., S. 27, 74.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zahlreichen Begräbnissen teil, deren Ritual sie an die Vorkriegszeit erinnerte.[35]

Die Deutschen, die nun das Stadtbild beherrschten, schilderte sie meist negativ und stereotyp: ihre laute und hochmütige Art zu sprechen, die Gesichter ausdruckslos und einförmig, geprägt von Stumpfsinn, Hochmut und Grausamkeit, die Gesichter rötlich und Körper fettleibig. Ihr Gang erinnert sie an den Entengang.[36] Sie verachtete deren Rituale wie das kollektive und unmusikalische Absingen von Liedern.[37] Allerdings vermied sie es, selbst erlebte Alltagsszenen zu beschreiben, etwa bei dem Besuch von Ämtern oder Begegnungen im öffentlichen Raum. Eine Ausnahme bildet der ungebetene Besuch eines deutschen Paares mit Kind in ihrer Parterre-Wohnung an einer belebten Kreuzung. Die Eindringlinge forderten für ihr Kind einen Nachttopf, in den sich anschließend auch die Frau erleichterte und Stypułkowska mit dem eingekoteten Gefäß zurückließ. Ihre Abscheu verbarg die Autorin in der sarkastischen Bemerkungen, dass sich die „Kulturträger" so in der „Wildnis" aufführten.[38]

Das Verhalten der Deutschen war der Grund dafür, dass sich das Stadtbild zum Negativen veränderte. Die Tagebuchschreiberin unterstreicht, dass Plock im September 1939 kaum größere Schäden davongetragen hatte. Nach mehrjähriger Besatzung veränderte sich das Stadtbild: Die Fassaden waren ungepflegt, Müll lag in Hauseingängen und Straßen, viele Häuser standen leer, zahlreiche Umbauten blieben unfertig, Schulen dienten als Garnisonen, das Theater wurde abgerissen, Museen geschlossen, Bäume gefällt, die Bänke trugen Schilder „Nur für Deutsche".[39]

Als Angestellte der Buchstelle war Stypułkowska im Vergleich zur übrigen Bevölkerung durchaus in einer besseren Lage und hatte nicht ausschließlich negative Erlebnisse mit den Besatzern. Ihre tägliche neun- bis elfstündige Arbeit war – im Gegensatz zu den Erfahrungen der Mehrheit ihrer Landsleute – weniger eine körperliche als eine psychische Belastung. Die feindselige Atmosphäre im Büro, den Umgang mit der fremden Sprache und ihren ständigen Kampf um Anerkennung empfand sie aber als schwere Bürde.[40]

---

[35] Ebd., S. 46.
[36] Ebd., S. 41 f.
[37] Ebd., S. 36 f.
[38] Ebd., S. 49.
[39] Ebd., S. 37 f.
[40] Ebd., S. 24, 60 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ihr Kontakt zu den Deutschen ließ sie wertvolle Nachrichten über den Kriegsverlauf aufschnappen. Sie hörte von den Gefallenenmeldungen, sah Flüchtlinge vor dem Bombenkrieg in Westdeutschland und Berlin, erfuhr von den anstehenden Schanzarbeiten in Ostpreußen und bekam genau mit, dass die von den Deutschen verwalteten Landgüter wegen der herrschenden Korruption kaum Gewinne abwarfen. Ihre wachsende Nervosität und ihr Gefühl, über den Bombenkrieg von der Propaganda belogen zu werden, ließen die Deutschen in einem menschlicheren Licht erscheinen.[41] Dies äußerte sich auch im recht guten Verhältnis zu ihrer Vorgesetzten, einer jungen 21-jährigen Frau, deren Charakter sie gleichwohl als etwas dümmlich skizzierte.[42]

Über ihre eigene Arbeit für die Deutschen reflektiert Stypułkowska nicht weitergehend. Es war klar, dass ihr eine solche Stellung das Überleben sichern konnte, doch mochten überzeugte Patrioten dies als Kollaboration auslegen. Die Verhaltensweisen anderer bewertet sie ebenfalls zurückhaltend; in der Ende Januar 1940 verfassten Anfangspassage mahnt sie zu Zurückhaltung:

> „Keiner von uns war der Situation gewachsen – woher haben wir das Recht zu richten? Wenn der eine oder andere [...] in einer wichtigen Funktion seiner Aufgabe nicht gerecht wurde – das waren [doch] keine unrechtmäßig ihre Ämter bekleidenden Menschen von einem anderen Planeten, sondern Menschen aus unserer Mitte, der Ausfluss der gesamten Gesellschaft. Sie waren genauso, wie sich auch die Mitglieder einer jeder anderen Partei in Regierungsverantwortung präsentiert hätten, die jetzt indes viel schreien, und noch vor einem halben Jahr anstatt [mit der Regierung] zu kooperieren [ihr] Steine in den Weg legten oder bestenfalls zur Seite traten, ihre Hände in Nichtverantwortung wuschen und sich in die Toga der Überlegenheit warfen, die zu überprüfen keiner die Gelegenheit hatte."[43]

Folgerichtig schilderte Stypułkowska auch Situationen, in denen sich ihre Landsleute wenig heldenhaft verhielten. Bereits in Siedlce hatte sie beobachtet, wie das vor Kriegsbeginn propagierte Engagement der Frauen von Armeeangehörigen in der Organisation *Rodzina Wojskowa* [Militärfamilie] mit der ersten Bombe „zerstob".[44] Es beschäftigte sie auch, warum

[41] Ebd., S. 36 f., 47, 51, 54–56.

[42] Ebd., S. 55, 57.

[43] Ebd., S. 15.

[44] Ebd., S. 19. Zum Ortsverein der *Rodzina Wojskowa* in Siedlce: MAŁGORZATA PACZOŚKA, Działalność Stowarzyszenia „Rodzina Wojskowa" w garnizonie siedleckim w latach 1930–1939, in: Szkice Podlaskie 6 (1998), S. 52–56.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich neben einfachen Leuten ebenfalls vermögende Intelligenzler zum Wechsel ihrer Nationalität entschieden, anstelle den Ausgang des Kriegs abzuwarten. Offensichtlich ging es ihr dabei um die Vorgänge zur Unterzeichnung der Volksliste.[45] Besonderes Unbehagen bereiteten ihr Freiwillige, die sich zur Wehrmacht meldeten und Weihnachten 1944 polnische und deutsche Lieder in der Kirche anstimmten.[46]

Die Tagebuchschreiberin weist ebenfalls auf die ethnischen Trennlinien hin, die ihrer Meinung auch durch die deutsche Besatzungspolitik entstanden. Während sich Polen, Russen, Ukrainer und Volksdeutsche früher nahegestanden waren und als Bürger Polens begriffen hatten, wandelten sie sich nun zu vier einander feindlich gesinnten Nationalitäten. Ein Moment, an dem alle noch einmal zusammenfanden, war das Begräbnis eines geachteten Lehrers im Juli 1943.[47]

Interessanterweise erwähnt Stypułkowska die Juden nicht in ihrer Aufzählung. Auf sie kommt sie erstmals im Zusammenhang mit der Renovierung ihrer heruntergekommenen Einzimmerwohnung im Frühjahr 1942 zu sprechen. Zu diesem Zeitpunkt lagen die letzten Deportationen von Juden bereits ein Jahr zurück und sie selbst befürchtete keine Verschleppung mehr durch die Deutschen. Ihre Wohnung war ursprünglich von Juden bewohnt worden, denn bevor man die Wände malen konnte, musste man deren „Dreck und Spuren" entfernen.[48]

Während Stypułkowska über das Schicksal der Juden von Plock schwieg, schien der Aufstand im Warschauer Ghetto Eindruck hinterlassen zu haben. Sie beschreibt ihn als tragisches Ereignis und Schande für die Besatzer. Besonders beschäftigte sie der Umstand, dass hier Juden auch für Polen kämpften. Sie waren es schließlich, die als erste während der Besatzung die polnische Flagge hissten, während das Leben in der Hauptstadt „normal" weiterging.[49] Stypułkowska war klar, dass die Deportation für die jüdische Bevölkerung den Weg in den Tod bedeutete. Als der Aufstand im Mai 1943 endete, notiert sie:

> „Das Ghetto ist offenbar bereits aufgelöst, sie [die Ghettobewohner] wehrten sich einen Monat lang, doch nec Hercules… Langsam und systematisch brennen sie [die Deutschen] Haus für Haus nieder, und die obdachlose Bevölkerung wurde in unbekannte Richtung abtransportiert, allerdings mit einem

[45] STYPUŁKOWSKA, Pamiętnik, S. 56.

[46] Ebd., S. 73, 78.

[47] Ebd., S. 45.

[48] Ebd., S. 26.

[49] Ebd., S. 28.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

klarem Ziel. Auf diese Weise wurde ein ganzes Stadtviertel abgebrannt. Es war der Schandfleck unserer Hauptstadt. Vielleicht wird es ein Park. Doch wird die aus ihm emporsteigende Tragik verschwinden?“[50]

Es lassen sich noch mehr politische Aussagen im Tagebuch finden, die Stypułkowska als wache und vergleichsweise gut informierte Beobachterin des Zeitgeschehens zeigen. Der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion weckte in ihr neue Hoffnungen, doch zeigten sich hier tradierte Ressentiments: Zwar war die Autorin schon 1941 überzeugt vom kommenden Sieg der Sowjetunion, doch angesichts der feindlichen Gesinnung der Russen gegenüber den Polen wünschte sie jenen zunächst einmal „eine kurze Lektion der Unfreiheit“.[51] Man sollte diese verbitterte Aussage freilich vor dem Hintergrund der hoffnungslosen geopolitischen Lage Polens verstehen und nicht wortwörtlich nehmen, doch ist es immerhin bemerkenswert, dass sie indirekt die Verlängerung des eigenen Leidens als Preis für eine „Bestrafung“ der Russen in Kauf nehmen wollte. Als sie Ostern 1943 von den Massengräbern polnischer Offiziere in Katyn und anderen Orten erfuhr, durchschaute sie die politische Instrumentalisierung der Nachricht durch die NS-Propaganda und stellte dem sowjetischen Verbrechen die Lager in Auschwitz, Mauthausen, Dachau und die Massengräber im nahen Płońsk (Plonsk) gegenüber.[52]

In einem Eintrag vom Mai 1943 kritisiert sie den intensiven sowjetischen Luftangriff auf Warschau in der Nacht vom 12.–13. Mai und lastet den „roten Schurken“ antipolnische Ziele an. Sie vermutet dahinter die „unbeglichenen Rechnungen“ von „1920“, also dem von Polen gewonnen Krieg gegen Sowjetrussland, und das Bekanntwerden des Massenmords von Katyn. Insgesamt hätten die Sowjets bislang den gegnerischen Deutschen viel weniger Schaden zugefügt als den verbündeten Polen.[53] Im Jahr 1944 bewegt sie die Kapitulation Italiens und die Landung der Alliierten tief. Der Frage, warum in ihren Aufzeichnungen der Warschauer Aufstand keine Erwähnung findet, kann an dieser Stelle nicht auf den Grund gegangen werden.

Das Kriegsende kam in Plock im Januar 1945. Stypułkowska arbeitete noch am 16. Januar in der Buchstelle, als die deutschen Mitarbeiterinnen,

[50] Ebd., S. 31. Die vollständige lateinische Phrase lautet: *nec Hercules contra plures* (Gegen viele wird Hercules nicht fertig), sie wurde unter anderem von Henryk Sienkiewicz in „Sintflut“ (*Potop*) verwendet.

[51] Ebd., S. 25, Zitat auf S. 26.

[52] Ebd., S. 26.

[53] Ebd., S. 31.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die erst jetzt ihre Lage vollends begriffen, bereits nur noch mit Packen beschäftigt waren. Ihrer Darstellung nach wurden die Volksdeutschen zum Bleiben gezwungen.[54] Erst am 18. Januar verließen die Mitarbeiterinnen der Buchstelle die Stadt. Auf Bitten der polnischen Mitarbeitern wiesen sie diesen noch den fälligen Monatslohn an.[55] Am 19. Januar bombardierte die Sowjetarmee die Stadt, zwei Tage verbrachte die Familie im Nachbarkeller.[56] Unterdessen versorgten sich die Stadtbewohner in deutschen Läden und Wohnungen mit Essen, Möbeln und allem Nötigen.[57]

Gesellschaftskritik als Sinngebung: Simcha Guterman (1903–1944)

Simcha Guterman gehörte vor dem Krieg zum gebildeten und politisierten Teil der jüdischen Stadtbevölkerung von Plock.[58] Zwar war er ohne höhere formale Bildung ein Autodidakt, doch verschuf ihm sein politisches und literarisches Engagement eine gewisse Bekanntheit. Er entstammte einer traditionsreichen chassidischen Familie, die sich im Ersten Weltkrieg in Plock niedergelassen hatte. Früh distanzierte er sich von der traditionellen Lebensweise des Elternhauses und gründete nach seinem Wehrdienst in den polnischen Streitkräften eine eigene Trikotagenwerkstatt, die ihm, seiner Frau Chawa und dem 1935 geborenen Sohn Jakov den Unterhalt sicherte. Er war Mitglied in der linkszionistischen Partei Poale Zion und verfasste Theaterstücke, Gedichte und Satiren in jiddischer Sprache. Zwei seiner Bühnenwerke wurden im jüdischen Theater von Plock aufgeführt. Bei Kriegsausbruch im September 1939 meldete er sich als Freiwilliger bei der Armee, wurde aber wie viele Juden zurückgewiesen und lediglich als Zivilist beim Ausheben von Panzerabwehrgräben eingesetzt.

Die ersten 18 Monate der deutschen Besatzung verbrachten die Gutermans in Plock, wo die dreiköpfige Familie ein Zimmer im Ghetto beziehen musste. Am 1. März 1941 wurde sie gemeinsam mit dem letzten

[54] Ebd., S. 79.

[55] Ebd., S. 80.

[56] Ebd., S. 81.

[57] Ebd., S. 83.

[58] Die biografischen Informationen über Simcha Guterman sind entnommen aus: JAN PRZEDPEŁSKI / JERZY STEFAŃSKI, Żydzi płoccy w dziejach miasta, Płock 2012, S. 82 f.; SYMCHA GUTERMAN, Kartki z pożogi, Płock 2004, S. 5–31.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Transport aus Plock in das Durchgangslager Soldau (Działdowo) deportiert und wenige Tage darauf in den Distrikt Radom im Generalgouvernement abgeschoben. Mit „arischen Papieren", die Guterman in Ostrowiec besorgte, gelangte die Familie schließlich über viele Stationen nach Warschau. Hilfe erhielt sie dort unter anderem von den Mariaviterinnen, zu denen Guterman bereits in Plock gute Beziehungen gepflegt hatte. Er wurde im polnischen Untergrund aktiv und fiel als Kämpfer der Heimatarmee am 1. August 1944, dem ersten Tag des Warschauer Aufstands.[59]



Abb. 2: Simcha Guterman mit Frau Chawa und Sohn Jakov (Ende der 1930 Jahre)

[59] Jakov Guterman berichtet, in: DERS., Das gerettete Buch, S. 247–301, hier S. 262 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bis zu seinem Tod verfasste Simcha Guterman unentwegt Texte in jiddischer Sprache über das im Krieg Erlebte. Als Schreibmaterial dienten ihm Papierstreifen, die er in Flaschen verschloss und an verschiedenen Orten versteckte. Seine Motivation war es, ein Zeugnis über das Schicksal der Juden unter deutscher Herrschaft zu hinterlassen. Seinem Sohn Jakov trug er auf, sich die Lage der Flaschen zu merken, um sie nach dem Krieg wieder auszugraben und auf diese Weise die Erinnerung an die Ermordeten wachzuhalten.[60] Allerdings wurde bis heute nur eine der Flaschen bei Bauarbeiten in Radom im Jahr 1978 wiedergefunden. Sie enthielt einen ausführlichen Bericht über das Schicksal der Juden von Plock vom Kriegsausbruch bis zur Auflösung des Ghettos im März 1941, der 1991 von der Soziologin und Anthropologin Nicole Lapierre in französischer Übersetzung erstmals ediert wurde.[61]

Der zwischen Januar und Mai 1942 verfasste Text ist ein literarisierter Tatsachenbericht, in dem Guterman selbst Erlebtes und von anderen Erfahrenes in kurzen Kapiteln zusammenführt. Es handelt sich dabei weder um ein Tagebuch noch um eine Chronik, sondern um „einen geschriebenen, durchgeformten, in Kapitel unterteilten Text, der um Szenen und Schlüsselfiguren angeordnet" ist.[62] Die chronologische, sehr plastische Erzählung, in der „Wunder, Terror, und Schrecken, Dokumentation, Skizze und literarischer Text" ineinander übergehen, verrät die literarische Ambition des Autors und folgt entsprechenden Konventionen.[63] Anders als Stypułkowska, die dem eigenen Erleben und Fühlen viel

[60] Ebd., S. 266–268.

[61] Zur Wiederauffindung und Editionsgeschichte des Textes: NICOLE LAPIERRE, Die Vermittler, in: GUTERMAN, Das gerettete Buch, S. 13–38, hier S. 15–29. Bislang liegen neben der französischen Erstveröffentlichung und deren hier verwendeten deutschen Übersetzung jiddische, hebräische, italienische, niederländische und polnische Ausgaben vor. Während die französische und hebräische Version direkte Übersetzungen des erst später edierten jiddischen Originals sind, basieren die italienische, niederländische und deutsche Ausgabe auf dem französischen Text. SIMHA GUTERMAN, Le livre retrouvé, Paris 1991; SIMCHA GUTERMAN, Het opgedoken boek, Amsterdam 1993; SIMHA GUTERMAN, Il libro ritrovato, Torino 1994; S'IMHEH GUTERMAN, Bleter funem fayer, Tel-Aviv 1996; ŚIMHAH GUTERMAN, 'Alim min ha-esh, Yerushalayim 2004. Die polnische Ausgabe SYMCHA GUTERMAN, Kartki z pożogi, Płock 2004, ist wiederum eine Übersetzung aus dem Deutschen. Eine Übersetzung des jiddischen Originals ins Englische veröffentlichte Simcha Gutermans Sohn Jakov im Selbstverlag: SIMHA GUTERMAN, Leaves from Fire, Moreshet 2015.

[62] LAPIERRE, Die Vermittler, S. 21.

[63] Zitat aus der Rezension von FRAUKE MEYER-GOSAU, Terror, Schrecken, Wunder, in: taz. die tageszeitung, 6. Oktober 1993, S. 9.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Raum gab, versteckt Guterman persönliche Emotionen und Autobiografisches in kleinen Situationen aus dem Leben Anderer. Er selbst beschränkt sich meist auf seine Rolle als Erzähler und kritischer Kommentator der vorgefundenen Zustände.

Der Bericht setzt in den Tagen unmittelbar vor dem deutschen Überfall ein. Viele Juden aus Plock weilten 1939 wie jedes Jahr den Sommer über auf dem Land in der Umgebung der Stadt. Die Gutermans verbrachten ihre Ferien ebenfalls wie immer im jenseits der Weichsel befindlichen Dorf Sendeń Duży, das inmitten eines abseitigen Waldgebiets lag.[64] Die Meldungen vom Vormarsch der Wehrmacht und der schnellen Niederlage der polnischen Armee stifteten große Verwirrung unter den Sommerfrischlern: Es war aufgrund fehlender Nachrichten und grassierender Gerüchte kaum möglich, im abseits gelegenen Dorf die eigene Lage und Handlungsoptionen rational einzuschätzen. Die meisten Feriengäste kehrten nach Plock zurück, um sich auf den Krieg vorzubereiten, die eigenen Familien und ihr Eigentum zu schützen. Als die Stadt immer stärker bombardiert wurde, und es absehbar war, dass die polnischen Truppen dem Vordringen der Wehrmacht nicht standhalten würden, verließen Tausende Polen und Juden Plock in Richtung Warschau oder die umliegenden Dörfer:

> „[A]lle anderen (außer den Soldaten) flüchteten in einem allgemeinen Exodus, Juden wie Katholiken; diesmal war es den Göttern nicht gelungen uns zu entzweien!“[65]

Auch die Gutermans kehrten nach Sendeń Duży zurück, wo sie für einige Zeit bei ihrem befreundeten Bauern unterkamen.[66] Das Dorf war überfüllt mit Flüchtlingen. Viele erinnerten sich mit Unbehagen an den letzten Krieg vor 25 Jahren und dessen Folgen für die Zivilisten, was Bauern und Juden einander näher brachte.[67] Unterdessen zerfielen die polnischen Streitkräfte unter dem Druck der Wehrmacht. Mitfühlend beschreibt Guterman die abgekämpften Gestalten der polnischen Soldaten, „eher Schemen als Männer“, die Plock verteidigen sollten.[68] Mit Ablehnung begegnet er indes dem egoistischen und unpatriotischen Verhalten einiger

[64] In der französischen und den ihr folgenden Übersetzungen ist irrtümlicherweise von Sendin die Rede. Bis 2012 galt die amtliche Schreibweise Sędeń Duży.

[65] GUTERMAN, Das gerettete Buch, S. 72.

[66] Ebd., S. 70–94.

[67] Ebd., S. 53 f., 67 f.

[68] Ebd., S. 71.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Offiziere und städtischer Notabeln, etwa der Desertion eines Offiziers.[69] Als kritischer und politischer Geist nahm er die trotz der Ausnahmesituation weiter bestehenden sozialen Gräben, die den zuvor proklamierten Patriotismus als reine Makulatur erscheinen ließen, besonders stark wahr und kam zum Schluss, dass im Chaos der Kriegshandlungen das individuelle Fortkommen ungleich mehr zählte als der nationale und soziale Zusammenhalt.[70] Ebenso wenig spart er die antisemitische Haltung eines Teils der christlichen Bevölkerung aus, ohne die Hilfsbereitschaft vieler anderer gegenüber den Juden zu unterschlagen.[71]

Bald kehrten die Flüchtlinge aus Sendeń Duży und anderen Orten nach Plock zurück. Ihr Entschluss wurde vom Gerücht befeuert, die Stadt würde jenem Gebiet zugeschlagen, dass sich die Sowjetunion im Hitler-Stalin-Pakt gesichert hatte. In Plock angekommen, stellte sich heraus, dass die deutsch-sowjetische Demarkationslinie viel weiter im Osten lag, was viele Juden zur Flucht in Richtung Bialystok (Białystok) bewegte.[72] Die schrecklichen Nachrichten über den Umgang der Deutschen mit der Zivilbevölkerung legten nahe, das sich die Bedrohungslage der Juden in ungeahntem Maße verschärfen würde.[73] Aus diesem Grunde entschloss sich Simcha Guterman dazu, vor den Deutschen nach Warschau zu fliehen, scheiterte aber vor Ort und kehrte ins heimatliche Plock zurück.[74]

Die nun folgende Spirale deutscher „Judenpolitik", die im Massenmord endete, analysiert Guterman in seinen Beobachtungen aufs Genaueste. Er schildert die deutschen Maßnahmen gegen die Juden, wie Kontributionen, Gewalt, Kennzeichnung, Enteignungen und Zwangsarbeit. Auch die wohlwollende Reaktion mancher Polen darauf thematisiert er, erneut nicht ohne die von anderen Polen an Juden geleistete Hilfe zu würdigen.[75] Im Zentrum seiner Beobachtung stehen allerdings die unterschiedlichen innerjüdischen Verhaltensweisen und Konflikte. Besonders eindrücklich sind die Passagen über das Vorgehen konkreter jüdischer Akteure: die Verzweiflung der Ghettoinsassen, die sich Hilfe beim Judenrat zu holen

[69] Ebd., S. 76 f.

[70] Ebd., S. 66 f.

[71] Ebd., S. 66.

[72] Ebd., S. 95–107, 179–190.

[73] Ebd., S. 91–94.

[74] Ebd., S. 115–132.

[75] Ebd., S. 176, 131 f. Zu den Juden in Plock im Zweiten Weltkrieg: JAN PRZEDPEŁSKI, Żydzi płoccy. Dzieje i martyrologia 1939–1945, Płock 1993. Siehe zum Thema auch das diesem Band angehängte Literaturverzeichnis.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

versuchten; die tragische Lage des Judenrats – der einerseits Werkzeug der Deutschen war, und sich andererseits um die Linderung der Lage der Juden bemühte; schließlich auch die Geschäftemacherei und Korruption von einigen Mitgliedern des Judenrats und deren egoistische Kollaboration mit ihren Peinigern.[76]

Gutermans Manuskript endet mit der Auflösung des Ghettos von Plock und der Deportation seiner Bewohner in das Durchgangslager Soldau, von wo aus sie auf verschiedene Orte im Distrikt Radom verteilt wurden. Ausführlich schildert er Grausamkeit und Zynismus der deutschen Schergen und die familiären Tragödien während der Deportation.[77] Des Weiteren stellt er knapp und eindrücklich die schlimmen Lebensbedingungen im Lager dar, wobei ihn besonders das Schicksal der Kinder erschütterte. Beeindruckt zeigt er sich von einer Deutschen, die es vorzog, mit ihrem Kind dem Gatten in das Lager zu folgen, als das eigene Leben zu retten.[78]

Guterman wie Stypułkowska schrieben ihre Texte aus der Perspektive des Ich-Erzählers, nahmen aber unterschiedliche Blickwinkel ein. Während sich Stypułkowska auf ihre eigene soziale Degradierung und den Umgang mit elementaren Mängeln und Bedrohungen im Alltagsleben konzentriert, lässt Guterman das eigene Erleben viel stärker hinter das kollektive Schicksal der Juden treten. Nicht die eigene Erniedrigung, die eigene Angst, sondern der Blick auf die jüdische Gesellschaft und deren inneren Verwerfungen sind für ihn relevant. Er verwendet nur wenig Raum, um wie Stypułkowska über die „kleineren" Mühen des Alltags wie die Zubereitung von Essen zu schreiben. Ihn interessieren vielmehr die nicht zu lösenden elementaren Probleme wie die Versorgungslage des Ghettos insgesamt, der Mangel an Wohnraum, die Misshandlungen durch Deutsche und deren Folgen für das Zusammenleben im Ghetto. Die eigene Biografie und die seiner Familie bindet er nur in den allertragischsten Momenten, wie der Liquidierung des Ghettos mit ein.

Guterman zeigt hinsichtlich der im Ghetto herrschenden permanenten Ausnahmesituation somit kein Alltagsleben *sensu stricto*, und auch über die Kontakte von Juden zu Polen in der Stadtgesellschaft, Aufbau und Geografie des Ghettos und den Dynamiken innerhalb der eigenen Familie erfährt der Leser kaum etwas. Im Zentrum seiner Beschreibung stehen noch wesentlich elementarere Dinge als bei Stypułkowska, die trotz aller

[76] GUTERMAN, Das gerettete Buch, S. 157 f.

[77] Ebd., S. 210–227.

[78] Ebd., S. 236.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lebensgefährdenden Bedrohungen auf viel mehr Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz ihrer Familie zurückgreifen kann: Es ist die ununterbrochene Angst um das nackte Überleben, die immer kleiner werdenden Handlungsoptionen und die immer klarer werdende Unausweichlichkeit des Schicksals angesichts einer perfekten deutschen Diskriminierungs- und Mordmaschine. In den letzten Tagen vor der Deportation steigerte sich die Angst ins Unerträgliche:

> „Bange Nächte, verfluchte Nächte. Was diese Zeit der Ungewißheit für uns bedeutete, läßt sich nicht mit Worten wiedergeben. Ich habe später so manche schlimme Nacht voller Alpträume erlebt, in den Lagern, während der Massaker, im Exil oder auf der Flucht im Kugelregen, aber keine kam den Nächten in diesen letzten drei Wochen in Plock gleich. Es war schlimmer als die Hinrichtungen, schlimmer als die Erschießungen, denn das Warten auf den Henker, der sein Beil schleift, ist ein langsamer Tod der Seele. Am qualvollsten empfanden wir jedoch diese Ungewißheit, wenn wir an das Schicksal der Kinder dachten; sie erhitzte uns die Köpfe und schnürte uns die Kehlen zu."[79]

Zwischen Mitleid und Sarkasmus schwankt Guterman, wenn er die vergeblichen Mühen der Juden beschreibt, doch noch einige Wertgegenstände zu verstecken, die ihnen das Überleben sichern könnten.[80]

Sein Anliegen ist es, die von den antijüdischen Maßnahmen der Deutschen hervorgerufenen Verhaltensweisen der Menschen im Ghetto zu schildern – nicht um die Opfer bloßzustellen, sondern um den unerbittlichen Mechanismus des Überlebens aufzuzeigen: Der Zugriff auf materielle Ressourcen, die eigene soziale Ausgangsposition, die Anpassungsfähigkeit an das korrupte Unterdrückungsregime und das Fehlen von Solidarität sind die Variablen, von denen laut Gutermans Darstellung das zwischenzeitliche Überleben abhängt. Der Judenrat erschien ihm so einerseits als machtlos in den Händen der Besatzer, zugleich symbolisierte dessen zum Teil korruptes Agieren nach innen die tiefen Gräben zwischen den sozialen Schichten. Es waren die bereits vor dem Krieg besser Gestellten, die ihre materiellen Ressourcen einsetzen konnten, um sich beim Judenrat von der Zwangsarbeit freizukaufen oder ihre Ernährung sicherzustellen.

Bei der Charakterisierung anderer ethnischer Gruppen arbeitet Guterman nicht mit der pauschalen Zuschreibung negativer Eigenschaften. Deutlich wird dies etwa an der Beschreibung der Deutschen, bei der er,

[79] Ebd., S. 208.

[80] Ebd., S. 205, 210–212.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wenn möglich, konkrete Personen oder Polizeieinheiten charakterisiert und nicht nur ein gesichtsloses wie brutales Kollektiv skizziert. Tiefen Eindruck hinterließ bei ihm ein deutscher Polizist, der bei der Auflösung des Ghettos „am helllichten Tag und vor aller Augen" in Tränen ausbrach.[81] Gleiches gilt für die Beschreibung der Polen, deren breites Spektrum an Verhaltensweisen er ähnlich schonungslos wie das der Juden aufdeckt. Es spricht aber zugleich ein hohes Maß an Empathie für die polnische Bevölkerung aus seinem Text, wenn es etwa um die Zwangsmaßnahmen geht, die die nichtjüdischen Bewohner von Plock ab 1940 trafen.[82] Klar sieht Guterman, dass nach dem die Ghettoisierung der Juden abgeschlossen worden war, auch bei den Polen Deportationen zur alltäglichen Realität wurden.[83]

Fast scheint es, dass Gutermans sozialkritische Position ihm die Möglichkeit eröffnete, eine Sinngebung oder einen Erklärungsansatz für die entsetzliche wie hoffnungslose Situation seiner Familie und aller im Ghetto eingesperrten Juden zu finden. Seine marxistisch untermauerte Gesellschaftskritik diente möglicherweise als emotionales Ventil, konnte er doch so das an sich sinnlose Geschehen der Ermordung der Juden zu einem gewissen Grad in rationale Erklärungsmuster einbetten. Der Text entstand, als die Gutermans bereits in das Generalgouvernement deportiert worden waren und sich als Polen ausgeben mussten, um überhaupt eine Überlebenschance zu haben. Dass er die emotionalen Bindungen zum Judentum dennoch nicht kappen wollte, beweist der Umstand, dass er seinen Bericht auf Jiddisch verfasste und so auch primär an eine jüdische Leserschaft richtete. Indem Guterman das Verhalten und die Struktur der jüdischen Bewohner des besetzten Plock in seiner Muttersprache sezierte, schuf er sich eine Art Selbstvergewisserung, dass nur der äußerliche Bruch mit der eigenen Herkunft und Tradition es ermöglichen würde, den Krieg zu überdauern.

Pflichterfüllung als Chronist und Seelsorger: Marceli Przedpełski (1871–1947)

Die Chronik der Pfarrgemeinde Klukowo verfasste ihr langjähriger Pfarrer Marceli Przedpełski. Er stammte aus dem Dorf Przedpełce bei Plock

[81] Ebd., S. 227.
[82] Ebd., S. 191 f.
[83] Ebd.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und durchlief seine theologische Ausbildung im Priesterseminar Plock. Nach mehreren Zwischenstationen übernahm er 1917 die Pfarrei Klukowo in der damaligen Landgemeinde Gołębie, auf halber Strecke gelegen zwischen Plonsk und Pultusk (Pułtusk). Hier blieb Przedpełski 30 Jahre und erwies sich als engagiertes Gemeindeoberhaupt.[84] Der Kriegsausbruch im September 1939 bewegte den Geistlichen dazu, von ihm beobachtete Ereignisse schriftlich festzuhalten. Er hatte bereits über den Ersten Weltkrieg in seiner damaligen Gemeinde Orszymowo bei Wyszogród und über Klukowo dokumentarische Texte verfasst und veröffentlicht.[85]

Wie im Falle der beiden anderen Autoren war es auch für Przedpełski Anliegen und Pflicht, der Nachwelt die Grausamkeit des Zweiten Weltkriegs zu dokumentieren. Dafür wählte er die Form der Gemeindechronik, um über die Geschehnisse in seiner Gemeinde und der gesamten Region zu berichten, wofür er bis zu seinem Tod 126 Blätter in Foliantgröße füllte. Die Einträge nahm er, wenn nicht tagesaktuell, so doch unmittelbar im Anschluss an die Ereignisse vor und ergänzte sie später, etwa um das weitere Schicksal bestimmter Personen festzuhalten. Wie er die Chronik, die ihn in akute Lebensgefahr bringen konnte, jahrelang vor den Deutschen verbarg, wird auch in der 2007 vom Regional- und Kirchenhistoriker Michał Marian Grzybowski besorgten Buchedition nicht geklärt.[86] Indem er sich in die Tradition der Orts- und Gemeindechroniken einreihte, wählte Przedpełski eine etablierte Textgattung, die im 20. Jahrhundert besondere Popularität erfuhr.[87]

Das eigene Befinden und das Ergehen der eigenen Familie mussten dabei in den Hintergrund treten. Sein Blick ruhte eher auf der dörflichen Gemeinschaft und der Gesamtgesellschaft. Neben dem Schicksal seiner Gemeinde und ihrer Mitglieder legte er Wert darauf, die Schicksale seiner besonders im Fokus der Besatzer stehenden Priesterkollegen zu dokumentieren, wovon eine der Chronik angehängte Namensliste von Ermordeten und Umgekommenen zeugt.[88] Insgesamt dokumentierte der Priester eine

---

[84] GRZYBOWSKI, Kronika, S. 9–14. Im Anhang dieser Publikation ist ein Porträtfoto Marceli Przedpełskis abgedruckt.

[85] Ebd., S. 10–12; ANDRZEJ JEZNACH, Orszymowo 1915. Wojna widziana oczami proboszcza, in: Nasze Korzenie 2 (2012), S. 31–35.

[86] GRZYBOWSKI, Kronika, S. 15–17. Klar ist, dass der Chronist den Folianten zeitweise vergrub. Ebd., S. 388.

[87] Für den deutschen Fall einführend: DIRK THOMASCHKE, Abseits der Geschichte. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg in Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg in Ortschroniken, Göttingen 2016, S. 13–96.

[88] GRZYBOWSKI, Kronika, S. 383–391.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

derartige Fülle von Vorkommnissen und Aspekten des Besatzungsalltags, dass im Folgenden lediglich einige Themen exemplarisch herausgegriffen werden können.

Ebenso wie Guterman und Stypułkowska war Przedpełski gut über die politischen Zusammenhänge des Krieges informiert, denen er die ersten Seiten seiner Chronik widmet.[89] Das Handeln der polnischen politischen und militärischen Führung im September 1939 unterzieht er einer schonungslosen Analyse.[90] Auch in den Folgejahren bettet er das lokale Geschehen stets in die großen militärischen und politischen Zusammenhänge ein und notiert in seinen Schilderungen nicht nur Ereignisse in Klukowo und den umliegenden Dörfern, sondern auch aus dem gesamten Regierungsbezirk Zichenau.[91] Offenbar hatte er Kontakte zur Untergrundbewegung und las zumindest die Untergrundpresse.[92]

Umfassend kommen der deutsche Vormarsch, die Flucht der Zivilisten, die ersten Misshandlungen von Zivilisten durch Wehrmachtssoldaten, der sowjetische Einmarsch zur Sprache.[93] Schon bald erlebten Polen und Juden die ersten Aussiedlungen.[94] Bei der Beschreibung der Besatzungsverbrechen begnügt sich Przedpełski meist mit einer nüchternen Dokumentation des Grauens. Immer wieder unterstreicht er aber gleichzeitig die Folgen der Brutalität für das Zusammenleben der Menschen und macht seine eigene Wertung des Geschehens offenbar. Damit rückt er die Wirkung der brutalen Kriegsereignisse auf die Menschen in seinem Umfeld in den Blick. Plastisch schildert er den Alltag der Besatzung auf dem Land, der von dem Druck und Repression, aber auch von Normalitäten geprägt war. Freilich war das dörfliche Leben vor allem von empfindlichen Einschränkungen bestimmt, wie der begrenzten Bewegungsfreiheit, der nur teilweise gestatteten Benutzung von Transportmitteln und der alltäglichen Polizeistunde. Hinzu kamen die drückenden Kontingente, die die Bauern den Deutschen abliefern mussten. Das Jahr 1942 fasst er zu Silvester wie folgt zusammen:

> „Hinsichtlich Wirtschaft, Lebensmittelversorgung, abzuliefernder Kontingente und Kleiderversorgung war dieses Jahr so wie das vorangegangene. Man

[89] Ebd., S. 18–20.
[90] Ebd., S. 33–36.
[91] Unter anderem: Ebd., S. 149, 236, 244.
[92] Ebd., S. 16.
[93] Ebd., S. 21–36.
[94] Ebd., S. 54–58.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

> kann nichts kaufen, weil es in den Geschäften nichts gibt. Alle Marken und Punkte für Kleidung und Lebensmittel liegen ungebraucht herum. Und alles, was die Bevölkerung abliefern soll, wird mit großer Gewalt und strengen Strafen durchgesetzt, besonders für das Schlachten von Schweinen ohne Genehmigung droht jedem die Todesstrafe. Die Menschen indes schmuggeln und schlachten Schweine heimlich, da sie anders nicht überleben würden. Im Allgemeinen ist die Moral nicht besonders hoch: Denunziationen beim Kommissar [Amtskommissar] [und] den Gendarmen kommen oft vor; eine andere Plage ist das Schnapsbrennen aus Melasse, Zucker und anderem. Kartenspielerei, dabei geht es schon nicht mehr nur um ein paar Mark, sondern um hunderte. Der Mut des Volkes ist aber immer noch ungebrochen. Es ist erstaunlich, woher das kommt! Die Allgemeinheit glaubt an den Sieg ihrer Sache und mit dieser Hoffnung übertritt sie die Schwelle zum Jahr 1943!«[95]

Am Ende der zitierten Passage spricht der Autor einen weiteren Aspekt des Besatzungslebens an: Neben der von Przedpełski so beschriebenen allgemeinen guten Moral der ländlichen Gesellschaft verbreiteten sich Praktiken, die diesen Zustand zu untergraben drohten, die illegale Schnapsbrennerei und Spielsucht. Hier lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, inwieweit der Autor die Zustände im Sinne eines nationalen Heldennarrativs beschönigen oder ein möglichst realistisches Bild der besetzten Gesellschaft wiedergeben will. Wahrscheinlich tendierte er – bei allem grundsätzlichem Optimismus – in letztere Richtung, übt er doch immer wieder Kritik am sich ausbreitenden Denunziantentum und einem zunehmenden Werteverfall.[96]

Dabei spart Przedpełski die Vertreter der eigenen Berufsgruppe nicht aus, etwa wenn er einem bekannten katholischen Geistlichen vorwirft, dass sich dieser in der deutschen Verwaltung verdingt habe.[97] Die sich mit der Dauer der Besatzung verschärfende Lage der Bevölkerung förderte Verhaltensweisen wie das Aufkommen von Bestechlichkeit und Korruption. Als besonders negativ empfand Przedpełski die Plünderungen, zu denen sich die Bauern jeweils anlässlich des Zusammenbruchs der staatlichen Macht hinreißen ließen (Herbst 1939, Januar 1945).[98]

Neben der im Zitat angesprochenen lebensnotwendigen Pragmatik illegaler Praktiken, wie Schwarzschlachtung, Schwarzhandel und Schmuggel, beschreibt der Priester das Streben der Menschen, für kurze Momente

[95] Ebd., S. 239 f.
[96] Ebd., S. 285.
[97] Ebd., S. 143.
[98] Ebd., S. 50.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der schlimmen Lebensrealität zu entgehen oder sie zumindest für einen Augenblick zu verdrängen. So inszenierten junge Menschen eine scheinbare Normalität, indem sie ein illegales Tanzvergnügen organisierten. Andere versuchten das Heiratsverbot zu umgehen.[99] Przedpełski, der sein Vorgehen nicht mehr mit der regionalen Kirchenhierarchie abstimmen konnte, wurde vielfach selbst aktiv.

Die Art der Präsenz der Deutschen war eine andere als in der Stadt. Der Besatzungsapparat wurde durch Gendarmen, den Amtskommissar und die Verwalter der enteigneten Gutshöfe repräsentiert. Anders als in den Städten war die Präsenz der Besatzer so nicht anonym, denn man lernte die neuen Herren schnell persönlich kennen. Auch wenn sie auf den zum Teil weit verstreuten Gehöften nicht ständig präsent waren, konnten sie jederzeit dort erscheinen, Möbel, Geräte und Vieh requirieren oder die Bewohner des Hofs verweisen. Hinzu kamen Zwangsarbeiten beim Straßenbau und der Feldarbeit, zu der die Bauern unaufhörlich herangezogen wurden. Den Ton der Besatzer gab der Amtskommissar Vogel vor, dessen ostpreußische Herkunft wie auch seine reizbare und selbstherrliche Persönlichkeit von Przedpełski ausführlich analysiert wurde.[100]

Trotz aller Empörung über die deutsche Besatzungsherrschaft verlor Przedpełski nicht das Gespür für Einzelschicksale der Gegner. So schildert er durchaus mit Empathie, wie sich junge Volksdeutsche aus Kummer darüber betranken, dass sie zur Wehrmacht eingezogen wurden.[101] Die Chronik liefert außerdem zahlreiche Informationen über das Schicksal der Juden in den umliegenden Städten, wiederum ein Thema, das hier nur angeschnitten werden kann. Neben den im Herbst 1939 einsetzenden Aussiedlungen und Kontributionen beschreibt Przedpełski auch Erschießungen und verschiedene Alltagsszenen.[102]

Über das Ziel der deportierten Juden aus den aufgelösten Ghettos im Regierungsbezirk war er sich im Klaren: „Man brachte sie [die Juden] nach Treblinka in den Untergang. Es werden darüber schreckliche Dinge erzählt.“ [103] Ostern 1943 wurde der Aufstand im Warschauer Ghetto Przedpełski zufolge von der Landbevölkerung begrüßt:

---

[99] Ebd., S. 195, 241–243.

[100] Die Anwesenheit deutscher Beamter und Siedler thematisiert der Autor zum Teil sehr ausführlich. Dieser Aspekt kann hier nicht weiter ausgeführt werden: Ebd., S. 286 f.

[101] Ebd., S. 196 f., 257.

[102] Ebd., S. 46, 51–53, 59 f., 66, 77, 80 f., 136, 155, 234, 243, 277, 282.

[103] Ebd., S. 234.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Die Stimmung ist heiterer, weil in Warschau der deutsch-jüdische Krieg begonnen hat! *Bravo! Hervorragend!* wurde gesagt."[104]

Przedpełski bemüht sich nicht nur, Ereignisse wiederzugeben, sondern wie ein Seismograf auch Stimmungen aufzuzeichnen, etwa in Form von Anekdoten. Selbst Details wie die Lufttemperatur hält er schriftlich fest. Genau notiert er die Reaktionen von Polen und Deutschen auf den weiteren Kriegsverlauf, als beispielsweise Nachrichten über die Schlacht von Stalingrad oder den Warschauer Aufstand ins Dorf drangen, und dokumentiert damit zugleich, dass auch die Landbevölkerung über den groben Kriegsverlauf recht genau informiert war.

Das Kriegsende kündigte sein Nahen bereits im Sommer 1944 an, als Fuhrwerke mit Flüchtlingen aus der Ukraine Klukowo erreichten.[105] Bald rief die Wehrmacht die Polen auf, in die deutsche Armee einzutreten und am Kampf gegen den Bolschewismus teilzunehmen.[106] Der Einmarsch der Roten Armee erfolgte dann am 15.–16. Januar 1945. Die sowjetischen Soldaten wurden freundlich empfangen. Die Besatzungsordnung brach indes zusammen: Die Bevölkerung plünderte das Gemeindeamt, Landarbeiter taten das Gleiche auf den Gutshöfen. Auch vonseiten der Rotarmisten mangelte es nicht an Gewalt. An Deutschen wurden Racheakte verübt, zumal diese bei ihrem Rückzug noch einige Gefängnisinsassen ermordet hatten. Mit seinen Predigten versuchte der Pfarrer gegen diese Anarchie anzukommen, blieb aber machtlos. Im Februar 1945 formierten junge Sympathisanten der Kommunisten erste Polizeieinheiten und wurden so Vorboten einer neuen Ordnung.[107]

Zwischen „Leben zum Schein" und „Besatzungsnormalität". Auswertung und Fazit

Die drei präsentierten Texte zeigen, dass die deutsche Besatzung alle bisherigen Selbstverständlichkeiten in Frage stellte, von der Befriedigung der Grundbedürfnisse über ein Mindestmaß sozialen Zusammenhalts bis hin zum Gefühl für Kontinuität und Beständigkeit des Lebens.[108] Damit wurde sie zu einer andauernden Grenzerfahrung. Doch während für die

[104] Ebd., S. 259.
[105] Ebd., S. 324.
[106] Ebd., S. 358.
[107] Ebd., S. 376.
[108] RODAK, Niecodzienna codzienność, S. 40 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Juden selbst der Aufbau einer zumindest rudimentären „Normalität" unmöglich war, gab es unter der nichtjüdischen Bevölkerung Gruppen, für die sich ein Zustand banaler Alltäglichkeit von Besatzung einstellte, den der Literaturwissenschaftler Michał Głowiński als *normalka* umschrieb, einen „belastenden Alltag, den man nicht gutheißen, aber auch nicht ändern konnte".[109] In Kombination mit der Quellenüberlieferung aus der Perspektive der Besatzer liegt die Chance, ein relativ detailliertes Bild vom Alltag und den Beziehungen zwischen Besetzten und Besatzern zu erhalten. Die von Anna Czocher am Beispiel Krakaus konstatierte Adaption der Bevölkerung an die neue Realität und die gleichzeitige Zweiteilung des Alltags in einen offiziellen und informellen, einen scheinbaren und wirklichen Teil wird auch in den hier behandelten Schriftzeugnissen deutlich. Diese Dichotomie hat wohl keiner so treffend beschrieben wie Kazimierz Wyka in seinen bereits 1947 entstandenen Skizzen „Życie na niby". Ihr Titel wird auf Deutsch in der Regel mit „Leben als ob" wiedergegeben, wobei „Leben zum Schein" oder „unechtes Leben" der intendierten Bedeutung möglicherweise näherkommen.

Wyka zufolge war die Existenz von Besatzern und Besetzten zweigeteilt: „Die wichtigsten Pflichten ihres Berufs erfüllend, im Rahmen der offiziell bestehenden Gemeinschaft arbeitend – leben sie zum Schein (*żyją na niby*); sind sie unter den ihren – leben sie wirklich." Doch ist eine klare Abgrenzung beider Sphären unmöglich, sodass zwar beide „gegensätzliche Ordnungen parallel" existieren, sich aber partiell durchdringen. Damit wurde das Leben unter deutscher Besatzung, wie auch aus den diskutierten Texten deutlich wird, zu einer „riesigen Ansammlung gesellschaftlicher und moralischer Paradoxien".[110]

Die schriftlichen Zeugnisse bekräftigen die Annahme, dass die jeweilige Perspektive, bestimmt durch die soziale Position, kulturelle Prägung und berufliche Position sowie den eigenen Aufenthaltsort, vor allem aber durch die von den Nationalsozialisten vorgenommene Segregation nach rassischen Gesichtspunkten, die Wahrnehmung des Besatzungsalltags bestimmte. So individuell die jeweilige Perspektive auf die Besatzung war, so individuell waren auch die konkreten Konsequenzen für das eigene Überleben. Folgerichtig belastete Jadwiga Stypułkowska vor allem der Verlust des Sicherheit bietenden familiären und sozialen Umfelds, wäh-

[109] MICHAŁ GŁOWIŃSKI, Tak jest dziwne, tak jest inaczej, in: DERS., Prace wybrane, Bd. 2: Narracje literackie i nieliterackie, Kraków 1997, S. 143–147, hier S. 145, zitiert nach: RODAK, Niecodzienna codzienność, S. 40 f.

[110] WYKA, Życie na niby, S. 145.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rend Simcha Guterman in erster Linie gegen die von den Deutschen vorgenommene Entmenschlichung der Juden anschrieb. Marceli Przedpełskis Blickwinkel war indes stärker auf die dörfliche und kirchliche (Werte-)Gemeinschaft sowie sein eigenes Berufskollektiv gerichtet, wobei er die Besatzung stark in eine historische Kontinuität setzte.

Es war unabdingbar, dass die Besetzten den Besatzern gegenüber in einer Weise auftraten, die ihnen das Überleben sicherte beziehungsweise nicht in Gefahr brachte. Gleichzeitig musste die Bevölkerung auf informelle oder illegale Praktiken zurückgreifen um zu überleben. In der Gemeindechronik von Klukowo wird diese Zweiteilung des Lebens immer wieder beschrieben, etwa bei der Schlachtung von Tieren oder dem Handel mit Lebensmitteln oder dem Umgehen des Heiratsverbots. Stypułkowska nahm aus pragmatischen Gründen die Arbeit in der Buchstelle auf und ertrug die Erniedrigungen vonseiten ihrer Vorgesetzten, während sie ihr Familienleben nach den Mustern der Vorkriegszeit ausrichtete. Ihr Fall veranschaulicht, dass nicht nur ihr erzwungener Pragmatismus, sondern auch ihr hohes soziales und kulturelles Kapital das Überleben entscheidend erleichterte. Als gebildete Frau fand sie sich in der neuen Sprache und Bürokratie schnell zurecht und konnte so in eine Rolle schlüpfen, die zur Sicherung ihrer Existenz und der Sicherheit ihrer Töchter ausreichte. Ausgenommen davon waren Grenzsituationen, in denen die vom Besatzungsapparat ausgeübte Macht ihr keinen eigenen Handlungsspielraum mehr ließ und sie somit zur Passivität zwang.

Guterman führt anhand zahlreicher Beispiele vor, dass die Deutschen den Juden keinerlei Möglichkeit ließen, durch Anpassung und Entgegenkommen einen Weg zum Überleben zu finden. Sich selbst eine Nische eines „wirklichen" Lebens zu sichern, war somit nahezu ausgeschlossen. Erst wenn Juden ihre eigene Gemeinschaft verließen, und wie die Familie Guterman in der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft aufzugehen versuchten, hatten auch sie die Chance zu einem „Leben zum Schein". Aus dem später verfassten Bericht seines Sohnes Jakov wissen wir, wie schnell er die einzige Chance zum Überleben erkannte: Die Gutermans verwandelten sich in eine polnische Familie und konnten so – bis auf den Vater, der als polnischer Aufständischer fiel, überleben. Hier wird deutlich, dass neben einer enormen Anpassungsfähigkeit soziale Kontakte aus der Vorkriegszeit und die genaue Kenntnis der polnischen Kultur und Sprache Grundvoraussetzung für das Überleben waren. Doch während Stypułkowska bewusst ihr soziales und kulturelles Kapital ausschöpfte, waren Gutermans – bis auf ihre Kenntnis des Polnischen und der Polen – gerade-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu auf dessen Negierung, den absoluten Bruch mit der Vorkriegszeit angewiesen, um nicht als Juden erkannt zu werden.

Dies illustriert etwa der Umstand, dass Stypułkowska ihren Kontakt zu den Gastgebern in ihrer Sommerfrische für eine Aufbesserung der Versorgung ihrer Töchter zu nutzen wusste, während Guterman auf seine ebenfalls gute Beziehung zum Herbergsvater nicht zurückgreifen konnte. Dass der Bruch mit der Vorkriegswelt nur ein äußerer war, zeigt zum einen die Tatsache, dass der eine Zeitlang in einem Kloster versteckte Sohn Jakov die Konversion zum Katholizismus ablehnte. Auch das bedingungslose Engagement des Simcha Guterman im polnischen Untergrund und seine Teilnahme am Warschauer Aufstand, der indirekt ja die Befreiung durch die Rote Armee in Frage stellte, zeugen von der gewachsenen Verbundenheit Gutermans mit seinem Heimatland.

Aussagekräftig sind in den Texten außerdem jene Themen, die von den Autoren nicht angesprochen oder gemieden werden. Stypułkowska berichtet kaum über Kontakte zu anderen Polen, vor allem aus anderen sozialen Milieus. Die wenigen Schilderungen fallen dann oft negativ aus. Die Kontakte zu Deutschen – immerhin verbrachte sie täglich zehn Stunden in der Buchstelle – belässt sie im Ungefähren. Sie berichtet zudem nichts über polnische Kolleginnen oder Polen, die im deutschen Besatzungsapparat angestellt waren. Ebenfalls spart sie weitgehend die Alltagspraktiken aus, die sie neu erlernen musste. Dazu zählten neben dem Führen des Haushalts auch der Kontakt zu Behörden, die Beschaffung von Lebensmitteln usw. Sie gibt nicht preis, wie sie sich auf dem Schwarzmarkt versorgte, inwieweit sie illegale Netzwerke nutzte oder in welchem Maße sie Familienbesitz veräußern musste. Die Informationen über ihre Familie reduziert sie auf ein Minimum.

Diese Lücken ergeben sich zum einen daraus, dass sie als Leser ihres Tagebuchs vor allem auf ihren Gatten abzielte und so viele Detailinformationen beiseitelassen konnte. Zudem diente ihr das Schreiben des Tagebuchs eher dazu, die eigene Gefühlslage zu reflektieren, weniger um jedes Detail festzuhalten. Dennoch ist es legitim, aus den genannten Leerstellen das weiterhin bestehende Bedürfnis nach Distinktion von anderen Bevölkerungsschichten sowie von Opportunisten im eigenen Milieu abzuleiten. Obwohl sie explizit darauf verweist, dass keiner der Besetzten der Besatzung gewachsen war, reflektiert sie ihr eigenes Verhalten im Spannungsfeld zwischen Überlebenswille und dem Zwang zur Kooperation nicht näher.

Das gilt auch für ihr Rollenbild als Frau. Immerhin musste sie durch die Abwesenheit ihres Gatten ihr bisheriges Rollenmuster verlassen und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die bisherige männliche Domäne des Familienunterhalts bestreiten. Die damit verbundenen inneren Kämpfe, Zweifel und Überforderungen räumt sie zwar ein, verbalisiert dabei aber nie, inwieweit die neue Rolle Auswirkungen auf ihre Eigenwahrnehmung hatte. Letztlich verließ sie die traditionellen Rollenmuster, die sie als Normalzustand annahm, gedanklich nicht, während ihre Lebenspraxis bereits eine andere war. Auch die Bedrohung durch physische Gewalt, der sie als Frau besonders ausgesetzt war, thematisiert sie nur sparsam. Für Guterman spielt das Geschlechterverhältnis wiederum keine Rolle, war seine Kleinfamilie doch zum Zeitpunkt des Schreibens noch intakt. In seinem Text sind nur Männer handelnde Subjekte, während sich die Frauen vornehmlich um den Schutz der Kinder kümmern.

Alle drei Autoren hatten enge familiäre, kulturelle und emotionale Bindungen an ihre Heimatregion. Bei Stypułkowska und Guterman waren dies vor allem die Stadt Plock und ihr Umland. Einen weiteren Blick hatte Przedpełski, der als Geistlicher an verschiedenen Orten tätig war und die Ereignisse in seinem Umfeld stets in einem regionalen Kontext betrachtet, Unterschiede zwischen der deutschen Besatzung im annektierten Regierungsbezirk und dem besetzten Generalgouvernement wurden indes nicht thematisiert. Ebenso wenig kommt in den drei Texten der Umstand zur Sprache, dass der Besatzungsapparat anfangs vor allem aus dem benachbarten Ostpreußen stammte und Gauleiter Erich Koch die Eingliederung Nordmasowiens in seinen Machtbereich als Triumph Ostpreußens inszenierte.[111] Dennoch ist der Regierungsbezirk auch für die Geschichte des Besatzungsalltags im Zweiten Weltkrieg im ländlichen Raum ein lohnender Gegenstand. Zwar änderte die deutsche Grenzziehung von 1939 an der historisch gewachsenen *mental map* Zentralpolens wenig, doch wird es deutlich, dass die zwischen dem Regierungsbezirk Zichenau und dem Generalgouvernement errichtete Grenze Konsequenzen für das Leben der Menschen und ihre Alltagsstrategien hatte.

Inwieweit sich die Besatzungsgesellschaften im Regierungsbezirk Zichenau und im übrigen (im Generalgouvernement gelegenen) Masowien voneinander unterschieden, sollte Gegenstand weiterer Forschungen sein. Allein der Umstand, dass im Generalgouvernement auf den untersten Ebenen eine polnische Verwaltung vorhanden war, lässt darauf schließen, dass Lebenswirklichkeiten, Handlungsoptionen und Adaptionsprozesse in beiden besetzten Landesteilen mitunter stark voneinander abwichen.

[111] Eine Ausnahme ist GRZYBOWSKI, Kronika, S. 186.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

III. Ethnisierung, Gewalt und Völkermord

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Andreas Kossert

„Fremdvölkisches Einbruchsgebiet“

Radikalisierung der nationalsozialistischen Masurenpolitik im Zweiten Weltkrieg

> „Als Deutsche haben wir deutsch zu sprechen. Nach dem, was im vergangenen Jahr das großmäulige und unfähige polnische Volk, getrieben von den ihm innewohnenden verbrecherischen Haßinstinkten, deutschen Menschen angetan hat, muß die letzte Erinnerung an diese schlimmste Zeit [als die polnische Sprache in Masuren vorherrschte] in der Geschichte des deutschen Ostpreußen endgültig mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Kein polnisches Wort darf mehr über die Lippen eines deutschen Ostpreußens kommen.“[1]

In ultimativer Deutlichkeit forderte der „Masurische Volkskalender“ für 1941 die endgültige Tilgung aller Spuren, die an einen kulturellen Sonderstatus in der historischen Grenzregion Masuren erinnern könnten. Dabei kritisierte der Verfasser die jahrhundertelange Toleranz der preußischen Behörden als „Gleichgültigkeit“.[2] Diese galt lange Zeit insbesondere in Kirche und Schule gegenüber den polnisch- und litauischsprachigen Untertanen. Nach dem Überfall auf den unmittelbaren Nachbarn Polen im September 1939 gab es jedoch keine Rücksichtnahme mehr auf polnischsprachige Masuren, die bis zu diesem Zeitpunkt noch Gottesdienste in ihrer Muttersprache besuchen konnten, oder auf äußere Kritiker einer radikalen Germanisierungspolitik.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit das mit Kriegsbeginn einsetzende, enthemmte und rücksichtslose Vorgehen sowohl von örtlichen als auch übergeordneten NS-Stellen und Behörden gegen die masurische Bevölkerung Ostpreußens mit dem Kriegsgeschehen

---

[1] Masurisch oder polnisch? Eine selbstverständliche Verpflichtung, in: Masurischer Volkskalender. 1941, Allenstein 1940, S. 61–63, hier S. 62.

[2] Ebd., S. 61–63.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und der Annexion der polnischen Nachbarregionen in Masowien im Zusammenhang steht. Dabei wird untersucht, in welchem Maße die Angliederung des Regierungsbezirks Zichenau diese Radikalisierung auslöste und welche anderen Faktoren zu dieser Entwicklung beitrugen.

Masuren nach 1933

Ostpreußen als östlichste deutsche Provinz galt seit dem Ende des Ersten Weltkriegs als ein Zentrum im deutsch-polnischen Konflikt. Dabei stand die ethnische und territoriale Frage im Raum, weil Polen nach 1918 große Teile Ostpreußens als ethnisch polnisch beanspruchte. In der Volksabstimmung am 11. Juli 1920 hatte sich jedoch eine überwältigende Mehrheit der abstimmungsberechtigten Bevölkerung für einen Verbleib bei Deutschland ausgesprochen. Der Abstimmungsbezirk lag vorwiegend in der südlichen Grenzregion Masuren, in der seit Jahrhunderten eine polnischsprachige, aber zugleich evangelische und preußisch-konservative Bevölkerung lebte. Seit dem 19. Jahrhundert setzten die preußisch-deutschen Behörden auf eine konsequente Assimilationspolitik in Schule und Kirche, die von der örtlichen Bevölkerung weitgehend mitgetragen wurde. Nicht zuletzt der Erste Weltkrieg, in dem Ostpreußen als einzige deutsche Landschaft schwer heimgesucht wurde, und die Volksabstimmung 1920 verhalfen der preußisch-deutschen Identität der Masuren endgültig zum Durchbruch. Seit spätestens 1932 feierte die NSDAP in Masuren fulminante Wahlerfolge, obwohl die dortige ethnische Struktur ganz und gar nicht dem nationalsozialistischen Volkstums- und Rassebegriff entsprach.[3]

Nach 1933 verliefen zwei parallele Entwicklungen: Es kam zu einer wirtschaftlichen Blütezeit, von der die Bevölkerungsmehrheit entscheidend profitierte, während gleichzeitig volkstumspolitische Maßnahmen initiiert wurden, die auf die Liquidierung aller polnisch-masurischen Wurzeln abzielten. Weimar bot den konservativen Masuren keine Identifikationsmöglichkeiten, weshalb sie weiterhin auf deutschnationale und monarchistische Parteien setzten. Diese wurden jedoch spätestens 1932 von der NSDAP abgelöst. Der Grund lag darin, dass auch die konservati-

[3] Vgl. ausführlich zur Geschichte Masurens im deutsch-polnischen Konflikt, insbesondere zur Geschichte des Nationalsozialismus: ANDREAS KOSSERT, Masuren. Ostpreußens vergessener Süden, München 2001; DERS., Preußen, Deutsche oder Polen. Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956, Wiesbaden 2001.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ven Parteien die weiterhin bestehende Deklassierung und fehlenden Partizipationsmöglichkeiten der Masuren zementierten. Zudem verstand es die NSDAP bereits frühzeitig, den Unmut über die verfehlte Strukturpolitik der großagrarischen Deutschnationalen Volkspartei Ostpreußens in Masuren für ihre Interessen zu nutzen.

Nach 1933 vollzog sich in Masuren ein beispielloser wirtschaftlicher Aufschwung, wobei die NS-Agrarpolitik anders als in der Weimarer Republik erstmals den Bauern vor Ort zu Gute kam.[4] Eine Absatzgarantie mit fixierten Abnahmepreisen gewährte ihnen einen größeren Kalkulationsspielraum, das Meliorationswesen wurde verbessert, neue Nutzflächen geschaffen und auswärtige Arbeitskräfte durch den Reichsarbeitsdienst (RAD) zur Verfügung gestellt. Die Entschuldungsprogramme der Nationalsozialisten verbesserten die finanzielle Liquidität der Bauern. Dadurch wurden Neuinvestitionen und die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebsgebäude ermöglicht. Für das Selbstwertgefühl der von Versteigerung ihrer Höfe bedrohten Bauern spielten diese Stabilisierungsmaßnahmen eine enorme Rolle.[5] Im großen Seengebiet zwischen Lötzen (Giżycko), Sensburg (Mrągowo) und Angerburg (Węgorzewo) gewann der Fremdenverkehr an Bedeutung, der der regionalen Wirtschaft zusätzliche Impulse verlieh. Auch das zum „Reichsehrenmal“ erhobene Tannenberg-Denkmal zog zahlreiche Besuchergruppen an.

Die wirtschaftlichen Erfolge waren allgemein spürbar. Von der neuen finanziellen Liquidität der masurischen Bauern profitierte auch das direkt von den landwirtschaftlichen Kunden abhängige städtische Gewerbe. Die Kommunalbehörden konnten durch ein erhöhtes Steueraufkommen die Verbesserung der Infrastruktur angehen. Im Straßenbau, der erstmals entlegene masurische Dörfer enger an die lokalen Zentren anband, wurde der RAD eingesetzt. Mit den sichtbaren ökonomischen und sozialen Erfolgen nahm auch die Attraktivität der deutschen Sprache und Kultur zu. Die Behörden und Verbände bemühten sich, diesen Prozess nach Kräften zu unterstützen. Jährlich kamen zum Beispiel 1.000 Studenten der Universität Tübingen zum Ernteeinsatz in den Kreis Ortelsburg (Szczytno). Durch die Verpflichtung des Arbeitsdienstes und vieler Studenten im

[4] BOHDAN KOZIEŁŁO-POKLEWSKI, Kształtowanie się postaw politycznych ludności Mazur w okresie międzywojennym, in: Zagadnienia narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku, hg. v. JANUSZ JASIŃSKI, Olsztyn 1993, S. 121–131, hier S. 128.

[5] Ebd., S. 129. Koziełło-Poklewski nannte u. a. den am 14. Februar 1933 verfügten Vollstreckungsschutz, der Zwangsversteigerungen verhinderte, und das „Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse“ vom 1. Juni 1933, welches eine umfassende Entschuldung der Bauern vorsah.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ernteeinsatz sollten traditionelle masurische Milieus aufgelöst werden. Dieser Trend wurde durch weitere Maßnahmen verstärkt, unter anderem durch Kinderlandverschickungen und Parteischulungen.[6]

Neben den wirtschaftlichen Maßnahmen offerierten die neuen Machthaber ein konkretes Angebot für die Masuren: die Integration in eine deutsche „Volksgemeinschaft". Spätestens seit Hitlers Masurenreisen im Wahlkampf 1932 bot die NSDAP der Bevölkerung die vermeintliche Chance, ihren Status als Deutsche zweiter Klasse zu überwinden. Die neue Bewegung proklamierte die Auflösung alter Klassen- und Kulturgegensätze zugunsten einer deutschen „Volksgemeinschaft". Dieser Aspekt spielte für das Verständnis der damaligen Stimmungslage eine wichtige Rolle. In Masuren implizierte die soziale Dynamik auch eine nationale und soziokulturelle Dimension, die die Jahre der Lethargie und der peripheren Randlage als umstrittenes Gebiet zugunsten eines neuen „Wir-Gefühls" vergessen ließen. Die Parteigliederung bot ihnen neue Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Erstmals stand den Masuren die Möglichkeit offen, in höhere Positionen aufzurücken, die bis dahin nur Angehörigen der traditionellen deutschen Elite vorbehalten waren. Bereits vor 1933 verzeichnete die SA bei der masurischen Jugend einen hohen Organisationsgrad.[7] Viele Parteiaktivisten der SA und NSDAP gelangten nach der Machtübernahme in lokale Ämter. Eine Reihe verdienter Parteifunktionäre trat als neue Bürgermeister und Landräte ihren Dienst an, was einen bescheidenen Elitenaustausch mit sich brachte. Erstmals bekleideten Masuren höhere Ämter, etwa als leitende Kommunalbeamte, Bauernführer oder Kreisleiter.[8]

Bei der Bewertung der NS-Politik und ihrer positiven Rezeption in der masurischen Bevölkerung darf jedoch nicht vergessen werden, dass fast

---

[6] BOHDAN KOZIEŁŁO-POKLEWSKI, Przyczynki do działalności służby pracy w Prusach Wschodnich w latach 1931–1935, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, 1977, Nr. 3/4, S. 391–402, hier S. 399. Vgl. den Bericht einer Schwäbin, die in Sendrowen (Sędrowo), Kreis Ortelsburg, als Erntehelferin eingesetzt war: MARIANNE GÜNTHER, Erntehilfe in Ostpreußen, in: Frauenlob 35 (1938), S. 78–81.

[7] DIETER HERTZ-EICHENRODE, Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930–1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums, in: Olsztyńskie Studia Niemcoznawcze 1 (1986), S. 59–114, hier S. 104–107; BOHDAN KOZIEŁŁO-POKLEWSKI, Narodowa Niemiecka Partia Socjalistyczna w Prusach Wschodnich 1921–1933, Olsztyn 1995, S. 97–109.

[8] Vgl. ADALBERT JOSEF NOBIS, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Allenstein 1905–1945, München 1987, S. 96–155. Vgl. dazu auch die ausführliche Studie von CHRISTIAN ROHRER, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, München 2006.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

alle wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Maßnahmen dem Ziel der vollständigen sprachlichen und kulturellen Assimilierung dienten. Bedingt durch die jahrzehntelange Germanisierungspolitik seit dem Kaiserreich sowie den scheinbaren wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt standen die Masuren der Vernichtung ihrer eigenen Kultur entweder passiv gegenüber oder stellten sich sogar aktiv in den Dienst dieser Politik. Aufgrund der prodeutschen Loyalität der masurischen Mehrheit bestand kaum ein Bedürfnis, gegen diese Maßnahmen Widerstand zu leisten.

Anders verhielt es sich mit der polnischen Sprache als Kommunikationsmittel im Alltag, die sich auch nach 1933 in den ländlichen Milieus behaupten konnte. Trotz der loyalen Haltung gegenüber dem Staat können über den Verbreitungsgrad der Sprache auch Rückschlüsse auf die Assimilierungserfolge bei den Masuren gezogen werden. Aus den vorhandenen Quellen lässt sich unschwer die permanente Angst der Behörden vor einer Renaissance des Polnischen erkennen. Die Mehrzahl der überlieferten Berichte wurde nicht für propagandistische Zwecke angefertigt, sondern spiegelt vielmehr die interne Sorge der Behörden über den andauernden Gebrauch der polnischen Sprache auf dem Lande wieder. Daran zeigt sich deutlich, dass trotz aktiver Partizipation vieler Masuren in den NS-Gruppierungen die polnische Sprache überdauerte und ihr Gebrauch für viele keinen Widerspruch zur offiziellen Ideologie darstellte.[9] Auch die Gerichte verfügten in den dreißiger Jahren noch überall über polnische Dolmetscher.[10] Eine ehemalige RAD-Helferin berichtete über ihren Aufenthalt in Roggen (Róg), Kreis Neidenburg (Nidzica), sie habe Personen getroffen, die „nie ein deutsches Wort“ gesprochen hätten.[11] Da die offiziellen Statistiken ideologische Wunschvorstellungen beinhalteten, erweisen sie sich für die Rekonstruktion der Sprachverhältnisse als unbrauchbar. Zwar waren fast alle Masuren bereits zweisprachig, doch konservierte sich die polnische Sprache in den Familien, die fast überall drei Generationen vereinte. Mit den Großeltern wurde auch bis 1945 fast immer Polnisch gesprochen.[12]

[9] Dazu ausführlich mit zahlreichen konkreten Beispielen: KOSSERT, Masuren; DERS., Preußen, Deutsche oder Polen, S. 231–243.

[10] AUGUST SCHALL, Ausbildung von Dolmetscherinspektoren am Landgericht Lyck, in: Hagen-Lycker Heimatbrief, 1995, Nr. 53, S. 137.

[11] OTILA SCHWAB-REINWALD, Erinnerungen an Ostpreußen, in: Neidenburger Heimatbrief, 1995, Nr. 105, S. 25–30, hier S. 28.

[12] INGE WITTE, Kindheitserinnerungen an Rogonnen und Masuren, in: Treuburger Heimatbrief, 1998, Nr. 35, S. 74–77.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wie verbreitet die polnisch-masurische Sprache trotz offizieller gegenteiliger Darstellungen gewesen sein muss, zeigen einige Beispiele aus NSDAP-Organisationen. In Barranowen (Baranowo), Kreis Sensburg, ereignete sich 1934 ein Vorfall im örtlichen Gasthaus, der aktenkundig wurde. Masurische Arbeiter hatten mit steigendem Alkoholkonsum in die polnische Sprache übergewechselt, wobei es zu einer Auseinandersetzung zwischen NSDAP-Anhängern und Gegnern kam. Der Vorfall erregte großes Aufsehen in den Behörden bis hin zur Kreisleitung Sensburg. In der Berichterstattung rückte die Partei allerdings die regimekritische Äußerung in den Mittelpunkt.[13] Alle beteiligten SA-Männer und ihre Gegner waren einheimische evangelische Masuren unter 35 Jahren. Durch dieses Beispiel wird die von der Propaganda immer wiederholte These, Polnisch sei nur noch die Sprache der alten Leute gewesen, erheblich in Frage gestellt. Auch in anderen Versammlungen wurde vielfach auf die polnische Sprache zurückgegriffen. In Schuttschen (Szuć), Kreis Neidenburg, hielt der Ortsbauernführer 1936 die Bauernversammlungen in polnischer Sprache ab.[14]

Wie sehr die NSDAP versuchte, den Gebrauch der polnischen Sprache zu unterbinden, dokumentiert ein Kreisbefehl der NSDAP Sensburg 1936, der sich intern an alle Hoheitsträger der Partei im Kreisgebiet richtete:

> „Die Gliederungen der Partei und angeschlossenen Verbände sind darauf hingewiesen, daß bei allen Dienstversammlungen die deutsche Sprache gesprochen wird, und nicht der masurische Dialekt. In dieser Hinsicht ist fortgesetzt Erziehungsarbeit zu leisten."[15]

Die NS-Deutschtumsorganisation Bund Deutscher Osten (BDO) besaß in jedem Dorf Vertrauensmänner, die den Gebrauch der polnischen Sprache beobachteten. 1937 meldete eine BdM-Webelehrerin in Schuttschen, Kreis Neidenburg, in ihrem Kurs werde „noch schrecklich viel polnisch gesprochen". Der BDO zeigte sich entrüstet über „die Unsitte des Gebrauchs der

[13] Archiwum Państwowe w Olsztynie [Staatsarchiv Allenstein] (hiernach: APO), 16/9, Gendarmerieposten Alt-Kossewen an Landrat, Kossewen (Kosewo), 29. März 1934. Verhandlungsprotokolle.

[14] Jan Chłosta, Czasopismo „Mazur" z lat 1928–1939. Podstawy finansowe, dodatki i prześladowania pisma, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, 1976, Nr. 4, S. 523–536, hier S. 532.

[15] APO, Kreisbefehle der NSDAP-Kreisleitung Sensburg [ohne Signatur], Kreisbefehl 5/36, Sensburg, 17. April 1936, Betr. Masurischer Dialekt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

masurischen Sprache innerhalb der Partei und ihrer Gliederungen“.[16] Der Sensburger BDO-Kreisleiter wiederholte die Anweisung, auf offiziellen Veranstaltungen die polnische Sprache zu vermeiden, konstatierte jedoch fast resigniert:

> „Wenn aber mal [ein] paar Schnäpse getrunken sind, sind Befehle leicht vergessen und der innerlich treudeutsch gesinnte Masure gebraucht dann ebenso den heimischen Dialekt, wie es bei ähnlichen Gelegenheiten der Berliner oder Kölner auch macht. Dieser masurische Dialekt ist aber noch lange nicht ausgestorben, wie man im Reiche vielfach wähnt. Er lebt im Familienkreise, im Kruge und auf den Märkten.“[17]

In Hohenstein (Olsztynek) führte die Aktivität des BDO-Aktivisten und Lehrers Schröder zur Diskriminierung polnischsprachiger Bewohner. In einer Flugblattaktion hielt Schröder die Verteiler aus dem Jungvolk an, allen polnischsprechenden Passanten „entweder mit einem Gruß vom Bund Deutscher Osten ein Handblatt“ auszuhändigen oder sie aufzufordern, „in Deutschland deutsch zu sprechen“. Diese in ganz Hohenstein durchgeführte Aktion ging so weit, dass das Sägewerk Orgassa & Rogatty sowie zwei Gutsbesitzer ihren Arbeitern unter Androhung von Geldbußen verboten, „in ihren Betrieben masurisch zu sprechen“. Die Aktion wurde von der Parteileitung „mit Freude begrüßt“, da sie zu einer „Besinnung zu bewußtem Deutschtum“ führe.[18] Anhand solcher Maßnahmen lässt sich ablesen, dass Polnisch im preußisch-deutschen Masuren noch lebendige Umgangssprache war.

Masuren im Zweiten Weltkrieg: Radikalisierung der NS-Germanisierungspolitik

Der Zweite Weltkrieg begann auch von masurischem Boden, denn für den deutschen Überfall auf Polen wurde Masuren als Aufmarschgebiet ge-

[16] Archiwum Instytutu Północnego im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie [Archiv des Wojciech-Kętrzyński-Nordinstituts in Allenstein] (hiernach: AIPO), R 724/18, Tiska an Kreisgruppe BDO Neidenburg, Ortelsburg, 5. März 1936, und Tiska an Gauinspektor Turowski, Ortelsburg, 1. April 1936.

[17] AIPO, R 724/18, BDO-Kreisleiter Hoffmann an Untergruppe Allenstein, Sensburg, 5. Juni 1938.

[18] Lehrer Schröder an BDO-Untergruppe Allenstein, Hohenstein, 23. November 1937, in: EMILIA SUKERTOWA-BIEDRAWINA, Materiały do dziejów walki hitlerowców z ruchem polskim na Mazurach i Warmii w latach 1933–1939, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, 1967, Nr. 1/2, S. 157–188, hier S. 174 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nutzt. Bevor jedoch die sowjetische Armee an die Grenzen Ostpreußens vorstieß, sah sich Masuren nur mit mittelbaren Kriegsauswirkungen konfrontiert, wie zum Beispiel der Einberufung der männlichen Bevölkerung, die besonders die landwirtschaftlichen Familienbetriebe traf, Lebensmittelrationierung, einer steigenden Kriminalität und dem Kontakt zu ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern.[19]

Nach dem deutschen Überfall auf Polen und der Besetzung des Nachbarlandes erfolgte durch einen Führererlass vom 8. Oktober 1939 eine umfangreiche territoriale Neuordnung, die Polen als Staatswesen eliminierte. Das Soldauer Gebiet wurde wieder Teil des Kreises Neidenburg. Anlässlich eines Besuchs von Reichinnenminister Frick wurde die „Befreiung" und „Heimkehr" Soldaus (Działdowo) gefeiert.[20] Neben der Errichtung der Reichsgaue Wartheland und Danzig-Westpreußen erfolgte mit Wirkung vom 26. Oktober 1939 die Erweiterung der Provinz Ostpreußen auf die nordmasowischen Kreise Polens.

Die administrative Erweiterung Ostpreußens ging auf die Initiative Erich Kochs zurück, der seinen Machtbereich ausweiten wollte. Die annektierten polnischen Gebiete Masowiens waren deckungsgleich mit den alten Herkunftsgebieten der Masuren. Daher waren die grenznahen polnischen Kreise durch Grenzhandel, Schmuggel und rudimentäre familiäre Bande noch im Bewusstsein der masurischen Bevölkerung verankert. Zwar entstanden mit der Übernahme der Deutschen Gemeindeordnung deutsche Verwaltungsstrukturen, doch besaßen die polnischen Gebiete einen polizeilichen Sonderstatus, der ein Passieren über die alte Reichsgrenze erschwerte.

Nachdem die unmittelbaren Grenzkreise seit September 1939 durch masurische Landräte provisorisch verwaltet worden waren, übernahmen 1940 altgediente Parteimitglieder diese Ämter.[21] Ihnen oblag die Vorbereitung zur Ansetzung umgesiedelter Deutscher aus dem sowjetischen Machtbereich. Ihre Aufgabe sei es, so Koch in einem Schreiben an den Reichsinnenminister, das „Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen so zu regeln, dass in erster Linie die volkspolitischen Aufgaben im

[19] Alltag in Ostpreußen 1940–1945, hg. v. CHRISTIAN TILITZKI, Leer 1991, S. 59–61.

[20] Die Stadt Soldau im Wechsel der Geschichte, in: Allensteiner Zeitung, 2. September 1940.

[21] Vgl. BOHDAN KOZIEŁŁO-POKLEWSKI, Uwagi o obsadzeniu stanowisk landratów w rejencji ciechanowskiej, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, 1999, H. 1, S. 73–83.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sinne des Führers“ gelöst würden.[22] Der Gumbinner Regierungspräsident Herbert Rohde schlug bereits im Oktober 1939 vor, das Suwalki-Gebiet in die Provinz Ostpreußen einzugliedern und nach der Deportation „polnischer und jüdischer Elemente“ deutsche Bauern anzusiedeln.[23]

Nach der Zerschlagung Polens bestand formal keine *polnische Gefahr* mehr, ein Terminus, der seit der Wilhelminischen Zeit in der preußisch-deutschen Argumentation immer wieder als Legitimation für eine entschiedene Germanisierungspolitik benutzt wurde. So konnten die NS-Behörden nun ohne politische Rücksichtnahmen an die endgültige Eliminierung der polnisch-masurischen Wurzeln der einheimischen Bevölkerung gehen. Am 24. November 1939 erließ der Allensteiner Regierungspräsident ein Verbot der polnischen Sprache im Gottesdienst.[24] 1939 erfolgte die Verhaftung vieler polnischer Masurenfunktionäre im deutschen Teil Masurens einschließlich des Soldauer Gebiets. Einigen gelang die Flucht in den polnischen Untergrund, die Mehrzahl wurde wegen Hochverrats in Konzentrationslager und Gefängnisse deportiert. Der Soldauer Arno Kant starb 1939 an Misshandlungen, der Bruder des Schriftstellers und Aktivisten Karol Małłek, Robert, wurde 1939 bei Soldau erschossen. Otto Scharkowski starb in einem Zuchthaus, der Führer der polnischsprachigen pietistischen Gromadki-Bewegung Reinhold Barcz wurde wegen Hochverrats 1942 in Berlin-Moabit enthauptet.[25] Durch die Zerschlagung der polnisch-masurischen Organisationen sollte die *Germanisierung* Masurens ohne störende Gegenwehr polnischer Minderheitenverbände vollendet werden.

Doch kam es trotz radikaler Einschnitte in das masurische Leben zu einem unvorhergesehenen Phänomen: einer Renaissance der polnisch-masurischen Sprache. Ein Geheimdokument vom 5. Januar 1940 griff diese Thematik auf und erörterte darin Perspektiven der deutschen Masurenpolitik. Hier offenbart sich die Bereitschaft zur physischen Liquidierung polnischer Sympathisanten. Der BDO-Vorsitzende Ostpreußen-Süd,

[22] Bundesarchiv (hiernach: BA), R 1501/8234, Oberpräsident Koch an RMI, Königsberg, 23. Januar 1940, Betr. Besetzung der Landratsstellen im Reg.-Bez. Zichenau. In Mlawa (Mława) war Paul Funk Landrat, ein Bruder des Reichswirtschaftsministers.

[23] BA, R 1501/5407, Vorschlag für die Verwaltung des Suwalki-Gebiets, Regierungspräsident Gumbinnen, Oktober 1939.

[24] AIPO, R-725/VII/6, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd an Rp/Stapo/SD/Landrat Poser/BDO-Bundesleitung, Allenstein, 11. Januar 1940, Betr. Auswirkung des Verbots der polnischen und masurischen Gottesdienste. Verfügung der Staatspolizei vom 24. November 1939.

[25] KOSSERT, Preußen, Deutsche oder Polen, S. 260–263, 288–298.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hans Tiska, übermittelte aufgrund eines Berichts des Ortelsburger Landrats von Poser ein Memorandum an den Allensteiner Regierungspräsidenten Schmidt, in dem in schonungsloser Offenheit die Pläne der NS-Verwaltung formuliert wurden.[26] Im Gegensatz zur Vorkriegszeit habe das „masurische Problem seine außenpolitische Bedeutung verloren", auch sei der „Charakter als ausgesprochenes Grenzland" verschwunden, doch sei durch die engere Anbindung des polnischen Regierungsbezirks Zichenau sowie die Anwesenheit von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen eine „masowische Einheit" wiederhergestellt. Dadurch drohe dem masurischen „Volkstum" Gefahr. Ohne Umschweife wurde Masuren weiterhin als „fremdvölkisches Einbruchsgebiet" bezeichnet. Die Masuren hätten „noch etwas Unfertiges und Unausgeglichenes" und seien offenkundig noch keine „Blutsdeutschen", sondern nur „Kulturdeutsche". Aufgrund dieses „Fremden" zeigten die Masuren „Symptome einer wenig gefestigten völkischen Haltung".

Tiska berichtete von einer schnellen „Verbrüderung" zwischen Masuren und Polen, insbesondere bei den ehemaligen Sympathisanten der polnischen Masurenbewegung. Daher forderte er, „im Zuge der großen Neuordnung der Verhältnisse im Osten auch eine endgültige Generalbereinigung" vorzunehmen, indem alle „verkappten Polengänger" in eine „Umsiedlungsaktion" der Reichsbauernschaft einbezogen werden sollten. Ferner plädierte er für eine härtere „Gangart" gegen die polnische Sprache. Zu diesem Zweck plante der BDO eine Aktion gegen deren öffentlichen Gebrauch. Daher solle, entgegen früherer Postulate, „für masurisch ruhig polnisch" gesagt werden, um „den Charakter des Undeutschen und Volksfremden stärker hervorzuheben und damit aus psychologischen Gründen an die antipolnische Grundhaltung der Bevölkerung zu appellieren". Auch seien die Masuren sprachlich vielfach kaum in der Lage, fließend auf Deutsch zu kommunizieren. Der ländlichen Bevölkerung falle es noch schwer, politischen Versammlungen zu folgen, da vielfach die Deutschkenntnisse noch nicht ausreichten.[27]

Tiska betonte in dem Dokument ausdrücklich, dass das Masurische die „allgemeine Umgangssprache der ländlichen Bevölkerung" sei und fast die Hälfte der städtischen Einwohnerschaft Polnisch beherrsche: „An Wo-

[26] AIPO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, Hans Tiska an Rp. Allenstein, 8. Februar 1940. Zugrunde lag ein Bericht Posers vom 5. Januar 1940 und ein Gespräch mit Oberregierungsrat Leick, Betr. Das sogenannte masurische Problem.

[27] AIPO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, 8. Februar 1940.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

chenmärkten, mag es in Ortelsburg, Johannisburg (Pisz), Lyck (Ełk) oder Treuburg (Olecko) sein, glaubt der fremde Besucher auf Grund der Umgangssprache mitten im tiefsten Polen zu sein.“[28] Diese nur für den internen Dienstgebrauch getroffene Feststellung Anfang 1940 führt weiter zur Verbreitung der polnischen Sprache aus:

> „Sie [die masurische Bevölkerung] spricht zu Hause, auf dem Arbeitsplatz, auf der Straße, im Gasthaus und überall da, wo man unter sich ist, das Polnische bzw. das Masurische und daneben dort, wo es notwendig ist, das Deutsche als die Sprache der Behörden, der Schulen, der Institutionen und der sogenannten ‚besseren‘ Leute.“[29]

Dem Memorandum ist ein Anhang angefügt, in dem BDO-Verbindungsleute aus verschiedenen Teilen Masurens über den Verbreitungsgrad der polnischen Sprache berichten. Aus Lipinsken (Lipińskie, Seebrücken), Kreis Lyck, hieß es, dass die Dorfbewohner „auf der Straße und im Gasthause polnisch“ sprächen.[30] Aus Lyck berichtete der Vertrauensmann:

> „Wenn die Stapo erfreulicherweise das Abhalten von masurischen Gottesdiensten kurzerhand verbot, und damit eine müßige Streitfrage mit einem Schlage aus der Welt schaffte, so wäre es m. E. ebenso möglich und nötig, von amtlicher Seite die Benutzung der polnischen Sprache zu verbieten. [...] Auf dem Markt wird noch immer vorwiegend polnisch gesprochen.“[31]

Durch Himmler wurde bereits am 9. Februar 1940, nur einen Tag nach Abfassung des obigen Memorandums, in den „Meldungen aus dem Reich“ der zunehmende polnische Sprachgebrauch in Masuren und Oberschlesien gemeldet.[32] Einige Wochen später erschien die Mitteilung, dass „volkspolitisch gefährdete Gebiete“, wie Oberschlesien und Masuren, „durch den Einsatz von polnischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern in ihrer

---

[28] AIPO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, 8. Februar 1940.

[29] AIPO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, 8. Februar 1940.

[30] AIPO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, 8. Februar 1940.

[31] AIPO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, 8. Februar 1940, Anhang: Stimmen zur Sprachenfrage. Aus Meldungen der letzten Wochen.

[32] BA, R 58/158, Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Berlin, 9. Februar 1940. Dieses Dokument nahm besonders Bezug auf die oberschlesischen Verhältnisse, die auf Masuren in vielen Punkten ebenfalls zutreffen. Weiter wurde berichtet, dass uniformierte Wehrmachtsangehörige untereinander polnisch sprachen; ebenso die Schuljugend, die im Elternhaus nur polnisch sprach.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gesinnungsmäßigen Haltung bereits deutlich sichtbar negative Einwirkungen erfahren haben". Unter diesen Auswirkungen wurde vor allem die Zunahme des Gebrauchs der polnischen Sprache in Masuren verstanden.[33]

Auch Landrat von Poser betonte am 21. Februar 1941 in Chorzellen (Chorzele) im Regierungsbezirk Zichenau die weitgehende Verbreitung des Polnischen im Kreis Ortelsburg. Die 2.000 polnischen Zwangsarbeiter im Kreisgebiet führten zu einem „vermehrten Gebrauch der masurischen Sprache".[34] Diesen internen Einschätzungen folgten jedoch konkrete Verfolgungen. So wurde bereits Anfang 1940 eine größere Anzahl ostpreußischer Frauen wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.[35] Sowohl Wachleute als auch die Zivilbevölkerung erwiesen den polnischen Kriegsgefangenen Gastfreundschaft, so dass dieses „undeutsche" Verhalten ständig in den Berichten der obersten Justizbehörden Ostpreußens Erwähnung fand. In den Kreisen Lötzen und Lyck wurden mehrfach Verstöße gegen die Verordnung vom 25. November 1939 registriert.[36] Um „die sprachlichen Bindungen" zwischen Masuren und Polen zu unterbrechen, forderten die Behörden den verstärkten Einsatz belgischer und französischer Kriegsgefangener.[37]

Mit aller Härte verfolgten nun die deutschen Ämter seit Kriegsbeginn die polnische Sprache. Dabei beschränkten sie sich nicht mehr auf interne Einschätzungen, sondern traten auch an die Öffentlichkeit. In unmissverständlicher Deutlichkeit forderte der bereits eingangs zitierte „Masurische Volkskalender" 1941 die Beseitigung aller polnisch-masurischen Spuren. Den Masuren selbst wurde die Schuld gegeben, sie hätten den künstlichen Begriff „masurisch" Anfang des 20. Jahrhunderts eingeführt, um sich von Polen zu distanzieren.

---

[33] BA, R 58/158, Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Berlin, 28. Februar 1940: Volks- und rassenpolitische Gefahren des Einsatzes von polnischen Arbeitern im Reich.

[34] VICTOR VON POSER, Ein Leben lang in Ortelsburg, in: Ortelsburger Heimatbote, 1993, S. 52–56, hier S. 53. Zur Frage der Zwangsarbeiter, insbesondere der Polen, in Masuren vgl. BOHDAN KOZIEŁŁO-POKLEWSKI, Zagraniczni robotnicy przymusowi w Prusach Wschodnich w latach drugiej wojny światowej, Warszawa 1977, S. 186–194.

[35] Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 53.

[36] Es handelte sich um die Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes. Vom 25. November 1939, in: Deutsches Reichsgesetzblatt I (1939), Nr. 238, S. 2319. Vgl. Dokument Nr. 2: Bericht des Generalstaatsanwalts vom 8. Februar 1940, in: Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 103 f.

[37] Dokument Nr. 6: Bericht des Generalstaatsanwalts vom 9. Juni 1940, in: Ebd., S. 113.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

> „Um diesem Argument – die Menschen sind polnisch, weil sie polnisch sprechen – die Spitze abzubiegen, erfand das Volk [die Masuren] für diesen Dialekt die Bezeichnung ‚masurische Sprache‘. Die Zeit für derartige Halbheiten ist jedoch jetzt endgültig vorbei. Wir brauchen klare Fronten, sonst kommt der Gleichgültige wieder mit der Ausrede: Laß mir doch meine ‚masurische‘ Muttersprache! ‚Masurisch‘ gibt es nicht, Polnisch oder Deutsch, das ist die Frage [...] Wer jetzt noch glaubt, sich im täglichen Leben gehen lassen zu dürfen und Polnisch zu reden, gehört nicht mehr zu uns.“[38]

In schonungsloser Offenheit legten die Behörden während der Kriegsjahre ein Masurenbild offen, das alle bisherigen deutschen Bemühungen im Rahmen der „Volks- und Kulturbodenkonzeption“, den „Willen“ der Masuren höher zu gewichten als ihre ethnische Polonität, konterkarierte. Nun gab es also kein „Masurisch“ mehr, sondern nur noch „Polnisch“, um den „volksfremden“ Charakter zu unterstreichen. Darin kam die Ungeduld der NS-Germanisierungspolitik gegenüber dem immer noch ungelösten Problem der polnischen Sprache in Masuren zum Ausdruck, wodurch der Assimilierungsdruck noch einmal verstärkt wurde.

Um jedoch eine Diskriminierung innerhalb der Wehrmacht zu unterbinden, wurde für Offiziere ein besonderes Merkblatt zur Behandlung von „Rekruten nichtdeutscher Volksgruppen“ herausgegeben, das besonders die Masuren herausstellte. Trotz ihrer „undeutsch klingenden Namen“ sollten keine „Rückschlüsse auf die Gesinnung ihrer Träger“ gezogen werden und die „entehrendste Beschimpfung“ sei für sie, „Polack“ genannt zu werden.[39] Gauleiter Koch sah sich aufgrund anhaltender Diskriminierungen der Masuren durch Deutsche im September 1941 veranlasst, Reichs- und Landesbehörden energisch darauf hinzuweisen, dass die Masuren nicht als „Fremdvölkische“ zu bezeichnen seien, wie es zum Beispiel vom Regierungspräsidium Arnsberg getan werde.[40]

Mehrmals erschienen konkrete Hinweise auf Planungen, masurische Bauern in die nordmasowischen Gebiete umzusiedeln. Deswegen kam es zu ernsten Auseinandersetzungen zwischen dem ostpreußischen Gauleiter Erich Koch und dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler, der noch im Juli 1943 von einer Besiedlung des Regierungsbezirks Zichenau durch

[38] Masurisch oder polnisch?, S. 63. Dabei erwähnt der Verfasser auch den Einfluss der polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter.

[39] BA, R 153/1649, „Rekruten nichtdeutscher Volksgruppen. Volkspolitisches Merkblatt für Offiziere der Wehrmacht“, undatiert.

[40] BA, R 153/547, Volkspolitischer Bericht Nr. 1 des RMI, Berlin, 3. September 1941, Stellungnahme des Gauleiters Ostpreußen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deutsche Umsiedler aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich Abstand nahm, da Koch „diesen Raum mit ostpreußischen Bauern" besiedeln wollte. Allen Söhnen, denen die Primogenitur nicht zuteilwurde, sollte ein eigener Hof ermöglicht werden, um so eine ausgeglichene Agrarstruktur zu schaffen.[41]

Wissenschaftliche Stellen beteiligten sich ebenfalls an der Neukonzeption der NS-Raumordnungspolitik in Nordmasowien. So sah die von Theodor Schieder geleitete „Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte" die „Erforschung der geschichtlichen und politischen Struktur" der Gebiete als Aufgabe mit höchster Priorität an.[42] Was in Masuren und anderen Teilen Ostpreußens bereits 1938 vollendet worden war, stand nun in den annektierten Gebieten an: die Germanisierung der polnischen Ortsnamen. Zu Klärung dieser Frage kamen im Mai 1940 beim Oberpräsidenten Vertreter wissenschaftlicher Institutionen zusammen, unter anderem der Direktor des Königsberger Staatsarchivs Max Hein, Archivrat Kurt Forstreuter sowie Oskar Eugen Kossmann.[43] Der BDO empfahl im Dezember 1940, alle öffentlichen Darstellungen über Masuren, Kaschuben, Oberschlesier, Schlonsaken und Wenden zu unterlassen.[44] Mit dieser Maßnahme sollte die Existenz ethnischer Minderheiten im Deutschen Reich aus dem Bewusstsein verschwinden.

Resümee

Nach 1939 gaben die NS-Behörden ihre wahre Meinung über die Masuren preis. Mit der Eroberung und Annexion Nordmasowiens entfielen alle Hemmungen, gleichzeitig befürchtete man eine neue *masowische Einheit* zwischen Masuren und dem polnischen Nordmasowien. Im Gegensatz zur Vorkriegspropaganda wurde der nichtdeutsche Charakter des polnisch-masurischen Idioms nachhaltig unterstrichen, was den Konformitätsdruck bei den Masuren deutlich erhöhen sollte. Mit Hilfe dieses

[41] BA, NS 19/3607, Reichsführer SS und Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums an Oberpräsident und Gauleiter Koch, Berlin, 7. Juli 1943, Betr. Ansiedlung von Umsiedlern im Reg.-Bez. Zichenau.

[42] BA, R 153/1196.

[43] BA, R 153/797, Bericht über die Besprechung im Oberpräsidium Königsberg vom 30. Mai 1940, Betr. Ortsnamensänderungen in den neuen ostpreußischen Gebieten.

[44] BA, R 153/537, RMI, Berlin, 31. Dezember 1940; zuvor BDO an RMI, Berlin, 11. Dezember 1940.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

starken psychologischen Druckmittels versuchte die NS-Germanisierungspolitik, den Assimilierungsprozess deutlich voranzutreiben. Ebenfalls wird jedoch die ungeschönte Einschätzung der deutschen Behörden deutlich. Für sie waren die Masuren keine ethnischen Deutschen. Selbst nach einer jahrzehntelangen Germanisierungspolitik, einer loyalen und überaus deutschfreundlichen Haltung wurden die Masuren als *nationale Zwischenschicht* betrachtet, der im Krisenfall nicht zu vertrauen sei. Hier dokumentierte sich in der internen Einschätzung eine Kontinuität aus der Vorkriegszeit.

Ein Brief des ostpreußischen Oberpräsidenten Erich Koch an das Preußische Innenministerium vom 15. Juni 1937 unterstrich, dass trotz einer Feststellung, wonach in Masuren „die Doppelsprachigkeit und die nichtdeutsche Muttersprache [...] nicht als Kennzeichen fremden Volkstums anzusehen“ seien, die Gefahren, die von der masurischen Zweisprachigkeit ausgingen, nicht unterschätzt werden dürften. Weiter führte Koch aus:

> „Eine unbedingt nationalpolitische Zuverlässigkeit der zweisprachigen Bevölkerung in Masuren ist jedoch nicht anzunehmen, wie es das Beispiel des Kreises Soldau beweist. [...] Mithin sind sämtliche masurische Kreise als nationalpolitisch gefährdet anzusehen.“[45]

Der Überfall auf Polen und die Annexion großer Teile Nordmasowiens im Regierungsbezirk Zichenau stellte die gesamte Masurenpolitik vor 1939 auf den Kopf. Nunmehr drohte – um in der Logik der Behörden bis Kriegsbeginn zu argumentieren – erneut eine *polnische Gefahr* – die jedoch von den NS-Machthabern selbst geschaffen worden war. Mit der Erweiterung der Region Ostpreußen durch die Annexion und angestrebte Kolonialisierung weiter polnischer Gebiete kam die sprachlich-ethnische Zugehörigkeit der Masuren erneut auf die Tagesordnung. Seit 1939 erfuhr die deutsche Masurenpolitik deshalb, ausgelöst durch die eigene Besatzungspolitik im Regierungsbezirk Zichenau, eine letzte, radikale Zuspitzung.

Sie verdeutlicht damit exemplarisch, dass Krieg und Besatzung auch auf dem Reichsgebiet direkte politische Auswirkungen hatten. Weitere Forschungen zu den Wechselbeziehungen zwischen den angegliederten Gebieten und ihren „Muttergauen“ könnten durchaus neue Erkenntnisse zutage fördern.

---

[45] Oberpräsident Ostpreußen an RMI, Königsberg, 15. Juni 1937, Betr. Verhältnis der Muttersprache zur Volkstumszugehörigkeit, in: PAWEŁ SOWA, Tropem spadkobierców Hakaty, Warszawa 1979, S. 153 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Paweł Kosiński

Regierungshauptstadt Zichenau

Besatzungsherrschaft und Stadtumbau im deutsch besetzten Ciechanów 1939–1945

Einführung

Mit der Annexion Nordmasowiens durch das Deutsche Reich wurde Ciechanów nicht nur in Zichenau umbenannt, sondern als Sitz des Regierungspräsidiums auch zum politischen und administrativen Zentrum des Regierungsbezirks. Die Stadt beherbergte darüber hinaus Parteistellen der NSDAP (Kreis- und zwei Ortsgruppenleitungen), kommunale Behörden sowie zahlreiche Außenstellen von Reichs- und Provinzialbehörden, wie Militär (Standortkommandantur, Wehrmeldeamt), Polizei und Sicherheitsapparat (Ordnungs- und Sicherheitspolizei, Sicherheitsdienst des Reichsführers SS), Justiz (Gerichte und Staatsanwaltschaft), Finanz-, Zoll- und Bankwesen (Finanzamt, Bezirkszollkommissar, Reichsbank), Arbeitsmarkt (Arbeitsamt, Reichstreuhänder der Arbeit), Verkehr (Reichsbahn, Reichspost), Wirtschaft (Kreisbauernschaft, Treuhandstelle Ost), Vermessung und Kataster (Grundstücksgesellschaft), Raumordnung und Bauwesen (Reichsamt für Planung und Landesaufnahme, Staatliche Bauleitung), Gesundheit, Bildung und Propaganda (Schulrat, Kulturamt, Reichspropagandaamt) sowie Dienststellen der NSDAP-Parteiorganisationen (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Nationalsozialistische Frauenschaft, SA-Brigade 202, SA-Standarte 346, SS-Standarte 115, HJ-Bann 679, Kraft durch Freude, Deutsche Arbeitsfront) und des Reichsluftschutzbunds.[1]

[1] Deutsches Reichs-Adressbuch. Die Ostgebiete, Berlin 1941, S. 669; 1942, S. 707; Handbuch für den Regierungsbezirk Zichenau mit Ortschaftsverzeichnis, hg. v. Reinhold Schröder, Allenstein 1943, S. 109 f.; Georg Tessin, Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, Bd. 16, T. I, Osnabrück 1996, S. 35, 41 f., 53; Jan Daniluk, Oddziały Szturmowe NSDAP (SA) na ziemi

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zichenaus neuer Rolle als Regierungshauptstadt wollten die Besatzer durch einen radikalen Stadtumbau und großangelegte Infrastrukturprojekte Ausdruck verleihen. Im Folgenden soll die enge Verflechtung von Besatzungsverwaltung, Rasse- und Bevölkerungspolitik und der Umsetzung der stadtplanerischen Konzepte aufgezeigt werden, deren Nachwirkungen das Stadtbild von Ciechanów bis heute prägen.

Von Ciechanów zu Zichenau: Die Etablierung der deutschen Herrschaft

Die deutsche Besetzung von Ciechanów erfolgte am 4. September 1939. An diesem Tag drang eine SS-Aufklärungsabteilung in die Stadt ein, die zum improvisierten, aus SS-Verfügungstruppen und Wehrmacht gebildeten Panzer-Regiment 7 gehörte und der Panzer-Division „Kempf" zugeteilt worden war. Das Ende der deutschen Herrschaft kam mit dem Abzug der letzten deutschen Einheiten am 17. Januar 1945.[2] Aufgrund des Führererlasses über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete wurde die Stadt einen reichlichen Monat nach dem Einmarsch der deutschen Truppen Teil des neugebildeten Regierungsbezirks Zichenau und gehörte damit zu Ostpreußen.[3] Die größte Stadt im Regierungsbezirk war Plock (Płock); Ciechanów war mit rund 15.000 Einwohnern nur halb so groß.[4]

---

płockiej w świetle nieznanego dokumentu ze zbiorów Tajnego Archiwum Państwowego Fundacji Pruskiego Dziedzictwa Kulturowego w Berlinie-Dahlem, in: Rocznik Towarzystwa Naukowego Płockiego 7 (2015), S. 88–115, hier S. 98; ALEKSANDER KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska (Regierungsbezirk Zichenau) 1939–1945. Budowa niemieckiego „Lebensraumu" na Mazowszu Północnym, in: Zapiski Ciechanowskie 9 (1995), S. 161–194, hier S. 167 f.; ZBIGNIEW PTASIEWICZ, Wspomnienia znaczone łzami. Wysiedlenia ludności polskiej z obszaru rejencji ciechanowskiej 1939–1944, Ciechanów 2011, S. 26 f.

[2] RYSZARD JUSZKIEWICZ, Powiat ciechanowski w walce z Niemcami w latach 1939–1945, in: Millenium Ciechanowa. Materiały z sesji naukowo-popularnej w dniach 11 i 12 grudnia 1965 r., hg. v. STANISŁAW PAZYRA, Ciechanów 1969, S. 123–170, hier S. 132; PIOTR MATUSAK, Ciechanów w czasie II wojny światowej (1939–1945). Zarys problematyki badawczej, in: Niepodległość i Pamięć 23 (2016), 1, S. 147–182, hier S. 153 f.; KAZIMIERZ SOBCZAK, Wyzwolenie Ciechanowa w 1945 r., in: Millenium Ciechanowa, S. 185–189, hier S. 185, 189; BOGUMIŁA UMIŃSKA, Karty z dziejów Ciechanowa 1939–1945, Ciechanów 2009, S. 20 f.

[3] Nazi Occupation „Law" in Poland. Selected Documents, Part 1: The Incorporated Territories, hg. v. KAROL MARIAN POSPIESZALSKI, Poznań 2019, S. 125.

[4] Die Einwohnerzahl schwankte zwischen 13.954 (1931), 15.200 (1937), 16.300 (1941) und 14.037 (1943); Skorowidz gmin Rzeczypospolitej Polskiej, Teil 1: Województwa centralne i wschodnie, hg. v. Główny Urząd Statystyczny, Warszawa 1933, S. 1; Polska

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ausschlaggebend für die Wahl von Ciechanów als Verwaltungszentrum, das von nun an Zichenau heißen sollte, war dessen zentrale Lage und gute Verkehrsanbindung. Es bestanden Eisenbahnverbindungen mit Königsberg (Kaliningrad) über Allenstein (Olsztyn) 260 km, nach Danzig (Gdańsk) über Deutsch Eylau (Iława) 250 km und nach Warschau 100 km sowie zahlreiche Autobusverbindungen: vor dem Krieg nach Plonsk (Płońsk), Praschnitz (Przasnysz) und Wyszków, während des Krieges nach Plock, Chorzellen (Chorzele) und Krasne.[5]

In administrativer Hinsicht lässt sich die deutsche Besatzungsherrschaft in der Stadt in zwei Perioden einteilen, die Zeit der Militärverwaltung (4. September – 25. Oktober 1939), auf die die bis zum 17. Januar 1945 funktionierende zivile Besatzungsverwaltung folgte.[6] In der ersten Phase der Militärverwaltung (bis 2. Oktober) übte die Wehrmacht die vollziehende Gewalt direkt aus. Sie lag laut dem 2. Reichsverteidigungsgesetz vom 4. September 1938 in der Hand des Oberbefehlshabers des Heeres, Generaloberst Walther von Brauchitsch, der seine Befugnisse allerdings auf den Oberbefehlshaber der 3. Armee, General Georg von Küchler, übertrug. Als Chef der Zivilverwaltung (CdZ) war ihm im nordmasowischen Gebiet der SS-Brigadeführer und Polizei-Generalmajor Heinz Jost beigeordnet. Am 3. Oktober wurde Generaloberst Gerd von Rundstedt zum Oberbefehlshaber Ost (Oberost) ernannt und übernahm somit als Chef der deutschen Besatzungstruppen in Polen Brauchitschs Kompetenzen. Am 20. Oktober wurde er in dieser Funktion vom General der Infanterie Johannes Blaskowitz abgelöst. CdZ im Befehlsbereich von Oberost war der spätere Generalgouverneur Hans Frank.

Die Oberost unterstellten Gebiete wurden in Militärbezirke gegliedert, deren Befehlshabern jeweils ein eigener Chef der Zivilverwaltung zugeteilt wurde. Nordmasowien war allerdings von dieser Regelung ausgenommen

współczesna. XX rok niepodległości Rzeczypospolitej Polskiej w wykresie i słowie, Bd. 1: Województwo warszawskie, Warszawa 1938, S. 257; Deutsches Reichs-Adressbuch 1941, S. 669; Handbuch für den Regierungsbezirk Zichenau mit Ortschaftsverzeichnis, S. 127.

[5] Polska współczesna, S. 257, 263, 266; Deutsches Reichs-Adressbuch 1942, S. 707; TEODOR LEONARD MŁYNARSKI, Jak miał wyglądać niemiecki Ciechanów?, in: 5 rzek, 1967, H. 3, S. 6; ZBIGNIEW PTASIEWICZ, Północne Mazowsze w III Rzeszy 1939–1945. Utworzenie Rejencji ciechanowskiej – zarys problematyki, in: Ciechanów. Szkice z historii miasta, hg. v. ANTONI K. SOBCZAK, Ciechanów 2016, S. 183–199, hier S. 184; DERS., Wspomnienia znaczone, S. 37.

[6] Erlaß des Führers und Reichskanzlers über das Inkrafttreten des Erlasses über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete. Vom 20. Oktober 1939, in: Deutsches Reichsgesetzblatt I (1939), Nr. 207, S. 2057.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und wurde als eigenständiges Grenzabschnittskommando Nord provisorisch dem Wehrkreis I (Königsberg) angegliedert. Den Posten des CdZ übernahm Erich Koch, der als Gauleiter und Oberpräsident die gleiche Funktion auch in Ostpreußen innehatte. Ihm standen kommissarische Bürgermeister und Landräte zur Seite.[7]

Mit dem formalen Ende der Militärverwaltung am 26. Oktober 1939 erhielt Erich Koch, zu dessen Provinz Ostpreußen Nordmasowien nunmehr gehörte, eine anfangs nahezu unbeschränkte Macht über das angegliederte Gebiet. Die Funktion des Regierungspräsidenten übten nacheinander Hermann Bethke (kommissarisch, 1939–1940), Paul Dargel (1940–1941, Stellvertreter Clemens Roßbach) und Clemens Roßbach (1941–1945, Stellvertreter bis 1942 Einhardt, danach Rhode) aus. Dieser hatte seinen Amtssitz in Zichenau im ehemaligen Izabella-Czartoryska-Waisenhaus in der Henryk-Sienkiewicz-Straße 33.[8] Die Landräte Erich Matthes (bis 1942) und Paul Funk residierten im ehemaligen Starostei-Gebäude in der Józef-Piłsudski-Straße 25.[9] An der Spitze der Zichenauer Stadtverwaltung, deren Sitz sich im neogotischen Rathaus am Marktplatz 6 befand, standen die Amtskommissare Jan Reutt, Falcke und Kleinert.[10]

---

[7] ERNST KLEE, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 290; MATUSAK, Ciechanów, S. 154 f.; KRYSTYNA SUCHANECKA, Administracja Północnego Mazowsza w czasie II wojny światowej, in: Rocznik Muzeum Mazowieckiego w Płocku 12 (1986), S. 125–132, insbes. S. 125 f.; HANS UMBREIT, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977, S. 92 f.

[8] KLEE, Das Personenlexikon, S. 102; KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 165; JOACHIM LILLA / MARTIN DÖRING, Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Düsseldorf 2004, S. 38; WITOLD PRONOBIS, Organizacja administracji okupacyjnej w rejencji ciechanowskiej, in: Notatki Płockie 18 (1973), 1, S. 12–17, hier S. 15; Ders., Polityka narodowościowa okupanta hitlerowskiego w rejencji ciechanowskiej 1939–1945. Dissertation, Nikolaus-Kopernikus-Universität, Toruń 1976, S. 231; PTASIEWICZ, Północne Mazowsze, S. 188; SUCHANECKA, Administracja, S. 129; ELŻBIETA SZUBSKA-BIERON, Płock na łamach lokalnej prasy NSDAP 1939–1945, Płock 2016, S. 28.

[9] KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 165 f.; PRONOBIS, Organizacja administracji, S. 15; PTASIEWICZ, Północne Mazowsze, S. 190; DERS., Wspomnienia znaczone, S. 28.

[10] Jan Reutt war ein angesehener und Bürger von Ciechanów. Er wurde offenbar auch wegen seines deutsch klingenden Namens zum Amtskommissar ernannt. Reutt unterstützte den polnischen Untergrund, was zu seiner Verhaftung im April 1940 führte. UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 27; http://architektura-ciechanowa.pl/nr-19.html (Zugriff: 31. Oktober 2020). Das neogotische Rathaus wurde Mitte des 19. Jahrhunderts auf der Nordseite des Marktplatzes errichtet, wahrscheinlich nach Plänen des Architekten Henryk Marconi. Während der deutschen Besatzung wurden einige bauliche Änderungen vor-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unterdrückung und Gewaltherrschaft

Erklärtes Ziel der Besatzer war neben der Kontrolle und Verwaltung des nordmasowischen Gebiets, dessen Ausbeutung und Germanisierung. Zichenau stand hier als Hauptstadt im besonderen Fokus der NS-Volkstumspolitik. Von Beginn an zielten zahlreiche Regelungen darauf ab, die polnische und jüdische Bevölkerungsmehrheit wirtschaftlich, rechtlich und kulturell auszuschalten. Zugleich wurden Maßnahmen ergriffen, die eine strikte Trennung zwischen den Vertretern der deutschen „Herrenrasse" und der einheimischen Bevölkerung herbeiführen sollten. Jedwede außerdienstlichen persönlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Einheimischen wurden untersagt und es gab in vielen Bereichen getrennte Institutionen für die deutschen und nichtdeutschen Stadtbewohner.[11]

Wie im gesamten Regierungsbezirk lösten die Besatzer auch in Zichenau sämtliche öffentlichen und privaten polnischen und jüdischen Volksschulen auf, etwa die moderne siebenklassige Schule in der Orylska-Straße.[12] Auch die weiterführenden Schulen, wie das staatliche Krasiński-Gymnasium in der Szkolna-Straße (*Państwowe Koedukacyjne Gimnazjum i Liceum im. Zygmunta Krasińskiego*) oder die Handelsschule in der Małgorzacka-Straße (*Koedukacyjna Szkoła Handlowa Polskiej Macierzy Szkolnej*) waren von der Schließung betroffen.[13]

Ähnlich verfuhr man mit den Bibliotheken.[14] Wesentliche Teile ihrer Bestände wurden geraubt und die wertvollsten Stücke der Universitätsbibliothek Königsberg übergeben. Das Gros der Bücher wurde hingegen als Altpapier behandelt oder verbrannt.[15] Darüber hinaus lösten die Besatzungsbehörden alle polnischen politischen und gesellschaftlichen Organisationen auf. In den Behörden und den meisten Geschäften war Deutsch

genommen. Katalog zabytków sztuki w Polsce, Bd. 10: Dawne województwo warszawskie, H. 1: Ciechanów i okolice, bearb. u. hg. v. IZABELLA GALICKA u. a., Warszawa 1977, S. 12 f.; KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 166; RYSZARD MAŁOWIECKI, Historia ratusza w Ciechanowie, Warszawa 2010, S. 57; PTASIEWICZ, Wspomnienia znaczone, S. 28.

[11] MATUSAK, Ciechanów, S. 155; RADOSŁAW D. WALCZAK, Partie polityczne w województwie ciechanowskim, Pułtusk 2005, S. 31 f.

[12] DARIUSZ PIOTROWICZ, Oświata i kultura w Ciechanowie w okresie międzywojennym, in: Rocznik Mazowiecki 10 (1998), S. 53–65, hier S. 53.

[13] DERS., Ciechanów w latach 1918–1939, in: Ciechanów. Szkice z historii miasta, S. 157–181, hier S. 178; DERS., Oświata i kultura, S. 54–57.

[14] Ebd., S. 62 f., 65.

[15] Polska współczesna, S. 257; MATUSAK, Ciechanów, S. 155; PIOTROWICZ, Oświata i kultura, S. 62 f., 65; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 50.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die verpflichtende Verkehrssprache.[16] Neben den Bildungs- und Kultureinrichtungen erreichten die Schließungen auch die Zeitungshäuser. Die deutsche Verwaltung ersetzte die bisherigen polnischen und jüdischen Zeitungen durch eigene Titel. Zunächst kam für über ein Jahr lediglich eine für den Regierungsbezirk bestimmte Lokalbeilage in der „Allensteiner Zeitung" heraus. Anfang November 1940 wurde erstmals die von Marian Budzinski und Marian Bodemar redigierte „Zichenauer Zeitung" publiziert, die Anfang April 1942 allerdings mit der „Deutschen Ostwacht" zu einem Blatt verschmolz, das als „Deutsche Ostwacht. Zichenauer Zeitung und amtliches Verkündigungsblatt" bis zum Ende der Besatzung erschien. Chefredakteure des neuen Blatts waren Franz R. Winkler, Erich Klemmer, Marian Bodemar, Alfred G. Thalemann sowie Suse von Lojewski. Zwischen August 1940 und Ende 1944 erschien zudem in einer Auflage von 4.000 bis 5.000 die polnischsprachige Wochenzeitung „Nowy Czas" – bis zur Nr. 16 „Ilustrowany Nowy Czas" –, die ab 1944 zweimal wöchentlich herauskam und von Franz R. Winkler, Erich Klemmer und Marian Bodemar redigiert wurde. Nach der Besetzung des Bezirks Bialystok wurde in Zichenau auch der „Nowy Kurier Białostocki" vertrieben. Eine Besonderheit des Zichenauer Zeitungsmarkts war die ab 1942 anfangs zweisprachig erscheinende Wochenschrift „Tygodnik Rolniczy. Landwirtschaftliches Wochenblatt für Zichenau", deren Redaktion in Königsberg ansässig war.[17]

Auch im Bereich der Kirchenpolitik unterschied sich die Situation in Zichenau nicht von anderen Städten im Regierungsbezirk. Wegkreuze und -kapellen wurden zerstört.[18] Für die religiös stark gebundene Bevölkerung bedeutete dies eine besondere Belastung. Neben Verhaftungen von Gottesdienstbesuchern, Einschränkungen bei der Abhaltung von Heiligen Messen oder bei Trauungen verfügte die deutsche Verwaltung, dass Bestattungen lediglich einmal wöchentlich vorgenommen werden durften. Ebenso verboten waren Trauerzüge, sodass nunmehr die Särge mit den Verstorbenen hinter dem Friedhofstor gesammelt und unter Beisein des Priesters jeweils sonntags begraben wurden. Die Geistlichen mussten die letzten Sakramente oft im Geheimen erteilen.

[16] TADEUSZ WYRZYKOWSKI, Ciechanów w okresie okupacji hitlerowskiej, in: Millenium Ciechanowa, S. 171–184, hier S. 180.

[17] KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 181f; SZUBSKA-BIERON, Płock na łamach, S. 357–361; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 52.

[18] KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 179; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 27, 60.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Den höchsten Preis für die deutsche Besatzungspolitik in Zichenau mussten diejenigen zahlen, die während der Kriegshandlungen als Zwangsarbeiter, Justizopfer oder bei Massenexekutionen ermordet wurden. Die ersten Toten waren bereits am 1. September 1939 zu beklagen, viele weitere kamen bei den erbitterten Kämpfen vom 3. und 4. September hinzu.[19] Nach ungenauen, auf den Zahlen der Hauptkommission für die Untersuchung der NS-Verbrechen basierenden und später aktualisierten Schätzungen des Instituts für Nationales Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej*) nahmen die deutschen Behörden mindestens 40 Exekutionen vor – im Jahr 1939 drei, 1940, 1941 und 1943 jeweils wahrscheinlich vier, 1942 und 1944 ungefähr zehn und wenigstens zwei im Jahr 1945. Es kamen dabei schätzungsweise 650 Menschen um, davon rund 300 Juden und 350 Polen. Die Hingerichteten starben meist anonym. Lediglich die Namen von 107 Polen und 23 Juden sind überliefert.[20] Die Täter gehörten der Wehrmacht, der SS, dem Selbstschutz oder Polizeieinheiten an und sind als Vollstrecker verschiedener Todesurteile nicht namentlich bekannt. Während der Kämpfe im September 1939 stand an der Spitze des Einsatzkommandos 2, das unter anderem in Zichenau operierte, der SS-Sturmbannführer und Regierungsrat Robert Schäfe. Chef der Zichenauer Kriminalpolizei war ein gewisser Schindler. Obersturmbannführer Paul Exner (115. SS-Standarte) und Hauptsturmführer Hans Krause (I. Sturmbann) befehligten die lokalen SS-Einheiten. Ein Teil der vom Sondergericht, Standgericht und den allgemeinen Gerichten in Zichenau zum Tode Verurteilten wurde in Königsberg durch das Fallbeil hingerichtet.[21]

Von Beginn der deutschen Besatzung an bis zu deren Ende existierten mindestens drei Polizeigefängnisse und vier Arbeitslager. Das Gestapo-Gefängnis war im Kellergeschoss des Rathauses (am Marktplatz) untergebracht, wo man vor allem Angehörige des Untergrunds verhörte. Die weiteren Schicksale der Insassen waren unterschiedlich. Antoni Zaleski,

---

[19] Ebd., S. 20; WYRZYKOWSKI, Ciechanów, S. 173.

[20] Informacja wewnętrzna Nr. 88/7, in: Rejestr miejsc i faktów zbrodni popełnionych przez okupanta hitlerowskiego na ziemiach polskich. Województwo ciechanowskie, hg. v. Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warszawa 1984, S. 18–26.

[21] Ebd.; ROBERT BARTOŁD, 17 grudnia 1942 roku w zamku..., http://historyzm.pl/biblioteka/glos_c/erbe_10.jpg (Zugriff: 2. November 2020); MAŁOWIECKI, Historia ratusza, S. 57 f.; MATUSAK, Ciechanów, S. 155 f., 159–160; SUCHANECKA, Administracja, S. 127, 131; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 50; MARK C. YERGER, Allgemeine SS. The Commands, Units and Leaders of the General SS, Atglen (PA) 1997, S. 212; MARIA WARDZYŃSKA, Był rok 1939. Operacja niemieckiej policji bezpieczeństwa. Intelligenzaktion, Warszawa 2009, S. 223, 228, 236; WYRZYKOWSKI, Ciechanów, S. 177–179.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ein nordmasowischer Anführer der Bauernbataillone (*Bataliony Chłopskie*), folterten die Gestapo-Funktionäre zu Tode. Andere Häftlinge überstellten sie in Konzentrationslager wie Mauthausen-Gusen, Stutthof und Auschwitz-Birkenau oder das Gefängnis Pomiechówek. Einige Häftlinge wurden im Wald von Ościsłów und im Hof der Zichenauer Burg hingerichtet. Teilweise nutzte die Gestapo zudem das Polizeigefängnis im Keller und dem rechten Flügel des Rathauses. Auch die hier festgehaltenen Menschen wurden in der Regel in andere Gefängnisse weitergeleitet (Pomiechówek) oder direkt an ihren Hinrichtungsort gebracht, wie 21 zum Tode verurteilte Häftlinge, deren Ermordung in einer Schlucht am Narew bei Serock am 28. Februar 1941 erfolgte. Noch am Vortag ihres Abzugs erschossen die Deutschen die verbliebenen ca. 40 Gefängnisinsassen, gegen die ein Todesurteil vorlag.

Ein ebenfalls in Kellerräumen untergebrachter Haftort war das Gefängnis der Kriminalpolizei in der Śląska-Straße 7 (heute: Ksiądz-Piotr-Ściegienny-Straße). Wahrscheinlich wurden am 3. Juli 1944 in einer nahegelegenen Kiesgrube am Wald von Śmiecin 30 Häftlinge dieser Einrichtung ermordet. Eine ähnlich große Zahl von Insassen dieses Gefängnisses starb auf die gleiche Weise am 16. Januar 1945.[22]

Ein weiterer sichtbarer Teil des deutschen Unterdrückungsapparats waren Arbeitslager, die in der Stadt selbst oder in ihrer Nähe gelegen waren. Hier hielten die Besatzer Menschen fest, die gegen die strengen Gesetze verstoßen hatten. Die Mehrzahl der Delikte betraf das unerlaubte Mahlen von Getreide im eigenen Haushalt, Schwarzschlachtungen, illegalen Fleischhandel, Reisen ohne Passierschein oder Lappalien wie das zu langsame Grüßen von Deutschen. Im Falle der Juden genügten noch nichtigere Gründe oder die Willkür von Beamten für eine Inhaftierung. In der Regel wurden die Häftlinge nach einem bis drei Monaten entlassen. Die Arbeitslager waren in Gebäuden untergebracht, die für den Freiheitsentzug einer größeren Menschenmenge völlig ungeeignet waren. Die sanitären Bedingungen waren katastrophal. Die Hungerrationen bestanden aus etwa 200 Gramm minderwertiges Brot, einer fettfreien Suppe aus Steckrüben oder Kohl sowie schwarzem ungesüßten Malzkaffee. Die auszuführenden Arbeiten sollten die Kraft der Häftlinge maximal ausbeuten und überstiegen oft die Kräfte der Lagerinsassen, beispielsweise beim Abriss von Gebäuden, dem Abtransport des Bauschutts, der Ein-

[22] Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945. Informator encyklopedyczny, hg. v. CZESŁAW PILICHOWSKI, Warszawa 1979, S. 137; WARDZYŃSKA, Był rok, S. 231; WYRZYKOWSKI, Ciechanów, S. 176.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ebnung von Abrissflächen, Steinschlagen, Straßen- und Wasserleitungsbau, Torfstechen, Graben ausheben sowie bei der Ernte auf umliegenden Gehöften. Es verbreiteten sich Krankheiten wie Typhus. Die Erkrankten wurden meist außerhalb des Lagers erschossen. Oft wurden Häftlinge auch gefoltert oder hingerichtet. Heute befinden sich ihre Gräber auf dem Friedhof in Ciechanów.[23]

Eines der Arbeitslager bestand beispielsweise zwischen Dezember 1939 und Herbst 1940 im ehemaligen Gemeindeamt in der Fabryczna-Straße 8 im benachbarten Nużewo. Es wurden dort durchschnittlich 80 jüdische und polnische Häftlinge festgehalten. Insgesamt durchliefen 1.200 Personen das Lager, dessen letzte Häftlinge in das 13 km nordöstlich gelegene Lager Trętowo gelangten. Ein zweites Arbeitslager gab es in der Płońska-Straße, unweit der Straßengabelung nach Plonsk und Gasocin (Gąsocin). Insgesamt waren hier zwischen 1940 und 1942 2.000 polnische Staatsbürger inhaftiert, wobei die durchschnittliche Belegung bei 250 Häftlingen lag. In der Fabryczna-Straße befand sich in einem kommunalen Gebäude noch ein weiteres Arbeitslager mit einer ständigen Belegung von ca. 100 Polen und Juden (1.600 Personen insgesamt über den gesamten Zeitraum). Zwischen Frühjahr 1941 und Herbst 1943 funktionierte in Nowy Śmiecin unweit der südwestlichen Stadtgrenze ein viertes Arbeitslager mit 120 jüdischen und polnischen Insassen (insgesamt 1.150). Bei der Auflösung all dieser Standorte wurden die Häftlinge in andere Arbeitslager überstellt.[24]

Zwangsumsiedlungen und Deportationen

Eine noch viel radikalere Form der Germanisierungspolitik war die partielle Aussiedlung der einheimischen Bevölkerung. Sie begann mit der Berufung Himmlers zum Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) am 7. Oktober 1939.[25] Insgesamt waren in den einge-

[23] Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945, S. 137 f.; JÓZEF SZYMAŃSKI, Z kart historii Ziemi Ciechanowskiej w okresie II wojny światowej, in: Zapiski Ciechanowskie 5 (1983), S. 128–130, hier S. 129 f.; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 62 f.

[24] Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945, S. 137 f.; UMIŃSKA, S. 38–40, 63; RYSZARD JUSZKIEWICZ, Obozy w rejencji ciechanowskiej, in: Notatki Płockie 13 (1968), 1, S. 32–38, hier S. 33; KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 192.

[25] PETER WIDMANN, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hg. v. WOLFGANG BENZ u. a., München 1997, S. 677; ISABEL HEINEMANN, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut". Das Rasse- und Siedlungs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gliederten Gebieten rund 1,5 Millionen polnische Bürger von dessen Aussiedlungsmaßnahmen betroffen.[26] Aus den fünf Städten des Regierungsbezirks Zichenau siedelten die Deutschen insgesamt 13.946 Personen aus: 1939 lag die Zahl bei 2.030, in den Folgejahren bei 7.434 (1940), 4.436 (1941), 16 (1942) bzw. 30 Personen (1943).[27] Im Rahmen des ersten und zweiten „Nahplans" des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes mussten im Dezember 1939 600 Personen (etwa 150 Familien) sowie im November 1940 100 Personen (etwa 20 Familien) die Stadt Zichenau zwangsweise verlassen. Die Aussiedlungen wurden von der Schutzpolizei jeweils in den Morgenstunden vorgenommen. In der Regel mussten die Betroffenen innerhalb von 15 Minuten ihre wichtigsten persönlichen Gegenstände und Lebensmittel einpacken und die Wohnung verlassen.

Bei der Aktion im Jahr 1939 wurden sie dann zu Fuß auf eine Eisenbahnrampe getrieben, in Güterwaggons verladen und direkt ins Generalgouvernement abgeschoben. Die im Folgejahr ausgesiedelten Bewohner wurden zunächst zu einem Sammelpunkt in einer Baracke am Stadtrand gebracht und von dort aus auf Lastwagen in das Lager Soldau (Działdowo) transportiert. Dort wurden sie durchsucht, aller Barmittel, Schmuck und Wertgegenstände beraubt und nach einigen Tagen in plombierten Güterzügen ins Generalgouvernement gebracht.[28] Darüber hinaus verschleppten die Deutschen bereits im September 1939 im Rahmen ihrer gegen die polnische „Intelligenz" gerichteten Politik Lehrer, Priester und Gutsbesitzer. Im Frühjahr 1940 fanden diese Deportationen ihre Fortsetzung, wobei die Ziele sowohl im Generalgouvernement (vorwiegend Region Kielce) wie auch im Reich (Zwangsarbeit und Arbeitslager) lagen.[29] Über

---

hauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 190–195; ALEXA STILLER, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, in: Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, hg. v. MICHAEL FAHLBUSCH u. a., Berlin 2017, S. 531–540.

[26] PIOTR EBERHARDT, Migracje polityczne na ziemiach polskich (1939–1950), Poznań 2010, S. 53, 57. Zählt man die ins Reich verschleppten Zwangsarbeiter hinzu, kommt man auf eine Zahl von 4,25 Millionen polnischer Bürger, die unterschiedlichen Formen von Zwangsmigration ausgesetzt waren: Ebd., S. 86 f.; PTASIEWICZ, Wspomnienia znaczone, S. 52–55.

[27] MARIA WARDZYŃSKA, Wysiedlenia ludności polskiej z okupowanych ziem polskich włączonych do III Rzeszy w latach 1939–1945, Warszawa 2017, S. 428.

[28] Skorowidz gmin Rzeczypospolitej Polskiej, Teil 1, S. 1; Polska współczesna, S. 257; PTASIEWICZ, Wspomnienia znaczone, S. 56–61; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 55 f.; WARDZYŃSKA, S. 18–33, 384, 392, 428.

[29] MATUSAK, Ciechanów, S. 156, 158 f.; MŁYNARSKI, Jak miał wyglądać, S. 6.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die gesamte Besatzungszeit hinweg wurden außerdem aufgrund des immensen Zustroms deutscher Verwaltungsbeamter und des geplanten Stadtumbaus Umsiedlungen innerhalb des Stadtgebiets vorgenommen.[30]

Den polnischen Stadtbewohnern wurden in der Regel bessere Wohnungen und Handwerksbetriebe genommen. Sie mussten in schlechtere Gebäude umziehen, nicht selten in Souterrains oder verwüstete Häuser aus vormals jüdischem Besitz.[31] Wahrscheinlich verblieben nur wenige Polen in der Stadt, da die meisten in die benachbarten Dörfer umgesiedelt wurden.[32] Die jüdischen Stadtbewohner wiederum wurden in den restlichen Häusern des stetig verkleinerten Ghettos untergebracht. In der Regel mussten sich hier mehrere Familien ein Zimmer teilen. In vielen Wohnungen wurden Etagenbetten aufgestellt und es fehlte der Platz, um neben den Liegestellen noch andere Einrichtungsgegenstände oder Möbel aufzustellen. Die ärmsten Ghettobewohner mussten in Scheunen, Kellern oder primitiven Hütten unterkommen oder lebten sogar unter freiem Himmel.[33]

In der Tat befanden sich die Juden, die vor dem Krieg mit rund 5.000 Menschen etwa 30 Prozent der Stadtbevölkerung gestellt hatten, im besonderen Fokus der brutalen Besatzungsherrschaft und mussten noch schlimmere Maßnahmen erleiden als die nichtjüdische Bevölkerung. Die meisten jüdischen Bürger wurden ermordet, und die wenigen Überlebenden ließen sich in der Regel nie wieder in der Stadt nieder.[34] Im Jahr 1940 siedelten die Deutschen zusätzlich 1.500 Juden aus der Region nach Zichenau um. 1941 lebten im Ghetto, das nicht eingezäunt war, bereits 7.000 Menschen und es kamen noch weitere 500 hinzu.

---

[30] Auf die Wehrmacht folgten im Herbst 1939 zunächst Beamte, die die Aufgabe hatten, eine neue Verwaltung aufzubauen. Hinzu kamen „volkdeutsche" Umsiedler aus dem Generalgouvernement und, nach einem Abkommen des Deutschen Reichs mit der Sowjetunion von 1939, aus der Region Bialystok. Später wurden noch ungefähr 5.500 so genannte Litauendeutsche im Regierungsbezirk angesiedelt. Eine Statistik der Gestapo weist für das Jahr 1942 für den gesamten Regierungsbezirk 21.598 Reichsdeutsche, 33.242 Volksdeutsche und 2.267 Litauendeutsche aus. Etwas anders gestalteten sich die Proportionen im Landkreis Zichenau, wo 5.105 Reichsdeutsche, 2.889 Volksdeutsche und 199 Litauendeutsche registriert wurden. EBERHARDT, Migracje polityczne, S. 75–80; KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 177 f.; PTASIEWICZ, Wspomnienia znaczone, S. 62 f.

[31] UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 56, 60.

[32] MŁYNARSKI, Jak miał wyglądać, S. 15.

[33] DARIUSZ PIOTROWICZ, Zagłada Żydów ciechanowskich, in: Rocznik Mazowiecki 12 (2000), S. 81–89, hier S. 86.

[34] KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 170; PIOTROWICZ, Zagłada Żydów, S. 83.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die nach Zichenau verschleppten Juden stammten vornehmlich aus Dobrzyń, Raciąż, Sierpc und Żuromin. In Zichenau mussten sie wie die übrigen Ghettoinsassen in den überfüllten Gebäuden unterkommen und hausten selbst in Kellern, auf Dachböden und in Wirtschaftsgebäuden. Ernährt lediglich durch Hungerrationen wurden sie ununterbrochen mit dem systematischen Terror (Massenexekutionen, Deportationen vor allem Arbeitsunfähiger) vonseiten der Deutschen konfrontiert. Diese zerstörten auch den jüdischen Friedhof und verwendeten die Grabsteine zum Bau des Bürgersteigs in der damaligen Marktstraße (17. Stycznia-Straße).[35] Aufgrund des Stadtaumbaus wurde die Fläche des Ghettos systematisch verkleinert. Ende 1942 lebten nur noch 5.000 Juden in Zichenau, die in der Folge alle deportiert und / oder ermordet wurden. Ein Teil kam im Vernichtungslager Auschwitz ums Leben, andere wurden in Arbeitslager verschleppt oder an Ort und Stelle ermordet.[36]

Modernisierung und Umbau zur Stadt „deutschen Charakters"

Die deutschen Machthaber begannen die systematische Neuordnung des städtischen Raums mit der Entfernung der polnischen Staatssymbole, zum Beispiel des polnischen Wappens am Rathaus.[37] Wenig später änderten sie die uralte Ortsbezeichnung Ciechanów in Zichenau um.[38] Dieser Name

[35] Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 9: Polen: Generalgouvernement. August 1941–1945, bearb. v. KLAUS-PETER FRIEDRICH, München 2014, S. 552, 577; JAN GRABOWSKI, Die antijüdische Politik im Regierungsbezirk Zichenau, in: Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945, hg. v. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK / JOCHEN BÖHLER, Osnabrück 2010, S. 99–115, hier S. 105; MICHAŁ GRYNBERG, Żydzi w rejencji ciechanowskiej 1939–1942, Warszawa 1984, S. 37, 52 f.; MŁYNARSKI, Jak miał wyglądać, S. 6; PIOTROWICZ, Zagłada Żydów, S. 81–89; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 21, 42–46.

[36] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 161; ANDREAS SCHULZ, Regierungsbezirk Zichenau, in: Das „Großdeutsche Reich" und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten" Gebieten, hg. v. WOLF GRUNER / JÖRG OSTERLOH, Frankfurt am Main 2010, S. 261–280, hier S. 273 f.

[37] MAŁOWIECKI, Historia ratusza, S. 57.

[38] Der erste Hinweis auf den Ortsnamen „Ciechanów" stammt aus der Gründungsurkunde des Benediktinerklosters in Mogilno, die vom König Bolesław II. den Kühnen im Jahre 1065 herausgegeben wurde. Vgl. JERZY ZDZISŁAW GACZYŃSKI, Dokument mogileński – studium krytyczne, in: Zapiski Ciechanowskie 5 (1983), S. 5–43, hier S. 23, 25; STANISŁAW ROSPOND, Słownik etymologiczny miast i gmin PRL, Wrocław 1984,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

war in ähnlicher Form zwar in deutschen topografischen Karten vor dem Ersten Weltkrieg aufgetaucht, aber nie in Gebrauch gewesen.[39] Erstmals in einem offiziellen Zusammenhang wurde die Bezeichnung im Führererlass vom 8. Oktober 1939 verwendet.[40] Formalisiert wurde die Namensänderung erst mit einer Verfügung des Reichsinnenministers vom 21. Mai 1941.[41]

Nicht minder wichtig war die Umbenennung von Straßen und Plätzen. Einige alte polnische Namen wurden ins Deutsche übersetzt, wie die Akacjowa in Akazienstraße oder Zamkowa in Burgstraße. Hinzu kamen Fantasienamen, die den polnischen Klang der Originale nachahmten wie im Fall der in Saguminerstraße umbenannten Zagumienna. Völlig umbenannt wurden jene Straßen, die den Namen wichtiger polnischer historischer Ereignisse oder Persönlichkeiten trugen. Die Straße des 3. Mai wurde so zur Hermannstraße oder der Tadeusz-Kościuszko- zum Grünplatz. Auch eigentlich neutrale Straßennamen wurden abgeändert, wie die Małgorzacka in Elisabethstraße und Śląska in Tilsiterstraße.[42]

Ciechanów war vor 1939 wirtschaftlich nur schwach entwickelt. Zu den wichtigsten Industriebetrieben zählten die Zuckerfabrik *Cukrownia Ciechanów S. A.*,[43] die Dampfbrauerei *Browar Parowy Ciechanowski S. A.*,[44] der Landmaschinenbetrieb von Włodzimierz Lenc, Ziegeleien, Mühlen,

---

S. 57; Słownik geograficzny Królestwa Polskiego i innych krajów słowiańskich, Bd. 1, hg. v. BRONISŁAW CHLEBOWSKI u. a., Warszawa 1880, S. 674 f.; Słownik geograficzny Królestwa Polskiego i innych krajów słowiańskich, Bd. 15, Teil 1, hg. v. FILIP SULIMIERSKI u. a., Warszawa 1900, S. 336; WARDZYŃSKA, Był rok, S. 222.

[39] Die lateinische Transliteration „Zjechanow" des in kyrillischen Buchstaben geschriebenen Ortsamens befindet sich auf der topografischen Karte des westlichen Russlands, Maßstab 1:100.000, hg. v. Karthographische Abtheilung der Preußischen Landesaufnahme, [Berlin] 1914, G 30 – Zjechanow; ANDREAS KOSSERT, „Grenzlandpolitik" und Ostforschung an der Peripherie des Reiches. Das ostpreußische Masuren 1919–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), 2, S. 117–146, hier S. 139.

[40] Nazi Occupation „Law", S. 125.

[41] PTASIEWICZ, Północne Mazowsze, S. 186.

[42] Handbuch für den Regierungsbezirk Zichenau mit Ortschaftverzeichnis, S. 109 f.; KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 181; PIOTROWICZ, Zagłada Żydów, S. 84; PTASIEWICZ, Regierungsbezirk Zichenau. Rejencja Ciechanowska 1939–1945, Ciechanów 2012, S. 83; DERS., Wspomnienia znaczone, S. 38; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 27, 49, 152, 155.

[43] KAROL GUTTMEJER, Fabryczny zespół w Ciechanowie, in: Spotkania z zabytkami, 1984, Nr. 3, S. 33–35.

[44] MIROSŁAWA LEWANDOWSKA-WOŁOSZ / EDWARD LEWANDOWSKI, Browar Karola Machlejda w Ciechanowie, in: Mazowsze, 1996, Nr. 8, S. 53–65; http://www.ciechan.com.pl/index2.php?q=page/2 (Zugriff: 2. November 2020).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das Elektrizitätswerk[45] sowie die Molkerei. Das Postamt war erst 1938 errichtet worden.[46] Die Verkehrsinfrastruktur bestand neben einer Normalspur- und zwei Schmalspurbahnlinien aus einem Netz mittelmäßig befestigter Straßen samt moderner Stahlbetonbrücke über den Fluss Lydynia (Łydynia).[47] Schon bald nach dem Einmarsch der Wehrmacht begannen die Besatzer mit dem Raub sämtlichen staatlichen, Firmen- und Privateigentums.[48] Nach einer Phase chaotischer Requirierungen in den ersten Wochen wurde das konfiszierte Eigentum formal verstaatlicht und der Haupttreuhandstelle Ost (HTO) mit Sitz in Berlin unterstellt. Die HTO war auf Erlass des Beauftragten für den Vierjahresplan am 19. Oktober 1939 gegründet worden, mit dem Ziel, die Übernahme des Eigentums in den unterworfenen polnischen Gebieten zu organisieren und kommissarisch zu verwalten. Für die Verwaltung der übernommenen Wohnimmobilien wurde am 27. Mai 1940 die Grundstücksgesellschaft der Haupttreuhandstelle Ost mbH (GHTO) gegründet.

In Zichenau war die Außenstelle der HTO in der Piłsudski-Straße, die GHTO in der Warszawska-Straße 66/68 untergebracht. Es waren aber nicht nur Grundstücke, Gebäude und Firmen, die das Interesse der Besatzer weckten: Sie requirierten ebenso gern privates bewegliches Eigentum, sei es in den Wohnungen oder direkt auf der Straße. Im Winter 1941 verloren nichtdeutsche Passanten auf diese Weise vor allem Pelze und Felle.[49]

---

[45] PIOTROWICZ, Ciechanów, S. 171.

[46] RYSZARD MAŁOWIECKI, Kalendarium urbanistycznych dziejów miasta Ciechanowa, in: Zapiski Ciechanowskie 10 (2000), S. 143–158, hier S. 152–155; PIOTROWICZ, Ciechanów, S. 166, 174; http://architektura-ciechanowa.pl/projekt-poczty-z-1938-roku.html (Zugriff: 2. November 2020).

[47] LUDWIK HUBL, Budowa mostów żelbetowych w województwie warszawskiem, in: Cement. Organ Związku Polskich Fabryk Portland-Cementu 2 (1931), 6, S. 195–198.

[48] Zum Beispiel das Hotel „Polonia" in der Warszawska-Straße 40, bis zum Krieg Eigentum von Wincenty Jezierski, gehörte während des Krieges als Burg-Hotel Georg Wolf. Nach einer gründlichen Renovierung dient das Gebäude gegenwärtig als Sitz der öffentlichen Landkreisbibliothek. Vgl. Spis abonentów sieci telefonicznych państwowych i koncesjonowanych w Polsce (z wyjątkiem m. st. Warszawy) na 1938 r., Warszawa 1938, S. 798; Deutsches Reichs-Adressbuch 1941, S. 669; KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 175 f.; Pronobis, Polityka narodowościowa, S. 224 f.; https://ciechanowinaczej.pl/artykul/ nowe-oblicze-dawnej-polonii/274069 (Zugriff: 2. November 2020).

[49] Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 4: Polen. September 1939 – Juli 1941, bearb. v. KLAUS-PETER FRIEDRICH, München 2011, S. 412; BOŻENA GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Als die Deutschen zu Kriegsbeginn in Nordmasowien eindrangen, erschien ihnen die Gegend kaum einer näheren Beachtung wert zu sein. Die hiesige Kulturlandschaft empfanden sie als abstoßend und deren grundlegende Umgestaltung wurde in vielen Publikationen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Germanisierung bezeichnet. Diese Sichtweise formulierte am prominentesten Walther Kieser, der 1941 einen ganzen Band dem „Aufbau im Gebiet um Zichenau" widmete.[50] Darin heißt es:

> „Denn nicht nur die Dörfer selbst sind ein Jammer und eine Schande des Jahrhunderts; auch die an den wenigen, das Land durchziehenden katastrophalen Straßen gelegenen polnischen Städte dieses Bezirks mit dem wilden Durcheinander kleiner Holzbuden und der wenigen, meist scheußlichen, in Würfelform erbauten massiven Häuser, den schmutzigen Gassen ohne Kanalisation, mit den primitiven sanitären und hygienischen Verhältnissen sind für den deutschen Menschen untragbar. Es ist daher sicher, daß die deutsche Verwaltung sich in dem Bezirk Zichenau nirgendwo lediglich mit einer Verbesserung der Verhältnisse begnügen kann: hier steht es um einen totalen Abbruch alles dessen, was aus polnischem Geist entstanden ist, und um einen deutschen Neuaufbau des gesamten Gebietes von Grund auf."[51]

Ähnlich beschrieb Kieser die Situation in der Stadt Zichenau, wo er außer dem Rathaus als einzigem repräsentativen Gebäude nur zerfallende niedrige, schmutzige Lehm- und Holzhütten erblickte, die in seinen Augen – zumal sie mehrheitlich von Juden bewohnt wurden – lediglich zum Abriss taugten.[52]

---

okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989, S. 59–76; KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 173–175; MATUSAK, Ciechanów, S. 156, 160–162; PTASIEWICZ, Północne Mazowsze, S. 195; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 53 f., 60; BOGUMIŁ RUDAWSKI, Główny Urząd Powierniczy Wschód i grabież mienia polskiego, in: Z Archiwum Instytutu Zachodniego, 23.03.2017, https://iz.poznan.pl/plik,pobierz,1845,df4125c6392fa0ce95975daae6067f5b/13glownyurzadpowierniczy.pdf (Zugriff: 2. November 2020). Vgl. auch INGO LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, München 2007, S. 75 f.; BERNHARD ROSENKÖTTER, Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost" und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945, Essen 2003.

[50] WALTHER KIESER, Der Aufbau im Gebiet um Zichenau, Berlin 1941. Der Band erschien in der von Walter Geisler im Auftrag des RKF und der HTO herausgegebenen Reihe „Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches".

[51] Ebd., S. 14 f.

[52] NIELS GUTSCHOW, Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten" 1939–1945, Basel u. a. 2001, S. 72–75; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach, S. 29 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erich Koch weitete seinen „Ostpreußen-Plan zur Wirtschaftsreform" im Herbst 1939 auf den Regierungsbezirk Zichenau aus. Ein erweiterter Plan zum Umbau der Provinz wurde Anfang 1941 fertiggestellt. Den Zichenauer Teil hatte Wolfgang von Auer von der Bezirksplanungsstelle Zichenau bearbeitet, wobei er im Auftrag des RKF sogenannte „Kreisraumordnungsskizzen" für die „Siedlungszone Ia" angefertigt hatte. Die Stadtplanung oblag einer Arbeitsgruppe innerhalb der Bauabteilung des Preußischen Finanzministeriums, die von Arthur Reck geführt wurde. Die Entwürfe für den Stadtumbau in Zichenau lieferte Regierungsbaurat Jan Wilhelm Prendel, der ab Ende 1942 kurzzeitig das Baudezernat des Regierungsbezirks leitete. Prendels Entwürfe wurden 1941 in der Beilage „Die Baukunst" der Novemberausgabe der Fachzeitschrift „Die Kunst im Deutschen Reich" veröffentlicht.

Die präsentierten Pläne lassen sich als imperiale Fantasie, angereichert mit einem monumentalen preußischen Eklektizismus bezeichnen. Zichenau sollte mit zukünftig einigen Zehntausend Einwohnern als Hauptstadt des Regierungsbezirks ein administratives, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum sein und darüber hinaus seinen deutschen Bewohnern ansprechende Arbeits- und Lebensbedingungen bieten.[53] Es galt, Zichenau, das in den Kämpfen von 1915, 1920 und 1939 Zerstörungen erlitten hatte,[54] von einer verfallenden, chaotisch angelegten „jüdischen" nordmasowischen Kleinstadt in eine repräsentative wie funktionale Stadt „deutschen Charakters" umzugestalten.

Die neue Stadt sollte aus mehreren Vierteln bestehen. Auf dem östlichen linken Ufer des Flusses Lydynia wurde ein Regierungsviertel mit monumentalen Gebäuden der NSDAP, Behörden und Institutionen geplant. Daneben wurde ein Bereich für Handel, Dienstleistungen, Handwerksbetriebe und Produktionsanlagen der Baustoff- und Lebensmittelindustrie ausgewiesen. Das gegenüberliegende westliche rechte Flussufer war für ein Wohnviertel vorgesehen, das in Form einer Gartenstadt mit

[53] GUTSCHOW, Ordnungswahn, S. 72 f.; PTASIEWICZ, Północne Mazowsze, S. 190 f.; ARTHUR RECK, Städtebau im deutschen Osten. Arbeiten der preußischen Staatshochbauverwaltung, in: Die Baukunst. Die Kunst im Dritten Reich, 1941, H. 11, S. 220–230, hier S. 222; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach, S. 30–33.

[54] JUSZKIEWICZ, Powiat ciechanowski, S. 133; ALEKSANDER KOCISZEWSKI, Dzieje Ciechanowa do 1918 roku, Ciechanów 2015, S. 498–500; RYSZARD MAŁOWIECKI, Powiat Ciechanowski, Ciechanów 2015, S. 12; JERZY PEŁKA, Ku wolności... (1914–1918), in: Ciechanów. Szkice z historii miasta, S. 135–140, hier S. 137; WYRZYKOWSKI, Ciechanów, S. 173; LECH WYSZCZELSKI, Ciechanów 1920, Warszawa 2016, S. 13, 46–50, 72, 77 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bildungseinrichtungen und Sportanlagen gestaltet werden sollte.[55] Das geplante Stadtzentrum gliederten breite Verkehrsarterien und großzügige Plätze, gesäumt von mehrstöckigen öffentlichen Verwaltungsgebäuden, dem Rathaus mit einem 80 Meter hohen Turm, Gerichten, einer evangelischen Kirche (an der Stelle des bisherigen Gemeindefriedhofs), einem Krankenhaus (an der Stelle der ehemaligen Augustinerkirche) sowie einem Theater (an der Stelle der alten Brauerei). Darüber hinaus wurde geplant, den Fluss Lydynia an der Burg auf eine Breite von 15 Meter anzustauen. Die bisherige innerstädtische Bebauung hatte dem neuen deutschen Zichenau zu weichen und sollte durch Backsteingebäude mit strengen Fassaden und Spitzdächern ersetzt werden.[56]

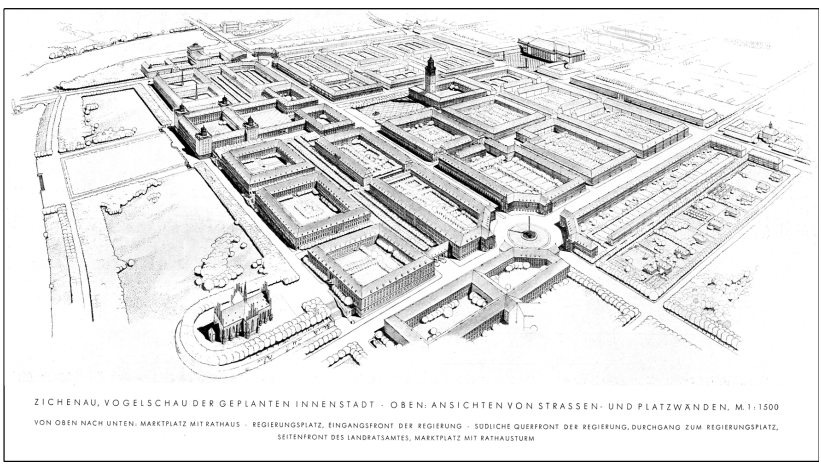


Abb. 1: Plan für den Stadtumbau in Zichenau

Das neue Zichenau wurde als wichtiger Verkehrsknoten geplant und deswegen relativ zügig die bestehende Bahnverbindung nach Königsberg und Danzig ausgebaut. Es war beabsichtigt, die Hauptstadt des Regierungsbezirks mittels neuer oder modernisierter Schienenwege und Straßen mit allen Kreisstädten wie Makow / Mackeim (Maków Mazowiecki), Mielau (Mława), Ostenburg (Pułtusk), Plöhnen (Płońsk), Praschnitz (Przas-

[55] KIESER, Der Aufbau, S. 32–34; MŁYNARSKI, Jak miał wyglądać, S. 6; Pronobis, Polityka narodowościowa, S. 231.

[56] KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 188–193; MAŁOWIECKI, Kalendarium, S. 156; MŁYNARSKI, Jak miał wyglądać, S. 6; PTASIEWICZ, Regierungsbezirk Zichenau, S. 77–82; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 65, 67.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nysz), Ostrolenka / Scharfenwiese (Ostrołęka), Plock / Schröttersburg und Schirps / Sichelberg (Sierpc) zu verbinden. Dafür war ein Bahnhofsneubau vorgesehen, während der bisherige Standort zum Güterbahnhof umfunktioniert werden sollte. Nach den Plänen würden sich in Zukunft sechs Kilometer vom Stadtzentrum entfernt die Autobahnen Königsberg – Krakau und Lyck (Ełk) – Breslau (Wrocław) kreuzen. Hinzu kamen Pläne zur Modernisierung und zum Ausbau der Telegrafen- und Telefonverbindungen.[57]

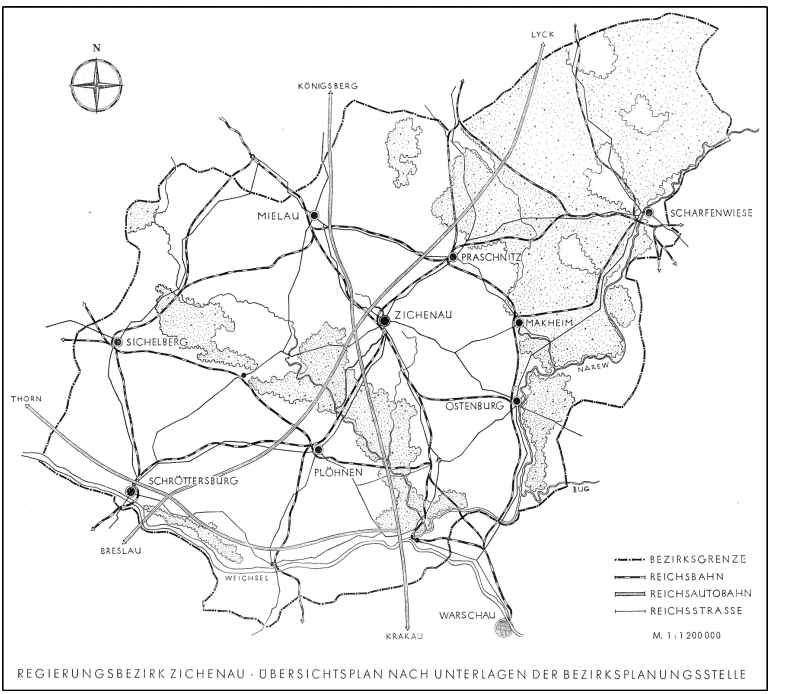


Abb. 2: Verkehrsplanung für den Regierungsbezirk Zichenau

Lediglich zwei historische Gebäude waren in den deutschen Plänen für Zichenau nicht für den Abriss vorgesehen, die Ruine der Burg sowie die in ein „Mausoleum des unbekannten deutschen Soldaten" umzugestaltende Pfarrkirche, die beide unkorrekt mit dem Wirken des Deutschen

[57] KIESER, Der Aufbau, S. 16, 35 f.; KOCISZEWSKI, Rejencja ciechanowska, S. 186; MŁYNARSKI, Jak miał wyglądać, S. 6, 15; PTASIEWICZ, Północne Mazowsze, S. 193 f.; DERS., Regierungsbezirk Zichenau, S. 77–82.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ordens in Verbindung gebracht wurden.[58] Die übrige Bebauung sollte komplett weichen. Ein Teil der Stadt war bereits während der Luftangriffe im September 1939 zerstört worden, vor allem im Bereich der Sienkiewicz-Straße, des Bahnhofs und der Kaserne des Ulanen-Regiments Nr. 11.[59] Zu den gezielt entfernten Gebäuden in Zichenau gehörte die Synagoge. Sie wurde am 8. September 1939 beschädigt und anschließend als Autowerkstatt genutzt, bevor sie 1941 abgetragen wurde.[60] Mit der Auflösung des Ghettos Ende 1942 fing auch der systematische Abriss der Wohngebäude im Bereich der Warszawska-, Nadfosna- und Pułtuska-Straße an.[61] Der im Frühjahr 1940 in Angriff genommene deutsche Stadtumbau dauerte fast drei Jahre. Investor des Stadtumbaus war die GHTO Zichenau unter Leitung von H. Muszynski aus Danzig. Die Realisierung der Bauten übernahm die Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der DAF im Gau Ostpreußen AG Königsberg.[62]

Prendels Pläne konnten dabei nur in Ansätzen verwirklicht werden. Die meisten Arbeiten fanden vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Kriegs statt und begannen mit dem Bau der wichtigsten Wohngebäude. Dabei erzielten die Planer tatsächlich einige Erfolge. Zwischen der Lydynia und dem Bahnhof, also auf der Flur des zu diesem Zweck zerstörten Dorfs Tartary, ließen sie als vorläufiges deutsches Zentrum die Gartenvorstadt (heute: Bloki) mit Häusern nach den Entwürfen des Leiters der Zichenauer Baudezernats, Kurt Fiebelkorn, errichten.

Insgesamt entstanden 120 Wohngebäude unterschiedlichen Typs, angefangen von Mehrfamilienhäusern für das einfache Personal bis hin zu Villen für höhergestellte Beamte. Auf dem Gelände des fast vollständig abgerissenen jüdischen Viertels auf der linken Flussseite wurde lediglich die heutige *Hala Pułtuska*, ein repräsentativer langer Wohn- und Geschäftsbau, fertiggestellt.[63] Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjet-

[58] Die Burg wurde von Janusz I. (1346–1429) von Masowien gegründet. Vgl. GRZEGORZ KĘSIK, Spór o rewitalizację zamku w Ciechanowie, Ciechanów 2011, S. 11. Die Pfarrkirche stammt aus dem ersten Viertel des 16. Jahrhunderts. Vgl. Katalog zabytków sztuki w Polsce, Bd. 10, H. 1, S. 4–8.

[59] MAŁOWIECKI, Kalendarium, S. 156; WYRZYKOWSKI, Ciechanów, S. 173.

[60] GRABOWSKI, Die antijüdische Politik, S. 100; PIOTROWICZ, Zagłada Żydów, S. 82; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 42 f.

[61] MŁYNARSKI, Jak miał wyglądać, S. 6, 15; PIOTROWICZ, Zagłada Żydów, S. 85.

[62] Pronobis, Polityka narodowościowa, S. 231; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach, S. 33 f.

[63] MAŁOWIECKI, Kalendarium, S. 156; MATUSAK, Ciechanów, S. 157; MŁYNARSKI, Jak miał wyglądać, S. 6, 15; SZUBSKA-BIEROŃ, Płock na łamach, S. 33.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

union im Sommer 1941 wurde die Mehrzahl der in Zichenau tätigen Baufirmen zur Errichtung von Brücken und Militäranlagen in den eroberten Gebieten im Osten verpflichtet. Nach der Niederlage von Stalingrad ruhten die Arbeiten[64] und Baudezernent Prendel wurde im August 1943 an die Front abberufen.[65]

Der Aufbau des deutschen Zichenau erfolgte auf Kosten der lokalen Bevölkerung, deren Arbeitskraft nahezu ohne Entlohnung ausgebeutet wurde. Immerhin galt bereits seit Herbst 1939 für alle polnischen Staatsbürger in den eingegliederten Gebieten zwischen dem 12. und 65. Lebensjahr Arbeitspflicht.[66] In Zichenau wurden Einheimische bei Abriss-, Aufräum- und Bauarbeiten eingesetzt. Darunter befanden sich auch zahlreiche Zwangsarbeiter aus den bereits beschriebenen hiesigen Arbeitslagern. Für die schwersten Aufgaben beim Abbruch der Gebäude setzten die Deutschen besonders Juden ein, während Polen hauptsächlich bei den Bauarbeiten verwendet wurden. Die jüdischen Arbeiter erhielten lediglich eine symbolische Entlohnung, die keinesfalls zur Deckung der Lebenshaltungskosten ausreichte. Ihre polnischen Kollegen erhielten zwar einen höheren Lohn, doch wurden auch sie noch ungleich schlechter als deutsche Arbeiter bezahlt.[67]

Resümee

Das infrastrukturell wenig entwickelte und ökonomisch schwache Ciechanów der Vorkriegszeit hatte einen hohen Modernisierungs- und Investitionsbedarf. Die polnischen Behörden hatten diesen zwar erkannt, verfügten aber nicht über die nötigen finanziellen Mittel. Erst in den 1930er Jahren diskutierten sie ambitioniertere Pläne für die Weiterentwicklung der Stadt. Die deutsche Besatzungspolitik zielte indes auf die völlige Umgestaltung der Stadt und ihres Umlandes. Sowohl die Stadt an sich als auch ihre polnischen und jüdischen Bewohner sollten unter tat-

[64] MŁYNARSKI, Jak miał wyglądać, S. 15; PTASIEWICZ, Regierungsbezirk Zichenau, S. 83–85.

[65] SZUBSKA-BIERONŃ, Płock na łamach, S. 34.

[66] CZESŁAW ŁUCZAK, Polska i Polacy w drugiej wojnie światowej, Poznań 1993, S. 277; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 59.

[67] GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne, S. 104–115; PIOTROWICZ, Zagłada Żydów, S. 85; Pronobis, Polityka narodowościowa, S. 247; UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 66.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kräftiger Mithilfe einheimischer Arbeitskräfte aus der Landschaft verschwinden und den neuen deutschen Bewohnern gute Lebensbedingungen bereitstellen.

Es gibt bis heute keine verlässliche Berechnung der Zahl der Todesopfer der deutschen Besatzungsherrschaft in Ciechanów. Schätzungen verorten diese bei etwa 40 Prozent, darunter 3.700 Juden und einige Hundert Polen.[68] Im gesamten Regierungsbezirk kamen über 160.000 polnische Staatsbürger ums Leben. 102.824 waren ethnische Polen, von denen 8.086 während des Septemberfeldzugs getötet wurden, 49.622 bei Exekutionen, 38.965 in Konzentrationslagern und Gefängnissen, 2.436 bei Zwangsarbeiten und 3.685 an Verletzungen, Krankheiten und Auszehrung starben. Die Zahlen für den Landkreis Zichenau liegen bei 8.816 toten Polen, davon 476 Getöteten im September 1939, 7.295 Exekutierten, 839 verstorbenen oder ermordeten Lagerhäftlingen und 123 Todesfällen bei Zwangsarbeiten, 86 Todesfällen aufgrund von Verletzungen, Krankheiten oder Auszehrung.[69]

Die materiellen Folgen der NS-Besatzung in der Stadt sind indes bis heute nicht berechnet.[70] Fest steht, dass die Besatzer in Zichenau Wasserleitungen, Kanalisation und das Stromnetz bedeutend ausbauten, zahlreiche neue Straßen[71] sowie über 120 unterschiedliche moderne Gebäude, meist zu Wohnzwecken und mit entsprechenden Grünanlagen, errichteten. Die Entwürfe und Pläne stammten von ebenso jungen wie enthusiastischen Anhängern des Nationalsozialismus. Die Umsetzung leiteten deutsche Ingenieure, während die eigentlichen Abbruch- und Bauarbeiten von jüdischen und polnischen Zwangsarbeitern und teilweise Häftlingen aus Arbeitslagern ausgeführt werden mussten; sie wurden unerbittlich ausgebeutet und erhielten nur unzureichende Lebensmittelrationen.

Die neue Stadt Zichenau sollte der „deutschen Herrenrasse" dienen, deren Vertreter aus ganz Europa sich hier niederlassen sollten. Die einheimischen „Untermenschen" erwartete nach der Erfüllung ihrer Pflichten im besten Fall die Aussiedlung, im Fall der Juden hingegen der sichere Tod. Die deutsche Kriegsniederlage verhinderte die völlige Umsetzung der

---

[68] STANISŁAW PAZYRA, Dziewięć wieków Ciechanowa, in: Millenium Ciechanowa, S. 12–30, hier S. 29.

[69] UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 64.

[70] JÓZEF KAZIMIERSKI, Rozwój przestrzenny miasta Ciechanowa, in: Millenium Ciechanowa, S. 190–194, hier S. 193.

[71] Der Fußweg in der Targowa- und 17. Stycznia-Straße wurde aus Grabsteinen vom alten jüdischen Friedhof gebaut. UMIŃSKA, Karty z dziejów, S. 44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

monumentalen und verbrecherischen Pläne. Die Spuren des „deutschen" Zichenau sind unterdessen bis heute sichtbar. Es mag paradox erscheinen, dass die deutschen Investitionen aus den Kriegszeiten in der Nachkriegszeit gern genutzt wurden und bis heute werden. Viele der relativ komfortablen Wohngebäude aus der NS-Zeit freuen sich bis heute großer Beliebtheit und werden schrittweise renoviert.



Abb. 3: Die 1958 entstandene Luftaufnahme des Stadtzentrums von Ciechanów aus dem Besitz von Joanna Bogusławska-Klejment verdeutlicht das Ausmaß des Stadtumbaus unter deutscher Besatzung. Zu erkennen sind noch die großräumigen Abrissflächen, während lediglich ein Karree mit wuchtigen Wohn- und Geschäftsbauten bebaut wurde (heutige *Hala Pułtuska*).

Die *Hala Pułtuska*, das einzige realisierte Projekt des geplanten Verwaltungsviertels, ist mit 130 Metern das längste Gebäude der Stadt. Im Parterre des dreigeschossigen unterkellerten Baus sind Laden- und Dienstleistungsflächen untergebracht.[72] In einer der Prominentenvillen in der heutigen Wiklinowa-Straße befindet sich seit 1959 die Grundschule Nr. 6.[73]

[72] http://polskaniezwykla.pl/web/place/1977,ciechanow-hala-pultuska.html (Zugriff: 2. November 2020).

[73] Umińska, S. 66; http://www.sp6ciechanow.eu/index.php/o-szkole (Zugriff: 2. November 2020).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die *Krzywa Hala*, ein Geschäftshaus, dessen Grundriss die Anlage des geplanten Neustädter Markts (heute: Józef-Piłsudski-Platz) unterstreichen sollte, ist eine der Landmarken im denkmalgeschützten Viertel *Bloki*[74] und beherbergt die regionalkundlichen und wissenschaftlichen Sammlungen der Städtischen Bibliothek. Auch der Platz vor der *Krzywa Hala* wird gegenwärtig anders genutzt als von seinen Planern beabsichtigt. Hier finden an einem Józef Piłsudski gewidmeten Obelisken regelmäßig Gedenkveranstaltungen zu Ehren des Marschalls oder zu staatlichen Anlässen statt.[75]

[74] GRZEGORZ KĘSIK, Formy ochrony dziedzictwa kulturowego na przykładzie miasta Ciechanów, in: Studia Mazowieckie 4 (2009), 3, S. 89–107, hier S. 95; DANUTA MIROWSKA-WALAS u. a., Zmiana studium uwarunkowań i kierunków zagospodarowania przestrzennego Miasta Ciechanów – Anhang Nr. 1, S. 44–50, 52, 55, http://bip.umciechanow.pl/informacje_urzedu/studium.html (Zugriff: 2. November 2020).

[75] http://mwfc.pl/location-guide-item.php?id=361 (Zugriff: 2. November 2020).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Frédéric Stroh

Homosexualität, sexuelle Gewalt und Justiz

Drei Verfahren vor dem Sondergericht Zichenau nach §§ 175 und 175a RStGB

Einführung

Die seit 1939 in den „eingegliederten Ostgebieten" umgesetzte Germanisierungs- und Besatzungspolitik berührte auch den Bereich der Sexualität, was sich einerseits im generellen Verbot geschlechtlicher Beziehungen zwischen Deutschen und Polen, andererseits in Zwangsprostitution und Vergewaltigung polnischer Frauen äußerte.[1] In den letzten Jahren stieg das Interesse an diesen Themen in Geschichtswissenschaft und Gesellschaft auch in Polen spürbar. Dabei blieb Homosexualität als Forschungsgegenstand allerdings weitgehend ausgeblendet.[2] Zwar liegen Erzählungen von Opfern der nationalsozialistischen Repressionen gegen Homosexuelle mittlerweile in polnischer Übersetzung vor,[3] darunter die von Lutz van Dijk geschilderte Lebensgeschichte des Polen Stefan K.,[4] doch unternah-

[1] Joanna Ostrowska, Przemilczane. Seksualna praca przymusowa w czasie II wojny światowej, Warszawa 2018; Maren Röger, Kriegsbeziehungen. Intimität, Gewalt und Prostitution im besetzten Polen 1939 bis 1945, Frankfurt am Main 2015.

[2] Der Begriff „Homosexuelle" bezeichnet in diesem Artikel Männer, die Sexualpraktiken mit anderen Männern ausüben. Damit wird indes keine Aussage über ihre Selbstbezeichnung getroffen. Aus Gründen der Lesbarkeit wird auf das Setzen von Anführungszeichen verzichtet.

[3] Heinz Heger, Mężczyźni z różowym trójkątem. Świadectwo homoseksualnego więźnia obozu koncentracyjnego z lat 1939–1945, Warszawa 2016; Erica Fischer, Aimée & Jaguar. Historia pewnej miłości, Berlin 1943, Wołowiec 2008.

[4] Lutz van Dijk, Cholernie mocna miłość. Prawdziwa historia Stefana K. i Williego G., Kraków 2017 (Originalausgabe: Ders., Verdammt starke Liebe. Eine wahre Geschichte, Reinbek b. Hamburg 1991).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

men bislang kaum Aktivisten oder Historiker aus Polen den Versuch, Lebenswirklichkeit und Unterdrückung von Homosexuellen in den deutsch besetzten Gebieten ihrer Heimat zu untersuchen.[5]

Ähnlich verhält es sich mit der deutschen Geschichtsschreibung, die sich zwar relativ intensiv mit der Homosexualität im Nationalsozialismus beschäftigt, ihren Blick allerdings kaum auf die Situation jenseits der Grenzen des Altreichs richtet.[6] Auch Maren Rögers Studie über die Sexualität im besetzten Polen konzentriert sich auf die Untersuchung heterosexueller Kontakte. Die Historikerin blendet homosexuelle Kontakte zwar nicht von vornherein aus, konstatiert jedoch, dass „aufgrund der spärlichen Quellenlage [...] eine systematische Untersuchung gleichgeschlechtlicher Kontakte" nicht zu leisten sei.[7] Das Fehlen eines Beitrages über Polen in Régis Schlagdenhauffens Sammelband „Queer in Europa während des Zweiten Weltkriegs", aber auch der englische Wikipedia-Eintrag zur Geschichte der LGBT in Polen, deren Autoren behaupten, dass Polen der deutschen Besatzung nicht als Homosexuelle zum Opfer gefallen seien, zeugen von dieser historiografischen Lücke.[8]

Das Reichsstrafgesetzbuch wurde von den Militär- und Sondergerichten bereits während der Eroberung Westpolens im September 1939 angewendet und ersetzte im Juni 1940 das polnische Strafrecht in den an das

[5] Kurz vor dem Druck dieses Artikels wurde eine Studie von Joanna Ostrowska angekündigt, die möglicherweise den Auftakt zu weiteren einschlägigen Studien bilden wird: JOANNA OSTROWSKA, Oni. Homoseksualiści w czasie II wojny światowej, Warszawa 2020. Als frühere Ausnahme: MIROSŁAW WĘCKI, Sprawa nyskiego kreisleitera Rudolfa Meistra a homoseksualizm w NSDAP, in: Szkice Archiwalno-Historyczne 9 (2007), 3, S. 123–139. Für das Generalgouvernement vgl. die Sammlung von Zeugenaussagen bei REMIGIUSZ RYZIŃSKI, Dziwniejsza historia, Wołowiec 2018.

[6] ALEXANDER ZINN, „Aus dem Volkskörper entfernt"? Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2018; Homosexuelle im Nationalsozialismus. Neue Forschungsperspektiven zu Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen 1933 bis 1945, hg. v. MICHAEL SCHWARTZ, München 2014. Den polnischen Fall berücksichtigen lediglich: Homosexualität in der NS-Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung, hg. v. GÜNTER GRAU, Frankfurt am Main 2013, S. 263–268; CLAUDIA SCHOPPMANN, Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität, Pfaffenweiler 1991, S. 219 f.; VAN DIJK, Verdammt starke Liebe.

[7] RÖGER, Kriegsbeziehungen, S. 21.

[8] Queer in Europe during the Second World War, hg. v. RÉGIS SCHLAGDENHAUFFEN, Strasbourg 2018; LGBT history in Poland, www.wikipedia.org/wiki/LGBT_history_in_Poland (Zugriff: 26. Januar 2020). Das Originalzitat lautet: „During the Nazi occupation of Poland in World War II gay and bisexual Poles were not a specifically persecuted category, and unlike gay and bisexual Germans were not punished by Article 175."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reich angeschlossenen Gebieten vollständig.[9] Während in Polen seit 1932 nur die homosexuelle Prostitution bei beiden Geschlechtern unter Strafe gestellt war,[10] betraf dies nunmehr sämtliche sexuellen Handlungen zwischen Männern. „Unzucht mit einem anderen Mann" war als Vergehen mit bis zu fünf Jahren Gefängnisstrafe (§ 175 RStGB) belegt. Qualifizierte Fälle, bei denen sexuelle Handlungen durch Gewalt oder Andro-hung derselben (§ 175a-1), „unter Mißbrauch einer durch ein Dienst-, Arbeits- oder Unterordnungsverhältnis begründeten Abhängigkeit" (§ 175a-2), durch „Verführung" eines Minderjährigen unter 21 Jahren (§ 175a-3) oder aus gewerbsmäßiger Tätigkeit zustande kamen, wurden als Verbrechen mit einer Zuchthausstrafe von bis zu zehn Jahren geahndet.[11]

Die Anwendung dieser Gesetzgebung war nicht auf die Besatzer beschränkt, sondern betraf auch die einheimische Bevölkerung. Polen, die als Volksdeutsche galten, mussten das Verbot homosexueller Praktiken im Namen der Reinhaltung der „Rasse" ebenso respektieren wie „Reichsdeutsche".[12] Die Homosexualität von Polen, die als Slawen galten, wurde mit der Begründung verfolgt, sie stelle eine Ansteckungsgefahr dar.[13]

Unter den wenigen juristischen Quellen, die zur Verfolgungsgeschichte der Homosexualität im besetzten Polen überliefert sind, befinden sich im Staatsarchiv Warschau im Bestand der Staatsanwaltschaft drei Akten des

---

[9] MAXIMILIAN BECKER, Mitstreiter im Volkstumskampf. Deutsche Justiz in den eingegliederten Ostgebieten. 1939–1945, München 2014.

[10] MONIKA LIPIŃSKA, Die Sexualstraftaten im polnischen Strafkodex im Vergleich zum deutschen Strafgesetzbuch, Frankfurt am Main 2013.

[11] Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs. Vom 28. Juni 1935, in: Deutsches Reichsgesetzblatt I (1935–70), Nr. 70, S. 839–843.

[12] Die in diesem Text vorkommenden ethnischen bzw. rassischen Zuschreibungen und Begrifflichkeiten wie „Pole", „Reichsdeutscher", „Volksdeutscher" werden gemäß den zitierten Quellen verwendet. Es handelt sich also nicht um die jeweiligen Selbstzuschreibungen der betroffenen Personen, sondern um jene Kategorien, die die Nationalsozialisten auf die Bevölkerung in den besetzten Gebieten anwandten. Daher bezeichnet im Folgenden der Begriff „Pole" jenen Teil der polnischen Bevölkerung, der von den deutschen Besatzern weder als „Volksdeutsche" noch als „Jude" betrachtet wurde. In ähnlicher Weise wird mit dem Begriff „Deutscher" verfahren, der sowohl „Reichsdeutsche" als auch die als „Volksdeutsche" betrachteten Polen umfasst. Aus Gründen der Lesbarkeit wurde auf Anführungszeichen verzichtet.

[13] FRÉDÉRIC STROH, La répression allemande de l'homosexualité en Pologne et en France (1939–1945). Ébauche d'une recherche, in: Europäische Kulturbeziehungen im Weimarer Dreieck. Europejskie relacje kulturowe w ramach Trójkąta Weimarskiego. Les relations culturelles européennes au sein du Triangle de Weimar, hg. v. ANDREA CHARTIER-BUNZEL u. a., Berlin / Boston 2020, S. 83–95.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sondergerichts Zichenau aus dem Zeitraum zwischen 1941 und 1944.[14] Sie enthalten zahlreiche Verhöre und Polizeiberichte, Urteile und Gefängnisdokumente, mit deren Hilfe Methoden und ideologische Begründung der Unterdrückung von Homosexualität beleuchtetet werden können. Sie liefern zudem einen Einblick in einen Teil des täglichen Lebens im Regierungsbezirk Zichenau und im weiteren Sinne in den annektierten polnischen Gebieten.

Drei Verfahren wegen Homosexualität vor dem Sondergericht Zichenau

Der Reichsdeutsche Robert T. und sieben Polen[15]

Im Januar 1941 teilte Walter B. (geb. 1908), Gutsverwalter in Spondowo (Szpondowo), Kreis Plonsk (Płońsk), dem Zellenleiter und Amtskommissar in Sochocin mit, der 1891 geborene Reichsdeutsche Robert T., Gutsverwalter in Smardzewo, Kreis Plonsk, unterhalte mit jungen Polen sexuelle Beziehungen. Die Informationen stammten vom polnischen Gutsherrn von Smardzewo, den Walter B. zu entsprechenden seit dem Sommer 1940 kursierenden Gerüchten befragt hatte. Der Zellenleiter informierte unverzüglich den Kreisleiter in Plonsk, der seinerseits die Angelegenheit der Geheimen Staatspolizei weiterleitete. Es war dann die Kriminalpolizei Zichenau, die Ermittlungen aufnahm und in Erfahrung brachte, dass Robert T. unter den örtlichen Gutsleuten allgemein als „homosexuell veranlagt" bekannt war. Viele der jungen polnischen Landarbeiter aus Smardzewo gaben zu, sexuelle Beziehungen mit ihm unterhalten zu haben. Als Gegenleistung erhielten sie in der Regel ein paar Münzen, Zigaretten oder ein Kartenspiel. Einige sagten aus, sie wären auf die sexuellen Forderungen aus Angst vor körperlicher Gewalt oder dem Verlust ihres Arbeitsplatzes eingegangen, da er als Gutsverwalter ihr „Brotgeber" war.

Robert T. war ein Deutscher aus Ostpreußen, der 1930 sein großes landwirtschaftliches Gut in Reichenau (Rychnowo), Kreis Osterode (Ostróda), verkaufen musste. Danach bekleidete er verschiedene Verwaltungspositionen, bis er im Dezember 1939 auf eine Zeitungsanzeige

[14] Archiwum Państwowe w Warszawie [Staatsarchiv Warschau] (hiernach: APW), Bestand Nr. 644.

[15] APW, 644, Sign. 87.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hin als landwirtschaftlicher Verwalter in der Region Zichenau eingestellt wurde. Verheiratet und Vater von sechs Kindern, hatte er bereits einen mehrmonatigen Alkoholentzug hinter sich. Vor dem Krieg war er zweimal wegen Homosexualität verurteilt worden, weshalb er seine Mitte der 1930er Jahre in Königsberg (Kaliningrad) begonnenen theologischen Studien aufgeben musste. Im ersten Verhör im April 1941 stritt er zunächst alle sexuellen Beziehungen zu seinen Landarbeitern ab, bestätigte aber letztlich unter dem Druck des Verhörs die Richtigkeit der Zeugenaussagen. Er betonte allerdings, stets unter Alkoholeinfluss gehandelt zu haben. Die polnischen Arbeiter bestritten, dass er zum Zeitpunkt der Ereignisse betrunken gewesen sei.

Am 23. Juni 1941 klagte ihn die Staatsanwaltschaft vor dem Sondergericht Zichenau nach Paragraf 175a-2 RStGB an, unter Missbrauch des bestehenden Unterordnungsverhältnisses mit sieben Landarbeitern Geschlechtsverkehr gehabt zu haben. Außerdem wurde ihm ein Verstoß gegen Paragraf 4 der „Volksschädlingsverordnung" vom 5. September 1939 vorgeworfen, da er von den „durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse[n]" profitiert hätte:

> „Bei seinem Vorleben, dem wirtschaftlichen Zusammenbruch seines eigenen Gutes und den Vorstrafen wegen widernatürlicher Unzucht, hat es der Angeschuldigte allein dem siegreich gewonnenen Krieg gegen Polen zu verdanken, dass er die gehobene Stellung in Smardzewo bekam. Nur der Mangel an geeigneten Fachkräften, bedingt durch den Krieg, haben T. wieder in den Sattel gehoben und es ihm ermöglicht, polnische Arbeiter in ein Abhängigkeitsverhältnis zu sich zu bringen. Die besonderen Verhältnisse haben T. als Reichsdeutschen den im Krieg unterlegenen Polen gegenüber ein außergewöhnliches Autoritätsverhältnis verschafft."

Die Anwendung der „Volksschädlingsverordnung" ermöglichte es, den Angeklagten zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe oder zur Todesstrafe zu verurteilen, „wenn dies das gesunde Volksempfinden wegen der besonderen Verwerflichkeit der Straftat erfordert".[16] Entsprechend untermauerte der Staatsanwalt seine Anklage:

> „Das gesunde Volksempfinden sieht die Straftat des Angeschuldigten T. als besonders verwerflich an, da er durch seine unzüchtigen Handlungen Angehörigen der minderen Rasse gegenüber die Würde des gesamten Deutschtums befleckt hat. Der Umfang und die besondere Scheußlichkeit in der Begehungsform lassen diesen Gesichtspunkt noch klarer hervortreten."

[16] Verordnung gegen Volksschädlinge. Vom 5. September 1939, in: Deutsches Reichsgesetzblatt I (1939), Nr. 168, S. 1679.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Staatsanwalt wies T.s Aussage zurück, wonach dieser unter Alkoholeinfluss gehandelt habe. Er schenkte den Angaben der polnischen Arbeiter mehr Glauben, weil der deutsche Verwalter „homosexuell veranlagt" und es „gerichtsbekannt" sei, „dass widernatürliche Unzucht unter Polen zu den verhältnismäßig seltensten Delikten gehört". Die sieben polnischen Landarbeiter im Alter zwischen 18 und 29 Jahren wurden allerdings ebenso angeklagt. In ihrem Fall wurde Paragraph 175a-4 über die homosexuelle Prostitution angewendet. Die Staatsanwaltschaft widersprach der Behauptung, die Beschuldigten seien physisch zu sexuellen Handlungen gezwungen worden, da sie eine Vergütung in Form von „Geldgeschenken" akzeptiert hätten. Sie seien „mit den Handlungen selbst dann auch innerlich einverstanden" gewesen und hätten „sich aus Gründen des Gelderwerbs dazu hergegeben". Dieser Punkt, so der Staatsanwalt, sollte jedoch im Rahmen der Hauptverhandlung auf Grundlage der „persönlichen Eindrücke" geklärt werden, die die Angeklagten dort abgeben würden.

Das Verfahren vor dem Sondergericht Zichenau fand am 22. Juli 1941 in Plöhnen (Płońsk) statt. Die Richter verurteilten alle acht Angeklagten, folgten der Argumentation der Staatsanwaltschaft jedoch nicht vollständig. Im Fall von Robert T. erkannten sie die Verletzung von Paragraph 175a-2 an, weil die Landarbeiter auf die sexuellen Forderungen nur aus Angst vor Repressalien bei Arbeit eingegangen wären: „Stellt man sich das Verhältnis vor, daß hier zwischen einem deutschen Gutsverwalter und polnischen Gutsarbeitern besteht, so kann man diesen Angaben der polnischen Angeklagten ohne Bedenken Glauben schenken." Die Richter sahen auch einen Verstoß gegen Paragraf 175a-3, also eine „Verführung" von Minderjährigen, gegeben, denn vier der Polen waren jünger als 21 Jahre. Eine besondere missbräuchliche Ausnutzung des „außergewöhnlichen Kriegsverhältnisses" konnten sie indes nicht erkennen und fanden dafür eine interessante Begründung:

> „Darunter kann zunächst nicht gut gebracht werden, daß er [Robert T.] nur infolge des Kräftemangels im Kriege eine Stelle erhalten hat, die er sonst mangels genügender moralischer Festigkeit wahrscheinlich nicht bekommen hätte. Das Autoritätsverhältnis aber, das zwischen Deutschen und Polen hier besteht, ist zwar durch den gewonnenen Polenfeldzug bedingt. Es wird nunmehr jedoch stets bestehen bleiben. Es handelt sich bei ihm also nicht mehr um ein außergewöhnliches Kriegsverhältnis."

Dies hinderte sie aber nicht daran, das von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß zu übernehmen und Robert T. zu vier Jahren Zucht-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

haus und fünf Jahren Ehrverlust zu verurteilen. In der Urteilsbegründung ist zu lesen:

> „Vom deutschen Standpunkt aus steht im Vordergrund, daß der Angeklagte durch dieses würdelose Einlassen mit Polen seine Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft zu einem der Würde des deutschen Volkes entsprechenden sittlichen Verhalten verletzt und das deutsche Ansehen auch nach außen hin herabgesetzt hat, und zwar umso mehr, je mehr Polen er benutzt hat. Die Frage, ob T. damit in die persönlichen Rechte der Polen eingegriffen hat, tritt demgegenüber zurück."

Die Richter wiesen das Argument der Verteidigung, Robert T. habe im Rausch gehandelt, zurück. Sie folgten stattdessen der Einschätzung des medizinischen Sachverständigen, der Angeklagte sei durchaus in der Lage gewesen, die Rechtswidrigkeit seiner Handlungen zu erkennen und damit für sein Handeln voll verantwortlich zu machen. Für den Gutachter erschien der Angeklagte als „ein willensschwacher Mensch". Auch wenn das Gericht von Robert T.s „Hang" zur Homosexualität und seiner Eigenschaft als „Gewohnheitsverbrecher" überzeugt war, ordnete es keine „Sicherungsverwahrung" an, die es erlaubt hätte, ihn über seine Strafe hinaus im Namen der öffentlichen Sicherheit in Haft zu halten. Die Richter waren der Ansicht, eine Zuchthausstrafe sei ausreichend, um ihn von einem Rückfall abzuhalten.

Die Richter sahen auch im Fall der polnischen Angeklagten ein Vergehen gemäß Paragraf 175a-4 nicht gegeben, da ihnen keine finanziellen Motive nachgewiesen werden konnten. Die Urteile fällten sie dann nach Paragraf 175, der „einfache" homosexuelle Praktiken sanktionierte. Dabei lagen in ihren Augen mildernde Umstände vor: „Zu Gunsten der polnischen Angeklagten kommt in Betracht, daß sie von T. verleitet worden sind. Ihr Widerstandswille war infolge der bestehenden Abhängigkeit nicht sehr groß." Als strafmildernd berücksichtigten die Richter zudem die Jugend der Angeklagten, das Fehlen von Vorstrafen und ihren Widerwillen gegen die sexuellen Kontakte.

Robert T. wurde zur Verbüßung seiner Haft in das Zuchthaus Wartenburg (Barczewo) in Ostpreußen gebracht. Die Kriminalpolizei Zichenau erkundigte sich umgehend nach dem Urteil und beabsichtigte, ihn nach Ablauf seiner Strafe in „polizeiliche Vorbeugungshaft" zu stellen. Außerdem lehnte die Staatsanwaltschaft nach entsprechenden Stellungnahmen des Gefängnisdirektors und des Sondergerichtspräsidenten einen Antrag auf Freilassung ab, den einer der Söhne des Inhaftierten im März 1944 gestellt hatte. In der Begründung hieß es unter anderem, T. leide an Lun-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gentuberkulose und sei daher nicht wehrfähig. Er starb schließlich am 17. September 1944 in Haft an Kehlkopfkrebs.

Der Volksdeutsche Benjamin R.[17]

Der 1895 geborene Volksdeutsche Rudolf S. war Nachtwächter in der Zuckerfabrik in Glinojec. Im Oktober 1942 denunzierte er den Bruder seiner Frau, den ebenfalls 1895 in Schauringen (Kondrajec Szlachecki), Kreis Sichelberg (Sierpc), geborenen und weiter dort lebenden volksdeutschen Kleinbesitzer und Landwirt Benjamin R., wegen einer Beziehung mit dessen polnischen Landarbeiter Jan W. (geb. 1924). Die Kriminalpolizei Zichenau verhörte beide Männer getrennt. Der polnische Arbeiter behauptete, nie sexuelle Beziehungen zu seinem Arbeitgeber unterhalten und in einem separaten Raum geschlafen zu haben. Benjamin R. beschuldigte seinen Schwager, ihm aus Eifersucht Schaden zufügen zu wollen. Schnell stellte sich heraus, dass Rudolf S. bereits drei Wochen zuvor Anzeige gegen R. wegen Diebstahls erstattet hatte. Die Ermittlungen ließen Benjamin R. in einem moralisch besseren Lichte erscheinen als seinen denunzierenden Schwager. Allerdings nahmen die Dinge nach der Befragung der Bäuerin Emma R. (geb. 1901) eine völlig neue Wendung. Sie erklärte der Polizei, ihr Mann habe sich im Allgemeinen dem Geschlechtsverkehr mit ihr verweigert und sei nicht der biologische Vater ihres Sohnes. Seit 1925 habe er sexuelle Beziehungen zu seinen aufeinanderfolgenden Landarbeitern gehabt. Es handelte sich stets um junge Polen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, die nach Angaben der Ehefrau in seinem Bett oder zu seinen Füßen schliefen. Benjamin R. und Jan W. wurden sofort verhaftet und erneut verhört.

Der polnische Arbeiter blieb bei seiner Aussage, während der Bauer dem Druck der Befragung schließlich nicht mehr standhielt und seine Vorgeschichte detailliert schilderte. Er erklärte, dass es ihm trotz seiner Versuche nie wirklich gelungen sei, Sex mit einer Frau zu haben. Er habe aber bemerkt, dass er schnell zum Orgasmus komme, wenn er an der Seite seiner jungen Landarbeiter masturbierte, ihr Geschlecht im Schlaf berührte oder, wenn sie einwilligten, mit ihnen gemeinsam masturbierte. Benjamin R. räumte ein, mit Jan W. gegen dessen Willen geschlafen zu haben, obwohl dieser ihn auf das Verbot von solchen intimen Kontakten zwischen Deutschen und Polen hingewiesen habe. Außerdem gab der Landwirt zu, Jan W. im Schlaf berührt zu haben. Ähnlich nahe gekom-

[17] APW, 644, Sign. 33.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

men sei er bereits dessen älteren Bruder Stefan (geb. 1917), der seit Ende 1939 als Vorgänger Jans auf dem Hof weilte. Auf Nachfrage des Polizisten rechtfertigte Benjamin R. sein Verhalten: „Ich war zu willensschwach, denn ich hatte mir des Öfteren vorgenommen, es nicht mehr zu tun und doch verfiel ich immer wieder in diese Sünde. Wenn ich bei den Frauen fertig geworden wäre, wäre es bestimmt hierzu nicht gekommen."

Janina S. (geb. 1908) war Benjamin R.s polnische Hausangestellte, die mit ihrem zehnjährigen Sohn den Gemeinschaftsraum des Bauernhauses bewohnte. Nachdem sie ihrem Arbeitgeber gegenübergestellt worden war und von seinem Geständnis erfahren hatte, bestätigte sie, dass er gemeinsam mit Jan W. in einem Bett geschlafen habe. Sie gab an, des Nachts Zeugin verdächtiger Geräusche gewesen zu sein. Jan W. behauptete, sein Arbeitgeber habe ihn zum Sex gezwungen, indem er ihm drohte, ihn zur Zwangsarbeit nach Deutschland zu schicken. Aus Angst vor einer Verhaftung habe er bislang darüber geschwiegen.

Beide Männer nahm die Polizei in Zichenau sofort in Gewahrsam. Gegen Benjamin R. wurde ein Haftbefehl ausgestellt, während Jan W. auf Anordnung der Staatsanwaltschaft freigelassen wurde. Wenige Tage später gab auch sein Bruder schließlich zu, von Benjamin R. belästigt worden zu sein.

Am 9. Februar 1943 reichte der Staatsanwalt beim Sondergericht Zichenau die Klageschrift gegen Benjamin R. nach Paragraf 175a-2 ein, weil er die dem „polnischen Volkstum angehörigen Männer [Stefan und Jan W.], die ihm als ihrem deutschen Arbeitsgeber zum Gehorsam verpflichtet waren, unter Missbrauch dieser Abhängigkeit bestimmte, sich von ihm zur Unzucht missbrauchen lassen". Obwohl diese in der Zwischenkriegszeit begangenen Taten in der Anklageschrift erwähnt werden, um den Angeklagten zu charakterisieren, wurden sie nicht direkt strafrechtlich verfolgt. Die Staatsanwaltschaft fragte den Landrat an, welcher Gruppe der Deutschen Volksliste der Beschuldigte angehöre. Außerdem beantragte sie eine Untersuchung durch den Amtsarzt in Neidenburg (Nidzica), um zu ermitteln, ob Benjamin R.s Taten „auf eine anormale Veranlagung oder auf einen erworbenen Hang zurückzuführen" seien und ob „nach der Verbüßung einer mehrjährigen Zuchthausstrafe mit seiner Besserung zu rechnen" sei. Das Verfahren gegen die beiden polnischen Landarbeiter wurde eingestellt. Sie wurden weder in der Anklageschrift noch im Prozess als Zeugen benannt.

Die Hauptverhandlung fand am 25. März 1943 in Soldau (Działdowo) statt. Benjamin R., der in die zweite Gruppe der Deutschen Volksliste eingestuft worden war, wurde wegen der an Stefan W. begangenen Taten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Verstoßes gegen Paragraf 175 und wegen der gegen Jan W. begangenen Taten des Verstoßes gegen Paragraf 175a-3 für schuldig befunden. Die Richter waren der Ansicht, dass ein Missbrauch des vorliegenden dienstlichen Abhängigkeitsverhältnisses nicht vorliege. Es sei nicht auszuschließen, dass sich die Drohungen des Landwirts, Stefan W. wegen Ungehorsams beim Arbeitsamt anzuzeigen, nur auf mögliche Mängel in seiner Arbeit bezogen. Den Tatbestand der „Verführung" nach Paragraf 175a-3 sahen die Richter indes als erwiesen an:

> „Die Verführung liegt darin, daß R. den sich stets weigernden Jan W. durch Zureden soweit gebracht hat, sich zur Unzucht gebrauchen zu lassen. R. hat den widerstrebenden Willen und Ekel seines Arbeiters gebrochen und diesen um so leichter zur Duldung bestimmt, da er ihm als Dienstherr entgegentrat. Diese, wenn auch stillschweigende Bezugnahme auf das Abhängigkeitsverhältnis, hat den Jan W. veranlaßt, alles an sich geschehen zu lassen."

Auf der Grundlage des Geständnisses des Angeklagten und des medizinischen Gutachtens gelangten die Richter zu folgender Ansicht:

> „Der Angeklagte ist sonst normal entwickelt, spychisch [sic] sehr weich und wahrscheinlich unter nicht mehr feststellbaren Einflüssen in seinen Pubertätsjahren zur Homosexualität gekommen. Durch das Auseinanderleben mit seiner Ehefrau dürfte seine gleichgeschlechtliche Neigung stärker zum Durchbruch gekommen sein. [...] Der Angeklagte bedeutet eine Gefahr für seine Umgebung. Wenn er bisher auch nur Polen zur Unzucht benutzt hat, so konnten ihm mit Rücksicht auf sein gemeingefährliches Treiben mildernde Umstände nicht zugebilligt werden."

Das Strafmaß von zwei Jahren Zuchthaus für Benjamin R. lag ein Jahr unter der von der Staatsanwaltschaft geforderten Höhe, da das Gericht überzeugt war, es sei „damit zu rechnen, daß der Trieb des Angeklagten mit Rücksicht auf sein Alter und seine Konstitution nach Verbüßung der Strafe ziemlich erloschen sein dürfte". Nach der Urteilsverkündung wurde Benjamin R. in das Zuchthaus in Wartenburg in Ostpreußen überstellt. Nachdem die Kriminalpolizei Zichenau auf Anfrage das Strafmaß in Erfahrung gebracht hatte, entschied sie, Benjamin R. nach dem Abbüßen seiner Freiheitsstrafe in „polizeiliche Vorbeugungshaft" zu nehmen. Den wiederholten Anträgen seiner Frau auf Haftunterbrechung, um die nötigsten Arbeiten auf dem Hof zu erledigen, wurde nicht stattgegeben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Reichsdeutsche Walter G.[18]

Unter Tränen legte Stanisław G., ein 1926 geborener polnischer Landarbeiter, am 14. Februar 1944 dem Verwalter des Guts in Wieczfnia, Kreis Mielau (Mława), auf dem er angestellt war, ein Geständnis ab: Walter G. (geb. 1919), ein kurz zuvor zum Gutsinspektor ernannter Reichsdeutscher, habe ihn mit vorgehaltener Waffe in seinem Zimmer festgehalten, genötigt sich auszuziehen und anschließend zum gegenseitigen Masturbieren gezwungen. Der Gutverwalter informierte unverzüglich den Amtskommissar über den Vorfall, der ihn seinerseits der Gendarmerie Wieczfnia meldete. Diese verhörte den 17-jährigen Polen und verhaftete den Gutsinspektor, bevor die Kriminalpolizei Zichenau die Ermittlungen übernahm. Walter G., ein 24-jähriger alleinstehender Mann aus Kosel,[19] Kreis Neidenburg, in Ostpreußen, hatte nach seiner 1942 aus medizinischen Gründen erfolgten Demobilisierung mehrere Positionen in der Verwaltung landwirtschaftlicher Güter in der Region Zichenau innegehabt. Er räumte den sexuellen Kontakt mit dem jungen Polen ein, bestritt jedoch die Anwendung von Gewalt und Zwang. Er gab auch zu, 1943, als er noch auf einem Landgut in Narzym, Kreis Neidenburg, arbeitete, mehrmals gemeinsam mit einem anderen 18-jährigen Landarbeiter, dem Volksdeutschen Franz D. (geb. 1924), masturbiert zu haben.

Walter G. beharrte auf seiner Darstellung, dieser habe von Anfang an seine Zustimmung gegeben. Den jungen Stanisław G. indes hätte er „verführt". Dennoch sei er „normal veranlagt" und zuvor nur mit Frauen geschlechtlich verkehrt. Er könne sein Handeln nicht erklären. Seit seiner Berufung nach Narzym hätte er keine Gelegenheit zu heterosexuellen Beziehungen gehabt. Seiner Ansicht nach handele es sich lediglich um „geschlechtliche Entgleisungen", von denen er nicht gewusst habe, dass sie illegal sind und die er bedauere. Bei seiner Befragung durch die Kriminalpolizei Bochum im März 1944 widersprach Franz D. der Version von Walter G. Er gab an, vom Inspektor „verführt" worden zu sein. Dieser habe ihm gesagt, er möge keine jungen Mädchen, sondern junge Männer. Aus Angst vor Schlägen, die er in der Vergangenheit bereits mehrmals von Walter G. erhalten hätte, ging sei er auf die sexuellen Forderungen seines Vorgesetzten eingegangen, ohne sich der Illegalität solcher Handlungen bewusst gewesen zu sein.

---

[18] APW, 644, Sign. 488.

[19] Groß Koslau (Kozłowo); in den Jahren 1938 bis 1945 trug die Landgemeinde den Namen Großkosel [Anm. d. Red.].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Am 26. Februar wurde Walter G. vor dem Sondergericht Zichenau nach Paragraf 175a-1, 2 und 3 angeklagt, also wegen der Erzwingung gleichgeschlechtlichen Verkehrs durch die Androhung von Mord, des Missbrauchs des Unterordnungsverhältnisses sowie der „Verführung" eines Minderjährigen zum homosexuellen Verkehr. In dem am 23. Juni in Mielau abgehaltenen Prozess verurteilte ihn das Sondergericht auf Antrag des Staatsanwalts schließlich zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus. Im Falle des Verhältnisses mit Franz D. erkannte das Gericht den Tatbestand der „Verführung" (§ 175a-3) jedoch nicht, weil der junge Landarbeiter keine Anzeichen von Widerstand gezeigt habe, sondern, wie er selbst behauptete, die sexuellen Forderungen des Inspektors in der Hoffnung auf einen Vorteil in seiner Arbeit akzeptierte.

Ebenso wenig sah das Gericht einen Missbrauch des Unterordnungsverhältnisses (§ 175a-2) vorliegen, da der Inspektor zum Erreichen seiner Ziele nicht ausdrücklich auf dieses hierarchische Verhältnis hingewiesen habe und sich zudem „einer Ausnutzung seines Vorgesetztenverhältnisses nicht bewusst" gewesen sei. Das Gericht verurteilte ihn daher allein wegen unqualifiziertem homosexuellen Geschlechtsverkehrs nach Paragraf 175 zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Im Fall des Verhältnisses zu Stanisław G. sah das Gericht eine Todesdrohung (§ 175a-1) als nicht gegeben an, da der Gebrauch einer Pistole nicht nachgewiesen werden konnte. Es berief sich daher auf Paragraf 175a-2 und sah wegen der Herrschaft der Deutschen über die Polen in den annektierten Gebieten den Missbrauch des Dienst- und Unterordnungsverhältnisses vorliegen:

> „Das Arbeitsverhältnis eines jugendlichen Polen in den eingegliederten Ostgebieten ist mit den üblichen Arbeitsverhältnissen des Altreichs überhaupt nicht vergleichbar. Der Deutsche Vorgesetzte ist hier in jedem Betrieb mit einer Autorität ausgestattet, die von den polnischen Untergebenen unbedingten Gehorsam erfordert. Es handelt sich um ein echtes Unterordnungsverhältnis. Der polnische Arbeiter hat gar keine Möglichkeit Anordnungen Deutscher Vorgesetzter einen Widerstand oder seinen eigenen Willen entgegen zu setzen. Verlangt ein Deutscher in übergeordneter Stellung von einem Polen bewusst eine strafbare Handlungsweise, so *missbraucht* [Unterstreichung i. O.] er die durch das Unterordnungsverhältnis begründete Abhängigkeit des Polen."

Das Sondergericht verurteilte den Inspektor zu zwei Jahren Zuchthaus. Die Richter sahen keinen Grund mildernde Umstände anzuerkennen. Sie glaubten nicht, dass Walter G., wie er behauptete, „aus Mangel an geeignetem Umgang" gehandelt habe, da er sich dem Landarbeiter von Beginn seiner Anwesenheit in Wieczfnia angenähert hatte. Damit, so das Gericht,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stelle er „eine Gefahr für junge Männer" dar. Im Urteilsspruch heißt es weiter:

> „[E]ntscheidend fiel die Würdelosigkeit ins Gewicht, die der Angeklagte durch den Missbrauch eines Polen an den Tag legte. Die hierdurch geschehene schwere Schädigung des deutschen Ansehens ist unverzeihlich."

Auch Walter G. wurde zur Verbüßung seiner Strafe in das Zuchthaus Wartenburg in Ostpreußen verlegt. Die Kriminalpolizei teilte der Staatsanwaltschaft Zichenau im Sommer mit, dass sie ihn nach seiner Freilassung in „polizeiliche Vorbeugungshaft" nehmen werde.

Synthese

Antihomosexuelle Repressionen unter deutscher Besatzung

Die drei Fälle spiegeln die Realität der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexualität in den annektierten polnischen Gebieten wider. Sie betraf Reichsdeutsche wie Polen, ganz gleich, ob sie als Volksdeutsche galten oder nicht. Die von der Staatsanwaltschaft Zichenau beantragte Verlegung der Hauptverhandlungen nach Plöhnen, Soldau und Mielau zeugt von der pädagogischen Wirkung, die sie dieser Art von Verfahren im Sinne einer lokalen Abschreckungswirkung beimaß. Allerdings wurde kein Polizeibeamter der Kriminalpolizei Zichenau und kein Richter des Sondergerichts Zichenau speziell für Fälle homosexueller Handlungen abgestellt. Ausgehend von den drei Verfahren gegen Homosexuelle kann die Verflechtung der nationalsozialistischen Geschlechter- und Rassenhierarchien in den „eingegliederten Ostgebieten" hinterfragt werden: Wurden die Beschuldigten von Polizei, Staatsanwälten und Richtern je nach ihrer ethnischen Kategorisierung sowie die ihrer Partner unterschiedlich behandelt?

Die Verurteilung der sieben polnischen Arbeiter in Smardzewo nach Paragraf 175 war kein Ausnahmefall. Die Behauptung der Staatsanwaltschaft, es sei „gerichtsbekannt [...], dass widernatürliche Unzucht unter Polen zu den verhältnismäßig seltensten Delikten gehört", mochte vielleicht für den Regierungsbezirk Zichenau gelten. Im Fall der übrigen eingegliederten Gebiete trifft dieser Befund nicht zu. Ein Richter des Amtsgerichts Posen war beispielsweise der Ansicht, dass „der gleichgeschlechtliche Verkehr zwischen Polen hier im Warteland ein Ausmaß

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

angenommen hat, dass er die öffentliche Sittlichkeit gefährdet".[20] Gemäß den Angaben der Reichsjustizstatistik wurden zwischen Januar 1942 und Juni 1943 im gesamten annektierten polnischen Gebiet 114 „Polen und Juden" wegen homosexueller Handlungen (§§ 175 und 175a) oder wegen Zoophilie (§ 175b) verurteilt.[21] Auch der Autor dieser Zeilen hat bei einer Sichtung der Gerichts- und Gefängnisakten des Warthelands und Westpreußens 35 wegen Homosexualität angeklagte Polen identifiziert, von denen neun sexuelle Beziehungen mit Reichs- oder Volksdeutschen und 18 ausschließlich mit anderen Polen hatten.[22] Polen waren also in der Tat Opfer der Repressionen gegen Homosexuelle unter der deutschen Besatzungsherrschaft.

Die Zentralbehörden des Reiches waren sich indes schnell darüber einig, dass homosexuelle Beziehungen von Polen nach der rassischen Kategorisierung ihrer Partner bewertet werden sollten. Roland Freisler, Staatssekretär im Reichsjustizministerium, teilte im Januar 1941 den Generalstaatsanwälten und Oberlandesgerichtspräsidenten mit, dass homosexuelle Praktiken zwischen Polen keine „Gefährdung des deutschen Volkstums" darstellen würden und

> „milder geahndet werden [müssen] als im übrigen gleichliegende Angriffe gegen das deutsche Volkstum. In Fällen, in denen solche Taten von Polen jedoch durch ihre Breitenwirkung auch Belange des deutschen Volkes berühren, [...] gilt dieser Gesichtspunkt nicht; hier wird vielmehr eine strenge Bestrafung angebracht sein."[23]

Die im Wartheland gefällten Urteile spiegeln die Unterscheidung nach ethnischen Kategorien zumindest in Fällen von sexuellem Missbrauch wider. In solchen Verfahren waren die Richter in der Tat strenger gegenüber Polen, wenn das Opfer ein Deutscher war, als wenn es sich um einen Polen handelte. Im August 1942 beispielsweise befand das Sondergericht

---

[20] Archiwum Państwowe w Poznaniu [Staatsarchiv Posen] (hiernach: APP), Bestand Nr. 286, Sign. 14165.

[21] Bundesarchiv, R 3001/21160; Die Entwicklung der Kriminalität im Deutschen Reich vom Kriegsbeginn bis Mitte 1943, hg. v. Statistischen Reichsamt, Berlin 1944.

[22] Archiwum Państwowe w Toruniu [Staatsarchiv Thorn], Bestand Nr. 1062; Archiwum Państwowe w Toruniu. Oddział we Włocławku [Staatsarchiv Thorn. Außenstelle Leslau] (hiernach: APTOW), Bestand Nr. 1001; APTOW, Bestand Nr. 1003, APTOW, Bestand Nr. 1005; APP, Bestand Nr. 286; Archiwum Państwowe w Bydgoszczy [Staatsarchiv Bromberg], Bestand Nr. 80, 831, 1560, 1561.

[23] Vertrauliches Rundschreiben des Reichsjustizministers vom 22. Januar 1941 an die Generalstaatsanwälte, in: Homosexualität in der NS-Zeit, S. 263.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Posen im Prozess gegen Johann W. (geb. 1897), dass gegen den Angeklagten „für sein Verhalten gegenüber dem [21 Jahre alten] Deutschen" die Höchststrafe ausgesprochen werden musste: Schließlich sei es „eine ungeheure Dreistigkeit vom Angeklagten, sich Deutsche als Opfer seiner Gelüste auszusuchen". Im Falle des versuchten sexuellen Missbrauchs am minderjährigen Georg R. (geb. 1929), der zum Zeitpunkt der Ereignisse erst elf Jahre alt war, argumentierte das gleiche Gericht hingegen, es sei „in erster Linie zu beachten, dass R. polnischer Volkszugehörigkeit ist, dass sich also in diesem Falle die Tat des Angeklagten gegen das eigene Volkstum richtet".[24] Martin Bormann, Leiter der Partei-Kanzlei, ermahnte das Reichsjustizministerium im gleichen Sinne dazu, dafür zu sorgen, dass die Richter von Prozessen wegen Homosexualität „darauf bedacht [sind], das fremde – besonders das polnische Volkstum – in seiner biologischen Kraft nicht noch zu fördern, zumal es nach wie vor seine Vitalität in stärkerem Maße unter Beweis stellt als das Deutschtum in den Ostgebieten".[25]

Schlussendlich einigten sich Heinrich Himmler und der Reichsjustizminister im Jahr 1942 darauf, dass homosexuelle Beziehungen zwischen Polen nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden sollten, die Beteiligten aber „tatsächlich so schnell wie möglich aus dem Inland in eine Gegend [abzuschieben], in der die Gefahr einer Ansteckung der deutschen Bevölkerung in keiner Weise vorhanden ist".[26] In der Tat lässt sich anhand der archivalischen Überlieferung nachvollziehen, dass die Zahl der Gerichtsverfahren gegen Polen wegen Homosexualität allmählich zurückging.

Im Namen der „Reinhaltung" der „deutschen Rasse" stand also für die Richter in den eingegliederten Ostgebieten der Kampf gegen homosexuelle Beziehungen von Reichs- und Volksdeutschen sowohl mit anderen Deutschen als auch mit Polen im Vordergrund. Während aber Polen mit deutschen Partnern systematisch negativer betrachtet wurden als Polen mit polnischen Partnern, gab es bei der Beurteilung von Deutschen keine einheitliche Linie in Bezug auf die rassische Kategorisierung der jeweiligen Partner. In den Fällen Robert T. und Walter G. werteten Staatsanwaltschaft und Richter es als erschwerend, dass diese als Reichsdeutsche homosexuelle Beziehungen zu Polen als Vertretern einer „minderen Rasse"

[24] APP, Bestand Nr. 286, Sign. 14361.

[25] Der Leiter der Partei-Kanzlei, Martin Bormann, an den Reichsminister der Justiz vom 3. Juni 1942, in: Homosexualität in der NS-Zeit, S. 265.

[26] Schreiben des Reichsjustizministers an den Leiter der Partei-Kanzlei vom 30. Juni 1942, in: Ebd., S. 267.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hatten. Damit verstießen sie in den Augen der Justizvertreter gegen ihre „Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft", indem sie die „Würde des deutschen Volkes" und das „deutsche Ansehen" verletzten. Ein im September 1940 vom Landgericht Hohensalza (Inowrocław) gegen Wilhelm H. (geb. 1900) gefälltes Urteil argumentierte ähnlich und bezichtigte den Angeklagten, er habe „sich nicht gescheut [...], ausgerechnet mit zwei Polen Unzucht zu treiben und dadurch das Ansehen der Deutschen aufs Schwerste zu gefährden", während er als „Reichsdeutscher und in den Warthegau abgeordneter Behördenangestellter" zu einem „besonders vorbildlichem Verhalten verpflichtet" gewesen sei.[27] Bei Benjamin R. hingegen hoben die Richter des Sondergerichts Zichenau hervor, dass es „nur Polen" waren, die der Volksdeutsche „zur Unzucht benutzt" habe, ohne allerdings daraus mildernde Umstände abzuleiten.

Hierbei ist es wichtig zu unterstreichen, dass Übergriffe auf Polen, sexueller oder nicht-sexueller Natur, in der Regel von den deutschen Gerichten in den eingegliederten Gebieten als geringfügig abgetan wurden, unabhängig davon, ob der Täter Deutscher oder Pole war.[28] Selbst im Fall von Robert T., in dem die Richter es als erschwerend werteten, dass er homosexuelle Praktiken mit Polen vollzogen hatte, stuften sie die Frage, ob der Angeklagte „damit in die persönlichen Rechte der Polen eingegriffen hat", als zweitrangig ein. Maßgebend für die Urteilsfindung waren einzig und allein die unterstellten Folgen der Tat für das deutsche Volk. Die Inkonsistenz der deutschen Justiz bei der Feststellung, ob es für einen Deutschen mehr oder weniger schwerwiegend ist, homosexuelle Kontakte mit einem Polen statt mit einem anderen Deutschen zu pflegen, erklärt sich in der Tat aus einem ideologischen Widerspruch: Es war demnach besser, eine „fremde Rasse" homosexuell zu „kontaminieren" oder sexuell zu missbrauchen als die eigene. Gleichzeitig aber galt es als unerträglich, tatsächlich sexuellen Kontakt mit dieser „fremden Rasse" aufzunehmen.

Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass ein Deutscher wegen homosexueller Beziehungen zu einem Polen selbst im Falle eines vorliegenden Missbrauchs ein milderes Urteil erwarten konnte, weil die deutsche Justiz der homosexuellen „Verseuchung" der Polen gleichgültig gegenüberstehen würde oder sie so eine rechtliche Abwertung der Polen als Kollektiv ausdrücken wollte. Das Urteil gegen Walter G. zeigt dies insofern auf eindrückliche Weise, da dessen erzwungener sexueller Kontakt als Reichs-

[27] APTOW, Bestand Nr. 1001, Sign. 2735; APTOW, Bestand Nr. 1005, Sign. 140.

[28] BECKER, Mitstreiter, S. 165–213.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deutscher mit dem jungen Stanisław G. mit zwei Jahren Zuchthaus viel härter geahndet wurde als die Beziehung mit Franz D., für die er eine zweijährige Gefängnisstrafe erhielt. Der Grund dafür war, dass die Richter den Missbrauch des Abhängigkeitsverhältnisses von Stanisław G. allein durch dessen rassische Einstufung als Pole gegeben sahen, während sie dies in Bezug auf den Volksdeutschen Franz D. verneinten.

Letztlich ist festzuhalten, dass das Zichenauer Sondergericht Walter G.s Entlastungsargument, er habe „aus Mangel an geeignetem Umgang", also aufgrund des Fehlens deutscher Frauen, Geschlechtsverkehr mit polnischen Männern gesucht, nicht akzeptierte. Hier ist jedoch wieder auf die Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung hinzuweisen. Das verdeutlicht etwa das bereits erwähnte Urteil des Landgerichts Hohensalza gegen einen Reichsdeutschen aus Offenbach am Main, der im Arbeitsamt Leslau (Włocławek) tätig war. Darin wurde als mildernder Umstand geltend gemacht, der Beamte habe sich „in einer sexuellen Notlage" befunden, weil er von seiner Frau getrennt lebte, während „für die Befriedigung des Geschlechtstriebes nur Polinnen zur Verfügung standen, der Verkehr mit ihnen aber verboten war".[29] Im Gegensatz zu den Richtern in Zichenau akzeptierten die Richter in Hohensalza das Argument des übermächtigen Triebes und bewerteten Homosexualität in der besonderen Situation eines annektierten Territoriums milder als bei Fällen im „Altreich". Daran wird deutlich, dass sich im Krieg der Diskurs über Homosexualität durchaus verschob und in bestimmten Fällen der anti-homosexuelle Diskurs etwas abschwächen konnte. Darüber hinaus implizierten die Richter in Hohensalza mit ihrem Urteil, dass es für Deutsche weniger schwerwiegend sei, sexuelle Beziehungen mit polnischen Männern als mit polnischen Frauen zu pflegen, was immerhin eine gewisse Relativierung der Ablehnung von Homosexualität im Kontext der Besatzungsherrschaft darstellte.

Auch wenn Richter „interrassische" homosexuelle Beziehungen als weniger schwerwiegend als „interrassische" heterosexuelle Beziehungen angesehen haben mögen, weil bei ersteren kein Risiko einer „rassischen Bastardisierung" bestand, wurden sie dennoch in der Regel als problematischer angesehen als „intrarassische" homosexuelle Beziehungen. Sowohl dem polnischen als auch dem deutschen Partner wurde in diesem Fall vorgeworfen, dem „Ansehen des deutschen Volkes" geschadet zu haben. Umgekehrt wurden homosexuelle Beziehungen zwischen Polen, obwohl sie unterdrückt wurden, als geringfügig betrachtet, weil sie den „Zeugungswillen des deutschen Volkes" nicht direkt in Frage stellten.

[29] APTOW, Bestand Nr. 1001, Sign. 2735.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Als Grundlage für diese Hierarchisierung der verschiedenen Arten sexueller Beziehungen entsprechend ihrer rassisch-geschlechtlichen Konfiguration wurden also zwei Prinzipien herangezogen: die Wahrung der Würde und der Fortpflanzungsfähigkeit der „Volksgemeinschaft". Im Fall der Polen, die homosexuelle Beziehungen pflegten, verstärkten diese beiden Dimensionen einander. Ihre „interrassischen" homosexuellen Kontakte hatte nämlich aus der Perspektive der deutschen Justiz sowohl negative Auswirkungen auf das Ansehen als auch auf die Reproduktionsfähigkeit des „deutschen Volkes".

Im Fall der Deutschen widersprachen sich beide Prinzipien. Aus der Anwendung des Prinzips der Würde folgte hier, dass „interrassische" homosexuelle Beziehungen strenger zu beurteilen waren. Hingegen implizierte die Betrachtung für die Reproduktion eine mildere Bestrafung derselben, um die deutsche „Rasse" vor der Verbreitung der Homosexualität zu bewahren. Dieser Widerspruch hat dazu geführt, dass die Richter die homosexuellen Praktiken der Deutschen im annektierten Polen mit einer gewissen Inkonsequenz beurteilten, wobei manchmal (in keinem Fall aber systematisch) die Tendenz zu sehen war, die Bedeutung ihrer sexuellen Beziehungen zu Polen herunterzuspielen – insbesondere, wenn diese Kontakte missbräuchlich waren.

Von Deutschen ausgehende homosexuelle Gewalt

Über die Frage der Unterdrückung von Homosexualität hinaus zeigen die drei Strafverfahren die soziologische Realität des Regierungsbezirks Zichenau mit seinen zahlreichen landwirtschaftlichen Gütern, die von Reichsdeutschen verwaltet wurden. Diese übten, wie das Sondergericht selbst einräumte, eine unbestrittene Autorität über eine sehr große Anzahl polnischer Landarbeiter aus. Der Fall Benjamin R. offenbart außerdem, dass die Behörden zwar eine strikte Trennung der „rassischen" Gruppen angeordnet hatten, in Wirklichkeit polnische Bedienstete und volksdeutsche Grundbesitzer oft auf engstem Raum – mitunter im gleichen Zimmer – zusammenlebten. Die Kombination des durch die Besatzung geschaffenen Machtgefälles und der räumlichen Nähe bot viele Möglichkeiten und Gelegenheiten für den hetero- wie homosexuellen Missbrauch von Polen durch Deutsche.

Homosexuelle Gewalt ist ein weitgehend vergessenes Thema in der Geschichtsschreibung von Homosexualitäten. Dies liegt hauptsächlich darin begründet, dass sich diese lange Zeit allein auf die Rolle Homosexu-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eller als Opfer fokussierte.[30] Darüber hinaus ist homosexuelle Gewalt ein Thema, das aus den nach den Paragrafen 175 und 175a gefällten Urteilen nur schwer herauszulesen ist. Oft ist es kaum möglich, zwischen begründeten Anschuldigungen und bloßen Verteidigungsstrategien zu unterscheiden, wenn ein Angeklagter behauptete, zu homosexuellen Handlungen gezwungen worden zu sein. Hinzu kommt, dass die Frage der Einwilligung von der Polizei und den Richtern nur als zweitrangig betrachtet wurde. Ihr Augenmerk lag in erster Linie auf dem sexuellen Charakter der Taten und dem Willen zur Bekämpfung von Homosexualität. Dabei hatten sie wenig Interesse daran, die Opferposition der Befragten näher zu betrachten.

Die hier besprochenen Fälle homosexueller Gewalt von Reichs- und Volksdeutschen gegen Polen sind nur ein Teilaspekt der täglichen sexuellen Gewalt, die die deutsche Annexion Polens begleitete.[31] Deutsche Männer nutzten ihre wirtschaftliche und rechtliche Vormachtstellung aus, um Polen gegen ihren Willen sexuelle Handlungen aufzuzwingen, was manchmal sogar von den Richtern des Sondergerichts anerkannt wurde. Walter G. griff zur Durchsetzung seiner Ziele möglicherweise zur Waffe und nutzte seine dominante Stellung als deutscher Arbeitgeber gegenüber seinen polnischen Arbeitern aus. Benjamin R. wiederum soll Stefan und Jan W. gedroht haben, ersteren beim Arbeitsamt anzuzeigen sowie letzteren zur Arbeit nach Deutschland zu schicken, wenn sie seinen Wünschen nicht nachkämen. Der Fall Robert T. zeigt seinerseits, wie brüchig die Grenze zwischen Zustimmung und Zwang in den eingegliederten Ostgebieten war und welch unterschiedliche Interpretationen des Geschehenen sich hier anboten. Während einige Polen behaupteten, auf die sexuellen Forderungen ihres „Brotgebers" aus Furcht vor seiner Gewalttätigkeit oder dem Verlust ihres Arbeitsplatzes eingegangen zu sein, sah der Staatsanwalt es als erwiesen an, dass ihr Motiv Gier gewesen sei, da sie ein paar Münzen und Zigaretten angenommen hatten. Die Richter wiederum erkannten an, dass die Polen aus Angst vor Repressalien bei der Arbeit wenig Widerstand leisteten. In jedem Fall war also Sexualität nicht nur für polnische Frauen ein Tauschmittel, um ihr Überleben unter der deutschen Besatzung zu ermöglichen. Auch polnische Männer konnten durch

[30] MICHAEL SCHWARTZ, Verfolgte Homosexuelle oder Lebenssituationen von LSBT*QI*? Einführende Bemerkungen zu einem Forschungsfeld im Umbruch, in: Homosexuelle im Nationalsozialismus, S. 11–17.

[31] RÖGER, Kriegsbeziehungen, S. 169–208. Behandelt werden auch hier u. a. die Fälle von Benjamin R. und Walter G.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die von den Deutschen geschaffenen Umstände gezwungen sein, eine der wenigen ihnen noch zur Verfügung stehenden Ressourcen, in diesem Fall ihren Körper, zur Verbesserung ihrer Situation zu nutzen. Der Grad der Zustimmung scheint in Anbetracht der Machtverhältnisse sehr gering gewesen zu sein.

In den „eingegliederten Ostgebieten" richtete sich die von Deutschen ausgehende gleichgeschlechtliche sexuelle Gewalt nicht nur gegen Polen, sondern wie im Fall von Walter G. auch vereinzelt gegen Volks- bzw. Reichsdeutsche.[32] Darüber hinaus gab es homosexuelle Übergriffe von Polen auf Deutsche. In der Vorkriegszeit waren homosexuelle gewaltsame Straftaten ebenfalls nicht unbekannt. Nichtsdestotrotz bleibt zu konstatieren, dass die deutsche Besatzung einen Nährboden für homosexuelle Gewalt schuf, die von den Besatzern oder Volksdeutschen ausging und gegen Polen gerichtet war. Es ist eine für zukünftige Forschungen offene Frage, inwiefern sich unter den Bedingungen der Besatzung homosexuelle von heterosexueller Gewalt unterschied.

Das Ausmaß gleichgeschlechtlicher Gewalt bleibt aber nicht messbar, da nur ein Teil der Vorfälle aktenkundig wurde. Dennoch zeigt die Aktenüberlieferung des Sondergerichts Zichenau, dass homosexuelle Gewalttaten von Deutschen nicht immer ungestraft blieben. Richter und vor allem die Staatsanwälte konnten mitunter besonders streng mit den Gewalttätern umgehen. Wie die Richter im Prozess gegen Robert T. ausdrücklich erklärten, ging es jedoch weniger darum, einen Verstoß gegen die Rechte der Polen zu ahnden, sondern die deutschen Angeklagten für ihre Homosexualität, angebliche Unwürdigkeit und Perversität zu bestrafen und gleichzeitig zu verhindern, dass weitere Deutsche Opfer von Übergriffen werden würden.

Die Verurteilung der sieben Polen nach Paragraf 175 wegen „Unzucht" erfolgte, obwohl die Richter erkannt hatten, dass Robert T. seine Autorität missbraucht und die Männer zum Geschlechtsverkehr gezwungen hatte. Das machte sie zu Opfern im doppelten Sinne: Sie waren sowohl Objekte der homosexuellen Gewalt vonseiten eines Vertreters der Besatzer als auch der gegen Homosexuelle gerichteten Repressionen des Besatzungsregimes selbst. Der Umstand, dass sie sich in einer Abhängigkeitssituation befunden und aus Angst vor Repressalien bei der Arbeit gefügt hatten, wertete das Gericht lediglich als mildernden Umstand. Eine solche Spruchpraxis fand allerdings keine systematische Anwendung, da es in den beiden anderen Fällen nicht zur Anklage der polnischen Opfer

[32] Vgl. APP, Bestand Nr. 286, Sign. 14335, 14343, 14361.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kam. Dennoch wurden diese nicht als Zeugen berücksichtigt, weder in der Anklageschrift noch im Hauptverfahren.

In der Regel waren es nicht die polnischen Opfer homosexueller Gewalt selbst, die den Missbrauch den deutschen Besatzungsbehörden zur Anzeige brachten. Nur Stanisław G., ermutigt durch seinen Vater, wagte es, sich offen darüber zu beschweren. Er wandte sich allerdings nicht an die deutsche Polizei, sondern an einen dem Täter übergeordneten deutschen Zivilisten. Aufschlussreich ist zudem, dass im Fall von Benjamin R. bei den ersten polizeilichen Verhören Jan W. und Janina S. die sexuellen Übergriffe verschwiegen und erst dann zugaben, nachdem ihr volksdeutscher Arbeitgeber diese selbst gestanden hatte.

Viele polnische Missbrauchsopfer sahen von einer Anzeige der deutschen Täter ab. Dies war ihrem geringen wirtschaftlichen und rechtlichen Status geschuldet und vor allem der Gefahr, von den deutschen Strafbehörden bezichtigt zu werden, sie hätten „sich zur Unzucht mißbrauchen lassen". In einem solchen Fall mussten sie selbst mit einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen, auch wenn dies, wie gesagt, nicht systematisch geschah. Zur geringen Zahl dokumentierter Sexualdelikte kommt der Umstand, dass entsprechende Klagen häufiger gegen Volks- als gegen Reichsdeutsche erhoben wurden. In den Fällen von Robert T. und Walter G. hingegen zögerten Reichsdeutsche nicht, andere Reichsdeutsche anzuzeigen. Es ist wahrscheinlich, dass die homosexuelle Dimension der Taten die Entscheidung für eine Anzeige hier mehr begünstigte als in Fällen von Gewalt gegen polnische Frauen. Sicherlich spielten auch andere Faktoren eine Rolle bei der Entscheidung, ob ein Fall angezeigt wurde oder nicht, etwa wenn es darum ging, das Funktionieren der landwirtschaftlichen Betriebe sicherzustellen. All dies setzt dem auf Quellen angewiesenen Historiker enge Grenzen, sodass unser heutiges Wissen über sexuelle Gewalt unter der deutschen Besatzung immer noch sehr gering ist.

Aus dem Französischen übertragen von Christhardt Henschel

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

JANUSZ SZCZEPAŃSKI

DIE ERMORDUNG DER JUDEN IM REGIERUNGSBEZIRK ZICHENAU UNTER DEUTSCHER HERRSCHAFT

Der Zweite Weltkrieg bildet den grausamsten Abschnitt in der Geschichte der polnischen Juden. Dies gilt auch für Nordmasowien, wo zu Beginn der NS-Herrschaft etwa eine Million Menschen lebten, von denen rund 80.000 Juden waren. Sie bewohnten vor allem die Städte und Kleinstädte, wo sie oft weit über 40 Prozent der Bevölkerung stellten.[1] Nur ein Bruchteil von ihnen überlebte das Jahr 1945. Das Schicksal der nordmasowischen Juden in den Jahren 1939–1945 wird in Forschungsarbeiten zwar immer wieder thematisiert, doch nach wie vor fehlen wichtige Detailkenntnisse.[2]

Der erste Historiker, der sich dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden im Regierungsbezirk Zichenau widmete, war Michał Grynberg, der eine bis heute grundlegende Gesamtdarstellung vorlegte.[3] Darüber hinaus verfassten Jan Przedpełski und Ryszard Juszkiewicz Fallstudien über die Städte Plock (Płock) und Mlawa (Mława).[4] Janusz Szczepański hat die Geschichte des Holocaust in die regionale Geschichte der masowi-

[1] Drugi Powszechny Spis Ludności z dn. 9 grudnia 1931. Województwo warszawskie, hg. v. Główny Urząd Statystyczny, Warszawa 1937, S. 34–41; BOHDAN WASIUTYŃSKI, Ludność żydowska w Polsce w wiekach XIX i XX, Warszawa 1930, S. 36 f.

[2] Einen Überblick über die wichtigsten Forschungstendenzen zum Holocaust und den polnisch-jüdischen Beziehungen unter deutscher Besatzung gibt NATALIA ALEKSIUN, Historiografia na temat Zagłady i stosunków polsko-żydowskich w okresie drugiej wojny światowej, in: Zagłada Żydów. Studia i materiały 1, hg. v. DARIUSZ LIBIONKA, Warszawa 2005, S. 32–50.

[3] MICHAŁ GRYNBERG, Żydzi w rejencji ciechanowskiej 1939–1942, Warszawa 1984.

[4] JAN PRZEDPEŁSKI, Żydzi płoccy. Dzieje i martyrologia 1939–1945, Płock 1993; RYSZARD JUSZKIEWICZ, Losy Żydów mławskich w okresie II-ej wojny światowej, Mława 1994.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen Juden seit dem 19. Jahrhundert eingebettet.[5] Das Verdienst, die deutsche antijüdische Politik periodisiert zu haben, kommt Jan Grabowski zu.[6]

Die folgenden Ausführungen bilden den Versuch, die wichtigsten Entwicklungsstufen, Charakteristika und Protagonisten der antijüdischen Besatzungspolitik, die in die Ermordung der meisten Juden Nordmasowiens mündete, überblicksartig vorzustellen. Wie in anderen Regionen des besetzten Polen lässt sich für den Regierungsbezirk Zichenau eine zunehmende Radikalisierung der NS-Judenpolitik konstatieren, die mit zunächst unorganisierter Gewaltanwendung begann und über die konsequente Enteignung, Entrechtung, Vertreibung und Ghettoisierung schließlich zur systematischen Ermordung in den Todeslagern im Generalgouvernement eskalierte.

Antijüdische Gewalt und Vertreibungen unter deutscher Militärverwaltung

Das Gebiet des künftigen Regierungsbezirks Zichenau wurde von der Wehrmacht bereits in der ersten Septemberhälfte 1939 eingenommen und stand bis zum 25. Oktober 1939 unter Militärverwaltung.[7] Die Nachrichten über den deutschen Angriff versetzten zuerst die jüdischen Bewohner des Grenzgebiets, vor allem aus Mlawa und Chorzellen (Chorzele), in Panik und ließen sie jeweils zu hunderten vor den deutschen Truppen in Richtung Warschau fliehen. Der polnische Rückzug bewegte dann auch Juden in weiter im Landesinneren gelegenen Städten wie Plock, Sierpc, Krasnosielc, Pultusk (Pułtusk), Wyszogród oder Wyszków zur Flucht.[8] Eine größere Anzahl setzte sich in östliche Richtung in Bewe-

[5] JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Społeczność żydowska Mazowsza w XIX–XX wieku, Pułtusk 2005; DERS., Dzieje społeczności żydowskiej powiatów Pułtusk i Maków Mazowiecki, Warszawa 1993.

[6] JAN GRABOWSKI, Polityka antyżydowska na terenie rejencji ciechanowskiej, in: Zagłada Żydów na polskich terenach wcielonych do Rzeszy, hg. v. ALEKSANDRA NAMYSŁO, Warszawa 2008, S. 59–68.

[7] RYSZARD JUSZKIEWICZ, Wrzesień 1939 na Mazowszu Północnym, Mława 2009, S. 277–589, 622–637.

[8] Archiv Yad Vashem in Jerusalem (hiernach: Yad Vashem), O.3/2022, Jakob Galant, Bl. 2; GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 27 f.; Wyszogród, in: Pinkas hakehillot Polin: entsiklopedyah shel ha-yishuvim ha-Yehudiyim le-min hivasdam ve-'ad le-ahar Sho'at Mil-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gung, überquerte den Fluss Narew, um das am 17. September von der Roten Armee besetzte Gebiet zu erreichen. Viele Flüchtlinge irrten ziellos zwischen den Ortschaften umher und fielen Angriffen deutscher Kampfflieger zum Opfer.[9]

Die deutschen Wehrmachts- und Polizeieinheiten stellten somit im September 1939 für die nordmasowischen Juden eine tödliche Gefahr dar. Es hat lange gedauert, bis Jochen Böhlers Studien mit der lang gepflegten Deutung brachen, wonach antijüdische Gewalt fast ausschließlich von den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei oder vom Volksdeutschen Selbstschutz ausgegangen sei. Heute ist jedoch gesichert, dass viele dieser Verbrechen von Wehrmachtssoldaten begangen wurden, was zu einem Teil auf deren jahrelange nationalsozialistische Indoktrination im Geiste des rassischen Antisemitismus zurückging. Die einrückenden Armeeverbände hatten wie die ihnen nachfolgenden SS-Einheiten brutale Morde an der jüdischen Bevölkerung zu verantworten. Als Vorwand führten sie an, deutsche Soldaten wären aus dem Hinterhalt beschossen worden oder Juden hätten sich an den Vorbereitungen zum bewaffneten Widerstand beteiligt.[10] Aus den Frontberichten wird deutlich, dass bereits der schiere Anblick der jüdischen Bevölkerung bei vielen deutschen Uniformierten ablehnende Reaktionen hervorrief. In der Chronik der 9. Kompanie des 22. Infanterieregiments wurde etwa über den Einmarsch in Makow (Maków Mazowiecki) notiert:

> „Eine Judenstadt [...]. Schmutzig, verdreckt und verkommen. Reparaturen schienen nicht notwendig zu sein. Und dies alles bei der herrlichen Sonne Gottes! Ihr verdrecktes, auserwähltes Volk!“[11]

Nicht nur die vorgefundenen Lebensbedingungen der jüdischen Bevölkerung, auch deren Angst vor der Wehrmacht lösten bei deutschen Soldaten

---

hemet ha-'olam ha-sheniyah, hg. v. ABRAHAM WEIN, Bd. 4, Jerusalem 1989 (hiernach: Pinkas), S. 195–199, hier S. 197; PRZEDPEŁSKI, Żydzi płoccy, S. 35 f.

[9] Yad Vashem, O.3/1605, Selig Krojn und Chaja (Kohn) Krojn; Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego w Warszawie [Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau] (hiernach: AŻIH), ARG, I.495, S. 15 f.; JANUSZ GOŁOTA, Losy Żydów ostrołęckich w czasie II wojny światowej, in: BŻIH. Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego, 1998, H. 3, S. 23–35, hier S. 22 f.

[10] JOCHEN BÖHLER, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt am Main 2006, S. 45–50.

[11] Zitiert nach: Ebd., S. 46, Anm. 165. Vgl. auch JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Rola przemocy wobec ludności żydowskiej w Europie Środkowo-Wschodniej w procesie decyzyjnym Zagłady, in: Kwartalnik Historii Żydów, 2016, H. 4, S. 879–909, hier S. 880–882.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

negative Reaktionen aus. Zalman Drezner erinnert sich im Yizkor-Buch der Juden von Ostroleka (Ostrołęka) an eine entsprechende Szene:

> „Am 9. September 1939 marschierten Fronteinheiten der deutschen Infanterie in die Siedlung Długosiodło ein. [...] Wir sahen und hörten, wie die verschwitzten und aufgeregten jungen Deutschen die Geste des Halsabschneidens vollzogen und brüllten: ‚Juden, Juden'."[12]

Mit den jüdischen Angehörigen des polnischen Militärs, die 1939 in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, gingen die Besatzer ebenfalls grausam um. Sie wurden von den übrigen Soldaten getrennt, in spezielle Stalags verschleppt und schließlich ermordet. Nach der Kapitulation der Festung Modlin erschossen Wehrmachtssoldaten im nahegelegenen Zakroczym am 28. September 1939 zahlreiche jüdisch-polnische Soldaten.[13]

Die unter deutscher Militärverwaltung ergriffenen antijüdischen Maßnahmen waren in Nordmasowien brutaler als anderswo im besetzten Polen. Die Militärkommandanten der besetzten nordmasowischen Städte versuchten möglichst viele Juden aus ihrem Machtbereich abzuschieben. In der Regel ordneten sie an, dass Juden innerhalb kürzester Zeit ihren jeweiligen Wohnort zu verlassen hatten, so geschah es in Ciechanów, Ostroleka, Goworowo, Pultusk oder Wyszków. Die Wehrmacht achtete lediglich darauf, dass die Vertriebenen ihren Weg in Richtung Osten einschlugen, also in jenes Gebiet, das bald darauf in sowjetische Hand kam. Auf diese Weise wurden tausende Juden aus ihren angestammten Orten verjagt. Den jüdischen Einwohnern von Ostroleka wurde am 4. Oktober 1939 eine Frist von zwei Stunden gesetzt, die Stadt in Richtung Lomscha (Łomża) zu verlassen.[14] Die Vertreibungen wurden begleitet von blutigem Terror und vielfältigen Unterdrückungsmaßnahmen, die von Wehrmachtseinheiten und den nach der Einnahme von Mlawa nach Nordmasowien eindringenden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei ausgingen.[15]

---

[12] Księga Żydów ostrołęckich, hg. v. Ostrołęckie Towarzystwo Naukowe im. Adama Chętnika u. a., Ostrołęka / Tel Aviv 2001, S. 341.

[13] JOCHEN BÖHLER, Prześladowanie ludności żydowskiej w okupowanej Polsce podczas trwania zarządu wojskowego (od 1 września do 25 października 1939 r.), in: Zagłada Żydów na polskich terenach wcielonych do Rzeszy, S. 46–58, hier S. 50 f.; TATIANA BERENSTEIN / ADAM RUTKOWSKI, Prześladowania ludności żydowskiej w okresie hitlerowskiej administracji wojskowej na okupowanych ziemiach polskich (1.IX.1939 r. – 25.X.1939 r.), in: BŻIH, 1961, H. 2, S. 3–38, hier S. 24.

[14] SZCZEPAŃSKI, Społeczność, S. 398.

[15] KLAUS-MICHAEL MALLMANN u. a., Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008, S. 47, 51.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Charakter und Verlauf der Aussiedlungen der Juden waren abhängig vom Vorgehen der verantwortlichen SS- und Polizeioffiziere. Unter der Militärverwaltung entstanden jene Freiräume, die es selbst einzelnen Soldaten erlaubten, ihre Brutalität an der jüdischen Bevölkerung straffrei auszuleben. Dies ermöglichte blutige Verbrechen wie in Krasnosielc am 5. September 1939: Vier SS-Männer und ein Soldat trieben 41 Juden in die Synagoge, verspotteten deren Religion und zwangen sie zum Gebet, um sie anschließend mit Maschinengewehren zu erschießen. Über die Ereignisse von Krasnosielc berichtete ein Augenzeuge von einem „Blutstrom" und „völlig roten Wänden und Decken".[16] Der Befehlshaber der 3. Armee, General Georg von Küchler, reagierte auf den Mord mit entschiedender Ablehnung und ließ die Täter vor Gericht stellen. Die jüdischen Bewohner von Goworowo entgingen dagegen einem ähnlichen Schicksal. Auch hier wurden Juden in die Synagoge gesperrt und diese mit Benzin übergossen. Ein höherer Wehrmachtsoffizier verhinderte mit den Worten „Das ist zu grausam" jedoch Schlimmeres. Er ordnete allerdings die Vertreibung der Juden aus der Stadt an.[17] In Wyszków begingen die einrückenden Soldaten ein Massaker, indem sie auf Juden schossen, die aus der brennenden Stadt zu entkommen versuchten. Schätzungen zufolge verloren allein hier während der ersten drei Wochen unter Verwaltung der Wehrmacht 300 jüdische Einwohner ihr Leben, entweder bei der Bombardierung der Stadt, Luftangriffen auf die flüchtende Zivilbevölkerungen oder Massenhinrichtungen.[18]

Nicht weniger barbarisch verhielten sich die deutschen Soldaten, die am 11. September 1939 die ersten 300 Juden aus Pultusk vertrieben. Kazimierz Nicki, ein Augenzeuge, berichtete nach dem Krieg: „Die Wehrmachtssoldaten erlaubten lediglich Frauen und Kindern, den Narew über die Brücke zu überqueren. Den Männern hingegen befahlen sie den Fluss zu durchschwimmen. Da nicht alle Juden schwimmen konnten, sind viele

[16] Yad Vashem, O.3/2022, S. 5 f. AŻIH, 301/23, Józef Nachman Kazimierski, Bl. 2: „Christen erzählten, Blut sei durch die verschlossene Tür des Gebetshauses über die Straße geflossen."; MARIUSZ BONDARCZUK, Piątego dnia. Rzecz o życiu i zagładzie Żydów krasnosielskich, Przasnysz 2001, S. 25–30.

[17] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 29. Küchler protestierte auch gegen die Art der ersten Deportation von Juden aus Mlawa. BÖHLER, Auftakt, S. 219.

[18] AŻIH, 301/2428, Bracha Rubinowicz; Wyszków, in: Pinkas, S. 199–201, hier S. 201; SZYMON DATNER, 55 dni Wehrmachtu w Polsce. Zbrodnie dokonane na polskiej ludności cywilnej w okresie 1.IX.–25.X.1939 r., Warszawa 1967, S. 480 f.; Archiwum Ringelbluma. Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy, Bd. 6: Generalne Gubernatorstwo. Relacje i dokumenty, bearb. v. ALEKSANDRA BAŃKOWSKA u. a., Warszawa 2012, S. 532.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ertrunken."[19] Die übrigen Juden wurden am 26. September während des Laubhüttenfestes vertrieben. Dabei mussten auch sie die Narewbrücke überwinden, wie ein Betroffener berichtete:

> „Entlang der gesamten Brücke standen Deutsche mit Stöcken in der Hand und schlugen alle, die zu langsam oder zu schnell gingen. Die Mützen aller Gläubigen wurden in den Narew geworfen. Die Freude der Deutschen über den Anblick alter bärtiger Juden ohne Kopfbedeckung war unbeschreiblich. Eine Brücke von 500 Metern Länge, ich habe den Eindruck, sie würde nie enden. Gedemütigt und geschlagen erreichen wir ihr Ende."[20]

Am anderen Ufer wurden etwa 100 Juden erschossen, weil sie angeblich den Marsch aufgehalten hatten.[21]

Die antisemitische Gewaltspirale drehte sich nach Abschluss der Kämpfe um Nordmasowien in unvermindertem Tempo weiter. In Ostrów Mazowiecka lieferte im Oktober 1939 ein Brand den Vorwand für einen Befehl von Oberst Brenner, rund 800 Juden zu töten. Im gleichen Monat brannten Wehrmachtsoldaten die Synagoge von Wyszków ab und ermordeten bei Razzien im Umland etwa 1.000 Personen. Diejenigen Juden, die nicht in das sowjetische Besatzungsgebiet geflohen waren, wurden am 13. November 1939 aus Wyszków ausgewiesen.[22] Religiöse Juden gerieten aufgrund ihres Äußeren schneller und stärker in den Fokus der Täter. Sie wurden zum Verbrennen liturgischer Gegenstände, Singen und Tanzen gezwungen, mussten sich die Bärte abschneiden oder Synagogen und Bethäuser abreißen. In Ostrów Mazowiecka wurden die Juden auf diese Weise am Versöhnungsfest Yom Kippur über vier Stunden lang gequält.[23]

---

[19] Zitiert nach: GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 30. Unter den Ertrunkenen befand sich ein alter Rabbiner: BÖHLER, Auftakt, S. 217.

[20] Rejestr miejsc i faktów zbrodni popełnionych przez okupanta hitlerowskiego na ziemiach polskich w latach 1939–1945. Województwo ciechanowskie, hg. v. Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warszawa 1984, S. 73. Zur Gewalt der Täter bei der Aussiedlung der Juden aus Pultusk vgl. auch den Bericht von Eliahu Bulman, in: Pultusk; sefer zikaron, hg. v. YITZAK IVRI, Tel Aviv 1987 [1971], S. 393 f.; das Inhaltsverzeichnis von „Pultusk Memorial Book" gibt es online: https://www.jewishgen.org/yizkor/pultusk/pultusk.html (Zugriff: 28. Oktober 2020).

[21] Ebd.; SAM DOMB, On nie pozwolił mi umrzeć! Z popiołów do życia, Pułtusk 2016, S. 34–37.

[22] BARBARA ENGELKING, Życie codzienne Żydów w miasteczkach dystryktu warszawskiego, in: Prowincja noc. Życie i zagłada Żydów w dystrykcie warszawskim, hg. v. DERS. u. a., Warszawa 2007, S. 119–223, hier S. 128 f.; Archiwum Ringelbluma. Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy, Bd. 6, S. 532.

[23] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 32.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In Raciąż wurde eine Gruppe Frauen gezwungen, unter Peitschenhieben nackt in der Synagoge zu tanzen.[24]

Neben der brutalen Gewalt an Menschen nahmen auch Raub und Zerstörung jüdischen Eigentums, besonders der Religionsgemeinden, eine zentrale Rolle im antisemitischen Vorgehen der deutschen Soldaten und Polizisten ein. Es war alltäglich, dass Synagogen und rituelle Bäder demoliert, religiöse Gegenstände verbrannt und Kultstätten entweiht wurden. Im September 1939 brannten Deutsche die Synagogen in Sierpc, Mlawa und Nowy Dwór nieder, einschließlich der religiösen Bücher. Für die Brände wurden die Juden verantwortlich gemacht und ihnen hohe Kontributionen auferlegt.[25]

Zivile Besatzungsherrschaft: Gewalt und Enteignung

Mit dem Ende der Militärverwaltung und der Einrichtung des Regierungsbezirks Zichenau verbesserte sich die katastrophale Lage der Juden in Nordmasowien keineswegs. Vielmehr ging man von lokalen, oft spontan durchgeführten Maßnahmen zu einer administrativ begleiteten Praxis über. Der erste Schritt hierbei war die Isolierung der jüdischen von der übrigen Bevölkerung. Bereits am 12. Oktober wurde die Kennzeichnungspflicht für Juden eingeführt. Von nun an mussten sie je einen gelben Flicken mit Davidstern auf der rechten Seite des Rückens und der linken Brust tragen. Es war ihnen untersagt, öffentliche Anlagen und Transportmittel zu nutzen. Gleiches galt für die Bürgersteige: Lediglich das Gehen auf der linken Straßenseite war Juden erlaubt, wobei sie entgegenkommende Deutsche mit einer Verbeugung und dem Abnehmen der Kopfbedeckung grüßen mussten. Spontane Verhaftungen von Juden zu Zwangsarbeiten, die zudem von zahlreichen Schikanen begleitet waren, gehörten zum Alltag.[26]

---

[24] Ebd.

[25] AŻIH, ARG, I.917, Bl. 5; WALDEMAR BRENDA, Okupacja i konspiracja w powiecie sierpeckim w latach 1939–1945, in: Dzieje Sierpca i ziemi sierpeckiej, hg. v. MARIAN CHUDZYŃSKI, Sierpc 2003, S. 437–513, hier S. 443; GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 23–33; ARIE ZIMNOWSKI, Tak to się zaczęło, in: Księga pamięci Żydów mławskich, hg. v. LESZEK ZYGNER, Mława 2016, S. 203–207, hier S. 204 f.; JUSZKIEWICZ, Losy Żydów, S. 63.

[26] Nasielsk, in: Pinkas, S. 290–293, hier S. 293; SZCZEPAŃSKI, Dzieje społeczności, S. 149.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



Abb. 1: Straßenszene mit jüdischen Mädchen und Frauen in Makow (undatiert, wahrscheinlich 1940)



Abb. 2: Jüdische Männer bei Zwangsarbeiten auf dem Marktplatz in Makow (undatiert, wahrscheinlich 1940)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die deutschen Behörden belegten die jüdischen Gemeinden unter Vorwänden mit schweren Kontributionen. Um der Erfüllung ihrer Forderungen Nachdruck zu verleihen, nahmen sie beispielsweise in Serock und Sierpc Dutzende Geiseln, die, bis zum Eintreffen der Summe misshandelt wurden.[27] Die Verantwortung für die Umsetzung der Kontributionsforderungen und anderer Anordnungen übertrugen die Besatzer den Judenräten, die auf Anordnung Reinhard Heydrichs am 21. September 1939 eingesetzt wurden. Damit sollte in der öffentlichen Meinung im In- und Ausland der Eindruck erweckt werden, die Deutschen hätten den Juden eine eigene Selbstverwaltung zugestanden. Dabei waren die Judenräte Heydrich zufolge lediglich „voll verantwortlich [...] für die exakte und termingemäße Durchführung aller ergangenen oder noch ergehenden Weisungen".[28]

Die Judenräte wurden meist durch bekannte Persönlichkeiten geleitet, wie Dr. Salomon Bromberger und seinen Stellvertreter Semek Szatan in Plock.[29] Ihre Funktionen änderten sich mit der Zeit gemäß der Vorgaben der Nationalsozialisten. Deren erste Forderung an die Judenräte war die Eintreibung von Kontributionen, die in ihrer Höhe kaum zu bewältigen waren. Im Dezember 1939 belegten die Deutschen die Gemeinde von Plock mit einer Forderung von einer Million Zloty wegen angeblicher Illoyalität gegenüber den Besatzungsbehörden.

Da viele wohlhabendere Juden die Stadt bereits vor dem Eintreffen der Wehrmacht verlassen hatten, konnte der Judenrat kaum 180.000 Zloty in bar und Schmuck im Gegenwert von rund 20.000 Zloty aufbringen. Die deutschen Machthaber nahmen daraufhin einige Mitglieder der jüdischen Gemeinde als Geiseln und griffen zur Folter, doch konnten sie auch damit die Zahlung der kompletten Summe nicht erreichen. Im nächsten Schritt requirierten die Deutschen selbst Geldbörsen sowie die in den drei jüdischen Banken deponierten Wertpapiere und raubten so etwa eine halbe

---

[27] AŻIH, ARG, I.917, S. 6–10; GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 40; Serock, in: Pinkas, S. 334–338, hier S. 336.

[28] Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich an die Chefs der Einsatzgruppen in Polen betr. die Judenfrage im besetzten Gebiet vom 21. September 1939, in: Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul „Holocaust in Polen", hg. v. Herder-Institut, bearb. von IMKE HANSEN, https://www.herder-institut.de/resolve/qid/2424.html (Zugriff: 13. Januar 2021). Vgl. auch die ähnliche Auslegung durch Hans Frank im November 1939, in: Eksterminacja Żydów na ziemiach polskich w okresie okupacji hitlerowskiej. Zbiór dokumentów, hg. v. TATIANA BERENSTEIN u. a., Warszawa 1957, S. 73 f.

[29] PRZEDPEŁSKI, Żydzi płoccy, S. 49.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Million Zloty.[30] Die Besatzungsbehörden ordneten die Auflösung aller jüdischen Unternehmen, Handwerksbetriebe, Geschäfte an und übergaben diese inklusive der Warenbestände vor allem an Volksdeutsche, vereinzelt aber auch an Polen. Während der Inventur wurde an den Türen der betroffenen Läden und Werkstätten ein Plakat mit der Aufschrift „Jude geschlossen" angebracht.[31] Begleitet wurden diese Maßnahmen von Raub und brutaler Gewalt. Die Männer wurden geschlagen und erniedrigt, Frauen oft vergewaltigt.

Nachdem das Eigentum der Juden von den Deutschen geraubt worden war, ging man zur Ausbeutung der Arbeitskraft über, zum Teil in speziell geschaffenen Arbeitslagern. Die Arbeitspflicht erfasste die gesamte jüdische Bevölkerung im Alter zwischen 14 und 60 Jahren.[32] Ab dem Frühjahr 1940 entstanden in Nordmasowien etwa 30 Zwangsarbeitslager für Juden. Wurden solche Lager im Generalgouvernement oder Warthegau für Polen und Juden getrennt organisiert, hielt man im Regierungsbezirk Zichenau beide Bevölkerungsgruppen an denselben Orten gefangen und separierte sie lediglich innerhalb der Lager. Die Isolierung der Juden von den Polen galt sogar dann, wenn die Häftlinge im selben Gebäude arbeiten mussten.[33]

Die festgehaltenen jüdischen Zwangsarbeiter wurden vorrangig bei Entwässerungs- und Straßenarbeiten eingesetzt. Ihr Schicksal war schrecklich, wovon Betroffene wie Lejb Langfus aus Makow berichteten.[34] Über die Zwangsarbeitslager für Juden war bereits am 9. Januar 1941 im „Biuletyn Informacyjny" der Untergrundorganisation Verband für den bewaffneten Kampf (*Związek Walki Zbrojnej*, ZWZ) zu lesen:

> „Alles, was wir über die seit dem letzten Frühjahr bestehenden Lager für Juden wissen, ist geradezu erschreckend. Ein Arbeitslager für Juden unterscheidet sich eigentlich nicht von Auschwitz. Menschen, die auf winterliche Feldarbeit völlig unvorbereitet sind, ohne entsprechende Kleidung, miserabel

[30] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 39; PRZEDPEŁSKI, Żydzi płoccy, S 47.

[31] Makow Mazowiecki, in: Pinkas, S. 264–268, hier S. 266; GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 38.

[32] BOŻENA GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989, S. 113.

[33] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 77 f. In Nowa Wieś (Kreis Ostroleka) wurde das Kulturhaus in ein Arbeitslager umgewandelt. Die polnischen Häftlinge schliefen und arbeiteten im Bühnensaal, die jüdischen Häftlinge in den Kellerräumen.

[34] SZCZEPAŃSKI, Społeczność, S. 440–442; LEJB [LANGFUS], Handschrift, in: Hefte von Auschwitz, 1973, H. 14, S. 17–71, hier S. 17–20.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ernährt, werden von den Gutshöfen und aus den Dörfern, wo sie in unbeheizten Scheunen und Schuppen untergebracht sind, zu Schanzarbeiten getrieben. Eine sadistische Behandlung. Eine enorme Sterblichkeit."[35]

Ein eng mit der Ermordung von Juden im Zichenauer Regierungsbezirk verbundener Ort war das Fort Pomiechówek, eine zarische Militäranlage aus den 1880er Jahren, die zum Festungskomplex Modlin gehörte. Der Lagerkommandant Max Ring, ein Gestapo-Funktionär, war für seine enorme Brutalität berüchtigt.[36] Während einer Verhaftungsaktion wurden im Sommer 1941 über 6.000 Juden aufgegriffen, die sich ohne Erlaubnis der Behörden an verschiedenen Orten des Regierungsbezirks aufhielten. Unter ihnen waren 3.000 Juden aus Nowy Dwór, 1.200 aus Plonsk, 300 aus Nowe Miasto und viele weitere aus Ciechanów, Mlawa, Raciąż, Sierpc und Zakroczym, die alle nach Pomiechówek verschleppt wurden, wo ihnen ein besonders schreckliches Los bereitet wurde.[37] Von vornherein waren sie zum Tod bestimmt und erhielten in der ersten Woche weder Nahrung noch Wasser. Massenmorde, die Vergewaltigung und anschließende Tötung von Mädchen sowie tödlich endende Hetzjagden mit Hunden gehörten zur Tagesordnung. Das Wachpersonal schoss oft auf die Häftlinge.

Allein innerhalb der ersten zehn Tage ermordete die Lagerbesatzung über 600 Männer, Frauen und Kinder. Im September 1941 töteten betrunkene Gestapobeamte innerhalb weniger Tage etwa 2.500 Menschen.[38] Von den Gewalttaten erfuhren unter anderem der Landrat von Plonsk, Ernst Speidel, und sein Berater Major Kwesling, die daraufhin das Lager besuchten. Anschließend holten sie die Genehmigung ein, die noch verbliebenen Juden in das Generalgouvernement zu überstellen.[39]

---

[35] Zitiert nach: Ten jest z ojczyzny mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939–1945, hg. v. WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI / ZOFIA LEWINÓWNA, Kraków [2]1969, S. 11. Im Original wird von Oświęcim gesprochen. Zum Zeitpunkt des Zitats existierte nur das Stammlager Auschwitz I, in dem damals vorrangig Polen festgehalten wurden [Anm. d. Ü.].

[36] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 83–86. Ring war der Kopf einer Gruppe von Gestapo-Leuten, die im September 1939 in einer Scheune in Wyszków 77 Juden und acht Polen bei lebendigem Leibe verbrannte. Er soll sich vor Freunden gerühmt haben, dass er vor jedem Frühstück zehn Juden erschießen müsse.

[37] Ebd., S. 79–81.

[38] Ebd., S. 81–86.

[39] Ebd., S. 84 f. Major Kwesling, zuvor SA-Führer in Pultusk, wurde in den Innendienst in Plonsk versetzt, weil er sich nicht an der Vernichtung der Juden beteiligen wollte. Im Frühjahr 1942 beging er Suizid.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auch unter jenen Alten, unheilbar Kranken, Alkoholkranken und geistig Behinderten, die als „lebensunwert" betrachtet und deshalb ermordet wurden, befanden sich neben Polen unterschiedslos zahlreiche Juden. Kranke aus Plock wurden in den Wäldern bei Brwilna, aus Ciechanów im Wald von Ościsłów, aus Makow bei Sewerynów, aus Sierpc im Wald von Troska sowie aus Ostroleka in Pieńki Borowe umgebracht.[40] Im Februar 1940 eröffneten die Besatzungsbehörden in der Pułtuska-Straße zum Schein ein „Krankenhaus" für Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung aus dem gesamten Kreis für 500 Patienten. Bereits Ende des Monats wurden die Krankenhausinsassen in den nahegelegenen Waldstück Wąski Las bei Sewerynów gebracht und dort getötet.[41]



Abb. 3: Zwei Jüdinnen vor der Großen Synagoge in Plock (undatiert, wahrscheinlich 1940)

Vor dem Hintergrund der geschilderten Gewalt scheint die allerorten anzutreffende fortgesetzte Zerstörung jüdischer Kultstätten an Gewicht zu verlieren. Doch verfuhren die deutschen Besatzer auch hier besonders

[40] Ebd., S. 41 f.

[41] AŻIH, 337/E, Sign. 141, Bl. 62 f. Die Opfer des Mordes in Sewerynów wurden in einem Massengrab beigesetzt. Im Frühjahr 1944 transportierten die Nazis die Überreste der Leichen an einen unbekannten Ort.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

perfide, da sie immer wieder Juden dazu zwangen, Synagogen und Bethäuser selbst abzutragen. Auf diese Weise gingen die historischen Synagogen von Plonsk, Wyszogród und Plock verloren.

In der letztgenannten Stadt wurde das jüdische Gotteshaus in ein Möbellager, dann in eine Garage und Autowerkstatt umfunktioniert. Die Synagoge von Plonsk wurde in ein Eierlager, jene in Serock in ein städtisches Bad umgewandelt. In anderen Synagogen wurden Werkstätten für Zwangsarbeiter eingerichtet. Die Friedhöfe traf ein ähnliches Schicksal. Meistens wurden sie eingeebnet, sodass keine Spur jüdischen Lebens mehr sichtbar blieb. Die Grabsteine wurden massenhaft beim Bau von Straßen und Gehwegen eingesetzt: in Pultusk bei Bauarbeiten um das Schloss, in Plock beim Bau von Treppen auf der Weichselböschung vom Domhügel hinunter zum Flussufer.[42]

Zwangsaussiedlungen

Unter der Militärverwaltung waren Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen von Juden noch spontane und unkoordinierte lokale Ereignisse. Dies änderte sich mit der Einrichtung der zivilen Administration, die bereits im Spätherbst 1939 mit der zwangsweisen Aussiedlung von Juden in das Generalgouvernement begann. Hintergrund dafür war eine Anordnung Himmlers vom 30. Oktober 1939, in der er unter anderem die Ausweisung aller Juden aus den eingegliederten Ostgebieten bestimmte.[43]

Die erste betroffene Ortschaft war Sierpc. Am 8. November 1939 wurden um fünf Uhr morgens die Juden der Stadt auf dem Markt zusammengetrieben und mussten später in Sechserreihen durch einen Kordon von SS und Gendarmerie zum Bahnhof marschieren, wobei viele grausam misshandelt wurden. An der Spitze des Zuges marschierten Vertreter der Stadtverwaltung und der Landrat sowie das Orchester der Feuerwehr, das fröhliche Märsche spielte. Gegen zehn Uhr pferchte man

[42] Yad Vashem, O.3/1605, Bl. 7; GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 33; DANUTA BIELECKA, Społeczność żydowska w Nowym Dworze Mazowieckim w latach 1918–1939, in: Rocznik Mazowiecki 14 (2002), S. 99–114, hier S. 112; JAN PRZEDPEŁSKI, Zagłada Żydów płockich, in: Dzieje Płocka, Bd. 2: Dzieje miasta w latach 1793–1945, hg. v. MIROSŁAW KRAJEWSKI u. a., Płock 2006, S. 863–892, hier S. 864; SZCZEPAŃSKI, Dzieje społeczności, S. 149.

[43] Am 8. November 1939 trafen sich zudem in Krakau die SS- und Polizeiführer der besetzten polnischen Gebiete zur Koordinierung der Aussiedlungen. ARTUR EISENBACH, Hitlerowska polityka zagłady Żydów, Warszawa 1961, S. 153.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Juden in vorher bereitgestellte Güterwagen, die dann nach Pomiechówek fuhren. Dort holten Gendarmen die „Passagiere" aus den Waggons und hetzten sie zu Fuß nach Nowy Dwór. Anderntags trieben dortige Volksdeutsche die Sierpcer Juden nach Jabłonna auf das Gebiet des Generalgouvernements, wo sie auf eigene Faust einen Aufenthaltsort suchen konnten, wobei die meisten Warschau wählten. Auf diese Weise verlor Sierpc 85 Prozent seiner jüdischen Bevölkerung. In der Stadt blieben lediglich 500 Juden, vor allem Handwerker, die für deutsche Einrichtungen arbeiten und in einem Ghetto leben mussten.[44]

Etwas anders verliefen die Aussiedlungen in Nasielsk am 3. Dezember und Serock am 5. Dezember 1939.[45] In beiden Städten wurden die Juden in plombierte Eisenbahnzüge gepfercht, die in Richtung Norden gingen. In Königsberg mussten die Züge allerdings umkehren und fuhren nach Süden bis Międzyrzec Podlaski bzw. Łuków im Generalgouvernement.[46] Beide Transporte waren die einzigen Fälle, bei denen Juden per Eisenbahn in das Generalgouvernement abgeschoben wurden.[47] Einem wieder anderen Schema folgten die Aussiedlungen im Kreis Mlawa im Dezember 1939. Bereits zuvor waren die in den umliegenden Orten wie Żuromin, Radzanów, Kuczbork oder Szreńsk lebenden Juden nach Mlawa gebracht worden. Anschließend kamen sie in das Lager Soldau (Działdowo), das als Durchgangslager diente.[48] Der erste Transport mit 3.000 Menschen traf dort am 5. Dezember 1939 ein, nachdem im Morgengrauen des gleichen Tags die Juden in Mlawa aus ihren Häusern getrieben, auf dem Gelände

---

[44] Ebd., S. 93; BERENSTEIN / RUTKOWSKI, Prześladowania, S. 144. Ebenfalls am 8. November 1939 wurden in ähnlicher Weise die Juden aus Żuromin vertrieben. RUTA SAKOWSKA, Ludzie z dzielnicy zamkniętej. Żydzi w Warszawie w okresie hitlerowskiej okupacji, październik 1939 – marzec 1943, Warszawa 1975, S. 69–71.

[45] AŻIH, 301/5776, Bl. 1; 301/5680, Bl. 1; Yad Vashem, O.3/1649, Arie Jagoda, Bl. 1–10.

[46] Ebd.; GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 94. Für einige der Juden aus Nasielsk „stimmten die Deutschen nach acht Tagen der Wanderschaft gnädigerweise einem Lösegeld der Warschauer Stadtverwaltung zu und ließen sie dort frei". CALEK PERECHODNIK, Spowiedź. Dzieje rodziny żydowskiej podczas okupacji hitlerowskiej w Polsce, Warszawa 2004, S. 22.

[47] Grynberg vermutet, dass beide Transporte ursprünglich in ein Lager auf Reichsgebiet gehen sollten und nach ihrer Abfahrt umgeleitet wurden. GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 94.

[48] MARIA RUTOWSKA, Wysiedlenia Polaków i Żydów z ziem polskich wcielonych do Trzeciej Rzeszy do Generalnego Gubernatorstwa w latach 1939–1941, in: Polska 1939–1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami, hg. v. WŁODZIMIERZ MATERSKI / TOMASZ SZAROTA, Warszawa 2009, S. 114–127, hier S. 121.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Gymnasiums stundenlang festgehalten und geschlagen und schließlich auf Lastkraftwagen verladen worden waren. Den Neuankömmlingen wurde zunächst ein Bad versprochen, was sich schnell als Vorwand für deren Ausraubung erwies. Viele der Gefangenen wurden grausam gefoltert.[49]

Zum Jahreswechsel 1939/40 gingen nun systematisch Transporte mit Juden in den Distrikt Lublin im Generalgouvernement, wo nunmehr ein „Reservat" für die Juden der gesamten Region eingerichtet werden sollte. Nach dem Scheitern dieser Pläne wurde die Umsiedlung von Juden aus den eingegliederten Gebieten, darunter Zichenau, im Frühjahr 1940 eingestellt.[50] Noch im November desselben Jahres wurden die Transporte allerdings wieder aufgenommen und rund 4.000 Juden aus Mlawa in den Distrikt Lublin gebracht. Dort fehlten ihnen jedwede Mittel und Möglichkeiten, um ein neues Leben aufzubauen. Dies galt umso mehr, seit der Generalgouverneur Hans Frank am 13. September 1940 die freie Wohnortwahl für Juden im Generalgouvernement aufgehoben hatte. Die meisten wurden zu Zwangsarbeiten gezwungen[51] und diejenigen, die in Warschau Zuflucht suchen wollten, stießen auf behördlichen Widerstand. So gab der Landrat des Kreises Warschau am 19. September 1940 eine Anordnung heraus, wonach sich Juden in seinem Zuständigkeitsbereich nur dann aufhalten durften, wenn sie länger als sechs Monate dort ansässig waren. Die übrigen mussten unter Androhung hoher Geldstrafen und der Deportation in ein Konzentrationslager das Gebiet verlassen.[52]

Ihre Fortsetzung fanden die Umsiedlungen im ersten Quartal 1941, als binnen zehn Tagen etwa 10.000 nordmasowische Juden von Soldau aus in den Distrikt Radom transportiert wurden. Die Strecke der Deportationszüge, die jeweils etwa 1.000 Personen aufnahmen, führte über Zichenau

---

[49] ZIMNOWSKI, Tak się zaczęło, S. 203 f.; JUSZKIEWICZ, Losy Żydów, S. 66. Im Transport nach Soldau befand sich unter anderen der Rabbi von Mlawa namens Segałowicz: SAKOWSKA, Ludzie, S. 69.

[50] JANINA KIEŁBOŃ, Deportacje Żydów do dystryktu lubelskiego (1939–1943), in: Akcja Reinhardt. Zagłada Żydów w Generalnym Gubernatorstwie, hg. v. DARIUSZ LIBIONKA, Warszawa 2004, S. 161–181, insbes. S. 161–170.

[51] TATIANA BERENSTEIN, Obozy pracy przymusowej dla Żydów w dystrykcie lubelskim, in: BŻIH, 1957, H. 4, S. 3–20, hier S. 5 f.; EDWARD DZIAŁOSZ / JÓZEF MARSZAŁEK, Więzienia i obozy w dystrykcie lubelskim w latach 1939–1944, in: Zeszyty Majdanka 3 (1969), S. 54–129, hier S. 60–65.

[52] ANDRZEJ ŻBIKOWSKI, Żydowscy przesiedleńcy z dystryktu warszawskiego w getcie warszawskim 1939–1942 (z pogranicza opisu i interpretacji), in: Prowincja noc, S. 223–269, hier S. 245, passim.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

(Ciechanów), Nowy Dwór, Warschau und Dęblin nach Radom oder seltener Kielce. Von dort aus wurden die Deportierten auf andere Ortschaften im Distrikt Radom verteilt. Zu ihnen zählten auch die rund 7.000 Bewohner des Ghettos Plock, das der deutsche Stadtpräsident am 15. September 1940 eingerichtet hatte und das am 21. Februar 1941 aufgelöst wurde. Bereits auf dem Weg in das Durchgangslager Soldau starben viele Menschen auf den Lastkraftwagen, mit denen sie transportiert wurden. Nach wenigen Tagen brachten mehrere Eisenbahnzüge die Plocker Juden von Soldau aus in Ghettos im Distrikt Radom.[53]

Auch im Städtchen Bodzanów befand sich ein Ghetto, dessen Insassen am 3. März 1941 auf Lastkraftwagen nach Plonsk und von dort nach Soldau transportiert wurden. Wenig später wurden sie in offenen Güterwaggons in die Ghettos von Tschenstochau (Częstochowa) und Szydłowiec im Generalgouvernement gebracht. Unterwegs starben viele aufgrund des herrschenden Frosts an Auszehrung und Unterkühlung.[54] Die Juden von Wyszogród mussten das Ghetto am 6. März 1941 verlassen. Von Soldau aus wurden sie am 12. März gemeinsam mit den Juden aus Bielsk per Eisenbahn über Kielce nach Nowa Słupia im Distrikt Radom gebracht.[55] Am 7. März verschleppten die Besatzer aus Drobin alle Kranken und Alten, etwa die Hälfte der Ghettobewohner, nach Soldau.[56] Aufgrund des bevorstehenden deutschen Angriffs auf die Sowjetunion unterbrachen die Besatzer die Umsiedlungen im zweiten Quartal 1941.[57]

Die körperliche Verfassung der nach Radom ausgesiedelten Juden war in der Regel sehr schlecht. Abram Nagiel, Mitglied des Judenrats in Plock, berichtete, wie er die Ankunft eines Transports von Juden aus seiner Heimatstadt in Suchedniów bei Kielce miterlebte:

> „Als der Zug am Bahnsteig einrollte und ich die „Passagiere" dieses Gespensterzugs erblickte, wurde mir schwindlig [...] Männer, Frauen und Alte, sie alle glichen kaum noch Menschen. Zerrissene Kleider, verbundene Köpfe, gebro-

[53] PRZEDPEŁSKI, Zagłada Żydów, S. 867–875.

[54] Bodzanów, moje rodzinne miasteczko, aus dem Jiddischen übers. v. SARA ARM, eingeleitet u. bearb. v. ZDZISŁAW LESZCZYŃSKI, Bodzanów / Płock 2010, S. 25 f.; GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 73.

[55] ZDZISŁAW LESZCZYŃSKI, Losy Żydów z ziemi wyszogrodzkiej w latach 1939–1945, in: Nasze Korzenie, 2012, H. 3, S. 55–59, hier S. 58.

[56] Das Ghetto Drobin wurde erst 1942 endgültig aufgelöst, seine Bewohner nach Strzegom gebracht und schließlich in Auschwitz-Birkenau ermordet. SZCZEPAŃSKI, Społeczność, S. 420.

[57] Ebd.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

chene Arme und Beine. Diese ganze Menschenmasse machte einen schauderhaften Eindruck."[58]

Im Distrikt Radom wurden die umgesiedelten Juden zu Zwangsarbeiten in den zahlreichen Industriebetrieben herangezogen.[59]

Als die Nationalsozialisten ab 1942 daran gingen, alle Juden im Generalgouvernement zu töten, wurden die meisten der wenige Monate zuvor aus dem Regierungsbezirk Zichenau deportierten Juden im Rahmen der Aktion „Reinhardt" in Vernichtungslager gebracht und in den Gaskammern ermordet.[60]

Ghettos

Jene Juden, die von den Deportationen in die Distrikte Lublin und Radom nicht betroffen waren, mussten weiterhin in den Ghettos leben, die im Regierungsbezirk seit September 1940 errichtet worden waren. Die Konzentration der jüdischen Bevölkerung in vorgeschriebenen Bezirken erleichterte den Besatzern nicht nur die Deportation und Ermordung der Ghettobewohner, sondern ermöglichte auch einen direkten Zugriff auf deren Arbeitskraft, die im Rahmen von Zwangsarbeit im großen Stil ausgebeutet wurde.[61]

Die Entstehung und der Charakter der jeweiligen Ghettos wurden von den örtlichen Gegebenheiten mitbestimmt. In einigen Orten wurden bereits kurz nach der Vertreibung der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Ghettos eingerichtet, in anderen wiederum erst kurz vor der endgültigen Deportation aller Juden im Regierungsbezirk. Im September 1940 entstanden die Ghettos in Plock und Plonsk, im Monat darauf in Ziche-

---

[58] Zitiert nach: GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 102.

[59] JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Organizacja i realizacja „akcji Reinhardt" w dystrykcie radomskim, in: Akcja Reinhardt, S. 182–202, insbes. S. 196–202.

[60] DIETER POHL, Znaczenie dystryktu lubelskiego w „ostatecznym rozwiązaniu kwestii żydowskiej", in: Akcja Reinhardt, S. 39–53; ADAM RUTKOWSKI, Martyrologia, walka i Zagłada ludności żydowskiej w dystrykcie radomskim podczas okupacji hitlerowskiej, in: BŻIH, 1955, H. 3/4, S. 75–182, insbes. S. 108 f.; PRZEDPEŁSKI, Żydzi płoccy, S. 87 –97.

[61] CZESŁAW MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. 1, Warszawa 1970, S. 281; MARIAN FUKS, Z dziejów wielkiej katastrofy narodu żydowskiego, Poznań 1999, S. 49; JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Regierungsbezirk Zichenau. Peripherie ohne Ghettoarbeit? in: Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, hg. v. JÜRGEN HENSEL / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2013, S. 195–208.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nau und im Dezember in Mlawa und Makow. Anfang 1941 folgte Nowy Dwór und im November des gleichen Jahres Nowe Miasto und Strzegowo. Die Ghettos wurden in der Regel mit einem Holzzaun, der oben mit Stacheldraht versehen war, abgegrenzt. Für die Bewohner galt auch hier die Tragepflicht einer Armbinde mit Davidstern. Gemeinsame Gebete waren verboten, ebenso wie das Recht auf Eheschließung. Diese Entwicklung rief bei den Juden Angst hervor, aber auch gewisse Hoffnungen, dass man in den Ghettos bis zur Niederlage Deutschlands überdauern würde. Diese falschen Hoffnungen mochten durch den Umstand befeuert worden sein, dass es anfangs noch möglich war, die Ghettos zu verlassen und sich in den umliegenden Dörfern mit Lebensmitteln zu versorgen. Bald wurde aber das Verlassen des Ghettos, wie auch die Beihilfe dazu durch Polen, mit Todesstrafe belegt.[62]

Die größten Ghettos lagen in Plock und Plonsk. Im Dezember 1940 lebten in ersterem 7.600 Vorkriegsbürger der Stadt sowie 3.000 jüdische Flüchtlinge aus Sierpc, Rypin, Raciąż, Dobrin an der Weichsel (Dobrzyn nad Wisłą) und Mlawa.[63] In Plonsk, wo vor dem Krieg rund 6.000 Juden gelebt hatten, mussten nunmehr 12.000 Menschen im Ghetto unterkommen, nachdem man Juden aus mehreren Orten der Kreise Plonsk, Zichenau, Schirps (Sierpc) und sogar aus Rypin und Lipno aus dem Warthegau hierher gebracht hatte. Hinzu kamen diejenigen, denen es gelungen war, von einem der Transporte in die Vernichtungslager zu fliehen.[64] Die Verdichtung der Bevölkerung in den Ghettos des Regierungsbezirks war somit enorm; oft teilten sich mehrere Familien eine Wohnung. Die sanitären Bedingungen waren sehr schlecht, und die Menschen litten unter Hunger. Mit jeder Ankunft neuer Bewohner aus den umliegenden Ghettos wurde die Situation schwieriger. Die Lebensmittelzuteilungen an die Ghettobewohner von 150 bis 250 Gramm Brot und etwas Rübenmarmelade reichten nicht zum Leben aus. Die geschilderten Lebensbedingungen führten zu zahlreichen Erkrankungen in den Ghettos und zu einer Typhusepidemie.

In allen erwähnten Orten waren Judenräte tätig. Oft gehörten diesem Gremium bekannte Persönlichkeiten an, die über eine große Autorität bei der jüdischen Bevölkerung verfügten. Sie versuchten Hilfe für die eingeschlossenen Menschen zu organisieren, etwa durch Kontakte mit der

---

[62] MICHAŁ GRYNBERG, Getta w rejencji ciechanowskiej, in: BŻIH, 1980, H. 4, S. 57–78.

[63] PRZEDPEŁSKI, Żydzi płoccy, S. 51.

[64] Yad Vashem, O.3/1605; GRYNBERG, Getta, S. 74.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zentrale des Joint Distribution Committee.[65] Als im Ghetto Plonsk eine Typhusepidemie ausbrach, erwirkte der Vorsitzende des Judenrats, Jakub Ramek, bei den Besatzern die Erlaubnis, aus Warschau einen deutschen Arzt heranzuziehen. Im Ghetto entstand ein Krankenhaus, ein Bad für Kranke und eine Apotheke, die auch benachbarte Ghettos mit Medikamenten versorgte. Außerdem entstand eine Volksküche, die einmal täglich einfache Mahlzeiten ausgab.[66]

Eine besondere Entwicklung nahm das im Oktober 1940 eingerichtete Ghetto in Zichenau. Die Stadt sollte ein typisch preußisches Gesicht erhalten, auch hinsichtlich ihrer Architektur. Dafür wurden die Wohnhäuser der Juden im Zentrum abgerissen. Bei den Erd- und Bauarbeiten wurden lokale Juden eingesetzt. Sie starben massenhaft an Unterernährung und aufgrund der schweren Arbeit.[67] Trotz aller Bemühungen des Judenrats und seines Vorsitzenden Bencjon Erlich herrschte Hunger im Ghetto. Sie konnten lediglich Lebensmittelrationen in Höhe von täglich 500 Gramm Brot pro Person und einmal wöchentlich 100 Gramm Fleisch ausgeben. Diejenigen Juden, die sich nicht auf dem Schwarzmarkt mit Lebensmitteln versorgen konnten, starben an Hunger.[68]

Das einzige Ghetto für die Kreise Makow und Pultusk entstand Ende 1940 in Makow. Sein gesamtes Gebiet wurde durch einen vier Meter hohen Holzzaun eingegrenzt, der oben mit Stacheldraht versehen war.[69] Das Ghetto durchliefen insgesamt etwa 12.000 Personen. Am 1. Oktober 1940 lebten hier 5.800 Menschen, darunter etwa 2.000 Flüchtlinge aus anderen Städten. Als am 8. Dezember 1941 Juden aus Chorzellen, Praschnitz (Przasnysz) und Mlawa hinzukamen, verschlechterten sich die Wohnbedingungen und hygienischen Zustände weiter.[70] Im Gegensatz zu einigen anderen Ghettos im Regierungsbezirk gelang es dem hiesigen Judenrat Abraham Gurfinkiel (Garfinkiel), eine religiöse Schule für Kin-

[65] DERS., Żydzi w rejencji, S. 62–64.

[66] Yad Vashem, O.3/1605, Bl. 6; GRABOWSKI, Polityka, S. 63.

[67] Zitiert nach: DARIUSZ PIOTROWICZ, Zagłada Żydów ciechanowskich, in: Rocznik Mazowiecki 12 (2000), S. 81–89, hier S. 86 f.

[68] Robert Bartołd erinnerte sich an die Bewohner des Zichenauer Ghettos wie folgt: „eingefallene Gesichter, erdfarbener Teint, gebeugte Rücken, kaputte Kleider". Benjamin Ap[f]el schrieb in seinen Erinnerungen „das jüdische Viertel sah aus wie ein Friedhof mit lebenden Toten". Zitiert nach: Ebd.

[69] GRYNBERG, Getta, S. 66; Makow Mazowiecki, in: Pinkas, S. 267; Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945. Informator encyklopedyczny, hg. v. CZESŁAW PILICHOWSKI, Warszawa 1979, S. 312.

[70] AŻIH, 210/480, S. 18; Makow Mazowiecki, in: Pinkas, S. 267.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der und ein Hilfskomitee zu gründen. Von dessen Fürsorge profitierten anfangs über 1.200 Menschen, darunter viele Umsiedler. Jeden Monat verteilte das Komitee 3.000 kg Brot. Im Laufe der Zeit konnten nur noch an 100 Personen eine heiße Mahlzeit und an 200 Kinder ein Frühstück, bestehend aus Brot und Milch, verteilt werden, bei einer Anzahl von 800 Bedürftigen.[71]

Um die Ghettobewohner zusätzlich zu terrorisieren, setzten die Besatzer sie ständigen Repressionen aus. Die SS-Männer drangen regelmäßig in Wohnungen ein, misshandelten und ermordeten die Bewohner und raubten deren Eigentum.[72] Exekutionen gehörten beispielsweise im Ghetto von Zichenau zum Alltag. Am 3. November 1941 forderte der örtliche Kommandant der Schutzpolizei, Meinert, während einer solchen Hinrichtung einen Juden namens Kleinitz auf, seinen eigenen Vater aufzuhängen. Als sich dieser weigerte, drohte Meinert, dass die ganze Familie und noch weitere Juden sterben würden. Der Vater flehte seinen Sohn an, die Forderung Meinerts zu erfüllen, um weitere Opfer zu vermeiden.[73] Der wohl schlimmste Folterknecht der Juden in Makow war der Ghettokommandant Steinmetz. Er ließ allen Jüdinnen die Haare scheren, eine Maßnahme, die in anderen Ghettos nicht vorgenommen wurde. Auf der Straße ermordete er willkürlich vorbeikommende Ghettobewohner und ordnete zahlreiche Exekutionen und Massenmorde an den Juden an.[74]

Derlei Grausamkeiten ereigneten sich in allen Ghettos des Regierungsbezirks. In Plock brachten die Deutschen am 28. Februar 1941 insgesamt 25 Juden in den Vorort Imielnica und erschossen sie; die Mitglieder des Judenrats wurden gezwungen, als Zeugen anwesend zu sein.[75] In Mlawa, wo Juden aus Szreńsk, Drobin, Radzanów, Makow, Praschnitz, Zieluń, Kuczbork, Bieżuń, Rypin und Lipno ins Ghetto gepfercht wurden, lebten 5.000 bis 6.000 Menschen.[76]

Hinrichtungen waren auch hier ein alltägliches Bild. Beispielsweise ordneten die Besatzungsbehörden am 17. Juni 1942 die Erschießung von 50 Menschen an, weil sich die jüdische Bevölkerung „unverschämt und

[71] AŻIH, 210/480, S. 18; Makow Mazowiecki, in: Pinkas, S. 266.

[72] GRYNBERG, Getta, S. 73. Anlässlich des Führergeburtstages 1940 ritzten deutsche Gendarmen Juden, die sie bei der Arbeit beaufsichtigten, mit Rasierklingen Davidsterne in Hände, Rücken und Brüste.

[73] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 53.

[74] AŻIH, 337/E, Sign. 135, Bl. 117 f.; Makow Mazowiecki, in: Pinkas, S. 267.

[75] AŻIH, 337/E, Sign. 138, Bl. 46 f.

[76] GRYNBERG, Getta, S. 68.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

provokativ" verhalten habe.[77] Auch Frauen gerieten ins Visier der Täter. Ein Überlebender des Ghettos Mlawa berichtete nach dem Krieg über eine von der SS organisierte Massenvergewaltigung. Dabei mussten sich die jungen Mädchen vor der versammelten jüdischen Gemeinde ausziehen und wurden anschließend von den SS-Leuten missbraucht. Ein junger Mann namens Pużycki, dessen Schwester von einem SS-Mann bedrängt wurde, schlug diesen mit der Faust ins Gesicht. Die Deutschen befahlen Pużycki, sich auf den Boden zu legen, überfuhren ihn mit einem LKW und verbrannten ihn.[78] Die Judenräte verfügten über keine Möglichkeit, sich der deutschen Vernichtungspolitik entgegenzustellen. Dies verdeutlicht das Schicksal von Eliezer Perlmuter, dem Vorsitzenden des Judenrats in Mlawa, der im Frühjahr 1941 für 100 illegal im Ghetto lebende Juden Dokumente beschaffte, dann verhaftet und bei einem Verhör umgebracht wurde.[79]

Die Auflösung der Ghettos und die Deportationen in die Vernichtungslager

Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung wurde systematisch und in Etappen durchgeführt. Nachdem sie in den größeren Städten konzentriert und in den dortigen Ghettos eingeschlossen worden war, fiel bald die Entscheidung, diese aufzulösen. Die Liquidierung der Ghettos im Regierungsbezirk begann im ersten Quartal 1941 im Kreis Plock mit der geschilderten Umsiedlung der Juden aus Plock, Bodzanów und Wyszogród in das Generalgouvernement. Das Ghetto in der Hauptstadt des Regierungsbezirks wurde am 7. November 1942 aufgelöst. Dabei ermordeten die Deutschen unter Führung des Kommandanten der Schutzpolizei Meinert alle Alten, Bettlägerigen und Kranken. Die übrigen Menschen, etwa 1500 Personen, wurden nach Auschwitz-Birkenau gebracht. Ebenfalls im November 1942 wurde das Getto Plonsk liquidiert und alle seine Bewohner einschließlich des Vorsitzenden des Judenrats, Jakub Ramek, nach Auschwitz-Birkenau verschleppt.[80]

---

[77] Ebd., S. 69.

[78] AŻIH, 301/23, Bl. 4.

[79] AŻIH, 337/E, Sign. 132, Bl. 26.

[80] GRYNBERG, Getta, S. 74; Archiwum Ringelbluma, Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy, Bd. 1: Listy o Zagładzie, bearb. v. RUTA SAKOWSKA, Warszawa 1997, S. 316–330.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ähnlich war das Schicksal der Juden in Mlawa, wo am 10. November 1942 ein Transport von Arbeitsunfähigen nach Treblinka abging. Weitere Transporte folgten am 13. und 17. November, bei denen etwa 7.000 Juden (darunter 5.000 aus Makow und 1.000 aus Strzegów) nach Auschwitz geschickt wurden. Der letzte Transport von Juden aus Mlawa nach Auschwitz fand am 10. Dezember 1942 statt.[81] Das Ghetto in Makow wurde Anfang November abgeriegelt, nachdem zuvor sämtliche Juden aus den umliegenden Arbeitslagern hierhergebracht worden waren. Am 14. November wurde den Juden bekanntgegeben, dass alle Arbeitsfähigen in das Konzentrationslager Auschwitz, ihre Ehefrauen und Kinder bis 16 Jahren in das Lager Małkinia gebracht würden. Bei dieser Gelegenheit nahmen der Kommandant des Ghettos und die jüdische Polizei den Bewohnern das letzte Bargeld ab.[82] Am 18. November 1942 wurde das Ghetto liquidiert. Einigen gelang die Flucht aus der Stadt. Sie versuchten sich bei polnischen Bekannten zu verstecken, doch wurden viele von den Gendarmen aufgespürt und ermordet. Die übrigen 5.500 Juden wurden unter furchtbaren Schlägen auf einige Hundert Fuhrwerke, die in den umliegenden Dörfern beschlagnahmt worden waren, verladen und in das bereits geräumte Ghetto Mlawa gebracht. Von dort aus wurden sie bis Ende 1942 in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert.[83]

Das letzte Ghetto im Regierungsbezirk Zichenau wurde in Nowy Dwór aufgelöst. Es hatte in der zweiten Jahreshälfte als Sammelpunkt für Juden aus Czerwińsk, Wyszogród, Zakroczym und weiteren kleineren Ortschaften vor deren Deportation in die Vernichtungslager gedient.[84] Der Liquidierung vorangegangen war die Beschlagnahme des Geldes und aller Wertgegenstände der Ghettobewohner. Zur Umsetzung dieses Raubs wurde der vierköpfige Judenrat gezwungen, dem der Galgen angedroht wurde. Am 20. November 1942 verließ der erste Transport mit etwa 2.000 Personen, die als arbeitsunfähig galten, die Stadt. Der zweite und letzte, etwa gleich große Transport nach Auschwitz erfolgte am 12. Dezember 1942.[85] Die Mitglieder des Judenrats und ihre Familien, insgesamt

[81] SZCZEPAŃSKI, Społeczność, S. 432–435.

[82] Makow Mazowiecki, in: Pinkas, S. 267; LEJB, Rękopis, S. 20.

[83] SZCZEPAŃSKI, Społeczność, S. 435; LEJB, Rękopis, S. 43–46. Die gesamte Aktion, bei der über 100 Juden aus Makow getötet wurden, fand in Anwesenheit von Gauleiter Erich Koch statt.

[84] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 60. Am 28. Oktober 1942 kam ins Ghetto Nowy Dwór ein Deportationszug, der etwa 2.600 Juden aus Czerwińsk zählte.

[85] Ebd.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

42 Personen, wurden in das Ghetto Warschau umgesiedelt.[86] Auf diese Weise wurde die Mehrzahl der Juden aus Nordmasowien in die Vernichtungslager in Auschwitz-Birkenau und Treblinka deportiert. Viele starben aufgrund der furchtbaren Bedingungen bereits auf ihrem Transport dorthin. Nach der Ankunft in Auschwitz-Birkenau erfolgte unverzüglich eine Selektion. Von dem erwähnten Deportationszug aus Zichenau vom 7. November wählten die Deutschen 900 Häftlinge, darunter 300 Frauen, zur Arbeit aus und ermordeten die übrigen unmittelbar danach.[87]

Ganz ähnlich verlief die Ankunft eines Zugs mit Juden aus Makow am 6. Dezember 1942: Mehr als 1.500 Menschen, darunter Frauen und Kinder, wurden als arbeitsunfähig eingeschätzt und in die Gaskammern geschickt. Über 400 Männer ließ man am Leben, um ihre Arbeitskraft auszunutzen. Szlomo Rayczyk beschrieb die immer kleiner werdende Anzahl von Juden aus seiner Heimatstadt Makow später mit dem Satz „Von Hunderten Menschen blieben einige Dutzend, und von diesen kaum ein paar übrig."[88]

Einige Hundert junge Juden aus Masowien wurden in Auschwitz-Birkenau dem Sonderkommando zugeteilt, das mit der Entfernung der Leichname aus den Gaskammern und deren Verbrennung beschäftigt war. Viele Häftlinge des Sonderkommandos versuchten Neuankömmlingen aus ihren Heimatstädten im Todeslager zu helfen.[89] Eine Gruppe Juden aus dem Regierungsbezirk kooperierte mit der Untergrundbewegung im Lager, die einen bewaffneten Aufstand vorbereitete. Unter ihnen befand sich Lejb Langfus, ein Lehrer aus Maków Mazowiecki, der sich bereits im Ghetto seiner Heimatstadt zum Widerstand entschlossen hatte. Einen großen Anteil an der Vorbereitung des Aufstands hatte die 23-jährige Róża Robota aus Ciechanów, die Kontakte mit jungen Jüdinnen aufnahm, welche in der Union-Fabrik für Sprengmaterial arbeiteten.[90] Der Aufstand des Sonderkommandos mit etwa 600 Teilnehmern brach am 7. Oktober 1944 los. Einige Gestapoleute wurden getötet und ein Kremato-

[86] GRYNBERG, Getta, S. 71.

[87] Ebd., S. 125.

[88] SZLOMO RAYCZYK, Czas zagłady, in: Express Makowski, 1992, H. 2, S. 3–5, hier S. 3.

[89] Die Mitglieder des Sonderkommandos tauschten Zahn- und Münzgold gegen Brot, Zigaretten und Alkohol ein. Ebd., S. 5.

[90] Ebd. Lejb Langfus schrieb die Geschichte der Juden von Makow unter deutscher Herrschaft in seinen Erinnerungen „Der Gerusz" (Die Aussiedlung) nieder. SZCZEPAŃSKI, Społeczność, S. 459–461.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rium gesprengt. Die Rebellion wurde niedergeschlagen und die meisten Teilnehmer umgebracht. Róża Robota wurde mit drei Freundinnen zum Tode verurteilt und am 5. Januar 1945 nach monatelanger Folter auf dem Appellplatz erhängt.[91] Einige Juden aus Plock, Nowy Dwór und Wyszków nahmen auch an der Vorbereitung und Durchführung des Aufstands von Treblinka am 2. August 1943 teil.[92]

Das Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerung

Nach der Auflösung der Ghettos und der Deportation ihrer Bewohner in die Vernichtungslager begann die letzte Phase der nationalsozialistischen „Endlösung der Judenfrage" im Regierungsbezirk Zichenau. Das Aufspüren und die Tötung von Juden, die den Deportationen entgangen waren, gehörte seit dem späten Herbst 1942 bis zum Ende der Besatzung Mitte Januar 1945 zu den wichtigsten Aufgaben der lokalen deutschen Besatzungsbehörden. In der neueren Forschung wird dafür der Begriff „Judenjagd" verwendet.[93] Die Überlebensmöglichkeit jener Juden, die sich vor dem Zugriff der Deutschen versteckten, war vom Verhalten der polnischen Bevölkerung abhängig. Dieses Thema führte und führt immer wieder zu zahlreichen Kontroversen und Polemiken. Wie es scheint, hat sich bei vielen Forschern die einseitige Meinung verfestigt, dass „in der polnischen Gesellschaft die Rettung von Juden auf keine allgemeine Akzeptanz stieß", was die Überlebenschancen für Juden enorm verringerte.[94] Die Besatzungswirklichkeit war indes vielschichtig und die Bandbreite des Verhaltens der Bevölkerung groß.

In der Tat enthalten die meisten Zeugnisse von jüdischen Überlebenden aus Masowien Informationen darüber, dass die nichtjüdische polnische Bevölkerung dem Schicksal der Juden gleichgültig oder sogar mit einer gewissen Genugtuung begegnete. Die Umsiedlung in die Ghettos und die Deportationen wurden mitunter durch Lachen, Spott und sogar Freudenbekundungen von so manchem erbitterten Antisemiten begleitet. Viele nahmen auch am Raub des zurückgelassenen Eigentums der Juden

[91] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 156; JÓZEF GARLIŃSKI, Oświęcim walczący, Warszawa 1992, S. 221–223; JUSZKIEWICZ, Losy Żydów, S. 133 f.

[92] PRZEDPEŁSKI, Żydzi płoccy, S. 122–128; SZCZEPAŃSKI, Społeczność, S. 461 f.

[93] GRABOWSKI, Polityka, S. 67 f.

[94] Ebd., S. 67.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

teil oder übernahmen deren verlassene Wohnungen.[95] Zahlreiche Beispiele zeugen aber ebenso davon, dass sich etliche Polen aus dem Regierungsbezirk Zichenau dafür entschieden, den verfolgten Juden Hilfe zu leisten und damit ihr und das Leben ihrer Familien aufs Spiel zu setzen. Die Bandbreite des Verhaltens der nichtjüdischen Polen hat beispielsweise der Historiker Michał Grynberg aufgezeigt:

> „Während der Aussiedlung der Juden (Dezember 1939) aus Nasielsk teilte sich die Einwohnerschaft, die diesen tragischen Zug beobachtete, in jene, die ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten und jene, die sich dem Menschenzug unter hohem persönlichem Risiko näherten, um Bekannten Brot und Geld auf den Weg mitzugeben."[96]

Die Überlebensmöglichkeiten waren für akkulturierte Juden, die vor dem Krieg Kontakte zu Nichtjuden pflegten, am größten. Diese verfügten über Kontakte zu Nichtjuden außerhalb der Ghettos, und viele Polen unterstützen jene, die sie als Nachbarn, Kollegen oder aus freundschaftlicher Verbundenheit kannten.[97] Allein für die Stadt Mlawa lassen sich mehrere Beispiele anführen. Der dortige vormalige Gefängnisdirektor Ignacy Nowicki, Mitglied der Nationalen Streitkräfte (*Narodowe Siły Zbrojne*, NSZ), versteckte mehrmals Juden in seiner Familie. Jerzy Piotr Śliwczyński ermöglichte mehreren Juden die Flucht aus dem Ghetto. Artur Pieńkiewicz, der vor dem Krieg die örtliche Bank geleitet hatte, bezahlte seine Hilfe für Juden mit dem Leben.[98] An der Rettung von Juden beteiligte sich auch die örtliche Zelle der Heimatarmee (*Armia Krajowa*, AK), etwa in Person des AK-Ortskommandanten und Arztes Dr. Michał Łojewski und seines Berufskollegen Dr. Adrian Laskowski.

In anderen Städten finden sich ebenfalls zahlreiche Beispiele für ein ähnliches Verhalten. Einige Juden aus Pultusk erfuhren die Hilfe von zwei Frauen aus der Stadt, die mittlerweile in Warschau wohnten: Helena

---

[95] Yad Vashem, O.3/2022; O.3/1571, Abraham Blotnik, Bl. 1–11; AŻIH, ARG, I.928, S. 1; AŻIH, 301/23, Bl. 10; GOŁOTA, Losy Żydów, S. 25 f.

[96] GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 134.

[97] JAN PRZEDPEŁSKI, Żydzi w Płocku podczas okupacji (do czasu wysiedlenia), in: Notatki Płockie 36 (1991), 2, S. 32–39, hier S. 36.

[98] JUSZKIEWICZ, Losy Żydów, S. 117–119, 127 f.; MICHAŁ GRYNBERG, Księga Sprawiedliwych, Warszawa 1993, S. 558–564. Dank Jerzy Piotr Śliwczyński überlebten zwei seiner Schulfreundinnen und -freunde, Ella Perkel (geb. Złotnik) aus Mlawa, Celina Czech (geb. Pieck) aus Soldau, zudem eine Bewohnerin von Mlawa namens Bieżuńska, Jakub Kleniec mit Ehegattin und Tocher Ruta sowie Józef Makowski mit Ehegattin Gucia und Tochter.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Szmidt versteckte Maria Wagner, während Zofia Myczko, Sekretärin des Bauamts, viele Juden rettete, indem sie ihnen falsche Dokumente ausstellte.[99] Als am 1. August 1944 der Warschauer Aufstand begann, organisierte Szmidt eine Unterkunft in einem Dorf bei Wołomin. Der Kaufmann Jan Zembrzuski und der Kommunist Mieczysław Jastrzębski schmuggelten unabhängig voneinander Lebensmittel für Juden aus Praschnitz, die sich im Ghetto von Makow befanden. Viele Einwohner von Makow, wie die an der Ghettogrenze lebende Familie Wolski, beteiligten sich an Lebensmittelhilfen.[100] Manche Bäcker bezahlten ihre Hilfe mit dem Leben. Tadeusz Ostrowski, ein Vertreter dieses Handwerks aus Plonsk, wurde erschossen, weil er Juden Mehl in das örtliche Ghetto geliefert hatte.

Eine weitere Bevölkerungsgruppe, aus der zahlreiche Menschen Juden unterstützten, war der katholische Klerus. Einige Gemeindepfarrer bestärkten die Gläubigen darin, den verfolgten Juden Hilfe zuteilwerden zu lassen. Nicht wenige Geistliche gewährten Juden in Pfarrhäusern Unterschlupf, so etwa der Pfarrer und Kanoniker Kamiński im Pfarrhaus von Czernice Borowy in der Diözese Plock. Mit seinem Leben bezahlte der Gemeindepfarrer von Nowy Dwór, der das 10-jährige Mädchen Jehudis Przenica versteckte und ihm eine Geburtsurkunde auf den Namen Krystyna Pawłowska ausstellte. Aufgrund einer Anzeige erschienen deutsche Gendarmen im Pfarrhaus und ermordeten Kamiński, als dieser abstritt, ein jüdisches Kind versteckt zu haben.[101]

Auch viele andere Priester stellten Juden Urkunden aus, entweder Dokumente bereits gestorbener Gemeindeglieder oder gefälschte Geburtsurkunden und Taufscheine. Dr. Dudziński war ein Pfarrer, der aus Mlawa stammte und in Warschau zu einem „Spezialisten" in diesen Fragen wurde und neben Geburtsurkunden auch Trauscheine und Unterlagen zum

[99] JUSZKIEWICZ, Losy Żydów, S. 120 f. Die bekannte, damals in Mlawa lebende Schriftstellerin Helena Rudnicka und ihre Schwester halfen nach ihrer Flucht aus dem Ghetto bei der Flucht der Familie des Anwalts Jerzy Henryk Heryng nach Warschau. SZCZEPAŃSKI, Dzieje społeczności, S. 161.

[100] Ebd., S. 490. Antonina Kobylińska wurde für die Versorgung von Bekannten im Ghetto mit Lebensmitteln in ein Konzentrationslager geschickt, aus dem sie nicht zurückkehrte. GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 135.

[101] Ebd., S. 132; TATIANA BERENSTEIN / ADAM RUTKOWSKI, Pomoc Żydom w Polsce 1939–1945, Warszawa 1963, S. 46; WACŁAW BIELAWSKI, Zbrodnie na Polakach dokonane przez hitlerowców za pomoc udzielaną Żydom, Warszawa 1987, S. 28; SZCZEPAŃSKI, Społeczność, S. 491.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beantragen von Kennkarten ausstellte.[102] In der Gemeinde Mlawa-Wólka organisierte Pfarrer Ignacy Krajewski, der vor dem Krieg scharf gegen die angebliche „Judenkommune" gehetzt hatte, Lebensmittel für jene Juden, die von den Deutschen zum Abriss seiner Pfarrkirche gezwungen worden waren. Der Geistliche hatte vor dem Krieg den Bau selbst über viele Jahre vorangetrieben. Am Tag ihrer Deportation segnete er die Juden von Mlawa und betete für sie.[103] Eine nicht geringe Anzahl von Juden, vor allem Frauen und Kinder, fanden in Klöstern Unterschlupf. In der Schwesternkongregation der Familie Marias (*Zgromadzenie Sióstr Rodziny Marii*) wurden jüdische Mädchen als polnische Schwestern getarnt. Sie wuchsen gemeinsam mit polnischen Kindern auf. Einige Nonnen bezahlten ihr Engagement für jüdische Kinder mit dem Leben.[104]

Über das Verhalten der Landbevölkerung während des Holocaust werden heute kontroverse Diskurse geführt. Ähnlich wie im Fall der Stadtbewohner wird auf deren Beteiligung am Raub jüdischen Eigentums verwiesen.[105] Auch hier gilt, dass es neben eindeutig zu verurteilenden Handlungen auch Verhaltensweisen gab, die sich nicht einfach in ein Schwarz-Weiß-Schema einpassen lassen. Die Menschen auf dem Land fürchteten sich vor häufigen Razzien und Strafexpeditionen der deutschen Gendarmerie, bei denen Zahlungsrückstände der Bauern gewaltsam eingetrieben wurden. Aus Angst um ihr eigenes Leben übergaben viele Familien, die jüdische Flüchtlinge zunächst versteckten, diese schließlich den Deutschen. Dies geschah besonders dann, wenn die Dorfgemeinschaft oder der Dorfschulze von verborgenen Juden erfuhr. Fremde fielen im dörflichen Umfeld sofort auf und waren ein allzu leichtes Ziel für Denunzianten.[106] Hinzu kam, dass die Nationalsozialisten die Dorfschulzen dazu verpflichtet hatten, am Aufspüren der versteckten Juden aktiv mitzuwirken.[107]

---

[102] JUSZKIEWICZ, Losy Żydów, S. 119 f.

[103] Ebd., S 129 f. Auch andere Geistliche aus Mlawa wie Władysław Maron, Władysław Celmerowski, Tadeusz Trzciński oder Leonard Perkowski erteilten Juden Hilfe.

[104] TERESA PREKEROWA, Konspiracyjna Rada Pomocy Żydom w Warszawie 1942–1945, Warszawa 1982, S. 192–217; BIELAWSKI, Zbrodnie, S. 53, 80.

[105] DARIUSZ LIBIONKA, Zagłada na wsi w optyce polskiej konspiracji 1942–1945, in: Zarys krajobrazu. Wieś polska wobec zagłady Żydów 1942–1945, hg. v. BARBARA ENGELKING / JAN GRABOWSKI, Warszawa 2011, S. 57–138, hier S. 73 f.

[106] BERENSTEIN / RUTKOWSKI, Pomoc Żydom, S. 45.

[107] BARBARA ENGELKING, „Po zamordowaniu udaliśmy się do domu." Wydawanie i mordowanie Żydów na wsi polskiej w latach 1942–1945, in: Zarys krajobrazu, S. 259–312, hier S. 265.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ein gutes Beispiel für diese unübersichtliche Wirklichkeit, die sich einer klaren Bewertung nach heutigen Maßstäben zu entziehen scheint, ist das Schicksal von Józef Mławski und seiner Familie mit vier erwachsenen Kindern. Bis 1939 hatten die Mławskis in Mierzeniec in der Gemeinde Kozłowo im Kreis Pultusk einen mittelgroßen Bauernhof betrieben und waren 1941 von den Deutschen gezwungen worden, in das Ghetto von Makow umzusiedeln. Von dort aus flohen sie im Herbst 1942 vor der Deportation und versuchten sich in der Nähe ihres Heimatdorfes zu verbergen. Mit Hilfe eines Nachbarn überdauerte die Familie hier mehrere Monate. Im Mai 1943 wurde Józef Mławski von einem anderen Bauern im Streit erschlagen. Der Gestapo gegenüber gab dieser an, Mławski habe ihm gedroht, den Hof abzubrennen, sollte er keine Unterstützung in Form von Lebensmitteln und Kleidung erhalten. Allerdings organisierte die Gestapo nicht sofort, sondern erst im Oktober 1943 eine Razzia, als sie vom Dorfschulzen auf die Existenz der mittlerweile vaterlosen Familie aufmerksam gemacht wurde. Dabei wurden alle Familienmitglieder bis auf die Kinder Jan und Basia, die sich bei Polen verstecken konnten, verhaftet und nach Auschwitz deportiert, wo Mławskis Ehefrau Ruchla sowie die Kinder Hanka und Abraham ermordet wurden. Dieses Schicksal teilte auch Stanisława Olewnik, eine alleinerziehende Landarbeiterin, die Henia, einer weiteren Tochter der Mławskis geholfen hatte. Den Krieg überlebten neben Henia auch Jan und Basia.[108]

Das Verstecken von Juden stellte mithin besonders für die Dorfbevölkerung ein enormes Risiko dar. Viele hielt die Angst vor den deutschen Behörden davon ab, Juden Hilfe zu leisten. Es bestand auch die Gefahr, dass Juden, die den Deutschen in die Hände fielen, Informationen über ihre Helfer preisgaben und damit deren Verhaftung ermöglichten. Die polnische Untergrundpresse berichtete von derlei Fällen.[109] Dennoch nahmen Landbewohner dieses Risiko immer wieder auf sich, wie auch der aus Sierpc stammende Leon Gągola in seinen Erinnerungen unterstreicht:

> „Und wieder halfen mir Polen. Zuerst ein Warschauer in grauer Kleidung, danach ein Bewohner des Narewgebiets, anschließend Menschen aus der Gegend von Legionowo, Plonsk, Mlawa. [...] Obwohl die Deutschen in

[108] BOHDAN PIĘTKA, Historia Stanisławy Olewnik i rodziny Mławskich, in: Tygodnik Ciechanowski, 2011, H. 19, S. 15 f. Stanisława Olewnik wurde in Auschwitz ermordet und 2005 mit dem Titel „Gerechte unter den Völkern" geehrt. Vgl. auch die Darstellung von GRABOWSKI, Polityka, S. 67 f.

[109] ENGELKING, „Po zamordowaniu", S. 120; KRZYSZTOF PERSAK, Wstęp, in: Zarys krajobrazu. S. 7–30, hier S. 17.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

keinem besetzten Land außer Polen die Todesstrafe [für das Verstecken von Juden – Anm. d. Ü.] anwendeten, gewährten Polen mir Unterschlupf, ernährten mich."[110]

Wie in den Städten galt, dass jene Juden, die vor dem Krieg Kontakte auf dem Land gepflegt hatten und die topografischen Gegebenheiten gut kannten, dort einfacher Unterschlupf fanden. Es handelte sich dabei vornehmlich um Milchverkäufer, Dorfhandwerker, Krämer usw. Sie wurden oft in Verstecken unter den Dächern und in den Kellern der Bauernhütten und Wirtschaftsgebäude verborgen. Eine andere Möglichkeit waren Erdhöhlen, die in Obsthainen, im Wald oder auf den Feldern angelegt wurden.[111] Auf das meiste Mitgefühl konnten Kinder hoffen, die nach dem Verlust ihrer Eltern in großer Zahl auf den Feldern und in den Wäldern herumzogen. Einige, meist Jungen, verbargen sich in ihren Heimatorten und arbeiteten dort – gedeckt von bekannten Bauern – als Hirten, Stalljungen und Helfer der Knechte. Um zu überleben, mussten sie viele Dinge lernen und sich der christlichen Umgebung anpassen; neben Gebeten alle möglichen Gebräuche und Traditionen der Landbevölkerung verinnerlichen. Die Angst vor Entdeckung zwang die Kinder zu häufigen Ortswechseln. Bei Gefahr wurden sie meist in nahegelegene Dörfer zu Verwandten oder Bekannten geschickt.

Einige der Helfersfamilien bezahlten für ihre Hilfe tatsächlich mit dem Leben. Von 1942 bis 1944 versteckten sich zwei Juden mit Namen Kuperman und Lewin im Dorf Boguszyn bei Franciszek Antczak und seiner Schwester Zofia Szkopińska. Deutsche Gendarmen entdeckten im Februar 1944 beide Verstecke und ermordeten die Juden gemeinsam mit Franciszek Antczak und dem 22-jährigen Sohn von Zofia Szkopińska.[112] Der Bauer Ciemierzycha aus Zambski Kościelne bei Pultusk wurde zu vier Jahren Konzentrationslager verurteilt, nachdem er den Warschauer Juden Szlama Kutnowski versteckt hatte.[113] Weil er 20 Juden Unterschlupf ge-

[110] LEON GĄGOŁA (LEJBA GONGOLA), Żyję dzięki Polakom, in: Wspomnienia sierpczan 1900–1950, hg. v. JAN BURAKOWSKI, Sierpc 1998, S. 153. Über seine Festnahme schrieb er: „Den Deutschen verkaufte mich aber ein anderer Jude. Für 200 Dollar in das Lager in Nosarzewo, Gemeinde Szydłowo im Kreis Ciechanów. Nach fünf Monaten gelangte ich von dort direkt in das Vernichtunslager Auschwitz-Birkenau." Die Todesstrafe für jede Hilfeleistung an Juden galt auch in Teilen der besetzten Ukraine [Anm. D. Ü.].

[111] BERENSTEIN / RUTKOWSKI, Pomoc Żydom, S. 45.

[112] Wyszogród, in: Pinkas, S. 198; SZCZEPAŃSKI, Społeczność, S. 493.

[113] AŻIH, 301/656, Szymon Goldberg, Bl. 1; 301/2088, Józef Malczyk, Bl. 2–5; 301/2910, Tomasz Lewiński, Bl. 1 f. Nachdem Szlama Kutnowski von anderen Bauern im Dorf

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

währte, wurde der Bauer Andrzejczyk aus Sztuki, Gemeinde Rząśnik im Kreis Pultusk, ermordet.[114] Um Wyszków versorgten Dorfbewohner eine jüdische Partisaneneinheit, deren Mitglieder mehrheitlich dem brennenden Warschauer Ghetto entkommen waren, mit Lebensmitteln.[115]

Resümee

Der Zweite Weltkrieg brachte das Ende der Jahrhunderte währenden Präsenz von Juden in Masowien. Die deutsche Politik, welche die Vernichtung aller Juden zum Ziel hatte, erwies sich in diesem Gebiet als unerbittlicher und konsequenter als im Generalgouvernement. Vom ersten Tag des Einmarschs der Wehrmacht in Nordmasowien standen die dort lebenden Juden im besonderen Fokus der Besatzungspolitik. Die zunächst unsystematisch vorgenommenen Vertreibungen, Enteignungen und Gewaltakte wurden binnen kurzer Zeit koordiniert. Bald erfolgten gut organisierte Umsiedlungen von Juden in das Generalgouvernement und die Einrichtung von Ghettos, wo die im Regierungsbezirk verbliebenen Juden konzentriert wurden. Als im Generalgouvernement die Aktion „Reinhardt" begann, deportierten die deutschen Besatzer tausende Juden aus den Ghettos des Regierungsbezirks in die dortigen Todeslager.

Vorsichtigen Schätzungen zufolge erlebten lediglich acht bis zehn Prozent der nordmasowischen Juden das Kriegsende, darunter jene, die 1939 in das von der Roten Armee eingenommene Gebiet geflohen waren.[116] Diejenigen, die auf dem Zichenauer Gebiet überlebten, waren auf die Hilfe der nichtjüdischen Bevölkerung angewiesen. Bei ihrer Suche nach Verstecken und Unterstützung stießen sie auf höchst unterschiedliche Reaktionen, die von Ablehnung über Gleichgültigkeit bis hin zu aktiver Hilfe reichen konnten. Einige Polen aus dem Regierungsbezirk, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens das Leben von Juden retteten, wurden von der Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechten unter den Völkern" ausgezeichnet.

Zambski Koscielne aufgedeckt wurde, floh er nach Ciechanów, wo er als Pole in einer Fabrik arbeitete: AŻIH, 301/273, Szlama Kutnowski, Bl. 3.

[114] BIELAWSKI, Zbrodnie, S. 12–14, 45.

[115] Ten jest z ojczyzny mojej, S. 286; CYWIA LUBETKIN, Zagłada i powstanie, Warszawa 1999, S. 170 f.; GRYNBERG, Żydzi w rejencji, S. 120 f.

[116] Jan Grabowski schreibt, dass sechs bis acht Prozent Juden aus Nordmasowien gerettet wurden: GRABOWSKI, Polityka, S. 63.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

IV. Anhang

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bibliografie zum Regierungsbezirk Zichenau*

1. Bibliografien, Nachschlagewerke

Bełza, Stanisława: Katalog dokumentacji historycznej do zagadnień gospodarczych województwa ciechanowskiego, 2 Bde., Ciechanów 1983 und 1985 (Studia i Materiały / Ciechanowskie Towarzystwo Naukowe, Nr. 19 u. 25).

Boberach, Heinz u. a.: Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates, Teil 2: Regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die fünf ostdeutschen Länder, die ehemaligen preußischen Ostprovinzen und eingegliederte Gebiete in Polen, Österreich und der Tschechischen Republik. Mit Nachträgen zu Teil 1, Berlin 1995 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 3).

Doubek, Franz A.: Verzeichnis der Ortschaften mit deutscher Bevölkerung auf dem Gebiete des polnischen Staates, Berlin 1939.

Friedrich, Klaus-Peter u. a.: Polen, September 1939 – Juli 1941, München 2011 (Edition Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 4).

Keit, Ernst: Bibliographie zur Landeskunde der zum Regierungsbezirk Zichenau, Kreis Sudauen, Kreis Leipe und Rippin gehörenden ost- und westpreußischen Gebiete, o. O. 1940 (Sonderdruck aus Altpreußische Forschungen 17 [1941], 2, S. 243–401).

Keit, Ernst: Bibliographie zur Landeskunde der zum Regierungsbezirk Zichenau, Kreis Sudauen, Kreis Leipe und Rippin gehörenden ost- und westpreußischen Gebiete für die Jahre 1939–41 nebst Nachträgen, Königsberg 1942 (Sonderdruck aus Altpreußische Forschungen 18 [1941], 2, S. 329–365).

Lewandowski, Edward: Województwo ciechanowskie, in: Przewodnik po upamiętnionych miejscach walk i męczeństwa. Lata wojny 1939–1945, hg. v. Czesław Czubryt-Borkowski, Warszawa 1988, S. 145–160.

* Die Bibliografie enthält in diesem Band zitierte Titel nur, wenn ein direkter Zichenau-Bezug besteht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

MEGARGEE, GEOFFREY P.: The United States Holocaust Memorial Museum Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933–1945. Early Camps, Youth Camps, and Concentration Camps and Subcamps under the SS-Business Administration Main Office (WVHA), Bloomington 2009.

Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945. Informator encyklopedyczny, hg. v. CZESŁAW PILICHOWSKI u. a., Warszawa 1979.

ORACKI, TADEUSZ: Bibliografia historii Mławy i powiatu do 1945 roku, in: Studia i materiały do dziejów ziemi zawkrzeńskiej. Praca zbiorowa, hg. v. KAZIMIERZ TAŃSKI, Mława 1996.

PAPIEROWSKI, ANDRZEJ JERZY u. a.: Płock od A do Z w tysiącletnich dziejach. 1820–2010: 190 lat Towarzystwa Naukowego Płockiego, Płock 2010.

RADEMACHER, MICHAEL: Handbuch der NSDAP-Gaue 1928–1945, Vechta 2000.

Rejestr miejsc i faktów zbrodni popełnionych przez okupanta hitlerowskiego na ziemiach polskich w latach 1939–1945. Województwo ciechanowskie, hg. v. Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warszawa 1984 (Informacja Wewnętrzna, Nr. 66/7).

Rejestr miejsc i faktów zbrodni popełnionych przez okupanta hitlerowskiego na ziemiach polskich w latach 1939–1945. Województwo ostrołęckie, hg. v. Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warszawa 1985 (Informacja Wewnętrzna, Nr. 66/28).

Rejestr miejsc i faktów zbrodni popełnionych przez okupanta hitlerowskiego na ziemiach polskich w latach 1939–1945. Województwo płockie, hg. v. Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warszawa 1985 (Informacja Wewnętrzna, Nr. 66/31).

RITTERBUSCH, PAUL: Der neue deutsche Osten. Eine Bibliographie, Leipzig 1940 (Berichte zur Raumforschung und Raumordnung VI).

Verzeichnis der beim Amtsgericht Schröttersburg aufbewahrten Zweitschriften. Personenstandsregister des Regierungsbezirks Zichenau, Leipzig 1994.

Verzeichnis der im Staatsarchiv Königsberg aufbewahrten Katholischen Kirchenbücher des Bistums Schröttersburg (Płock), Leipzig 1994.

WEGENER, KARL-ALBERT: Historisches Ortschaftsverzeichnis Ostpreußen, Bd. 2: Randgebiete, Frankfurt am Main 1995 (Reihe historischer Ortschaftsverzeichnisse für ehemals zu Deutschland gehörige Gebiete – Zeitraum 1914 bis 1945, Bd. 6).

WERMKE, ERNST: Bibliographie der Geschichte von Ost- und Westpreußen für die Jahre 1939–1942 nebst Nachträgen zu den früheren Jahren, Königsberg 1944.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Quelleneditionen

Alltag in Ostpreußen 1940–1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940–1945, hg. v. CHRISTIAN TILITZKI, Leer 1991.

Archiwum Ringelbluma. Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy, Bd. 8: Tereny wcielone do Rzeszy. Okręg Rzeszy Gdańsk-Prusy Zachodnie, rejencja ciechanowska, Górny Śląsk, aus dem Jiddischen übers. v. SARA ARM, bearb. v. MAGDALENA SIEK, Warszawa 2012.

Archiwum Ringelbluma. Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy, Bd. 13: Ostatnim etapem przesiedlenia jest śmierć: Pomiechówek, Chełmno nad Nerem, Treblinka, bearb. v. BARBARA ENGELKING u. a., Warszawa 2013.

BOBERACH, HEINZ: Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Herrsching 1985.

DEMPS, LAURENZ / RÜTER, CHRISTIAAN F.: DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung ostdeutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, Bd. 1: Die Verfahren Nr. 1001–1030 der Jahre 1975–1990, München 2002.

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearb. v. THEODOR SCHIEDER, Bd. 1,2: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Bonn 1960.

DUMOWSKI, ZDZISŁAW: Obwód sierpecki Armii Krajowej. Świadectwa i dokumenty, Sierpc 2003.

Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 2: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945), hg. v. WERNER RÖHR, Berlin 1989.

FRANCISZKIEWICZ, LESZEK: Zabudowa Płocka w fotografii niemieckiej z okresu II wojny światowej. Katalog wystawy, Płock 2008.

GROCHOWSKI, ANDRZEJ u. a.: Źródła historyczne do dziejów ziemi mławskiej, 1065–1956, Mława / Ciechanów 1998.

Hitlerowskie „prawo" okupacyjne w Polsce. Wybór dokumentów, hg. v. KAROL MARIAN POSPIESZALSKI, Poznań 1952–58 (Documenta occupationis, Bd. 5–6).

Inmitten des grauenvollen Verbrechens. Handschriften von Mitgliedern des Sonderkommandos, hg. v. JADWIGA BEŹWIŃSKA u. a., Oświęcim 1996.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Księga poległych i zamordowanych wychowawców i wychowanków Gimnazjum i Liceum im. Stanisława Wyspiańskiego w Mławie w okresie I i II wojny światowej, Warszawa 1992.

KOSESKI, ADAM / SZCZEPAŃSKI, JANUSZ: Pułtusk w XIX–XX wieku. Materiały źródłowe 1795–1956, Pułtusk 2003.

[LANGFUS,] LEJB: Handschrift, in: Hefte von Auschwitz, 1973, H. 14, S. 17–71.

LEHNSTAEDT, STEPHAN / BÖHLER, JOCHEN: Die Berichte der Einsatzgruppen aus Polen 1939. Vollständige Edition, Berlin 2013.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

LESZCZYŃSKI, KAZIMIERZ: Działalność Einsatzgruppen policji bezpieczeństwa na ziemiach polskich w 1939 r. w świetle dokumentów, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 22 (1971), S. 7–290.

Lista więźniów politycznych z Rejencji Ciechanowskiej aresztowanych przez gestapo, z 3 I 1945 r., in: Studia i materiały do Ziemi Zawkrzeńskiej 5 (2001), S. 171–177.

Materiały do dziejów diecezji płockiej z lat okupacji 1939–1945, hg. v. MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Płock 2005.

MAZUR, ZBIGNIEW: Raporty z ziem wcielonych do III Rzeszy (1942–1944), Poznań 2004 (Biblioteka Przeglądu Zachodniego, Bd. 20).

RÜTER, CHRISTIAAN F. u. a.: Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–2012, Amsterdam 2012.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Bd. 58: 1939/40, Bd. 59: 1941/42, Berlin 1940–1943.

STOGOWSKA, ANNA: Źródła do dziejów Żydów w zbiorach Archiwum Państwowego w Płocku, in: Źródła archiwalne do dziejów Żydów w Polsce, hg. v. BOLESŁAW WOSZCZYŃSKI / VIOLETTA URBANIAK, Warszawa 2001, S. 259–267.

SZCZEPAŃSKI, JANUSZ: Mazowsze północne w XIX–XX wieku. Materiały źródłowe, 1795–1956, Warszawa / Pułtusk 1997.

Ziemie Zachodnie październik 1942 – czerwiec 1944. Raporty Sekcji Zachodniej Delegatury Rządu na Kraj o sytuacji ludności polskiej i polityce okupanta niemieckiego, hg. v. MIECZYSŁAW ADAMCZYK u. a., Warszawa / Kielce 2004.

3. Karten

Amtliche Entfernungskarte des Kreises Zichenau, hg. v. Katasteramt in Zichenau, Königsberg 1940.

Besitzverteilungskarte für die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Warthegau, sowie Reg. Bez. Kattowitz und Zichenau, und das Gebiet Suwaki, hg. v. Deutschland (Deutsches Reich). Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin 1939.

Bodenschätzungskarte. Nach den Ergebnissen der Reichsbodenschätzung, hg. v. Deutschland (Deutsches Reich). Reichsamt für Bodenforschung, Berlin 1941–1944.

BREYER, ALBERT: Karte der deutschen Siedlungen in Mittelpolen, in: Deutsche Monatshefte in Polen 5 (1938–1939), 2/3, Anhang.

BREYER, ALBRECHT: Karte der deutschen Siedlungen in Mittelpolen, in: Jomsburg 2 (1938), 1, Anhang.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOUBEK, FRANZ / HORN, ERNA: Die Schulverhältnisse der Deutschen in Mittelpolen, in: Jomsburg 3 (1939), 2, Anhang.
Karte des Deutschen Reiches auf Grund des ehemals polnischen Materials, Bl. 28/88: Mielau; Bl. 36/33: Ostroleka; Bl. 37/29: Sierpc; Bl. 37/31: Zichenau; Bl. 38/29: Plock; Bl. 38/31: Plonsk, Bl. 38/32: Pultusk, hg. v. Reichsamt für Landesaufnahme, Berlin 1940.
Karte des Deutschen Reiches, Großblatt 340: Mielau – Praschnitz – Zichenau – Mackeim; Großblatt 341: Scharfenwiese – Lomza – Rozan – Ostrow Mazowiecka; Großblatt 347: Schröttersburg – Drobin – Gasten – Wyszogrod, hg. v. Reichsamt für Landesaufnahme, Berlin 1944.
Karte Ostdeutschland 1:800.000, hg. v. Reichsamt für Landesaufnahme, Berlin 1940.
Kartenfolge zur Landes- und Wirtschaftskunde der eingegliederten deutschen Ostgebiete und des Generalgouvernements, bearb. v. FRANZ DOUBEK, Berlin 1940/41–1942.
Plan der Stadt Schröttersburg. Nach der Deutschen Grundkarte, o. O. [vor 1944].
Übersichtskarte von Mitteleuropa, Q 53: Plock, hg. v. der Preußischen Landesaufnahme, Berlin 1940.

4. Periodika, amtliche Publikationen und Drucksachen

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis und die Stadt Plock (Südostpreußen), Plock 1940.
Amtliches Kreisblatt für den Kreis Plock (Südostpreußen) 1940.
Amtsblatt der Preußischen Regierung in Zichenau nebst Öffentlichem Anzeiger [zwischenzeitlich Amtsblatt des Regierungspräsidenten in Zichenau], Allenstein 1939–1944.
Die deutschen Dorfnamen des Kreises Plock, Plock [ca. 1940].
Deutsches Reichs-Adressbuch für Industrie, Gewerbe und Handel. Gesamtausgabe, Jgg. 38–41, Bd. 7: Die Ostgebiete, Berlin 1940–1943.
Führerdienst des Gebietes Ostland (1) für den Regierungsbezirk Zichenau, [Königsberg] 1941.
GARZ, PAUL / HARTMANN, OTTO: Arbeitsbuch für den Unterricht in der deutschen Sprache an Volksschulen. Zichenau, Ausgabe L in zwei Heften, Frankfurt am Main 1942.
GARZ, PAUL / HARTMANN, OTTO: Arbeitsbuch für den Unterricht in der deutschen Sprache an Volksschulen. Ausg. S f. Zichenau, H. 1–4, Frankfurt am Main 1942.
Handbuch für den Regierungsbezirk Zichenau mit Ortschaftsverzeichnis, hg. v. REINHOLD SCHRÖDER, Allenstein 1943.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Haushaltssatzung des Kreises Schröttersburg für das Rechnungsjahr 1941, Schröttersburg 1941.
Landwarenhandel im Regierungsbezirk Zichenau. Nach dem Stand vom 1.4.1944, Posen 1944.
Nowy Czas, 1944–1945.
Plocker Tageblatt, 1941 (danach 1942–1945 Südostpreußische Tageszeitung).
Südostpreußische Tageszeitung. Amtliches Verkündigungsblatt der NSDAP und aller Behörden der Kreise Schröttersburg, Plöhnen 1942–1945.
Tygodnik Rolniczy = Landwirtschaftliches Wochenblatt für Zichenau, Königsberg 1942–1944.
Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen. Amtliches Organ des Reichsnährstandes und der angegliederten Verbände und Vereine, Königsberg, Pr. 1936–1945.
Zichenauer Zeitung, 1940–1942 (danach 1942–1945 Deutsche Ostwacht. Zichenauer Zeitung und amtliches Verkündigungsblatt).

5. Erinnerungen, Tagebücher

ALTHAUS, SAMUEL: Where is God? Auschwitz-Birkenau to Dachau 1942 to 1945, o. O. 2000.
ARABUCKI, CZESŁAW: Mord na Kalkówce, in: Studia i materiały do dziejów Ziemi Zawkrzeńskiej 7 (2003), S. 288–291.
AZRIELI, DAVID J. u. a.: One Step Ahead. David J. Azrieli (Azrylewicz): memoirs, 1939–1950, Jerusalem 2001.
BAY, ACHIM: Meine Erinnerungen an unsere glückliche Heimkehr, Mülheim an der Ruhr 1994.
Bodzanów, moje rodzinne miasteczko, aus dem Jiddischen übers. v. SARA ARM, eingeleitet u. bearb. v. ZDZISŁAW LESZCZYŃSKI, Bodzanów / Płock 2010.
BORKOWSKI, ALFRED: Ciechanowskie notatki okupacyjne, Ciechanów 1984 (Biblioteczka Wspomnień, Bd. 6).
BURAKOWSKI, JAN: Wspomnienia sierpczan. 1900–1950, Sierpc 1998 (Biblioteka Sierpecka, Bd. 7).
CHOLEWIŃSKI, KAROL: Podolszyce – tu wracałem, Płock 2011.
DOMB, SAM: On nie pozwolił mi umrzeć! Z popiołów do życia, Pułtusk 2016.
FILLIES, FRITZ: Meine Kompanie in Polen, Berlin 1940 (polnische Ausgabe: Moja kompania w Polsce w 1939 roku, Oświęcim 2017).
FRĄCKIEWICZ, KONRAD: Relacja, in: Studia i materiały do dziejów Ziemi Zawkrzeńskiej 6 (2002), S. 163–173.
FREJEK, JÓZEF: Wspomnienia z września i października 1939 roku, in: Notatki Płockie 6 (1961), 21, S. 29–31.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

GOLDSTEIN, BARUCH G.: For Decades I Was Silent. A Holocaust Survivor's Journey Back to Faith, Tuscaloosa 2013 (Judaic Studies Series).

GOŁĘBIEWSKA, WIESŁAWA: Wspomnienia z lat wojny i okupacji (1939–1945), in: Notatki Płockie 58 (2013), 1, S. 30–33.

GUTERMAN, SIMCHA: Das gerettete Buch des Simcha Guterman, aus dem Französischen übers. v. ROLF SOELLNER / HEDDA SOELLNER, hg. v. NICOLE LAPIERRE, Reinbek bei Hamburg 1996 (Originalausgabe: SIMHA GUTERMAN, Le livre retrouvé, Paris 1991; polnische Ausgabe: Kartki z pożogi, aus dem Deutschen übers. v. IZABELA TŁUCHOWSKA, Płock 2004; weitere Ausgaben in Übersetzung: Het opgedoken boek, Amsterdam 1993, Il libro ritrovato, Torino 1994, Bleter funem fayer, Tel-Aviv 1996, 'Alim min ha-esh, Yerushalayim 2004, Leaves from the Fire, Moreshet 2015).

KLEISTER, EUGEN: Moja ojczyzna w Sierpcu. Opowiadania, zapiski, relacje, krótkie biografie, wywiady, dokumenty fotograficzne, Sierpc 2012.

KOHN, MURRAY J. / MCLOUGHLIN-O'DONNELL, MARYANN: Weep Tears of Blood. A Project of The Richard Stockton College of New Jersey, the Sara and Sam Schoffer Holocaust Resource Centr, and Graphics Production, Margate, NJ 2010.

KORZYBSKI, JAN KAZIMIERZ: Moja noc okupacji, Ciechanów 1983 (Biblioteczka Wspomnień, Bd. 4).

KROŚNICKA, JÓZEFA: Okupacja hitlerowska w Pułtusku, in: Pułtusk. Studia i materiały do dziejów miasta 9 (2011), S. 289–318.

KUROWSKA, IRENA: W szponach nadludzi, in: Pułtusk. Studia i materiały z dziejów miasta 4 (2000), S. 225–232.

MAJEWSKI, GEORG DAVID: Only a Forgotten Soul is Dead, Israel 1990.

MIECZNIK, KAZIMIERZ: Konspiracja antyniemiecka w powiecie mławskim oraz wywózki do Rosji Sowieckiej, in: Studia i materiały do dziejów Ziemi Zawkrzeńskiej 7 (2003), S. 286–287.

PACIOREK, JANINA: Praca przymusowa w Niemczech i „wyzwolenie", in: Studia i materiały do dziejów Ziemi Zawkrzeńskiej 7 (2003), S. 284–285.

Pamiętniki o miłości, o wojnie, o ziemi ciechanowskiej, bearb. u. eingeleitet v. JERZY PEŁKA, Ciechanów 2005.

PŁOSKA-ŁOŚ, IRENA: Wiele lat minęło... (z młodzieńczych wspomnień płocczanki), Płock 2006.

POGORZELSKI, SEWERYN MAREK: Ostatnie dni wojny, in: Pułtusk. Studia i materiały z dziejów miasta 6 (2005), S. 441–459.

Reminiscencje ciechanowskich AK-owców, gesammelt, bearb. u. hg. v. JAN K. KORZYBSKI, Ciechanów 1993 (Biblioteka Wspomnień, Bd. 8).

RYBICKI, T[ADEUSZ]: Więzienie w Pomiechówku w roku 1944. Wspomnienia pisane po 52 latach, in: Studia i materiały do dziejów Ziemi Zawkrzeńskiej 6 (2002), S. 182–185.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHRÖDER, HANS JOACHIM: Alles Liebe & Heil Hitler. Wie falsche Hoffnungen entstehen. Eine Familiengeschichte, Berlin 2012.
SKORYNKO, JÓZEF: Dowódca 1 kompanii 80 p.p. Relacja z bitwy granicznej pod Mławą w dniach 1–4 września 1939 r., in: Studia i materiały do dziejów Ziemi Zawkrzeńskiej 7 (2003), S. 267–275.
STANISZEWSKA, MAGDALENA: Wspomnienia sierpczan, Sierpc 2016 (Biblioteka Sierpecka 16).
STYPUŁKOWSKA, JADWIGA: Pamiętnik z lat 1940–1948, Płock 2000.
SZATKOWSKI, JANUSZ: Okupacyjna droga mojego ojca Stanisława [Leopolda] Szatkowskiego, in: Notatki Płockie 44 (1999), 2, S. 36–39.
SZAWŁOWSKI, BONIFACY: Od Stołpc do Starobielska, in: Studia i materiały do dziejów Ziemi Zawkrzeńskiej 7 (2003), S. 276–281.
WITKOWSKI, ZDZISŁAW: Listy do R. Juszkiewicza z 2001 r. dot. II wojny światowej, in: Studia i materiały do dziejów Ziemi Zawkrzeńskiej 6 (2002), S. 174–181.
ZDANOWICZ, MARIA: Okres okupacji niemieckiej, oddziały sowieckie w powiecie mławskim, oraz „wojna domowa" (relacja), in: Studia i materiały do dziejów Ziemi Zawkrzeńskiej 7 (2003), S. 282–283.

6. Publizistik und regionalkundliche Schriften (1939–1945)[**]

3654 ha für Ostpreußens Bauernsiedlung, in: Königsberger Allgemeine Zeitung, 27. Mai 1942, 1. Beiblatt.
Ansiedlung im Bezirk Zichenau, in: Preußische Zeitung, 1. April 1941, Rubrik „Aufbau im Osten".
AUER, WOLFGANG VON: Auf einem Gut im Kreise Plock, in: Der Student der Ostmark, 1940, H. 12, S. 388–391.
AUER, WOLFGANG VON: Aufgaben der Planung als Voraussetzung für den Wohnungsbau im Regierungsbezirk Zichenau, in: Der soziale Wohnungsbau in Deutschland 1 (1941), 14, S. 506–510.
Aufbaupläne für Zichenau. 15000 Bauernhöfe für deutsche Siedler, in: Nationalsozialistische Landpost, 22. November 1940.
BAUER: Von Plock zu den Deutschen nach Ilow, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Januarheft 1941, S. 6–8.

[**] Auswahl. Weitere Titel bei ERNST KEIT, Bibliographie zur Landeskunde der zum Regierungsbezirk Zichenau, Kreis Sudauen, Kreis Leipe und Rippin gehörenden ost- und westpreußischen Gebiete, o. O. 1941 (Sonderdruck aus Altpreußische Forschungen 17 [1940], 2, S. 243–401); DERS., Bibliographie zur Landeskunde der zum Regierungsbezirk Zichenau, Kreis Sudauen, Kreis Leipe und Rippin gehörenden ost- und westpreußischen Gebiete für die Jahre 1939–41 nebst Nachträgen, Königsberg 1942 (Sonderdruck aus Altpreußische Forschungen 18 [1941], 2, S. 329–365).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

BESECKE, FRITZ: Planungsbeispiel Hauptdorfbereich Minden, in: Neue Dorflandschaften. Gedanken und Pläne zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und im Altreich, hg. v. Stabsamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, Berlin 1943 (Schriftenreihe Planung und Aufbau), S. 64–73.

Die Betreuung der rückgeführten Volksdeutschen aus dem Osten, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 18. Januar 1941, S. 45–46.

Die Betreuung und Beratung der volksdeutschen Umsiedler in den neuen Ostgebieten, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 11. Juli 1942, S. 437.

BLANK, HEINRICH: Die Kirchenbücher der evangelisch-augsburgischen Gemeinden des Regierunsgbezirks Zichenau und des Kreises Sudauen (Suwalki), in: Altpreußische Geschlechterkunde 15 (1941), S. 22–28, 92–93.

BÖHM, HERBERT: Die Gestalt der Städte des neuen Ostens, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), 3/4, S. 221–225.

BRACHT, FRITZ / SPATZ, OTTO H.: Wiedergewonnenes deutsches Land in Danzig-Westpreussen, Ostpreussen, Wartheland, Oberschlesien, Steiermark, Kärnten, Elsass, Lothringen, Luxemburg, Eupen-Malmedy, München 1943.

BREYER, ALBERT: Deutsche Gaue in Mittelpolen, in: Deutsche Monatshefte in Polen 1 (1934/1935), 10, S. 393–434.

BREYER, ALBERT: Deutsche Gaue in Mittelpolen, Plauen 1935 (Ostdeutsche Heimathefte 4).

BREYER, ALBERT: Ostdeutschland als Mutterland der deutschen Siedlungen in Mittelpolen, in: Deutsche Monatshefte in Polen 2 (1935/1936), 1/2, S. 48–57.

BREYER, ALBERT: Die Industrialisierung der mittelpolnischen Gebiete rechts der Weichsel (1825–1830), in: Deutsche Monatshefte in Polen 6 (1939), 2/3, S. 55–75.

BÜGE: Die ehemalige Provinz Neu-Ostpreußen 1795–1807, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Dezemberheft 1939, S. 171–172.

BURAU, WINFRIED u. a.: Die Wirtschaft der neuen großdeutschen Gebiete, Bd. 2: Der Osten, Bad Oeynhausen u. a. 1942 (Wirtschaftsschlaglichter 2).

CONRADES, [BERTHOLD]: Mittelalterliche deutsche Bauten im Bezirk Zichenau, in: Soldat im Ordensland Preußen, 2. Januarheft 1940, S. 14–16.

CONZE, WERNER: Die Separation in der preußischen Landeskulturarbeit in Neuostpreußen von 1795–1807, in: Altpreußische Forschungen 14 (1937), S. 268–284.

CORDING, KARL: Die Frage der Berufserziehung im Regierungsbezirk Zichenau, Dissertationsschrift, Königsberg 1941.

DEGLER, JOSEF: Neue Kraft durch Freude. Hamburger Staatsoper spielte vor Soldaten in Südostpreußen, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Maiheft 1941, S. 114–116.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOUBEK, FRANZ A.: Die Berufsgliederung der Deutschen in Mittel- und Ostpolen um 1900, in: Deutsche Monatshefte in Polen 4 (1937/1938), 2/3, S. 61–76.

DRESLER UND SCHARFENSTEIN, VON: Preußische Garnisonen im heutigen Bezirk Zichenau, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Aprilheft 1940, S. 66–67.

DYLEWITZ: Drei Tage Kampf um die Bunker vor Mlawa, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Märzheft 1940.

EICHLER, ADOLF: Das Deutschtum in Kongreßpolen, Stuttgart 1921 (Beiträge zur polnischen Landeskunde. Reihe B, Bd. 9).

Der erste Schulungskurs für Volksdeutsche in Golondkowo, Kr. Pultusk, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 12. April 1941, S. 289.

Erster „KdF"-Abend in Zichenau, in: Die Freude. Monatlich erscheinende Mitteilungen der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude des Gaues Ostpreußen, Januar 1940, S. 2.

FABER, ARCHIBALD: Brutvorkommen des Rotfußfalken (falco verspertinus) im Reg.Bez. Zichenau (Ciechanow), in: Ornithologische Monatsberichte 50 (1942), 6, S. 171–172.

FALCKE: Soldaten als Kulturträger. Anteil der Wehrmacht an der wirtschaftlichen und kulturellen Aufbauarbeit in Südostpreußen und im Suwalki-Gebiet, in: Soldat im Ordensland Preußen, 2. Septemberheft 1940, S. 192–193; 1. Oktoberheft 1940, S. 204–205.

FEIER, ALFRED: Die Wirtschaftsstruktur des Regierungsbezirks Zichenau als Grundlage gewerblicher Ausweitungsmöglichkeiten, in: Der soziale Wohnungsbau in Deutschland 1 (1941), S. 499–502.

FRÖHLICH: Nacht-Durchbruchs- und Verfolgungskämpfe bei Mlawa am 3. und 4. September 1939, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Aprilheft 1940, S. 65–66.

Frontkämpfer werden in Zichenau siedeln, in: Preußische Zeitung, 24. Juli 1942.

Für Kriegsteilnehmer vorbehalten, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 5. September 1942, S. 547.

GEEDE, RUTH: Südostpreußisches Land, in: Führerinnendienst. Obergau Ostland (1), 1941, H. 7, S. 37–39.

GEISLER, WALTER: Deutscher, der Osten ruft Dich!, Berlin 1941 (Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches, Bd. 1).

Gemeinsame Tagung der Landräte, Kreisbauernführer und Kreislandwirte des Regierungsbezirks Zichenau, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 1. Juni 1940, S. 312.

GÖRRES, GUIDO: Gestaltungsaufgaben im neuen Ostpreußen, in: Neues Bauerntum, 1940, H. 32, S. 245–247.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

GRADMANN, WILHELM: Das deutsche Weichselland. Ein Bildbericht, Berlin 1940 (Kleine Volk und Reich Bücherei).

GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON: Hermann Bethke, in: Der Student der Ostmark, 1940, H. 4, S. 73–75.

GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON: Hauptgesichtspunkte für die Aufstellung eines Wohnungsbauprogrammes im Regierungsbezirk Zichenau, in: Der soziale Wohnungsbau 1 (1941), 14, S. 490–494.

Ein Gruß aus der Heimat. Der Kreis Sichelberg an seine Soldaten, Sichelberg 1943.

HANOW, HERBERT: Kameraden draußen und drinnen: Als Erzieher im befreiten Osten, in: Der Deutsche Erzieher, 1940, H. 10, S. 300–301.

Heimatnachrichten aus dem Regierungsbezirk Zichenau, Zichenau 1944.

HELMS: Kameradschaft in der Not. Erinnerungen an den 3. September vor Mlawa, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Maiheft 1940, S. 86.

HOFFMANN, HEINRICH: Deutscher Osten. Land der Zukunft, München 1943.

JAHN, A. M.: Das landwirtschaftliche Bauprogramm der Ostgebiete, in: Die deutsche Landfrau 35 (1942), 5, S. 86–87.

KIESER, WALTHER: Der Aufbau im Gebiet um Zichenau, Berlin 1942 (Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches, Bd. 2).

KEIT, ERNST: Zichenau – die Wandlung einer ostdeutschen Landschaft, in: Volk und Reich 18 (1942), 4, S. 241–244.

KLEEMANN, OTTO: Ein Bronzeschwert aus dem Bezirk Zichenau, Provinz Ostpreußen, in: Alt-Preußen 6 (1941), 4, S. 55–56.

KLEEMANN, OTTO: Die vorgeschichtlichen Burgen von Nasielsk und Ostenburg in der Vogelschau, in: Alt-Preußen 8 (1943), 3, S. 4–6.

KOCH, ERICH: Die NSDAP. Idee, Führer und Partei, Leipzig 1933.

KOCH, ERICH: Aufbau im Osten, Breslau 1934.

KOCH, ERICH: Ostpreußens politische Brückenlage, in: Volk und Reich, 1934, H. 10, S. 754–756.

KOCH, ERICH: Ostpreußens Stellung im osteuropäischen Raum, in: Nationalsozialistische Monatshefte, 1934, H. 5, S. 882–886.

KOCH, ERICH: Aufbau im neuen Ostpreußen, in: Der Schulungsbrief, 1941, H. 8, S. 39–41.

KOCH, ERICH: Ostpreußen ohne Korridor. Ausbau der Flankenstellung, in: Das Reich, 23. März 1941.

Kriegsversehrte Landwirte siedeln in Südostpreußen, in: Königsberger Allgemeine Zeitung, 28. November 1943, 1. Beiblatt.

KUHN, WALTER: Die Siedlungsräume des bäuerlichen Deutschtums in Polen, in: Deutsche Monatshefte in Polen 2 (1935/1936), 1/2, S. 34–48.

LA BAUME, W[OLFGANG]: Ostgermanische Grabfunde aus Paluki, Kreis Zichenau, in: Alt-Preußen 8 (1943), 1, S. 2–8.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

LANG, EMIL / KLAAßEN, HEINRICH: Die landwirtschaftlichen Grundlagen der Besiedlung des neuen Ostgebietes und die daraus sich ergebende Betriebsstruktur, in: Vorschläge für die ländliche Besiedlung des neuen deutschen Ostraumes, hg. v. ERWIN SCHEU, Königsberg / Pr. 1940 (Wirtschaftsgeographische Arbeiten, Sonderheft), S. 49–83.

Die Läuferaktion im Regierungsbezirk Zichenau, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 6. Januar 1940, S. 5.

LICHTER, MATTHIAS: Das Staatsangehörigkeitsrecht im Großdeutschen Reich. Zusammenstellung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und Durchführungsanweisungen mit Erläuterungen, Berlin 1943.

Liebevolle Betreuung der Umsiedler, in: Preußische Zeitung, 5. Februar 1941.

LORCK, CARL VON: Ländliche Haustypen im Zichenauer Bezirk, in: Der Forschungskreis der Albertus-Universität 2 (1943), S. 3–27.

LÜDICKE, REINHARD: Über die Preußische Verwaltung in Neu-Ostpreußen (Briefe des Kammer-Assessors S.G. Borsche aus Plock 1799–1801), in: Altpreußische Forschungen 17 (1940), 2, S. 200–228.

MAAS, WALTHER: Zur Siedlungskunde des Płocker und Gostyniner Landes, in: Deutsche Monatshefte in Polen 3 (1936/1937), 3/4, S. 146–159.

MAAS, WALTHER: Mittelalterliche deutschrechtliche Kolonisation und Waldrodung in Kujawien und Masowien, in: Deutsche Monatshefte in Polen 4 (1937/1938), 2/3, S. 48–61.

MAAS, WALTHER: Deutsche und polnische Bauern im Kreise Plock, in: Deutsche Monatshefte in Polen 5 (1938/1939), 11/12, S. 564–565.

MAAS, WALTHER: Herbst in Mischinitz, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Dezemberheft 1940, S. 249–250.

MAAS, WALTHER: Von der Provinz Südpreußen zum Reichsgau Wartheland. Beiträge zur Landschaftsentwicklung in den letzten 150 Jahren in den Ostteilen der Reichsgaue Wartheland und Westpreußen, Leipzig 1942 (Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 40).

Masowien – junges Grenzland, in: Das Reich, 20. Oktober 1940.

Masowier und Kurpen im Zichenauer Bezirk, in: Ostland. Halbmonatsschrift für Ostpolitik 24 (1940), 1, S. 15–18.

MENGERT, GEORG: Einsatztage in Mlawa, in: Der Student der Ostmark, 1941, H. 16, S. 548–549.

MENGERT, GEORG: Treffen der Einsatzstudenten in Plock, in: Der Student der Ostmark, 1941, H. 17, S. 596–597.

MENGERT, GEORG: Von Zichenau bis zur Weichsel!, in: Der Student der Ostmark, 1941, H. 17, S. 597–598.

MENGERT, GEORG: Wir fahren zum Umsiedlungs-Einsatz, in: Der Student der Ostmark, 1941, H. 15, S. 500–501.

MEYER, ERICH: Der Kelch von Schröttersburg, in: Pantheon 31 (1943), S. 18–23.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

MEYER, KONRAD: Landvolk im Werden. Material zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und zur Gestaltung des dörflichen Lebens, Berlin 1942.

MÜLLER, AUGUST: Die preußische Kolonisation in Nordpolen und Litauen (1795–1807), Berlin 1928 (Studien zur Geschichte der Wirtschaft und Geisteskultur, Bd. 4).

MÜLLER, AUGUST: Der preußische Staat als Kolonisator auf polnischem Boden, in: Deutsche Monatshefte in Polen 4 (1937/1938), 2/3, S. 42–47.

MUNDT, HEINRICH: Eine Grundstückskartei für die eingegliederten Ostgebiete, in: Neues Bauerntum, 1942, H. 34, S. 104–109.

NAGEL, H.: Neubauernhöfe im Regierungsbezirk Zichenau und ihre Energieversorgung, in: Elektrizitätswirtschaft 41 (1942), 18, S. 415–417.

Neuostpreußische Siedlungsziele vor 140 Jahren, in: Neues Bauerntum 32 (1940), 1, S. 24–25.

OSTASZEWSKI, JAN: Aus der Geschichte des Mlawaer Masowiens, aus dem Polnischen übers. v. WERNER FAST, Berlin 1941 (Originalausgabe: Z dziejów mławskiego Mazowsza. Szkic historyczny, Mława 1934).

Ostpreußens neuer Regierungsbezirk [Zichenau], in: Ostland. Halbmonatsschrift für Ostpolitik 21 (1940), 5, S. 117–118.

PENK, HANS: Dünen, Wälder, weites Land, Königsberg 1942.

PETERSEN, HEINRICH: Öffentliche Bewirtschaftung aller landwirtschaftlichen Betriebe und Grundstücke in den eingegliederten Ostgebieten, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 9. März 1940, S. 128.

PFUNDTNER, HANS / WARNACK, MAX: Taschenbuch für Verwaltungsbeamte 1943, Berlin 1943.

PINKOW, HEINZ: Geologie und Böden im Gebiet des Narew-Sandr, Königsberg 1941.

POKRANDT, ALFRED: Deutsche Rückwanderung aus Mittelpolen nach 1815, in: Deutsche Monatshefte in Polen 3 (1936), 3/4, S. 105–146.

POKRANDT, ALFRED: Auswanderung aus Ostpreußen nach dem heutigen Nordpolen um 1800, in: Deutsche Monatshefte in Polen 4 (1937), 5, S. 163–174.

POKRANDT, ALFRED: Die Rückwanderung deutscher Kolonisten aus Süd- und Neuostpreußen nach 1815 und ihre Ansiedlung in Ostpreußen, in: Altpreußische Forschungen 14 (1937), 1, S. 65–109.

Die Presse des Regierungsbezirks Zichenau, in: Ostland. Halbmonatsschrift für Ostpolitik 21 (1940), 18, S. 442.

QUEDNAU, HANS: Zur Geschichte des Deutschtums im Departement Plock um 1807/15, in: Altpreußische Forschungen 18 (1941), 1, S. 71–116.

RAATZ, Deutsche Apotheker vier Jahre im Regierungsbezirk Zichenau (Sonderabdruck aus der Deutschen Apothekerzeitung [1943], Nr. 61/62).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

RAUMER, KURT VON: Deutscher Aufbau aus polnischer Wirtschaft, in: Soldat im Ordensland Preußen, 2. Februarheft 1940, S. 35–36; 1. Märzheft 1940, S. 41–42.

RECK, ARTUR: Städtebau im deutschen Osten, in: Die Baukunst 4 (1941), 11, S. 220–230.

REISER, DIETRICH: Zichenau. Ein Regierungsbezirk entsteht im Neuland, in: Der Student der Ostmark, 1940, H. 3, S. 52–55.

RICHTER, HANS: Heimkehrer. Bildberichte von der Umsiedlung der Volksdeutschen aus Bessarabien, der Dobrudscha, dem Buchenlande und aus Litauen, Berlin 1942.

ROHRSCHNEIDER, WILHELM: Das Trachom in Ostpreußen 1, in: Deutsche medizinische Wochenschrift 67 (1941), 28, S. 758–760.

ROß, FRIEDRICH: Stadt- und Landbevölkerung in Ostdeutschland, Zentral- und Westpolen, Stuttgart 1939 (Schriften des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Königsberg).

ROß, FRIEDRICH: Wirtschaftliche Neuorientierung Ostpreußens, in: Der Student der Ostmark, 1940, H. 10, S. 319–323.

ROß, FRIEDRICH: Die wirtschaftliche Bedeutung der neuen Gebiete Ostpreußens, in: WINFRIED BURAU u. a.: Die Wirtschaft der neuen großdeutschen Gebiete, Bd. 2: Der Osten, Bad Oeynhausen u. a. 1942 (Wirtschaftsschlaglichter 2), S. 57–67.

SCHACHT, HANS-JOACHIM: Bauhandbuch für den Aufbau im Osten, Berlin 1943.

SCHEU, ERWIN: Die neuen Ostgebiete, in: Geographische Zeitschrift 47 (1941), 1, S. 16–37.

SCHEU, ERWIN / KOPITTKE, HERBERT: Der Regierungsbezirk Zichenau, in: Zeitschrift für Erdkunde 9 (1941), 7/8, S. 224–237.

[SCHIEDER, THEODOR:] Die preußische Kolonisation von 1795–1807 im Regierungsbezirk Zichenau (Bericht Nr. 1 der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte), [Königsberg 1940].

[SCHIEDER, THEODOR:] Der Regierungsbezirk Zichenau im Spiegel der früheren polnischen Sejmwahlen (Bericht Nr. 2 der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte), [Königsberg 1940].

[SCHIEDER, THEODOR:] Die Frage der Grenzsicherung des preußischen Staates im Osten (Bericht Nr. 3. der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte), [Königsberg 1940].

[SCHIEDER, THEODOR:] Die Geschichte des Deutschtums im Regierungsbezirk Zichenau (Bericht Nr. 5 der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte), [Königsberg 1940].

SCHIFFER, HELENE: Unsere Arbeit im Osten, in: NS-Frauen-Warte, 1942, H. 2, S. 19–20.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHMID, BERNHARD: Architektonische Studienfahrten durch das ehemalige Polen, in: Altpreußische Forschungen 17 (1940), 1, S. 4–28 und (1940), 2, S. 189–199.

Die Schrötterschen Kolonien im Zichenauer Bezirk, in: Ostland. Halbmonatsschrift für Ostpolitik 22 (1941), 14, S. 245–246.

SELLIN, GERHARD / ADAM, RUDOLF: Das Steuerrecht in den eingegliederten Ostgebieten. Sammlung der in den eingegliederten Ostgebieten geltenden Verordnungen und Erlasse aller Steuerarten unter Berücksichtigung der Gebiete Danzig, Ostpreußen, Bezirk Bialystok, Memelland, Niederschlesien, Reg. Bez. Troppau und der früheren östlichen Grenzgebiete, Posen, Posen 1943.

Siedlung erst nach Rückkehr der Frontsoldaten, in: Preußische Zeitung, 5. Februar 1941.

Die Siedlungshelfer des Regierungsbezirks Zichenau werden geschult, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 22. November 1941, S. 818.

Siedlungshelfer gesucht!, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 7. August 1943, S. 383.

SPATZ, OTTO H / BRACHT, FRITZ: Wiedergewonnenes deutsches Land in Danzig-Westpreußen, Ostpreußen, Wartheland, Oberschlesien, Elsaß, Lothringen, Luxemburg, Eupen-Malmedy, München 1941.

SPICKSCHEN, ERICH: Gesicherte Herbstsaat das Gebot der Stunde, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 2. September 1939, S. 1174.

STOCK, JÜRGEN: Die landwirtschaftlichen Leistungen der besetzten Ostgebiete im ersten Weltkrieg, Berlin 1944.

Südostpreußen am Werk, in: Die Freude. Monatlich erscheinende Mitteilungen der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude des Gaues Ostpreußen, Oktober 1940, S. 8–9.

Südostpreußen, in: Führerinnendienst. Obergau Ostland (1), 1941, H. 7, S. 41.

Tagung der Siedlungsberater des Regierungsbezirks Zichenau, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Ostpreußen, 23. Oktober 1943, S. 491.

ULBRICHT, HERBERT / MAYDELL, KURT VON: Die Ostgebiete des Deutschen Reiches und das Generalgouvernement der besetzten polnischen Gebiete in statistischen Angaben, Berlin 1940.

UMLAUF, JOSEF: Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), S. 100–122.

Unser Aufbau im Sommer 1942, in: Feldpost-Brief. Arbeitsgau XXXIX Südostpreußen, September–Oktober 1942, S. 11–15.

Verwahrlostes Land gibt wieder Brot, in: Preußische Zeitung, 10. November 1940.

WAHL, FRIEDRICH: Aufbau im ostpreußischen Zichenau, in: Der Student der Ostmark, 1940, H. 7, S. 212–214.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

WAHL, FRIEDRICH: Bericht über Zichenau, in: Zeitschrift für Politik 31 (1941), 7, S. 443–449.
WEIß, A. VON: Ein Tag in Mlawa. Wiedersehen nach 7 Monaten, in: Soldat im Ordensland Preußen, 2. Maiheft 1940, S. 94–95.
WEIß, A. VON: Im Landgestüt Lack, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Februarheft 1941, S. 30–32.
WEIß, A. VON: Friedliche Fahrt durch einst kriegsdurchtobtes Land. Von Mlawa über Plock nach Modlin, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Juniheft 1940, S. 105–107.
WEIß, A. VON: Vorbei an weiten Obstplantagen nach Pultusk, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Juliheft 1940, S. 131–134.
WEIß, A. VON: Zerstörtes Land im deutschen Aufbau. Eindrücke einer Fahrt durch den Bezirk Zichenau, in: Soldat im Ordensland Preußen, 2. Juliheft 1940, S. 142–144.
WEIß, A. VON: Ostrolenka. Hübsch am Narewufer inmitten weiter Wiesen und Wälder, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Augustheft 1940, S. 152–153.
WEIß, A. VON: Von Mastgänsen und anderen nahrhaften Tieren. Aufbau im Bezirk Zichenau, in: Soldat im Ordensland Preußen, 2. Dezemberheft 1940, S. 263–266.
WINKLER, FRANZ RUDOLF: Jahr 1 des Aufbaus im Osten, in: Masurischer Volkskalender. 1941, Allenstein 1940, S. 43–54.
WINKLER, FRANZ RUDOLF: Überwindung der „polnischen Wirtschaft". Der Kreis Zichenau gibt ein Beispiel in der praktischen Arbeit, in: Südostpreußischer Heimatkalender, 1943, S. 49–55.
Wir schaffen Siedlungsland für deutsche Bauern, in: Preußische Zeitung, 12. November 1940.
Zichenau, in: Feldpost-Brief. Arbeitsgau XXXIX Südostpreußen, September–Oktober 1942, S. 6–9.
Zichenau – deutsches Zukunftsland, in: Soldat im Ordensland Preußen, 1. Juniheft 1941, S. 121.
ZIEZOLD, BERNHARD: Zur Seuchenvorhersage, in: Zeitschrift für Hygiene 124 (1943), 6, S. 704–729.
Zum ersten Male Landdienst im Aufbaugebiet, in: Der Student der Ostmark, 1940, H. 12, S. 385–387.

7. Allgemeine Darstellungen zur deutschen Besatzung Polens mit Zichenau-Bezug

ALY, GÖTZ: Theodor Schieder, Werner Conze oder: Die Vorstufen der physischen Vernichtung, in: Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, hg. v.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

WINFRIED SCHULZE / OTTO GERHARD OEXLE, Frankfurt am Main 1999, S. 163–182 (Die Zeit des Nationalismus, Bd. 14606)

BATAWIA, STANISŁAW: Zagłada chorych psychicznie, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 3 (1947), S. 93–106.

BECKER, MAXIMILIAN: Konfrontation oder Kooperation? Polizei und Justiz in den „eingegliederten" Ostgebieten, in: Die Polizei im NS-Staat. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, hg. v. WOLFGANG SCHULTE, Frankfurt am Main 2009, S. 371–387 (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte, Bd. 7).

BECKER, MAXIMILIAN: Mitstreiter im Volkstumskampf. Deutsche Justiz in den eingegliederten Ostgebieten 1939–1945, München 2014 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 101).

BEER, MATHIAS: Der „Neuanfang" der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, in: Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, hg. v. WINFRIED SCHULZE / OTTO GERHARD OEXLE, Frankfurt am Main 1999, S. 274–301 (Die Zeit des Nationalismus, Bd. 14606).

BÖHLER, JOCHEN: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt am Main 2006 (Die Zeit des Nationalsozialismus, Bd. 16307).

BÖHLER, JOCHEN: Ordinary Clerks or Trailblazers of Destruction? The 'First Wave' of Chiefs of Civil Administration and Their Implementation of Nazi Policy during the German Invasion of Poland in 1939, in: Dapim: Studies on the Holocaust 29 (2014), 1, S. 17–40.

BRANDTNER, GERHARD / VOGELSANG, ERNST: Die Post in Ostpreußen. Ihre Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Lüneburg 2000 (Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Bd. 19).

BREWING, DANIEL: Im Schatten von Auschwitz. Deutsche Massaker an polnischen Zivilisten 1939–1945, Darmstadt 2016 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 29).

BROSZAT, MARTIN: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2).

CURILLA, WOLFGANG: Der Judenmord in Polen und die deutsche Ordnungspolizei 1939–1945, Paderborn 2011.

DATNER, SZYMON: 55 dni Wehrmachtu w Polsce. Zbrodnie dokonane na polskiej ludności cywilnej w okresie 1.IX.–25.X.1939 r., Warszawa 1967.

DEAN, MARTIN: Regional Patterns of Ghettoization in the Annexed and Occupied Territories of the Third Reich, in: Lebenswelt Ghetto. Alltag und soziales Umfeld während der nationalsozialistischen Verfolgung, hg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

v. IMKE HANSEN u. a., Wiesbaden 2013 (Veröffentlichungen des Nordost-Instituts, Bd. 18), S. 37–51.

DINGELL, JEANNE: Zur Tätigkeit der Haupttreuhandstelle Ost, Treuhandstelle Posen 1939 bis 1945, Frankfurt am Main u. a. 2003 (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 955).

DMITRÓW, EDMUND: Oddziały operacyjne niemieckiej Policji Bezpieczeństwa i Służby Bezpieczeństwa a początek zagłady Żydów w Łomżyńskiem i na Białostocczyźnie latem 1941 roku, in: Wokół Jedwabnego, hg. v. PAWEŁ MACHCEWICZ / KRZYSZTOF PERSAK, Bd. 1, Warszawa 2002, S. 273–351.

DMITRÓW, EDMUND: Die Einsatzgruppen der deutschen Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes zu Beginn der Judenvernichtung im Gebiet von Łomża und Białystok im Sommer 1941, in: Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941, hg. v. DEMS. u. a., Osnabrück 2004 (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen-Gesellschaft Bundesverband, Bd. 4), S. 95–208.

DÖRING, STEPHAN: Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen in den Jahren 1939 bis 1940, Frankfurt am Main 2001 (Militärhistorische Untersuchungen, Bd. 3).

Dzieje Mazowsza, Bd. 5: Lata 1939–1945, hg. v. ADAM KOSESKI, Pułtusk / Warszawa 2017.

EICHMÜLLER, ANDREAS: Keine Generalamnestie. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik, München 2012 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 93).

Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN / BOGDAN MUSIAL, Darmstadt 2004 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 3).

German Scholars and Ethnic Cleansing, 1919–1945, hg. v. INGO HAAR / MICHAEL FAHLBUSCH, New York 2005.

GIERLAK, MARIA: Der Deutschunterricht im deutsch besetzten Polen in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 49 (2000), 2, S. 194–220.

GLIENKE, STEPHAN ALEXANDER: Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz" (1959–1962). Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen, Baden-Baden 2008 (Nomos Universitätsschriften. Geschichte, Bd. 20).

GÓRA, WŁADYSŁAW / OKĘCKI, STANISŁAW: Za naszą i waszą wolność. Deutsche Antifaschisten im polnischen Widerstandskampf = Für unsere und eure Freiheit, Berlin 1975.

GRÖNING, GERT / WOLSCHKE-BULMAHN, JOACHIM: Die Liebe zur Landschaft, Teil 3: Der Drang nach Osten. Zur Entwicklung der Landespflege

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im Nationalsozialismus und während des 2. Weltkrieges in den „eingegliederten Ostgebieten", München 1987 (Arbeiten zur sozialwissenschaftlich orientierten Freiraumplanung, Bd. 9).

GROTUM, THOMAS: Das digitale Archiv. Aufbau und Auswertung einer Datenbank zur Geschichte des Konzentrationslagers Auschwitz, Frankfurt am Main / New York 2004.

GRUNER, WOLF / OSTERLOH, JÖRG: Das „Großdeutsche Reich" und die Juden: nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten" Gebieten, Frankfurt am Main u. a. 2010 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts, Bd. 17).

GUTSCHOW, NIELS: Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten" 1939–1945, Gütersloh u. a. 2001 (Bauwelt-Fundamente, Bd. 115).

HAAR, INGO: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf" im Osten, Göttingen 2002 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 143).

HAAR, INGO: German „Ostforschung" und Anti-Semitism, in: German Scholars and Ethnic Cleansing, 1919–1945, hg. v. DEMS. / MICHAEL FAHLBUSCH, New York 2005, S. 1–27.

HAAR, INGO: Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen, München 2008.

HARTENSTEIN, MICHAEL: Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten" 1939 bis 1944, Berlin 1998 (Wissenschaftliche Schriftenreihe Geschichte, Bd. 6).

HARVEY, ELIZABETH: Women and the Nazi East. Agents and Witnesses of Germanization, New Haven, Conn. 2003.

HARVEY, ELIZABETH: „Wir kamen in vollkommenes Neugebiet rein." Der „Einsatz" von Mitgliedern nationalsozialistischer Frauenorganisationen im besetzten Polen, in: Sie waren dabei Mitläuferinnen, Nutznießerinnen, Täterinnen im Nationalsozialismus, hg. v. MARITA KRAUSS, Göttingen 2009, S. 83–102 (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 8).

HEINEMANN, ISABEL: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut". Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003 (Moderne Zeit, Bd. 2).

HESS, CORDELIA: „Some Short Business Trips." Kurt Forstreuter and the Looting of Archives in Poland and Lithuania, 1939–1942, in: Yad Vashem Studies 42 (2014), 2, S. 91–122.

HUBATSCH, WALTHER: Geschichte der evangelischen Kirche Ostpreußens, Göttingen 1968.

JACHOMOWSKI, DIRK: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur „Siedlungsbrücke" an der Reichsgrenze, München 1984 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission, Bd. 32).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

JANOWICZ, ZBIGNIEW: Ustrój administracyjny ziem polskich, wcielonych do Rzeszy Niemieckiej 1939–1945; tzw. okręgi kraju Warty i Gdańska-Prus Zachodnich, Poznań 1951 (Badania nad Okupacją Niemiecką w Polsce, Bd. 5).

JANSEN, CHRISTIAN / WECKBECKER, ARNO: Der „Volksdeutsche Selbstschutz" in Polen 1939/40, München 1992 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 64).

JASTRZĘBSKI, WŁODZIMIERZ: Okupacyjne losy ziem polskich wcielonych do III Rzeszy (1939–1945), Bydgoszcz 2017.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Zbrodnie Wehrmachtu na jeńcach wojennych i ludności cywilnej w 1939 roku, Mława 1984.

KALLER, MAXIMILIAN: Bischof der wandernden Kirche. Flucht und Vertreibung – Integration – Brückenbau, hg. v. THOMAS FLAMMER / HANS-JÜRGEN KARP, Münster 2012.

KARP, HANS-JÜRGEN: Germanisierung oder Seelsorge? Zur Tätigkeit reichsdeutscher Priester in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten Polens 1939–1945, in: Zeitschrift für Ostforschung 30 (1981), 1, S. 40–74.

KARP, HANS-JÜRGEN: Katholische Kirche unter nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur. Deutschland und Polen 1939–1989, Köln 2001 (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands, Bd. 32).

KIEŁBOŃ, JANINA: Judendeportationen in den Distrikt Lublin (1939–1943), in: „Aktion Reinhardt". Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, hg. v. BOGDAN MUSIAŁ, Osnabrück 2004 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 10), S. 111–140.

KLEMP, STEFAN: „Nicht ermittelt". Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz. Ein Handbuch, Essen 2005 (Geschichtsort Villa ten Hompel Münster. Schriften).

KNEIFEL, EDUARD: Die Pastoren der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen, Eging 1967.

KNEIFEL, EDUARD: Die Evangelische Kirche im Wartheland-Ost (Lodz) – ihr Aufbau und ihre Auseinandersetzung mit dem Nationalismus 1939–1945. Eine kirchengeschichtliche Darstellung mit einem Anhang (u. a. auch über die Polnische Evangelisch-Augsburgische Kirche 1945–1975) und mehreren Anlagen, Vierkirchen b. München 1976.

KONIECZNY, ALFRED: Organizacja gestapo na ziemiach polskich włączonych do Rzeszy w latach 1939–1945, in: Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi 30 (2008), S. 331–349.

KORC, EWA / SOŁOMA, ANTONI: Z badań nad hitlerowską eutanazją w Prusach Wschodnich, in: Studia nad Faszyzmem i Zbrodniami Hitlerowskimi 12 (1987), S. 189–199.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

KOSSERT, ANDREAS: Masuren. Ostpreußens vergessener Süden, München 2001.

KOSSERT, ANDREAS: Preußen, Deutsche oder Polen. Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956, Wiesbaden 2001 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien).

KOSSERT, ANDREAS: Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München 2005.

KOZANECKI, ZYGMUNT u. a.: Wiek walki o dwie wolności, Płock 2001.

KOZIEŁŁO-POKLEWSKI, BOHDAN: Zagraniczni robotnicy przymusowi w Prusach Wschodnich w latach drugiej wojny światowej, Warszawa 1977 (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie).

KOZŁOWSKI, EUGENIUSZ / MATUSAK, PIOTR: Eksploatacja siły roboczej i grabież ziem polskich przez Wehrmacht w końcowym okresie II wojny światowej, Poznań 1986 (Documenta occupationis, Bd. 12).

LEWANDOWSKA, STANISŁAWA: Okupowanego Mazowsza dni powszednie. 1939–1945, Warszawa 1993.

LOOSE, INGO: Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, München 2011 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 75).

LOTFI, GABRIELE, SS-Sonderlager im nationalsozialistischen Terrorsystem. Die Entstehung von Hinzert, Stutthof und Soldau, in: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, hg. v. NORBERT FREI u. a., München 2000 (Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, Bd. 4), S. 209–229.

MADAJCZYK, CZESŁAW: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Köln 1988.

MAJER, DIEMUT: Der Kampf um die Einführung des Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes in den „Eingegliederten Ostgebieten". Ein Beitrag zum Prozess der politischen Willensbildung im totalitären Staat, in: Der Staat 17 (1978), 1, S. 49–72.

MAJER, DIEMUT: „Fremdvölkische" im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1993 [1981] (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 28).

MALLMANN, KLAUS-MICHAEL u. a.: Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 12).

MEINDL, RALF: Polityka gauleitera Prus Wschodnich Ericha Kocha na obszarach polskich przyłączonych do Rzeszy jako wyraz aspiracji narodowo-socjalistycznych, in: Niemcy i Polska w trudnych latach 1933–1990. Nowe

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

spojrzenie na dawne konflikty, hg. v. BERND MARTIN, Poznań / Freiburg im Breisgau 2004 (Publikacje Instytutu Historii UAM, Bd. 57), S. 87–115.

MEINDL, RALF: Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 18).

MIESZKOWSKI, SŁAWOMIR: Gostynin. Wojewodschafts-Krankenhaus für psychisch und Nerven-Kranke, in: Die Ermordung der Geisteskranken in Polen 1939–1945, hg. v. ZDZISŁAW JAROSZEWSKI, Warszawa 1993, S. 135–139.

NESTLER, LUDWIG: Zum Aufbau und zur Tätigkeit der faschistischen Sondergerichte in den zeitweilig okkupierten Gebieten Polens, in: Jahrbuch für Geschichte 10 (1974), S. 579–631.

NONN, CHRISTOPH: Direkte und indirekte Beiträge zur nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik: Die Landesstelle Ostpreußen der Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte unter Theodor Schieder, in: Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933, hg. v. SVEN KRIESE, Berlin 2015 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. Forschungen, Bd. 12), S. 211–219.

ORŁOWSKI, SŁAWOMIR / OSTROWICZ, RADOSŁAW: Erich Koch przed polskim sądem, Warszawa 1959.

PLOCH, GREGOR: Die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten im besetzten Polen und ihre Auswirkungen auf das deutsch-polnische Verhältnis nach 1945, in: Maximilian Kaller, Bischof der wandernden Kirche. Flucht und Vertreibung – Integration – Brückenbau, hg. v. THOMAS FLAMMER / HANS-JÜRGEN KARP, Münster 2012 (Zeitschrift f. d. Geschichte und Altertumsurkunde Ermlands. Beihefte, Bd. 20), S. 128–172.

Polska 1939–1945. Obszary inkorporowane do Rzeszy, Generalne Gubernatorstwo oraz ziemie wcielone do Związku Radzieckiego: podobieństwa i różnice. Materiały XXII sesji naukowej w Toruniu w dniu 7 listopada 2012 roku, hg. v. BOGDAN CHRZANOWSKI, Toruń 2014 (Biblioteka Fundacji „Archiwum Pomorskie Armii Krajowej" w Toruniu, Bd. 67).

POSPIESZALSKI, KAROL MARIAN: Polska pod niemieckim prawem 1939–1945 (Ziemie Zachodnie), Poznań 1946 (Badania nad okupacją niemiecką w Polsce, Bd. 1,1).

PRZEGIĘTKA, MARCIN: Przewodnik po Bundesarchiv. Zespoły archiwalne dotyczące okupacji ziem polskich w okresie II wojny światowej w zbiorach niemieckiego Archiwum Federalnego, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. MAREK GAŁĘZOWSKI, Bd. 1, Warszawa 2015, S. 358–402.

REBENTISCH, DIETER: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und der Verwaltungspolitik 1939–1945, Stuttgart 1989 (Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 29).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

RIEß, VOLKER: Zentrale und dezentrale Radikalisierung. Die Tötungen „unwerten Lebens" in den annektierten west- und nordpolnischen Gebieten 1939–1941, in: Genesis des Genozids: Polen 1939–1941, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN / BOGDAN MUSIAL, Darmstadt 2004 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 3), S. 127–144.

ROHRER, CHRISTIAN: Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, München 2006.

ROHRER, CHRISTIAN: Vom Wachstum der Erich-Koch-Stiftung. Ein nationalsozialistischer Mischkonzern und die „Arisierung" der „Ersten Ostpreußischen Bettfedernfabrik", in: Vorposten des Reichs? Ostpreußen 1933–1945, hg. v. CHRISTIAN PLETZING, München 2006 (Colloquia Baltica, Bd. 3), S. 77–112.

ROHRER, CHRISTIAN: War Gauleiter Koch korrupt?, in: Nützliche Netzwerke und korrupte Seilschaften, hg. v. ARNE KARSTEN / HILLARD VON THIESSEN, Göttingen 2006, S. 46–69.

ROHRER, CHRISTIAN: Landesbauernführer, 2 Bde., Göttingen 2017.

ROSENKÖTTER, BERNHARD: Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost" und der Raub polnischer Vermögen 1939–1945, Essen 2003.

ROSSINO, ALEXANDER B.: Hitler Strikes Poland: Blitzkrieg, Ideology, and Atrocity, Lawrence 2003 (Modern War Studies).

RUTOWSKA, MARIA: Wysiedlenia Polaków i Żydów z ziem polskich wcielonych do Trzeciej Rzeszy do Generalnego Gubernatorstwa w latach 1939–1941, in: Polska 1939–1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami, hg. v. WŁODZIMIERZ MATERSKI / TOMASZ SZAROTA, Warszawa 2009, S. 114–127.

SAKSON, ANDRZEJ, Od Kłajpedy do Olsztyna. Współcześni mieszkańcy byłych Prus Wschodnich: Kraj Kłajpedzki, Obwód Kaliningradzki, Warmia i Mazury, Poznań 2011 (Ziemie Zachodnie. Studia i materiały 25).

SAMERSKI, STEFAN: Priester im annektierten Polen. Die Seelsorge deutscher Geistlicher in den an das Deutsche Reich angeschlossenen polnischen Gebieten 1939–1945, Bonn 1997 (Historische Forschungen).

SAWICKI, JACEK ZYGMUNT: Kariera SS-Oberscharführera Hermanna Baltruschata 1939–1943. Album fotograficzny funkcjonariusza Einsatzgruppe i Geheime Staatspolizei na ziemiach polskich wcielonych do rzeszy, Warszawa 2014.

STEINSIEK, PETER-MICHAEL: Forstliche Großraumszenarien bei der Unterwerfung Osteuropas durch Hitlerdeutschland, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 94 (2007), 2, S. 141–164.

STELBRINK, WOLFGANG: Der preußische Landrat im Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Personal- und Verwaltungspolitik auf

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Landkreisebene, Münster u. a. 1998 (Internationale Hochschulschriften, Bd. 255).

STOLL, KATRIN, Die Herstellung der Wahrheit. Strafverfahren gegen ehemalige Angehörige der Sicherheitspolizei für den Bezirk Białystok, Berlin 2012 (Juristische Zeitgeschichte / Abteilung 1; 22).

TOPP, SASCHA u. a.: Die Provinz Ostpreußen und die nationalsozialistische „Euthanasie". SS-„Aktion Lange" und „Aktion T4", in: Medizinhistorisches Journal 43 (2008), 1, S. 20–55.

TRIMMEL, GERALD: Der nationalsozialistische Spielfilm „Heimkehr". Strategien der Manipulation und Propaganda, Krems 1997 (Workshop, Kultur, Wissenschaften, Bd. 1).

TRIMMEL, GERALD: Heimkehr. Strategien eines nationalsozialistischen Films, Wien 1998.

UMBREIT, HANS: Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977 (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 18).

UMIŃSKA, MAGDALENA: Maria Żelechowska-Wyrzykowska, in: Rocznik Historyczny Muzeum Historii Polskiego Ruchu Ludowego 30 (2014), S. 179–187.

VENHOFF, MICHAEL: Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945, Hannover 2000 (Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Arbeitsmaterial 258).

WARDZYŃSKA, MARIA: Był rok 1939. Operacja niemieckiej policji bezpieczeństwa w Polsce Intelligenzaktion, Warszawa 2009 (Monografie, Bd. 53).

WARDZYŃSKA, MARIA: Wysiedlenia ludności polskiej z okupowanych ziem polskich włączonych do III Rzeszy w latach 1939–1945, Warszawa 2017.

8. Einzelbeiträge zum Regierungsbezirk Zichenau

Bartołd, Ewa: „Zichenauer Zeitung" als Instrument der NS-Propaganda 1940–1944. Versuch einer Vormonographie, Magisterarbeit, Universität Warschau, Warszawa 1997.

BARTOŁD-PIENIĄŻEK, EWA: Czytając „Zichenauer Zeitung". Dzień powszedni północnego Mazowsza w prasie nazistowskiej, in: Borussia. Kultura – Historia – Literatura 31 (2003), S. 109–130.

BIELECKA, DANUTA: Społeczność żydowska w Nowym Dworze Mazowieckim w latach 1918–1939, in: Rocznik Mazowiecki 14 (2002), S. 99–114.

BISBERG-YOUKELSON, FEIGL u. a.: The Life and Death of a Polish Shtetl, Lincoln 2000.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

BLOMBERGOWA, MARIA MAGDALENA u. a.: Mieszkańcy Płockiego. Więźniowie Kozielska, Ostaszkowa i Starobielska zamordowani przez NKWD wiosną 1940 roku, in: Płocki Rocznik Historyczno-Archiwalny 5 (1999), S. 117–130.

BONDARCZUK, MARIUSZ: Piątego dnia. Rzecz o życiu i zagładzie Żydów krasnosielskich, Przasnysz 2001 [1996].

BORYSIAK, JAN: Prześladowanie i zagłada ludności żydowskiej w Gąbinie. W 50 rocznicę likwidacji getta, in: Notatki Płockie 37 (1992), 4, S. 37–38.

BRENDA, WALDEMAR: Zarys dziejów POZ w powiecie sierpeckim w latach 1940–1942, in: Notatki Płockie 37 (1992), 1, S. 33–34.

BRENDA, WALDEMAR: Sierpecka tajna oświata w latach hitlerowskiej okupacji, in: Notatki Płockie 38 (1993), 4, S. 27–29.

BRENDA, WALDEMAR: Tajna prasa w powiecie sierpeckim (1939–1945), in: Notatki Płockie 38 (1993), 2, S. 20–22.

BRENDA, WALDEMAR: Samodzielne Bataliony Mazowsza Płockiego, in: Notatki Płockie 42 (1997), 2, S. 46–48.

BRENDA, WALDEMAR: Konspiracja na północnym Mazowszu w świetle wspomnień z II wojny światowej Mieczysława Churskiego, T. 1–2, in: Notatki Płockie 46 (2001), 2, S. 23–29 u. 3, S. 43–47.

BRENDA, WALDEMAR: Delegatura Rządu na Kraj na Północnym Mazowszu, in: Terenowe struktury Delegatury Rządu Rzeczypospolitej Polskiej na Kraj 1939–1945. Materiały XI sesji naukowej w Toruniu w dniu 17 listopada 2001 roku, hg. v. GRZEGORZ GÓRSKI, Toruń 2002 (Biblioteka Fundacji „Archiwum Pomorskie AK", Bd. 37), S. 167–180.

BRENDA, WALDEMAR: Okupacja i konspiracja w powiecie sierpeckim w latach 1939–1945, in: Dzieje Sierpca i ziemi sierpeckiej, hg. v. MARIAN CHUDZYŃSKI, Sierpc 2003, S. 437–513.

BRENDA, WALDEMAR / GRABOWSKI, WALDEMAR: Okręgowa Delegatura Rządu Ciechanów, Warszawa 2011 (Polskie Państwo Podziemne w dokumentach, Bd. 2).

BURAKOWSKI, JAN: Kronika Sierpca i Ziemi Sierpeckiej, Sierpc 2007.

CHOJNACKI, JAKUB: Dzieje Płocka, Płock 1973.

CHOJNACKI, MIECZYSŁAW: Losy Oddziału Specjalnego ogniomistrza „Wyboja", Sierpc 2014.

CHRZANOWSKI, STANISŁAW: Płock od 9 września 1939 do 22 czerwca 1941 r., Teil I: Teoria i praktyka hitlerowskich okupantów w dziele umacniania niemczyzny / Stanisław Chrzanowski, in: Notatki Płockie 5 (1960), 17/18, S. 26–39; Teil II: Wielkie wysiedlenia i nowy, niemiecki ład, in: Notatki Płockie 6 (1961), 20, S. 3–13.

CHRZANOWSKI, STANISŁAW: Kronika ostatnich dni okupacji w Płocku, in: Notatki Płockie 7 (1962), 23, S. 22–27.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

CHRZANOWSKI, STANISŁAW: Specjalne prawo karne dla Polaków i Żydów. Płock w czasie okupacji, in: Notatki Płockie 8 (1963), 25, S. 21–23.
CHRZANOWSKI, STANISŁAW: Ostatnie numery niemieckiej gazety, in: Notatki Płockie 9 (1964), 27/28, S. 37–40.
CHRZANOWSKI, STANISŁAW: Rok 1942 na ziemi płockiej, in: Notatki Płockie 12 (1967), 3/4, S. 27–34.
CHUDZYŃSKI, MARIAN: Dr. Aleksander Maciesza. Zasłużony prezes Towarzystwa Naukowego Płockiego w latach 1907–1945, Płock 2000.
CYBULSKI, TOMASZ: Parafia ewangelicko-augsburska w Płocku od 1804 do 1956 roku, Toruń 2011.
CZAPLICKA, JANINA: Z dziejów Tajnej Organizacji Nauczycielskiej (TON) w latach 1939–1945, in: Notatki Płockie 50 (2005), 3, S. 15–18.
CZARTORYSKI, ARKADIUSZ: 5 Pułk Ułanów Zasławskich w Polskiej Wojnie Obronnej 1939 r., Ostrołęka 2009.
CZUBAK, WOJCIECH: Hitlerowska polityka eksterminacji w Płońsku i okolicach w latach 1939, in: Dzieje miasta Płońska, hg. v. ALEKSANDER KOCISZEWSKI, Ciechanów 1983 (Ciechanowskie Studia i Materiały 19), S. 127–148.
DANILUK, JAN: Oddziały Szturmowe NSDAP (SA) na ziemi płockiej w świetle nieznanego dokumentu ze zbiorów Tajnego Archiwum Państwowego Fundacji Pruskiego Dziedzictwa Kulturowego w Berlinie-Dahlem, in: Rocznik Towarzystwa Naukowego Płockiego 7 (2015), S. 88–115.
Do dziejów ludności żydowskiej w Płocku podczas okupacji hitlerowskiej, in: BŻIH. Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego, 1964, H. 4, S. 71–77.
DOROBEK, FRANCISZEK: Płock w latach okupacji hitlerowskiej, in: Dzieje Płocka, hg. v. JAKUB CHOJNACKI, Płock ^{2}1978, S. 436–471.
DOROBEK, FRANCISZEK: Płock i Ziemia Płocka w 1945 roku, Płock 1980.
DREZNER, ZAŁMAN u. a.: Księga Żydów ostrołęckich, Ostrołęka / Tel Awiw 2002.
DREZNER, ZAŁMAN u. a.: Księga Żydów ostrołęckich. Suplement: Żydzi ostro-łęccy w Związku Sowieckim podczas II wojny światowej, Ciechanów / Tel Awiw 2004.
DUMOWSKI, ZDZISŁAW: Powiat sierpecki w czasach okupacji hitlerowskiej oraz w okresie II konspiracji, in: Notatki Płockie 57 (2012), 2, S. 30–39.
DYMEK, BENON: Księga działaczy ruchu rewolucyjnego województwa ciechanowskiego, Ciechanów 1979 (Studia i Materiały / Mazowiecki Ośrodek Badań naukowych. Zakład Naukowy w Ciechanowie, Bd. 16).
DYMEK, BENON / KAZIMIERSKI, JÓZEF: Hitlerowskie więzienie policyjne w Pomiechówku, in: Rocznik Mazowiecki 6 (1976), S. 91–122.
DZIERŻANOWSKI, LEON: „Zgoda" w czasie okupacji hitlerowskiej, in: Notatki Płockie 14 (1969), 3, S. 20–23.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

FLIS, STANISŁAW: Józef Ostaszewski, działacz kulturalny Mazowsza Północnego (1875–1942), in: Rocznik Mazowiecki 5 (1974), S. 433–446.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ: Więzienie karno-śledcze gestapo w Forcie III w Pomiechówku (w latach 1941–1945), in: Notatki Płockie 26 (1981), 1, S. 20–28.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ: Obsada personalna więzienia karnośledczego gestapo w Forcie III w Pomiechówku, in: Notatki Płockie 31 (1986), 3, S. 44–48.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ: Fort III w Pomiechówku w latach 1939–1945. Przyczynek do historii zbrodni hitlerowskich w Polsce, in: Rocznik Mazowiecki 9 (1987), S. 321–339.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ: Obozy pracy w rejencji ciechanowskiej, in: Notatki Płockie 34 (1989), 4, S. 30–37.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ: Fort III w Pomiechówku – warunki życia więźniów, in: Notatki Płockie 35 (1990), 4, S. 15–23.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ: Tajemnice Fortu III w Pomiechówku, Warszawa 2002.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ: Mazowiecka katownia. Dzieje Fortu III w Pomiechówku, Warszawa 2006.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ: Zbrodnie niemieckie wobec ludności polskiej na Północnym Mazowszu 1939–1945 (w wybranych więzieniach i obozach), Warszawa 2009.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ: Socjologia terroru i zagłady: Zagrożenia personalne i strukturalne wobec Polaków i Żydów (pod okupacją niemiecką w rejencji ciechanowskiej w latach 1939–1945), Warszawa 2015.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ / FRANKOWSKA, JADWIGA URSZULA: Aparat SS i policji niemieckiej elementem terroru i zagłady w rejencji ciechanowskiej w latach 1939–1945, in: Notatki Płockie 61 (2016), 4, S. 12–26.

FRANKOWSKI, MAREK TADEUSZ / FRANKOWSKI, JAN: Martyrologia inteligencji polskiej w Forcie III w Pomiechówku, in: Notatki Płockie 28 (1983), 3, S. 20–26.

FREJEK, JÓZEF: Szpital płocki w okresie okupacji, in: Notatki Płockie 9 (1964), 27/28, S. 40–42.

GINTER, WŁADYSŁAW STANISŁAW: Mariawici płoccy w czasie okupacji niemieckiej w latach 1939–1942, in: Notatki Płockie 51 (2006), 1, S. 36–39.

GISZCZAK, DOROTA: Gralewo w okresie okupacji hitlerowskiej (Z wojennych dziejów Gralewa), in: Ziemia Zawkrzeńska 4 (2000), S. 33–47.

GLINIECKI, TOMASZ: The Entry of the Armored Warfare of the Red Army into the Breakthrough of the German front in the north of Mazovia in January 1945, in: Zeszyty Naukowe Ostrołęckiego Towarzystwa Naukowego 31 (2017), S. 293–309.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

GŁUCHOWSKA, STEFANIA: Lata II wojny światowej i okupacji w Sierpcu (wspomnienie), in: Notatki Płockie 38 (1993), 1, S. 20–24.

GMITRUK, JANUSZ / PRZYBYSZ, KAZIMIERZ: Konspiracyjny ruch ludowy na Mazowszu, in: Dzieje Mazowsza, Bd. 5: Lata 1939–1945, hg. v. ADAM KOSESKI, Pułtusk / Warszawa 2017, S. 449–558.

GOERKE, HEINZ: Entwicklung der stationären Krankenversorgung in Südostpreußen bis 1945, in: Archiwum Historii i Filozofii Medycyny 62 (1999), 4, S. 349–356.

GOŁĘBIOWSKI, BRONISŁAW: Z dziejów wojny i okupacji na ziemiach województwa ostrołęckiego 1939–1945. Materiały z sesji popularnonaukowej 11.05.1995, Ostrołęka 1995.

GOŁOTA, JANUSZ: Losy Żydów ostrołęckich w czasie II wojny światowej, in: BŻIH. Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego, 1998, H. 3, S. 23–35.

GOŁOTA, JANUSZ: Wydarzenia roku 1939 i 1989 na Mazowszu Północno-Wschodnim. Studia nad historią regionalną, Ostrołęka 2009.

GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, BOŻENA: Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989 (Ciechanowskie Studia i Materiały 29).

GRABOWSKI, JAN: Germans in the Eyes of the Gestapo. The Ciechanów District 1939–1945, in: Contemporary European History 13 (2004), 1, S. 21–43.

GRABOWSKI, JAN: The Holocaust in Northern Mazovia (Poland) in the light of the archive of the Ciechanów Gestapo, in: Holocaust and Genocide Studies 18 (2004), 3, S. 460–476.

GRABOWSKI, JAN: Polityka antyżydowska na terenie rejencji ciechanowskiej, in: Zagłada Żydów na polskich terenach wcielonych do Rzeszy, hg. v. ALEKSANDRA NAMYSŁO, Warszawa 2008 (Konferencje IPN, Bd. 34), S. 59–69.

GRABOWSKI, JAN: Die antijüdische Politik im Regierungsbezirk Zichenau, in: Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945, hg. v. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK / JOCHEN BÖHLER, Osnabrück 2010 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 21), S. 99–115.

GRETKOWSKI, ANDRZEJ / KRYDZIŃSKI, PAWEŁ: Dzieje więziennictwa w Płocku w latach 1803–1991, Płock 2012.

GRYNBERG, MICHAŁ: Getta w rejencji ciechanowskiej, in: BŻIH. Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego, 1980, H. 4, S. 57–78.

GRYNBERG, MICHAŁ: Obozy w rejencji ciechanowskiej, in: BŻIH. Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego, 1981, H. 1, S. 45–58.

GRYNBERG, MICHAŁ: Żydzi w rejencji ciechanowskiej 1939–1942, Warszawa 1984.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

GRZYBOWSKI, MICHAŁ MARIAN: Diecezja płocka, in: Życie religijne pod okupacją hitlerowską 1939–1945, hg. v. ZYGMUNT ZIELIŃSKI, Warszawa 1982, S. 406–427.

GRZYBOWSKI, MICHAŁ MARIAN: W pięćdziesiątą rocznicę zajęcia gmachów Seminarium Duchownego w Płocku przez oddziały niemieckie 9 XII 1939 – 9 XII 1989, in: Miesięcznik Pasterski Płocki, 1990, Nr. 5, S. 179–184.

GRZYBOWSKI, MICHAŁ MARIAN: Eksterminacja duchowieństwa katolickiego miasta i powiatu płockiego w latach 1939–1945, in: Płocki Rocznik Historyczno-Archiwalny 5 (1999), S. 107–113.

GRZYBOWSKI, MICHAŁ MARIAN: Martyrologium duchowieństwa diecezji płockiej w latach II wojny światowej 1939–1945, Włocławek / Płock 2002.

GRZYBOWSKI, MICHAŁ MARIAN: Kościół katolicki w Płocku w latach 1793–2003, Płock 2004.

GRZYBOWSKI, MICHAŁ MARIAN: Mądrość zbudowała sobie dom. 75-lecie Biblioteki Wyższego Seminarium Duchownego w Płocku 1928–2003, Płock 2004.

GRZYBOWSKI, MICHAŁ MARIAN: Obóz hitlerowski w Działdowie w latach 1939–1945, in: Studia Płockie 32 (2004), S. 193–204.

GRZYBOWSKI, MICHAŁ MARIAN: Kościół katolicki w Płocku w latach okupacji, in: Dzieje Płocka, Bd. 2: Dzieje miasta w latach 1793–1945, hg. v. MIROSŁAW KRAJEWSKI u. a., Płock 2006, S. 853–862.

GRZYBOWSKI, MICHAŁ MARIAN: Duchowieństwo diecezji płockiej. Wiek XX, Płock 2008.

GUMKOWSKI, JANUSZ: Obóz hitlerowski w Działdowie, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 10 (1958), S. 57–88.

GUMPRECHT, ELIGIUSZ: Chaim Rogozik i jego Płock, in: Kwartalnik Historii Żydów 199 (2001), S. 362–366.

HARTMANN, PETER REINHARD: Die annexionistische Agrarsiedlungspolitik des deutschen Faschismus in den sogenannten „Eingegliederten Ostgebieten" („Reichsgau Danzig-Westpreußen", „Reichsgau Wartheland", „Regierungsbezirk Zichenau") 1939–1945, Dissertationsschrift, Rostock 1969.

HENSCHEL, CHRISTHARDT: Neubau und Umbau. Städtebau im Regierungsbezirk Zichenau (1939–1945), in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 70 (2021) [erscheint 2021].

HENSCHEL, CHRISTHARDT: Regionsmacher an der Peripherie. Polnische und deutsche Forscher über das nördliche Masowien im Zeitalter der Weltkriege, in: Regionsmacher in Ostmitteleuropa, hg. v. SABINE JAGODZINSKI u. a., Osnabrück [erscheint 2021]).

JANIKOWA, LUCYNA: Pułkownik „Wara", Ciechanów 2009.

JASIŃSKI, JANUSZ WALDEMAR: Straty materialne w obszarze Twierdzy Modlin w latach 1939–1945 (analiza i próba bilansu), in: Studia Mazowieckie 9 (2013), 2, S. 9–77.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

JASIŃSKI, JANUSZ WALDEMAR: Straty osobowe (biologiczne) w obszarze Twierdzy Modlin w latach 1939–1945. Analiza i próba bilansu, in: Studia Mazowieckie 8 (2013), 4, S. 11–65.

JASNY, A. WOLF / BECKERMAN, MIRIAM DASHKIN: Memorial (Yizkor) Book for the Jewish Community of Ciechanow, New York 2013.

JĘDRZEJEWSKI, BOLESŁAW: Ks. Profesor Prałat Seweryn Wyczałkowski w szeregach Armii Krajowej (wspomnienia z lat okupacji hitlerowskiej w Płocku), in: Notatki Płockie 31 (1986), 3, S. 59–63.

JELEC, ANTONI: Polegli na polu chwały. Lista żołnierzy płockich poległych w drugiej wojnie światowej, in: Płocki Rocznik Historyczno-Archiwalny 5 (1999), S. 171–184.

JEZUSEK, WACŁAW: Męczeński koniec arcybiskupa Antoniego Juliana Nowowiejskiego, biskupa płockiego (1858–1941), Płock 2016.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Z dziejów zbrodni Wehrmachtu na północnym Mazowszu, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 32 (1967), S. 262–269.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Mławskie Mazowsze w walce (1939–1945), Warszawa 1968.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Obozy w rejencji ciechanowskiej, in: Notatki Płockie 13 (1968), 1, S. 32–38.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Z dziejów ruchu oporu w powiecie działdowskim, Olsztyn 1968.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Powiat ciechanowski w walce z Niemcami, in: Millenium Ciechanowa. Materiały z sesji naukowopopularnej w dniach 11 i 12 grudnia 1965 r., hg. v. STANISŁAW PAZYRA, Ciechanów 1969 (Prace Mazowieckiego Ośrodka Badań Naukowych, Bd. 9), S. 123–170.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Pogranicze północnego Mazowsza w przededniu II wojny światowej, in: Notatki Płockie 15 (1970), 5, S. 22–28 und 16 (1971), 1, S. 20–25.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Walka z terrorem hitlerowskim na północnym Mazowszu, in: Wojskowy Przegląd Historyczny 23 (1978), 2, S. 141–161.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Z lat wojny i okupacji w powiecie makowskim, Warszawa 1984.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Bitwa pod Mławą, Warszawa 1987 (Mazowiecki Ośrodek Badań Naukowych, Bd. 49).

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Miasta północno-mazowieckie we wrześniu 1939 (w 50 rocznicę wybuchu II wojny światowej), in: Notatki Płockie 34 (1989), 3, S. 18–29.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Walki o przedmościa. Różan, Pułtusk, Płock 1939, Warszawa 1992.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Czas cierpień, walki i bohaterstwa. Powiat przasnyski w latach 1939–1945, Przasnysz 1993.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Hitlerowski dziecięcy obóz selekcji i wyniszczenia w Iłowie, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu Instytutu Pamięci Narodowej 36 (1993), S. 37–44.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Losy Żydów mławskich w okresie II-ej wojny światowej, Mława 1994.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Wzywam Was do apelu. Straty Korpusu Oficerskiego Armii „Modlin" w czasie drugiej wojny światowej, Warszawa 1995.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: 11 Pułk Ułanów Legionowych im. Marszałka Edwarda Śmigłego-Rydza. Suplement, Ciechanów 1999 (Ciechanowskie Studia i Materiały 47).

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Miasta północnomazowieckie pod bombami, in: Niepodległość i Pamięć 16 (2009), 2, S. 69–90.

JUSZKIEWICZ, RYSZARD: Wrzesień 1939 roku na Mazowszu Północnym, Mława 2009 (Praca Stacji Naukowej w Mławie, Bd. 26).

JUSZKIEWICZ, RYSZARD / GRZEBSKI, EDMUND: Z dziejów harcerstwa mławskiego (1913–1996). Praca zbiorowa, Mława 1996.

KAWSKI, TOMASZ / OPIOŁA-CEGIEŁKA, MONIKA: Gminy żydowskie pogranicza Wielkopolski, Mazowsza, Małopolski i Śląska w latach 1918–1942, Toruń 2008.

KAZIMIERSKI, JÓZEF: Straty biologiczne i materialne na obszarze obecnego województwa ostrołęckiego w latach II wojny światowej, in: Rocznik Mazowiecki 10 (1998), S. 77–90.

KĘDZIORA-BABIŃSKI, PIOTR: Fort III w Pomiechówku. Pierwszy etap prac ekshumacyjnych, in: Biuletyn IPN, 2019, H. 12, S. 140–144.

KEWITSCH, PAUL: Deutschen-Seelsorge im Bezirk „Zichenau" 1940–45, in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 31/32 (1967/1968), S. 433–438.

KIJOWSKI, JERZY: Polacy i Żydzi – różnorodność zachowań i postaw w świetle Księgi Żydów ostrołęckich, in: Zeszyty Naukowe Ostrołęckiego Towarzystwa Naukowego 16 (2002), S. 201–210.

KILJAN, ZYGMUNT: Tajne nauczania w powiecie pułtuskim w latach okupacji hitlerowskiej, in: Pułtusk. Studia i materiały z dziejów miasta i regionu 2 (1975), S. 259–286.

KISIEL, DARIUSZ: Kalendarium Pułtuska i okolic (do roku 2000), Płock 2001.

KOBUSZEWSKI, BOGDAN: Okręg Płocki 1942–1945. Z walk PPR, GL-AL, Warszawa 1974.

KOCISZEWSKI, ALEKSANDER: Walka – męczeństwo – pamięć. Przewodnik po miejscach pamięci narodowej woj. ciechanowskiego, Ciechanów 1979 (Studia i Materiały / Mazowiecki Ośrodek Badań Naukowych, Bd. 15).

KOCISZEWSKI, ALEKSANDER: Rejencja ciechanowska (Regierungsbezirk Zichenau) 1939–1945. Budowa niemieckiego „Lebensraumu" na Mazowszu Północnym, in: Zapiski Ciechanowskie 9 (1995), S. 161–194.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

KOCISZEWSKI, ALEKSANDER u. a.: Mazowsze Ciechanowskie moja „mała ojczyzna", Bd. 2: Szkice z dziejów regionu (od roku 1918), Ciechanów 1997 (Ciechanowskie Studia i Materiały 45).

KOŁODZIEJ, DANUTA: Wykaz miejsc pamięci narodowej. Województwo płockie, Płock 1978.

KOŃSKI, WIESŁAW: Dwa wieki prasy płockiej 1810–1945, Bd. 1, Płock 2012.

KOSESKI, ADAM: Wyzwolenie Mazowsza spod hitlerowskiej okupacji, in: Dzieje Mazowsza, Bd. 5: Lata 1939–1945, hg. v. DEMS., Pułtusk / Warszawa 2017, S. 559–568.

KOTKIEWICZ, ADAM DARIUSZ: Mord na Żydach w Raciążu w sierpniu 1945 roku, in: Notatki Płockie 56 (2011), 4, S. 38–43.

KOWALEWSKI, JAN: Bataliony chłopskie w walce o wolność Ziemi Płockiej, in: Notatki Płockie 9 (1964), 30, S. 24–30.

KOWALEWSKI, JAN: Martyrologia płockich nauczycieli w latach 1939–1945, in: Notatki Płockie 11 (1966), 37, S. 17–19.

KOWALSKI, PAWEŁ PIOTR: Niemcy z Bielina w latach 1924–1945, cz. II / Paweł Piotr Kowalski, in: Notatki Płockie 53 (2008), 3, S. 13–21 u. 4, S. 31–42.

KOWALSKI, RAFAŁ: Raz jeszcze. Żydzi – Płock – Polska, Płock 2016.

KOWALSKI, TADEUSZ: Nauczyciele ziemi pułtuskiej w latach II wojny światowej (1939–1945), Pułtusk 2007 (Biblioteka Artes liberales, Bd. 4).

KOZIEŁŁO-POKLEWSKI, BOHDAN: Uwagi o obsadzaniu stanowisk landratów w rejencji ciechanowskiej, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, 1999, H. 1, S. 73–83.

KRAJEWSKI, MIROSŁAW R.: Płock w okresie okupacji 1939–1945, Płock / Włocławek 2001.

KRAJEWSKI, MIROSŁAW R.: Płock w okresie wojny i okupacji, in: Dzieje Płocka, Bd. 2: Dzieje miasta w latach 1793–1945, hg. v. DEMS. u. a., Płock 2006, S. 719–852.

Kronika rzymsko-katolickiej parafii Klukowo. 1939–1947, hg. v. MICHAŁ MARIAN GRZYBOWSKI, Płock 2007.

KRUSZEWSKI, FRANCISZEK / PIETRZAK, KAZIMIERZ: Tajne nauczanie w latach 1939–1945, in: Dzieje miasta Płońska, hg. v. ALEKSANDER KOCISZEWSKI, Ciechanów 1983 (Ciechanowskie Studia i Materiały 19), S. 149–173.

KRZEWIŃSKA, HANNA: Zagłada Żydów gąbińskich (cz. 1–2), in: Notatki Płockie 45 (2000), 3, S. 8–13 u. 4, S. 18–32.

Księga pamięci Żydów Chorzelskich. O mieścinie, która jest dla nas całym światem, a jest wykreślona, jakby jej nie było, unicestwiona – i nie ma jej już, hg. v. Komitet Ziomkostwa Chorzelskiego w Izraelu, Jerozolima / Holon 2006.

Księga pamięci Żydów mławskich, hg. v. LESZEK ZYGNER, Mława 2016.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

KUBIŃSKI, ZDZISŁAW: Członkowie Komitetu Miejskiego i Komitetów Dzielnicowych P. P. R. działający w okresie okupacji, in: Notatki Płockie 6 (1961), 22, S. 41–42.

KUBIŃSKI, ZDZISŁAW: Wykaz sekretarzy Komórek Polskiej Partii Robotniczej działających w Płocku w okresie okupacji, in: Notatki Płockie 6 (1961), 22, S. 42.

KURPIEWSKI, TADeusz: Tajna Szkoła Publiczna Aliny Rebinder w okresie okupacji, in: Notatki Płockie 37 (1992), 2, S. 15–18.

ŁAKOMSKI, MIROSŁAW: Schröttersburg w Płocku, Płock 2016.

LAPIERRE, NICOLE: Le silence de la mémoire. À la recherche des juifs de Płock, Paris 2001.

LEWANDOWSKI, EDWARD: Ciechanowskie w latach 1939–1975, in: Studia Mazowieckie 4 (1995), 1/2, S. 267–300.

LEWANDOWSKI, EDWARD: Nekropolie Ciechanowa. Cmentarz parafialny przy ulicy Płońskiej, Ciechanów 2004.

LEWANDOWSKI, EDWARD / MARUT, RYSZARD: Robert Bartołd. Kronikarz i miłośnik ziemi ciechanowskiej, Ciechanów 1998.

LIS, WŁADYSŁAW: Martyrologia duchowieństwa diecezji płockiej podczas II wojny światowej, in: Studia Płockie 3 (1975), S. 377–399.

MAĆKOWIAK, HENRYK / KIJOWSKI, JERZY: Polskie Państwo Podziemne i operacja „Burza" w Ostrołęckim Obwodzie AK oraz powiat ostrołęcki w pierwszych latach powojennych, Ostrołęka 2005.

MAJEWSKI, MARCIN: Dokumenty dotyczące Ericha Kocha w zasobie archiwalnym Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie, in: Przegląd Archiwalny Instytutu Pamięci Narodowej 1 (2008), S. 41–68.

MARCINIAK, JERZY: Działalność zbrojna A. L. i G. L. na Mazowszu Płockim, in: Notatki Płockie 7 (1962), 23, S. 14–18.

Martyrologia w powiecie ciechanowskim 1939–1945, hg. v. Powiatowy Komitet Kultury Fizycznej i Turystyki, Ciechanów o. J.

MATUSAK, PIOTR: Ciechanów w czasie II wojny światowej (1939–1945). Zarys problematyki badawczej, in: Niepodległość i Pamięć 23 (2016), 1, S. 147–182.

MATUSZEWSKI, JAN: Okres II wojny światowej i okupacji hitlerowskiej (1939–1945), in: Dzieje Gostynina i ziemi gostynińskiej, hg. v. MARIAN CHUDZYŃSKI, Warszawa 1990, S. 525–572.

MENTZEL-REUTERS, ARNO: NS-„Archivschutz" in Zichenau, in: Preußenland, N. F. 6 (2015), S. 100–125.

Miejsca Pamięci Narodowej na terenie byłego Województwa Płockiego 1975–1998. Katalog wystawy, hg. v. Archiwum Państwowe w Płocku / Stowarzyszenie Przyjaciół Archiwum Państwowego, Płock 2009.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

MILEWSKA, MARTA: Sytuacja ludności niemieckiej, in: Dzieje Mazowsza, Bd. 5: Lata 1939–1945, hg. v. ADAM KOSESKI, Pułtusk / Warszawa 2017, S. 209–244.

MILKE, ANDRZEJ: Działalność Polskiego Związku Byłych Więźniów Politycznych Hitlerowskich Więzień i Obozów Koncentracyjnych w Płocku w latach 1946–1949, in: Notatki Płockie 34 (1989), 1, S. 31–40.

MIRONCZUK, JAN: Żydzi w dziejach Ostrołęki, in: Zeszyty Naukowe Ostrołęckiego Towarzystwa Naukowego 27 (2013), S. 94–101.

MONKIEWICZ, WALDEMAR: Polityka narodowościowa w rejencji ciechanowskiej i obwodzie Suwałki w latach 1939–1945, in: Przymus germanizacyjny na ziemiach polskich wcielonych do Rzeszy Niemieckiej w latach 1939–1945. Materiały z konferencji, hg. v. WŁODZIMIERZ JASTRZĘBSKI, Bydgoszcz 1993, S. 155–173.

NOWAK, IRENA / NOWAK, JAN: Zarys dziejów Armii Krajowej na terenie powiatów: płockiego i sierpeckiego, in: Notatki Płockie 37 (1992), 1, S. 28–32.

NOWAK, IRENA / NOWAK, JAN: Z dziejów Armii Krajowej w Inspektoracie Płocko-Sierpeckim, Płock 1994.

OFIARA, MARIAN: Obóz koncentracyjny Soldau. Przyczynek do monografii, in: Ateneum Kapłańskie 164 (2015), 2, S. 356–365.

ORSKI, MAREK: Obozy w Działdowie w latach II wojny światowej, in: Studia Gdańskie 27 (2010), S. 245–263.

PAJKA, STANISŁAW: Nauczyciele województwa ostrołęckiego w latach wojny i okupacji (1939–1945), Ostrołęka 1989.

PAJKA, STANISŁAW: O księżach z parafii kurpiowskich zamordowanych w obozach hitlerowskich, in: Zeszyty Naukowe Ostrołęckiego Towarzystwa Naukowego 8 (1994), S. 281–289.

PAPIEROWSKI, ANDRZEJ JERZY / STEFAŃSKI, JERZY: Płocczanie znani i nieznani. Słownik biograficzny, Płock 2002.

PĘCZALSKI, RYSZARD: Hitlerowska prasa gadzinowa w Ciechanowskiem, in: Wojskowy Przegląd Historyczny 13 (1968), 4, S. 387–388.

PICHOLA-KWIATKOWSKA, KATARZYNA: Die deutsche Besetzung von Zichenau 1939–1945 und ihr Einfluss auf die Architektur, in: Deutsch-polnische Beziehungen in Kultur und Literatur. Materialien der Konferenz 17.–19. April 2009, Reymontówka-Schriftstellerheim in Chlewiska, hg. v. LECH KOLAGO u. a., Bd. 1, Warszawa 2009, S. 245–252.

PIENIĄŻEK, MAREK: Koncepcje rozwoju przestrzennego i ich realizacja w obliczu zmian funkcji miasta na przykładzie Ciechanowa 1918–1998, Ciechanów 2001.

PIĘTKA, BOHDAN: Deportacja do KL Auschwitz księdza Józefa Olszaka w świetle akt gestapo ciechanowskiego, in: Studia Łomżyńskie 23 (2012), S. 139–165.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

PIĘTKA, BOHDAN: Księga pamięci. Transporty Polaków do KL Auschwitz z Wielkopolski, Pomorza, Ciechanowskiego i Białostocczyzny 1940–1944, Oświęcim 2013.

PIOTROWICZ, DARIUSZ: Meldunki z rejencji ciechanowskiej, in: Studia Mazowieckie 5/6 (1996–1997), S. 173–176.

PIOTROWICZ, DARIUSZ: Zagłada Żydów ciechanowskich, in: Rocznik Mazowiecki 12 (2000), S. 81–89.

PIWOWAR, JANUSZ: Działalność sądu doraźnego (Standgericht) w świetle zachowanych akt niemieckiej Tajnej Policji Państwowej w Ciechanowie-Płocku, in: Notatki Płockie 62 (2017), 2, S. 33–37.

PIWOWAR, JANUSZ: Niemiecki obóz w Działdowie (Soldau) w świetle zachowanych akt niemieckiej Tajnej Policji Państwowej w Ciechanowie/Płocku, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. MARCIN PRZEGIĘTKA u. a., Bd. 3, Warszawa 2019, S. 185–204.

Płońsk i Ziemia Płońska w walce z dwoma okupantami 1939–1956, hg. v. WITOLD GRZEBSKI, Warszawa 1998 (Biblioteczka „Szczerbca" 6).

Pronobis, Witold: Polityka narodowościowa okupanta niemieckiego w rejencji ciechanowskiej 1939–1945, Dissertationsschrift, Nikolaus-Kopernikus-Universität, Toruń 1976.

PRONOBIS, WITOLD: Polityka okupanta hitlerowskiego wobec wyznań religijnych na ziemiach polskich, in: Rozprawy z dziejów XIX i XX wieku, przygotowane dla uczczenia pamięci profesora Witolda Łukaszewicza, hg. v. SŁAWOMIR KALEMBKA, Toruń 1978, S. 177–187.

PRONOBIS, WITOLD: Zur Okkupationspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus im Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów) 1939–1945, in: Polen im Bannkreis des Imperialismus 1918 bis 1944, hg. v. Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Sektion Geschichte u. a., Rostock 1980 (Studien zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen 3), S. 63–83.

PRZEDPEŁSKI, JAN: Żydzi w Płocku podczas okupacji (do czasu wysiedlenia), in: Notatki Płockie 36 (1991), 2, S. 32–39.

PRZEDPEŁSKI, JAN: Żydzi płoccy. Dzieje i martyrologia 1939–1945, Płock 1993.

PRZEDPEŁSKI, JAN: Zagłada Żydów płockich, in: Dzieje Płocka, Bd. 2: Dzieje miasta w latach 1793–1945, hg. v. MIROSŁAW KRAJEWSKI u. a., Płock 2006, S. 863–892.

PRZEDPEŁSKI, JAN / STEFAŃSKI, JERZY: Żydzi płoccy w dziejach miasta, Płock 2012.

PRZEGIĘTKA, MARCIN: Jak pisać o okupacji nie należy. Refleksje na marginesie książki o rejencji ciechanowskiej w latach 1939–1945 autorstwa Zbigniewa Ptasiewicza, in: Pamięć i Sprawiedliwość. Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu Instytutu Pamięci Narodowej, 2016, H. 2(28), S. 575–592.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

PRZEGIĘTKA, MARCIN: Niemiecki obóz w Działdowie (niem. Soldau) w latach 1940–1945. Nowe ustalenia w świetle dokumentów ze zbiorów niemieckiego Archiwum Federalnego i Archiwum IPN, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. DEMS. u. a., Bd. 2, Warszawa 2016, S. 78–115.

PRZEGIĘTKA, MARCIN: Selbstschutz Südostpreußen – niemiecka Samoobrona w rejencji ciechanowskiej w latach 1939–1940, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. DEMS. u. a., Bd. 3, Warszawa 2019, S. 84–116.

PRZEGIĘTKA, MARCIN: Akcja Gestapo przeciwko polskiej inteligencji w rejencji ciechanowskiej. Aresztowani i deportowani do obozów koncentracyjnych w III Rzeszy w kwietniu 1940 roku, Warszawa 2020.

PRZYBYLSKI, JERZY: Walki 48 Armii 2 Frontu Białoruskiego na przyczółku różańskim i ziemi makowskiej, in: Przegląd Historyczno-Wojskowy 8 (2007), 3, S. 220–232.

PRZYBYSZ, KAZIMIERZ, Konspiracyjny ruch ludowy na Mazowszu 1939–1945, Warszawa 1977.

PTASIEWICZ, ZBIGNIEW: Wspomnienia znaczone łzami. Wysiedlenia ludności polskiej z obszaru rejencji ciechanowskiej 1939–1944, Ciechanów 2011.

PTASIEWICZ, ZBIGNIEW: Regierungsbezirk Zichenau. Rejencja ciechanowska 1939–1945, Ciechanów 2012.

PTASIEWICZ, ZBIGNIEW: Mazowsze 1939–1945. Utworzenie rejencji ciechanowskiej, in: Studia Mazowieckie 9 (2014), 2, S. 79–92.

PTASIEWICZ, ZBIGNIEW: Północne Mazowsze w III Rzeszy 1939–1945. Utworzenie Rejencji ciechanowskiej – zarys problematyki, in: Ciechanów. Szkice z historii miasta, hg. v. ANTONI K. SOBCZAK, Ciechanów 2016, S. 183–199.

PTASIŃSKI, JAN: Ziemia płońska w latach 1939–1945, Wrocław 1981.

PTASIŃSKI, JAN: Na północ od Warszawy. Szkice z dziejów ruchu oporu, 1939–1945, Warszawa 1984.

REZMER, WALDEMAR: Walki w rejonie Włocławka, Płocka i Dobrzykowa 9–15 września 1939 r., in: Bitwy września 1939 roku. Studia z dziejów polskich działań obronnych, hg. v. BOGUSŁAW POLAK, Bd. 7, Koszalin 1999, S. 195–210.

RÓZICKI, ZENON: Stan kultury mławskiej w latach okupacji 1939–1945, in: Studia i materiały do historii Ziemi Zawkrzeńskiej 3 (1996), S. 117–168.

SCHULZ, ANDREAS: Regierungsbezirk Zichenau, in: Das „Großdeutsche Reich" und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten" Gebieten, hg. v. WOLF GRUNER / JÖRG OSTERLOH, Frankfurt am Main u. a. 2010 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts, Bd. 17), S. 262–280.

SKORWIDER, DANUTA: Organizacja władz niemieckich na terenie dystryktu warszawskiego w latach 1939–1945, in: Raporty Ludwiga Fischera, guber-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

natora dystryktu warszawskiego 1939–1944, hg. v. KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ u. a., Warszawa 1987, S. 41–65.

SKORWIDER, DANUTA: Okupacja hitlerowska w powiecie płońskim, in: Płońsk i Ziemia Płońska w XIX i XX wieku na tle dziejów Mazowsza Północnego, hg. v. ADAM KOSESKI / JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Płońsk 1998, S. 9–16.

SOBCZAK, ANTONI KRZYSZTOF: Zapomniany zrzut aliancki w powiecie płońskim, in: Studia Mazowieckie 8 (2013), 1/2, S. 73–80.

SOBCZAK, KAZIMIERZ: Operacja mazowiecko-mazurska 1944–1945, Warszawa 1967.

SOBCZAK, KAZIMIERZ: Wyzwolenie Ciechanowa w 1945 r., in: Millenium Ciechanowa. Materiały z sesji naukowo-popularnej w dniach 11 i 12 grudnia 1965 r., hg. v. STANISŁAW PAZYRA, Ciechanów 1969 (Prace Mazowieckiego Ośrodka Badań Naukowych, Bd. 9), S. 185–189.

SOKOLNICKI, ANDRZEJ: Region pułtuski w latach okupacji hitlerowskiej, in: Pułtusk. Studia i materiały z dziejów miasta i regionu, hg. v. JERZY ANTONIEWICZ u. a., Bd. 1, Warszawa 1969, S. 207–276.

SOKOLNICKI, ANDRZEJ: Miasto Nasielsk i jego najbliższa okolica w latach okupacji hitlerowskiej 1939–1945, in: Szkice z dziejów Nasielska i dawnej ziemi zakroczymskiej, hg. v. STANISŁAW PAZYRA, Warszawa 1970 (Mazowiecki Ośrodek Badań Naukowych. Prace), S. 67–108.

SOKOŁOWSKI, MICHAŁ: O Duninowie w latach II wojny światowej, in: Notatki Płockie 56 (2011), 4, S. 34–37.

SOLARSKI, BOLESŁAW: Konspiracyjna działalność łęczyckich harcerzy w latach 1939–1945, in: Notatki Płockie 42 (1997), 3, S. 15–18.

STEFAŃSKI, JERZY: Zakłady maszyn rolniczych w latach hitlerowskiej okupacji na tle życia gospodarczego i politycznego miasta. Z kart historii płockiej FMŻ, in: Notatki Płockie 24 (1979), 2, S. 10–17.

STOGOWSKA, ANNA MARIA: Okupacja niemiecka w Płocku w relacji Jadwigi Stypułkowskiej, in: Płocki Rocznik Historyczno-Archiwalny 5 (1999), S. 185–194.

STOGOWSKA, ANNA MARIA: Znakomite Płocczanki, Płock 2010.

STOGOWSKA, ANNA MARIA: W służbie ludzi i ojczyzny. Aleksander Maciesza (1875–1945), Płock 2013.

STOPNIAK, FRANCISZEK: Kościół w diecezji płockiej w latach II wojny światowej, in: Kościół katolicki na ziemiach Polski w czasie II wojny światowej 3 (1978), 2: Materiały i studia, S. 150–185.

SUCHANECKA, KRYSTYNA: Administracja Północnego Mazowsza w czasie II wojny światowej, in: Rocznik Muzeum Mazowieckiego w Płocku 12 (1986), S. 125–132.

ŚWIECIK, JÓZEF: Tajne nauczanie w rejonie płockim w latach 1939–1945, in: Notatki Płockie 19 (1974), 2, S. 39–45.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ŚWIECIK, JÓZEF: Tragiczne ostatnie dni okupacji niemieckiej w Płocku, in: Notatki Płockie 28 (1983), 3, S. 29–33.

ŚWIERCZ, STANISŁAW u. a.: Ostatnim partyzantom ziemi mławskiej, Mława 2006.

SZCZEPAŃSKI, JAN / SIEKIERSKI, STANISŁAW: Żyli wśród nas. Wspomnienia Polaków i Żydów nadesłane na Konkurs Pamięci Polsko-Żydowskiej o Nagrodę Imienia Dawida Ben Guriona zorganizowany w Płońsku pod patronatem honorowym prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej pana Aleksandra Kwaśniewskiego, Płońsk 2001.

SZCZEPAŃSKI, JANUSZ: W latach II wojny światowej i okupacji hitlerowskiej, in: Dzieje miasta Pułtuska, hg. v. JÓZEF KAZIMIERSKI u. a., Pułtusk 1992, S. 131–148.

SZCZEPAŃSKI, JANUSZ: Dzieje społeczności żydowskiej powiatów Pułtusk i Maków Mazowiecki, Warszawa 1993.

SZCZEPAŃSKI, JANUSZ: Społeczność żydowska Mazowsza w XIX–XX wieku, Pułtusk 2005.

SZCZEPAŃSKI, JANUSZ: Regierungsbezirk Zichenau. Peripherie ohne Ghettoarbeit?, in: Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos, hg. v. JÜRGEN HENSEL / STEPHAN LEHNSTAEDT, Osnabrück 2013 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 29), S. 195–208.

SZCZEPAŃSKI, JANUSZ: Podczas II wojny światowej i hitlerowskiej okupacji, in: Dzieje Pułtuska, Bd. 2: 1795–1989, hg. v. ADAM KOSESKI / JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Pułtusk 2017, S. 333–365.

SZELĄGOWSKI, NORBERT: Lewicowy ruch oporu i zbrojna działalność Gwardii i Armii Ludowej w powiecie sierpeckim, in: Notatki Płockie 21 (1976), 1, S. 28–32.

SZUBSKA-BIEROŃ, ELŻBIETA: Dziennik wydarzeń wrześniowych 1939 r. na terenie miasta Płocka, in: Notatki Płockie 51 (2006), 2, S. 29–33.

Szubska-Bieroń, Elżbieta: Płock w latach 1939–1945 na łamach niemieckiej prasy lokalnej, Magisterarbeit, Kazimierz-Wielki-Universität, Bydgoszcz 2009.

SZUBSKA-BIEROŃ, ELŻBIETA: Życie kulturalne niemieckich mieszkańców Płocka w latach 1939–1945, in: Notatki Płockie 56 (2011), 3, S. 19–29.

SZUBSKA-BIEROŃ, ELŻBIETA: Płock na łamach lokalnej prasy NSDAP 1939–1945, Płock ^{2}2016.

SZUBSKA-BIEROŃ, ELŻBIETA: Organy represji na Mazowszu Północnym, in: Dzieje Mazowsza, Bd. 5: Lata 1939–1945, hg. v. ADAM KOSESKI, Pułtusk / Warszawa 2017, S. 79–167.

SZYMAŃSKI, JAN: Nauczyciele i wychowankowie Gimnazjum i Liceum im. Marszałka St. Małachowskiego w Płocku – polegli w czasie II wojny światowej, in: Notatki Płockie 25 (1980), 2, S. 38–44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

TALMI, EFRAIM u. a.: The Community of Sierpc – memorial book (Sierpc, Poland). Translation of Kehilat Sierpc, sefer zikaron, New York 2014 (Yizkor-Books-in-Print project).

TOMCZYK, DAMIAN: Nieletni płocczanie – żołnierze powstania warszawskiego w niewoli Wehrmachtu, in: Notatki Płockie 28 (1983), 3, S. 17–19.

TRUBAS, MICHAŁ: Działania wojenne we wrześniu 1939 roku na ziemi płockiej, in: Notatki Płockie 47 (2002), 4, S. 3–21.

TRUBAS, MICHAŁ: Płocki garnizon Wojska Polskiego w latach 1918–1939, Warszawa 2008.

TRUSZKOWSKI, STANISŁAW: Z wojennych dziejów Pułtuska, in: Pułtusk. Studia i materiały z dziejów miasta i regionu 2 (1975), S. 247–258.

TUSZYNSKI, DEVI: La Mémoire des juifs de Plock. „Miroir Noir". Fragments, in: Revue d'histoire de la Shoah – Le monde juif, 2002, Nr. 174, S. 198–211.

VOGELSANG, ERNST: Daten zu Postorten im Reg. Bez. Zichenau, in: Rundschreiben. Arbeitsgemeinschaft Deutsche Ostgebiete, 1997, H. 156, S. 41–48.

WALCZAK, RADOSŁAW D.: Partie polityczne w województwie ciechanowskim, Pułtusk 2005 (Rozprawy doktorskie Wyższej Szkoły Humanistycznej im. Aleksandra Gieysztora w Pułtusku 2).

WALCZAK, RYSZARD: Rejencja ciechanowska pod zarządem Ericha Kocha – zarys problematyki, in: Studia Mazowieckie 1 (1992), 1, S. 131–146.

WALCZAK, RYSZARD: Sprawa Ericha Kocha, in: Studia Mazowieckie 5/6 (1996/1997), S. 91–172.

WALCZAK, RYSZARD: Wypędzeni czy wydaleni. Przyczynek do akcji osadnictwa niemieckiego w rejencji ciechanowskiej 1939–1945, in: Studia Mazowieckie, N. F. 3 (2007), 1, S. 67–69.

WARDZYŃSKA, MARIA: „Intelligenzaktion" na Warmii, Mazurach oraz Północnym Mazowszu, in: Biuletyn IPN, 2003–2004, H. 12/1, S. 38–42.

WESOŁOWSKI, DARIUSZ T.: Kwestia katolicyzmu społecznego na Mazowszu Płockim w I połowie XX wieku. Studium historyczno-społeczne na przykładzie abpa Antoniego Juliana Nowowiejskiego, Konin 2011.

WILCZKOWSKI, EUGENIUSZ: Los chorych psychicznie w szpitalu dla psychicznie i nerwowo chorych w Gostyninie w latach okupacji niemieckiej, in: Rocznik Psychiatryczny 27 (1948), S. 104–112.

WIŚNIEWSKI, RADOSŁAW: Wielofunkcyjny niemiecki obóz Soldau 1939–1945. Próba całościowego ujęcia, Działdowo 2021.

WYCZAŁKOWSKI, Seweryn: Kilka danych o nauczaniu w czasie okupacji w Płocku 1939–1945, in: Notatki Płockie 28 (1983), 2, S. 27–28.

WYRZYKOWSKI, TADEUSZ: Ciechanów w okresie okupacji hitlerowskiej, in: Millenium Ciechanowa. Materiały z sesji naukowopopularnej w dniach 11 i 12 grudnia 1965 r., hg. v. STANISŁAW PAZYRA, Ciechanów 1969 (Prace Mazowieckiego Ośrodka Badań Naukowych, Bd. 9), S. 171–184.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ŻABOWSKI, JANUSZ LESZEK: Płońska konspiracja patriotyczna 1939–1956, Warszawa 2003 (Biblioteczka „Szczerbca" 10).
ZYGNER, LESZEK: Mława – miasto pogranicza, Ciechanów 2002.
ZYGNER, LESZEK: Prześladowanie Kościoła katolickiego i innych związków wyznaniowych, in: Dzieje Mazowsza, Bd. 5: Lata 1939–1945, hg. v. ADAM KOSESKI, Pułtusk / Warszawa 2017, S. 335–401.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

QUELLENVERZEICHNIS*

Archiv Yad Vashem in Jerusalem
Testimonies O.3/ 1571, 1605, 1649, 2022

Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie (AIPN) [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken, Warschau]
Kartoteka osób ubiegających się o obywatelstwo niemieckie, pochodzących z okręgu Płock [Kartei der Antragsteller auf die deutsche Staatsbürgerschaft aus dem Landkreis Plock], BU 3294/1
Komendant Policji Bezpieczeństwa i Służby Bezpieczeństwa Dystryktu Radomskiego [Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD im Distrikt Radom], GK 105/213, GK 643/ 16, 36
Narodowosocjalistyczna Niemiecka Partia Robotnicza. Kierownictwo Powiatowe w Płocku [Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Kreisleitung Schröttersburg], GK 836/13
Sąd Wojewódzki dla Województwa Warszawskiego. Akta [Wojewodschaftsgericht Warschau. Akten], GK 318/753
Tajna Policja Państwowa. Oddział w Ciechanowie / Płocku 1939–1945 [Geheime Staatspolizei – Staatspolizeistelle Zichenau / Schröttersburg 1939–1945], GK 629/ 26, 106, 227, 231, 279, 303, 345, 485, 596, 656, 707, 856, 885, 889, 918, 938, 948, 1057, 1083, 1184, 1329, 1398, 2161, 2227, 2334, 2344, 2583, 2730, 2983, 3032, 3035, 3051, 3245, 3262, 3275, 3512, 3586, 3595, 3603, 4022, 4047, 4070, 4166, 4606–4608, 4715, 4883, 4888, 4992, 5010, 5077, 5187, 5330, 5384, 5733, 7116, 7182, 7497, 7514–7517, 7844, 7892, 7957, 8152, 8294, 8558, 8655, 8827, 8867, 9036, 9085, 9168, 9326, 9350, 9367, 9563, 10161, 10227, 10301, 10536, 10585, 10716, 10796, 10852, 10964, 10968, 10985, 12996; I/ 103, 193, 210, 237, 312, 356, 367, 485, 487, 595, 790, 1010, 1094, 1219, 1722, 1907
Tajna Policja Państwowa. Oddział w Ciechanowie. Policja Kryminalna [Geheime Staatspolizei. Kriminalpolizei Zichenau], GK 833
Tajna Policja Państwowa. Oddział w Katowicach [Geheime Staatspolizei. Staatspolizeistelle Kattowitz], GK 708/9

* Das Verzeichnis umfasst alle in den Beiträgen zitierten Archivalien.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zbiór afiszy i plakatów, głównie z Generalnego Gubernatorstwa [Affichen und Plakate, hauptsächlich aus dem Generalgouvernement], GK 141
Zbiór Akt Obozowych i Więziennych („Ob.“) [Lager- und Gefängnisakten)], GK 165/87
Zbiór fotokopii Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce [Fotokopien der Hauptkommission zur Untersuchung der NS-Verbrechen in Polen], GK 912/455

Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej. Oddział w Łodzi (AIPN Łódź) [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken. Außenstelle Lodz]
Prokuratura przy Sądzie Krajowym w Łodzi [Staatsanwaltschaft beim Landgericht Litzmannstadt], 189

Archiwum Instytutu Północnego im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie (AIPO) [Wojciech-Kętrzyński-Nordinstitut in Allenstein]
Bund Deutscher Osten, R 724/18, R-725/VII/6

Archiwum Państwowe w Bydgoszczy (APB) [Staatsarchiv Bromberg]
Ciężkie Więzienie Karne w Koronowie, pow. Bydgoszcz [Zuchthaus Krone], 87/78
Prokuratura Sądu Krajowego w Bydgoszczy [Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bromberg], 1560
Sąd Krajowy w Bydgoszczy [Landgericht zu Bromberg], 1561
Sąd Obwodowy w Bydgoszczy [Amtsgericht Bromberg], 831
Sąd Specjalny w Bydgoszczy [Sondergericht Bromberg], 80

Archiwum Państwowe w Olsztynie (APO) [Staatsarchiv Allenstein]
Amtsblatt der Königlichen Regierung Ostpreußen, C-03
Kreisbefehle der NSDAP-Kreisleitung Sensburg
Organizacje paramilitarne i militarne NSDAP w Prusach Wschodnich [Militärische und paramilitärische Organisationen der NSDAP in Ostpreußen], 389/4
Starostwo Powiatowe w Mrągowie [Landratsamt Sensburg], 16/9

Archiwum Państwowe w Płocku [Staatsarchiv Plock]
Akta miasta Płocka, cz. II Zarząd Miasta Płocka [Stadtverwaltung Schröttersburg]
Okręgowy Urząd Likwidacyjny w Płocku [Kreisamt für Liquidation Plock], 283
Więzienie Karne w Płocku [Strafgefängnis Schröttersburg]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Archiwum Państwowe w Poznaniu (APP) [Staatsarchiv Posen]
Zakład Karny we Wronkach [Strafanstalt Wronke], 286

Archiwum Państwowe w Toruniu [Staatsarchiv Thorn]
Więzienie – Areszt w Toruniu [Haftanstalt Thorn], 1062

Archiwum Państwowe w Toruniu. Oddział we Włocławku (APTOW) [Staatsarchiv Thorn. Außenstelle Leslau]
Prokuratura przy Sądzie Krajowym we Włocławku [Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Leslau], 1003
Sąd Obwodowy we Włocławku [Amtsgericht Leslau], 1001
Więzienie Sądowe – Areszt we Włocławku [Gerichtsgefängnis Leslau], 1005

Archiwum Państwowe w Warszawie (APW) [Staatsarchiv Warschau]
Akta prokuratur niemieckich Rejencji Ciechanowskiej 1940–1944 [Bestand Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Zichenau und Amtsanwaltschaft Zichenau], (1)
Narodowo-Socjalistyczna Niemiecka Partia Pracy Kierownictwo Powiatowe w Płocku [NSDAP-Kreisleitung Schröttersburg]
Sąd Specjalny przy Sądzie Krajowym w Ciechanowie 1939–1944 [Sondergericht beim Landgericht Zichenau], 86, 178
Żandarmeria – Powiat Ciechanów 1939–1942 [Gendarmerie Kreis Zichenau 1939–1942], 1 (mf 322869)
Zarząd Miasta Płocka [Stadtmagistrat Plock] (dieser Bestand wurde mittlerweile an das Staatsarchiv Płock abgegeben und dort Teil des Bestands Akta miasta Płocka, cz. II Zarząd Miasta Płocka), alte Sign. 615, 617, 660, 821, 1025, 1037

Archiwum Państwowe w Warszawie, Oddział w Pułtusku [Staatsarchiv Warschau, Außenstelle Pultusk]
Komisja Historyczna Rady Naukowej Związku Nauczycielstwa Polskiego w Pułtusku 1881–1980 [Historische Kommission des Wissenschaftlichen Rates des Polnischen Lehrerverbands in Pultusk 1881–1980], 6, 22

Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego w Warszawie (AŻIH) [Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Warschau]
American Joint Distribution Comittee, 210/480
Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy – Archiwum Ringelbluma [Ringelblum-Archiv], I.495, I.917, I.928
Kwestionariusze Instytutu Pamięci Narodowej. Egzekucje [Fragebögen des IPN. Hinrichtungen], 337/E

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zbiór relacji Żydów Ocalałych z Zagłady [Protokollierte Aussagen der Holocaust-Überlebenden], 23, 273, 656, 2088, 2428, 2910, 5680, 5776, 6938

Bundesarchiv (BA) Bayreuth
Ost-Dokumentation
Ost-Dok. 8/ 616, 621, 633
Ost-Dok. 10/ 47, 282
Ost-Dok. 13/ 61, 525

Bundesarchiv Berlin
Akten der Reichskanzlei, R 43 I/1860
Berlin Document Center (BDC), SS 5217, Schriftverkehr, 1940–44
Deutsche Polizeidienststellen in Polen, R 70 POLEN /464
Einwandererzentralstelle Litzmannstadt R 69/ 85, 116, 1047
Persönlicher Stab Reichsführer-SS, NS 19/ 967, 1321, 3607
Publikationsstelle Dahlem, R 153/ 537, 547, 797, 1196, 1649
Rasse- und Siedlungshauptamt SS, NS 2/61
Rechnungshof des Deutschen Reiches, R 2301/ 3595, 3878–3880, 4032, 4034–4035, 9685
Reichsfinanzministerium, R 2/ 18211, 19018–19019
Reichsgesellschaft für Landbewirtschaftung mbH, R 82/ 11–12, 18–19
Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, R 3601/2365
Reichsnährstand, R 16/ 55, 14114
Reichsstelle für Raumordnung, R 113/ 8, 354, 356, 652, 654
Reichsinnenministerium, R 1501/ 5407, 8234
Reichsjustizministerium, R 3001/ 9803/7/2, 20848, 21160, 22182, 23375, 23383, Film 22917
Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, R 49/ 117, 130, 194
Reichssicherheitshauptamt, R 58/158

Bundesarchiv Koblenz
Spruchgerichte in der Britischen Zone, Z 42 III/2591

Bundesarchiv Ludwigsburg, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen (ZStL)
Zentralkartei zu Werner Dubois, B 162/18823

Bundesarchiv Militärarchiv
Rüstungsinspektion I (Königsberg), RW 20–1/1, 2, 5, 22

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Institut für Zeitgeschichte
MA 3, Himmler, Rolle 12, Folder 144

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland (LAV NRW R)
Hauptausschuss Stadtkreis Siegen NW 1110, Nr. 2780

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Abbildungsnachweis

Cover: Erich Koch, Aufbau im neuen Ostpreußen, in: Der Schulungsbrief, 1941, H. 8, S. 39–41, hier S. 39 (Ausschnitt oben); Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA), XX. HA Rep. 240 C 87 h, Bildfotos Makow (Foto links); GStA, XX. HA Rep. 240 C 88 h, Bildfotos Zichenau (Foto rechts).

S. 20 f., Abb. 1 a und b: Kartenfolge zur Landes- und Wirtschaftskunde der eingegliederten deutschen Ostgebiete und des Generalgouvernements, bearb. v. Franz Doubek, Berlin 1940/41, Bl. 1.

S. 48, Abb. 1: Erich Koch, Aufbau im neuen Ostpreußen, in: Der Schulungsbrief, 1941, H. 8., nach S. 48.

S. 60, Abb. 2: GStA, XX. HA Rep. 240 C 88 h, Bildfotos Zichenau.

S. 66, Abb. 3: Erich Koch, Aufbau im neuen Ostpreußen, in: Der Schulungsbrief, 1941, H. 8, S. 39–41, hier S. 39.

S. 132, Abb. 1: A. M. Jahn, Das landwirtschaftliche Bauprogramm der Ostgebiete, in: Die deutsche Landfrau 35 (1942), 5, S. 86.

S. 133, Abb. 2: Ebd., S. 87.

S. 180, 182, 188: Abb. 1–3: Deutsches Historisches Institut Warschau, Bibliothek.

S. 203, Abb. 1: GStA, XX. HA Rep. 240 C 88 b (2), Bildfotos Schröttersburg II (Plock).

S. 216, Abb. 2, 3: GStA, XX. HA Rep. 240 C 88 b (2), Bildfotos Schröttersburg II (Plock).

S. 221, Abb. 4: Narodowe Archiwum Cyfrowe, Warschau, Koncern Ilustrowany Kurier Codzienny – Archiwum Ilustracji, Sign. 4833.

S. 232, Abb. 1: Jadwiga Stypułkowska, Pamiętnik z lat 1940–1948, Płock 2000, nach S. 14.

S. 242, Abb. 2: Muzeum Żydów Mazowieckich w Płocku.

S. 293, Abb. 1: Artur Reck, Städtebau im deutschen Osten, in: Die Baukunst 4 (1941), 11, S. 220–230, hier S. 223.

S. 294, Abb. 2: Ebd., S. 222.

S. 298, Abb. 3: http://www.architektura-ciechanowa.pl.

S. 330, Abb. 1, 2: GStA, XX. HA Rep. 240 C 87 h, Bildfotos Makow.

S. 334, Abb. 3: GStA, XX. HA Rep. 240 C 88 b (2), Bildfotos Schröttersburg II (Plock).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Abkürzungsverzeichnis

AOK	Armeeoberkommando
AEL	Arbeitserziehungslager
AG	Aktiengesellschaft
AIPN	Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken]
AIPO	Archiwum Instytutu Północnego im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie [Wojciech-Kętrzyński-Nordinstitut in Allenstein]
AK	Armia Krajowa [Heimatarmee]
AL	Armia Ludowa [Volksarmee]
APB	Archiwum Państwowe w Bydgoszczy [Staatsarchiv Bromberg]
APO	Archiwum Państwowe w Olsztynie [Staatsarchiv Allenstein]
APP	Archiwum Państwowe w Poznaniu [Staatsarchiv Posen]
APTOW	Archiwum Państwowe w Toruniu. Oddział we Włocławku [Staatsarchiv Thorn, Außenstelle Leslau]
ARG	Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy – Archiwum Ringelbluma [Ringelblum-Archiv]
AŻIH	Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego w Warszawie [Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Warschau]
BA	Bundesarchiv
BDC	Berlin Dokument Center
BdM	Bund deutscher Mädel
BDO	Bund Deutscher Osten
CdZ	Chef der Zivilverwaltung (Feindesland)
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DBG	Deutsches Beamtengesetz
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
GHTO	Grundstücksgesellschaft der Haupttreuhandstelle Ost
GL	Gwardia Ludowa [Volksgarde]
HJ	Hitlerjugend
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
HTO	Haupttreuhandstelle Ost
IdS	Inspekteur der Sipo und des SD
KdF	Kraft durch Freude

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

KL	Konzentrationslager
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Lbsch	Landesbauernschaft
LGBT	Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender
NKWD	Narodnyj kommissariat wnutrennich del [Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR]
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSF	Nationalsozialistische Frauenschaft
NSV	Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NSZ	Narodowe Siły Zbrojne [Nationale Streitkräfte]
OLG	Oberlandesgericht; Ostpreußische Landgesellschaft
ORR	Oberregierungsrat
POW	Polska Organizacja Wojskowa [Polnische Militärorganisation]
PPR	Polska Partia Robotnicza [Polnische Arbeiterpartei]
PPS	Polska Partia Socjalistyczna [Polnische Sozialistische Partei]
PZZ	Polski Związek Zachodni [Polnischer Westverband]
RAD	Reichsarbeitsdienst
RBF	Reichsbauernführer
Reg.-Bez.	Regierungsbezirk
RKF / RKFDV	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RMEL	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
RMI	Reichsminister des Inneren
RNSt	Reichsnährstand
Rp	Regierungspräsident
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RStGB	Reichsstrafgestzbuch
RuSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SZP	Służba Zwycięstwu Polski [Dienst für den Sieg Polens]
WB	Widerstandsbewegung
ZLP	Związek Legionistów Polskich [Verband der Polnischen Legionäre]
ZP	Związek Peowiaków [Verband der POW-Mitglieder]
ZStL	Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen
ZWZ	Związek Walki Zbrojnej [Verband für den bewaffneten Kampf]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Autorenverzeichnis

Maximilian Becker, Dr., seit 2019 Inhaber einer Lise-Meitner-Stelle an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Er forscht unter anderem zu den Überlebenden des antinationalsozialistischen Widerstands im Nachkriegseuropa, zur transnationalen Erinnerung, zu Hitlers Reden sowie zur Justiz in der NS-Diktatur. Wichtige Publikationen: Mitstreiter im Volkstumskampf. Deutsche Justiz in den eingegliederten Ostgebieten 1939–1945, München 2014; Tales of Antifascism. International Survivors' Associations during the Cold War, in: Fascism 9 (2020), S. 244–271.

Christhardt Henschel, seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am DHI Warschau. Neben der Besatzungsgeschichte Nordmasowiens beschäftigt er sich mit der Geschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert, Jüdischer und Militärgeschichte. Wichtige Publikationen: (als Hrsg. mit Stephan Stach) Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918–1939, Themenheft der Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 62 (2013), 2; Phantomgrenzen und das Militär. Polen 1918–1921, in: Fragmentierte Republik? Das politische Erbe der Teilungszeit in Polen 1918–1939, hg. v. Michael G. Müller / Kai Struve, Göttingen 2017, S. 39–67.

Paweł Kosiński, Dr., seit 2002 Mitarbeiter im Büro für historische Forschungen des Instituts für Nationales Gedenken. Nach Studien und wissenschaftlichen Stationen in Danzig, Bonn, Berlin und Warschau liegt sein Interesse als Historiker auf der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten 100 Jahren. Wichtige Publikationen: Prusy Zachodnie 1914, Pomorze 1920. Ludność regionu wobec przemian politycznych okresu I wojny światowej, Warszawa 2002; Rok 1939 w dzienniku Hansa Franka, Warszawa 2019.

Andreas Kossert, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Dokumentation und Forschung bei der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (seit 2017 in Teilzeit). Neben der Geschichte ethnischer und religiöser Minderheiten, der Geschichte Polens und des östlichen Europa

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

beschäftigt er sich vor allem mit Zwangsmigrationen in der Moderne. Wichtige Publikationen: Ostpreußen. Geschichte einer historischen Landschaft, München 2014; Flucht. Eine Menschheitsgeschichte, München 2020 (NDR Kultur-Sachbuchpreis 2020).

RALF MEINDL, Dr., seit 2020 Stipendiat am DHI Warschau. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der Geschichte Ostpreußens, des Nationalsozialismus, den Zwangsmigrationen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs sowie Biografieforschung und Geschichtsvermittlung. Wichtige Publikationen: Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007; Kommentierte Edition ausgewählter Zeitzeugenberichte zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg 2012, https://bkge.de/Projekte/Zeitzeugenberichte/Ausgewaehlte-Berichte/ (Zugriff: 2. März 2021).

JANUSZ PIWOWAR, Leiter des Informationszentrums für die Opfer des Zweiten Weltkriegs beim Institut für Nationales Gedenken in Warschau. Der Fokus seiner aktuellen Arbeiten liegt auf dem Regierungsbezirk Zichenau; derzeit entsteht auf Grundlage von Gestapo-Akten ein Kalendarium für das AEL Soldau und das Polizeigefängnis Pomiechówek. Wichtige Publikation: Niemiecki obóz w Działdowie (Soldau) w świetle zachowanych akt niemieckiej Tajnej Policji Państwowej w Ciechanowie / Płocku, in: Polska pod okupacją 1939–1945, hg. v. MARCIN PRZEGIĘTKA, Bd. 3, Warszawa 2019, S. 185–204.

MARCIN PRZEGIĘTKA, Dr., Mitarbeiter im Büro für historische Forschungen des Instituts für Nationales Gedenken. Forschungsschwerpunkte sind die deutsch-polnischen Beziehungen (1918–1939) sowie die deutsche Besatzungsherrschaft im besetzten Polen (1939–1945). Wichtige Publikationen: Komunikacja i polityka. Transport kolejowy i drogowy w stosunkach polsko-niemieckich w latach 1918–1939, Warszawa 2015; Akcja Gestapo przeciwko polskiej inteligencji w rejencji ciechanowskiej. Aresztowani i deportowani do obozów koncentracyjnych w III Rzeszy w kwietniu 1940 roku, Warszawa 2020.

CHRISTIAN ROHRER, Dr., assoziierter Mitarbeiter bei Prof. Dr. Wolfram Pyta (Historisches Institut der Universität Stuttgart). Im Zentrum seiner Forschungen stehen das nationalsozialistische Ostpreußen, die nationalsozialistische Agrarpolitik und jüngst auch die Schachgeschichte. Wichtige Publikationen: Landesbauernführer, 2 Bde., Göttingen 2017; Schach-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weltmeister und Günstling von Hans Frank? Über die Nähe Alexander Aljechins zum NS-Regime, Berlin 2021, http://dx.doi.org/10.18419/opus-11289 (Zugriff: 1. März 2021).

FRÉDÉRIC STROH, Dr., Mitglied des Forschungszentrums ARCHE der Universität Straßburg. Er untersucht vor allem die NS-Geschichte mit einem Schwerpunkt auf die Besatzungsgeschichte des Elsass und anderer annektierter Gebiete. Breiten Raum nimmt dabei die Geschichte von Homosexualitäten und deren Verfolgung ein. Wichtige Publikation: „Malgré-nous". Przymusowa rekrutacja do Wehrmachtu i Waffen SS w Alzacji i Mozeli. Historia i pamięć, in: CzasyPismo, 2020, 1, S. 136–144; La répression allemande de l'homosexualité en Pologne et en France (1939–1945). Ébauche d'une recherche, in: Europäische Kulturbeziehungen im Weimarer Dreieck, hg. von ANDREA CHARTIER-BUNZEL u. a., Berlin 2020, S. 83–95.

JANUSZ SZCZEPAŃSKI, Prof. Dr. hab., lehrt am Institut für Geschichte der Vistula University in Warschau. Der Schwerpunkt seiner Arbeiten liegt auf der Geschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert mit einem besonderen Augenmerk auf die Region Masowien. Er fokussiert sich dabei auf den Polnisch-Sowjetischen Krieg 1920, die Stadtgeschichte Masowiens und die nationalen und konfessionellen Minderheiten in dieser Region. Wichtige Publikationen: Społeczność żydowska Mazowsza w XIX–XX wieku, Pułtusk 2005; (als Hrsg.) Dzieje Mazowsza, Bd. 3–4, Pułtusk / Warszawa 2010–2012.

ELŻBIETA SZUBSKA-BIERONŃ, Dr., Germanistin und Autorin zahlreicher Publikationen zur Regionalgeschichte Masowiens und den deutsch-polnischen Beziehungen. Mitglied der Plocker Wissenschaftlichen Gesellschaft, stellvertretende Vorsitzende der Kulturell-Wissenschaftlichen Gesellschaft Gostynin. Wichtige Publikationen: Płock na łamach lokalnej prasy NSDAP 1939–1945, Płock 2016; Organy represji na Mazowszu Północnym, in: Dzieje Mazowsza, Bd. 5: Lata 1939–1945, hg. v. ADAM KOSESKI, Pułtusk / Warszawa 2017, S. 79–167.

LESZEK ZYGNER, Prof. Dr. Dr., Prorektor der Staatlichen Fachhochschule in Ciechanów, zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn (Toruń) und dem Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Kirchengeschichte des Mittelalters und des 20. Jahrhunderts

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sowie der Regionalgeschichte Masowiens. Wichtige Publikationen: Mława – miasto pogranicza, Ciechanów 2001; Biskup Jakub z Kurdwanowa herbu Syrokomla (ok. 1350–1425), Toruń 2020.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Personenregister*

Adam, Rudolf 149-151, 153, 154, 156
Adamczyk, Stanisław „Kogut“ 115
Adamczyk, Stefan 113
Adamowski, Władysław 114
Adamowski, Zygmunt 114
Adamska, Jolanta 27
Adamski, Marian 115
Altmann, Izaak 185
Altstein, Moschek 110
Amann, Max 177
Andrzejczyk (Bauer aus Sztuki) 352
Aniszewski, Stanisław 114
Antczak, Franciszek 351
Antczak, Jan „Witek“ 117
Antczak, Józef 118
Antoszkiewicz, Feliks „Orzeł“ 114
Apitz, Wilhelm 115
Ap[f]el, Benjamin 341
Arlt, Fryderyk 219
Artke, Bronisław 208
Ast (SS-Mann) 115
Auer, Wolfgang von 127, 292
Augustyniak, Zygmunt 111

Backe, Herbert 144, 147, 148, 150-152
Banasiak, Rafał 214
Banasiak, Teodor „Gnat“ 114
Banasiewicz, Tadeusz 114
Bandachowski, Antoni 116
Bandow, Max Hugo 109, 119, 120
Bańka, Stanisław „Zbyszek“ 117
Barcikowski, Franciszek 185
Barcz, Reinhold 269
Bargielski, Adam 208
Barthow (Major) 24
Bartołd, Robert 341
Bauer (SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar) 115, 116
Baumann (SS-Obersturmführer) 115
Becker, Maximilian 25
Behrens, Gustav 150
Benierowski, Zygmunt 113
Benz, Hermann 162
Berg, Fritz 158, 161
Besecke, Fritz 129, 130
Bethke, Hermann 22, 52, 280
Beug, Hans-Jürgen 210
Beutel, Lothar 28
Białacki, Stefan „Jowisz“ 117
Biały, Władysław 208
Biegelman, A. 119
Bieżuńska (Bewohnerin Mławas) 347
Biliński, Szczepan 114
Bismarck, Otto von 179
Blanke, Karol 219, 220
Blaskowitz, Johannes 279
Blotnik, Abraham 347
Błoński, Włodzimierz 209

* Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes oder der Sekundärliteratur sind kursiv gesetzt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bodemar, Marian 178, 181, 282
Bogiel, Kazimierz 113
Bogiel, Władysław 113
Bogusławska-Klejment, Joanna 298
Böhler, Jochen 325
Bolesław II. der Kühne, König v. Polen 288
Borkowski, Marian 212
Bormann, Martin 48, 315
Bornstein, Abraham 110
Böttcher, Gustav 186
Brauchitsch, Walther von 17, 107, 108, 279
Brenner (Oberst) 328
Brix, Friedrich 70
Bromberger, Salomon 331
Broszat, Martin 94
Broszkiewicz, Aleksander 208
Brzeziński, Franciszek 110
Budzinski, Marian 178, 282
Bugaj, Mieczysław (Pater Wawrzyniec) 208, 214
Bulman, Eliahu 328
Bur, Chaim 110
Bursche, Julian 217

Caban, Stefan 208
Canaris, Constantin 24, 114, 116
Celmerowski, Władysław 212, 349
Chabowski, Wincenty 207
Charkiewicz, Adolf 86
Chądzyński, Stanisław 116
Chełchowski, Stanisław 208, 209
Chilicki, Jan 115
Chmielewicz, Irena 107
Chmielewski, Marian 113, 116
Chodzyński / Chądzyński, Stefan 116
Chojnacki, Wojciech „Jaks“ 114
Christaller, Walter 128, 129
Chrostowski, Eugeniusz 111
Churchill, Winston 196, 198
Chybiński, Stanisław 84, 85
Ciemierzycha (Bauer) 351
Conring, Hermann 206
Czajkowski, Jan 117
Czapliński, Tadeusz 82, 83, 109, 110
Czarnecki (Czernecki), Eugeniusz 110
Czartoryska, Izabella 280
Czarzasty, Antoni 117
Czech, Celina geb. Pieck 347
Czechowska, Michalina „Nastka“ 113
Czocher, Anna 230, 231

Dall (Hauptmann) 78
Damzog, Ernst 28
Dańczuk, Tomasz 117
Dardziński, Cyryl Aleksander 206
Dargel, Paul 22, 134, 135, 152, 154, 163, 164, 280
Darré, Richard Walter 54, 122, 123, 152
Dąbrowski, Piotr Maria Dominik 223
Dąbrowski, Roman „Krakus“ 115
Dellian, Eduard 135, 152
Detrych (Familie) 184, 185
Detrych, Bolesław 185
Dijk, Lutz van 301
Dmoch, Wacław 116
Dmochowski, Piotr 208
Dobrowolski, Bronisław 114
Dominiak, Stanisław 115
Draeger, Max 102
Drezner, Zalman 326
Dublewski, Tadeusz 208
Dudziński (Pfarrer) 348
Dullo, Hans 162
Dzierżanowski, Ignacy 113
Dziurlikowski, Feliks 113

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ehlich, Hans 162
Einhardt (NS-Beamter) 280
Eitelsberg, Moschek 110
Elfenbein, Barek 110
Erlich, Bencjon 341
Exner, Paul 89, 283

Fabisiak, Józef „Wyrwa“ 117
Fabrycki, Leon 114
Falcke (NS-Beamter) 280
Falkowski, Mateusz „Sęp“ 117
Fehr, Kurt 90
Feldman, Klemens Maria Filip 222, 224
Fiebelkorn, Kurt 295
Figielski, Stanisław 204, 214
Finkelstein, Schulim 110
Firinowicz, Józef 110
Fischer, Lotte 187
Fischer, Ludwig 18
Foellmer, Oskar Ernst Ludwig 217
Foks, Wawrzyniec 208
Forster, Albert 17, 59, 61, 63
Forstreuter, Kurt 274
Fraenkel, Ernst 65
Frank, Hans 17, 106, 279, 331, 337
Frąckiewicz, Konrad 76
Freisler, Roland 314
Frick, Wilhelm 112, 268
Fridmann, Haske 110
Friedrich II., König v. Preußen 148
Friedrich, Ludwig 109
Fronczak, Stanisław 110
Frydrychowski, Jan 117
Funk, Paul 206, 269, 280
Funk, Walther 206

Gajewski, Stanisław „Babinicz“ 115, 117
Gajkowski, Edward 116
Galant, Jakob 324
Galas, Aleksander 114
Gapiński, Wacław Maria Augustyn 223
Garwacki, Stefan „Łokietek“ 117
Gągola, Leon 350
Geisler, Walter 291
Gerlach, Walter Adolf Leopold 137, 160, 166
Gerwel, Antoni 208
Giergielewicz, Franciszek 208
Gieysztor, Aleksander 14
Glegociński, Wincenty 109, 110, 119, 120
Glinka, Franciszek 208
Glodschken, Erich 187
Głowiński, Michał 254
Goebbels, Joseph 48, 49, 55
Goebel (Major) 78
Goldberg, Szymon 351
Goldbruch, Icek 110
Góra, Stefan Maria Paschalis 221
Göring, Hermann 17, 48, 53, 54, 57, 58, 112, 142
Görres, Guido 127, 128
Górska, Leokadia 107
Goszczyński, Tadeusz 113
Grabowska, Wanda 214
Grabowski, Jan 324, 352
Grabowski, Mieczysław 117
Greifelt, Ulrich 123, 147, 150, 151, 160, 164, 167, 168
Greiser, Arthur 17, 63, 103, 146, 178
Grochowalski, Stanisław „Jaroń“ 117
Gruber, Adolf 150-152
Grünberg, Hans Bernhard von 52, 128, 129
Grynberg, Michał 323, 336, 347
Grzybowski, Michał Marian 249
Gumowski, Stefan „Iskra“ 117
Gurfinkiel (Garfinkiel), Abraham 341

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gusanowski, Tadeusz 115
Gusovius, Hans-Wilhelm 144
Guterman, Chawa 241, 242, 255
Guterman, Jakov 241-243, 255, 256
Guterman, Simcha 229, 230, 241-248, 250, 255-257
Gutsch, Zygmunt 217
Gzowski, Antoni 185

Hahn, Ludwig 106, 107
Harich, Wilhelm E. 177, 178, 181
Hauck (SS-Oberscharführer) 115
Hein, Max 274
Heinrich, Walter 162
Helenowski, Wincenty 214
Hendel, Luisa 186
Hendel, Siegfried 181, 186
Henschel, Christhardt 35
Herbst, Stanisław 14
Heryng, Jerzy Henryk 348
Heß, Rudolf 48, 53
Heydrich, Reinhard 331
Hiege, Ferdinand 148
Hilmers, Kurt 153
Himmler, Heinrich 23, 24, 48, 55, 59, 62-64, 67, 75, 88, 111, 122-124, 126, 137, 142, 147, 148, 164, 167, 168, 271, 273, 285, 315, 335
Hindenburg, Paul von 53
Hinz, Helmuth 220
Hinze (SS-Sturmbannführer) 115
Hirschfang, Leib 110
Hirt, Ferdinand 177
Hitler, Adolf 11, 19, 47, 49, 52, 53, 55, 57-60, 64, 65, 68, 71, 85, 121-124, 147, 159, 187, 245, 264
Hoffmann (BDO-Kreisleiter) 267
Hoffmann, Heinrich 198
Holzschuher, Wilhelm von 137
Hugenberg, Alfred 177

Jackowski, Władysław 113
Jagodziński, Tadeusz 214
Jankowski, Bronisław „Sikorka“ 117
Janusz I., Herzog v. Masowien 295
Janzen, Hans 138
Jastrzębski, Mieczysław 348
Jaśkiewicz, Józef 206
Jesse, Edwin 110
Jezierski, Wincenty 290
Jezusek, Wacław 204
Joel (Staatssekretär) 97
Jost, Heinz 17, 279
Jóźwik, Henryk 215
Juszkiewicz, Ryszard 323

Kalinowska, Zuzanna 207
Kalisz, Leon 113
Kaliszka, Tadeusz 208
Kaller, Maximilian 205
Kamiński (Pfarrer) 348
Kamiński, Jaacov 34
Kamiński, Tadeusz 215
Kant, Arno 269
Karolak, Hieronim 114
Karpiński, Lucjan „Lew“ 117
Karrasch, Alfred 11-13, 29, 40
Kaufmann, Karl 49
Kazimierski, Józef Nachman 327
Kącki, Józef 207
Kempf, Werner 278
Kempner (Familie) 185
Kershaw, Ian 41, 48
Kersten, Rudolf 219
Kewitsch, Paul 205
Kędzierski, Stanisław 106
Kęsicki, Tadeusz 117
Kętrzyński, Wojciech 267
Kiembrowski, Zenon 114
Kieser, Walther 126, 127, 291
Kirschbaum, Saja 110
Klaaßen, Heinrich 126

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kleinert (NS-Beamter) 281
Kleinitz (Ghettobewohner) 342
Kleister, Janke 110
Klemmer, Erich 178, 282
Kleniec, Jakub 347
Kleniec (Ehegattin von Jakub) 347
Kleniec, Ruta 347
Klik, Wacław 117
Klimek, Franciszek 208
Klimkiewicz, Franciszek 208
Kobylińska, Antonina 348
Kobyliński, Stanisław 208
Koch, Erich 11-13, 17, 18, 22-24, 30, 31, 33, 35, 39, 40, 47-63, 65-71, 96, 97, 102, 112, 127, 129, 130, 137-139, 141, 142, 144, 146-148, 151-154, 164, 174-176, 178, 198, 205, 257, 268, 269, 273-275, 280, 344
Kociecki, Lucjan 114
Kohn, Chaja s. Krojn, Chaja
Komorowski, Adam Maria Bernard 223
Konrad I., Herzog von Masowien, Seniorherzog von Polen 209
Koppe, Wilhelm 162
Kopystyński, Ignacy Maria Józef 222, 223
Kosiński, Paweł 32
Kosowski, Bolesław „Konrad“ 117
Kossert, Andreas 34
Kossmann, Oskar Eugen 274
Kossmann, R. 186
Kostka, Stanisław (hl.) 207, 208
Kościuszko, Tadeusz 196, 289
Kowalski, Jan Maria Michał 222, 223
Kownacki, Jerzy 117
Kozera, Czesław Franciszek 206
Koziełło-Poklewski, Bohdan 263
Kozłowska, Maria Franciszka 201
Kozłowski, Jan 206
Krajewski, Ignacy 214, 349
Krajewski, Mirosław 83
Krakowski, Jan 117
Krasiński, Zygmunt 281
Krause (Major) 24
Krause, Hans 28, 110, 283
Krawieczyński, Adam 114
Krogulecki, Jan 208
Krojn (Kohn), Chaja 325
Krojn, Selig 325
Krośnicka, Józefa 76
Krüger, Dr. (RMEL) 151, 168
Krüger, Wolfgang 186
Krupa, Stefan 116
Krusche, Woldemar Ernst 217
Krysiak, Andrzej 208
Krzemiński, Jan 209
Krzykowski, Stefan 113
Krzywoszyński, Antoni 113
Kucharski, Stanisław 116
Küchler, Georg von 16, 279, 327
Kulasiński, Leon 208
Kulczycki, Kazimierz „Wierch“ 117
Kulesza, Józef 212
Kulig, Karol 185
Kulig-Restorffowa, Wiktoria 185
Kuperman (Jude in Boguszyn) 351
Kurach, Antoni 207
Kurdziel, Jan 208
Kuskowski, Stefan 208
Kuśnierczyk, Antoni 208
Kutnowski, Szlama 351, 352
Kutscher, Wilhelm 53
Kwaśniewski, Tomasz 106
Kwesling (Major) 333
Kwiatkowska, Władysława „Wanda“ 113
Kwiatkowski, Tadeusz 114
Kwiatkowski, Zygmunt 113

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lachowska-Kurowska, Irena 80
Lammers, Hans Heinrich 54, 112
Landau, Ludwik 78
Langfus, Lejb 34, 332, 345
Langkopf, Herbert R. 198
Lao, Bronisław 111
Lapierre, Nicole 243
Lasek, Józef 115
Laskowski, Adrian 347
Laszkiewicz, Jan 117
Lauenstein, Johann-Dietrich 138, 139, 141, 144, 149-152, 154-157
Lechmański, Hipolit 114
Leder, Andrzej 41
Leick (Oberregierungsrat) 270
Lenc, Włodzimierz 289
Lerch (SS-Oberscharführer) 109, 119
Leszczyński, Konstanty 111
Lewalski, Ludwik „Orzeł" 117
Lewental, Salmen 34
Lewin (Jude in Boguszyn) 351
Lewiński, Tomasz 351
Ley, Robert 198
Libera, Piotr 211
Liedecke, Ewald 128
Lipek, Jan 185
Lipek, Stefan 185
Lipińska, Franciszka Maria Michalina 222
Lipiński (Ehepaar) 223
Lipstein, Hertschek 110
Littmann, Ruchla 110
Litwinowicz, Mendel 110
Lofer, Janke 110
Lohmeyer, Hans 53
Lojewski, Suse von 179, 282
Lutyński, Bronisław 212, 214
Lutze, Viktor 50

Łojewski, Michał 347
Łuczeczko, Emil 208
Łukaszewicz, Ludwik 206
Łukaszewski, Piotr 106

Maciesza, Aleksander 232
Macieszyna, Maria 232
Majchrzak, Janusz 223
Majer, Diemut 25
Mak, Isak 110
Makowska (Tochter) 347
Makowska, Gucia 347
Makowski, Józef 347
Malanowski, Henryk 116, 117
Malczyk, Józef 351
Małecki, Stefan 116
Małłek, Karol 269
Małłek, Robert 269
Marconi, Henryk 280
Maron, Władysław 214, 349
Maruschat, Edmund 217
Matthes, Erich 145, 147, 280
Mazurkiewicz, Edmund 117
Mazurowski, Leopold 113
Meinberg, Wilhelm 122
Meindl, Ralf 17, 22, 39
Meinert (Kommandant der Schutzpolizei) 342, 343
Mellinghof (Kulturamt Zichenau) 148
Merda, Franciszek 115
Michalak, Józef 208
Michalak, Wiktor 113
Michalik, Jerzy 117
Michalski, Michał 114
Miecznikowski, Kazimierz 185
Mielke, Georg 26
Miesiorowski, Bronisław 106
Mławska, Basia 350
Mławska, Hanka 350
Mławska, Henia 350
Mławska, Ruchla 350
Mławski, Abraham 350
Mławski, Jan 350

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mławski, Józef 350
Modzelewski, Adolf 208
Molak, Józef 209
Moser, Walther 206
Mossakowski, Gustaw 113
Mossakowski, Jan Aleksander „Skiba“ 117
Mossakowski, Leon 208
Müller, Rudolf 24
Muszynski, H. 295
Myczko, Zofia 348
Myśliński, Henryk 117

Nagiel, Abram 338
Nasiłowski, Stanisław 208
Nicki, Kazimierz 327
Niemir (Niemier), Michał 81-83, 109, 110, 219
Niezgoda, Antoni 106
Niski, Stanisław 117
Nitschke, Ulrich 138
Nitschman, Robert 217
Nodzykowski, Bolesław 113
Nowak, Stefan 116
Nowicki, Ignacy 347
Nowicki (Nowiecki), Władysław 82, 83, 109, 110, 117
Nowowiejski, Antoni Julian 80, 203, 204, 208
Nyka, Władysław „Podkowa“ 117

Ogrodowicz, Józef 208
Olewnik, Stanisława 350
Opalski, Bronisław „Czwartak“ 117
Orgassa 267
Ostrowska, Joanna 302
Ostrowski, Tadeusz 348

Pajewski, Stefan 208
Papenkort (Oberleutnant) 78
Parzuchowski, Ludwik „Lis“ 117
Paschke, Aleksander 219
Paschke, Halina 219
Paschke, Jan 219
Paulich (Familie) 185
Pawłowska, Krystyna s. Przenica, Jehudis
Perkel, Ella geb. Złotnik 347
Perkowski, Leonard 214, 349
Perlmuter, Eliezer 343
Petersen, Heinrich 130, 150, 157, 158, 161, 162
Petri, Horst 96, 97
Petrykowska, Halina 116
Petrykowska, Henryka 116
Petrykowska, Zofia 116
Pieńkiewicz, Artur 347
Pieśniewski, Władysław „Włodzimierz“ 117
Piłsudski, Józef 109, 280, 290, 299
Piotrowski, Władysław 113
Piwowar, Janusz 15, 25, 41, 77
Plewka, Hermann 115
Plichta, Jan 115
Pływaczyk, Wojciech 208
Podbielski, Henryk 208, 209
Poddębniak, Jan 106
Polec, Eugeniusz 110
Pomierny, Leon 113
Poser, Victor von 269, 270, 272
Potocki, Feliks 116
Potocki, Piotr 116
Poznańska, Helena Maria Eugenia 222
Prendel, Jan Wilhelm 31, 292, 295, 296
Priebe, Kurt H. F. 198
Prien, Günther 179, 184, 185
Próchniewski, Roman Maria Jakub 222, 224
Pronobis, Witold 14
Prützmann, Hans-Adolf 148
Przedpełski, Henryk „Supeł“ 117

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Przedpełski, Jan 323
Przedpełski, Marceli 229, 230, 248-253, 255, 257
Przegiętka, Marcin 28, 32, 110
Przenica, Jehudis (Pawłowska, Krystyna) 348
Przybyliński, Józef „Bohun“ 117
Przybylski, Stanisław 111
Przybyszewski / Przebyszewski, Andrzej „Rymsza“ 117
Przygódzki, Julian 208
Przysiecki, Wacław Maria Bartłomiej 223, 224
Pulmer, Hartmut 24, 85-87, 111
Purzycki, Bolesław 116
Pużycki (Ghettobewohner) 343

Rakowski, Antoni 208
Rakowski, Stanisław 113
Ramek, Jakub 341, 343
Rang, Friedrich 24
Rasch, Otto 23, 81, 109, 111, 119
Rasztawicka, Maria Dilekta 224
Rayczyk, Szlomo 345
Reck, Arthur 31, 292
Redieß, Wilhelm 89, 137
Redziński, Kazimierz 117
Reinthaller, Anton 143
Reischle, Hermann 122
Renner, Rudolf 111
Rethel (Rettelsky), Lothar 157
Reutt, Jan 280
Rhode (NS-Beamter) 280
Rieß, Erwin 76
Ring, Max 333
Risch, Bruno 137
Robota, Róża 34, 345, 346
Roch, Heinz 76, 84, 85, 87
Rogatty 267
Röger, Maren 302
Rohde, Herbert 269
Röhm, Ernst 50
Rohrer, Christian 30, 58
Roosevelt, Franklin Delano 196, 198
Rosenbaum, Baruch 110
Rosenberg, Alfred 67, 68, 71
Rosiński, Jan 208
Roßbach, Clemens 22, 280
Rościszewski, Józef 208
Rublikowski, Tadeusz „Bolesław“ 117
Rudnicka, Helena 348
Rundstedt, Gerd von 279
Ruszkowski, Franciszek 209
Rüter, Hans 217

Sachs, Juliusz 220
Sawicki, Czesław 117
Sawicki, Klemens 204
Schachta s. Szachta, Stanisław
Schädler, Sarah 97
Schäfe, Robert 283
Schaper, Hermann 115, 116
Scharf, Norbert 28, 89
Scharkowski, Otto 269
Schendel, Adolf 32, 79-83, 218, 219
Schenk, Albert 111
Scherl, August 198
Scheu, Erwin 126
Schieder, Theodor 29, 274
Schindler (Chef der Kriminal polizei) 283
Schindler, Jakob 24
Schlagdenhauffen, Régis 302
Schlegel, Fritz 139, 144, 145, 154
Schlesinger, Franz 96, 97
Schmidt (Allensteiner Regierungspräsident) 270
Schreiber, Chaim 84
Schreiber, Lajzer 84
Schröder (Lehrer) 267
Schulenburg, Fritz-Dietloff von der 52

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schüler, Friedrich Karl 187
Schulz, Friedrich 24, 115, 116
Schumacher, Arthur 139
Schwarz, Bernhard 141
Schwede-Coburg, Franz 17
Schwerfeld (SS-Untersturmführer) 89
Segałowicz (Rabbi) 337
Seidel 120
Seiler, Herbert 145, 147
Siankowska, Janina Maria Kamila 222
Sieklicki, Stanisław 114
Siemieński, Mieczysław 58
Sienkiewicz, Henryk 240, 280, 295
Sieradzki, Bolesław „Piorun" 117
Sigismund, hl. 209
Sikorski, Bogdan 210
Sikorski, Władysław 196
Siwowski, Makary 208
Skarżyński, Bolesław 208
Skierkowski, Władysław 208
Slozeski, Abe 110
Słomka, Antoni 110
Słomka, Marian 110
Snyder, Timothy 38
Sobczyk, Antoni 117
Sobociński, Józef 208, 216
Socha, Edward 115
Socha, Stanisław 115
Soppa, Friedrich 135, 145, 147
Spaenle, Ludwig 211
Speidel, Ernst 206, 333
Spickschen, Erich 127, 130, 137-139, 141, 144, 147-151, 153-157, 163, 166-169
Spickschen, Gerda Ursula 148, 150
Sporrenberg, Jakob 137
Stalin, Iosif 60, 159, 192, 196, 198, 245
Starkopf, Hertsch 110
Staszewski, Dominik 231, 232
Steinacker, Ferdinand 149, 150
Steinmetz (Ghettokommandant) 342
Stępkowski, Stanisław 208
Stöckler (Güterdirektor) 153
Stogowska, Anna Maria 232, 233
Straßer, Gregor 49, 51, 52, 58
Stroh, Frédéric 26
Strojnowski, Józef 206
Stuckart, Wilhelm 17
Stürtz, Emil 17
Stypułkowska, Anna 232, 235
Stypułkowska, Barbara 232, 235
Stypułkowska, Jadwiga 229-240, 243, 246, 250, 254-257
Stypułkowska, Krystyna 232, 235
Stypułkowski, Bolesław 232
Sulimma, Kurt 217
Suwiński, Jerzy „Szkwał" 114
Syski, Stanisław „Brzoza" 114
Szachta (Schachta), Stanisław 87, 88, 111
Szarota, Tomasz 104, 227
Szatan, Semek 331
Szczepaniak, Franciszek „Sebastian" 115
Szczepański, Jan 209
Szczepański, Janusz 33, 323
Szczuka, Zygmunt 117
Szkopińska, Zofia 351
Szmidt, Helena 348
Szpiegel, M. 185
Szubska-Bieroń, Elżbieta 35
Szulgowicz, Aleksander Stefan 223
Szulgowicz, Genowefa Maria Damiana 223
Szuper, Jan 114
Szydłowski, Jan 208

Ściegienny, Piotr 284
Śliwczyński, Jerzy Piotr 347

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Terboven, Josef 50
Thalemann, Alfred G. 178, 282
Thierack, Otto Georg 97
Thümmler, Johannes 107
Tilitzki, Christian 25, 94
Tiska, Hans 267, 270
Tönsmeyer, Tatjana 229
Treichel, Willy 148, 150, 151
Trojańczyk, Piotr 208
Trzaskoma, Jan 208
Trzciński, Tadeusz 206, 214, 349
Tschierschke, Bruno G. 186
Turowski (Gauinspektor) 267

Ufniarz, Genowefa 214
Urbański, Stanisław 206

Vogel (Amtskommissar) 252

Wagenborg (Fotoagentur) 198
Wagner, Hanns 160
Wagner, Josef 17
Wagner, Maria 348
Walter, Edmund 208
Wasiak, Stanisław 86, 87
Wasilewska, Wanda 196
Wedelstädt, Helmuth von 17
Wetmański, Leon 80, 203, 208
Wex, Ernst 168
Więckowski, Antoni 206
Wild, Marian „Dzik“ 117
Wiłucka-Kowalska, Antonina Maria Izabela 223, 224
Winkler, Franz Rudolf 178, 181, 282
Winnicki, Ludwik „Wicher“ 117
Wiśniewska, Maria Leonia 224
Wiśniewski, Eugeniusz 208
Wiśniewski, Longin 208, 214
Wiśniewski, Michał „Smutny“ 117
Witt, Werner 141, 144, 148, 152, 154, 157, 165
Wlazło, Stefan 224
Woedtke, Alexander von 28
Wojciechowski, Józef 223
Wojtan, Feliks „Wrzos“ 117
Wolf, Georg 290
Wolski (Familie) 348
Wolski, Zygmunt 113
Woyno, Sergiusz „Mirski“ 117
Woźnicki, Wincenty „Bończuk“ 117
Wyczałkowski, Seweryn 207
Wyka, Kazimierz 254

Zabokrzycki, Stanisław 111
Zakrzewski, Stanisław 116
Zaleski, Antoni 283
Zalewski, Adam 208
Zalewski, Jan 117
Załoga, Eugeniusz 208
Zawidzki, Jan 208
Zdanowski, Edmund 114
Zdunowski, Antoni (geb. 8.09. 1901) 115
Zdunowski, Antoni (geb. 17.01. 1925) 115
Zdunowski, Jan 115
Zdunowski, Stanisław 115
Zembrzuski, Jan 348
Zieliński (Adelsgeschlecht) 183, 189
Zieliński, Jerzy „Bór“ 114
Zygner, Leszek 32, 36

Żołędziowski, Kazimierz 209
Żubrowska, Angelika (geb. Kramer) 89
Żubrowski, Johann (Jan) 89, 90

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-435-3 | Generated on 2025-10-30 04:45:05
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/